



Arbeiterkampf

Jg 10 Nr.172 25.2.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

Von wegen "Liberalisierung"

5 1/2 Jahre Knast für Astrid Proll

Nach monatelangem Prozeß wurde Astrid Proll am 22.2. wegen "gemeinschaftlichen schweren Raubes" zu fünf Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt, wegen Urkundenfälschung in zwei Fällen soll sie 4.000,- DM Strafe zahlen. Vom Vorwurf des Mordversuchs wurde sie freigesprochen.

Die Verurteilung stützt sich im wesentlichen auf die Aussagen des Staatsschutzzeugen Ruhland, der vom BKA monatlich 1.200,- DM angewiesen bekam: ein für das Gericht völlig normaler Vorgang, der den "Hauch des Anrüchigen" erst dadurch erhielt, daß das BKA Ruhland heimlich und mit fingiertem Absender auszählte, so die Vorsitzende Richterin.

Ruhland sei ein "problematischer aber nicht unglaubwürdiger Zeuge", der "in einem Teil der Presse so unerträglich falsch be- und verurteilt worden ist". Zwar hätten ihm Rechtsanwälte und Polizeibeamte(!)

bei seinen Vernehmungen an die 200 - in Worten zweihundert - Widersprüche nachweisen können, aber - so spekulierte das Gericht - das ändere nichts an der "Glaubwürdigkeit des Kernes" seiner Aussagen und die belegten Astrids Beteiligung an dem ihr Last gelegten Bankraub in West-Berlin. Als weiteren Beweis für Astrids Mittäterschaft bei diesem Bankraub wertete das Gericht, daß Horst Mahler, Irene Georgens und E. Grusdat, ebenfalls wegen dieses Bankraubes verurteilt, sich zu diesem "Tatkomplex" und "Mittätern" ausgesprochen haben.

Kritik übte die Richterin im Urteil daran, daß die "Exekutive in eklatanter Weise" in das Verfahren eingegriffen habe, daß der Verfassungsschutz-Observant und Belastungszeuge Grünhagen für den Tatkomplex Mordversuch keine Aussagegenehmigung erhalten habe und daß der Verfassungsschutz erst im Prozeß - nach acht Jahren - einen

Entlastungszeugen freigegeben habe, "der bisher unterschlagen wurde".

So habe man Astrid den Mordversuch "nicht mit der für eine Verurteilung notwendigen Sicherheit" nachweisen können. Vielleicht habe sie "Glück gehabt" wegen schlampiger Spurensicherung der Behörden.

"Erschrocken und bestürzt" zeigte sich das Staatsschutzgericht über das Plädoyer von Prof. Ulrich Preuß. Dieser hätte doch tatsächlich von einem Komplott gegen die Angeklagte gesprochen.

Das Astrid sich nicht distanziert hat, hat dem Gericht nicht gefallen. Allerdings wurde ihr wegen ihres Lebenswandels in den letzten Jahren eine "günstige Sozialprognose" bescheinigt, so daß die noch nicht abgesessene Haftzeit zur Bewährung ausgesetzt ist.

KB-Gruppe Frankfurt

»Türkei-Hilfe«

Milliarden für ein faschistisches Regime

Während Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) seinerzeit Chiles faschistische Junta noch als "Mörderbande" bezeichnet hatte, reiste er letzte Woche in die Türkei, um ein Land, dem eine ähnliche Entwicklung bevorsteht, mit Milliarden Wirtschafts- und Militärhilfe zu finanzieren.

Auch hier wurden jüngst streikende Arbeiter von den Militärs ins Stadion getrieben, herrscht in 19 der 67 Provinzen bereits das Militär per Kriegsrecht (s. Artikel in diesem AK dazu). Die Faschistische Heilspartei mit Führer Türke gehört zu entscheidenden Stützen der Demirel-Regierung, während seine Terrorbanden, die Grauen Wölfe, weitgehend ungehindert ihr Unwesen treiben, bei einem Massaker im Dezember 78 kamen allein über 100 Menschen um.

Immerhin im Vorwissen stehen, bei einem Massaker im Dezember 78 kamen allein über 100 Menschen um. Auf der anderen Seite werden Gewerkschaftsführer ins Gefängnis geworfen, weil sie die Internationale gesungen hatten, wurden 1000e von Lehrern entlassen, weil sie nach einer Demonstration, bei der acht Menschen erschossen wurden, zum Unterrichtsboykott aufgerufen hatten. Anfang Januar wurde ein neues "Maßnahmenpaket gegen den Terror" beschlossen: Jeder Gouverneur kann das Militär zur Hilfe rufen, jede Demonstration kann verboten werden, Angestellte im Staatsdienst dürfen sich nicht mehr gewerkschaftlich organisieren, Studentenorganisationen dürfen sich noch dem Sport und der Freizeit widmen. Der Sozialdemokrat Ecevit ließ 20 Oppositionelle rauschmeißen, die sich gegen die Stützung von Demirel durch ihre Partei wandten. Ein Viertel der Sozialdemokratischen Parlamentarier stimmte für Demirels Notverordnungen. Ecevit bot eine große Koalition an.

Bereits heute ist ein Militärputsch absehbar, Anfang Januar hatten die Armeegeneräle in ihrem Ultimatum an Demirel erklärt: „Unsere Nation

hat kein Verständnis für all diejenigen, die die extensiven Freiheiten unserer Verfassung mißbrauchen, die die kommunistische Internationale statt unserer Nationalhymne singen, die zum islamischen Recht zurückkehren wollen, die die Demokratie durch Faschismus, Anarchie, Destruktion und Partikularismus ersetzen wollen. Die Separatisten und Anarchisten in unserem Land proben den Generalaufstand“, da soll es eher einen Generalsputsch geben (zitiert nach Info Türk, Jan. 80). Doch dieser „militärische Vorposten der Nato an der Grenze der Sowjetunion und der hochexplosiven Region im Mittleren Osten“ ist auch einer SPD-Regierung „fast jede Summe wert“, schrieb der Stern (vom 7.2.80).

Nach Afghanistan kann offen die Propaganda-Trommel für diese Stützungsaktion gerührt werden, und „neue finanzielle Opfer für den traditionellen Freund Deutschlands“ verlangt werden, der ja an der Seite des deutschen Kaiserreichs kämpfte und auch für Hitler seine Sympathien hegte. Beschlossen wurde eine 5-10 jährige Stützungsaktion für die Türkei bereits auf dem Gipfeltreffen der imperialistischen Großmächte des Westens in Guadeloupe Anfang des Jahres 1979, nachdem das Schah-Regime als zentrale Stütze des Imperialismus in diesem Raum ausgefallen war.

Im Rahmen der „atlantischen Arbeitsteilung“ übernahm die USA die Federführung bei der Militärhilfe, die BRD bei der Finanzhilfe. Anfang des Jahres konnten die USA alle 26 Natostützpunkte in der Türkei, vom Horchposten in die Sowjetunion hinein bis hin zu den Atomwaffenlagern, wieder in Betrieb nehmen. Die Stützpunkte waren geschlossen worden, nachdem die USA die Militärhilfe gestrichen hatten, als die türkische Armee 1974 in Zypern ein-

Fortsetzung Seite 2



800 - 1000 Leute aus verschiedenen Organisationen der Hamburger Linken (Anarchos, Spontis, Gefangenen-Initiativen KB und KBW) demonstrierten am 23.2. in der Hansestadt ihre Solidarität mit den gefangenen Genossinnen Brigitte Asdonk, Inga Hochstain, Annerose Reiche, Christine Kuby und Christa Eckes, die nach einem Hunger- und Durststreik ins Hamburger UG verlegt wurden - und nun dagegen kämpfen, wieder in den "Toten Trakt" nach Lübeck zurückgeschleppt zu werden.

'Sozialistische Konferenz' auf Anfang Mai verschoben

Am 23. - 24.2. fand in Frankfurt ein Treffen zum Projekt „Sozialistische Konferenz“ statt. Dieses Projekt beruhte ursprünglich auf einem Vorschlag Bahros, die theoretischen Anstrengungen der Sozialisten mit Blick auf die Grünen zu verstärken. Mehr oder weniger in diesem Sinne hat sich inzwischen auch eine Vorbereitungsgruppe in Westberlin, initiiert von R. Steinke (Bahro-Komitee), gebildet. Auf Einladung der Westberliner kamen am 23.2. etwa 60 Leute zusammen, darunter Vertreter von: Rheinische Zeitung Bonn, Sozialistische Studiengruppe, „KPD“, Sozialistische Gruppe Marburg, Bahro-Komitees aus Westberlin, Marburg und Köln; KB, Gruppe Z, Komitees für Demokratie und Sozialismus, Kommunistische Liga, SB, Grüne Liste Hessen, SOAK (Hannover), GIM, Langer Marsch, Spartakusbund, TLD. Aus zwei Kreisverbänden waren Grüne anwesend, allerdings nicht im Namen ihrer Partei.

Überraschend ergab sich am ersten Tag eine heftige Diskussion um Bahros Auftreten in der letzten Zeit, insbesondere seine Thesen vom „Historischen Kompromiß“ („Gattungsfrage vor Klassenfrage“), sein Verhältnis zu den Grünen und seine Auflösungsempfehlung an bunte und alternative Listen, KB und „KPD“. Dabei wurde

sehr deutlich, daß die Kritik an diesen Thesen nicht auf eine kleine Minderheit in der Linken, die man als „sektiererisch“ abqualifizieren könnte, beschränkt ist. Konsens bestand schließlich darin, selbstverständlich weiter mit und über Bahro (der selbst nicht anwesend war) zu diskutieren, aber doch die „Sozialistische Konferenz“ autonom vom Kreis der Versammelten aus zu bestimmen und zu planen.

Weitgehend einig war man sich auch darin, daß die Frage der Grünen nicht das einzige bedeutsame Thema für Sozialisten sein könne. Als weitere Themen wurden insbesondere genannt: Widerspruchsentwicklung in den Gewerkschaften; die mit der Strauß-Kandidatur aufgeworfene Problematik; Verschärfte Kriegsgefahr (dies freilich aus unterschiedlichen Motiven); Frage linker Aktionseinheiten. Da man diese Themen nicht alle auf einem Treffen behandeln könne, sprach sich die überwiegende Mehrheit der Anwesenden dafür aus, mehrere Arbeitskonferenzen zu veranstalten. Eine erste solche Konferenz wurde für den 2. - 4. Mai in Hannover beschlossen. Dieses Treffen, das für einen eingegrenzten Kreis von etwa 300 Teilnehmern konzipiert wurde, soll auch entgeltlich darüber befinden, wie es weitergehen soll, z.B.

ob eventuell im Herbst - keinesfalls jedoch im Sommer, weil dies „Rock-Gegen-Rechts“ in Frankfurt und dem vom SB geplanten „Großen Ratsschlag“ in die Quere käme - ein „massenhafter“ Kongreß durchgeführt werden soll. Themen der Arbeitskonferenz sind: 1. „Ökologie und Sozialismus“, 2. „Der herrschende Block an der Macht“ (damit ist die Strauß-Kandidatur wie auch die Rechtsentwicklung der SPD-Politik gemeint). Zur inhaltlichen Vorbereitung des Treffens sollen Beiträge für eine Broschüre gesammelt werden, deren Redaktionsschluß auf den 23. 3. gelegt wurde.

Am zweiten Tag des Vorbereitungstreffens war der Teilnehmerkreis auf etwa die Hälfte zusammengeschrumpft. Eine Kontroverse entspann sich an der Frage, wen man für die Arbeitskonferenz ausdrücklich einladen solle. Gegen Steinke's Vorschlag, sich auch um SPD-Politiker wie von Oertzen oder Eppler so wie um Grüne wie Hasenclever, Dineo oder Delphine Brox zu bemühen, erhob zunächst starker Widerstand. Es gehe um ein sozialistisches Selbstverständnis, wurde entgegengehalten. Von Oertzen sei als Berufsverbote-Politiker nicht zu den Sozialisten zu rechnen und zur Auseinandersetzung mit den Positionen der Grünen brauche man nicht sie selbst einzu-

laden. Als Steinke jedoch damit drohte, damit verfehle die Arbeitskonferenz ganz und gar ihren Zweck, und Bahro würde unter diesen Bedingungen sicherlich nicht scheitern, wurde ein Kompromiß geschlossen. Einzelne Grüne sollen nun als „Fachreferenten“ zur Ökologiefrage eingeladen werden. Letztlich wird die Westberliner Vorbereitungsgruppe über die Einladungspraxis entscheiden.

Zum Schluß noch eine Bemerkung, die keineswegs als „Randbemerkung“ verstanden werden sollte: Die Mehrheit der Anwesenden lachte, als ein Genosse von der Utopie sprach, „den Unterschied zwischen Mann und Frau“ aufzuheben. - Kritik an Bahros „Guru-Auftreten“ wurde als „Rückfall in die autoritären Verhaltensweisen“ gewertet. - Der Vorschlag, sich auch mit der Thematik zu beschäftigen, wie sie beispielsweise in der „Zwecksbündnis/Keimform“ Debatte im KB angerissen worden ist, stieß auf nahezu vollständiges Unverständnis. Andererseits beklagten sich die anwesenden Sozialisten immer wieder darüber, den Kontakt zu den sozialen Bewegungen verloren zu haben. Vielleicht sollte einmal darüber nachgedacht werden, ob dies etwas miteinander zu tun hat. Dann könnte die geplante Arbeitskonferenz etwas weniger blutarm ausfallen.

Aus dem Inhalt:

Wahlen	
Alexander Schubart: Wie weiter nach Karlsruhe?	4
Interviews mit Ernst Hopflich und Otto Schilly	9/10
Kampf dem Atomprogramm	
Gegen die neue Offensive der Atommafia	14
Bundeskongress geplant	15
Betrieb und Gewerkschaft	
RGO-Bericht: Jährliche Bilanz bei HOESCH	16
Der IG Chemie-Konflikt	
schwelt weiter	19
Frauen	
Sonnenschein in der „Sackgasse“ der KB-Frauenpolitik	24
Internationale Kampagne für Verhütung, Abtreibung und Sterilisation	25
Klassenjustiz/Knast	
Prozeßberichte, Situation im und Widerstand gegen die „Trakts“	30
Magna Charta der Gefangenen, Entwurf	32/33
Antimilitarismus	
Antimilitaristische Aktivitäten '80	35
Schule/Uni	
Die Studienreform ist im Anmarsch	37
Internationales	
El Salvador: Militärputsch oder Aufstand?	42
Afghanistan: Neue Politik, Anspruch und Wirklichkeit	44

Jetzt auch in Hannover: Weiteres Mordopfer der »Grauen Wölfe«

Am Samstag, den 16.2. wurde Yiliyas Yildirin, Vorsitzender des „Verbandes der patriotischen Arbeiter aus der Türkei in Niedersachsen e.V.“ von M. Karaaslan und Ibrahim Danir (beide MHP-Mitglieder) zusammengeschlagen und durch einen Messerstich in die Brust getötet. Die Mörder wurden verhaftet.

Der Kaufmann Mahmud Karaaslan hatte mit seiner Leibgarde eine Verlobungsfeier im Lokal des Verbandes der patriotischen Arbeiter gestört, nach einem Handgemenge das Lokal verlassen und Yildirin auf der Straße erstochen. Für die Kriminalpolizei und mit ihr die „Hannoversche Allgemeine“ war es ein unpolitisches Familiendrama: „Karaaslan störte die Verlobungsfeier. Er war betrunken und randalierte. Als er hinausgeworfen wurde, kam es wenig später zum Mord“, so einfach ist das Vertuschen.

Der Mord war geplant

Bereits 1 1/2 Monate vor dem Mord hatte Karaaslan einem rechten Türken 10.000 DM angeboten, wenn er ein Vorstandsmitglied der „Türkischen Gemeinde“ ermorden würde, so der Sozialdemokrat Theoman Atalay, Vorsitzender der „Türkischen Gemeinde“ in Hannover. Und schon eine Stunde vor dem Mord kündigte einer der Täter den Anschlag an. Er nannte vor Zeugen drei Namen (alles Mitglieder der „Türkischen Gemeinde“), einer von ihnen Ismail Yildirin, der Ermordete.

Hintergrund dieses Mordes, so Atalay, sei ein Aufruf von MHP-Füh-

rer Türkes, den Kampf nach Europa zu tragen.

„Die Vorsitzenden der linken türkischen Vereine hätten daraufhin Bomben und Morddrohungen erhalten, den angeforderten Polizeischutz jedoch nicht“ („TAZ“, 19.2.).

Solche Duldung faschistischer Terrors der „Grauen Wölfe“ in Hannover ist keine Neuheit. Vor ca. zwei Jahren überfielen „Graue Wölfe“ ein Jugendzentrum, Hakenkreuzschmiedereien und eine Vergewaltigung im Raschplatz-Pavillon gehen auf ihr Konto. Im August letzten Jahres wurden am Auto Atalays die Reifen zerstochen und mit Hakenkreuzen beschmiert.

Am selben Abend verwüsteten die „Grauen Wölfe“ das Vereinsheim der „Türkischen Gemeinde“ in Ricklingen. Obwohl die Namen der Täter der Polizei übergeben wurden, wurden die Ermittlungen eingestellt.

Auch als die türkischen Faschisten immer wieder am Kröpcke und anderen Punkten der Hannoveraner Innenstadt Flugblätter verteilten, in denen sie zum Judenmord aufriefen, geschah – nichts! Gar zu schwierig sind die Ermittlungen wohl wieder mal für die Polizei, die pikanterweise ihr Polizeirevier nur wenige Schritte vom Büro der „Grauen Wölfe“ hat. Die türkische Gemeinde wird eine Trauerfeier für den toten Genossen abhalten.

Für ein Verbot der „Grauen Wölfe“ jetzt!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hannover

„Türkei-Hilfe“

Fortsetzung von Seite 1

marschiert war. Die wichtigsten 4 Stützpunkte waren bereits von der Ecevit-Regierung 1978 wieder eröffnet worden.

Die Militärhilfe für die 50.000 Mann-Armee soll jetzt wieder reichlich fließen: Neue Kampfflugzeuge (vom Typ F 16) werden geliefert, neue Panzer (im Gespräch ist der BRD-Leopard) sollen die alten M-47, M-48 ersetzen. Die USA will für 450 Mio. DM Waffen in den nächsten zwei Jahren liefern, die BRD steuert 130 Mio. DM bei. Zum „Ausgleich“ erhält auch Griechenland 328 Mio. DM Militärhilfe aus den USA, zusätzlich 70 Mio. aus der BRD (nach „Hamburger Abendblatt“, 8.2.80). Schon bisher hatte die BRD reichlich Waffenhilfe für diesen Waffenbruder geleistet: Seit 1964 930 Mio. DM, zusätzlich wurde für 300 Mio. DM der Türkei ausgemustertes Bundeswehrmaterial vom Panzer bis zur Pistole geschenkt (nach „stern“, vom 7.2.80). Kein Wunder, daß ein derartig von der Nato auferlegtes armes Land wirtschaftlich bankrott ist.

Die Türkei hat 30 Mrd. DM Auslandsschulden, trotz einer von der BRD mit Emissär Leisler Kiep (CDU) im letzten Jahr vereinbarten Finanzhilfe von 1,6 Mrd. DM, wovon die BRD 380 Millionen allein übernahm, war Ende letzten Jahres die Türkei international mit 9 Mio. Dollar Devisenreserven zahlungsunfähig geworden.

20 % Arbeitslosigkeit, kein Öl zum Heizen im Winter, 100% Inflationsrate pro Jahr sind die Folge. „Mindestens die gleiche Summe wie 1979, wahrscheinlich aber mehr“, will Matthöfer international - u.a. in Saudi Arabien - für die jeweils nächsten Jahre sammeln, die BRD will zusätzlich zu 100 Mio. „Entwicklungshilfe“ 400 - 500 Mio. DM tragen (nach „FAZ“, 9.2.80).

Während der „Stern“ von den Bedingungen dabei schwärmt, „von denen deutsche Kreditnehmer nur träumen können“, bekommt die Türkei nichts geschenkt. Allein 1,9 Mrd. Dollar Rückzahlungen wären in diesem Jahr an die imperialistischen Finanziers fällig, wenn sie nicht gestundet werden („Spiegel“, 4.2.80).

Unter diesen Voraussetzungen können die Imperialisten wirtschaftliche Bedingungen diktieren. Auf Verlangen der BRD wurde als erstes eine Abwertung von 48% verfügt, die „Türken müssen den Riemen noch enger schnallen“, schrieb das „Abendblatt“ dazu (s.o.).

Schon bei der letztjährigen Finanzhilfe konnte die „Hilfe“ in Form von Investitionen erfolgen, die noch heute teilweise zurückgehalten werden, weil die Rückführung der Profite und andere Auflagen noch nicht geklärt sind.

Unter Federführung imperialistischer Fachleute soll ein „Fünfjahresplan“ für die türkische Wirtschaft erarbeitet werden („FR“, 19.2.). Mit folgendem Fragenkatalog wartete Matthöfer laut „Frankfurter Rundschau“ in der Türkei auf: „Wie wer-

den die streikfreudigen und gut organisierten Arbeitnehmer auf die Inflationserwartungen reagieren“. Wie sieht es mit den „Kostensenkungen“ in den Staatsbetrieben aus? (Die Staatsbetriebe machen ca. 50% der Wirtschaftsleistung aus) „Wie soll das Gesundenschrumpfen der personell überbesetzten Staatsunternehmen ... bei der allgemein hohen Arbeitslosigkeit vor sich gehen?“ („FR“, 23.2.80). Die Imperialisten brauchen „Ruhe und Ordnung“ im Land für ihre Investitionen, die bisherigen Notstandsmaßnahmen reichen nicht aus. Der Zinssatz von 10% ist den Imperialisten für ihre Investitionen ebenfalls für „eine geordnete Wirtschaft“ zu niedrig, Investitionen sollen „lohnintensive Bereiche“ konzentriert werden, weil nur hier die Investitionen für die Imperialisten zur Ausplünderung des Landes besonders interessant sind (s.o.). Aus dem „Faß ohne Boden“ (Bundeskanzler Helmut Schmidt) wollen die Imperialisten noch mehr herausziehen. Kein Wunder, wenn in Izmir die Arbeiter nach ihrer Entlassung streikten, kein Wunder, daß 1000e von Bauern in der osttürkischen Provinz Weizenfelder besetzten und sie zum „befreiten Gebiet“ erklärten, um den Export zu verhindern; „Solange wir nichts zu essen kriegen, wird nichts exportiert“, erklärten sie („HA“, 8.2.80). Dieses „Chaos“ ist den Imperialisten ein Dorn im Auge. Im Windschatten eines propagandistischen Trommel-Feuers über die sowjetische Bedrohung hoffen die Imperialisten, in der Türkei frei schalten und walten zu können.



Demirel und Militärs forcieren den Bürgerkrieg

den Bürgerkrieg

„Wir sollten so handeln, als ob wir im Krieg wären, einige Leute öffentlich aufhängen, dann hätten wir das Paradies“, so der Abgeordnete der regierenden Gerechtigkeitspartei (AP), Ali Elverdi („Cumhuriyet“ (Cum), 17.2.80). Dieser Mann hat seine Erfahrungen. Während der Militärdiktatur von 1971-1973 war er oberster Militärrichter und mitbeteiligt an vielen Todesurteilen gegen Linke. An selber Stelle antwortet der Generalstabschef: „Wir werden des öfteren gefragt, warum wir trotz Kriegrecht nicht mit der Anarchie in unserem Lande Schluß machen können. Wir könnten innerhalb eines Monats diese Dinge erledigen, aber wir wollen nicht das Blut unserer Landsleute vergießen“ (Cum., 17.2.80). Aber daran gedacht wird schon! Desweiteren fordert der Generalstabschef die Medien seines Landes auf, in der Berichterstattung das Militär und die Regierung zu unterstützen. Die Folge davon ist die absolute Gleichschaltung der Presse. Die Zeitungen, die sich dieser Aufforderung nicht beugen, werden verboten, wie die Zeitung „Politica“ wegen „kommunistischer Propaganda“ (Cum, 19.2.80).

Militär gegen streikende Arbeiter

Ganz im Sinne der obigen Erklärungen geht jetzt die Regierung in Zusammenarbeit mit dem Militär gegen den Widerstand der Arbeiter vor. Wie wir bereits im AK berichteten, war es bereits im Januar in der westtürkischen Stadt Izmir zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Arbeitern gekommen. Hintergrund der Auseinandersetzungen war der Versuch des neuen faschistischen Direktors des Konzerns Tarsis, die linken Arbeiter durch faschistische Arbeitskräfte zu ersetzen. Darauf kam es zur Besetzung des Fabrikteils in Cigli, eines Vororts von Izmir. Mit brutaler Gewalt wurde die Fabrik erstürmt und viele Arbeiter verletzt. Außerdem kam es zu hunderten von Festnahmen. Am Tag darauf solidarisierten sich die Studenten von Izmir. Wiederum griff die Polizei brutal ein (s. AK 170/171). Auf Grund dieses Widerstands entließ die Geschäftsführung alle 11.000 Arbeiter des Werks in Cigli. Doch der Widerstand war damit nicht gebrochen. Erneut besetzten die Arbeiter die Fabrik. Am 10. Februar versuchten Polizeieinheiten, den Komplex von Tarsis zu erstürmen, um die Entlassungen

durchzuführen. Doch nun wurden sie schon frühzeitig angegriffen. Die Menschen aus dem Vorort Cigli verbarrikadierten die Zufahrtsstraßen und griffen die Polizeikräfte mit Waffen und Steinen an. Außerdem wurden die Barrikaden mit Gasbomben angezündet. Die Polizeieinheiten wurden von den Dächern aus beschossen. An den Kämpfen beteiligten sich auch die Frauen. Über 500 Menschen wurden festgenommen, ein Student wurde erschossen und viele Verletzte blieben zurück. Am selben Tag wurde der Bürgermeister des Vorortes Gültepe verhaftet und gefoltert. Er erlitt während der Folterungen erhebliche Verletzungen wie Rippenbrüche, Gehirnerschütterung und Riß des Trommelfells. Am nächsten Tag kam es in mehreren Stadtteilen von Izmir zu Demonstrationen, in deren Verlauf das Gebäude der AP gestürmt und bombardiert wurde. Auch der Sitz der faschistischen Gewerkschaft Misk wurde angegriffen. Die Zufahrtswege zum Tarsis-Komplex wurden erneut verbarrikadiert. Die Studenten vieler Universitäten traten aus Solidarität in einen Vorlesungsboykott. Die Studenten von Izmir beteiligten sich wieder an den Kämpfen der Arbeiter und Slumbewohner. Auch in der Nacht zum 12.2. wurden die Demonstrationen fortgeführt. Als die Polizei in Cigli die Demonstranten angreifen wollte, fiel in der ganzen Stadt der Strom aus und die Bullen taptten im Dunkeln.

Auch in anderen Städten der Türkei kam es zu Auseinandersetzungen. In Istanbul blieben die Läden geschlossen. In Ankara verhinderte die Polizei eine Solidaritätsveranstaltung von Studenten. 70 Festgenommene und viele Verletzte waren die Bilanz. Am 12.2. beteiligten sich in Izmir rund 5.000 Menschen an der Beerdigung des am 10.2. erschossenen Studenten.

Der Krieg gegen die Arbeiter von Izmir

Dann begann der Krieg gegen die Arbeiter von Tarsis und die Bewohner der Slumviertel.

In großen Anzeigen in vielen türkischen Zeitungen warb Tarsis um Verständnis für die Aktionen. In einem Aufruf „Von Tarsis an das Volk“ wurden noch einmal die Entlassungen „begründet“, da es sich um linke militante Arbeiter handele. Am 14.2. rückten dann 10.000 Soldaten des Heeres, Panzereinheiten

und Polizei gegen Tarsis vor. Die Arbeiter leisteten Widerstand. Die Baumwollbarrikaden wurden verbrannt, die Arbeiter wehrten sich auch bewaffnet. 10-15 Minuten dauerte der Widerstand, dann erstürmten die Truppen die Fabrik. Da die Gefangnisse nicht reichten, wurden die Festgenommenen in das Stadion von Izmir gesperrt. Nach offiziellen Angaben 1500 Menschen. Schon am Morgen hatte der Gewerkschaftsverband „Disk“ zu einem Generalstreik in Izmir aufgerufen. Über 50.000 Arbeiter beteiligten sich daran. Später schloß sich auch die „Genel-Is“ (Arbeiter des öffentlichen Lebens) an. Auch eine Gewerkschaft des gelben Gewerkschaftsverband „Türk-Is“ beteiligte sich am Generalstreik.

Doch mit der Erstürmung von Tarsis war es nicht getan. Nun sollte auch in den Barackenvororten aufgeräumt werden. Doch auch hier ergaben sich die Bewohner nicht so einfach. Die eingesetzten Hubschrauber wurden im Stadtteil Cimentepe beschossen, die Fahrzeuge der Polizei aufgehalten und teilweise gestoppt. Die Polizeieinheiten durchkämmten die Bezirke Haus für Haus. Zu besonders starkem Widerstand kam es in Gültepe. Hier war zuvor der sozialdemokratische Bürgermeister verhaftet und gefoltert worden. Die Bewohner von Gültepe verbarrikadierten ihren Stadtteil. Die Armee setzte Hubschrauber ein. Bei den ersten Barrikaden kam es zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf drei Polizisten getötet und 17 Polizisten verletzt wurden, darunter drei schwer. 700 Bewohner wurden verhaftet und über 100 verletzt. Militär- und Polizeieinheiten, die das Rathaus von Gültepe erreichten, rissen die Bilder vom Führer der sozialdemokratischen Partei, Ecevit, von den Wänden und hißten die türkische Flagge. Über Sprechfunk gaben sie bekannt, daß Gültepe „befreit“ sei.

Doch damit war der Widerstand noch nicht gebrochen. Zur Verstärkung mußte das Militär Panzereinheiten anfordern, die aber große Schwierigkeiten hatten, da die Bewohner riesige Löcher in die Straßen gerissen hatten. Am Abend verhängte der Gouverneur Ausgangsverbot. Außerdem wurde der Zugverkehr aus der Stadt heraus stillgelegt.

Fortsetzung nächste Seite

Unvereinbarkeitsbeschluß mit linken Türken der FIDEF!

Unvereinbarkeitsbeschluß mit linken Türken der FIDEF!

Die Abgrenzungshysterie in der DGB-Führung nach links scheint grenzenlos zu sein. Am 12. Februar veröffentlichte „Die Neue“ ein Rundschreiben des DGB-Bundesvorstands vom 12. September 1979. Unterzeichner: Karl Schwab, der bereits im Gewerkschaftsjugendbereich die Kommunistenüberzeugung versucht. Das Rundschreiben im Wortlaut:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Anlage füge ich eine Fotokopie aus dem Informationsdienst „Innere Sicherheit“ des Bundesministers des Inneren über die gegenwärtige Situation türkischer Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland bei. In dem Bericht wird sowohl über die „Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (FIDEF) wie über die „Föderation demokratischer türkischer Idealistenvereinigungen in Europa“ (ADÜTF) informiert.

Es wird darauf hingewiesen, daß FIDEF als Dachverband von ca. 82 Mitgliedsverbänden ca. 18.000 Türken vertritt und daß diese Organisation maßgeblich beeinflusst wird von der Türkischen kommunistischen Partei, die in der DDR ihren Exilort hat. Es ist das Ziel von FIDEF, die Basis der Türkischen kommunistischen Parteien in Europa zu verbreitern.

Wir empfehlen, jede Zusammenarbeit mit FIDEF zu vermeiden, obwohl sie nach außen den Eindruck erweckt, als habe sie das beste Verhältnis zu den Gewerkschaften des DGB.

Über die nationalistische ... ADÜTF wird gesagt, daß sie heute als Dachorganisation ca. 100 Idealistenvereine vertritt mit ca. 20.000 Mitgliedern. Das Ziel von ADÜTF ist es, den politischen Einfluß der MHP - Türkische Partei - auf die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Den Mitgliedern und Sympathisanten der Idealistenvereinigungen, die mit dem Namen der MHP-Jugendorganisation „Graue Wölfe“ bezeichnet werden, werden terroristische Aktivitäten vorgeworfen.

Selbstverständlich ist auch zu dieser Organisation jeder Kontakt zu vermeiden.

Wir bitten Euch, diese Informationen entsprechend bekannt zu machen“ (Hervorhebungen von uns).

Verschickt wurde dieses Schreiben wie üblich an die Vorstände der 18 DGB-Gewerkschaften, an die DGB-Landes- und Kreisverbände.

Das Schreiben ist in mehrerer Hinsicht ein Skandal!

Unter Gewerkschaftern wächst zunehmend die Einsicht und der Protest gegen die faschistischen Aktivitäten der „Grauen Wölfe“. Die IG Metall beispielsweise betreibt eine intensive Aufklärungsarbeit und beteiligt sich auch an Aktionen, zuletzt gegen den Mord, den „Graue Wölfe“ an dem türkischen Arbeiter Cellalitin Kesin in Westberlin verübt haben. Diese Organisation wird dann so nebenbei, zweitrangig, als eine bezeichnet, zu der „jeder Kontakt zu vermeiden“ ist. Statt die Dinge über die „Grauen Wölfe“ zu benennen, die Gewerkschafter in der BRD sehr gut kennen und beurteilen können, wird der Verfassungsschutz als verarmender Kronzeuge zitiert (den „Grauen Wölfe“ werden terroristische Aktivitäten vorgeworfen). Das ist der zweite Skandal und zeigt, daß man in den DGB-Führungsetagen eng mit den staatlichen Schnüffelorganen zusammenarbeitet. Eine derart offene Zusammenarbeit Gewerkschaften/Verfassungsschutz zeigt, wie weit nach rechts sich die DGB-Führung entwickelt hat.

Und es gibt noch einen dritten Skandal. Da wird vorrangig die Unvereinbarkeit mit der türkischen FIDEF benannt, die in den Augen der DGB-Oberen sogar gefährlicher ist als die faschistischen „Grauen Wölfe“. Vorgeworfen wird der FIDEF einzig und allein, daß sie kommunistisch ist und sich an „Moskau“ orientiert! Jeder lese sich noch einmal genau die fettgedruckte Passage durch: sie läßt sich bei Bedarf beliebig beispielsweise auf die DKP ausdehnen, deren Verbindungen zur DDR ja nun auch keine Geheimnisse sind.

In der Tat, ein staatstragender, den Faschismus verharmlosender Beschluß des DGB-Bundesvorstands, der das bürgerlich „rechts/links“-Strickmuster in banalster Form übernimmt. Staatstragend auch deshalb, weil er in eine Zeit fällt, wo der BRD-Imperialismus abgestimmt mit der NATO dazu übergegangen ist, sich zum zahlungskräftigen Schutzpatron der Bindung der Türkei an die NATO aufzuschwingen und damit auch die faschistische Entwicklung in der Türkei selber unterstützt. Auch hier hat der DGB die Signale gehört und getreu der Politik des BRD-Imperialismus gehandelt.

Fortsetzung von Seite 2

Kriegsrecht in Izmir

Nach diesem militärischen Aufmarsch konnte sich der Generalstreik nicht mehr halten und wurde vorzeitig abgebrochen. Demirel versuchte sich als der richtige Mann für das Militär vorzustellen und erklärte, daß es keinen Grund zur Panik gäbe. Der Staat sei hart genug und könne „all diesen Irrsinn niederschlagen“ („FAZ“, 16.2.80). Demgegenüber konterte der sozialdemokratische Oppositionsführer Ecevit, daß sich die rechtsgerichtete Regierung Demirel der „schlimmsten Unterdrückung“ schuldig mache. Er verglich die Regierung Demirel mit der Idi Amins in Uganda und die Methoden der Regierung sowie des Führers der faschistischen MHP, Türke, mit denen „der grausamsten Nazi-Generäle oder GeStaPo-Offiziere“. Diese Erkenntnis sollte Ecevit jetzt lieber seinen sozialdemokratischen Brüdern in der BRD unter die Nase reiben, die gerade die finanzielle und militärische Unterstützung für dieses Regime betreiben.

Ab Mittwoch, dem 20.2.80, herrscht nun auch in Izmir das Kriegsrecht. Dies hatte der Ministerrat am Dienstag beschlossen. Außerdem wurde auch die an der Grenze zu Syrien gelegene Provinz Haay unter Kriegsrecht gestellt, in der Ostprovinz Sivas wurde das Kriegsrecht aufgehoben. Damit stehen 20 der 67 Provinzen unter Kriegsrecht. Doch das Kriegsrecht allein genügt der Regierung Demirel und den Militärs nicht mehr. Der „Nationale Sicherheitsrat“ forderte angesichts der innenpolitischen Situation das Parlament auf, umgehend ein Notstandsgesetz zu verabschieden. In einer offiziellen Erklärung nach der Sitzung des Sicherheitsrates hieß es, zwar seien mit Hilfe des in vielen Provinzen geltenden Kriegsrechts „Erfolge“ erzielt worden; doch habe sich auch gezeigt, daß die „Zwischenfälle aus den unter Kriegsrecht stehenden Provinzen auf andere Gebiete des Landes übergriffen“ hätten („Neue“, 21.2.80). Das Militär wiederholte seine Drohung eines Putsches erneut. In einem Gespräch mit der Zeitung „Günaydin“ erklärte der Generalstabschef der Streitkräfte, die Militärs würden zwar ihre Ungeduld zügeln; falls aber das Problem von den politischen Institutionen nicht gelöst werde, werde ihr nächster Schritt angesichts der sehr kritischen Lage weit mehr als ein simples „Warnschreiben“ sein („TAZ“, 21.2.80).

Streiks und Demonstrationen auch in der übrigen Türkei

Neben den Solidaritätsaktionen anlässlich der Auseinandersetzungen in Izmir kam es zu weiteren Auseinandersetzungen.

Am 18. Februar demonstrierten in Izmir kam es zu weiteren Auseinandersetzungen.

In der ostanatolischen Stadt Tunceli demonstrierten 2.000 Menschen gegen die Preiserhöhungen. Dabei wurden sie massiv vom Militär angegriffen, so daß viele Demonstranten in die naheliegenden Berge flüchteten. Während der Demonstration wurde das Polizeihauptgebäude angegriffen. Der Gouverneur hatte das Militär zur Hilfe gerufen, da sich die Stadt in ein „Schlachtfeld“ verwandelt hätte („FR“, 16.2.80 und Cum., 15.2.80). Sicher ist allerdings, daß sich Tunceli erst nach dem Eingreifen der Militärs in ein „Schlachtfeld“ verwandelte. Bei den Auseinandersetzungen kam ein Mensch ums Leben, viele wurden verletzt. Tunceli steht unter Kriegsrecht und ist ein überwiegend von Kurden bevölkerter Ort. Nach den Demonstrationen wurde für Tunceli ein Einreiseverbot verhängt. Polizeieinheiten riegelten die Stadt ab.

In Istanbul streiken 4.000 Angestellte der Fluggesellschaft Turkish Airlines, da sie seit 1977 keine Lohnerhöhung mehr erhalten haben. Die Geschäftsführung der Fluggesellschaft hat jetzt die Angestellten ausgesperrt („Cum.“, 17.2.80).

In Ankara haben 7.500 Arbeiter der „Genel-Is“ (ähnlich der ÖTV) die Arbeit niedergelegt, da sie seit zwei Monaten keine Löhne mehr erhalten haben. Außerdem bekundeten sie ihre Solidarität mit den Arbeitern von Tars. Im weiteren Verlauf wurde das Rathaus von 500 Menschen besetzt, die ihre Solidarität mit den streikenden Arbeitern bekundeten. Außerdem protestierten sie gegen die Übergriffe des Militärs gegen die Arbeiter von Tars („Hürriyet“, 14.2.80).

In der Textilindustrie ist von 30.000 Arbeitern beschlossen worden, einen Streik auszurufen („Cum.“, 18.2.80).

Nach dem Motto „Bezahlte wird nicht“ oder „Schicken sie die Rechnung an Demirel“ kauften Hunderte von Menschen in Kaufhäusern von Ankara ein („Hürriyet“, 14.2.80).

Türkei-Kommission

Folterungen in der Türkei

War es z.Zt. der Ecevit-Regierung ein offenes, aber kaum belegbares Geheimnis, daß in den türkischen Gefängnissen, Polizeistationen und in den Geheimdienstzentralen des MIT gefoltert wurde, werden nur knapp 3 Monate nach der Regierungsübernahme durch Demirel immer mehr Folterfälle bekannt. Bei diesen bekanntgewordenen Folterungen beziehen wir uns auf die linke türkische Zeitung „Demokrat“, die nach unseren Informationen die einzige türkische Zeitung ist, die darüber Enthüllungsarbeit leistet.

Folterungen an Frauen

Mit einer Erklärung an das Justizministerium, das Gesundheitsministerium, die Kriegsverwaltungsleitung der Türkei und amnesty international (ai) haben 106 inhaftierte Frauen des Saymacilargefängnisses von Istanbul mit ihrer Unterschrift auf die Folterungen an einer Mitgefangenen aufmerksam gemacht.

In der Erklärung heißt es: „Die am 21.1.1980 in unsere Zelle verlegte Gülden Gülkan wurde dreieinhalb Monate lang in verschiedenen Städten gefoltert. (Van, Tatvan, Bitlis, Diyarbakir, Ankara).“

In Van wurde ihr der Fuß mit Rasierklingen zerschnitten und 36 Stunden in Salzwasser gehalten, dann mußte sie die Nacht über auf dem Salz stehen. Auf ihrem Körper wurden Zigaretten ausgezündet und ihre Vagina mit Rasierklingen zerschnitten. Dann wurde sie vergewaltigt.

In der Stadt Diyarbakir wurde sie mit Soldaten in eine Irrenanstalt gesteckt. Schließlich, nach diesen physischen und psychischen Folterungen, wurde sie zu einer schriftlichen Aussage gezwungen. Die Folterspuren wurden von unserem Gefängnisarzt festgestellt, aber der gerichtsmmedizinische Sachverständige wollte davon nichts wissen. Wir, die gefangenen Frauen, protestieren gegen diese und andere Folterungen, die derzeit überall stattfinden“ („Demokrat“, 4. Februar).

Von Faschisten ermordeter Arbeiter

Der türkische Arbeiter Ibrahim Sehirlioglu, der gegen türkische Faschisten ausgesagt hatte, wurde entführt und 30 Tage gefoltert. Als er gefunden wurde, war auf seinem Rücken mit einer heißen-Eisenspitze eingegritzt „Ende eines Spitzels“ („Demokrat“, 5. Januar).

gaben von Gründen festgehalten und gefoltert. Döndü mußte ihr Kind im Gefängnis zur Welt bringen, da ihre Forderung nach Einweisung in ein Krankenhaus abgelehnt wurde. Das Kind kam unter Hilfe von mitgefangenen Frauen zur Welt. Erst 4 Stunden nach der Geburt des Kindes wurde Döndü und das Kind dann in ein Krankenhaus eingeliefert und das nur aufgrund von Protesten anderer Frauen. Der Krankenhausarzt nannte als Grund der Frühgeburt die Folterungen durch Elektroschocks. Das Kind starb wenige Tage später wegen Unterernährung, es wog bei der Geburt nur 1,5 Kilo.

Trotz schwerer Verletzungen am Unterleib wurde Döndü dann wieder ins Militärgefängnis verlegt. Erst nach massiven Protesten des Arztes kam sie wieder ins Krankenhaus.

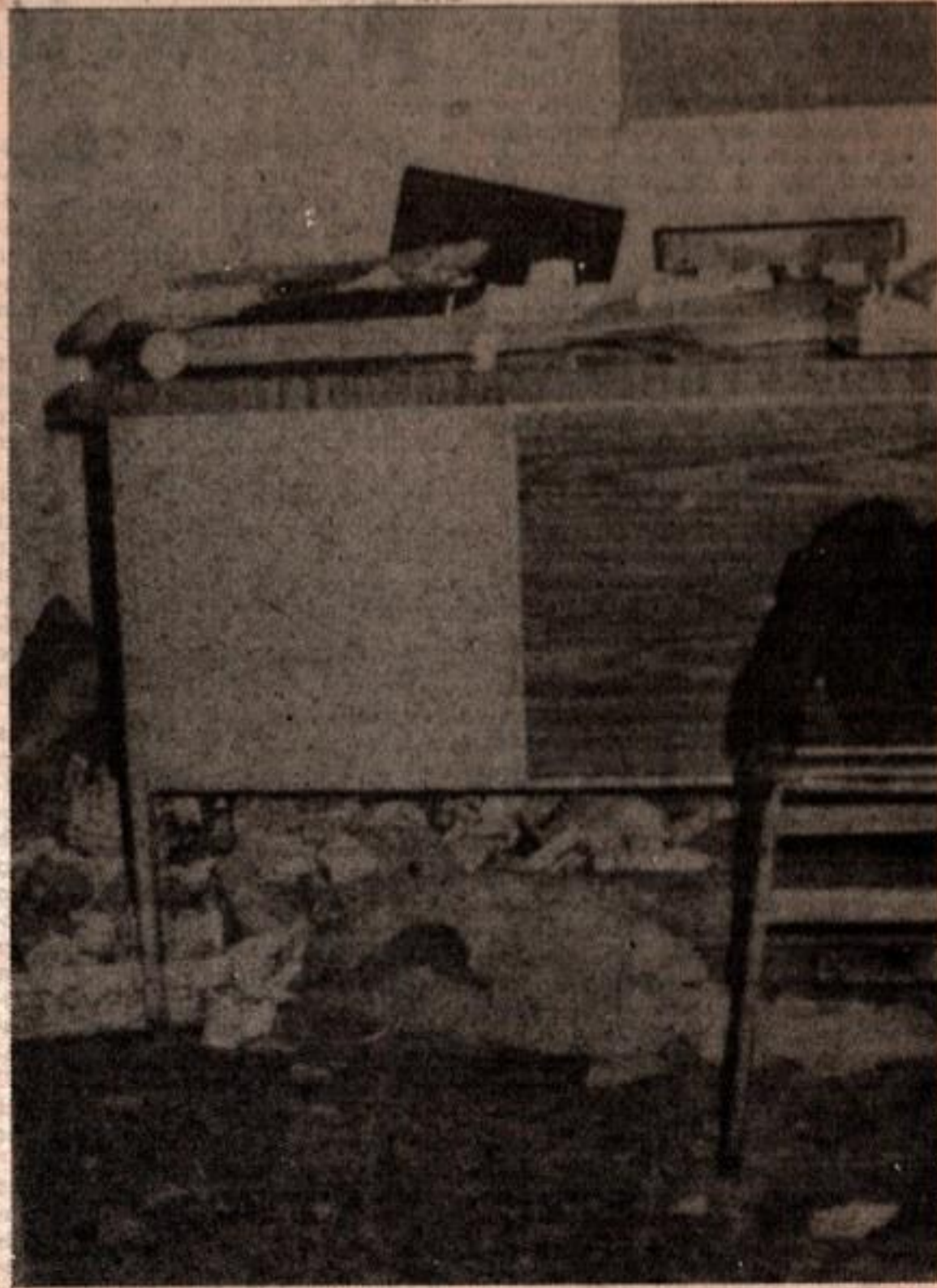
Am 9.1.1980 wurde Oruc Korhmar zusammen mit seinem Vater, seiner Mutter und seiner Frau bei einer Hausdurchsuchung festgenommen, weil er angeblich eine Pistole im Haus versteckt hätte.

Die 4 wurden in einem Raum des Polizeipräsidiums von Kars eingesperrt und drei Tage und Nächte gefoltert. Besonders Oruc wurde durch Elektroschocks mißhandelt. Den Frauen selber wurde an die Geschlechtsteile gefaßt. Als der Vater das verhindern wollte, wurde er mit einem Gewehrkolben niedergeschlagen. Aufgrund der schweren Verletzungen durch die Folterung starb Oruc im Krankenhaus.

Der Vater lag aufgrund des Schlags mit dem Gewehrkolben im Koma. Die Frau Orucs liegt nach wie vor mit schweren Depressionen im Krankenhaus („Demokrat“, 3. Februar).

Am 3. Januar wurde ein führendes Mitglied von Devrimci Yol (linke Organisation), Necdet Boskurt, vor dem Polizeirevier von Iskenderum (süd-anatolische Stadt am Mittelmeer) tot aufgefunden. Dev-Genc, deren ehemaliger Vorsitzende Boskurt war, erklärte dazu: Necdet wurde am 22.12. in Iskenderum festgenommen und bis jetzt konnten wir keine Nachricht bekommen. Die Polizei behauptet, sie hätten ihn auf der Flucht erschossen.

Am 13. Januar wird das Büro der Metallarbeitergewerkschaft von Iskenderum von der Polizei durchsucht und zerstört. 15 Mitglieder, darunter alle Vorstandsmitglieder, sowie 5 Gäste wurden festgenommen. Dieser Überfall war ein offensichtlicher Racheakt wegen einer Bombenexplosion im Polizeirevier von Iskenderum,



Von der Polizei zerstörtes Büro der Gewerkschaft

vor dem Necdet Boskurt tot aufgefunden wurde. 3 Polizisten wurden dabei getötet, 3 weitere schwer verletzt.

Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft erklärte zu den Festnahmen: „Die ohne Grund festgenommenen 20 Menschen wurden im Polizeirevier 48 Stunden lang von etwa 100 Polizisten geschlagen und gefoltert.“

Der Gouverneur und der Staatsanwalt wollten zu dem Fall keine Stellungnahme abgeben. Der Polizeipräsident erklärte, die Polizisten hätten über den Tod ihrer 3 Kollegen die Nerven verloren, das sei normal. Eine gerichtsmmedizinische Feststellung der Folterungen wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

Die Nerven verloren, das sei normal. Eine gerichtsmmedizinische Feststellung der Folterungen wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.



Hüseyin Karakas

Der Beamte, Hüseyin Karakas, der bei Protesten gegen die Ereignisse

von Kahramanmaraş teilgenommen hatte und dabei festgenommen wurde, wurde in seiner Zelle im Polizeipräsidium von Ankara tot aufgefunden. Die Polizei erklärte, er sei durch einen Gehirnschlag gestorben. Dagegen sagten Freunde aus, daß er gefoltert wurde und durch Schläge auf den Kopf an den Folgen einer Gehirnerschütterung gestorben sei („Demokrat“, 28.12.79).

In der Stadt Uye (Schwarzmeerküste) wurden die beiden Mitglieder des fortschrittlichen türkischen Lehrerverbandes (TÖBDER) Kenan Gorgülü und Veyisel Güven von der Polizei festgenommen und 10 Stunden lang gefoltert. Ein Arzt des Stadtkrankenhauses bestätigte in einem Attest die Folterungen. Die Behörden machten keine Aussagen („Demokrat“, 28. Januar).

Unklar ist heute noch das Schicksal von 700 Menschen, die am 22. Januar in der Kleinstadt Siverek bei einer Großoperation der Polizei und des Militärs festgenommen und mit Militärfahrzeugen abtransportiert wurden.

Eine an Tuberkulose erkrankte Schülerin, die sich an Protestaktionen gegen das Massaker von Kahramanmaraş beteiligt hatte und dabei festgenommen wurde, wurde im Militärgefängnis von Ankara mit 38 Gefangenen in einen Raum eingesperrt. Ihr wurde Aspirin verschrieben („Demokrat“, 27. Januar).



Oruc Korhmar

Schwangere Frau gefoltert

Im berühmten Foltergefängnis Mamak in Ankara wird die bei Inhaftierung schwangere Döndü Durmus seit nunmehr sieben Monaten ohne An-



Die Namensliste der unterzeichneten Frauen



3 der im Polizeirevier von Iskenderum gefolterten Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft

Bis Karlsruhe hofften viele auf das große Bündnis von Sozialisten/Kommunisten, Radikaldemokraten, Ökologen, Christen, Liberalen bis zu den Wertkonservativen, die sich in dem Willen einig waren, auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen Plattform gegenüber den Herrschenden so etwas wie Fundamentalopposition zu verkörpern. Das hätte nur bei Respektierung der Grundpositionen der jeweils anderen gelingen können. Mir ist nicht bekannt, daß die Bunt- und Alternativen Positionen formuliert hätten, die ihrerseits Grundpositionen von Christen bis zu den Wertkonservativen bei den Grünen in Frage gestellt hätten. Jedenfalls sind uns solche Grundpositionen des nicht-linken Teiles der Grünen niemals mitgeteilt worden. Deshalb ist auch die Behauptung, die bunt-alternative Mehrheit hätte durch eine maximalistische Politik ihrerseits zum Scheitern des Bündnisses beigetragen, nicht richtig.

Auf der anderen Seite war es jedermann bei den Grünen in Karlsruhe sehr wohl bewußt, daß ein Unvereinbarkeitsbeschuß - in welcher Form auch immer, auch verkleidet in die sog. „Doppelmitgliedschaft“ - den empfindlichsten Nerv des politischen Selbstverständnisses aller bunt- und alternativen Listen treffen würde. Hier helfen jetzt keine Beschönigungen: Der gefaßte Beschuß zu § 2 der Satzung der Grünen - und der zu § 18 stellt nicht einmal ein Trostpflaster dar - kann überhaupt nicht anders als ein sehr bewußter Affront der nicht-linken Mehrheit bei den Grünen gegenüber den bunt- und alternativen Listen aufgefaßt werden.

Unsere Enttäuschung über Karlsruhe ist freilich nicht nur das Resultat des Unvereinbarkeitsbeschlusses. Die Weigerung der Mehrheit bei den Grünen, die autonomen Delegierten der bunt- und alternativen Listen gleichberechtigt an der grünen Parteigründung mitwirken zu lassen, zeigte deutlich, daß diese Kräfte eine Mitwirkung der alternativen und bunt-Listen in ihrer Gesamtheit einfach nicht wollen. Nicht anders habe ich die Ablehnung des Antrages der AL Berlin durch die Mehrheit der Grünen verstanden, die Programmdebatte vor der Satzungsdebatte zu führen. Warum eigentlich weigerte man sich, die inhaltliche Diskussion vor der Diskussion um Formalien zu führen? Von Seiten der Bunt- und Alternativen ist hier nur daran zu erinnern, daß die Diskussion um UVBs ganz anders hätte werden können, wenn sie - entsprechend dem Papier „basis- und radikalökologisch“ des Frankfurter Beratungskongresses - in inhaltliche Aussagen eingebettet gewesen wäre.

Anzeige der GAL Münster

Alexander Schubart

Wie weiter nach Karlsruhe?

Über den Karlsruher Gründungskongreß hatten bereits die autonomen Delegierten der Bunt- und Alternativen in ihrer öffentlichen Erklärung gesagt, daß sie enttäuscht, aber nicht entmutigt seien. Unser gegenwärtiges Verhältnis zu den Grünen sollte das einer kritischen, aber aufmerksamen Distanz sein. Es besteht aber überhaupt kein Anlaß, dieses Verhältnis als gegnerisch oder gar feindselig zu bezeichnen. Denn immer noch trennt uns Bunte und Alternative unendlich mehr vom Kartell der herrschenden Parteien als von den Grünen. Deshalb ist auch jener Satz aus der Erklärung der autonomen Delegierten richtig, wonach wir gegenüber den Grünen sowohl die inhaltliche Auseinandersetzung als auch die praktische Zusammenarbeit suchen werden.

Das Nicht-Zustandekommen eines ehrlichen Bündnisses zwischen Grünen auf der einen, Bunt- und Alternativen auf der anderen Seite hat Probleme sowohl für die Linken innerhalb der Grünen, als auch für die Bunt- und Alternativen geschaffen. Bei den einen, weil sie dringend auf die Mitwirkung der Bunt- und Alternativen angewiesen sind, um bei den Grünen fortschrittliche Positionen durchzusetzen. Bei den anderen, weil sie bisher allzusehr auf das Zustandekommen des Bündnisses „grüne Partei“ fixiert und auf ein Scheitern nicht vorbereitet waren. Erst in Münster konnte der erste - noch zaghafte - Ansatzpunkt für die Bildung eines eigenständigen Standortes aller bunt- und alternativen Listen im politischen Kräftespektrum der BRD gefunden werden. So sehr sich der „Dachverband“ (gedacht für alle bunt- und alternativen Listen) in Münster für einige als Reizwort erwies, so einig war man sich schließlich in der Erkenntnis, daß eine engere Zusammenarbeit aller bunt- und alternativen Listen notwendig ist, und zwar eine Zusammenarbeit, die durchaus offen ist für eine künftige eigenständige politische Organisation. Ich will keineswegs die bestehenden Meinungsgegensätze innerhalb und zwischen den Listen unter den Teppich kehren, und ich sehe sehr wohl die Schwierigkeiten, auf den bunt-alternativen Beratungskongressen erfolgsorientierte Diskussionen zu führen;

aber ich halte es für einen echten Fortschritt, daß selbst unter dem Namen der Bunt- und Alternativen, die bis Karlsruhe in die Grünen eingetreten sind, seit Karlsruhe niemand mehr für weitere Eintritte von Mitgliedern der Listen in die Grünen und erst recht nicht für die Auflösung der Listen in die Grünen hinein plädiert.

II
Vor welchen Problemen stehen nun die Listen und welche Bedingungen müssen unter den obwaltenden Umständen erfüllt werden, um der engen Zusammenarbeit mit der Perspektive einer künftigen eigenständigen Organisation zu einem Erfolg zu verhelfen?

Zunächst einmal: Der Theorie-Praxis-Bezug muß innerhalb unserer Listen und ihrer bundesweiten Zusammenarbeit selbst hergestellt werden. Den Theorie-Praxis-Bezug auf die von Rudolf Bahro vorgeschlagene Sozialistische Konferenz zu delegieren - und in diese Richtung wurde teilweise am Samstag in Münster diskutiert - kann für uns selbst dann nicht in Frage kommen, wenn die Prämisse zutreffend wäre, wonach jene Konferenz nicht ein einmaliges Ereignis, sondern eine dauernde Einrichtung werden sollte.

In Münster ist - unter Bezugnahme auf die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen des Frankfurter Beratungskongresses - die Entwicklung einer eigenständigen Programmatik auf radikalökologischer, radikalökologischer, antikapitalistischer und antifaschistischer Grundlage beschlossen worden. Die Bunt- und Alternativen stehen also jetzt vor dem Problem, Grundsatzpositionen zu klären, eine mittel- und langfristige Strategie in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu entwickeln und ihr eigenes politisches Selbstverständnis zu formulieren. Sie können dabei auf dem aufbauen, was schon innerhalb ihrer eigenen Listen gewachsen ist; neues muß freilich hinzukommen und manches wird kontrovers bleiben.

In Münster hatten einige Kongreßteilnehmer Fragen zu oder Schwierigkeiten mit der Säule „radikalökologisch“, so wie sich die GLH immer definiert hatte. In diesem Sinne bedeutet „radikalökologisch“ nicht, von einem Ökologismus auszugehen, der jedem und allem übergestülpt wird, von der Ökologie her gewissermaßen alle politischen Fragen anzugehen und zu „lösen“ und die Ökologie allem anderen überzuordnen. Vorstöße in dieser Richtung - z.B. auf dem GLH-Programmkongreß 1978 von Vertretern der AUD - sind bei uns auf ganz überwiegende Ablehnung gestoßen. Das undifferenzierte Schlagwort „Ökologie vor Ökonomie“ hat deshalb so weder in den GLH-Essentials noch in ihrem Programm Eingang gefunden. Erst recht kann für GLH'ler keine Rede davon sein, nur noch die Ausbeutung und die Zerstörung der Natur durch den Menschen und nicht mehr die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zu sehen und zu bekämpfen.

Auf der anderen Seite gilt es sehr wohl, die Relevanz der ökologischen Frage, die durchaus gleichgewichtig neben den grundlegenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen steht und bei der es sich um eine sog. „neue Frage“ des 20. Jahrhunderts handelt, zu erkennen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die zerstörerischen Potenzen gegenüber unserer Umwelt, unserer Landschaft und unserer Städte einen Grad erreicht haben, der unseren entscheidenden Widerstand herausfordert, haben wir als GLH unser radikalökologisches Verständnis wie folgt definiert: „Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der ökologische Grundsätze vor ökonomische Sachzwänge gesetzt werden. Der Mensch ist Teil und Partner der Natur und nicht ihr Beherrscher. Er ist allerdings auch ein besonderer Teil der Natur insofern, als er ein vernunftbegabtes und bewußtes Wesen ist, kraft dessen er Naturgesetze erkennen und für sich nutzbar machen kann. Es kommt aber darauf an, daß er zur Natur ein in jeder Hinsicht bewußtes Verhältnis entwickelt. Dies schließt jede ausbeuterische und zerstörerische Wirtschaftsweise aus. Umweltfragen sind Lebensfragen und haben Vorrang vor allen wirtschaftlichen Rentabilitäts- und Gewinngesichtspunkten.“

Ein solches Ökologieverständnis schließt m.E. sehr wohl eine Revision gängiger quantitativer Wachstumsvor-

stellungen ein, ohne daß dies in plumpen „Verzichtsforderungen“, wie sie im Entwurf der Programmpreamble der Grünen enthalten waren, münden dürfte. Denn die Frage lautet ja nicht: „Wachstum, ja oder nein“, sondern was für ein Wachstum für wen und mit welchen Folgen.

Andere Grundpositionen werden uns bei der Entwicklung der bunt-alternativen Programmatik nicht weniger beschäftigen als die radikalökologische. So ist es z.B. nicht nur Ausdruck eines Bedürfnisses, wenn wir uns auch als „antikapitalistisch“ definieren, weil in der Tat „radikalökologisch“ nicht die ganze Wahlheit dessen ausmacht, was sich in den bunt- und alternativen Listen vereinigt hat. Die Säule „antikapitalistisch“ ist auch Ausdruck einer Verlegenheit, und zwar insofern, als das „Pro“, die Wendung ins Positive, fehlt. Unbefangene Außenstehende, die unsere vier Säulen lesen, könnten meinen, die Bunt- und Alternativen seien nun ebenfalls - wie ganz offenbar die Mehrheit bei den Grünen - Anhänger eines sog. „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus geworden. Wir müssen deutlich machen, daß eine solche Annahme unzutreffend wäre. Und deshalb werden wir über kurz oder lang die gesellschaftspolitischen Grundfragen nicht ausklammern können.

Entscheidend aber für engere Zusammenarbeit der bunt- und alternativen Listen wird der Theorie-Praxis-Bezug sein; es darf also weder ein Vermodern im Elfenbeinturm eines Theoriezirkels noch ein Verkommen im blinden Aktionismus geben. Im richtigen Theorie-Praxis-Bezug sehe ich aufgrund der Erfahrungen in der GLH aber auch nach der Diskussion am Samstagnachmittag in Münster die größten Schwierigkeiten sowohl für die einzelnen Listen als auch für ihre Zusammenarbeit mit der Perspektive einer bundesweiten Organisation.

Die GLH und andere Listen und nunmehr auch der Münsteraner Kongreß haben den Vorrang von außerparlamentarischen Aktionen vor jeder parlamentarischen betont. Die Diskussionen um die grüne Parteigründung haben diesen Grundsatz etwas verdunkelt. Er muß nachdrücklich wieder hervorgehoben werden, nicht nur deshalb, weil die mehrheitsbestimmenden Kräfte bei den Grünen

nur deshalb, weil die mehrheitsbestimmenden Kräfte bei den Grünen voll auf die Parlamentsschiene abgefahren sind (nicht nur Olaf Dinne träumt davon, daß eine grüne Fraktion im Bundestag das Atomprogramm der Bundesregierung zu Fall bringen könnte), sondern auch deshalb, weil einige bei den Bunt- und Alternativen ganz offenbar Parlamentssillusionen aufgefressen sind. Wesentliche Veränderungen der herrschenden Verhältnisse werden sich aber nicht aus großen Parlamentsdebatten, Parteien- und Koalitionsmauscheleien ergeben, sondern können von den Herrschenden nur durch Mobilisierung der Massen auf die Straßen erzwungen werden.

Natürlich: Die bunt- und alternativen Listen haben bei Parlamentswahlen kandidiert, und sie haben sich aus echtem Interesse an den Diskussionen um die grüne Parteigründung beteiligt, die von vornherein auf die Beteiligung an Parlamentswahlen auf allen Ebenen gerichtet war. Aus meiner Sicht zielte aber diese ganze Parlamentsbeteiligung niemals in erster Linie auf das Parlament als solches, sondern auf das Medium „Wahlkampf“. Denn wegen der Verfassung unserer Medienlandschaft und wegen der Fixierung der übergroßen Bevölkerungsmehrheit auf Wahlen und Parlament, gibt es im „Wahlkampf“ gewisse Mobilisierungsmöglichkeiten, die man mit außerparlamentarischen Aktionen für sich alleine nicht ausschöpfen kann. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt das Medium „Wahlkampf“ selbst dann an Interesse, wenn man selbst - wie die bunt- und alternativen Listen zu der Bundestagswahl 1980 - keine eigene Kandidatenliste aufstellt. Denn um in den Wahlkampf einzugreifen, braucht man eigentlich keine eigene Kandidatenliste. Angesichts der Verbindung der Bundestagswahl 1980 mit der Kanzlerkandidatur Strauß ist es eigentlich selbstverständlich, daß die bunt- und alternativen Listen da eingreifen werden. Die Frage ist nur wie. Wir können natürlich den Grünen keinen Freibrief geben, und genau das würde eine Festlegung in der Wahlaussage auf die Grünen im ge-

genwärtigen Zeitpunkt (also bevor das Programm verabschiedet ist, und andere notwendige Klärungen stattgefunden haben) bedeuten. Auf der anderen Seite muß man natürlich schon jetzt sehen, daß angesichts der Kanzlerkandidatur Strauß ein Wahlboykott in unserem eigenen Reservoir nicht angenommen wird und außerdem absolut ungeeignet ist, Strauß als Kanzler zu verhindern; und natürlich wäre ein Wahlauftritt zugunsten der SPD überhaupt keine annehmbare Alternative.

Bei alledem gehe ich als selbstverständlich davon aus, daß es für die Bundestagswahlen 1980 eine eigene Kandidatur der bunt- und alternativen Listen nicht geben wird. Bei Wahlen auf anderen Ebenen, aber auch für die Bundestagswahl 1984 kann das anders sein; vor allem aber Parlamentskandidaturen in Gemeinschaft mit anderen, insbesondere mit den Grünen, wären zu diskutieren.

Und schließlich - dies halte ich für besonders wichtig - Der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit der bunt- und alternativen Listen sollte auch ein Beitrag für eine partielle Vereinheitlichung von Politik der radikalen Linken in der BRD sein. Sicherlich, das Unterfangen, alle Kräfte links von den Jusos unter den seit 1968 gewachsenen Strukturen zu vereinheitlichen, wäre ein aussichtsloses, ja abenteuerliches Unterfangen. Auf der anderen Seite bin ich sehr wohl der Ansicht, daß das politische Spektrum, das bisher nur teilweise in den bunt- und alternativen Listen zusammengearbeitet hat, ferner ein großer Teil des linken Potentials der Grünen und nicht zu vergessen ein großer Teil der bisher unorganisierten und in keinem politischen Zusammenhang arbeitenden Linken in einem weit größerem Umfang, als es bisher der Fall war, vereinheitlichungsbedürftig und vereinheitlichungsfähig ist. Dazu müssen allerdings eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt werden:

Die teilweise unsolidarischen, personalisierten und recht polemischen Zuspitzungen der letzten Zeit innerhalb der notwendigen Diskussion um unser Verhältnis zu den Grünen, insbesondere um die Frage der Mitgliedschaft, müssen sofort beendet werden. Diese Zuspitzungen - nicht die Diskussionen als solche - haben uns nicht weitergebracht, sondern zurückgeworfen. Sie haben vor allem nicht dazu beigetragen, den Kern der zur Mitarbeit Bereiteten auszuweiten, sondern eher das Gegenteil bewirkt.

Ein Erfolg der künftigen Arbeit der bunt- und alternativen Listen und ihrer bundesweiten Zusammenarbeit wird aber gerade davon abhängen, inwieweit es gelingt, unseren Mitgliederstamm und Sympathisantenkreis auszuweiten und überall Mitgliederstamm und Sympathisantenkreis auszuweiten und überall dort, wo es nach den örtlichen oder regionalen Gegebenheiten möglich ist, neue bunte und alternative Listen auf lokaler oder gar landesweiter Ebene zu gründen. Das aber werden wir nach der grünen Parteigründung nur schaffen, wenn es uns gelingt, bei der Masse der Linken immer wieder deutlich zu machen, warum wir aufgrund unserer Erfahrungen von Offenbach bis Karlsruhe ganz gegen unsere ursprüngliche Absicht eine kritische, aber keineswegs gegnerische oder gar feindselige Distanz zu den Grünen halten müssen, und warum die Notwendigkeit besteht, einen eigenständigen politischen Standort zu beanspruchen: Wir bleiben nach wie vor ein Teil der ökologischen Wahlbewegung - und das haben wir gemeinsam mit den Grünen; wir haben allerdings auch mehr als Ökologie und Wahlen im Hinterkopf - und hier gibt es vieles, was uns von den Grünen unterscheidet. Wir sollten uns daher nicht scheuen, unseren eigenständigen politischen Standort - ganz im Gegensatz zu den Grünen - als eindeutig „links“ zu bezeichnen. Je besser es uns dabei gelingt, den Theorie-Praxis-Bezug herzustellen, desto erfolgreicher werden wir bei der Sammlung linker Kräfte sein.

Selbstverständlich muß dabei nach wie vor die Mitarbeit in den einzelnen Listen und im Rahmen der bundesweiten Zusammenarbeit all denjenigen offenstehen, die den Kern unserer gemeinsamen Grundpositionen teilen und nach außen vertreten. Das gilt namentlich für die Mitglieder der grünen Partei, die bisher nicht in einer bunt- oder alternativen Liste gearbeitet haben. Warum kann es nicht auch einmal einen „Sog“ von den Grünen zu den Bunt- und Alternativen geben? Warum sollte nicht auch dieser oder jener grüne Orts- oder Kreisverband kollektiv erklären, er definiere sich außer als Teil der grünen Partei auch als Teil der bunt-alternativen Bewegung und wolle sich deshalb an der bundesweiten bunt-alternativen Zusammenarbeit beteiligen?

Anzeige der GAL Münster

Beratungskongress
AM 2.-3. FEBRUAR
IN MÜNSTER

**der BUNTEN-
ALTERNATIVEN
LISTEN**

ERGEBNISSE

40 Seiten, DM 2,-

Bestellungen: Grüne Alternative Liste
c/o CAL-Fraktionsbüro, Langenstr. 29
44 Münster, Tel.: 0251/295588

GRÜNE LISTE HESSEN (GLH)

Alexander Schubart
Paul Kornfeld Weg 45
6000 Frankfurt 50 - Tel.: 0611/58 66 05

An die Initiativgruppe Peter Paul Zahl,
an Peter Paul Zahl, Astrid Proll, Brigitte Heinrich, Fritz Teufel

Liebe Leute,
Ich möchte Euch einen Vorschlag mitteilen, der zunächst in der Frankfurter Gruppe der GLH am 31.1. und dann auf dem Münsteraner Beratungskongreß Bunter und Alternativer Listen am 2./3.2. diskutiert worden ist. Beide Versammlungen haben einstimmig beschlossen, den Wiederaufnahmeantrag des Strafprozesses gegen Peter Paul Zahl zu unterstützen (siehe Schreiben der Initiativgruppe PPZ vom Januar 1980). Aus der Diskussion, was man über die verbale Solidarität hinaus unternehmen könnte, hat sich die Idee einer Kampagne entwickelt, die auf die schreienden Ungerechtigkeiten im Bereich der politischen Justiz aufmerksam machen und einigen Betroffenen konkret helfen soll. Wir dachten dabei nicht an eine „linke Strategiedebatte“, sondern einfach an einen Beitrag zur Schaffung von möglichst viel Öffentlichkeit für die Haft- und Prozeßsituation (nicht nur) politischer Gefangener in der BRD. Wir schlagen vor, dies am Beispiel der „Fälle“ PPZ, Astrid Proll, Brigitte Heinrich und anhand der neu eingerichteten Hochsicherheitstrakte zu tun. Dazu hat der Münsteraner Kongreß diskutiert, eine Serie von Kulturveranstaltungen in etwa acht bis zehn Städten durchzuführen, die auch einen erheblichen Geldbetrag zur materiellen Unterstützung einbringen sollen.

Wir haben uns vorläufig auf die folgenden Forderungen geeinigt:

1. Zulassung des Antrags auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens P.P.Zahls und sofortige Außervollzugssetzung der Haftstrafe gegen ihn
2. Freispruch für Astrid Proll
3. Sofortige Einstellung des Strafverfahrens gegen Brigitte Heinrich; Freilassung von Peter Egloff
4. Die Hochsicherheitstrakte und andere Formen der Isolationshaft dürfen ab sofort weder für die Untersuchungshaft noch für den Strafvollzug Verwendung finden; die Hochsicherheitstrakte sind für ihren bestimmungsmäßigen Gebrauch unbrauchbar zu machen; Normalvollzug für alle Gefangenen.
5. Alle Gefangenen erhalten das Recht, interaktionsfähige Gruppen zu bilden; sie bestimmen selbst, mit wem sie diese Gruppen bilden.

Der in dieser Kampagne gesammelte Betrag soll helfen, die Wiederaufnahme des Verfahrens PPZ zu finanzieren; außerdem soll die Prozeßführung von A. Proll, B. Heinrich, P. Egloff und der Kampf gegen die Hochsicherheitsverwahrung unterstützt werden.

Zur Werbung für diese Kampagne haben wir uns überlegt, ein ca. vierseitiges Flugblatt in hoher Auflage herauszugeben, in dem in kurzen, allgemein verständlichen Texten (z.B. Sebastian Cobler zu PPZ, Prof. Rasch zum Hochsicherheitstrakt) erklärt wird, worum es geht. Die Veranstaltungen selbst könnten mit einem Referat eröffnet und dann von Künstlern selbst gestaltet werden, die sich mit den Forderungen identifizieren können.

Es versteht sich von selbst, daß die Kampagne nicht für irgendeine politische Partei oder Gruppe werben soll; die Bunten/Alternativen kandidieren nicht für den Bundestag, und zur grünen Partei bestehen bei uns unterschiedliche Meinungen. Keinesfalls haben wir vor, diese Sache über die Köpfe derjenigen hinweg zu machen, die selbst betroffen sind, oder als Initiative in diesem Bereich arbeiten. Deshalb wenden wir uns an Euch, um Eure Meinung dazu zu erfahren, und um möglichst eng mit Euch zusammenzuarbeiten. Teilt uns bitte möglichst bald Eure politischen und organisatorischen Vorstellungen zu dieser Idee mit.

Mit bunten Grüßen

Alexander Schubart

nun, wie im September 1976 beantragt:
Seidelstraße 39, TA II
1000 Berlin 27
11.2.1980

p.p.zahl

Alexander Schubart, GLH
Paul Kornfeld Weg 45
6000 Frankfurt am Main 50

lieber Aschu,
selbstverständlich freue ich mich zu- nächst darüber, daß der Münsteraner Beratungskongreß der Bunten und Alternativen Listen die Idee einer Kampagne entwickelte und diskutierte, Betroffenen der politischen Justiz - ist's nicht jede? - konkret zu helfen. Freue ich mich über die Initiativen zugunsten von Astrid Proll, Brigitte Heinrich, Peter Egloff, p.p.z. und alle Gefangenen, die unter die „Maßnahmen der HÄFTLINGS- ÜBERWACHUNG“ und deren schärfsten Ausdruck, den „Hochsicherheitstrakt“ fallen, gefallen sind. Auch wir waren und sind der Meinung, daß Einzelfallhilfe und Kampagnenpolitik zusammengehen können und sollen. Nicht umsonst hieß die Dokumentation der ppz-Initiative „AM BEISPIEL...“

Aber genau da setzen auch meine Bedenken ein.

Wird es geschafft, den Einzelfall für viele Fälle zu nehmen? Wird es geschafft, am konkreten das allgemeine zu verdeutlichen? Manchmal, fürchte ich, eben nicht. Ich verstehe viele - und nicht die Schlechtesten - nur zu gut, wenn sie mosern, motzen, polemisieren, ist „mal wieder“ nur vom (einigermaßen „reputierlichen“) Einzelfall, von Astrid, Brigitte, PPZ die Rede. Auch ich frage nach - den anderen, auch und vor allem nach jenen, deren „Linie“ mir nicht im geringsten paßt (mein Offener Brief, kürzlich in der Alternativpresse veröffentlicht, an einige RAF-niks mag da ein Beispiel sein), aber auch nach jenen, die Öffentlichkeit dringend brauchen, jene, die die Peitsche Baums und des BGH und der OLG und des BKA zu spüren bekommen, derweil bei uns andern, mittlerweile bekannten, das winzige Stück Zuckerbrot, das da gereicht wurde, von der Systempresse zum süßen Gebirge umgelogen wird.

Mags auch zur Zeit verwegen erscheinen angesichts der seit kurzem laufenden Hetzkampagne der Rechten gegen mich anlässlich der Verleihung des Bremer Förderpreises für Literatur an mich, der (gerichtlich erzwungenen) „Ausführung“ nach Bremen, der nun erfolgten Verlegung nach Berlin von seitens der CDU (Bremen, Berlin, Mordrhein-Westfalen), Springerpresse, FAZ, Deutscher National- und Soldatenzeitung, Gewerkschaft der Polizei (Bremen und Berlin), XY-Zimmermann et tutti quanti - der p.p.z. ist z.Zt. aus dem größten raus und hat einen „guten Ruf“ bis selbst in SPD-Kreise hinein; bei Astrid, Brigitte und Peter ist's ähnlich, Baums Strategie zeitigt Folgen.

Der Hochsicherheitstrakt in Berlin-Moabit wurde nun belegt. Zu Recht wird getrommelt!

Aber sind die HS-Trakte in Celle, Straubing, Köln-Ossendorf und Frankenthal nicht schon längst belegt? Haben wir geschwiegen, weil wir die unmateriellen Sprüche der RAF-Reste einfach nicht mehr hören können? Weil - gewiß - von ihrer Seite aus und durch verwirrte „Antifa“-Gruppen Solidarität nur zu oft instrumentalisiert wurde?

Sind wir nicht verantwortlich gewesen für eine hirnlose Aktion wie die dpa-Besetzung in Frankfurt? Weil auch wir sortieren: die guten ins ... die schlechten ins ...?

Ich finde Eure Debatte und Initiative gut.

Ich erkläre mich zur Mitarbeit bereit.

Unter der Voraussetzung, daß wir nicht mehr selektieren; daß wir wirklich am Einzelfall den Allgemeinfall verdeutlichen. Wir haben geschwiegen zum „Schmücker“-Prozeß, in dem Ilse Schwipper-Jandt just mit den dreckigen Tricks zur lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, welche die internationale Öffentlichkeit im Astrid-Prozeß hat verhindern können; in Düsseldorf, auf dem Gelände der Polizeikaserne findet ein Inquisitionsprozeß im Stile Franco-Spaniens statt, der gegen Manfred Adomeit und Norbert Kröcher - bis auf einige unverdrossene Düsseldorfer und Berliner Freaks achtet keine Sau darauf, was da an Schweinereien passiert; in Werl läuft Lothar Gend, wegen eines Schus-

ses in eine Polizeierse (von dem nicht mal klar ist, wer ihn abfeuerte - vermutlich ein Kollege des Polizisten), wie ich, zu fünfzehn Jahren Knast verurteilt, herum, läuft rum mit Rheuma, kaputten Nerven, kaputtem Kreislauf, kaputtem Verdauungssystem, läuft rum wie ein „Muselmann“ in Dachau - und wir schwiegen und schweigen und lassens zu; in Celles Hochsicherheitstrakt sitzen sie zu dritt - und wir leiern eine Kampagne an für jene, die aus dem schlimmsten raus sind.

Raus, weil sie kämpften, Widerstand leisteten, ständig informierten. Raus, weil sie noch Familien und Freundinnen und Freunde und Genossinnen und Genossen und liberale Mitstreiter und, vielleicht, auch Talent für dies und das hatten.

lieber Aschu,
um es ganz grob zu sagen: Auch wir haben bislang zu sehr und zu lange in Tauschwert-Kategorien gedacht und gehandelt. Der „Tauschwert“ des „Knastpoeten“ Zahl ist hoch, der von Ilse Schwipper-Jandt ist niedrig, der von Astrid hoch, der von Harry Stürmer in Celle gering, der von Brigitte hoch, der von Adomeit unten.

Ist es so?
Wenn ja, wie ändern wir's?
Setzen wir auf „Hausse“ und „Baisse“?

Es ist wichtig, die Idee einer Kampagne aufzugreifen und in die Praxis umzusetzen, die AM BEISPIEL ... klarmacht, wo's lang geht. Beweisen oben angeführte Beispiele aber nicht, daß wir zu träge waren, das

BEISPIELhafte zu sehen? Blicke dann nicht immer wieder „der Fall X“ oder der „Fall“ Y im Gedächtnis haften?

Wie ändern wir's?
Ich weiß es nicht. Ich begreife, offen gestanden, vieles nicht, was „draußen“ läuft; begreife die Liquidierung basisdemokratischen Denkens bei den Grünen nicht; begreife Flipper- und Chaotentum in linken Projekten nicht mehr; begreife nicht, warum die MAGNA CHARTA der Gefangenenbewegung nicht viel mehr diskutiert wird, vermasselt wird; begreife eine Menge nicht oder nicht mehr oder noch nicht: bin im Knast.

Wenn ich JA sage zu Euren Ideen, JA zu den von Dir genannten fünf Punkten, dann unter obigem Vorbehalt, dann mit den genannten Einwänden.

Es ist wahr, daß die Freisprüche oder Freilassungen von Brigitte Heinrich, Astrid Proll, Peter Egloff, P.P. Zahl ein Zeichen sein können, eine „Tendenzwende“, eine Atempause im Kampf, wichtige Etappen im Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung; ebenso können sie das Linsengericht sein, mit dem Baums Strategien unser Schweigen oder auch nur unser Innehalten erkaufen. Denn zutiefst erschrocken bin ich immer noch über den Mangel an Großem, Atem, an konkreter Utopie, dann etwa, wenn ich verständnislos gefragt werde: „AMNESTIE FÜR ALLE, p.p.? Wie geht das denn...?“

Ein Einwand gegen meine Fragen könnte natürlich lauten: Wenn wir ALLES fordern, werden wir NICHTS

durchsetzen; und: Sind erst Astrid und Brigitte und Peter freigesprochen, und ist auch der p.p.z. auf „freiem“ Fuß, haben wir viel erreicht. Gewiß. Und ich habe wirklich nichts dagegen. Aber ich halte es mit Maurice Sendak: „Es muß mehr als alles geben!“ Das von Euch erwogene Flugblatt sollte, meine ich, diese Fragen ventilieren.

Die Serie von Kulturveranstaltungen - warum nicht auch andre? Auf „Kultur“ fahren zu viele ab, wir erleben's auf vielen Benefiz-Veranstaltungen, wo „der Biermann“ wichtig, der Anlaß unwichtig wurde - was nicht an Biermann liegt! - sollte die Forderung nach „Normalvollzug“ für alle in den Mittelpunkt stellen. Am Einzelfall wollen wir lediglich verdeutlichen. Kommt für den „Einzelfall“ unterm Strich was raus - um so besser.

Und: In die Kampagne sollten so viele Organisationen wie möglich und so viele Individuen wie's geht eingeschaltet werden. Für Astrid, Brigitte, Peter und p.p. setzen sich - was unbedingt für sie spricht! - mittlerweile auch Jusos und Judos, evangelische und katholische Studentengemeinden, Naturfreunde und SPD-Pressesprecher, die „vier Aufrechten“ im Bonner Bundestag, Humanistische Union und Schriftstellerverbände, PEN-Clubs und Teile der Gewerkschaft ein. Bei den fünf Forderungen, die Du aufzähltest, muß es möglich sein, alle an einen Tisch, auf eine Bühne, in eine Veranstaltung zu bringen. Alle - bis auf die Reaktion.

Freiheit und Glück!

p.p.



AL Westberlin: Die Entsolidarisierungswelle läuft!

„Die für heute angesetzte Veranstaltung der FDP Tiergarten und der Alternativen Liste mit Justizsenator Meyer über den kürzlich belegten Hochsicherheitstrakt in Moabit fällt aus. Die Mitglieder der Alternativen Liste hatten Bedenken bekommen, nachdem vor einigen Tagen der in Aussicht gestellte Diskussionsrunden mit Meyer (den für den Hochsicherheitstrakt verantwortlichen Senator (aus der FDP - AK)), bei denen er in zynischer Art alles Wichtige unbeantwortet ließ und nach der durchgepeitschten Belegung keine offenen Fragen mehr an den Senator. Er selbst hat sein Lieblingspielzeug - die Trennscheibe - zwischen sich und der breiten demokratischen Öffentlichkeit hochgehoben.“ Dieser von Dirk Schneider verfaßte Presseerklärung folgte am nächsten Tag durch andere Kräfte des GA ein Entschuldigungs-

schreiben an Harald Loch von der FDP: Die Veranstaltung werde abgesagt, „da durch die AL nicht gewährleistet werden kann, handgreifliche Auseinandersetzungen zu verhindern, die zu einer Gefährdung der Veranstaltungsteilnehmer sowie des Podiums führen kann.“ „Aufatmend“ hatte die FDP sich für dieses Schreiben bedankt.

In der Tat wollte der AL-Bereich „Demokratische Rechte“ mit der FDP-Tiergarten eine Podiumsveranstaltung durchziehen, bei der ursprünglich Mahler, Meyer und Kunzelmann auf dem Podium sitzen sollten und diese Veranstaltung durch Saalschützer der AL und FDP „gesichert“ werden sollten. Am 22.1. hatte der Bereich „Demokratische Rechte“ für den Schutz vor den Antifa-Gruppen auch den Segen von 2 GA-Mitgliedern bekommen (darunter bemerkenswerter Weise ein Mitglied der Z-Gruppe); am 23.1. wurde dann mit anderen Mehrheiten im GA die Absage beschlossen. Das wäre auch ein schöner Saalschutz geworden: schon vor der Belegung des Hochsicherheitstraktes flog auf Meyer bei einer Veranstaltung der Humanistischen Union ein Hagel von Eiern. Kunzelmann war auf der Protestdemo gegen den Hochsicherheitstrakt

in ein Gerangel verwickelt worden, nachdem er es abgelehnt hatte, eine Erklärung der Antifas vortragen zu lassen.

In einem Schreiben vom 28.1. verteidigen Kunzelmann/Siehl voll die Absagebegründung in der Presse und erklären, daß der GA mit seiner ersten Erklärung „der entstehenden Bewegung gegen die Hochsicherheitstrakte abträglich war und ... die AL insgesamt an politischer Glaubwürdigkeit verloren hat“. Saalschutz gegen Antifa-Gruppen sind für sie kein Problem: „Ihre Forderung nach ‚interaktionsfähigen Gruppen‘ konnte Meyer nicht ganz zu Unrecht als Rechtfertigung für den Bau des Hochsicherheitstraktes heranziehen“ (immerhin eine Forderung aus den Reihen der Gefangenen).

„Wir meinen, daß diese Bauchschmerzen innerhalb der AL nicht existieren würden, wenn es um den Schutz einer Veranstaltung gehen würde, bei der Störtruppen von ‚Grauen Wölfen‘ oder vergleichbaren faschistischen Gruppen angekündigt wären“. Einen direkten offenen Vergleich möchten sie (noch?) nicht ziehen aber sie „stellen diese Zugehörigkeit (der ‚Antifas‘ zum linken und fortschrittlichen Lager - Anm. AK) zumindest in Frage ... Wer vor diesen

Leuten politisch und praktisch kapituliert, muß sich die Frage gefallen lassen, wie wir uns dann eigentlich beim Aufkommen kälterer Winde seitens der etablierten Parteien und des gesamten Unterdrückungsapparats verhalten sollen“. Kunzelmann, Siehl und Co. rufen hier ganz offen zur Ausgrenzung gegenüber der RAF bzw. den „Antifas“ auf. Dirk Scheider hat sich gegen diese Ansicht in einem Schreiben gewandt. Die Kunzelmann-Position und deren Veranstaltungskonzept konnte sich erfreulicherweise (noch?) nicht in der AL durchsetzen, aber immerhin mißbilligte die Mehrheit im Delegiertenrat folgende Passage der Presseerklärung der AL: „Die Alternative Liste sieht - solange der Senator die Belegung des Traktes nicht zurücknimmt - keinen Sinn, durch Fragen und Diskussionen auf dessen Entscheidungen einzuwirken. Wir sehen uns außerstande, den Zorn vieler erbitterter Kritiker dieser barbarischen Art des Strafvollzuges mit Ordnungsmaßnahmen in den Arm zu fallen, wenn sie die arrogante Dialogform des Senators mit handfesten Gegenargumenten erwidern sollten“.

Auf der anderen Seite hat die Mitgliederversammlung der AL-Kreuzberg sich voll dahinter gestellt.

Hamburg: ZL-Machtpoker in der Bunten Liste

Neue Auseinandersetzungen in der Bunten Liste Hamburg! Anlaß ist diesmal die Gestaltung des 1. Mai. An diesem Tag hatte die BuLi 1979 ein großes Volksfest mit Tausenden von Teilnehmern organisiert (in früheren Jahren wurden derartige Volksfeste von Aktionseinheiten unter maßgeblicher Beteiligung des KB organisiert). In diesem Jahr soll es nach dem Willen der ZL-Gruppe, die den BuLi-Apparat dominiert, anders laufen: Die Grüne Partei soll in diesem Jahr privilegiert zum Mitveranstalter des Volksfestes gemacht werden.

Um diese Konzeption durchzusetzen, zieht die ZL-Gruppe, unterstützt von anderen „Grünen“ im BuLi-Apparat, alle Register bürgerlicher Machtpolitik:

- Zum einen wird mit dem Mietvertrag für die Räumlichkeiten gepokert (Räume für ein Volksfest dieses Umfangs zu bekommen, ist in Hamburg stets ein großes Problem) — nach dem Motto: „Wir haben den Vertrag“.

- Im BuLi-Vorstand hat die ZL-Gruppe, zusammen mit anderen „Grünen“ eine satte Mehrheit. Ein Antrag der Vorstands-Mehrheit, die Streitfrage auf der ohnehin am 1./2. März anstehenden Mitgliederversammlung entscheiden zu lassen, wurde von der Vorstands-Mehrheit am 21.2. eiskalt abgelehnt (die Vorstands-Mehrheit verließ danach aus Protest gegen diesen Machtpoker die Vorstandssitzung).

- Als dritten, besonders gewichtigen Faktor bringt die ZL-Gruppe die Finanzen ins Spiel — nach dem Motto: Wer zahlt, bestellt die Musik! Die Kassen der Bunten Liste sind reichlich leer, so daß seit längerem um Spenden gebeten wird. Die BuLi hätte es also schwer, allein das Fest vorzufinanzieren. Freilich, da gibt es noch ein Konto der BuLi — mit einem 10 000 Mark (schätzungsweise über 50 000). Dieses Konto läuft auf den Namen der ZL-Gruppe. Auf dieses Konto hat die Eimsbüttler „Parlamentsfraktion“ der BuLi (2 Abgeordnete plus etliche kooptierte Mitglieder in Ausschüssen der Bezirksversammlung) seit anderthalb Jahren die recht stattlichen Aufwandsentschädigungen, Honorare, Sitzungsgelder usw. für ihre Parlamentstätigkeit eingezahlt. Als Lohn auf alle alternativen Sprüche bei den Wahlen 1978 („Diesmal wählen wir uns selbst“) betrachtet die Mehrheit der „Parlamentsfraktion“ dieses Geld nicht als Teil der BuLi-Finanzen, son-

dern als ihren Besitz (d.h. konkret in erster Linie als Besitz der ZL-Gruppe). Über die Höhe und Verwendung dieser Einnahmen wird gegenüber der BuLi-Basis keine Rechenschaft gegeben.

Die BuLi, wie alle Alternativen/Bunten Listen, hat im Wahlkampf 1978 versprochen, daß für die Parlamentsarbeit nur eine der Basis verpflichtete, der außerparlamentarischen Arbeit untergeordnete Tätigkeit sein soll. Stattdessen erweist sich, zumindest für die ZL-Gruppe, die Parlamentsarbeit als Geldquelle für politische Poker-Spiele.

Wenig alternativ ist es auch, daß seit einigen Wochen mit schöner Regelmäßigkeit „die Eimsbüttler Parlamentsfraktion“ (in Wahrheit nur deren Mehrheit) dazu eingesetzt wird, allen möglichen Stellungnahmen und Unternehmungen der ZL-Gruppe parlamentarischen Glanz zu verleihen. So etwa einer Stellungnahme gegen das Bunt/Alternative Treffen in Münster.

Der Konflikt um das Volksfest zum 1. Mai, der gewiß noch nicht abgeschlossen ist, dreht sich in der Substanz um folgendes: Wie auch in den Jahren zuvor, stand das Volksfest zum 1. Mai 1979 für eine Teilnahme und Mitgestaltung durch andere politische Kräfte weit offen, waren aber in erster Linie Feste der BuLi-Basis und der die BuLi tragenden Initiativen. Die ZL-Gruppe plant als Gegenkonzept eine privilegierte „grün-bunte Achse“ — wobei noch nicht einmal feststeht, ob die „Grünen“ sich überhaupt an der Gestaltung und vor allem Finanzierung eines solchen Festes beteiligen wollen. Der ganze Zweck ist offensichtlich, die „Grünen“, die in der Hamburger Linken bisher absolut nichts Positives vorzuweisen haben (bis vor ein paar Monaten waren die Hamburger „Grünen“ nur eine kleine, stark rechtsdrillige Sekte), auf diese Weise „groß herauszubringen“ und sie mit Blick auf die Wahlen im Herbst „attraktiv“ zu machen. Formal soll nach dem Willen der ZL-Gruppe die Sache so abgesichert werden, daß die Verantwortlichkeit für das Fest geteilt wird zwischen „Grünen“, BuLi-Vorstand („grüne“ Mehrheit, Dominanz der ZL-Gruppe) und der „Eimsbüttler Parlamentsfraktion“ (Dominanz der ZL-Gruppe). Ein irrsinnig basisdemokratisches Vorhaben, mit dem die ZL-Gruppe die BuLi wahrscheinlich noch einen Schritt näher an den Ruin herangebracht hat.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse bei den Falken

Der Bundesausschuß der SJD-Die Falken hat am 9./10.2. beschlossen, daß die Mitarbeit in anderen Parteien als der SPD verboten bleibt. Nach dem dort unterzeichneten Bunte Mitglieder unterstützten die Bunte Liste Dortmund) hatte der Landesverband Westfalen die Aufhebung des seit 1971 bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlusses gefordert. Doch der Bundesausschuß entschied in alter Treue zur SPD: der Antrag wurde mit 25 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Damit bleibt den Falken eine Mitgliedschaft z.B. bei den Grünen untersagt. Anscheinend gehen die höchsten Falken-Funktionäre

davon aus, daß sie den Verband „fest im Griff“ haben, denn das Bundesvorstandsmitglied Freitag kommentierte: „Das grüne Problem ist im Verband nicht so stark, wie wir gedacht haben. Die Mitglieder sind noch stärker an die SPD fixiert, als die Funktionäre!“ („taz“, 12.2.). Wenn sich das man nicht als Trugschluß erweist...

Ankündigung: Ein ausführliches Interview mit Dieter Grütznier, dem entlassenen hauptamtlichen Sekretär des Bezirks Westliches Westfalen, bringen wir aus Platzgründen im nächsten AK.

Schleswig-Holstein: Prominenter Parteiaustritt bei der SPD

Der Kreisvorsitzende der SPD in Nordfriesland hat aus Protest gegen die Beschlüsse des westberliner Parteitags der SPD seine Partei verlassen. In einem Brief an den Landesvorsitzenden, Jansen, macht er die Entwicklung der Partei, „die Ideen und Werte zwar proklamiert, aber nicht praktiziert“, dafür verantwortlich. Gleichzeitig hat er sein Kreistagsmandat niedergelegt. Erst im Mai '79 war Bock mit überwältigender Mehrheit zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Er schreibt, daß er „für mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft“ habe wirken wollen. Der westberliner Parteitag habe ihm zuletzt Anspruch und Wirklichkeit der Partei. Der westberliner Parteitag habe eine Aufweichung früherer Standpunkte in Sachen Atomenergie beschlossen, obwohl „sattsam bekannte Erfahrungen mit

der Kerntechnologie auf vergrößerter Gefahr hinweisen“. „Was hilft ein relativ breitgefächertes Meinungsspektrum, wenn im Vorfeld der Parteitage die Meinungsbildung eingeengt wird.“ Das „stellt die innerparteiliche Willensbildung auf den Kopf“. Soweit das Resümee Bocks.

Über dessen weitere Zukunft ist bislang noch nichts bekannt. Dumm dreist und abern hat der nordfriesische SPD-Parteivorstand auf den Austritt des bisherigen Vorsitzenden reagiert: „Wer in Deutschland zu einem Umdenken und Verändern in Fragen des Umweltschutzes, der Ökologie und der energiepolitischen Zukunft beitragen will, hat in der SPD seine politische Heimat. Deswegen ist es konsequent, die SPD durch aktive Mitarbeit zu stärken, statt ins politische Abseits zu treten.“ Kommentar überflüssig.

Tagung des Sozialistischen Büros zur Wahlfrage

Der Wirbel um die Grüne Partei hat seit einigen Monaten auch das SB ergriffen. Das massive Werben einer Reihe „linker Persönlichkeiten“ für den BRD-spezifischen historischen Kompromiß zwischen rot und grün verfehlte seine Wirkung selbst bei einer Organisation nicht, die sich seit den Anfängen der Wahlbewegung skeptisch bis strikt ablehnend, in jedem Fall passiv gegenüber linken Versuchen verhalten hat, eine parlamentarische Alternative zu den bürgerlichen Parteien aufzubauen.

Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als die rechten Grünen im Gründungsprozeß der Grünen Partei erfolgreich die Weichen für eine weitgehende Zurückdrängung der Linken gestellt haben, flammten im SB die Diskussionen über Sinn und Unsinn einer Mitarbeit in der Wahlbewegung auf, traten Mitglieder verschiedener SB-Gruppen in die Grüne Partei ein und begannen nicht unerhebliche Teile des SB zu hoffen, mit und durch die Grünen endlich aus dem „Ghetto“ ihrer Arbeitsfelder ausbrechen zu können.

Im Dezember vergangenen Jahres faßte der SB-Delegiertenrat (Die „SB-Basis“) den Beschluß, „die basisdemokratischen und sozialistischen Fraktionen in den bunten, alternativen und grünen Parteien und Wahlbündnissen zu unterstützen“ (vgl. AK 170, S.9).

Die (öffentlich sichtbare) Folge waren zwei polemische Beiträge in der nächsten Ausgabe der „links“ von Klaus Vack und Volkhard Brandes von diesen Beschluß. Vack und Brandes propagierten hier mit allerlei prinzipiellen und linksradikalen Einwänden gegen den Parlamentarismus die erneute (Wahl-)Orientierung auf die SPD. Eine Arbeitsgruppen tagung in Hannover am 16./17.2. sollte nun eine Klärung des Verhältnisses des SB zu den Grünen und zu den Bundestagswahlen bringen.

Vor 200 Delegierten wurden am 1. Tag des Kongresses drei Referate gehalten, die die unterschiedlichen Positionen im SB umreißen sollten.

Die SB-Grünen

Als Vertreter der Grünen im SB übte Norbert Kostede scharfe Kritik am Selbstverständnis und an den Strukturen des SB: hinter dem gepflegten „Pluralismus der Diskussion“ vollziehe sich ein schleichender Zerfall des SB. Der „Pluralismus“ im SB sei dahingehend pervertiert, daß Versuche der SB-Basis, auch nur vorsichtige Empfehlungen per Mehrheitsbeschluß auszusprechen, vom Arbeitsausschuß als „Abbüßeln von anderen Positionen“ diffamiert werden. Der Zustand des SB werde laufend festgeschrieben: die Basis darf diskutieren, die „Intelligenz im Arbeitsausschuß“ darf

„Intelligenz im Arbeitsausschuß“ darf empfehlen und über öffentliche Meinungsäußerungen das SB nach außen repräsentieren.

Die gerade von „der Intelligenz im Arbeitsausschuß“ vertretene Logik: „Wer grün wählt, wählt Strauß!“ nannte Kostede „atemberaubend falsch“, denn selbst wenn durch einen Wahlsieg der SPD Strauß verhindert werden würde, wäre noch längst nicht der „Durchbruch der Rechten“ gestoppt, weil die Strauß-Politik immer stärkeren Einzug in die SPD/FDP-Regierung erhalten würde. Der „reaktionäre Durchbruch“ in der BRD könne deshalb nur von einer „radikaldemokratischen, parlamentarischen Oppositionskraft“ verhindert werden — womit Kostede — seinem Verständnis nach — bei den Grünen angelangt war.

Die strategische Überlegung des SB, daß infolge der Verschärfung der kapitalistischen Krise das Modell Deutschland mit seiner hohen Integrationskraft gesprengt wird, der linke Flügel der SPD sich absplittet und sich zu einer eigenständigen sozialistischen Kraft konstituiert, habe sich als Illusion erwiesen. Das alte Argument: ohne die Gewerkschaften läuft nichts, müsse heute genauso entschieden durch ein anderes ergänzt werden: ohne die „neuen sozialen Bewegungen“ (Ökologie- und Frauenbewegung) läuft auch nichts. Nur durch die Verbindung dieser Bewegungen mit der Gewerkschaftsbewegung könne das verhindert werden, was Strauß politisch repräsentiert. Er, Norbert Kostede, wolle bei den nächsten Bundestagswahlen lieber grün als SPD wählen, wenn die Grünen eine Chance hätten über 5 % zu kommen, wenn das grüne Programm sozialistische und basisdemokratische Komponenten enthalte und wenn sich die konservativen Kreise offen für eine Diskussion mit den Linken zeigten. „Ansonsten wähle ich sozialliberal.“

Auffallend an dem Referat von Kostede war die erfolgreiche Ausblendung jeder konkreten Analyse der Entwicklung der Grünen Partei. Ohne jegliche Begründung präsentierte er sie den Delegierten als „radikaldemokratische parlamentarische Oppositionskraft“, die allein Strauß verhindern könne. Kostede vermied es nicht nur, konkret auf die Bedingungen sozialistischer Arbeit bei den Grünen nach dem Karlsruher

Gründungsprozeß einzugehen, um eine realistische und begründete Taktik für das SB zu umreißen; er setzte auch forsch ein Gleichheitszeichen zwischen den „neuen sozialen Bewegungen“ und der Grünen Partei.

Massiver als die eher vorsichtige und sehr allgemein gehaltene Orientierung auf die Grünen im Kostede-Referat wurde von zahlreichen SB-Grünen in der Plenumsdiskussion die Trommel für die Grüne Partei und für die Auflösung des SB gerührt.

Ein Genosse aus Hamburg beantwortete die selbstformulierte Frage: „Was bringt das SB?“ mit einem glatten „Nichts!“. Das SB sei trotz seines undogmatischen Ansatzes eine „Sekte“, wenn auch eine „sympathische Sekte“, geblieben. Viele SB-Mitglieder wollten nicht mehr in einem Zirkel sitzen, sondern gesellschaftlich etwas verändern. Das ginge zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur mit der Grünen Partei. Die Berührungspunkte gegenüber den konservativen Kräften bei den Grünen seien unzureichend, weil man mit denen reden könne, im Gegensatz zu den „Abenteuern und K-Gruppen-U-Booten“, von denen man sich trennen müsse.

Eine ähnlich radikale Abrechnung mit seiner politischen Vergangenheit vollzog ein Genosse aus Bochum: Die Verankerung von radikaldemokratischen Positionen bei bürgerlichen Kräften sei dem SB nicht gelungen. Das Russell-Tribunal z.B. hätte es nicht vermocht, die bürgerlich-demokratische Öffentlichkeit anzupressen; das Tribunal sei ein Fehlschlag gewesen. Es stelle sich nun heraus, daß die Anspruchs- und Diskussionspartner für das SB in ganz anderen Kreisen zu finden seien, nämlich bei den „Wertkonservativen“, die teilweise aus der CDU und sogar aus der CSU kämen. Diese „sogenannten“ konservativen Kräfte seien offen für radikaldemokratische und sozialistische Positionen, was — so muß man hinzufügen — die kurze Geschichte der Grünen Partei bisher glänzend bestätigt hat.

Die Tendenz bei den SB-Grünen, insbesondere bei den Genoss(inn)en der Basis, das SB in die Grüne Partei hinein aufzulösen, war unverkennbar. Selbst wenn dies von keinem explizit gefordert wurde, spargen die pauschalen und vollkommen geschichtslos vorgetragenen (Selbst-)Kritiken einerseits und die ungestüm und unreflektierten Erwartungen an die Grüne Partei andererseits jeden selbständigen sozialistischen Organisationsansatz.

Die Basismythologien

Michael Krawinkel, der zweite Referent, erinnerte daran, daß das SB nicht ohne Grund bisher in wahlunabhängigen Zusammenhängen gearbeitet habe. Die Erfahrungen vieler Genossen mit der SPD habe zu der Meinung geformt, daß die Erfahrungen vieler Genossen mit der SPD habe zu der Einsicht geführt, daß die Parteien in staatliche Politik eingebunden werden. Das Standbein sozialistischer Politik müsse die antiparlamentarische Basisarbeit bleiben, gerade angesichts einer „Großen Koalition“, die in den Atomstaat marschieren wolle und nur Differenzen über den Weg dahin kenne. Während Schmidt eine Massenlegitimation zur Durchsetzung des Atomstaates anstreben, versuche Strauß nach dem Motto „Mehr Demagogie wagen!“ eine gewaltförmige Lösung der Krise durchzusetzen. Die Gefahr von Strauß läge nicht in seinen Handlungen, sondern in seiner Fähigkeit, den „noch existierenden Rest Faschismus bei den Deutschen freizusetzen.“

Einer von beiden werde — ohne unseren Einfluß — regieren. Dem Wahlsieger könne man nur zuzufügen: „Unser Kampf geht weiter!“, denn nach wie vor liegen die eigentlichen Aufgaben der Linken in der Entwicklung der Basisarbeit. Das SB müsse weiterhin in den außerparlamentarischen Bewegungen arbeiten und in ihnen lernen.

Alle Jahre wieder: das kleinere Übel

Nach diesen zeitlosen Schönheiten von Krawinkel konnte der dritte Referent, Gerhard Armanski, mit einigem Recht die Frage stellen, ob über Prinzipien verhandelt oder die Situation analysiert werden solle. Armanski begann also mit einer Analyse der Situation: Die zentrale Frage der achtziger Jahre für die herrschende Klasse sei, wie das Modell Deutschland angesichts einer verschärften Weltmarktkonkurrenz möglichst effektiv und kostengünstig ausgebaut werden könne. Aufreht des Wohlstandes der letzten Jahrzehnte sei die westdeutsche Bevölkerung leicht für eine ordnungspolitische Stillhalterei zu gewinnen, obwohl sich erste Erschütterungen des lange Zeit stabilen reaktionären Konsens abzeichnen würden. Die Ökologie-Anti-AKW und Frauenbewegung seien Vorboten einer gesellschaftlichen Polarisierung. Die westdeutsche Linke sei auf die kommenden Klassenkonflikte schlecht vorbereitet. Für das SB reiche das Beschwören der alten

Melodie der Basispolitik nicht mehr aus, da der Spielraum für sozialistische Basispolitik in allen SB-Arbeitsfeldern spürbar enger geworden sei. Die „große Politik“ rücke dem SB spürbar auf den Leib. Der Bezug auf die Grünen sei auch keine Lösung, da diese trotz „thematischer Empfindlichkeit für die kapitalistischen Widersprüche nicht notwendig antikapitalistisch“ seien, und die Konstituierung der Ökologiebewegung zur Partei sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher schädlich.

Armanski lehnte zwar eine parlamentarische Repräsentanz nicht grundsätzlich ab — auf kommunaler und Landesebene sei sie sinnvoll — aber auf zentraler Ebene setze sie unbedingt eine entwickelte Arbeiterbewegung voraus. Auf parlamentarischer Ebene könne es deshalb nur darum gehen, für die Arbeiterbewegung und für die Linke den größtmöglichen Spielraum zu verteidigen, also müsse die sozialliberale Koalition unterstützt werden, da eine Strauß-Regierung viele linke Ansätze zerschlagen würde.

Dies bedeute nicht, umstandslos und panisch zur Wahl der SPD aufzurufen; vielmehr müßten die Wahlen als Plattform genutzt werden, um auf längere Sicht eine linke Alternative herauszubilden. Die Themen Kriegergefahr, Rationalisierung, Repression und Atomprogramm müßten in den Mittelpunkt eines linken Wahlkampfes gestellt werden. Darüber hinaus müsse sich das SB an Anti-Strauß-Bündnissen beteiligen.

Unterstützt wurde Armanskis Position von Oskar Negt, der dem SB empfahl, ein Auffanglager für enttäuschte Grüne zu bilden.

Wie wird die Entscheidung ausfallen?

Armanski legte — für die Delegierten völlig überraschend — am nächsten Tag eine Resolution vor, mit der der eingangs zitierte Delegiertenratsbeschluß gekippt werden sollte. Unter Punkt 3 heißt es darin: „Die erst in der Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen wie Ökologie- und Frauenbewegung aufbrechenden gesellschaftlichen Konflikte und die Schwäche der Linken lassen derzeit eine parlamentarisch-politische selbständige Repräsentanz auf Bundesebenen fraglich erscheinen.“ Daraufhin verlangte Altwater, die Abstimmung über den Armanski-Antrag zu verschieben, damit die Gegner dieser Position Gelegenheit hätten, einen Alternativantrag einzubringen.

In den entscheidenden Punkten sah dieser Antrag so aus: „3. Das SB teilt nicht die zuweilen — auch im Gründungsprozeß der Grünen aufgetretene Illusion, daß parlamentarische Erfolge dieser Partei grundlegende Veränderungen bewirken könnten. Dennoch halten wir parlamentarische Interventionen in Bund, Land und Kommunen für sinnvoll, da sie das verkrustete Parteienkartell aufbrechen helfen ... 4. Ein Engagement bei den Grünen kann nicht helfen, daß sozialistische Diskussions- und Organisationszusammenhänge aufgegeben werden. Vielmehr ist eine sinnvolle Arbeit bei den Grünen nur gewähltest, wenn diese Zusammenhänge ausgebaut werden.“

Auffallend an dem Pro-Grüne-Antrag ist, daß der Delegiertenratsbeschluß vom Dezember an einer entscheidenden Stelle modifiziert wird: während der Delegiertenratsbeschluß noch empfahl, „die basisdemokratischen und sozialistischen Fraktionen in den bunten, alternativen und grünen Parteien und Wahlbündnissen zu unterstützen“, ist nunmehr nur noch von „den Grünen“ die Rede, die es — ohne nähere Ausführungen wie — zu unterstützen gelte. Diese ausschließliche Orientierung der „Parlamentsbefürworter“ im SB auf die Grüne Partei entspricht auch dem gesamten Verlauf der Tagung: von den Auseinandersetzungen zwischen Bunten und Grünen, den damit verbundenen Problemen für die Linke, von Gefahren eines kopflosen Bezugs auf die Grünen war in Hannover buchstäblich kein Wort zu hören.

Immerhin beantragt Horst-Dieter Zahn vom Arbeitsausschuß, beide Resolutionen nicht abstimmen zu lassen, weil beide schwammig formuliert seien und die grundsätzlichen Kontroversen im SB verdecken würden, somit die Entscheidung — egal sie ausfalle — keine politische Weiterentwicklung des SB bedeute, weil sie für die Alltagspraxis der Genoss(inn)en keinerlei Relevanz habe. Um welche „grundsätzlichen Kontroversen“ es sich handelt, führte Zahn leider nicht aus.

Die abschließende Abstimmung ergab folgendes Bild:

- a) der Antrag auf Nichtbefassung beider Anträge wurde mit 103 : 84 : 3 abgelehnt,
- b) Für den Pro-Grüne-Antrag stimmten 89 Delegierte; für Armanski 62; 44 enthielten sich der Stimme.

Ein Delegierter des KB auf dem Kongreß

Bahro in der Schweiz auf Tournee

Der große Entdecker der 'Krise des Marxismus' und eines 'historischen Kompromisses' zwischen 'grün' und 'rot', Rudolf Bahro, wurde vom MSV (Marxistischer Studenten-Verband, steht der revisionistischen PdA nahe) für eine „Vortragstournee in der Schweiz“ („NZZ“, 16.2.80) eingeladen. Sein Thema: „Sozialistische Perspektive und Ökologie“. Zu der Veranstaltung in der Uni sollen laut „NZZ“ mehrere hundert Besucher gekommen sein, obwohl man dem grünen Sozialisten „nicht ungeteilte Zustimmung“ („NZZ“, 16.2.) schenken wollte. Bei der Betrachtung des Marxismus, der in der heutigen, an Rohstoffen immer knapper werdenden Welt keine direkte Perspektive mehr setze und die nötige Grenze der „materiellen Expansion“ nicht sehe, hat sich für Bahro aus der kapitalistischen Krise eine „ökologische Krise“ entwickelt, die „auf die inneren Widersprüche des Kapitalismus zurückzuführen“ sei (also doch eine kapitalistische Krise?) und ganz neu bewertet werden müsse. Bahros Analyse spricht von dem „Verteilungskampf von Kapitalisten und Gewerkschaften“, welcher „gegenüber den eigentlichen Produktivkräften an Bedeutung verloren (hätte)“ und man sich somit nicht mehr am Industriearbeiter wie im traditionellen Marxismus, sondern am „Gesamtarbeiter“ orientieren müsse, dessen Forderungen in Richtung „Investitionskontrolle“ und „auf staatliche Limitierung des Material- und Energieverbrauchs hinauslaufen (sollten)“. Ziel sei es, das „kapitalistische, auf Wachstum angewiesene Produktionsverfahren“ zu „ersticken“. Damit dies geschehe, sei eine „Änderung des allgemeinen politisch-psychologischen Kräfteverhältnisses“ nötig. Damit begründete Bahro auch seinen Beitritt zu den Grünen. Vor dem Zürcher Publikum konnte er allerdings diesen Schritt nicht als neue Notwendigkeit vertreten, sondern grenzte ihn auf die BRD als Land ohne große linke Massenpartei ein. In anderen Ländern, wo eine solche bestehe, sollten „revolutionäre Sozialisten“ a la Bahro also nicht unbedingt diesen Schritt tun, aber doch bitteschön ihre „Splittergruppen auflösen“ und stattdessen eine „neuartige sozialistische Infrastruktur“ schaffen.

Die schon angekündigte 'Sozialistische Konferenz' von und mit ihm soll, so die „NZZ“, auch über eine neue Tageszeitung (dann gibt's ja schon drei, nein vier: die SAG-Trotzkisten wollen auch noch eine haben!) diskutieren. Bahro scheint ja, im Nachhinein gesehen, ganz schöne Illusionen vom 'Antikapitalismus' der Grünen zu haben, denn laut „NZZ“ solle diese von ökologischen Sozialisten allesamt „qualifiziert“ werden, hin auf eine „allgemeine Emanzipation des Individuums“.

Bahro scheint ja, im Nachhinein gesehen, ganz schöne Illusionen vom 'Antikapitalismus' der Grünen zu haben, denn laut „NZZ“ solle diese von ökologischen Sozialisten allesamt „qualifiziert“ werden, hin auf eine „allgemeine Emanzipation des Individuums“. Rudolf Bahro, der immerhin hier auch von „braunen Grünen“ spricht, die es zu „qualifizieren“ gilt, scheint ganz vergessen zu haben, welcher Ideologie diese Leute anhängen. Und wenn Bahro gar davon spricht, daß diese „Qualifikationsarbeit“ zugleich „die beste Versicherung gegen den Faschismus“ sei, dann sollte er angesichts massiver Ideologisierungversuche durch braune Faschisten bei den Grünen einmal das Verhältnis von Wunsch und Wirklichkeit untersuchen.

(Alle nicht gekennzeichneten Zitate aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 16.2.80)

Ein KB-Sympi bei den Grünen/Niedersachsen



Interview mit Rechtsanwalt Otto Schily

AK: Otto, Du bist vor Karlsruhe in die „Grünen“ eingetreten. Mit welchen Erwartungen hast Du diesen Schritt gemacht?

Wie bewertest Du jetzt die Ergebnisse von Karlsruhe, insbesondere die Nichtzulassung der autonomen Delegierten der Bunten/Alternativen Listen, die Beschlußfassung über die Satzung, insbesondere den § 2 zusammen mit dieser Übergangsregelung in § 18 und die Festlegung in der Präambelsatzung auf's Grundgesetz und auf die ausschließliche Gewaltfreiheit?

O.S.: Ich bin nicht mit übertriebenen Erwartungen in die „Grünen“ eingetreten.

Die Gründung der grünen Partei ist eine Möglichkeit unter vielen, sich mit den heutigen Zeitforderungen auseinanderzusetzen, insbesondere im ökologischen Bereich, aber auch im außen- und innenpolitischen Bereich, was etwa Friedenssicherung angeht nach außen und innen.

Ich verstehe das aber nicht so, daß man zu der Formel kommt, in der grünen Partei werde sich eine „Jahrhundert-“ oder sogar „Jahrtausend-Bewegung“ zusammenfinden. Solche überdimensionierten Überlegungen habe ich dabei nicht, sondern ich denke, daß eine Grüne Fraktion ein Instrument sein kann, etwas zur Aufklärung beizutragen, über das, was eigentlich hier bei uns vor sich geht, gerade was die ökologischen Probleme angeht.

Nun zum zweiten Teil der Frage, den Ergebnissen von Karlsruhe: Karlsruhe hat für mich ein positives Resultat insofern, als es gelungen ist, diese Grüne Partei überhaupt zu gründen. Das ist vielleicht ein sehr bescheidenes Ergebnis, aber das waren Geburtswehen, die nun mal durchgemacht werden mußten.

Einen kleinen negativen Aspekt hat Karlsruhe für mich insofern gehabt, als man sich mehr mit innerparteilichen Grenzbeziehungen beschäftigt hat, anstatt sich hauptsächlich der Auseinandersetzung zu den etablierten Parteien zu widmen.

Zu den konkreten Punkten, die Du jetzt angeschnitten hast, nämlich § 2 – das Verbot der Doppelmemberschaft – und die Übergangsregelung, so wie sie in § 18 der Satzung zustande gekommen ist; diese Regelung stellt einen guten Kompromiß dar, weil sie die Ungleichzeitigkeit und Verschiedenartigkeit der Entwicklungen in den verschiedenen Regionen berücksichtigt.

Man kann einfach nicht über einen Kamm scheren, wie die Situation in Baden-Württemberg und in Hamburg ist, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin. Im übrigen sollte mit diesem Kompromiß die Diskussion über diesen Punkt beendet sein.

In der langfristigen Perspektive kann scheren, wie die Situation in Baden-Württemberg und in Hamburg ist, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin. Im übrigen sollte mit diesem Kompromiß die Diskussion über diesen Punkt beendet sein.

In der langfristigen Perspektive teile ich die Auffassung von Rudolf Bahro, der sagt: In der Zukunft sollte man schon einen Punkt ansteuern, daß man sich trotz verschiedener politischer Betätigungsfelder in einer politischen Organisation wiederfindet, in der man sich politisch artikulieren will. Aber der Übergangszeitraum darf nicht befristet werden. Es sollten da keine künstlichen Zäune aufgestellt werden, die es bestimmten Menschen verdirbt, bei den „Grünen“ mitzumachen.

Die Frage des Grundgesetzes: Wenn man Politik im Bereich des Parlaments anstrebt, dann versteht es sich von selbst, daß man sich nicht in Widerspruch zum Grundgesetz stellen kann. Es gibt ja auch einen anderen Bereich, in dem es sinnvoll ist, zu arbeiten, obwohl das nicht die Arbeit von Bürgerinitiativen überflüssig macht, das ist im Bereich Justiz. Wenn wir z.B. Verwaltungsgerichtsverfahren durchführen, dann können wir das selbstverständlich nur auf dem Boden des Grundgesetzes und der entsprechenden Prozeßordnung. Und es ist unsinnig, wenn dann einer sagt, man kann nicht die Prozeßordnung anerkennen. Im Gegenteil: Es ist notwendig, das zu tun, was Verbesserungen der Prozeßordnung – und des Grundgesetzes nicht ausschließt.

Dritte Frage: Gewaltfreiheit. Ich bin nicht so blind zu sehen, daß heute in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Gewalt noch eine enorme Rolle spielt. Und ich habe das mal bei einer Diskussion über diesen Präambelpunkt gesagt. Wir können natürlich nicht aus dieser Präambel ableiten, daß wir beispielsweise den Notwehrparagrafen aus dem Strafgesetzbuch streichen. Das wäre sicher eine sehr seltsame Auffassung.

Aber Gewaltfreiheit, die da in der Präambel und wahrscheinlich auch später im Programm vorkommt, be-

deutet etwas in der Tendenz. Eine Partei orientiert sich an der Gewaltfreiheit in der Tendenz. Und diese Orientierung ist richtig.

Denn ich halte in der Tat nichts von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung, sondern setze auf die Überzeugungsarbeit des Wortes und der Tat. Andere Erwartungen, die mit der Forderung nach Gewaltfreiheit verbunden werden, daß man etwa von heute auf morgen alle Menschen zu friedlichen Mitbürgern machen könne, oder auch im Bereich der internationalen Auseinandersetzungen so ohne weiteres die Gewalt von heute auf morgen von der Tagesordnung verschwinden lassen könne, teile ich nicht. So wundergläubig bin ich nicht.

AK: Die Frage des Übergangs von Landessatzung zur Bundessatzung der Grünen Partei ist ja nach wie vor in der Diskussion. Es gibt Bestrebungen, Befristungen einzuführen. Welche Möglichkeiten siehst Du für einen in Westberlin zu gründenden Landesverband, den Spielraum in § 18 der Satzung aufrechtzuerhalten?

O.S.: Also, ich glaube, daß dieser Spielraum zunächst einmal vorhanden ist. Es gibt sicherlich Bestrebungen, diesen Spielraum wieder einzuziehen. Z.B. habe ich gehört, daß es Bestrebungen gibt, eine Urabstimmung darüber durchzuführen. Ich hoffe aber, daß das verhindert wird, weil ich meine, daß die Grüne Partei sich nicht weiter damit herumschlagen sollte, ob dieser Übergangsregelung nun eine andere Schattierung einer Übergangsregelung folgen soll.

Hier in Berlin ist es wichtig, daß ein grüner Landesverband nicht in Frontstellung zur Alternativen Liste gegründet wird. Dafür werde ich mich einsetzen. Ich bin der Meinung und das habe ich auch an anderer Stelle bereits gesagt, daß die AL Berlin eine gute Politik gemacht hat und es wäre äußerst töricht, wenn hier ein grüner Landesverband versuchen würde, eine Konkurrenz zur AL zu bilden. Umgekehrt wäre es auch von der Alternativen Liste töricht, wenn sie sich dem Bestreben verschließen würde, daß die Basis, auf der die AL bisher gearbeitet hat, in gewissem Umfang erweitert wird. Man sollte auch durchaus einige politische Positionen kritisch überprüfen.

Ich hoffe, daß da ein praktischer Diskussionsprozeß in Gang kommt, zwischen dem grünen Landesverband und der AL, wobei für mich nicht die Perspektive ist, daß diese beiden politischen Gruppierungen nebeneinander bestehen bleiben, sondern daß sie zusammenwachsen.

Das wird nicht ein Vorgang sein von einer Woche oder einem Monat oder nur einem halben Jahr, sondern vielleicht noch einer längeren Frist. Aber diese Perspektive muß man haben, daß sie bestehen bleiben, sondern daß sie zusammenwachsen.

Das wird nicht ein Vorgang sein von einer Woche oder einem Monat oder nur einem halben Jahr, sondern vielleicht noch einer längeren Frist. Aber diese Perspektive muß man haben. Ich sehe auch keine Probleme mit irgendwelchen Abgrenzungen. Auf längere Frist gesehen sollten wir uns schon so einrichten, daß eine doppelte Parteizugehörigkeit vermieden wird.

Mitgliedschaft in zwei konkurrierenden Parteien, den einen Fuß in der einen, den anderen Fuß in der anderen, das ist eine Situation, die auf die Dauer nicht zu wünschen ist.

AK: Das Verbot der Doppelmemberschaft betrifft ja nicht nur, wie das meistens diskutiert wird, Mitglieder der KPD, sondern gerade auch Mitglieder der SPD, der FDP und vielleicht auch der CDU, die sich dem Umweltschutz verbunden fühlen. Für sie würde das Verbot der Doppelmemberschaft ja bedeuten, daß sie erst aus ihrer Partei austreten müßten, bevor sie Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Grünen und auch bunten/alternativen in den Grünen machen könnten. Hältst Du das nicht für eine Einschränkung der Erweiterung des politischen Spektrums der Grünen Partei gerade in Hinsicht auf die oppositionellen Basisteile der etablierten Parteien?

O.S.: Ich glaube nicht, daß das in der Praxis ein Problem darstellt. Wenn Leute aktiv die Tendenz entwickeln, in der Grünen Partei mitzuarbeiten, dann entschließen sie sich nach meinen Erfahrungen sehr schnell, auf ihre Mitgliedschaft in den traditionellen Parteien zu verzichten. Im übrigen wird ihnen nach den Satzungen der etablierten Parteien auch gar keine andere Möglichkeit gelassen. Was den Überzeugungszeitraum angeht, also Kennenlernen grüner Basisarbeit, da muß ja nun nicht gleich der Übergang von der einen Mitgliedschaft in die andere vollzogen werden. Das Kennenlernen findet ja vielleicht in ganz anderen Zusammenhängen statt, z.B. in einer Bürgerinitiative, in der

Angehörige mehrerer Parteien mitarbeiten.

In Berlin hat eine nicht geringe Zahl SPD-Mitglieder dieser Partei nach dem Berliner Parteitag den Rücken gekehrt. Diese damaligen SPD-Mitglieder haben keine Probleme, bei den Grünen mitzuarbeiten.

AK: Viele Mitglieder der Bunten/Alternativen Listen sind nicht in die Grüne Partei eingetreten. Die meisten von ihnen sind der Meinung, daß die Bunten/Alternativen Listen aufrecht erhalten werden sollen, die ja zumeist auf kommunaler oder Landesebene arbeiten, dort an Wahlkämpfen teilnehmen und – was ihr Schwerpunkt ist – außerparlamentarische Arbeit machen und daß die Arbeit durch die Gründung der Grünen Partei sich nicht erübrigt. Wie würdest Du von Deinem Standort als Linker in der Grünen Partei das Verhältnis zu den Bunten/Alternativen außerhalb der Grünen Partei in Zukunft sehen?

O.S.: Man muß da vielleicht unterscheiden. Ich habe den völligen Überblick nicht. Es mag auf der kommunalen Ebene Alternative Listen geben, die gewachsene Strukturen sind, die sie nicht einfach aufgeben wollen und die daher Probleme haben, jetzt unmittelbar in die Grünen einzutreten. Ich glaube aber, es wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, wenn auf überregionaler Ebene – die Arbeit der Grünen Partei soll sich ja auf bundeslandesebene und kommunalpolitischer Ebene vollziehen – eine Konkurrenzorganisation mit dem Vorzeichen „Alternativ“ entstehen würde.

Ich stehe auf dem Standpunkt: Die Alternativen gehören auch in die Grüne Partei hinein. Ich verspreche mir auch keine Stärkung der Linken innerhalb der Grünen durch die Bunten/Alternativen außerhalb der Grünen. Ich vermute auch, daß es ein erfolgloses Unternehmen wäre, die Bunten/Alternativen auf bundesweiter Ebene zu gründen oder auf dieser Ebene einen Zusammenhang herzustellen.

Ich muß da auch noch mal auf den Karlsruher Gründungsparteitag zurückkommen, weil es dort eine lebhaft Diskussion über die sogenannten autonomen Delegierten gab. Ich fand es eigentlich schade, daß diese Diskussion auf so einer formalen Ebene verlaufen ist. Es ging doch dabei um die Frage, ob die nun in die SPV eintreten sollen oder nicht. Ich hätte es begrüßt, – wenn die Autonomen der Meinung wären, daß es sich bei dem Gründungsstadium um eine interessante Entwicklungsphase handelt – daß sie einfach in die SPV eingetreten wären.

Das ist ja keine Ehe. Man kann austreten, wenn man meint, es läuft irgendwie schief. Man ist ja nicht auf Lebenszeit verpflichtet, in so einem Verein. Wenn man politisch etwas

Das ist ja keine Ehe. Man kann austreten, wenn man meint, es läuft irgendwie schief. Man ist ja nicht auf Lebenszeit verpflichtet, in so einem Verein. Wenn man politisch etwas erreichen will, dann soll man doch diesen formalen Schritt mal machen. So ein formaler Schritt hat vielleicht sogar einen guten Sinn, so z.B. daß die Versammlungsleitung einen Überblick hat, wer kommt und wie das organisatorisch zu bewältigen ist.

Ich fand es bedauerlich, daß sich durch den formalen Streit scheinbar Gegensätze herauskristallisiert haben, die in entscheidenden politischen Fragen so nicht bestehen.

Man muß doch berücksichtigen: diese Grüne Partei ist natürlich ein risikobehaftetes politisches Unterfangen, das ist nicht zu leugnen.

Es kann ja auch zu politischen Ergebnissen führen, die sich keiner wünscht. Diese Argumentation, die von der SPD in die Debatte geworfen wird: „Wer grün wählt, wählt Strauß!“ ist durchaus eine reale Gefahr. Meine Gegenargumentation gegen einen solchen Slogan ist ganz einfach. Ich sage: Wer nicht grün wählt, wählt Strauß!

Das enthält natürlich die politische Aussage, daß eine Grüne Partei sich nicht zum Gehilfen eines potentiellen Kanzlers Strauß machen dürfte. Das wäre ein unverzichtbares Element einer Wahlaussage der Grünen Partei sowie ich auch meine, daß eine Grüne Partei auch nur dann von mir unterstützt werden kann, wenn sie eine ganz klare antifaschistische Grundlage hat. Das gehört auch dazu. Und in diesem Zusammenhang spielen die Linken im weitesten Sinne eine große Rolle, weil sie die nötige Sensibilität dafür mitbringen. Und es erfordert von ihnen möglicherweise auch Opfer. Sie müssen sich vielleicht verabschieden von Strukturen, von denen sie geglaubt haben, daß sie nicht wirkungslos sind. Das gilt z.B. für die KPD. Es gibt Prognosen, daß sich diese Partei auflöst, was ich sehr begrüßen würde. Und ich muß

positiv anmerken, daß bei einigen Leuten Denkprozesse in Gang gekommen sind, daß man mit dieser Kleinstpartei auf einen Irrweg geraten ist. Es wäre durchaus ehrenvoll, wenn einige Genossen diesen Irrtum eingestehen. Ich bin der letzte, so massiv ich auch gegen die KPD argumentiert habe, der das heute mit Hohnlächeln sieht, was sich da entwickelt.

Das ist eigentlich meine Auffassung, daß die Linken gut daran täten, nicht von außen zu sagen, mal sehen, wie das läuft oder von außen zu versuchen, die „Grünen“ zu beeinflussen, sondern dies innerhalb der „Grünen“ zu tun. Dabei sollten sie einen Diskussionsstil entwickeln, der es ihnen ermöglicht, aus ihrem Ghetto herauszukommen und mit Leuten zu gemeinsamen politischen Zielvorstellungen zu gelangen, die die Sorge um den Umweltschutz oder auch um die Friedensbedrohung teilen.

AK: Otto, welche Aussicht auf Erfolg würdest Du für die Absicht der Linken, vor allem aus den Bunten/Alternativen Listen sehen, ihre Inhalte im zukünftigen Programm der Grünen Partei in Saarbrücken zu verankern? Gerade unter denjenigen Bunten/Alternativen, die nicht in die Grünen eingetreten sind und die ihren Schwerpunkt in der außerparlamentarischen Arbeit sehen, z.B. in der Unterstützung von Anti-AKW-Aktionen oder von Prozessen politischer Gefangener, besteht große Skepsis in dieser Hinsicht.

O.S.: Ich bin sehr zuversichtlich, daß es gelingt, gerade auch im Bereich der demokratischen Rechte, in das Programm der Grünen Partei vieles von dem, was besonders akzentuiert in den Programmen der Alternativen Listen erscheint, zu integrieren. Also nehmen wir mal die Verteidigerrechte – wo man ja genauer sagen müßte: Beschuldigtenrechte, denn es geht nicht um die Privilegien der Verteidiger, sondern es geht darum, daß jedem Bürger, der von heute auf morgen Beschuldigter werden kann, die Rechte eingeschränkt werden – das gilt aber auch im Bereich des Datenschutzes und vielem anderen mehr. Man könnte einen riesigen Katalog dafür aufzählen. Ich glaube, daß in diesen Dingen gute Aussichten bestehen. Das gleiche gilt auch für den Bereich Rationalisierung der Arbeitswelt und Wirtschaft, wobei es sicher Akzentunterschiede gibt zwischen den verschiedenen Strömungen, die in der Grünen Partei vertreten sind.

Man muß sicherlich vorsichtig sein mit der Bestimmung dieser Strömungen. Ich bin nicht unbedingt für diesen Spruch: „Es gibt weder rechts noch links. Es gibt nur noch vorn.“ Den finde ich nicht so sehr gelungen. Was man aber schon tun sollte, ist, kritisch zu sehen, ob diese Position

mit der Bestimmung dieser Strömungen. Ich bin nicht unbedingt für diesen Spruch: „Es gibt weder rechts noch links. Es gibt nur noch vorn.“ Den finde ich nicht so sehr gelungen. Was man aber schon tun sollte, ist, kritisch zu sehen, ob diese Position mit rechts und links in so einem Zusammenhang noch eine echte Bedeutung hat. Man muß sich selber schon daraufhin kontrollieren, ob das, was man so schön mit dem Wort links versieht, nicht ein historisch überholter Standpunkt ist. Das gilt etwa dafür, daß die Linken über weite historische Strecken gemeint haben, jeglicher gesellschaftlicher Fortschritt bestehe darin, daß die großindustrielle Produktionsweise gefördert wird.

Da ist es sicherlich nachdenkenswert, was von ganz anderen Menschen und viel früher erkannt worden ist, die nicht aus dem linken Spektrum hervorgekommen sind. Aber das kann sicher ergänzen. Man sieht das etwa in so einem Buch wie dem von Otto Ulrich, daß es eine Entwicklung gibt, die ihren politischen Ausdruck unter anderem in der Grünen Partei findet. Eins wird man sagen müssen: Das Programm ist zunächst einmal eine wichtige Aufgabe, die sich eine Partei setzt. Es ist aber kein Schlußpunkt. Es ist eine Entwicklung, die sich über einen längeren Zeitraum noch verändern wird. Ihr Erfolg oder Mißerfolg wird daran zu messen sein, inwieweit es ihr gelingt, die Verbindung zur berühmten Basis nicht zu verlieren. D.h. das aufzunehmen, was aus den Bürgerinitiativen kommt und auch den Schwerpunkt der Arbeit dort sieht.

Ich bin nicht der Meinung, daß die Grüne Partei die Arbeit der Bürgerinitiativen überflüssig macht. Im Gegenteil. Ich glaube, daß die Arbeit der Bürgerinitiativen nach wie vor sogar Vorrang gegenüber einer Grünen Partei hat. Man könnte sagen: Die Grüne Partei ist nur eine parlamentarische Bürgerinitiative.

AK: Vielen Dank für das Gespräch.

Interview mit Ernst Hoplitschek (AL Westberlin)

Frage: Ernst, Du bist Mitglied der Programmkommission, als Vertreter der Alternativen Liste Westberlin. Wie siehst Du die Chancen der Linken in den Grünen, insbesondere der der Buntten/Alternativen, Listen in Saarbrücken gegen den sich abzeichnenden Widerstand der Konservativen im Programm der Grünen Partei zur Geltung zu bringen? Bitte erläutere das am Beispiel der Frauen- und Arbeiterfordern.

E. H.: Generell müßten die Probleme der werktätigen Arbeiter und Angestellten, sowie der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger benannt und deren Forderungen nach einer Steigerung ihres physischen und psychischen Wohlbefindens in der Arbeit und außerhalb, aufgenommen werden. - Dies hat zur Voraussetzung, daß die kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsformen als Tatsache anerkannt werden. Anders formuliert: Wir werden uns nicht damit zufrieden geben, daß - wie es Teile der eher konservativen Strömung fordern - die werktätigen Menschen „Verzicht“ zu leisten hätten. Wer „Verzicht“ allemal zu leisten hat, das sind die Privilegierten: Die großen Kapitalgesellschaften (einschließlich der staatlichen Anteilseigner) sowie aber auch: Die gegenüber den sonstigen Werktätigen objektiv privilegierten „Beamten“ etc., die zu den bestverdienenden dieser Gesellschaft gehören. Damit trifft die Forderung nach Verzicht jene selbst, die sie aufstellen: Der überwiegende Teil der „Grünen“, soziologisch gedacht, sind gegenüber dem Rest „bestversorgt“. Man könnte nun ganz spitz formulieren: Ausgerechnet diese fordern von denen, die ohnehin weniger zum „Leben“ (da braucht man nicht das Auto nennen, da reichen die Lebensmittel allein) - haben, daß diese „Verzicht“ leisten sollten.

Daraus folgt, daß - entgegen dem Geschrei - eine Forderung ist und bleibt: Für die 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Schließlich geht es hierbei nicht - wie sonst zu hören - um eine „materialistische“ Geisteshaltung - sondern um eine geradezu originäre ökologische Forderung: Niemand leidet objektiv so sehr, wie jene Massen, die entfremdet arbeiten. Ökologisch gedacht: Niemand ist von der eigenen inneren Natur (Kreativität etc.) so weit entfernt, wie jene, die tagein, tagaus an der Monotonie, letztendlich an dem Wahnwitz der Warenproduktion, schrittweise kaputtgehen, einschließlich der Folgen im Reproduktionsbereich. - Sich alleine auf die

„ökologischen“ Forderungen der Villenbesitzer an den deutschen Seen - an den ohnehin „naturnah“ lebenden Menschen in den Grüngürtel der Metropolen (also die „Mittelschichten“) zu stützen, hieße, neue, nun „ökologische“ Privilegien, zu konstituieren. Hinsichtlich dem Jammern darüber, „wer“ dies alles bezahlen soll, dem sei anempfohlen, zu studieren, welche Riesenummen, direkt, bzw. indirekt (Steuererleichterungen), in einem Haushaltsjahr, den Angehörigen der Kapitalfraktion zufließen, damit sie die Bedingungen wieder aufrecht erhalten, die wir - aus ökologischer Sicht - abzuschaffen gedenken: Die Zerstörung der inneren und äußeren Natur des Menschen.

(Frauen) Als Forderung steht: Die ersatzlose Streichung des § 218, weil sie nicht irgendeine Forderung ist, sondern eine ureigenste Forderung der Betroffenen selbst; ich hoffe, daß dies von diesen mit Verve und Entschiedenheit in Saarbrücken vorgetragen wird. - Sollte die Sache daran scheitern, also die Frauen auszuheben, bleibt als Vermittlung (obgleich dies blamabel genug wäre) - der GLU-Vorschlag, wo anerkannt wird, daß diese Sache nicht Gegenstand gesetzlicher, strafrechtlicher Überlegungen sein darf. Darunter wäre nichts mehr annehmbar. Die Vorkommnisse beim Programmparteitag in Baden - Württemberg sind ein Skandal, wo eine definitive Mehrheit für eine Streichung war, aber Geschäftsordnungs-tricks - analog zu den etablierten Parteien - die Sache abgeblockt haben. Frage: Welche Bedeutung mißt Du dem Ausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg für die Programmauseinandersetzung bei?

E. H.: Da streiten sich ja viele: Wenn die Grünen dort über 5%, oder weit über 5 % kommen (7 % etc.) - dann würde dies zum Nachteil der linken Kräfte in den Grünen deshalb sein, weil die dort und anderswo (Schlesw.-Holstein/Rh.-Pfalz/Saarland etc.) - dann sagen könnten: Mit unserem Programm, mit unseren Ausgrenzungen, schlicht mit unserer „ideologiefreien“ Position - in Wirklichkeit superideologischen Position („Dritter Weg“) - haben wir das geschafft, er-

go: Modell „Ba-Wü“ für Saarbrücken.

Nun sind die Strömungsverhältnisse in Ba-Wü nicht analog denen auf der Nordschiene: NRW/Hamburg/Berlin/Hessen und Teile von Niedersachsen, werden das entsprechende Gegengewicht bilden. - Dennoch müssen auch Linke hoffen, daß dort über 5 % gekommen wird, da dies der grünen Bewegung insgesamt dient, dem Ziel dient, die 3-Parteiherrschaft aufzubrechen, damit sich endlich was „bewegt“. - Wenn sie unter 5 % bleiben, ist dies eine Niederlage der Grünen insgesamt, dies kann kein Linker wollen. - Hinsichtlich der Folgen für Saarbrücken: Gerade in Hinblick auf die Wahlen in NRW (Mai 1980), wo ein Ergebnis zwischen 3 und 3,5 % ein beachtliches wäre, gilt es die oben genannten wirtschaftlichen Forderungen lebrecht zu erhalten: Nirgendwo leben so viele Menschen, die es unmittelbar betrifft (Streik der Stahlkoher: Das waren auch ökologische

Forderungen; Frage der Schichtarbeit etc.).

Frage: Ernst, Du bist einer der schärfsten Kritiker eines autonomen Kurses von Teilen der Buntten/Alternativen Listen. Welche Erwartungen stellst Du, vom Standort der Linken innerhalb der Grünen Partei, an die Buntten/Alternativen außerhalb der Grünen Partei? Teilst Du die Auflösungsaufrufung von Rudolf Bahro? Unter welchen Umständen ist für Dich sowohl Spaltung als auch Zusammenarbeit des grünen und nicht-grünen Teils der Buntten/Alternativen denkbar?

E. H.: Meine Forderungen an die, die „draußen“ sind: Mehr Solidarität, vor allem: Mehr inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Problembündel „Ökologie“. Das kann man nicht dadurch lösen, indem man fordert, das müsse ja „radikalökologisch“ heißen. Die hier geforderte Radikalität müßte

sich in Inhalten ausdrücken. Ich habe oft den Verdacht - auch in dieser Zeitung (AK) -, daß alles allzuleicht unter „Ökologismus“ eingekerkert wird, also negativ, „rechts“, eingeordnet wird. Vielleicht ist dies ein Reflex darauf, daß es eben nicht die „Linken“ waren, die die Ökologiefrage zu einer umfassenden politischen Waffe gemacht haben, sondern jene, die man unter „Rechtsverdacht“, undifferenziert stellt: Die „Wertkonservativen“, die Lebens- Natur- und Umweltschützer. - Daher zunächst: Mehr Differenzierung, und davon abgeleitet: Politik. - Ansonsten - unter diesen Prämissen - müssen jene, die „draußen“ stehen, Gesprächspartner von uns bleiben, gerade deshalb, weil es sich bei diesen um keine „Feinde“ handelt, sondern um eigentlich befreundete Menschen von bunten und alter-

nativen Listen, die sich allerdings entfremdet haben. - Was Bahros Forderung angeht: Auflösen können nur die angesprochenen Gruppen, nur selbst, nach vollzogener Diskussion. Wahr an Bahros Forderung ist die Prämisse, worauf sie (die Forderung) - beruht: Aussagen und Ziele der kommunistischen Gruppen (einschließlich der Organisationsstruktur) - gingen in den letzten zehn Jahren an den „Massen“ vorbei; theoretisch müßte man die Forderung dahingehend zuspitzen: Will es gelingen, eine ökologische Politik, unter einem emanzipatorischen Sozialismus inhaltlich überhaupt erstmal bestimmen, müßten eigentlich die vorhandenen organisatorischen Separierungen aufgebrochen werden. Ansprüche: „Avantgarde“ zu sein, etc. sind da nur hin-
rlich.

»Die Grünen« - NRW: Angleichung an die Bundessatzung beschlossen

Ganze zehn Wochen währte die Freude über die (vergleichsweise) demokratische Satzung des grünen Landesverbandes NRW. Am 15./16. 12.79 war auf der Gründungsversammlung in Hesel ein genereller Unvereinbarkeitsbeschluss noch abgelehnt und die Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern der einzelnen Kreisverbänden überlassen worden (vgl. AK 170). Auf der Landesmitgliederversammlung am 23.2. in Wesel wurde nun mit deutlicher Mehrheit (285 : 182 : 9 Stimmen) beschlossen, bis zum 30.4. die Angleichung an den § 2 der Bundessatzung (Verbot der Mitgliedschaft in anderen Parteien) zu vollziehen. Damit hat sich der schärfste zur Debatte stehende Unvereinbarkeitsbeschluss klar durchgesetzt. Die Verfechter einer Angleichung an die Bundessatzung schon bis zum 31.3. gaben sich mit dieser Regelung klugerweise zufrieden; andere, etwas „liberaler“ formulierte Abgrenzungsanträge kamen erst gar nicht mehr zur Abstimmung. Schon vor der Mitgliederversammlung war deutlich geworden, daß von den 42 Kreisverbänden 27 für einen Unvereinbarkeitsbeschluss votierten, dagegen nur

15 die Autonomie der Kreisverbände bei Aufnahmeverfahren beibehalten wollten.

Die anfänglich weit verbreitete Hoffnung, wenigstens den Landesverband NRW langfristig als linke Bastion innerhalb der grünen Bundespartei behaupten zu können, hat sich damit jäh zerschlagen. Den „bunten Landesverband“, von dem u.a. die TAZ schwärmte, (Ausgabe vom 20.12.79), gibt es nicht. Möglicherweise wird bei der Jagd um Wählerstimmen aus der Linken, der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft anlässlich der Landtagswahl im Mai den linken Grünen ein gewisser Spielraum für eigenständige Politik noch zugestanden. Aber selbst das ist fraglich. Auch bei der Wahlkampfwerbsatzung scheint gegenwärtig die „reine grüne Lehre“ zu dominieren. Die Landesmitgliederversammlung hat über die Wahlkampfwerbsatzung keine Beschlüsse gefasst, sondern damit den Landesvorstand und die Kreisverbandspräsidenten beauftragt, die mehrheitlich ein Wahlkampfkonzept mit Schwerpunkt Propaganda für einen „neuen Lebensstil“ favorisieren.

Schon wieder ein brauner Grüner — diesmal in Pinneberg

„Mit Betroffenen haben wir zur Kenntnis genommen, daß sich unter den Mitgliedern der Kreis-Pinneberger Grünen ein führendes Mitglied einer rechtsradikalen Organisation befindet. Es handelt sich um Joachim R u d a t, aktiv bei der sog. „Solidaristischen Volksbewegung“ (SVB).“ So heißt es in einem Offenen Brief der LDU-Pinneberg an den Kreisverband Pinneberg der „Grünen“. Verbunden mit der Aufforderung, „die Tatsachen zu überprüfen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen“ werden den „Grünen“ in dem Offenen Brief Fakten über die SVB geliefert, die auch dem AK-Leser noch einmal ins Gedächtnis gerufen werden sollen (zitiert nach dem Offenen Brief):

+ „Die ‚Solidaristische Volksbewegung‘ (SVB) ist eine Abspaltung der ‚Aktion Neue Rechte‘ (ANR), die sich Anfang der siebziger Jahre von der NPD abgespalten hat.“

+ „Neben Schnacks gegen ‚totalitären Extremismus‘ fordert die SVB ‚Kampf dem linken und rechten Rassismus, der durch Mischung (!) oder Diskriminierung fremder Rassen (hervorgehoben im Original) die biologischen Voraussetzungen nationaler Identität und sozialen Verhaltens abschaffen wollen, um die Entfremdung auch genetisch zu verankern.“

+ „In der SOL Nr. 2/ Dez. 74 hieß es (S.1): ‚Eine liberale Demokratie können sich nur Inselstaaten erlauben.‘ Der ‚deutsche Nationalcharakter, habe den Willen zur Synthese, der die sozialen Konflikte im starken Staat aufzuheben trachtet.“

+ Im „Solidaristischen Manifest“ heißt es: „Abschaffung der internationalen Arbeitsnormen als materialistisches Mittel gesteigerter Ausbeutung und Entfremdung durch Heimkehr in ihre Stammländer.“

Daß der besagte Joachim R u d a t eine sozialistische Ideologie auch öffentlich und innerhalb der „Grünen“ vertritt, hat er u.a. auf der

Mitgliederversammlung des grünen Kreisverbandes am 12.2. in Quickborn bewiesen. „Er fuhr dort durch einige bewiesene Äußerungen auf, die jedoch vor dem Hintergrund der SVB-Ideologie als pro-faschistisch gewertet werden müssen. So meinte er im Zusammenhang einer Diskussion um Wohnprobleme sinngemäß: ‚Die Menschen immobil machen, ist das Beste, was wir tun können.‘ Er verwies auf die Verhaltensforschung, von der wir gefälligst zu lernen hätten, insbesondere was das Revierverhalten des Menschen angeht. Nebenbei bemerkte er, er halte die Überbevölkerung für wesentlich gefährlicher als Atombombe und Atomkraft.“ (Offener Brief)

Eine Peinlichkeit am Rande: innerhalb der LDU-Pinneberg kam es zum Streit darüber, wie offen der „Offene Brief“ an die Grünen nun tatsächlich sein sollte. Die neu-eingetretenen Grünen (an vorderster Front die Z-Gruppe) setzten sich vehement dafür ein, die ganze Sache möglichst intern zu halten. Begründung: die Jusos könnten das gegen die „Grünen“ ausschlagen, die „Grünen“ könnten sich insgesamt diffamiert fühlen und würden so ein Vorgehen nicht verstehen. Selt-sam, welche geringe Meinung diese Neu-Grünen von ihren eigenen Parteifreunden haben!

In einer Kampfabstimmung zur Rettung des grünen Images wurde durchgesetzt, daß ausdrücklich öffentlich gekennzeichnet werden sollte, daß nicht nur die LDU, sondern auch grüne Parteimitglieder (aus der LDU) den „Offenen Brief“ mittragen würden. Wir jedenfalls hoffen, demnächst über den Rausschmiß von Rudat aus den „Grünen“ berichten zu können - oder sollte das zuviel von den „Grünen“ verlangt sein?

Nach Berichten von Pinneberger Genossen

Brief von Ernst Hoplitschek an den AK

Liebe Freunde und Genossen!

Entnehme mit Erstaunen, welch' bedeutende Rolle offensichtlich meiner Person in den Intrigen gegen den „KB“ zukommt. - Weiter aber registriere ich aber das völlig heruntergekommene Niveau Eures AK, betreffend die „Westdeutsche Linke“. - Obgleich ich sonst bereit bin, in einem zwar harten, aber nicht denunziatorischen Stil, meine politische Auffassung Euch zukommen zu lassen, ähnlich so, wie in einem 3-Fragen-Interview, welches im AK 172 erscheinen soll. Da ich eigentlich nichts gegen einen prinzipiell offenen Dialog zwischen allen „Linken“ habe, sofern bestimmte „Spielregeln“ (Wahrheit) etc., gegenseitig eingehalten werden, scheint Ihr Euch wohl in der Nr. 171 des AK im politischen Stil erheblich vergriffen zu haben.

Mit dieser Art Stil scheint Ihr aber genau jene Trennung zwischen den „Linken“ zu vertiefen, die gerade - aufgrund der jetzt anstehenden Fragen -, auch von Euch eigentlich nicht gewollt werden kann, wollt Ihr auch noch ansatzweise innerhalb des innerlinken Dialogs ernst genommen werden.

Anstatt daß ich jetzt lange „Richtigstellungen“ selbst zu produzieren mich genötigt sehe, bitte ich Euch herzlich, im wahrsten Sinne des Wortes, diesen Brief dieses Interview voran zu stellen, weil Ihr Euch ja selbst unglaublich machen würdet: Hoplitschek, einmal als Befürworter, „stalinistischer Genickschußpraktiken“ (daß so was in einem Manuskript von mir vorhanden gewesen sein soll, ist geradezu lächerlich) - und dann wieder Hoplitschek als seriöser Interviewpartner. - Da läuft doch irgendwas nicht zusammen. Oder hat der Pluralismus der Methode und Stile im KB (Mehrheit) jetzt seine große Stunde?

Der Schreiber, der mir sowas unterstellt, scheint ja über eine Riesensportion Phantasie zu verfügen; ich meine den Hinweis auf Stalin. Der Schreiber (der natürlich anonym bleiben will und muß) - scheint eigentlich die Methoden der GPU (Denunziation) ganz gut zu kennen. Aber Gott sei dank müssen seine wahren Absichten noch verdeckt, deshalb bleiben, weil ich historisch nicht die Rolle eines gewissen „Rubaschow“ einnehmen kann, die der Schreiber allzu gern dem KB (Mehrheit) - einräumen will: Der KB (Mehrheit) als Objekt einer „Verschwörung“, innerhalb der „äußerst komplizierten Aktion“, in welcher sich der KB (Mehrheit) offensichtlich allzu gerne sieht, mangels sonstiger politischer Überzeugung. - Freunde, wir sind weit von einer „Sonnenfinsternis“ (A. Koestler) - entfernt, der KB (Mehrheit) beschleunigt durch solcher Art Behinderterstellung allzu sehr seine Bedeutungslosigkeit innerhalb der ohnehin äußerst dissoziierten „Westdeutschen Linken“.

Mit alternativen Grüßen
Ernst Hoplitschek, Berlin, 17.2.80

Antwort an Ernst Hoplitschek

Lieber Ernst,

zu Recht wärest du empört, falls deine Deutung zuträfe, wir hätten dich im AK als „Befürworter stalinistischer Genickschußpraktiken“ diffamieren wollen. Es war im AK bisher nicht üblich, politischen Kontrahenten in der Linken solche Etiketten umzuhängen und wird bei uns auch künftig nicht praktiziert werden. Im Gegensatz übrigens zu manchen „undogmatischen“ Zeitungen und Tageszeitungen, die mit solchen Etiketten schnell mal zur Hand sind. Übrigens auch im Gegensatz wohl zu dir, denn der Hinweis in deinem Brief, wir seien mit den Methoden der GPU (der stalinistischen Geheimpolizei also) gut vertraut, wird auch durch die Klammer-Einschränkung „Denunziation“ nicht viel sachlicher.

Also zur Klarstellung für dich und alle, die es sonst noch mißverstanden haben mögen: Du hast im letzten Mitteilerrundbrief der AL Westberlin den „Ausschluß“ der damaligen ZL-Fraktion aus dem KB auf eine Stufe gestellt mit der Behandlung von Kommunisten durch den Staat. Ein dolles Ding, scheint mir. Dazu hatte ich dann in Klammern kommentiert:

„Warum hast du an dieser Stelle den schönen Hinweis auf die ‚stalinistischen Genickschußpraktiken‘ aus deinem Manuskript gestrichen, Ernst?“ Damit sollte „scherzhaft“ (der Gegenstand eignet sich eigentlich nicht gut für Scherze) gesagt werden, daß es dich vermutlich sehr in den Fingern gejuckt hat, den „Ausschluß“ der ZL-Fraktion auch noch mit der stalinistischen „Liquidierung“ der Partei-Opposition zu vergleichen. Weit hergeholt ist diese Vermutung wohl nicht, oder? Für Leute, die absolut keinen Spaß verstehen, sei noch eines hinzugefügt: Wir behaupten keineswegs, daß etwas in dieser Art in deinem Manuskript gestanden habe und dann von dir gestrichen worden sei. Es liegt eigentlich auf der Hand, daß wir nicht dein Manuskript und erst recht nicht die von dir vielleicht gestrichenen Passagen kennen. Soweit also für die ganz Ernsten.

Wir freuen uns, daß du die sonstigen Differenzen nicht zum Anlaß genommen hast, dein Interview für den AK scheitern zu lassen.

Mit soweit wie möglich
solidarischen Grüßen
Kt. (für die AK-Red.)

Anti-Strauß-Aktivistinnen in Hamburg

Veranstaltung der SPD Altona

Eine Veranstaltung der Initiative „Freiheit statt Strauß“ (SPD) fand am 13.2. in der „Fabrik“ in Hamburg-Altona statt. Veranstalter war die Altonaer SPD. Auf dem Podium saßen: Klaus Staack, Freimut Duve, Axel Eggebrecht, ein SPDler aus Altona, Ivan Nagel (Schauspielhaus), Udo Lindenberg.

Dieses Podium und wohl besonders Udo's Musik zog bis zu 1500 Menschen an. Das Podium bewies seine SPD-Treue gleich in den ersten Statements. Als Einziger hob Udo hervor, daß er keine Wahlempfehlung geben wolle und daß er nicht auf dem Podium sitze, weil er die SPD unterstütze, sondern um etwas gegen Strauß zu tun. Politik solle nichts Abgehobenes sein, sondern auch Spaß machen – deshalb ROCK GEGEN RECHTS.

Alle anderen Podiumsteilnehmer empfahlen – „trotz Bauchschmerzen“ – die SPD als einzige mögliche Alternative zu Strauß. Mit dieser Meinung blieb allerdings das Podium auf der Veranstaltung in der Minderheit. In der langen Diskussion aus dem Publikum stellte Frau/man an verschiedenen Punkten die Verbindung vom Kanzlerkandidaten Strauß zur SPD/FDP-Regierungspolitik her.

Ein Mitglied des Altonaer Anti-Strauß-Stammtisches berichtete, sie hätten sich auch für diese Veranstaltung um einen Büchertisch bemüht, der aber von der SPD nicht genehmigt wurde, mit der Begründung, daß dies nur möglich sei, wenn die Initiative eine eindeutige Wahlaussage für die SPD mache! Das Publikum reagierte sehr erstaunt. Klaus Staack meinte, er fände diese Sache auch dumm; er könne sich nur vorstellen, daß es an Platzmangel oder „Sicherheitsbestimmungen“ gelegen habe.

Podiumsdiskussion der „Antifaschistischen Aktion Eimsbüttel“

Die „Antifaschistische Aktion Eimsbüttel“ hatte auf Podium geladen: „Die Grünen“, Jusos, DKP, Bunte Liste. Etwa 100 Menschen kamen. Zunächst sprach jeder auf dem Podium dazu, was wir von einer Strauß-Regierung zu erwarten hätten.

Im weiteren Verlauf boten die Podiumsteilnehmer (mit Ausnahme der BuLi) ihren jeweiligen Verein als einzige mögliche Alternative zu Strauß an, und konnten sich auch nicht enthalten, untereinander Seitenhiebe zu verteilen.

Als das Publikum nach langen Beiträgen auch noch zu Wort kam, wurde Kritik daran geübt, daß keine Anti-Strauß-Initiativen und auch nicht die Frauengruppe Eimsbüttel eingeladen worden waren, die Veranstaltung mitzugestalten. Die Veranstalter hielten diese Kräfte offenbar für nicht so „relevant“. Für die Anti-Strauß-Bewegung hatte diese Veranstaltung leider wenig „Relevanz“.

Was heißt aktive Arbeit gegen Strauß

Bereits vorangegangene Veranstaltungen in Hamburg (s. AK 170) haben gezeigt, daß das Bedürfnis nach Aufklärung und Enthüllungen zu Strauß & Co. groß ist. Diese Basisarbeit kann noch erheblich verstärkt und entfaltet werden – die Möglichkeiten und Formen sind vielfältig! Zur Nachahmung und Anregung stellen wir für Strauß & Co.-Gegner(innen) vor:

– Anti-Strauß-Stammtisch Altona: Bereits im Herbst wurde die Initiative ergriffen, einen Stammtisch zu machen. Eingeladen wurde über Infos, die in Kneipen ausgehängt wurden. Später wurde auch in der „TAZ“ und in Bezirksblättern geworben. Auf den Treffen werden verschiedene Themen diskutiert wie: Affären von Strauß; CDU/CSU zu Gewerkschaften und Ausländern. Stände wurden gemacht und Veranstaltungen besucht; eine eigene Veranstaltung ist in Planung.

– Schüler gegen Rechts:

Besteht aus regelmäßig 40 Schüler(innen) und einem Gesamtkreis von ca. 80 aus verschiedenen Hamburger Schulen. Die Initiative hat Arbeitsgruppen aufgebaut, die zu verschiedenen Themen in Zusammenhang mit Strauß arbeiten. Diese Arbeitsgruppen erarbeiten Info-Flugblätter, die nach Diskussion an den Schulen verteilt werden. Diese Infos sollen den Schülern auch als Unterrichtsmaterialien dienen.

Neben den AGs finden Plenumsdiskussionen statt. „Schüler gegen Rechts“ führte bereits eine Veranstaltung mit ca. 300 Schüler(innen) durch (s. AK 170).

Eppendorfer Veranstaltung gegen Strauß

Am 19.2. fand die erste Veranstaltung der „Eppendorfer Initiative gegen Strauß – Stoppt Strauß“ statt. Die Veranstaltung war mit 170 Menschen sehr gut besucht.

Die Arbeitsgruppen der Initiative (Frauengruppe, Gewerkschaftsgruppe, Faschismusgruppe) brachten Beiträge. Behandelt wurden die Vergangenheit von Strauß, seine Demokratievorstellungen, seine Pläne in Bezug auf die Gewerkschaften.

Die Frauen gingen sehr ausführlich auf seine Vorstellungen zur Rolle der Frau ein, insbesondere in Bezug auf den § 218.

Die „Jugendinitiative Nord gegen Strauß“ hinterließ durch ein Theaterstück (Radio Stoltenbrecht) einen besonders guten Eindruck.

Die Initiative trifft sich jeden 2. Dienstag bei „Borchers“ (Erikastr.).

Hamm: Strauß stoppen – aber wie?

Die Initiative „Stoppt Strauß – gegen Strauß“ plant eine Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Einzelthemen. Auf diesen Veranstaltungen soll die besondere Bedrohung durch Strauß aus der Sicht der Betroffenen untersucht werden, wie z.B. Frauen, AKW-Gegner, Schüler und Antimilitaristen.

Die Veranstaltungsreihe begann mit dem Thema: „Strauß-Gewerkschaftsfeind Nr. 1“. Trotz sehr mäßiger öffentlicher Werbung kamen ca. 35 Menschen.

Erfreulicherweise waren Walter Rath (Betriebsrat bei Still) und Günther Wöckner (Betriebsrat bei Reynolds) der Einladung gefolgt, so daß auf der Veranstaltung ein recht guter Überblick über den gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Kandidatur von Strauß gegeben werden konnte.

Als nächster Schwerpunkt ist das Thema „Strauß und sein Verhältnis zur Unterdrückung der Frauen“ vorgesehen. Hieran soll sich besonders die Frauengruppe Hamm beteiligen.

Veranstaltung des „Komitee gegen Rechts/Hamburg“

Veranstaltung des „Komitee gegen Rechts/Hamburg“

Entstanden ist das „Komitee ...“ aus der erfolgreichen Zusammenarbeit von diversen Initiativen und Organisationen anläßlich eines „Rock gegen Rechts“-Konzertes in Hamburg. Den Aufruf zu diesem Konzert hatten neben verschiedenen fortschrittlichen Initiativen wie BI gegen Atomanlagen/Bunte-Liste, SodZDL usw., den Musikerorganisationen RGR, MUM-MEL, PAM, auch der KB und die SDAJ unterschrieben. Die Harburger Jusos hatten die Veranstaltung mit einem eigenen Flugblatt unterstützt.

Bevor dieses Kapitel einer guten Zusammenarbeit zwischen verschiedenen politischen Kräften ausgewertet werden konnte, um an diese positiven Erfahrungen anknüpfen zu können, wurde von der SDAJ im Alleingang zur Gründung eines „Anti-Strauß-Komitees“ eingeladen. Zudem hatte sie es noch „versäumt“, die meisten Initiativen und Organisationen einzuladen, die im RGR-Bündnis zusammengearbeitet hatten.

Nach dem ersten Treffen des „Komitees ...“ (bei dem die SDAJ praktisch unter sich geblieben war) konnten wir uns dann darauf einigen, daß alle Kräfte aus dem RGR-Bündnis zum nächsten „Komitee ...“-Termin eingeladen werden.

Mittlerweile hat sich daraus das „Komitee gegen Strauß“ gebildet. Fest arbeiten derzeit Vertreter und Beobachter folgender Organisationen und Initiativen mit: BI gegen Atomanlagen/Bunte-Liste, SDAJ, Freizeitzentrum Nöldekestraße, KB, Antifaschistischer Arbeitskreis, „Die Grünen“, SodZDL, VVN, Harburger Schüler-Komitee, Jungdemokraten, Honigfabrik.

Darüberhinaus haben einige aktive Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre ihr Interesse an einer gemeinsamen Anti-Strauß Arbeit bekundet. Erste Aktivität des „Komitees ...“ war die Vorbereitung einer Harburger Mobilisierungsveranstaltung gegen einen eventuellen Strauß-Besuch am 22.2. Hierzu wurde ein gemeinsames Aufrufflugblatt herausgegeben, das von 30 Harburger Einzelpersonen unterzeichnet war.

Auf dieser Veranstaltung wurden drei kurze Redebeiträge gehalten: Eine Frau von den „Rotstrümpfen“ über Frauen und Strauß; der Harburger Vorsitzende der VVN über den historischen Hintergrund der Strauß-Kandidatur; der GEW-Sprecher des Schulkreises-Süderelbe über Strauß und die Gewerkschaften. Anschließend spielten zwei Rockgruppen.

Aufgrund der sehr kurzen Vorbereitungs- und Mobilisierungszeit kamen nur etwa 150 Leute.

Für die weitere Arbeit des „Komitees ...“ gibt es bisher folgende Vorschläge: Ausarbeitung einer gemeinsamen Plattform; Vorbereitung einer Podiumsdiskussion um Strauß und die Bundestagswahlen; Rock gegen Strauß; Entwicklung einer Untersuchungsarbeit über Harburger Strauß-Freunde; und natürlich Informationsarbeit per Flugblätter, Info-fische etc ...

Darüberhinaus arbeitet das Harburger „Komitee ...“ im „Koordinations-treffen“ der Hamburger Anti-Strauß-Initiativen mit.

BI Erzieher gegen Atomanlagen: „Strauß Kanzler 1980? Nein Dank!“

Unter diesem Thema organisierte die „BI Erzieher gegen Atomanlagen“ eine Diskussions- und Filmveranstaltung, für die sie schwerpunktmäßig im Kollegen- bzw. Erzieherbereich mobilisiert hatte. Es erschienen ca. 20 Interessierte. Zuerst wurde ein Bunte-Liste Dokumentationsfilm gezeigt. Dann begann die Diskussion mit der Frage: „Wie verhindern wir Strauß?“

Zur Wahl der SPD gab es unterschiedliche Positionen. Es kamen unter anderem auch Beiträge, die SPD mal wieder als kleineres Übel unter anderem auch Beiträge, die SPD mal wieder als kleineres Übel zu wählen. Der größere Teil der Anwesenden erklärte, er könne die SPD nach den Erfahrungen der letzten 10 Jahre nicht wieder wählen.

In Bezug auf die „Grünen“ wurde ein großes Informationsbedürfnis deutlich. Ein Teil berichtete von negativen Erfahrungen im Gründungsprozess der „Grünen“ und meinte, daß nur ein breites Bündnis zwischen demokratischen und anderen fortschrittlichen Kräften eine echte Alternative zu Strauß sein könne.

Die Bürgerinitiative gegen Atomanlagen will auch weiterhin im Abstand von 2 Monaten ähnliche offene Diskussionsabende veranstalten mit Themen wie z.B. Gorleben, Brokdorf usw. Außerdem gab sich auf diesem Treffen die Möglichkeit zur Koordination der Anti-Strauß Aktivitäten zwischen Studierenden der FSP und der BI-Erzieher gegen Atomanlagen.

Vorankündigungen: Anti-Strauß-Veranstaltungen in Hamburg

25. – 27.4.80 in der Hochschule für Bildende Künste findet ein großes Fest mit Ausstellung, Veranstaltung und gemeinsamer Arbeit (Workshop) statt.

Am 28.2.80 lädt das „Anti-Strauß-Komitee Bergedorf“ zu dem Thema „Gemeinsam gegen Strauß & Co.“ ins Lichtwarkhaus, 19 Uhr (Großer Saal). Die Veranstaltung wird unterstützt von den Bergedorfer Gruppen: Antifaschistische Aktion, Antifaschistische Initiative, Jusos, Judos, SDAJ, SSB-H, KB, ZL-Gruppe, Unser Haus e.V., Stammtischfrauen-gruppe, BI Bergedorf, VVN.

Anti-Strauß-Koordination in Hamburg – mit Hindernissen

Wie im AK 171 (S. 8) bereits gemeldet, besteht in Hamburg seit Ende Januar eine „Initiative gegen Strauß“. Die Initiative ist konzipiert als Personenkomitee auf Grundlage einer intern vereinheitlichten Plattform. Sie umfaßt Vertreter von DGB-Jugend, DAG-Jugend, Falken, Jusos, Jungdemokraten, SDAJ u.a.

Am 6.2. hatte die „Initiative ...“ zu einem ersten Treffen eingeladen, bei dem sie sich fix und fertig mit dem Anspruch vorstellte, die zahlreichen bezirklichen und bereichsweisen Anti-Strauß-Initiativen von Hamburg zu koordinieren. (Bericht im AK 171).

Am 14.2. hatte die „Initiative ...“ zu einem zweiten Koordinierungstreffen eingeladen. Erschienen waren diesmal (außer dem „Initiative“-kreis selbst) Vertreter von KB, SSB, DFG/VK, VVN, Bunte Liste Hamburg, DFU, „Schüler gegen Strauß“, „Arbeitskreis Leben“ im DGB, „Rock gegen Strauß“, „Volksfront“ (KPD/ML) und von mehreren bezirklichen Anti-Strauß-Initiativen. Später stießen auch noch Vertreter der „Grünen“ und der ZL-Gruppe zu dieser Runde.

Im Vordergrund der Diskussion stand das Selbstverständnis der „Initiative ...“ und ihr Verhältnis zum breiten Spektrum interessierter politischer Organisationen und Anti-Strauß-Initiativen. Es wurde vom KB und anderen Teilnehmern kritisiert, daß die „Initiative ...“ sich intern gebildet und auf eine verbindliche Plattform geeinigt hätte, bevor sie überhaupt an die Öffentlichkeit trat. Zudem sei die Plattform inhaltlich so gefaßt, (z.B. eine Passage zum „Entspannungsprozeß“), daß es politischen Strömungen, die zwar gegen Strauß sind, aber das „Entspannungs“-Verständnis von SPD/DKP nicht teilen, schwermacht wurde, sich der „Initiative ...“ anzuschließen.

Von der „Initiative ...“ selbst wurde dazu erklärt, daß man sich zwar bereits für ein „einmalig“ breites Bündnis halte, aber prinzipiell bereit sei, diese „Initiative ...“ um weitere Kräfte zu vergrößern. Auf eine konkrete Nachfrage eines KB-Vertreters, ob der KB - falls sich dieser dazu entschließen würde, der „Initiative ...“ beitreten könnte (durch einen bekannten Unterzeichner im Rahmen des „Personenkomitees“) herrschte jedoch große Verlegenheit: D A S ließe sich vermutlich nicht machen.... Da gebe es in dem breiten Bündnis, das die Initiative nun einmal sei, doch Kräfte, die nicht mit dem KB zusammen etc. pp.

Kritisiert wurde auf diesem Treffen auch das überhebliche Selbstverständnis dieser „Initiative ...“ als d a s zentrale Hamburger Koordinierungsgremium in Sachen Anti-Strauß. Die Argumentation der „Initiative ...“

zurückzuführen auf diesem Treffen auch das überhebliche Selbstverständnis dieser „Initiative ...“ als d a s zentrale Hamburger Koordinierungsgremium in Sachen Anti-Strauß. Die Argumentation der „Initiative ...“ dazu läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Der Gründung dieser „Initiative ...“ sei ein „wochenlanges Ringen um die Plattform“ vorausgegangen. Das zustandegekommene Bündnis (formal von Personen, die bestimmte Organisationen repräsentierten) sei einmalig breit und sehr empfindlich. Die „Initiative ...“ lade

als d i e zentrale Hamburger Kraft bezirkliche und sonstige Initiativen zur Beratung ein. Dieses „einmalig breite Bündnis“ dürfe man aber nicht durch „zu weit gehende“ Forderungen gefährden.

Es scheint so, als beabsichtige, diese „Initiative ...“ langfristig sich als d i e Sprecherin der Hamburger Anti-Strauß-Aktivitäten in Szene zu setzen. Damit wären entsprechende Konflikte mit anderen Kräften z.B. für den Fall eines Strauß-Auftritts in Hamburg schon vorprogrammiert.

Allerdings traten viele Teilnehmer des 2. „Koordinierungstreffens“ dafür ein, diese Treffen als Koordinierungstreffen aller Hamburger Anti-Strauß-Initiativen auf gleichberechtigter Basis fortzuführen. Über diese Frage soll auf dem nächsten Treffen weiter diskutiert werden.

Außerdem wurden inhaltliche Vorstellungen für eine mögliche Kooperation der Anti-Strauß-Initiativen auf Hamburger Ebene vorgebracht: Erstellung eines gemeinsamen Anti-Strauß-Infos für Hamburg, das u.a. folgende Punkte enthalten könnte:

- Ankündigung von Anti-Strauß-Veranstaltungen und anderen antifaschistischen Terminen.
- Zur Ermutigung für bezirklich arbeitende Gruppen, bzw. für deren Aufbau stellen die Anti-Strauß-Initiativen positive Erfahrungen mit den vielfältigen Formen von Aktivitäten gegen Strauß & Co vor, incl. Kontaktadressen und regelmäßigen Treffpunkte.

Entsprechende Materialien sollen zum nächsten Treffen vorliegen, da die „Initiative ...“ eine Sammlung und zentrale Verschickung v o r dem nächsten Treffen nicht zusagen konnte oder nicht mochte. Das nächste Treffen findet am 4.3. um 19.00 Uhr im Asta (Uni) statt.

Genau zeitgleich, aber an anderem Ort, fand am 14.2. noch eine weitere Runde in Sachen Anti-Strauß statt. Eingeladen hatten eine Reihe von Mitgliedern der Grünen Partei, mehrheitlich zugleich Mitglieder der ZL-Gruppe. Eine Langenhorner Anti-Strauß-Initiative und ein Schriftsteller aus dem Stadtteil Eppendorf, die ebenfalls unter dem Aufruf standen, dementierten auf dem Treffen, den Aufruf unterschrieben zu haben.

In dem Aufruf wurde von den unterzeichnenden Personen behauptet, sie selbst würden „seit einiger Zeit ...bezirkliche Arbeit gegen Strauß“ leisten – wovon freilich unter Hamburger Antifaschisten bisher nichts bekannt war. Sie wußten aber „nur sehr vage, daß es hier und dort noch weitere Anti-Strauß-Gruppen in Hamburg gibt.“ Die seien hiermit herzlich eingeladen, um über gemeinsame Aktivitäten zu sprechen.

Dieses Treffen endete bereits nach einer halben Stunde. Die ZL-„Prominenz“ war lieber gar nicht erst erschienen. Vom KB und mehreren

er erschienen. Vom KB und mehreren erschienenen Anti-Strauß-Initiativen wurde kritisiert, daß dieses Treffen total an den bestehenden bezirklichen und sonstigen Anti-Strauß-Initiativen vorbei einberufen worden sei. Die zeitgleiche Ansetzung des Treffens mit dem Treffen der „Initiative

Fortsetzung nächste Seite

Stellungnahme des KB zu den beiden Treffen am 14.2.

Heute abend finden zur selben Zeit an zwei verschiedenen Orten Versuche statt, die bisher vereinzelt Anti-Strauß-Initiativen in Hamburg zu gemeinsamen Diskussionen und Aktivitäten zusammenzuführen. (... hier folgt eine Darstellung der Träger- und Unterzeichnerkreise – Anm. AK). Wir begrüßen jeden ernstgemeinten Versuch, ein möglichst breites Spektrum politischer Kräfte zu kurzfristigen (12.2.) und längerfristigen Aktivitäten gegen den Kanzler-Kandidaten der extremen Reaktion, F.J. Strauß, zusammenzuführen. Insbesondere begrüßen wir in diesem Zusammenhang das Auftreten einiger Hamburger „Grüner“, das sich positiv von dem Desinteresse des „grünen“ Bundesvorstands am Thema Strauß abhebt.

Unter der Zielsetzung, eine möglichst breite „Front“ gegen Strauß aufzubauen, haben wir allerdings am Vorgehen beider Initiativ-Kreise Kritik, die wir nicht verschweigen wollen.

– Die „Initiative gegen Strauß/Stoppt Strauß“ wurde der Öffentlichkeit erst nach ihrer Gründung und nach Festlegung ihrer Plattform bekannt. Zudem ist diese Plattform inhaltlich so eng gefaßt, daß es für viele mögliche Unterstützer der Initiative schwer gemacht wird, diese Plattform zu unterzeichnen (Festlegung auf bestimmte parteipolitische Vorstellungen zur „Entspannungspolitik“). Bereits einige Tage nach Bildung der Initiative (5.2.) fand deren erstes „öffentliches“ Treffen statt, zu dem aber nicht wirklich öffentlich, sondern nur selektiv eingeladen wurde. Erst nach dem Treffen am 6.2. hat die „Initiative“ sich und ihre Ziele der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

– Die Initiative der „Grünen“ trägt den bitteren Beigeschmack einer parteipolitischen Profilierung, da sie total an den zahlreichen bestehenden Anti-Strauß-Initiativen vorbei (und offenbar auch in weitgehender Unkenntnis dieser Initiativen) ergriffen worden ist. Die gleichzeitige Termin-Setzung zum Treffen der „Initiative gegen Strauß/Stoppt Strauß“ scheint uns ein besonderer Mißgriff zu sein.

Wir sehen die Gefahr, daß hier wieder einmal nicht zusammengeführt, sondern auseinanderdividiert wird. Wir halten demgegenüber für ein Gebot der Stunde, zementierte Abgrenzungslinien und Gruppen-Interessen zu überwinden, um – vor allem mit Blick auf die Zeit des Bundestagswahlkampfes – zu gemeinsamen Aktivitäten zu kommen. Wir appellieren deshalb an die Teilnehmer(innen) beider Treffen, sich für das Zustandekommen einer gemeinsamen Koordination und eines längerfristig angelegten breiten Bündnisses gegen F.J. Strauß auf gleichberechtigter Basis einzusetzen. Einzige Voraussetzung: Keine Ausgrenzung bestimmter Gruppen vom Bündnis, keine Wahlempfehlung des Aktionsbündnisses für eine bestimmte Partei.

KOMMUNISTISCHER BUND (KB)



Fortsetzung von Seite 9

... wurde als politischer Fehler und als peinlicher Ausdruck der Unkenntnis des Aufrufer-Kreises über die Hamburger Anti-Strauß-Szene kritisiert. Dieser Kritik standen die anwesenden ZLer ziemlich hilflos gegenüber, sodaß man sich nach kurzer Debatte entschloß, - einschließlich ZL-Gruppe - zum Treffen der „Initiative...“ umzuziehen.

Dieses Verhalten erregte aber nachträglich den Zorn der zuhause gebliebenen ZL-Leitung: Damit sei man „den Revis in den Arsch gekrochen“, hieß es dort. Die Einberufung eines eigenen Treffens am 14.2. sei völlig in Ordnung gewesen, nur hätte man sich nicht vom KB „überrumpeln“ lassen dürfen...

Wieweit darüber hinaus der Realitätsverlust führender ZLer geht, zeigt folgendes Zitat aus einem Brief der ZL-Leitung an das LG des KB vom 17.2.: „...Die Zentrumsfraktion wird sich darüber hinaus am Aufbau von Stadtteilkomitees gegen Strauß in Hamburg (und anderswo - versteht sich) beteiligen, bzw. tut dies mit einigermaßen Erfolg schon seit einiger Zeit. Kritisiert wurde bei uns, daß der KB (Mehrheitsfraktion) ähnliche Anstrengungen (mit Ausnahme von Altona) vermissen läßt. Gibt es dafür eine politische Begründung oder seid ihr bloß noch nicht in die Puschen gekommen?“ (ZLer, die dieses Zitat für eine diffamierende Fälschung des KB halten, können bei uns gern den Brief ihrer Leitung einsehen).

Der KB hat auf den beiden Treffen am 14.2. eine gleichlautende Stellungnahme verteilt, die wir nebenstehend abdrucken. Darin wird die Sorge ausgedrückt, daß statt einer möglichst breiten und gleichberechtigten Zusammenführung demokratischer Kräfte in Sachen Strauß wieder einmal durch parteipolitische Sonderinteressen eine Spaltung vorprogrammiert werden könnte. Demgegenüber wird zu einer gemeinsamen Koordination der bestehenden Initiativen und Zusammenschlüsse aufgefordert.

Antifa-Kommission Hamburg

Anti-Strauß

Antifa-Kommission Hamburg

Anti-Strauß

-Kurzmeldungen

Mit einem ersten Flugblatt hat die Anti-Strauß-Initiative in Kassel ihre Arbeit begonnen. Unterstützt wird sie bisher u.a. von Jungdemokraten, Juso-Hochschulgruppe, VVN, DKP-Hochschulgruppe, SHB und KB. In der nächsten Zeit will die Initiative, in Zusammenarbeit mit Basisinitiativen, diskutieren, welche Auswirkungen das Programm von Strauß für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche hat. Ergebnisse und evtl. Widersprüche der Diskussion sollen in der alternativen Presse veröffentlicht werden.

Die Initiative soll für alle Strauß-Gegner offen sein. Meinungsverschiedenheiten sollen öffentlich und solidarisch diskutiert werden. Ob's klappt? Es wäre zu wünschen!

Nach der Veröffentlichung einer Anti-Strauß-Anzeige in der örtlichen Presse will sich auch eine Initiative „Gewerkschafter gegen Strauß“ konstituieren.

KB/Gruppe Kassel

Essen

Hier gibt es drei Anti-Strauß-Komitees: Die DKP-nahen Kreise treffen sich unter dem Namen „Gemeinsam gegen rechts - stoppt Strauß“ und stehen auf dem Aufruf von Abendroth, Kühn usw. Sie haben eine Demonstration für den 13. April (den Tag, an dem Strauß nach Essen kommen will) angemeldet.

Die Initiative „Freiheit statt Strauß“, die sich für eine „kritische Unterstützung“ der SPD ausspricht, hat mit Unterstützung der Falken eine örtliche Filiale gegründet.

Von der Stadtzeitung „Klartext“ ging die Initiative aus, ein Anti-Strauß-Komitee zu gründen, das an den Erfahrungen des letzten Strauß-Besuches in Essen anknüpft, eine möglichst große Bündnisbreite anstrebt und keine Wahlempfehlung aussprechen soll.

Viersen. In der Stadt Viersen hat sich unter Beteiligung der gesamten örtlichen Linken (u.a. Falken, Naturfreunde, DKP und viele Unorganisierte) - insgesamt über 30 Leute - ein Anti-Straußkomitee gegründet. Bisher verschaffte man sich in Referaten und Diskussionen einen Überblick über Programm und Person des Kandidaten. Demnächst soll's auch an die Öffentlichkeit gehen.

Ein Genosse aus Essen

Frau und Bundestagswahl - was tun?

Am 13.2. fand in Münster eine Podiumsdiskussion von Frauen für Frauen mit dem Thema: „Wie verhalten wir uns bei der Bundestagswahl?“ statt. Auf dem Podium saßen: Petra Kelly (Kandidatin der „Grünen“ bei den Europa-Wahlen), Ingrid Strobel („Emma“), Hannelore Mabry („Der Feminist“), Eva Rath (Frauenpartei), Sybille Plogstedt („Courage“), Karin Hempel-Sost (Presse Sprecherin der ASF, Frauen in der SPD).

Trotz der ungünstigen Zeit (16 Uhr) waren rund 200 Frauen gekommen. Die PH-Frauengruppe wünschte sich, daß „diese Podiumsdiskussion ein Beitrag zur inhaltlichen Klärung unserer Gefühle, Gedanken und Fragen sein könnte - aber auch Nagelprobe für ein anderes Miteinandergehen und Verhalten, ohne die Enttäuschung, Wut und Einschüchterung, die z.B. von der Podiumsdiskussion (mit Bahro, Strasser, Hopfischek, Schmeißner, Mann usw.) ausgelöst und uns Frauen zum Schweigen verurteilt.“

Tatsächlich: Hier war es viel leichter zu reden und Fragen zu stellen als auf den üblichen (Macker)Diskussionen. Die Stellungnahmen der einzelnen Frauen waren hochinteressant: Petra Kelly erzählte, daß ihre Schwester an zu hoher Strahlendosis in einer Heidelberger Klinik gestorben und sie selber auch strahlengeschädigt sei. Nach vielen aktiven Jahren sei sie, ohne jemals zuvor in einer „grünen Gruppierung“ organisiert gewesen zu sein, bei den „Grünen“ eingetreten, da es nun ums Überleben der „Gattung Mensch“ gehe. „Gewaltfrei“ sollten wir den Kampf der Frauen entfalten; das sei nötig, da auch bei den „Grünen“ die Männer die Macht ergriffen hätten. Aber sie sieht als Frau noch eine Chance, daß die Männer lernen werden, daß die Unterdrückung der Frau dasselbe sei wie die Unterdrückung der Menschen. Die Männer bei den „Grünen“ müßten sich noch verändern; die Entscheidung, was die „Grünen“ den Frauen zu bieten hätten, werde im März (Programm-Kongreß) fallen, und dasselbe gelte auch für ihre eigene Entscheidung.

März (Programm-Kongreß) fallen, und dasselbe gelte auch für ihre eigene Entscheidung.

Ingrid Strobel von der „Emma“ legte großen Wert darauf, nicht als „Emma“-Repräsentantin sondern als Einzelperson angesehen zu werden. Allerdings stimme sie in ihrer Meinung mit Alice Schwarzer fast völlig überein und arbeite mit ihr derzeit an einer Broschüre zum Thema „Frau und Wahl“. Sie vertrat folgende Standpunkte:

- Die SPD sei nicht wählbar wegen ihres Atomprogramms und ihrer Repressionspolitik. Außerdem habe Schmidt auf dem Parteitag eine zwei-stündige Rede gehalten und auch in der „FR“ habe eine lange Rede der Jungs gestanden. In beiden allerdings sei kein Wort zu Frauen vorgekommen.

- Die Anti-Strauß-Komitees seien kurzfristig, da sie „zu einseitig auf dem Popanz Strauß“ abfahren. Für sie habe eher der Spruch „Gott behüte dieses Haus vor Genscher, Schmidt und Josef Strauß“ Gültigkeit.

- Bei den „Grünen“ seien Frauen nur Feigenblätter; das könne Frau z.B. aus der Berichterstattung der „TAZ“, aus Bahros Reden und den „grünen“ Podiumsdiskussionen erkennen. An den Möglichkeiten der Frauen bei den „Grünen“ und deren Frauenprogramm solle Frau die Grüne Partei messen.

- Sehr ausführlich machte sie sich über die außerparlamentarische Arbeit und einen möglichen Wahlboykott Gedanken. „Ist die Veränderung, die wir wollen, durch einen parlamentarischen Kompromiß möglich?“, fragte sie. Die Frauenbewegung habe recht, wenn sie in kleinen Gruppen arbeite, denn nur dort sei die Parole „das Private ist politisch“ zu verwirklichen.

Im Parlament seien Frauen Teil eines Apparates, was zu einer Doppelstrategie führen müsse und die Frauenforderungen verwässere. Deshalb könne Frauenpolitik keine Parteienpolitik sein. Außerdem wolle sie nicht mit einem Magengeschwür ein Kreuzchen auf dem Stimmzettel machen.

Sie war die einzige auf dem Podium, die keine Wahlempfehlung gab.

Sie war die einzige auf dem Podium, die keine Wahlempfehlung gab.

sondern zu intensiver Erörterung eines Wahlboykotts riet.

Hannelore Mabry stritt kurzerhand ab, daß die nächsten Wahlen frau sonderlich interessieren sollen, denn ob Faschisten, Sozialdemokraten oder Kommunisten - für Frauen seien alle gleich schlecht. (Hier kam große Empörung von dem sonst sehr toleranten Publikum). Kennzeichnend für diese Position war auch ihr mitgebrachtes Transparent:

„Schwarz, rot, braun, bunt oder grün - gegenüber den Frauen wechselt das Patriarchat in Theorie und Praxis nur die Farbe“.

Partei gebundene Frauen bezeichnete sie als „Patriarchalinnen“. Schließlich forderte sie uns auf, das zu vollenden, was Marx und Jesus nicht geschafft hätten, nämlich die Humanisierung der Welt ... und zuletzt empfahl sie Frau, das zu wählen, was sie immer gewählt habe, nämlich das „kleinere Übel“ - die SPD!

Eva Rath, Frauenpartei, meinte, daß Frau nicht hoffen solle, in der SPD noch was „holen“ zu können, das wisse sie aus eigener Erfahrung. Allerdings sei Feminismus und Sozialismus auch schwer zu verbinden. Zum Programm der Frauenpartei sagte sie, daß zwar die Forderungen der Frauenbewegung aufgenommen seien, aber sie nicht wisse, ob die Frauenbewegung hinter der Frauenpartei stehe. Das Programm sei besonders für Mütter gemacht, weil die Geburtsfähigkeit der Frau so ausgebeutet werde. Zur Wahl könne die Frauenpartei sich nicht stellen, dazu sei sie noch zu schwach, außerdem bei der Wahldebatte in keinsten Weise einheitlich. Sie selber würde „grün“ wählen.

Sybille Plogstedt machte sich viel Gedanken zum Wahlboykott, vertrat jedoch, daß er im Moment unpolitisch sei und nur in einer Situation der Stärke angewandt werden sollte. Die Frauenpartei stünde nicht zur Debatte und die SPD auch nicht, denn auch ein von der SPD abgesegnetter Schneller Brüter bleibe ein Schneller Brüter. Also komme nur das „Kleinere Übel“ in Frage, näm-

netter Schneller Brüter bleibe ein Schneller Brüter. Also komme nur das „Kleinere Übel“ in Frage, näm-

lich die „Grünen“. Wir sollten versuchen, das System ein bißchen durcheinander zu bringen. Außerdem den „grünen“ Frauen den Rücken stärken, damit sie besser Druck ausüben können. Auch die gesamte Frauenbewegung solle da mehr tun. Auf die Frage, warum sie noch nicht bei den „Grünen“ eingetreten sei, sagte sie lachend, das sei zu viel verlangt, das würde sie nie tun. Typisch sei das Abschmettern der 218-Forderung in Baden-Württemberg (im „grünen“ Landesverband) gewesen; hier müsse viel mehr Druck gemacht werden.

Auf die Frage, warum sie auf dem bunt/alternativen Frankfurter Kongreß die Frauen AG verlassen hätte, meinte sie, der Kongreß sei „KB-dominiert“ gewesen, und deshalb sei sie gegangen.

Karin Hempel-Sost, ASF, erklärte, daß ASF nicht „Aktion saubere Familie“ heiße und daß die ASF als ehemalige „Leichtlohngruppe“ sich mittlerweile zur „besseren Hälfte“ der SPD mausere. Immerhin habe die SPD schon zu 1/4 Frauen ...

Sie persönlich habe mindestens 2.000 218-Beratungsgespräche geführt, was vielen Frauen den Weg nach Holland erspart habe. Jede Frau müsse zugeben, daß es doch schon viel besser geworden sei. Die SPD-Frauen hofften auf die 90er Jahre und setzten außerdem auf ihre eigene Lernfähigkeit und Solidarität.

Leider war die GAL (Grün/Alternative örtliche Liste in Münster) zu der Veranstaltung nicht aufs Podium eingeladen worden, obwohl gerade die GAL einen sehr guten Frauen-Programmeil hat. Befragt wegen der Nicht-Einladung der GAL erklärten die Veranstalterinnen: Die GAL sei keine „typisch grüne“ Liste, wie man an ihrem Frauen-Programm ja sehen könne! Nein, sie seien in diesem Punkt eher „typisch Bunte“, meinte daraufhin trocken die GAL-Ratscherin. Als die GAL dann für das letzte halbe Stündchen doch noch mit aufs Podium durfte, lehnte Frau allerdings dankend ab.

Eine Genossin aus Münster

dankend ab.

Eine Genossin aus Münster

Frauentreffen der »Grünen« in Westberlin

Am 16./17.2. trafen sich in Berlin rund 50 Frauen aus verschiedenen Landesverbänden der „Grünen“, der AL Westberlin und der BuLi Hamburg. Diskutiert werden sollte über den Frauenteil des „grünen“ Programm-entwurfes, die in Saarbrücken anstehende Wahl des Vorstandes und über die bisherigen Erfahrungen, die Frauen bei den „Grünen“ gemacht haben.

Die ersten Kontroversen gab es bereits in der Behandlung des Vorstands zum Programm-Teil. Von einigen Frauen, darunter Frau Wiczorek (AUD), wurde vertreten, daß die Frauen bei den „Grünen“ alle Möglichkeiten zur gleichberechtigten Mitarbeit hätten und es im Wesentlichen an ihrer Bereitschaft mangelte, sich zu engagieren.

Eine andere Frau bezeichnete die ersten beiden Absätze des Vorstands, die in Umrissen das Ausmaß an Frauenunterdrückung in dieser Gesellschaft darstellten, als „allgemeines Lamento“. Dem wurden jedoch mehrere Beispiele für die auch bei den „Grünen“ keineswegs rosige Lage für Frauen entgegengesetzt. In der von der Versammlung dann endgültig verabschiedeten Fassung ist der Satz, der die Frauen auffordert, „bereit“ zu sein, „mehr politische Verantwortung zu übernehmen“, gestrichen. Statt dessen heißt es: „Sie (die Grünen, d. Verf.) unterstützen, daß die Frauen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Ziel der Grünen ist es deshalb auch, die sogenannte 'private' Situation ihrer Mitglieder - Verantwortlichkeit für Kinder, Teilung von Hausarbeit etc. - zum Thema zu machen, um für Männer und Frauen tatsächlich gleiche Voraussetzungen für die politische Arbeit zu schaffen“.

Die ausführlichste Diskussion gab es zum Thema § 218. Mit viel Einsatz beschwor Frau Wiczorek (AUD) die anwesenden Frauen, auf dem Programm-Parteitag in Saarbrücken, keine Entscheidung zum Thema § 218 zu suchen. Hauptargumentation: Innerhalb der Grünen sei das Thema zu wenig diskutiert; die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 sei nicht durchsetzbar, da das Bundesverfassungsgericht die jetzige Regelung genehmigt habe; im Fall einer Durchsetzung der Forderung in Saarbrücken sei die Einheit der „Grünen“ gefährdet; in der Öffentlichkeit werde jeder Diskussionsansatz dann mit dem Thema § 218 totgeschlagen; insbesondere in den ländlichen Gebieten wären die „Grünen“ dann nicht mehr wählbar. Sie verwies immer wieder

darauf, daß mit der Frauenarbeit bei den Grünen erst jetzt langsam begonnen werde, daß das Frauenprogramm ein vorläufiger Entwurf sei und daß die Entscheidung über den § 218 auf „später“ verschoben werden müsse.

In dieser Frage gab es dann viel Kontra von den anwesenden Frauen. Insbesondere unter Hinweis auf die Ereignisse auf dem Landesparteitag in Baden-Württemberg, wo der Spitzenkandidat Hasenclever die Durchsetzung der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 nur durch eine Brandrede rückgängig machen konnte, wurde aufgezeigt, daß bei den „Grünen“ durchaus eine Basis für diese alte Forderung der Frauenbewegung vorhanden ist. Eine Partei, die sich „alternativ“ nenne, die immerhin einen Programmteil „Gewalt gegen Frauen“ verabschieden wolle, könne zu dieser Frage nicht schweigen. Viele Frauen berichteten von eigenen Erfahrungen mit ungewollten Schwangerschaften und aus der gegenwärtigen Praxis des § 218.

Erfreulich, daß auch die Frauen von der „Courage“ in dieser Frage mitzogen. S.Plogstedt äußerte mißverständlich, daß man nicht hinter alte Forderungen zurückfallen dürfe und daß es in dieser Frage keine Kompromisse geben sollte.

Ungeklärt und undiskutiert auf diesem Treffen blieb die Frage: was machen wir, wenn ..., wenn wir uns mit unseren Forderungen nicht durchsetzen. Apelle, dann auf jeden Fall bei den „Grünen“ weiterzuarbeiten, standen neben der Position: dann reicht's! Hieran wird sicherlich noch einiger Streit entbrennen. Einigkeit bestand jedoch darin, praktisch weiter für die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 einzutreten. Am 2. Tag unterzeichneten bei leider sehr zusammenschmolzener Teilnehmerzahl 18 Frauen aus verschiedenen „grünen“ Landesverbänden eine Entschließung, in der der Aufruf zu einem nationalen Tribunal gegen den § 218 unterstützt wird und alle Landesverbände aufgefordert werden, Frauentreffen zu veranstalten, auf denen über konkrete Schritte zur Unterstützung des Tribunals beraten werden kann.

An die Frauen in Baden-Württemberg und W.-D. Hasenclever richtet sich ein Offener Brief, in dem gegen das Vorgehen der Landesversammlung protestiert wird.

Letzter Diskussionspunkt, schon fast in Aufbruchstimmung: Die Besetzung der Gremien sowie die Durchsetzung von mehr Möglichkei-

ten und Rechten für Frauen auf der kommenden Bundesversammlung. Eingerichtet wurde eine Koordinationsstelle, die sich für die Organisation der Kinderbetreuung einsetzen wird.

Das nächste Treffen soll am 3./4.5. sein. Durch rechtzeitige Einladung über die Landesverbände und

einen günstigeren Tagungsort sollte es möglich sein, den Teilnehmerinnenkreis noch über das bisher recht schmale Spektrum hinaus zu erweitern. Dringendes Bedürfnis besteht danach, mal ohne den Druck nahender Konferenzen über die Erfahrungen zu sprechen, die Frauen (mit und ohne Posten) bisher bei den „Grünen“ gemacht haben.

Großes nationales Treffen der Schwulen/Lesben zur Wahlbewegung am 29. Februar und 1./2. März in Hannover

Beim Beratungskongreß der Alternativen, Buntten, Grünen, BI's und Linken in Frankfurt Mitte Dezember vorigen Jahres beschlossen die Schwulen/Lesben, sich in den folgenden Monaten häufiger zu treffen, um die Positionen in der Wahlbewegung zu diskutieren. Ein erstes Treffen dieser Art fand im Januar in Köln statt. Dort wurde dann für Ende Februar ein großes nationales Schwulen/Lesben-Treffen in Hannover vereinbart. Inzwischen liegt die vorläufige Tagesordnung vor:

FREITAG, 29.2.1980

Anreise und abends Diskussionsveranstaltung auf dem Podium (wahrscheinlich über die Paragraphen 174 - 176)

SAMSTAG, 1.3.1980

10.00 Uhr Plenum: hier soll jede Arbeitsgruppe sich vorstellen und erzählen, was sie machen will ab 11.00 Uhr Arbeitsgruppen

jetzt stehen bereits drei Arbeitsgruppen fest:

- die AHA Initiative für die Parteienveranstaltung in Bonn (Wen können wir Homosexuelle wählen?)

- Schwusos

- Schwule und Lesben in den BUNTEN und GRÜNEN

18.00 Uhr Plenum: Hier sollen die AG's berichten (keine Podiumsdiskussion!)

ab etwa 19.00 Uhr Arbeitsgruppen anschließend Fete in der UJZ Glocksee (Solidaritätsfeste zur Erhaltung des NDR)

SONNTAG, 2.3.1980

Vormittags: gemeinsames Frühstück (danach, falls gewünscht, tagen die AG's erneut)

ab 13.00 Uhr Plenum: Berichte der AG's, Diskussion über gemeinsame Aktionen u.ä.

ab 16.00 Uhr Schluß und Abreise

Als Tagungsort wurde die Uni-Hannover bekanntgegeben, da aber die hauptsächliche Leitung des Treffens über die AHA Initiative zur Parteienveranstaltung läuft, können wir über den genauen Veranstaltungsort nix sagen. Ich bitte die hoffentlich zahlreich erscheinenden lesbischen/schwulen Genossinnen/Genossen rechtzeitig vorher mit den Hannoveranern Kontakt aufzunehmen, um folgendes noch abzuklären:

- Besprechen eines gemeinsamen Vorgehens

- Übernachtungsprobleme

- evtl. Einbringen einer AG „Rosa Front gegen Strauß“

St., schwuler Genosse aus Hannover

Besetzte Göttinger Augenklinik: »Wir bleiben drin?«

Die Eskalation der Gewalt nimmt ihren Lauf: Gleichsam als Beitrag der Unileitung (die den meist leerstehenden Komplex des Alten Klinikums verwaltet) zum viermonatigen Jubiläum der Besetzung wurde den Bewohnern am 18.2. Strom und Heizung abgedreht. Die Herrschaften hoffen, daß ihnen nun Kommissar Frost und sein Assistent Grippe die Drecksarbeit der Räumung abnehmen werden. Wenn sie sich da nicht täuschen!

Schon vorher ist die Unileitung nach einer lange Phase des Zögerns und Taktierens in die Vollen gegangen:

— Am 25.1. richtet Unipräsident Kamp einen Aufruf an die Bewohner, die besetzten Gebäude bis zum 14.2. zu räumen, andernfalls werde „die Universität ... von allen rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten Gebrauch machen, um die Räumung gegebenenfalls auch zu erzwingen.“

— Auf einer Podiumsdiskussion am 25.2. zeigen Kamp, Oberbürgermeister Levi, Vertreter vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium und von SPD und CDU eindrucksvoll, mit welch leeren Händen sie der Wohnungsnot gegenüberstehen.

Der schwarze Peter wird so dreist hin- und hergeschoben, daß es schon eine Provokation für die 1.200 Zuhörer ist.

— Am 12./13.2. erhalten 40 Personen Briefe vom Kanzler der Uni, in denen er ihnen Strafanzeigen, Schadensersatzansprüche und Kosten für Zwangsmaßnahmen an-

droht, falls sie nicht schriftlich erklären, daß sie bis zum 14.2. ausziehen. Unter anderem wird auch der bereits in den dreissiger Jahren im sowjetischen Exil verstorbene deutsche Revolutionär Max Hölz angeschrieben.... Diejenigen der 40, die tatsächlich im Haus wohnten, lieferten die Unterschrift ab, um sich nicht sinnlos der Justiz auszuliefern. Die Medien interpretierten diese Geste gleich im Sinne der Unileitung und berichteten von massenhaften Auszügen. Nur zögernd kehrten sie zur Wirklichkeit zurück: Nach wie vor wohnen 100 Leute im Alten Klinikum und unmißverständlich erklärten sie, daß sie die besetzten Gebäude nicht widerstandslos räumen werden.

Daß dies keine Worte der Verzweiflung sind, wurde am 7.2. bewiesen, als 3.500 gegen Kampfs Ultimatum und für die Freigabe des ganzen Alten Klinikums als Wohnraum demonstrierten. Diese seit Jahren größte Demonstration in Göttingen endete mit viel Musik und Theater in glänzender Stimmung vor der bullenvollen Residenz des Uni-Präsidenten.

Ein weiterer rückenstärkender Solidaritätsbeweis war das internationale Wohnungskämpfertreffen in der Augenklinik (siehe nebenstehenden Artikel). Ermutigt durch Neueinzüge und die langsam wieder zunehmende praktische Solidarität auch aus anderen Orten, konnte die natürlich nicht ausbleibende Nervosität und Angst beim Übergang von der illegalen in

die noch illegale Zeit der Besetzung aufgefangen werden.

Einiges deutet darauf hin, daß sie noch etwas andauern könnte. Die Öffentlichkeit ist der Besetzung nach wie vor wohlgesonnen und deshalb zeigt die Stadt immer noch wenig Interesse daran, sich mit einem Marschbefehl für die Polizei die Finger zu verbrennen. Aber nur, wenn wir weiter unsere Stärke demonstrieren, wird der Preis für die Räumung so hoch, daß die Gegenseite sie noch weiter hinauszögert oder gar ihre wiederholte und stur geäußerte Nichtbereitschaft zu Verhandlungen aufgibt.

Ein Besetzer der Göttinger Augenklinik

Letzte Meldung

Inzwischen hat die Uni tatsächlich ein Angebot gemacht: eine andere Klinik nebenan. Zwar ist das Angebot ungenügend (zu wenig Zimmer, Übernahme der Nicht-Studenten unklar, Verzicht auf juristische Verfolgung ungesichert), aber die Möglichkeit von Verhandlungen rückt erst mal näher. Es könnte ein Ergebnis herauskommen, daß zwar den Auszug beinhaltet und kaum etwas zur Linderung der Wohnungsnot beiträgt, daß uns aber ein Faustpfand im Alten Klinikum gibt, daß nicht schwächer ist als unser jetziges. Das wäre ein Erfolg, der angesichts der drohenden Räumung nicht zu unterschätzen ist.

ausbleibende Nervosität und Angst beim Übergang von der illegalen in

drohenden Räumung nicht zu unterschätzen ist.



Mieterdemo in Göttingen

Wohnungskämpfertreffen in Göttingen: Erster Erfahrungsaustausch

Gegen die Verschärfung der Wohnungsnot kämpfen in den Städten der BRD immer mehr Mieterinitiativen. Seit einem Jahr vermehren sich auch wieder die Fälle, wo Mieter zur Selbsthilfe greifen und Häuser besetzen.

Anfang Februar trafen sich in Göttingen etwa 100 Mitglieder von 44 Mieterinitiativen und Hausbesetzergruppen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und zu überlegen, wie künftig besser zusammengearbeitet werden kann.

Nach einleitenden Referaten zur Wohnungsnot in der BRD, zur Sanierungspolitik und Stadtzerstörung wurde in Arbeitsgruppen über die Entwicklung der Wohnungspolitik, die Erfahrungen mit der Stadtteilrenovierung und die Möglichkeiten alternativer Kommunalpolitik, sowie über konkrete Probleme bei Hausbesetzungen diskutiert.

Insbesondere die Plenumsdiskussionen waren zum Gutteil durch die Frage bestimmt, wie Hausbesetzungen einzuschätzen seien und welche Funktion sie heute im Mietkampf haben. Besonders einige Vertreter aus besetzten Häusern rechtfertigten Hausbesetzungen „an sich“, wenn nur einige Leute eine Wohnung suchen. Das Recht auf Wohnungen müsse heute auch militärisch verteidigt werden und es müsse damit aufgezeigt werden, daß dieses System nicht in der Lage ist, ausreichend Wohnraum zu schaffen. Für sie spielt z.B. die Frage drastischer Mieterhöhungen, die die Masse der Mieter betreffen, nur am Rande eine Rolle. Andere Initiativen verwiesen demgegenüber auf ihre Erfahrungen im Mietkampf, in dem Hausbesetzungen nur einen vergleichsweise geringen Teil ihrer Arbeit darstellen, wenngleich Hausbesetzungen als „letztes Mittel“ natürlich notwendig und gerechtfertigt sind.

So hält z.B. die „Sozialistische Selbsthilfe Köln“ (SSK) z.Zt. neun

Häuser besetzt. Dem ist allerdings eine jahrelange Mieterarbeit und Auseinandersetzung mit den Behörden vorausgegangen, um jede Möglichkeit zu nutzen, Wohnraum zu erhalten. So wurde ein Verzeichnis von rund 300 leerstehenden Häusern veröffentlicht und 200 Anzeigen wegen Wohnraumzweckentfremdung erstattet. Nach dem Leitsatz „Kämpft um jedes Haus, kämpft um jede Wohnung“ wurde in der Öffentlichkeit deutlich gemacht, wie die Behörden, Gerichte und Hausbesitzer zusammenarbeiten und ständig gegen die Gesetze verstoßen wird, die noch Rechte der Mieter enthalten, wie z.B. das Wohnraumzweckentfremdungsgesetz. Dadurch wurde für jedermann (und jedefrau? d. Sätzerin) leicht erkennbar, wer heute für die Wohnungsnot verantwortlich ist. Gegen diesen „Gesetzesnotstand“ gründete die SSK zusammen mit anderen Initiativen und sogar einem SPD-Ortsverein eine „Wohnraumrettungsgesellschaft“, die jedem (jeder? d.S.) hilft, der (die? uff, d.S.) in Wohnungsnot ist, der (DIE auch – wann erfinden wir endlich die neue Keimform-Sprache??? d.S.) aus seiner Wohnung fliegen soll.

Hausbesetzungen sind für die SSK keine „Mutproben“; sie gehen auch möglichst jeder Schlägerei mit der Polizei aus dem Weg, da auf diese Weise doch nur die Staatsmacht gewinnt. Militante Hausbesetzungen, die nicht in eine breite Mieterarbeit eingebettet werden, laufen Gefahr, schnell isoliert und gewaltsam abgeräumt zu werden.

Z.B. wurde durch die äußerst brutale Räumung eines besetzten Hauses in der Eckhofstraße in Hamburg 1973 durch Spezialeinheiten der Polizei und die anschließende Kriminalisierung der Besetzer die Mieterbewegung in Hamburg lange Zeit gelähmt und es gab seitdem mit wenigen Ausnahmen auch keine Hausbesetzungen mehr.

Die Orientierung auf einen langfristigen Mietkampf, der sich konkret für jeden (+ jede!!! bald geb ich's auf, d.S.) in Not geratene(n) Mieter(IN) einsetzt, gegen jede Verschlechterung kämpft, alle juristischen Mittel zugunsten der Mieter ausnutzt und eine gute Öffentlichkeitsarbeit leistet, wurde von einigen Teilnehmern als „reformistisch“ und „systemkonform“ abgetan. Ohne daß auf Hausbesetzungen verzichtet werden soll, stellt sich jedoch für die meisten Initiativen in erster Linie die Frage der Entwicklung der Mieterarbeit durch das Aufzeigen der konkreten Wohnungsnot vor Ort, die von vielen Politikern zudem noch bestritten wird.

Hierzu konnten viele Initiativen anschaulich berichten, nicht zuletzt auch die Gastgeber, die Besetzer der Göttinger Augenklinik (vgl. Berichte im AK).

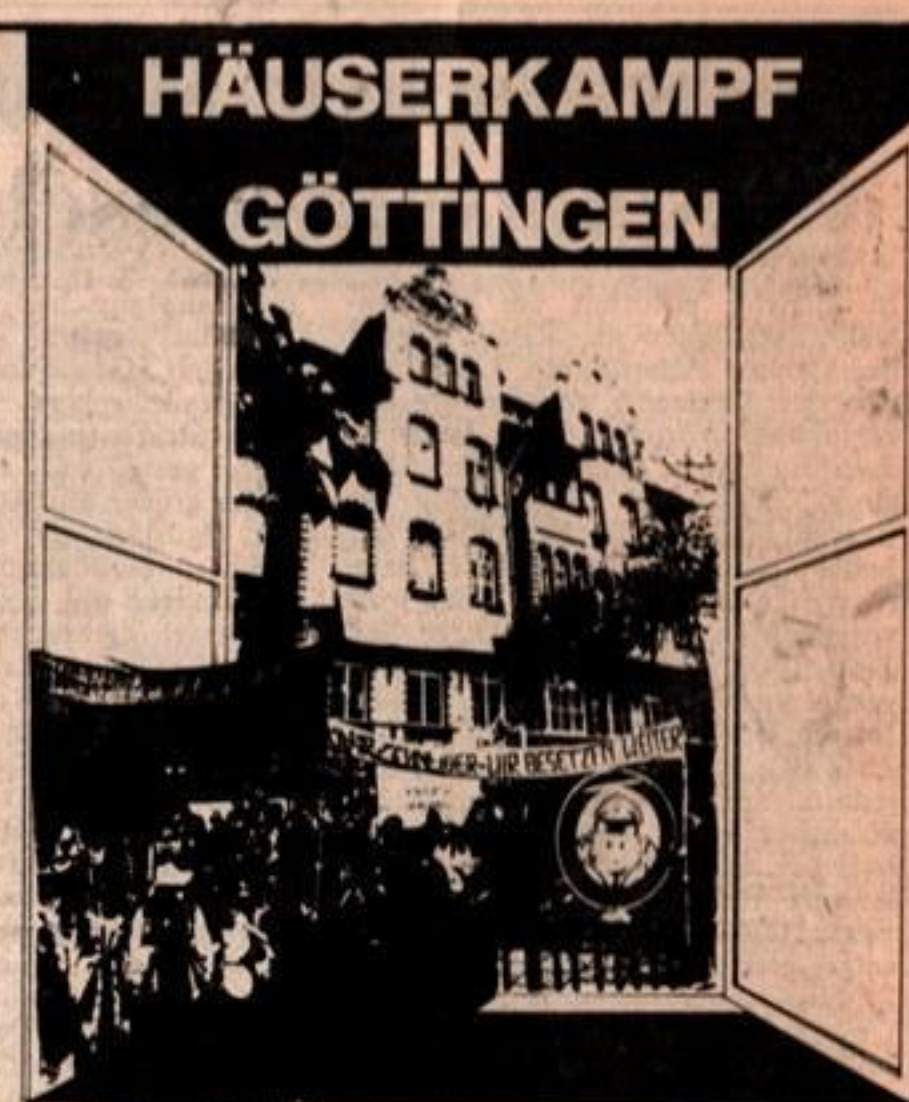
Die Diskussionen unter den Mietkämpfern wurden ergänzt durch Filme, Musik und Theater. Die „Squatters & Housing Activists“, eine Mieterorganisation aus London, zeigte einen Videofilm über die breite Hausbesetzerbewegung in England, die zunehmend durch die Maßnahmen von Regierungschefin Thatcher angegriffen wird. Aus Paris waren Genossen von „La Parmentiere“ anwesend.

Die westdeutschen Mietkämpfer diskutierten und verabschiedeten nebenstehende Presseerklärung, vereinbarten einen regelmäßigen Info-Austausch durch einen Rundbrief und beschlossen ein neues Treffen am 18. Oktober in der Göttinger Augenklinik, die dann (hoffentlich) ein Jahr besetzt ist. Am 17./18. Mai soll hierfür ein Vorbereitungstreffen in Köln stattfinden.

Wer Interesse hat, daran teilzunehmen, kann sich über die Verlagsadresse an die Wohnungskommission des KB wenden.

Wohnungskommission

Anzeige



dokumentation

Aus dem

Stadtsanierung-Uniausbau-Wohnsituation

Inhalt:

- Stadtsanierung und Stadtplanung
- Studentische Wohnsituation
- Ausbaupläne der Uni
- Häuserkampf in Göttingen
- Chronologie der Augenklinikbesetzung
- Über Wohnungsnot
- Wohnumwelt Stadt
- 110 Seiten A4, reich bebildert, Preis DM 5,-, zu bestellen beim Asta-Sozialreferat, Nikolausberger Weg 9, 3400 Göttingen.

Wohnungskämpfertreffen

Wohnungskämpfertreffen Gemeinsame Presseerklärung

Am 8.2. bis 10.2.1980 trafen sich in der besetzten Göttinger Augenklinik Vertreter von 44 Mieterinitiativen und Hausbesetzergruppen aus 26 Städten der BRD, Westberlin, London und Paris zu einem ersten Erfahrungsaustausch. Warum? Die Wohnsituation von Menschen ist heute gekennzeichnet durch eine immer größer werdende Wohnungsnot, Vermieterwillkür und Maklerunwesen, die mit der Not der Mieter Millionen erpressen. Durch Stadtsanierung und Verkehrsplanung werden die Städte zerstört und billiger Wohnraum vernichtet. Profitorientierte Sanierung bedeutet die Vertreibung von großen Bevölkerungskreisen aus dem Kernbereich guterhaltener Altstädte. Zu oft werden ganze Innenstädte für Flächenabriss geopfert. Insbesondere billiger Wohnraum ist hier in großem Ausmaß verlorengegangen.

Isolierung und psychische Verelendung nehmen erschreckend in Neubaugebieten zu. Der soziale Mietwohnungsbau ist drastisch zurückgegangen und in einigen Bundesländern schon ganz eingestellt worden. Billige Sozialwohnungen werden zunehmend privatisiert und dem Wohnungsmarkt entzogen, so daß es immer schwieriger wird, eine menschenwürdige Wohnung zu tragbarer Miete zu finden. Die Obdachlosenzahlen nehmen seit einigen Jahren wieder zu, besonders betroffen sind kinderreiche Familien, Arbeitslose, Familien mit geringem Einkommen und Ausländer. Die Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften erpressen die Mieter mit unsocialen Vertragsbedingungen.

Neben immer höheren Mieten und Nebenkosten fordern sie insbesondere den Abbau des Kündigungsschutzes für Mieter, was die Mieter zum Freiwild macht.

Durch neue Gesetze, Rechtsprechung und Behördenwillkür werden Mieterrechte ausgehöhlt:

- Mietüberhöhungen und Mietwucher wird kaum geahndet
- Wohnraumzweckentfremdungsverordnungen werden nicht oder nur auf Druck von Mieterinitiativen angewandt
- Durch die Novellierung des Städtebauförderungsgesetzes sind die minimalen Anhörungsrechte der Betroffenen entfallen und die Mietervertreibung wurde erleichtert
- Modernisierungen führen oft zu Mietsteigerungen, die die Mieter zum Auszug zwingen.

Miete und Wohnungsbau wird dem scheinbar freien Markt überlassen. Durch die Wohnraumpolitik der Regierungen wird Spekulantentum unterstützt.

Von daher ist es gerechtfertigt und zu begrüßen, wenn Mieter und Wohnungssuchende zur Selbsthilfe greifen, mit Protestaktionen und Hausbesetzungen Wohnraum erhalten, menschengerechte Wohnbedingungen durchsetzen, profitorientierte Sanierungspolitik und Mieterhöhungen bekämpfen.

Häuser sind z.Zt. in folgenden Städten besetzt: Göttingen, Westberlin, Münster, Bielefeld, Offenbach, Bremen, Düsseldorf, Hannover, Tübingen.

Wir fordern:

- Schluß mit der Bodenspekulation und willkürlichen Wohnraumzerstörung!
- Kampf jeder Mieterhöhung!
- Konsequente Anwendung des Wohnraumzweckentfremdungsgesetzes in allen Städten!
- Menschenwürdige Wohnungen für alle!
- Legalisierung aller Haus- und Wohnungsbesetzungen!

Die anwesenden Mieterinitiativen und Hausbesetzergruppen beschlossen, künftig enger zusammenzuarbeiten und gegenseitig Informationen auszutauschen.

Die anwesenden Mitglieder von 44 Mieterinitiativen und Hausbesetzergruppen

Göttingen, 10.2.1980

Hausbesetzung in Münster:

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen GAL-Ratsmitglieder

In Münster ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Ratsmitglieder der Grünen Alternativen Liste „wegen des Verdachts der Beihilfe zur versuchten Nötigung, zum Hausfriedensbruch und zur Sachbeschädigung“. Anlaß ist die Haltung der Ratsmitglieder zur Besetzung der beiden Häuser in der Sertürnerstraße (s. Artikel in diesem AK). Ihnen wird vorgeworfen, „in der zurückliegenden Zeit die Hausbesetzer öffentlich und verbal unterstützt (zu haben)“ (Zitate: „Westfälische Nachrichten“, 15.2.80). Darüberhinaus wird gegen jede/n ermittelt, die/der sich in ähnlicher Weise verdächtig gemacht hat, z.B. auch gegen die Besucher der letzten Ratssitzung, die dort ihre Sympathie für die Anliegen der Besetzer zum Ausdruck brachten.

Einerseits sollen nach dem Motto „Wer sich nicht distanziert, wird kriminalisiert“ all diejenigen eingeschüchtert werden, die nicht bereit sind, die Hausbesetzung zu verurteilen. Andererseits erreichen die Angriffe dadurch, daß sie sich gegen Mitglieder parlamentarischer Gremien richten, eine völlig neue Qualität. Hier werden Zeichen gesetzt, wie in Zukunft – und nicht nur in Münster – mit einer tatsächlichen parlamentarischen Opposition, die die Forderungen der Basisbewegung in die Parlamente trägt, zu verfahren ist. Die GAL erklärte dazu, sie werde „sich diesem Klima der Einschüchterung nicht beugen“, und forderte Stadt und Staatsanwaltschaft auf, „den Strafantrag zurückzuziehen und sämtliche Ermittlungen im Zusammenhang mit der Hausbesetzung einzustellen“ (GAL-Flugblatt, 16.2.80).

Die GAL unterstützte die Hausbesetzung von Anfang an. In einer Presseerklärung vom 28.1. akzeptierte sie die Aktion als „einen Akt der Notwehr und der Selbsthilfe“.

Auf parlamentarischer Ebene wurde die Auseinandersetzung um die Hausbesetzung zunächst am 30.1.

im Hauptausschuß, dem sog. „kleinen Rat“, geführt. Die Debatte begann mit einem Paukenschlag, als der Oberstadtdirektor bekannt gab, er habe Strafantrag gegen die Hausbesetzer gestellt. Bis auf den GAL-Vertreter griffen alle Ausschußmitglieder die Hausbesetzer an. Ein von der GAL unterstützter SPD-Antrag, Verhandlungen mit den Asten über eine befristete Gebrauchsüberlassung der Häuser aufzunehmen, wurde von der CDU-Mehrheit bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt. Stattdessen wurden auf Antrag der FDP mit den Stimmen der SPD (!) die Besetzer aufgefordert, die Häuser binnen drei Tagen zu räumen. Der GAL-Vertreter erreichte auf dieser Sitzung lediglich, daß eine Liste erstellt werden sollte, in der die Abbruchhäuser benannt sind, die an Mietwillige vermietet werden können. Die Ratssitzung am 6.2. stand voll und ganz im Zeichen der Hausbesetzung. Etwa 200 Besucher waren erschienen, um durch zahlreiche Anwesenheit ihre Solidarität mit den Besetzern zum Ausdruck zu bringen. Eine Theatergruppe führte eingangs im Ratssaal ein Stück mit dem Thema „Und jeden Tag stirbt in Münster ein kleines bißchen mehr“ auf. Kommentar der „Münsterschen Zeitung“ am nächsten Tag: „Die Hausbesetzer machten den Ratssaal zur Tribüne. Rund 200 Sympathisanten grölten und applaudierten.“

Während die große Mehrheit der Ratsmitglieder die Darbietung empfand ignorierte, verteilten die GAL-Parlamentarier eine schriftliche Erklärung, in der sie die Aktion begrüßten und Oberbürgermeister und Rat aufforderten, „die Forderungen der Betroffenen durch diese selbst vortragen zu lassen“.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde die Debatte zum Thema Hausbesetzung eröffnet. Die SPD begann mit einem Rückzieher, indem



Das besetzte Haus vor der Räumung....

sie zwar ihre Kritik am Strafantrag des Oberstadtdirektors bestätigte, den Vorwurf des „dreisten“ Vorgehens, den ein Fraktionsmitglied einige Tage zuvor erhoben hatte, aber zurücknahm. Aus der weiteren Diskussion hielt sich die SPD völlig heraus.

In der anschließenden Auseinandersetzung betonte CDU und FDP besonders die Notwendigkeit, den „Rechtsstaat“ zu verteidigen, was im Zuschauerraum einige Heiterkeit hervorrief. Die GAL beschleunigte der

CDU-Verwaltung und ihrer Ratsmehrheit, „die Quittung erhalten (zu haben) für ihre Wohnraumpolitik der systematischen Wohnraumzerstörung“ und bezeichnete die Strafanzeige des Oberstadtdirektors als „eine Kapitulation vor den Argumenten der Besetzer nach dem Motto: Seid ihr nicht willig, so brauch ich Gewalt!“. Darüberhinaus forderte sie Rat und Verwaltung zum wiederholten Mal auf, die Strafanzeigen zurückzunehmen, den Räumungsbeschluss rückgängig zu machen und unverzüglich Verhandlungen mit den Besetzern aufzunehmen.

Leider versäumte es die GAL-Ratsfraktion, die CDU-Abbruchpolitik stärker zum Gegenstand der Debatte zu machen; zu diesem Punkt nämlich hatte die CDU-Fraktion außer hohlen Phrasen nichts zu sagen. So stand einmal mehr die Kontroverse um die Aktionsform im Mittelpunkt.

Der GAL-Antrag, die Häuser unverzüglich als Wohnraum zur Verfügung zu stellen, die Versorgungsleitungen anzuschließen und mit den Besetzern oder den Asten einen Mietvertrag zu machen, wurde von der CDU-Mehrheit per Geschäftsordnung abgelehnt. Zuvor hatte der Oberbürgermeister die Sitzung wegen

der zahlreichen Beifalls- und Mißfallensbekundungen der Besucher unterbrochen und die „Störer“ – allerdings nur mit sehr geringem Erfolg – aufgefordert, den Raum zu verlassen.

Im anschließenden, nicht-öffentlichen Teil der Sitzung wurden aus den Reihen der CDU-Fraktion Stimmen laut, die sich über den Verlauf der letzten Ratssitzung beklagten und nach Abhilfe riefen; auch aus der FDP-Fraktion kam Zustimmung.

Tatsächlich ist es so, daß seitdem GAL-Vertreter im münsterschen Rat sitzen, die Basisbewegung stärker als bisher die Öffentlichkeit der Ratssitzungen für ihre Interessen – mit ihren Aktionsformen – nutzt. Die erste Reaktion seitens der Stadt war, die Ratssitzungen durch immer stärkere Polizeipräsenz „schützen“ zu lassen. So standen beim letzten Mal mindestens vier Polizei-PKWs und zwei Mannschaftswagen im Rathausinnenhof; im Ratsgebäude selbst patrouillierten ständig mehrere mit Funksprengeräten ausgerüstete Bullen und Zivile. Es ist nicht auszuschließen, daß demnächst gezielte Versuche unternommen werden, zu künftigen Ratssitzungen nur noch eine eingeschränkte Öffentlichkeit zuzulassen.

Ein Genosse aus Münster

Besetzte Häuser in Münster geräumt



...nach der Räumung

Um sechs Uhr morgens wurden am 15.2. die Besetzer der Häuser in der Sertürnerstraße in Münster aus dem Schlaf gerissen: Die Bullen waren da. Mit einem bürgerkriegsähnlichen Aufgebot von etwa 250 Uniformierten wurde der Wohnraumvernichtungspolitik der CDU zu Recht verholten. Die noch verbliebenen 40 Besetzer wurden erkenntnisdienlich behandelt und einige von ihnen zur Personalienfeststellung mit zum Präsidium genommen. Die Straße war an beiden Seiten mit riesigen Sperrgittern und Lastwagen abgeriegelt, an allen nur möglichen Zugängen zu der Straße wimmelte es von Polizisten, die aus anderen Städten NRWs herbeigeschafft worden waren, ein fahrbarer Flutlichtmast leuchtete die Szene taghell aus – der Polizeiapparat funktionierte perfekt. Sofort nach der Räumung wurde mit dem Abbruch der Häuser unter Polizeischutz begonnen, obwohl die Häuser erst in zwei Jahren für den Ausbau einer Straße abgerissen werden sollten. Als die über hundert Zuschauer und „Sympathisanten“ die Anfahrt des Baggers durch eine Sitzblockade

verhindern wollten, kam es zu brutalen Übergriffen der Bullen. Völlig unbeteiligte Leute wurden verprügelt, einige vorübergehend festgenommen usw. Am Abend standen beide Häuser nicht mehr.

Die Besetzer und Freunde reagierten auf die Räumung und den Abbruch mit breiter Öffentlichkeitsarbeit, u.a. wurde kurzfristig eine Kirche besetzt. Die Stadt hatte in den letzten Wochen einen harten Kurs gefahren und jegliche Verhandlungen von vornherein abgelehnt. Stattdessen stellte sie Strafanzeigen gegen die Besetzer. Eine völlig neue Eskalation wurde dadurch eingeleitet, daß gegen alle, die sich irgendwie mit den Hausbesetzern solidarisch erklärten oder sich nicht von der Aktionsform distanziert hatten, wegen des „Verdachts der Beihilfe zur Nötigung, zum Hausfriedensbruch und zur Sachbeschädigung“ ermittelt wird. Unter anderem müssen auch die Ratsmitglieder der Grünen Alternativen Liste mit Strafverfahren rechnen!

Trotz dieser Einschüchterungsversuche ist es den Hausbesetzern gelun-

gen, bei sehr vielen Menschen, Organisationen etc. Unterstützung zu finden. Sogar der RCDS (!) richtete eine Grußadresse an die Besetzer, in der er deren Forderungen unterstützte. Der sozialdemokratische Professor Küchenhoff unterstützte die Aktion; sämtliche Studentengemeinden erklärten ihr Verständnis für die Hausbesetzung und veranstalteten am Mittwoch ein „Politisches Nachtgebet“ zu diesem Thema. (Die beiden evangelischen Studentengemeinden wollten bei der Räumung als erste anwesend sein, um sich im Notfall mitverhaften zu lassen, und sie waren auch unter den ersten, die am Freitagmorgen nach Bekanntwerden der Räumung zur Unterstützung der Besetzer anwesend waren.) Durch diese Aktion und die breite Unterstützung, die sie erfahren hat, ist es zumindest gelungen, die Wohnraumvernichtungspolitik der CDU stärker ins Blickfeld zu rücken. Die Wohnraumrettungsinitiative wird jedenfalls weiterarbeiten und dies war nicht ihre letzte Aktion.

KB/Gruppe Münster

Kampf gegen Mieterhöhung und Essensverteuerung

Erhöhung der Wohnheimmieten...

Nachdem zu Beginn des letzten Semesters eine – längst fällige – Anhebung der Bundesausbildungsförderung erfolgte, glaubten offensichtlich das hessische Kultusministerium und das Marburger Studentenwerk, sie müßten den Studenten das „viele Geld“ wieder abnehmen.

So sollen die Mieten in den Studentenwohnheimen pro Zimmer und Monat um durchschnittlich 20 bis 25 DM steigen. Das ist genauso viel wie die BaFöG-Erhöhung. Außerdem soll nach Vorstellung des KuMi in Zukunft die Miete aufgespalten werden in einen Mietfestwert und die Betriebskosten. Über diese getrennte Abrechnung wäre es dem Studentenwerk jederzeit möglich, steigende Preise für Strom, Wasser, Öl, Gas etc. reibungslos auf die Studenten abzuwälzen, was eine ständige schleichende Mieterhöhung bedeuten würde.

... führen zu Gegenmaßnahmen, ...

Entsprechend war die Reaktion in den Wohnheimen. Schnell kamen auf den verschiedenen Haus-VV's eine Reihe von Vorschlägen zusammen. Schließlich wurden während mehrerer Aktionstage von den einzelnen Wohnheimen Info-Stände in der Stadt organisiert und über 1.000 Unterschriften gegen die Mieterhöhung gesammelt. An der abschließenden Demonstration nahmen etwa 700 - 800 Leute teil. Erste Reaktion des Studenten-

werks: Es schlug dem KuMi vor, eine Mieterhöhung von „nur“ 10,-DM durchzuführen und von der Aufteilung der Mietabrechnung abzusehen.

... Mensapreiserhöhungen zum Mensaboykott ...

Zur gleichen Zeit erhöhte das Studentenwerk die Preise für die beiden teuren Mensa-Essen (Wahlessen, in Marburg gibt es insgesamt vier Mittagessen) um etwa 10%. Das mißfiel nun natürlich noch wesentlich mehr Studenten. Also wurden die beiden von der Erhöhung betroffenen Essen boykottiert. Rund 70 - 80% der Studenten beteiligten sich am Boykott. Während am 1. Tag – nachdem die billigeren Essen alle waren – die teureren verbilligt abgegeben wurden, „sträubte“ sich das Studentenwerk in den folgenden Tagen immer mehr: das billige Essen verlor zusehends die ohnehin schon geringe Qualität; waren die billigen Essen alle, wurde die Ausgabe zugemacht; die teuren Essen wurden dagegen von Tag zu Tag besser.

Trotzdem gelang es, die Boykottfront aufrecht zu erhalten.

Auf einer – infolge des Semesterendes allerdings nicht mehr gut besuchten – Studenten VV wurde für das nächste Semester die Durchführung eines Totalboykotts und die Einrichtung einer kontinuierlichen Alternativmensa erwogen. Außerdem soll während der Semesterferien ein Boykott aufrecht erhalten bleiben.

KB/Gruppe Marburg

Bremen: Polizei setzt Sanierung durch

Zwei Häuser am Osterdeich, die seit dem letzten Sommer besetzt waren, wurden am 12. Februar mit großem Polizeiaufgebot geräumt. Zu diesem Zweck war das ganze Viertel abgesperrt worden. Die Habseligkeiten der Besetzer wurden widerrechtlich beschlagnahmt; sie behielten nur das, was sie auf dem Leibe trugen. Gleichzeitig mit dem Abtransport der Sachen wurden Türen, Fenster und sanitäre Anlagen kaputtgeschlagen, die Häuser damit unbewohnbar gemacht und Türen- und Fensteröffnungen mit Platten vernagelt.

Am nächsten Tag kam es zu einer Eskalation der Auseinandersetzungen, als auch noch das Büro der BBA (Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen) gewaltsam geräumt wurde. Die BBA war aus ihrem Laden vertrieben worden, der zugunsten eines Geschäfts- und Appartementhauses abgerissen werden sollte. Kurz entschlossen hatten die Atomkraftgegner daraufhin einen leerstehenden Laden in derselben Straße bezogen. Die Bremische Gesellschaft als Besitzerin versuchte gar nicht erst zu verhandeln, sondern ließ gleich durch Polizei räumen. Neun Mitglieder der BBA wurden festgenommen, erkenntnistätig behandelt und wegen Hausfriedensbruch angezeigt. Informationsmaterial und Möbel wurden abtransportiert.

Die Betroffenen und ca. 500 empörte Ostertorbewohner und Atomkraftgegner versammelten sich nach-

mittags zu einer spontanen Demonstration. Am Haus der Bremischen Gesellschaft flogen Farber und ein Brandsatz. Dann ging der Zug durch die Innenstadt und zurück ins Osterdeich. Die hier seit kurzem wie Pilze aus dem Boden schießenden Boutiken, - für die Bewohner des Viertels überflüssige „Plastikläden“ - mußten einige zerbrochene Scheiben registrieren. Kurz darauf kam es ohne Vorwarnung zu einem brutalen Polizeieinsatz. Zwei Hundertschaften griffen den Demonstrationzug von hinten mit langen Holzknüppeln an. Es gab eine große Zahl von Verletzungen und die meist völlig ungeschützten Demonstranten wurden in alle Windrichtungen versprengt.

In den nächsten Tagen gab es heftige Diskussionen um das richtige Vorgehen. Eine Reihe von Stadtteilgruppen der BBA kritisierten, daß sie sich vereinnahmt fühlten, da vorher über den Charakter der Demo nicht diskutiert worden war. Außerdem fanden viele die Aktionen gegen die Boutiken reichlich unvermittelt. Es wurde beschlossen, eine neue Demo zu machen, die ausdrücklich einen breiteren und friedlichen Charakter haben sollte.

Die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren glücklicherweise nicht nur negativ. Der Stadtteilbeirat und der Ortsamtleiter Mitte übten scharfe Kritik an der „Bremischen“ und an den Polizeieinsätzen, da dadurch eine Eskalation provoziert wurde.

Tatsächlich zeigte sich die „Bremische“ nach einigen Verhandlungsmänavern bereit, sowohl den vertriebenen Hausbesetzern vom Osterdeich als auch der BBA Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Die zweite Demonstration am 19.2.80 mit über 1.000 Leuten fand unter massiver Polizeibegleitung statt. Wachposten mit Hunden schützten die Schickeria-Läden. Nach Abschluß der Demo kam es dann doch noch einmal zu einem brutalen Polizeieinsatz, als auf dem Rückweg noch einmal die Scheiben einer der verhafteten Boutiken klinkten.

Die Erfolge - die erkämpften Räumlichkeiten - sind mit vielen Verletzten und einer Reihe von Strafanzeigen wegen Haus- und Landfriedensbruch recht teuer bezahlt. Eine Wende in der Sanierungspolitik ist nicht abzusehen. Die Bewohner des „Wiener Hof“, deren Mietvertrag wegen geplanter Sanierungsmaßnahmen nicht verlängert wurde, rechnen in nächster Zeit mit polizeilicher Räumung. Die BBA will weiter in der Sanierungsproblematik aktiv bleiben. Es muß aber mehr Gewicht darauf gelegt werden, zu einer tatsächlichen Verbreiterung der Aktivitäten durch Einbeziehung von anderen Initiativen und Gruppen zu kommen.

KB/Gruppe Bremen



Mindestens 800.000 Wohnungen fehlen!

„Entgegen den Erwartungen“ mußte der Bundesbauminister Haack feststellen, daß der Ausgleich von Wohnungen und Haushalten „noch nicht ganz“ erreicht sei. Konkret gesagt: Die Wohnungsstichprobe 1978 ergab, daß es 23,4 Millionen Wohnungen in der BRD gibt, aber 24,2 Millionen Haushalte, d.h. es fehlen rein rechnerisch 800.000 Wohnungen - wobei noch nicht einmal die große Zahl von Zweit- und Ferienwohnungen berücksichtigt ist.

Auch im letzten Jahr ging der Wohnungsbau zurück: 1979 wurden noch rund 400.000 Wohnungen fertiggestellt - darunter 230.000 bis 240.000 Eigenheime - aber nur 370.000 Baugenehmigungen erteilt, d.h. 1980 werden weniger Wohnungen erbaut als 1979.

Die Wohnungsstichprobe von 1978 erfasste auch den Ausstattungsgrad der Wohnungen: So waren 1,9

Mio. Wohnungen sanitär unzureichend ausgestattet, d.h. sie hatten kein WC oder nur außerhalb der Wohnung (1972: 2,2 Mio), 7,7 % der Wohnungen hatten weder Sammelheizung, noch Bad (1972: 16,4 %).

Der zunehmende Wunsch nach größeren Wohnungen zeigt sich darin, daß es 1978 5,7 Mio. Wohnungen gab mit mehr als Hundert Quadratmeter Größe (1972: 3,9 Mio.). (Angaben nach: vwd, 12.2.80). Bis Mitte der 80er Jahre, hofft der Minister, ist der Wohnungsmarkt ausgeglichen. Doch das erscheint zweifelhaft, wenn man bedenkt, daß jetzt die geburtenstarken Jahrgänge auf den Wohnungsmarkt drängen - abgesehen davon, daß das Ende der Wohnungsnot schon seit Jahren versprochen wird.

Wohnungskommission

Wohnungskommission



Wohnungsbaugesellschaft schmeißt Mieter aus der Wohnung

Walter Bitzer ist Sprecher des Mieterrats der „Alten Zeche Dorstfeld e.V.“ in Dortmund.

Seit dem 14. Februar wohnen er und seine Frau in der Obdachlosensiedlung Dortmund Bövinghausen, Baracke 19. Wegen seiner aktiven Arbeit im Mieterrat wurde er von der „gemeinnützigen“ Wohnungsbaugesellschaft DOGEWO aus seiner Wohnung geschmissen.

Die DOGEWO, die mehrheitlich im Besitz der Stadt Dortmund ist, sah das Vertrauensverhältnis zu ihrem Mieter als gestört an, weil er immer wieder auf unzumutbare Mängel und Verstöße gegen die Bauordnung hingewiesen hatte und einen Artikel über die Praktiken der Gesellschaft in der Mieterzeitung veröffentlichte. Walter Bitzer kritisierte u.a., daß Kinderspielflächen fehlten, daß Hausflure mit einer Übelkeit und Kopfschmerzen erzeugenden Farbe gestrichen wurden und daß Entlüftungsschächte der Tiefgarage direkt neben einem Kinderspielflächen lagen.

Das reichte für eine fristlose Kün-

digung, die zunächst vor dem Amtsgericht zurückgewiesen wurde. Vor dem Landgericht wurde jedoch die Kündigung bestätigt - ein bisher einmaliges Urteil, was eine Mieterratsarbeit schlechterdings unmöglich macht. Die Aussagen Bitzers seien eine Diffamierung - so das Landgericht - und er habe damit die „Vertrauenspflicht“ grob verletzt (nach „taz“, 12.2.). Kritische Mieter haben offensichtlich kein Anrecht auf eine Wohnung!

Am 11.2. wurde mit Unterstützung von Wohnungsamt, Gerichtsvollzieher, Sozialamt und natürlich der Polizei die Wohnung zwangsgeräumt, obwohl 130 Mieter versuchten, die Räumung zu verhindern, indem sie in die Wohnung der Familie Bitzer kamen.

Die Polizei nahm 84 Leute fest, die einzeln aus dem Haus geführt und mit Videokameras gefilmt wurden!

Erschreckend, wie Mieter kriminalisiert werden, die für nichts weiter als für ihre Mieterrechte kämpfen.

Wohnungskommission

Erste Hausbesetzung in Marburg

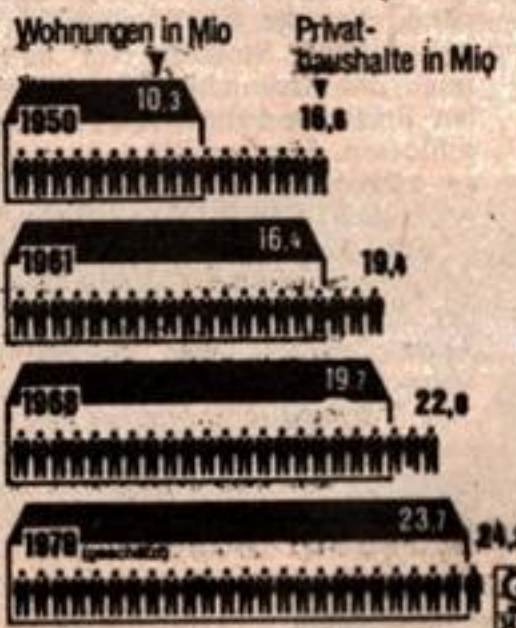
Die erste Hausbesetzung ihrer Geschichte erlebte die Stadt Marburg am 11.2. Die ca. 30 Besetzer wollten damit den Abbruch eines alten Fachwerkhäuses verhindern und erreichen, daß das Stadtbild nicht durch weitere neue Betonklötze verunstaltet wird. Die spontan entstandene Initiative von sanierungskundigen und -betroffenen Bürgern wies dabei nach, daß die von der Stadt angegebene Begründung für den Abriß (zu niedrige Stockwerkshöhen, zu schlechte Bausubstanz) nicht zutrifft.



Das allgemeine Aufsehen, daß die Besetzung erreichen konnte, führte dazu, daß der für den selben Tag geplante Abriß bis zu einer neuen Entscheidung des Denkmalschutzbeirates aufgeschoben wurde. Am 14.2. tagte dieser Beirat und bestätigte seine alte Entscheidung vor allem mit der Begründung, daß aufgrund von Umbau- und Erneuerungsmaßnahmen von der alten Bausubstanz nicht mehr viel übrig sei. Am 15.2. begann dann der Abbruch des Hauses, allerdings nicht mit dem Bagger, sondern in Handarbeit, um evtl. erhaltenswürdige Teile ausbauen zu können - soweit der bescheidene Erfolg der Hausbesetzer, die sich mit der neuen Entscheidung abfanden. In Zukunft wollen sie allerdings dem Denkmalschutzbeirat bei Sanierungs- und Abbruchvorhaben stärker auf die Finger sehen.

KB/Gruppe Marburg

Immer noch Wohnungsmangel



MEHR HAUSHALTE ALS WOHNUNGEN

Was die Wohnungssuchenden - insbesondere in Ballungsgebieten - schon längst wissen, haben jetzt auch die Statistiker bestätigt: Wohnungen sind immer noch Mangelware. 1978 gab es in der Bundesrepublik 23,36 Mill. Wohnungen. Die Zahl der privaten Haushalte lag im gleichen Jahr bei 24,3 Mill., also deutlich darüber. Und die Lücke ist eigentlich noch größer. Denn in der Gesamtzahl der Wohnungen sind auch Zweit- und Ferienwohnungen enthalten. Deshalb ist die Zahl der verfügbaren Wohnungen um etwa 700 000 niedriger anzusetzen als der Bestand. Rein statistisch betrachtet, klemmt also zwischen Bedarf und Bestand eine Lücke von über 1 Mill. Wohnungen. (SZ)

GRUNDSTÜCKSVERWALTUNG LICHTERFELDE

VERWALTUNGEN · IMMOBILIEN · FINANZIERUNGEN · VERMÖGENSBERATUNG

Sächliche Straße 70 · 1000 Berlin 15
Telefon 881 23 56
Postfachkonto: Berlin-Wed 787 78 109
Bank: Berliner Bank AG, 1. Berlin 41,
Schloßstr. 103, Kto.-Nr. 24 02182 200
Sprechzeiten:
Dienstag und Donnerstag 15 - 18 Uhr

Berlin, d. 23.1.80

Sehr geehrtes Fräulein Rielke!

Auf Ihr Schreiben v. 18.1.80 wegen der Beleuchtung der Kellertreppe müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir Ihnen wegen den Zustand, der schon seit undenklichen Zeiten besteht, nicht ändern werden. Wenn Sie unzufrieden sind, dann müssen Sie eine andere Wohnung beziehen. Im übrigen kann man ja am Tage in den Keller gehen oder aber mit einer Taschenlampe.

Hochachtungsvoll
Grundstücksverwaltung Lichterfelde
Herrn Rielke, d. 23.1.80

Ohne Kommentar! (aus: Die Neue, 15.2.80)

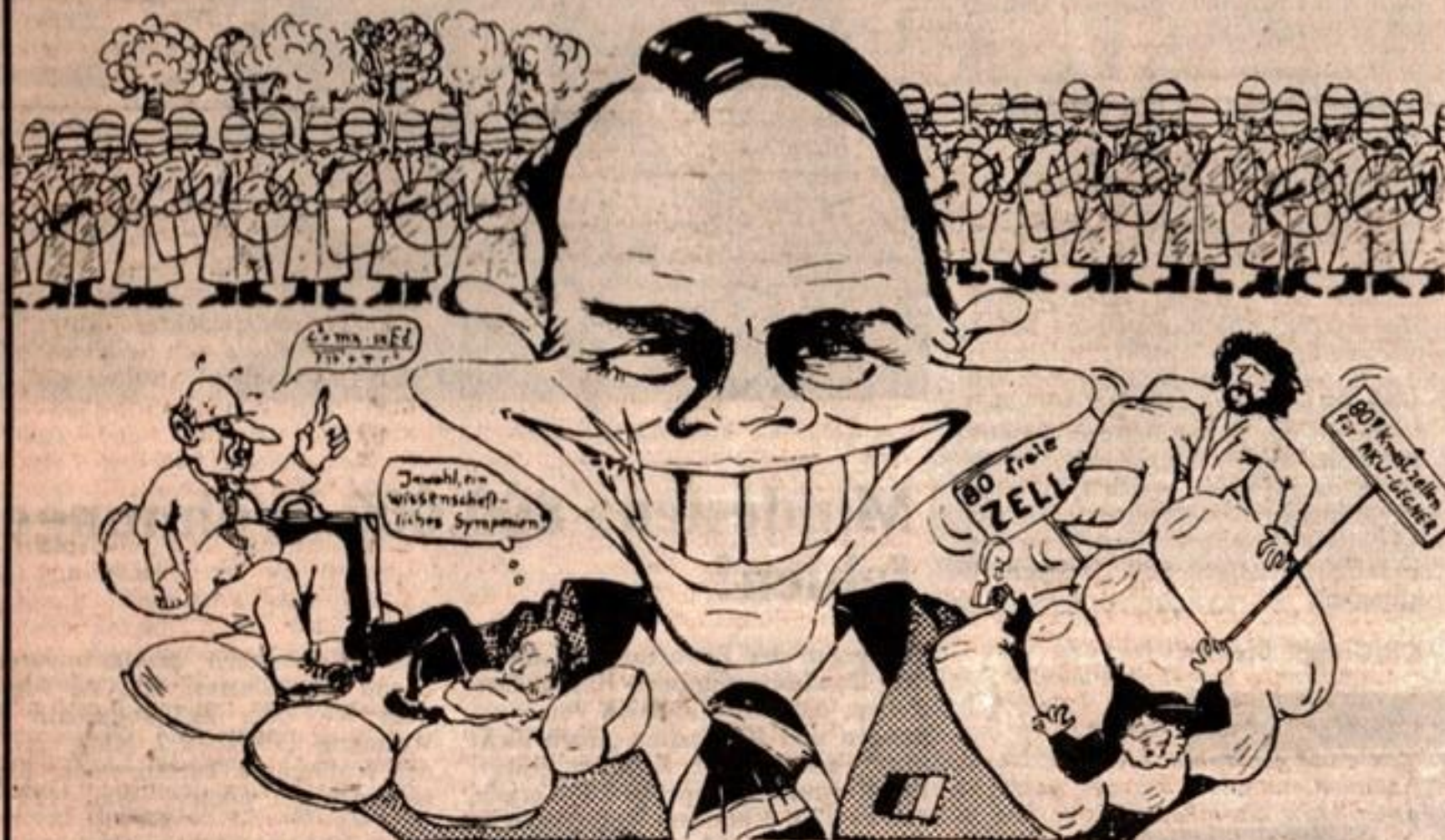


Gegen die neue Offensive der Atommafia

Albrecht will die Haushalte Niedersachsens auf Atomstrom umstellen. Börner und Karry planen in Hessen eine „kleine“ WAA mit einem derartigen Tempo, daß die CDU in Niedersachsen fordert, „ihre“ SPD möge sich dem anschließen, um gemeinsam wieder an die große WAA in Gorleben offen denken zu können. Späth in Baden-Württemberg und Stoltenberg in Schleswig-Holstein prophezeien wieder einmal Kälte und „Lichter aus“, wenn nicht schleunigst Brokdorf und Wyhl gebaut werden könnten. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg wird

immer weiter zur militärisch besetzten Notstandsregion ausgebaut, dort gilt der Aufruf, seine Meinung den politisch verantwortlichen Politikern deutlich am Telefon zu sagen, bereits als ein „terroristischer Akt“. Überall rüstet die Atommafia für eine neue Offensive. Doch auf der anderen Seite mußte inzwischen das Bundesumweltamt feststellen, daß bereits über fünf Millionen Bundesbürger in Umweltschutzorganisationen organisiert sind, 50 % mehr als im Vorjahr. Kein Wunder, wurde doch erst kürzlich bekannt, daß erhöhte Säuglingssterblichkeit

und Mißbildungen bereits jetzt in Harrisburg, ein Jahr nach der Katastrophe, feststellbar sind; wird doch in Ohu diskutiert, ob die aufgetretenen veränderten Spatzen-Vögel auf den AKW-Betrieb zurückzuführen seien. In verschiedenen Regionen sind in den BIs bereits Diskussionen über Widerstandsaktionen im Gange. Allerdings bedarf es einer bundesweiten gemeinsamen Planung und Organisation der Proteste, um diesem geplanten Vormarsch der Atombetreiber zu begegnen.



Das langwierige Verfahren zeigt, daß es die Landesregierung ernst meint mit ihrem Versprechen der

Sicherheit der Bevölkerung

den Vorrang zu geben vor allen anderen Erwägungen...

Grünes Licht für

Grünes Licht für weitere Genehmigungen

Nachdem die WAA in Gorleben erst einmal auf Eis liegt, mußten neue Genehmigungsrichtlinien für AKWs durchgeboxt werden. Als „gesicherte Entsorgung“ gilt nun, wenn die Brennstäbe in Zwischenlagern (ja sogar den AKWs selbst) aufbewahrt werden und bis 1985 eine Entscheidung über eine WAA getroffen wird. Stoltenberg und Späth forderten zusätzlich, daß AKWs, die vor dem 28.9.79 Baubeginn hatten, auch ohne die WAA-Planung in Betrieb gehen können (Brokdorf und Wyhl, wenn dort einmal weitergebaut werden kann). Darüber soll am 29.2. entschieden werden. Für die Betriebsgenehmigungen der AKWs Grafenrheinfeld, Krümmel, Mülheim-Kärlich, Gundremmingen, Philippsburg und Grohnde (derzeit im Bau) reicht für den Betrieb bis 1985 die Lagerung des Atomabfalls in Zwischenlagern. Für den Schnellen Brüter in Kalkar und den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop gelten andere Regelungen („VWD“, 31.1.80).

Hessens SPD/FDP-Regierung ist nach vorn gespart, um eine WAA zu bauen. Das Kompaktlager für abgebrannte Brennstäbe in der Kuppel des AKW Biblis wurde inzwischen von Innenminister Baum genehmigt. Doch das geht alles noch nicht schnell genug. Ex-Bundesbank-Chef und Helmut Schmidt-Berater, Klasen, erklärte dazu im „Hamburger Abendblatt“: „Die durch die Drosselung des Heizölverbrauchs entstehende Energielücke (statt Öl soll in Zukunft Strom für Privatheizungen verwendet werden - Anm. AK) muß ... durch eine beschleunigte Nutzung der Kernenergie geschlossen werden, wobei sich die Bundesrepublik ... an den in Frankreich praktizierten Regelungen für den Bau von Kernkraftwerken orientieren solle. Klasen: Ich rate dem Bundestag, eine gesetzliche Regelung zu verabschieden, die die Genehmigung zum Bau von Kernkraftwerken bundesweit klar und einheitlich festlegt.“ Damit soll die acht- bis zehnjährige Bauzeit „drastisch“ reduziert werden, so daß die Pannreaktoren uns gleich in Serie beglücken, wie die in Frankreich, wo überall Haarrisse im Stahl entdeckt wurden, oder wie in der BRD, wo in Ohu im nagelneuen Reaktor alle Pumpen ausfielen und das baugleiche AKW in Brunsbüttel einen „kleinen“ GAU erlebte. Klasen ist sicher, daß ein solches auch „geräumige Mehrheiten im Parlament“ findet. Doch die Katastrophenangst vor der Ölnappheit soll noch gefährlichere Planungen für die Zukunft möglich machen. In einer Studie von sechs Bonner Mi-

nisterien (s. AK 171) wird das „unzulängliche Tempo“ in der interna-

nistischen (s. AK 171) wird das „unzulängliche Tempo“ in der internationalen AKW-Planung als „die gravierendste Schwachstelle“ der Energieversorgung bezeichnet: „Wenn die großen Industrienationen aus Gründen der Uranversorgung um die Jahrhundertwende mit dem kommerziellen Einsatz der Brüter auf breiter Basis beginnen wollen, ist die Wiederaufbereitung zwingend. Für eine solche Strategie müßte beispielsweise die Bundesrepublik die großtechnische Wiederaufbereitung spätestens in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre betreiben...“ (Wirtschaftswoche, 5/80). Entsprechend hat die EG-Kommission eine gemeinsame Strategie für den Bereich des Atomabfalls, für die Schnellen Brüter und die WAA-Planung beschlossen. Für den WAA-Bereich gibt es zudem einen außerordentlichen Ausschuß („VWD“, 7.2.80).

Für diese Vorhaben hoffen die AKW-Betreiber, die Radikalisierung der Proteste im Zaume zu halten. Klasen sprach den optimistischen Wunsch aus, daß in der Bevölkerung „die Vorbehalte gegenüber den Kernkraftwerken unter dem Eindruck der energiepolitischen Realitäten neuerdings geringer geworden“ seien (siehe das bereits erwähnte Interview). Grundlage dieser Hoffnungen waren Befragungen, nach denen die mehrheitliche Ablehnung von AKWs nach Harrisburg unter dem Eindruck der sog. Ölkrise wieder etwas zurückgegangen sein soll. Auf der anderen Seite sind nach jüngsten Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes inzwischen mehr als fünf Millionen Menschen in 1.138 regionalen und 130 überregionalen Umweltschutzgruppen organisiert. Nachdem diese Zahl bereits zwischen 76 und 78 um 30% gestiegen war, ist dies erneut eine Steigerung um 50% in einem Jahr. Mit den Grünen kann zum ersten Mal eine Partei, die die Stilllegung von AKWs fordert, in verschiedene Länderparlamente bzw. in den Bundestag einziehen. Andererseits könnte davon auch ein Versuch einer neuen Integration unter Parolen der „Gewaltfreiheit“ und des allgemeinen „Umdenkens“ ausgehen.

Solche Wahlerfolge könnten der „anderen großen Gefahr, nämlich der Radikalisierung“ („das hatten wir schon in der Anti-AKW-Bewegung“) begegnen (Gruhl in „Spontan“, Februar 1980). Exemplarisch für einen solchen Kurs war die Distanzierung der schleswig-holsteinischen Grünen von der Aktion am Zaun in Brokdorf im Dezember letzten Jahres. Wenn auch derzeit Aktivitäten nur im kleinen Rahmen, vor allem örtlich/bzw. regional geplant worden sind, so zeigt sich doch, daß durchgeführte Bau-

maßnahmen zu erheblichen Protesten, bei gleichzeitiger Radikalisierung führten. Deutlich ist das insbesondere im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Trotz des Trommelfeuers der Atombetreiber haben sich die BIs insgesamt keineswegs von Blockade-Aktionen distanziert, sondern im Gegenteil einen Vorschlag zu einer nationalen Aktion gemacht, die ggf. mit einem Besetzungsversuch der nächsten Tiefbohrstelle enden soll (s. AK 171). Wieweit die Atombetreiber eine solche Radikalisierung fürchten, zeigt sich an den jüngsten Beispielen im Landkreis. Die „Grünen“-Frauen hatten in einer großen Anzeige in der „Elbe-Jeetz-Zeitung“ die Telefonnummern der Kreistagsabgeordneten bekanntgegeben. Man solle ihnen wegen ihrer Absicht, das Zwischenlager zu genehmigen, ordentlich die Meinung sagen.

Dies war den bürgerlichen Parteien entschieden zuviel. Der CDU-Landtagsabgeordnete Grill warf dem Kreisverband der Grünen vor, „zum Psychoterror aufzurufen“ und „Geistiger Terror zur Durchsetzung politischer Ziele gehöre in den Bereich autoritärer, politisch einseitig ausgerichteter Systeme“ („EJZ“, 7.2.80).

Der Landtagsabgeordnete Drechsler gab eine noch schärfere Stellungnahme ab. „Es ist nicht zu übersehen, daß die „Grünen“ und die Bürgerinitiative von militanten Radikalen und Chaoten unterwandert sind, die bestraft kriminelle Handlungen begehen und unseren demokratischen Staat besetzen wollen... Es ist zudem bestürzend, in welchem Ausmaß Vertreter der „Grünen“ und der Bürgerinitiative Gewaltanwendungen ideologisch rechtfertigen oder verharmlosen“ („EJZ“, 14.2.80). In der letzten Passage meint Drechsler die Zustimmung der Grünen zu den Behinderungen der Bohrarbeiten um Gorleben.

Nicht zuletzt war bisher eine der Stärken der Anti-AKW-Bewegung, mit der Parole „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ ernstgemacht zu haben. Und auch in Zukunft wird die Akzeptierung vielfältiger Aktionsformen die größtmögliche Einheit garantieren, und nicht die Abgrenzung von den radikalen Kräften.

Hessens Atommafia peitscht ihr Programm durch

Nachdem Ministerpräsident Holger Börner Anfang Januar seine Zustimmung zu den weitreichenden Atomplänen seines Wirtschaftsministers Karry (FDP) gegeben hat, geht es nun Schlag auf Schlag. Die Diskussion um eine Wiederaufbe-

arbeitungsanlage (WAA) in Nordhessen wird forciert. In aller nächster Zeit steht die Genehmigung eines Kompaktlagers für abgebrannte Brennelemente in Biblis ins Haus. Zusätzlich wird in Biblis unter Umgehung eines atomrechtlichen Verfahrens eine Lagerhalle für schwach- und mittelradioaktive Abfälle installiert. Bei der allgemeinen AKW-Konjunktur, wie sie in diesem Bundesland systematisch erzeugt wird, hat sich die CDU schon darüber beschwert, daß die Genehmigung von Block C des AKW Biblis zu langsam vorangehe. Ein weiteres AKW in Borken soll bereits „ausgemachte Sache“ sein. Selbst eine Endlagerung der radioaktiven Abfälle in Hessen wird in die Diskussion gebracht. Die Politiker der bürgerlichen Parteien überschlagen sich fast dabei, ihre Bereitschaft zu bekunden, Hessen mit einem Netz von Atomanlagen zu überziehen. Und die bis ins Mark erblödete Staatspresse zeugt „ihren“ Politikern teils kindische, teils devote Anerkennung für ihr lebensgefährliches Werk. Nicht einer der durch und durch korrupten Regierungsschreiber - seien sie nun von der „FR“ oder der „FAZ“ - hat bislang auch nur einen Versuch der Kritik zuwege gebracht. Offenbar gehört dies mit zu den Voraussetzungen, die Hessen für die AKW-Betreiber derzeit so attraktiv machen.

Die Frankfurter Industrie- und Handelskammer hatte jedenfalls allen Grund, der Landesregierung Respekt für „ihren Mut“ zu zollen und ihren Agenten Karry mit Bravo-rufen auf ihrer Versammlung zu empfangen. Karry wird nun gegenüber 10.000 Einwohnern das von ihm lange versprochene Kompaktlager im AKW Biblis genehmigen. Dieses ist bereits fertiggestellt und befindet sich innerhalb der Werkskuppel. Damit wird der in Biblis lagernde radioaktive Müll auf das Vieltausendfache des radioaktiven Stoffs einer Hiroshima-Bombe vervielfacht, wie die Bürgerinitiativen des Rhein-Main-Gebiets erklärten. Faktisch handelt es

ma-Bombe vervielfacht, wie die Bürgerinitiativen des Rhein-Main-Gebiets erklärten. Faktisch handelt es sich um ein Zwischenlager. Denn die WAA La Hague in Frankreich, mit der die Biblis-Betreiber RWE die „Entsorgung“ vertraglich geregelt haben, kann bis 1981 keine Brennstäbe mehr annehmen (und ob sie's dann kann, steht in den Sternen). Aufgrund dieser Situation hätte der Block A in Biblis spätestens im April abgeschaltet werden müssen, wenn es nicht einen so hilflosen Wirtschaftsminister wie Karry gäbe. Am 23.1. gab die Reaktorsicherheitskommission beim Bundesinnenministerium ihre Einwilligung. Am 6.2. stimmte auch Baum „grundsätzlich“ zu, machte aber noch einige Auflagen, die eigentlich völlig „überflüssig“



sein müßten, wäre das Kompaktlager wirklich so unproblematisch, wie immer behauptet wird. Spätestens zum 1. März will man die letzten erforderlichen Minister-Unterschriften beisammen haben.

Erste Schwierigkeiten bekam Karry jedoch bei seinem forschen Herangehen an das Wiederaufbereitungsproblem. Bei seiner Suche nach einem Standort war er zunächst auf die kleine Ortschaft Wabern bei Borken (in der Nähe von Kassel) gekommen. Dies veranlaßte den Bürgermeister und den Landrat, umgehend nach Wiesbaden zu fahren, um ihren Widerspruch vorzutragen. Die landwirtschaftliche Zuckerproduktion sei dadurch ebenso gefährdet, wie es unverantwortlich sei, eine WAA direkt neben das in Borken geplante AKW zu setzen. Dies hatte Karry offenbar in aller Eile wieder „vergessen“! Karry antwortete darauf, eine WAA sei ohnehin „nicht mehr und nicht weniger als eine chemische Fabrik“, also gebe es dafür in ganz Hessen zahlreiche in Frage kommende Standorte...

Natürlich versucht die Landesregierung durch die Vielzahl von Projekten, die beinahe täglich ins Gespräch gebracht werden, auch Verwirrung zu stiften. Tatsache aber ist, daß die massive Forcierung des Atomprogramms, die logisch aus den

Westberliner Parteitagsbeschlüssen der SPD folgt, in Hessen ihren Ausgang nehmen soll. Dies ist ein mit der Bundesregierung bis ins einzelne abgesprochener Plan.

Mittlerweise kommt auch der Widerstand wieder auf die Beine. 52 Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Neckar-Raum kündigten auf einer Tagung an, sie würden mit „allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln“ gegen eine WAA in Hessen kämpfen. Auch die nordhessischen BIs haben protestiert und sich vor allem gegen die falsche Behauptung gewandt, eine WAA schaffe Arbeitsplätze für die Region. Der BBU hat den hessischen BIs seine Unterstützung zugesichert. Auf einem Gießener BI-Treffen protestierten sechs Bürgerinitiativen gegen die WAA-Pläne. Die SPD Wiesbaden und die Frankfurter Jusos protestierten gegen den Atomkurs der Landesregierung. Die Jusos sprachen von einem „abgekarteten Spiel“ zwischen Atomindustrie und Landesregierung, mit dem der Widerstandswille der Bevölkerung getestet werden solle. Die Jusos erklärten, Karrys Pläne gehörten auf den Müll; im übrigen habe der Wirtschaftsminister Kineswegs die gesamte Partei hinter sich. Die SPD Hessen-Süd wandte sich zwar gegen die „Hektik“ der Landesregierung, sprach sich aber grundsätzlich für das Projekt aus, bei dem man sich durchaus fünf Jahre Zeit lassen könne. FDP und SPD kontexten mit außerordentlicher Schärfe die Stellungnahmen ihrer Jugendorganisation. Der Landesgeschäftsführer der SPD erklärte, die Jusos könne man nicht ernst nehmen; von Schoeler (FDP) sprach schlicht von „Quatsch“.

In den BIs wird bereits über Aktionen diskutiert; es wird Zeit, alles zu tun, um dieses gemeingefährliche Treiben zu stoppen und um den Atomwahnsinn in Hessen zu verhindern.

KB/Gruppe Frankfurt

Niedersachsen: CDU will Zwischenlager

Niedersachsen: CDU will Zwischenlager

Mit überwältigender Mehrheit (142:14:2) setzte sich der Lüchow-Dannenberg Sonderparteitag der CDU am 11.2. für ein Zwischenlager in Gorleben ein. Mit dieser Entscheidung sind die Weichen für die WAA gestellt, denn im Kreistag hat die CDU die absolute Mehrheit. Als demagogische Schminke kann dann auch nur gewertet werden, wenn die CDU gleichzeitig erklärte, daß „bei widerstrebenden Interessen den Umweltbelangen selbstverständlich Vorrang einzuräumen“ sei; denn während der Parteitag sich einen Werbefilm der DWK über Trockenlager ansah, wurden Vertreter der BI und der Bauern aus dem Saal gewiesen. Mit dieser Entscheidung im Rücken forderte Albrecht, die niedersächsische SPD auf, „dem Beispiel ihrer Parteifreunde in Hessen zu folgen und sich nicht länger gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage zu sträuben“ („HAZ“, 16.2.).

Aber diese WAA hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn forciert weitere AKWs gebaut werden. So sind denn neben den vier bestehenden AKWs zwei weitere in konkreter Vorbereitung. Doch damit nicht genug. Im Vorentwurf für ein neues Landesraumordnungsprogramm werden die Standorte für weitere 16 AKWs festgesetzt. Dieses Programm geht davon aus, daß sich der Energiebedarf in den kommenden 20 Jahren um 150 % erhöht. Zu der derzeitigen Leistung von 8.900 Megawatt sollen noch einmal 10 bis 14.000 Megawatt hinzukommen - in erster Linie aus AKWs.

Daß diese genannten Steigerungen allein dem Propagandazweck dienen, den Bau von neuen AKWs zu rechtfertigen, geht schon daraus hervor, daß selbst die CDU in einer Studie davon ausgeht, daß der Höhepunkt der Steigerung des Energiebedarfs längst überschritten ist.

Albrecht hat in der jetzigen Kampagne einen ganz speziellen Grund für den forcierten Ausbau der AKWs genannt. Er will „zusammen mit der Industrie eine Werbekampagne mit dem Ziel starten, beim Haubrand eine Umstellung von der Ölfeuerung auf Strom zu erreichen“. Dies dient offenkundig dem Zweck, das Öl allein für industrielle und militärische Bereiche (ohne Öl fährt kein Panzer und fliegt kein Flugzeug) zu verbrauchen. Gleichzeitig soll damit den Stromerzeugungsmonopolen der Profit gesichert werden, denn in einer Geheimstudie der E-Wirtschaft wurde schon 1975 die Befürchtung geäußert, daß in den 80er Jahren die Steigerungsrate bei den privaten Haushalten auf 1,5 % sinken wird.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 14

Die ersten Stellungnahmen

SPD-Sprecher Bruns (Emden) warnte zwar vor einem „Super-Atomland“ Niedersachsen, um aber im gleichen Atemzug besorgt zu fragen, „ob die derzeitige Stromleitungskapazität überhaupt ausreicht, um die Heizung der Haushalte von Öl auf Stromenergie umzustellen“ („HAZ“, 16.2.80). Der FDP-Fachausschuss für Umweltpolitik hat inzwischen die Atomstromheizung als „nicht praktikabel und nicht durchführbar“ abgelehnt, da es „zu energieaufwendig“ sei. Beont wurde jedoch, „daß auch die FDP für einen wachsenden Anteil der Kernkraft bei der Energieversorgung eintrete“ („HAZ“, 18.2.80).

Die „Grünen“ Niedersachsen wandten sich mit einer eher zweifelhaften Begründung gegen den Vorstoß der Landesregierung: Es handele sich hierbei um eine „Kampfansage an die ökologische Bewegung“. Albrechts Überlegungen „seien unausgegoren und dienen der Irreführung. Es sei technisch eine ungeheure Verschwendung, hochwertigen Strom für niedrigtemperierte Hauswärme einzusetzen zu wollen. Außerdem seien politisch instabile (?) Staaten oder die Sowjetunion Hauptlieferant des Urans“. Es sei nötig, per Alternativenenergie zu einem sparsameren Energieeinsatz zu kommen („HAZ“, 20.2.80).

Im folgenden ein stichpunktartiger Überblick über das „Super-Atomland“, wie es sich Strahlemann Albrecht wünscht (ausgenommen sind Gorleben, Grohnde und Asse):

Esenhamm
Auf dem Gelände des AKW soll ein Zwischenlager für schwachaktiven Müll eingerichtet sowie gegen 4.300 Einsprüche aus der Bevölkerung ein Kompaktlager installiert werden, welches mittlerweile genehmigt ist. Ebenfalls ist dort ein zweites AKW auf dem bereits erschlossenen Gelände vorgesehen („LZ“, 7.2.80; „TAZ“, 30.10.79 und 24.1.80).

Stade

„In Stade kocht die Gerüchteküche, dort soll es ein unterirdisches Zwischenlager geben. Nach Wissen des AK Stade hat die Technisch-Physikalische Bundesanstalt bereits im Februar 1978 in Stade ein 600 Tonnen Zwischenlager genehmigt“ („TAZ“, 24.1.80). Auch hier soll lt. Planung das „erschlossene Gelände“ für ein zweites AKW genutzt werden.

Würgassen
(bei Hörter). – Hier wurde ein Antrag auf Kompaktlager sowie auf ein Trockenlager auf dem AKW-Gelände gestellt, jedoch noch keine Unterlagen ausgelegt („TAZ“, 24.1.80).
Inzwischen wurden aus 25 Vorschlägen die folgenden weiteren (Kern)kraftwerkstandorte ausgewählt:

– Winsen/Elbmarsch, Cuxhaven/Altenbruch, Dannenberg/Langendorf, Nienburg/Hassbergen.
Diese Standorte sind „nach dem Kriterium kerntechnische Sicherheit und Strahlenschutz (...) positiv beurteilt worden“:
– Bleckede/Alt Garge, Wilhelmshaven, Schöningen/Büddenstedt, Meppen.
Hier „können bereits erschlossene Standorte weiter genutzt werden“:
– Emden-Rysum, Außenwerder-Langen, Cuxhaven-Altenbruch, Allermündung/Ritzenbergen, Neustadt/Averhoy, Elbe-Seitenkanal/Westerbeck
(alle Angaben aus „Lüneburger Landeszeitung“ v. 7.2.1980).

Westerbeck (bei Gifhorn)
Hier ist der Bund seit einiger Zeit dabei, das (lt. Landesregierung „nur“ für ein AKW vorgesehene) Gelände aufzukaufen. Es liegt in unmittelbarer Nähe des Salzstockes Vorhop, der sich nach Meinung der Atomindustrie noch besser als der Gorlebener Salzstock zur Einlagerung heißen Atomabfalls eignen soll. Im vergangenen Jahr wurden umfangreiche Probebohrungen zur Erkundung der Grundwasserhältnisse durchgeführt.

Angesichts der Tatsache, daß bereits auf BI-Veranstaltungen zwei Zivilisten enttarnt werden konnten, und sich ebenso ungebeten Beobachter der KWU sowie des TÜV auf Veranstaltungen haben blicken lassen, liegt die Vermutung nahe, daß hier Atomanlagen des Brennstoffkreislaufes geplant sind, wie Vertreter der Atomindustrie bereits gegenüber Pressevertretern geäußert haben.
In Ostheide durchgeführte Veranstaltungen fanden mit bis zu 500 Teilnehmern statt. (Flugblattinformationen der BI Ostheide.)

Liebenau/Kreis Nienburg

Hier sollen in den kommenden fünf Jahren etwa 3.000 Atomabfallbehälter untergebracht werden. Ein förm-

liches Genehmigungsverfahren nach dem Atomgesetz soll nach Auskunft des Sozialministeriums nicht eingeleitet werden. Dieses Sammelager kommt auf ein Gelände, welches seit 1939 für militärische Sprengstoffherstellung und -erprobung genutzt wird. Derzeit werden dort Bundeswehr-Sprengkörper gefüllt sowie die Munition britischer und westdeutscher Truppen deponiert. Die letzten Explosionsunfälle mit elf Toten und zahlreichen Verletzten fanden 1966 und 1971 statt.

Das Atomabfalllager soll nur einige hundert Meter vom nächsten Munitionsdepot entfernt errichtet werden („LZ“, 13.9.79; „HAZ“, 8.9.79).

Zeche Konrad/Salzgitter

Das Erzbergwerk „Konrad“ wird seit 1975 auf seine Eignung als Atomabfalllager untersucht. Alle bisherigen Untersuchungsergebnisse wurden streng geheimgehalten. Ende 1980 soll das Planfeststellungsverfahren für das Endlager eingeleitet werden. Besitzer der Schachtanlage ist der Salzgitterkonzern, dessen Tochtergesellschaft Noell GmbH mit dem Abriß des stillgelegten AKW Niederaichbach (bei Landshut) beauftragt ist. Die Zeche „Konrad“ soll die strahlenden Reste jetziger und künftiger Atomruinen in sich aufnehmen.

AKW Emsland

Ende Januar hatte die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel ihre Zustimmung zu dem Bau eines AKW Emsland auf dem Gelände der Atomruine Lingen gegeben. Knapp eine Woche später stapelten sich schon 18.800 Einwendungen auf den Tischen des niedersächsischen Sozialministeriums. In einer Stellungnahme der Grünen Niedersachsen wird insbesondere kritisiert, daß von vornherein ein Kompaktlager vorgesehen ist.

Um Lingen vollends zum Atomcenter auszubauen, wurde bereits im Januar 1979 die erste Teilgenehmigung für den Betrieb einer Brennelementefabrik erteilt, die jährlich 180 Tonnen Kernbrennstoff zu Brennstäben verarbeiten soll („LZ“ v. 22.1.1979).

10000 Tonnen Kernbrennstoff zu Brennstäben verarbeiten soll („LZ“ v. 22.1.1979).

Nordrhein-Westfalen

In NRW ist ein Brennelementezwischenlager in Ahaus geplant. Noch in diesem Jahr soll es den öffentlichen Erörterungstermin geben. Eile tut not, denn selbst wenn alle AKWs ihren Müll in derzeit geplanten und gebauten „Kompaktlagern“ unterbringen, müssen ab 1985, spätestens 1987 Zwischenlager zur Verfügung stehen. 1981 soll deshalb spätestens die 1. Baugenehmigung für Ahaus erteilt sein („Ruhnachrichten“, „FR“, 15.1.), da Ahaus „aufgrund der fortgeschrittenen Planung ... absoluten Vorrang“ habe („RN“, 15.12.79). Vor der Betriebsgenehmigung möchte allerdings Ministerpräsident Rau gesichert haben, daß im Trockenlager nur für 40 Jahre die Brennelemente liegen und in Ahaus kein Endlager entstehen soll. Für den 1./2. März hat der Freundeskreis Ahaus zu dezentralen Aktionstagen in NRW aufgerufen. Die Unabhängige Wählergemeinschaft, die bei den vergangenen Kommunalwahlen in Ahaus 25 % der Stimmen erhielt, bemüht sich, auch im Rat dieser Planung Steine in den Weg zu legen. Zusammen mit 17 holländischen und den umliegenden Gemeinden versucht die Wählergemeinschaft, eine Neuvergabe der Gutachten zu erreichen.

Anreicherungsanlage Gronau

Gegen die geplante Anlage sind mittlerweile schon 4.000 Sammel- und Einzelsprüche erhoben worden. Im Mai dieses Jahres soll voraussichtlich der Erörterungstermin sein. Die BI sucht hierzu noch wissenschaftliche und fachliche Hilfe.

Die nicht weit entfernt liegende holländische Anreicherungsanlage Almelo ist seit dem 11. Februar voll in Betrieb.

Wie die Betreiber mitteilten, sollen nun 200 t Uran pro Jahr angereichert werden können. Seit der Fertigstellung der ersten Zentrifugenskaskade im Juli 1976 wurden schon 340 t angereichert.

Süddeutschland**AKW Obrigheim**

„Kein zweites Atomkraftwerk in Obrigheim“, unter diesem Motto ruft die BI Mosbach zu einer Demonstration am 8. März um 14 Uhr in Mosbach auf.

„Die Schlinge der Atomkraft wird enger um Heidelberg gezogen! Sehen wir uns das Heidelberger Atomum-



land an ... dann können wir feststellen, daß sich um Heidelberg in einem Umkreis von 50 km die bei weitem stärkste Massierung von Atomkraft in der BRD befindet. Bis 1983 haben wir 7300 MW im Heidelberger Umkreis zu erwarten, wenn bis dahin das AKW Philippsburg Block II und das AKW Grafenrheinfeld in Betrieb gegangen sind. Weitere 4500 MW sind schon in Auftrag gegeben mit Biblis Block C, Neupots I und II und Neckarwestheim II. Mit den zwei geplanten AKWs in Obrigheim kommen wir auf stattliche 14 500 MW Atomkapazität im Rhein-Neckargebiet bis Ende der achtziger Jahre – also fast das Doppelte der zur Zeit in der gesamten BRD betriebenen Atomkraft hier um Heidelberg direkt vor unserer Haustür.“ (aus einem Flugblatt der BI Mosbach).

Zeit in der gesamten BRD betriebenen Atomkraft hier um Heidelberg direkt vor unserer Haustür.“ (aus einem Flugblatt der BI Mosbach).

Atompläne in Bayern

Nachdem die Schäden im AKW Gundremmingen nach dem Störfall „beseitigt“ worden waren, wurden Risse in der Umgebung der Schweißnähte des beim Bau verwendeten Stahls entdeckt. Leichten Herzens entschloß sich die RWE zur Stilllegung – denn die dritte Betriebsgenehmigung für Gundremmingen Nr. 2 liegt vor, welches aus zwei Blöcken a 1244 Megawatt bestehen soll. D.h. also zwei AKWs von der Größe des geplanten in Brokdorf, die 1982 bzw. 1983 in Betrieb gehen sollen. Gleichzeitig erteilte das bayerische Umweltministerium die Zu-

stimmung, das nach einem Störfall abgeschaltete Versuchs-AKW Kahl wieder in Betrieb zu nehmen, wenn „eine Prüfung erfolge“.

Die Bayernwerk AG rechnet damit, daß das im Bau befindliche AKW Grafenrheinfeld ab 1981 Strom liefert. Bisher stehen noch die wasserrechtliche und die Betriebsgenehmigung aus. Mit der Erlaubnis ein Kompaktlager einzubauen, wird im März dieses Jahres gerechnet.

25 Kilometer von dem noch im Ausbau stehenden AKW Gundremmingen soll donauabwärts bei Pfaffenhofen ein weiterer Atommeiler gebaut werden. Die RWE und die Lechwerke Augsburg wollen im März hierfür ein Raumordnungsverfahren einleiten.

Wyhl und Fessenheim

hierfür ein Raumordnungsverfahren einleiten.

Wyhl und Fessenheim

Aufgrund der nicht abreißen den Meldungen über Risse und Lecks im französischen AKW Fessenheim ist von den örtlichen BIs, französischen Umweltschutzverbänden und den Grünen die sofortige Stilllegung des Reaktors gefordert worden. Ende Dezember war eine gemeinsame Demonstration vorgeschlagen worden, die aber vorerst abgesagt wurde. Die Gerichtsverhandlung zu Wyhl wird aller Voraussicht nach im April fortgeführt. Unterdessen versuchte Späth mit einer Energieprognose zu begründen, warum das AKW Wyhl unbedingt notwendig sei, und wenn nicht in Wyhl gebaut werden dürfe, müsse sofort ein anderer Standort für ein AKW gesucht werden.

Grohnde-Prozesse: Haftstrafe nach Selbstanzeige

Anfang Februar fand im Dannenberger Jugendgericht ein Prozeß statt, in dem es um einen abgerissenen Pro-AKW-Aufkleber ging. Drei AKW-Gegner wurde vorgeworfen, diese einem Fünfzehnjährigen von der Jacke gerissen zu haben. Dafür wurden sie zu insgesamt 800 DM Geldstrafe verurteilt. Der Prozeßverlauf und die Urteilsbegründung wecken viele Erinnerungen an vorangegangene Prozesse, allerdings mit umgekehrten Maßstäben:

Den Angeklagten, die eine Gewaltanwendung bestritten, wurde die Glaubwürdigkeit abgesprochen, da sie ihre Aussagen „abgesprochen hätten“. Einziger Anhaltspunkt dafür war die Vermutung eines Kripo-Beamten.

Obwohl gerade er es besser wissen mußte, meinte der Staatsanwalt: „Wenn Sie sich das Recht herausnehmen, Ihre Meinung offen auf Plaketten deutlich zu machen, dann müssen Sie das gleiche auch für Andersdenkende gelten lassen“. Bei den Landkreistribunalen, die jedes Auto mit Anti-AKW-Sonne aufschreiben oder filzen, würde er mit diesem Spruch schallendes Gelächter ernten! Gefreut haben die sich sicher auch über den juristischen Strafbestand, den der Staatsanwalt formulierte: Gemeinsame Nötigung mit gemeinschaftlicher und daher (!) gefährlicher Körperverletzung.

Die Tatsache, daß der Kläger keine Zeugen hatte, überspielte der Richter mit der Feststellung: „Glaubt wird das, was am meisten überzeugt“. Vielleicht ist das die Erklärung für viele Urteile, die aufgrund von widersprüchlichen – obwohl abgesprochenen Bullenaussagen zustande gekommen sind. Die Existenz einer Aussagen-Koordinierungsstelle bei den Bullen hat bisher jedenfalls noch nicht ihre Glaubwürdigkeit vor Gericht beeinträchtigen können.

Mit einem Freispruch endete der

Mit einem Freispruch endete der

Mit einem Freispruch endete der achte Blockade-Prozeß gegen einen Landwirt des Landkreises. Trotz auch hier hinterhältig erscheinender Aussage durch eine Kripo-Beamtin (in einem anderen Prozeß führte eben dies zum Schuldspruch), konnte dem Landwirt eine Beteiligung an der Blockade nicht nachgewiesen werden. In diesem Prozeß nämlich wurde diese Art des „Geständnisses“ als „außerhalb einer rechtsgültigen Vernehmung“ bezeichnet und im Prozeß nicht verwertet.

Verwundert nur, daß dieser Richter nicht wegen seiner phantastischen Fähigkeit, Piroetten zu drehen, in der Olympiamannschaft Eishockey spielt, um dort wohlberechnete Schläge auszuteilen.

Bundeskonferenz geplant!

Zur Landeskongress am 23.2. in Brunsbüttel waren ca 300 Leute aus ca 50 BIs erschienen. Vertreten waren u.a. Vertreter aus aus Hessischen und NRW-BIs, vor allem aber aus Norddeutschland, nicht jedoch aus Lütchow-Dannenberg.

Im Wesentlichen standen zur Debatte verschiedene Vorstellungen zu weiteren Brokdorf-Aktionen. Die Vorschläge lagen den BIs bereits durch Papiere des AK-Brokdorf und des autonomen Plenums der BUU/Hamburg vor. Dabei ging es einerseits um den Zeitpunkt einer Demonstration (im Frühjahr 80 zu einem festgesetzten Zeitpunkt oder erst nach Baubeginn) andererseits um den Charakter der Aktion (militant ja oder nein). Von den 19 BIs, die sich in Wortbeiträgen äußerten, sprachen sich 9 ausdrücklich für eine Demonstration im Frühjahr unter Einschluss militanter Aktionen aus, 5 BIs waren dagegen für eine Demonstration erst nach Baubeginn. Vor allem der AK-Brokdorf begründete seine Vorstellung damit, daß nach Baubeginn die Mobilisierung von weitaus mehr Menschen möglich sei, als jetzt. Dabei wurde betont, daß bei früheren Aktionen ein äußerer Anlaß für die Empörung der Menschen gesorgt hätte. Einschränkung wurde geäußert, daß auch andere Provokationen der Gegenseite, als ein Baubeginn, Anlaß für eine Demonstration sein können.

Demgegenüber wurden vor allem

die Erfahrungen in Gorleben ins Feld geführt, wo schon einmal gesagt wurde: nach Bohrbeginn wird demonstriert. Allerdings hat in diesem Fall immer die Gegenseite den Termin bestimmt, und das in der Regel in Zeiten, zu denen die BIs nicht ausreichend auf Aktionen vorbereitet waren. Außerdem seien Entscheidungen besser zu beeinflussen, wenn sie noch nicht gefallen sind (Baubeginn – Ausbau zum Polizeistaat wie in Gorleben).

Schon vor der Landeskongress war von verschiedener Seite eine Bundeskonferenz der BIs vorgeschlagen worden (Arbeitskreis Göttingen, BI Kiel, AK-Ökologie). Kontrovers war die Frage, ob auf dem bundesweiten Treffen nur bzw. schwerpunktmäßig über eine konkrete Aktion in Brokdorf diskutiert werden soll, oder auch über die Situation an anderen Brennpunkten der Anti-AKW-Bewegung, wie Gorleben (Niedersachsen), Ahaus (Nordrhein-Westfalen), Borken (Hessen), Obrigheim (Baden-Württemberg) usw. Vertreter vor allem des AK-Ökologie aus Hamburg waren der Meinung, daß Brokdorf bereits jetzt ein bundesweiter Schwerpunkt wäre. Eine Beratung über die Situation an anderen Orten würde die Debatte von den Aufgaben in Brokdorf wegorientieren und zu keinen konkreten Ergebnissen führen. Sie stellten den Antrag, daß die kommende Bundeskonferenz sich schwerpunktmäßig mit der Planung

einer konkreten Aktion in Brokdorf beschäftigen solle.

Dem wurde entgegengehalten, daß die in letzter Zeit sich wieder neu entwickelnden Aktivitäten an verschiedenen Standorten in der BRD, besonders die geplante Besetzung einer Tiefbohrstelle in Gorleben, ebenfalls Gegenstand einer bundesweiten Beratung sein sollten, um diese Aktionen zu koordinieren. Zudem sei es anmaßend und lokalbarniert, die Brokdorf-Demonstration ohne vorherige bundesweite Beratung zur zentralen Aktion zu erklären.

Vertreter des AK-Brokdorf erklärten sich in einem Kompromißantrag bereit, einer Frühjahrs-Aktion in Brokdorf, unabhängig vom Baubeginn, zuzustimmen und dies zum Gegenstand der bundesweiten Beratung zu machen.

Der Antrag, die Bundeskonferenz allein zum Thema Brokdorf einzubekommen, wurde vom AK-Ökologie aufrechterhalten und setzte sich in einer Kampfabstimmung mit klarer Mehrheit durch.

Daher wird am 29. März in Brunsbüttel eine bundesweite Beratung zur Vorbereitung einer konkreten Aktion in Brokdorf stattfinden. Vom AK-Brokdorf wird zusammen mit dem Protokoll der Landeskongress zu einem offenen Vorbereitungsteffen eingeladen.

AKW-Nein-Kommission

Gewerkschafterinnen protestieren gegen DGB-Beschluß

Nur wenige Wochen vor dem 8. März, dem internationalen Frauentag, teilte der Bundesvorstand des DGB seinen Mitgliedern per Rundbrief mit, daß die Teilnahme an „Aktionsgemeinschaften“ oder auch „eigene Veranstaltungen“ am 8. März nicht erwünscht sei. (siehe AK 171). Eindeutig begründet der DGB-Vorstand seinen Beschluß: Der „bemerkenswerte Beschluß des II. Internationalen Frauenkongresses der Sozialistinnen im Jahre 1910“, habe zu einem „parteipolitischen Gedenktag“ geführt und sei deshalb mit dem „Prinzip der Einheitsgewerkschaft“ nicht mehr vereinbar.

Frauenausschüsse und Gewerkschafterinnen aus der ÖTV, HBV, IGM, GEW und IG-Chemie haben sich besonders in größeren Städten in diesem Jahr erstmals seit Bestehen der BRD an örtlichen Aktionsbündnissen zum 8. März beteiligt oder eigene Veranstaltungen vorbereitet. Der Beschluß des DGB-Vorstands hat bei vielen gewerkschaftlich organisierten Frauen Protest hervorgebracht. So äußerte Charlotte Oberberg als Vorsitzende des Frauenausschusses West-Berlin: „Die Frauenarbeit der ÖTV hat in den letzten Jahren starken Auftrieb bekommen. Bei den Frauen besteht ein wachsendes Bedürfnis, die gesellschaftspolitische Situation der Berufstätigen zu diskutieren. Von uns sollte der internationale Frauentag als eine gute Gelegenheit dazu gesehen werden. Wir halten es für unerträglich, daß die Rolle der Frau in der Gesellschaft heute ausschließlich mit dem von den Nazis eingeführten Muttertag gefeiert wird.“ („Neue“, 19.2.80). Die Vorsitzende des HBV-Frauenausschusses aus West-Berlin hält es für unbedingt notwendig, die Gleichberechtigung der Frauen durch die Gewerkschaften zu erkämpfen. „Aus diesem Grund setzen sich die HBV-Frauen in Berlin und in anderen Landesbezirken dafür ein, daß das Verbot von Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag zurückgenommen wird. Der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes ist eine politische Bevormundung, die wir so nicht hinnehmen werden.“ („Neue“, 19.2.80). Die Frauen der IG Metall werden ebenfalls an ihren Vorbereitungen bzw. an den Aktionsbündnissen zum 8. März festhalten. So schrieb die „Frankfurter Rundschau“: „Entgegen einem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes wird die IG Metall eigene Veranstaltungen zur Erinnerung an die 70. Wiederkehr des Internationalen Frauentages am 8. März durchführen. Vorbereitungen für die Veranstaltungen, die in zahlreichen Städten des gesamten Bundesgebietes stattfinden, sollen wie geplant weiter“ durchgeführt werden. („FR“, 15.2.80). Die Teilnehmer eines Wochenendseminars der SKK-Sprecher(innen) der GEW Hamburg verabschiedeten eine Protestresolution gegen den DGB-Beschluß: „Wir sehen in diesem Verbot einen Angriff auf ein wach-

sendes Engagement der Frauen, gerade auch in den Gewerkschaften für ihre Forderungen einzutreten. Bester Ausdruck dafür ist der in dem Brief erwähnte Wunsch etlicher DGB-Kreise, zum 8. März Veranstaltungen des DGB durchzuführen. Die Benachteiligung der Frau ist immer auch eine Benachteiligung der Frau am Arbeitsplatz und es ist Aufgabe der Gewerkschaften, dagegen zu kämpfen.“ (Dringlichkeitsantrag an die Landesvertreterversammlung).

Darüberhinaus hat es auch Proteste in der SPD gegeben; die Jungsozialisten und Frauen der Frauenorganisation der SPD, ASF, haben an vielen örtlichen Aktivitäten und Vorbereitungen teilgenommen. Sie äußerten ihre „Betroffenheit“ über den DGB-Vorstands-Beschluß. („FR“, 13.2.80).

Ein „parteipolitischer Gedenktag“ ... ?

Der „bemerkenswerte Beschluß“ (so der DGB-Vorstand) zur Durchführung eines internationalen Frauentages ist 1910 auf dem II. sozialistischen Frauenkongress auf Antrag von Clara Zetkin und Käthe Dunker beschlossen worden. Clara Zetkin, 1910 noch Mitglied der SPD, hatte zu diesem Zeitpunkt über ein Jahrzehnt in der Frauenbewegung um die Rechte der Frauen gekämpft. Um nur einige zu nennen: Das Recht auf Arbeit der Frauen in den Fabriken, das Organisationsrecht für Frauen in politischen und gewerkschaftlichen Verbänden mitzuarbeiten, die Abschaffung der doppelten Unterdrückung der Frauen. 1910 gab es eine starke proletarische Frauenbewegung, die für ihr Wahlrecht kämpfte. Massendemonstrationen von Frauen und Männern waren ein Teil der Wahlrechtskampagne; innerparteilicher Streit in der SPD um gleiches Recht für Frau und Mann ein anderer Teil, an dem Clara Zetkin unerbitterlich beteiligt war. Als Chefredakteurin der „Gleichheit“, die 1910 mehr als 80 000 Auflage hatte, gab Clara Zetkin vielen Frauen die notwendige Theorie zum Handeln. Ihre Kritik am Verrat der Fraueninteressen von Teilen der SPD stellte sie damals in der „Gleichheit“ zur Diskussion und sah die Gefahren einer reformistischen Politik, die nicht zur Befreiung der Frauen führen kann. Nicht zuletzt war dies auch der Anlaß für Clara Zetkin und Käthe Dunker, den Frauen aller Länder einen Internationalen Kampftag zu erkämpfen, der an die Traditionen der Frauenbewegung anknüpft.

Die längst von ihren ursprünglichen Zielen abweichende heutige SPD hat es in Büchern und Parteibroschüren immer noch fertiggebracht, Clara Zetkin als Vorkämpferin für die Rechte der Frauen zu mißbrauchen, um ihren „sozialistischen Charakter“ nicht ganz zu verlieren. Auch die Gewerkschaftspresse entdeckte Bebel und Zetkin immer wieder, um ihr kämpferi-

ches Image für die Frauenfrage nicht ganz zu verlieren. Die Gewerkschaftsführungen selbst und ihr großer Bruder, die SPD, haben nach 1945 fleißig daran gearbeitet, den 8. März als internationalen Frauentag aus dem Bewußtsein der gewerkschaftlich organisierten Frauen und erst recht bei der Masse der werktätigen Frauen zu verdrängen.

Das „Jahr der Frau“ - 1975 initiiert von den bürgerlichen Politikern und freudig von den Gewerkschaftsführern unterstützt - sollte „Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ für die Frauen erbringen. Das Gegenteil war der Fall; noch nie in den Jahren zuvor haben so viele Reaktionen (E. Vilar und Co.) und Frauenfeinde das Wort geschwungen. Von Gleichberechtigung der Frauen kann hier zu Lande keine Rede sein:

Gewerkschaftliche Aktivitäten gegen den § 218

Die in den letzten Monaten anhaltende Hetzkampagne gegen die „Reform“ des § 218 - von reaktionären klerikalen Verbänden, Kirche, Ärzten und der CDU/CSU - hat uns veranlaßt, die Politik der Gewerkschaften zum § 218 zu untersuchen. Erschreckend ist die Bilanz der gewerkschaftlichen Presse. Mit wenigen Ausnahmen stand kaum eine Zeile dazu, daß Abtreibungen mit dem Massenmord bei den Nazis verglichen wurde. Nicht viel besser ist die Berichterstattung über die „Reform“ des § 218 und die damit zusammenhängenden Mißstände in den einzelnen Bundesländern. Die jüngste Hetzkampagne gegen den § 218 hat die Frauenbewegung veranlaßt, ein Tribunal gegen den § 218 zu organisieren. Die arbeitenden Frauen sind besonders von diesen Paragrafen betroffen. Wir halten es deshalb für unbedingt erforderlich, die Diskussion mit den gewerkschaftlich organisierten Frauen zu führen und sie für das Tribunal zu gewinnen.

DGB-Führung halbherzig „Gegner“ des § 218

DGB-Führung halbherzig „Gegner“ des § 218

Die Bewegung gegen den § 218 wurde vor allem durch die „Aktion 218“ ins Leben gerufen. Von Anfang an stellte sie die Forderung nach ersatzloser Streichung der § 218 auf. Die in geringer Zahl vertretenen Gewerkschaftsfrauen in der „Aktion 218“ wurden durch die Forderungen von SPD, FDP, DGB und DKP nach Fristenregelung aus dem Block der konsequenten Gegnerinnen in den Block der „Reformkämpferinnen“ hineingezogen. Nur wenige gewerkschaftlich organisierte Frauen beteiligten sich an der Selbstanzeigenkampagne der über 3.000 Frauen, „Ich habe abgetrieben“.

Schon damals war die Beteiligung und Mobilisierung der Gewerkschaftsführungen an der § 218 Bewegung ausgesprochen halbherzig. Der 9. DGB Bundeskongreß 1972 sprach sich erstmals für die Forderung nach Fristenregelung aus: „Schwangerschaftsabbruch während der ersten drei Monate ist grundsätzlich straflos, wenn er von einem fachlich ausgebildeten Arzt vorgenommen wird. Darüberhinaus ist ein Abbruch der Schwangerschaft auch noch möglich, wenn ernste Gefahr für Leib und Leben der Frau besteht, wenn schwere körperliche oder geistige Schäden des Kindes zu erwarten sind, wenn eine schwangere Frau das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Kurpfuscherei wird weiterhin unter Strafe gestellt“ (Antrag 304). Eine Kompromißformulierung für die § 218-Befürworter mußte allerdings in dem Antrag aufgenommen werden: „Das Problem des Schwangerschaftsabbruchs berührt auch ethische, moralische und religiöse Fragen, die nur der einzelne für sich selbst entscheiden kann. Entstehen hieraus Gewissenskonflikte, so wird diesen Mitgliedern freigestellt, ihre von dieser Entscheidung abweichende Meinung auch weiterhin zu vertreten.“ Unter Berufung auf diesen Passus nehmen heute gerade die rechten Kräfte innerhalb der Gewerkschaft wieder Stellung. Jede fortschrittliche Meinung zum § 218 wird von ihnen als „einseitig“ und „scharfmacherisch“ diffamiert. Die Zeitung der IG Metall hatte Mitte letzten Jahres in der „Metall“ einen scharfen Artikel gegen die Hetzkampagne gegen die Abtreibung veröffentlicht: „Abge-

trieben von Emotionen“. Der Verfasser wandte sich gegen die Demonstration der § 218-Befürworter in Essen und den Hungerstreik der „Jungarbeitergemeinschaft für das Leben“. Dieser Artikel brachte die gewerkschaftliche Reaktion auf den Plan. Über 200 Leserbriefe an den Vorstand der IG-Metall und die Redaktion der „Metall“ brachten den rechten Kräften in der folgenden Nummer der „Metall“ eine volle Seite ein. Unter dem Motto „das Gewissen des anderen“ wurde unkommentiert eine Schweinerei nach der anderen über die Frauen ausgeschüttet. Bezeichnenderweise kamen nur Männer zu Wort: „Werdendes Leben ist doch kein Geschwür, das aus medizinischen Gründen entfernt werden muß... Das ist nicht die Freiheit, die sich Mütter wünschen. Mütter sollen nur dann außer Haus arbeiten, wenn sie es freiwillig und ohne Schaden für die Familie tun können... Ich fürchte nämlich, daß der Tag kommen wird, an dem eine andere Generation - ähnlich wie nach Holocaust - an uns die Frage richten wird, warum wir eigentlich nichts dagegen getan haben... Wer wie Ihr es tut - daraus ableitet, daß es ein Recht auf Abtreibung gibt, hat entweder Denkschwierigkeiten oder will, was ich eher vermute, de facto Verhältnisse schaffen, die wir de jure haben würden, hätte das Bundesverfassungsgericht die vorschläge „Mein-Bauch-gehört-mir-Philosophen“ nicht zurückgepfiffen“ („Metall“ 12/13.79).

Nach dieser Leserbriefkampagne herrschte erstmalig wieder Funkstille über den § 218 in der zentralen Gewerkschaftszeitung der IG-Metall. Offensichtlich ist die sonst recht fortschrittliche „Metall“-Redaktion an die Beschlüsse des DGB (das Gewissen des anderen zu akzeptieren) „erinnert“ worden. Doch zurück zu den Beschlüssen des DGB. 1975 fand der 10. ordentliche Bundeskongreß des DGB statt. Der Frauenausschuß der IG-Metall beantragte eine Entschließung gegen den „reformierten“ § 218: Sie protestieren gegen das Urteil des Bundesverfassungsgericht und sehen darin „einen Rückschlag im Streben nach mehr sozialer Gleichberechtigung und Demokratie“. Den Frauen die weiterhin illegal abtreiben müssen, brachten sie ihre ganze Solidarität entgegen, weil ein unmoralisches Gesetz die Menschenwürde und Eigenverantwortlichkeit der Frauen mißachtet. Deshalb forderten sie „daß die Fristenregelung der einzige Ausweg ist, zu der notwendigen Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs beizutragen, den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung über ihr eigenes Schicksal zuzuerkennen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Not und Leiden von sich und den Kindern - auch den ungeborenen - abzuwenden zu können.“ Im weiteren erklären die IG-Metall Frauen einschränkend, daß sie die bestehende „Reform“ des § 218 „als Übergangslösung akzeptieren“. Die Entschließung wurde von den Delegierten des 10. DGB-Kongreß mit Mehrheit angenommen (Entschließung 27 B). Nur wenige zentrale Aktivitäten sind in der Folgezeit bekannt geworden.

Die Frauenzeitung des DGB „Frauen und Arbeit“, für deren Inhalt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber (CDU) zuständig ist, hat z.B. 1979 keinen einzigen Artikel über den § 218 veröffentlicht. Auch die Jahre zuvor geben ein mageres Bild ab. Die Mißstände in

Tradition der Arbeiterbewegung wieder zum Kampftag der Frauen zu machen. Auch die gewerkschaftlich organisierten Frauen haben in den letzten zwei Jahren zaghafte Ansätze zur Wiedereinführung des Frauentags unternommen, wenn auch in kleinen Kreisen und hinter verschlossenen Türen. Die IG-Metall Frauen aus Hamburg haben im letzten Jahr einen Literaturabend ohne öffentliche Mobilisierung durchgeführt. In anderen Frauenausschüssen wurde zumindestens wieder über den 8. März diskutiert.

Der Protest vieler Gewerkschafterinnen gegen den DGB-Vorstandsbeschluß und das Festhalten am 8. März ist eine erfreuliche Entwicklung, die vielen Mut machen wird. Es lebe der internationale Frauentag! Kommission Betrieb und Gewerkschaft

der Praxis des „reformierten“ § 218 finden kaum Niederschlag. Stattdessen Langweiler-Berichte über die eingesetzte Kommission der Bundesregierung zur Erfahrung mit den § 218. 14 Experten aus Wissenschaft und Praxis und eine DGB Vertreterin sollen seit 1975 an 13 Projekten (Beratungsstellen, Mütterheimen etc.) überprüfen, wie sich der „reformierte“ § 218 bewährt hat. Immerhin hat diese Kommission es geschafft, nach 3 Jahren ihrer Existenz 1978 mit einer Fragebogenaktion an die Öffentlichkeit zu treten: „Welche Erfahrungen haben sie gemacht?“ Und dies zu einem Zeitpunkt, wo Frauenzentren und Frauengruppen immer wieder mit Berichten und Erfahrungen an die Öffentlichkeit getreten sind. Angesichts der Tatsache, daß die Bewegung gegen den § 218 die stärkste Frauenbewegung seit Bestehen der BRD hervorgebracht hat, und besonders die arbeitenden Frauen von diesem Paragrafen betroffen sind, haben sich die DGB-Führer(innen) nicht gerade ein Bein ausgerissen. Weder in den vielen Thesen, DGB-Aktionsprogrammen und Broschüren für die Frauen, ja nicht einmal im „Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes für Arbeitenden. Weder in den vielen Thesen, DGB-Aktionsprogrammen und Broschüren für die Frauen, ja nicht einmal im „Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes für Arbeitenden“ (Grundsätze und Forderungen), stehen die Forderungen nach Fristenregelung geschweige denn sonst etwas zur Praxis des Schwangerschaftsabbruchs. Frau muß sogar feststellen, daß die trotzdem laufenden Einzelaktivitäten von Frauenausschüssen und Gewerkschafterinnen halt geduldet, aber nicht gerade gern gesehen sind.

Im weitem wollen wir so weit es uns möglich war (kein Anspruch auf Vollständigkeit) Einzelaktivitäten gegen den § 218 von Gewerkschafterinnen in Kurzberichten darstellen.

Abteilung Frauen des DGB Baden-Württemberg

Eine Ausnahme im Kampf gegen den § 218 innerhalb des DGB macht die Frauenabteilung des Landesbezirk Baden-Württemberg. In einer Broschüre „Analyse und Dokumentation zum § 218 StGB in Baden-Württemberg“ (März 1979 erschienen) leisten die gewerkschaftlichen Frauen eine ausgezeichnete Aufklärungsarbeit. In Baden-Württemberg ist die CDU an der Regierung; diese tut alles, um den „reformierten“ § 218 zu unterlaufen. So hat sie Richtlinien verfaßt, die die Geltung des Gesetzes zusätzlich einschränken. „Der Schutz des werdenden Lebens (wird) einseitig in den Vordergrund gerückt, demgegenüber der Anspruch der Frau auf Hilfe in einer Notlage zurücktritt.“ Kreistage und Krankenhäuser haben auf der Grundlage dieser Richtlinien Beschlüsse gefaßt, „Schwangerschaftsabbrüche nach der Notlagenindikation nicht zuzulassen“. Die DGB-Frauen geben in ihrer Broschüre eine ausführliche Rechtsberatung des bestehenden § 218, dokumentieren die verschiedenen Richtlinien der Landesregierung und Beschlüsse der Krankenhäuser. Eine Zitate- und Dokumentensammlung der reaktionären klerikalen Verbände und Kirchen soll bewußt machen, wer die wahren Feinde des Menschen sind. Schon 1976 begann die Hetzkampagne verschiedener rechter Kräfte: Ursula Schleicher, CSU Bundestagsabgeordnete, sagte, „daß wir durch die Reform in eine Gesellschaft abgleiten,

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 17

die entartet ist." Die Katholiken verteilten den Schwangerschaftsabbruch wie folgt: „Deshalb stehe fest, daß die Verfassung der BRD einen verbrecherischen Charakter trage, da das Bundesverfassungsgericht die sehr schweren Verbrechen für verfassungskonform erklärt hat". Die Bundesregierung und die Justiz wurden schon damals mit den Nazis verglichen, die Millionen von Juden ermordeten. Ärzte und Schwestern wurden bedroht, von den Kirchen aus der 'sakramentalen Gemeinschaft' ausgeschlossen zu werden. Diese und andere Punkte werden ausführlich in der Dokumentation der DGB-Frauen berichtet. Ihre Position bleibt aber die Fristenregelung. Gegen die Mißstände in Baden-Württemberg versuchen sie, vor allem mit dem bestehenden § 218 zu argumentieren, der längst nicht ausgeschöpft sei. Mehr Kindergartenplätze und andere soziale Hilfen sollen als „flankierende Maßnahmen" der Frau das Nicht-Abtreiben leichter machen. Darüber hinaus fordern sie für alle Bundesländer mehr Aufklärung und Sexualkundeunterricht.

IG Metall Frauenausschüsse

Die IG Metall Frauen haben in ihrer Zeitung „Mitteilungen für Frauen" recht kontinuierlich zum § 218 Stellung bezogen. Nach der Verabschiedung im Bundestag 1975 stellte die „Mitteilung für Frauen fest: „So, wie es scheint, führt nun also doch das jahrelange Ringen um diese Reform zu einer akzeptablen Lösung". Die IG Metall Frauen halten allerdings an der Forderung nach der Fristenregelung fest und verstehen den „reformierten" § 218 als „eine Übergangsregelung, die den Frauen eine wesentliche Hilfe bringen kann" (Mitteilung für Frauen 1/76). Nur wenige Wochen später formulierten die IG Metall Frauen ihren Protest: „Das Karlsruher Urteil ist ein Urteil von Männern und hat den Erfordernissen der Zeit nicht Rechnung getragen." Durch Unterschriftensammlungen und Demonstrationen haben Millionen von Frauen und Männern ihre Forderung nach der Fristenregelung Nachdruck verliehen, deshalb sei es notwendig für die Veränderung des § 218 „unentwegt tätig" zu sein („MfF", 2/76). In den darauffolgenden Zeitungen enthüllten die IG Metall Frauen den „Spießrutenlauf", den Frauen antreten müssen, wenn sie kein Kind haben wollen. Sie prangerten das Beratungssystem in allen Bundesländern an, wandten sich insbesondere gegen die Richtlinien in Baden-Württemberg und die „Zwangsregistrierungsversuche" in Bayern. In einem Initiativantrag an die 9. Frauenkonferenz der IG Metall wurden die Praktiken der Diskriminierung verurteilt („MfF", 4/76). Frauenausschüsse der IG Metall haben sich im letzten Jahr (1979) in („MfF", 4/76). Frauenausschüsse der IG Metall haben sich im letzten Jahr (1979) in NRW aktiv an öffentlichen Aktionen beteiligt und Tausende von Unterschriften für die Einrichtung von Beratungsstellen und Abtreibungsmöglichkeiten in Krankenhäusern gesammelt. Gegen die jüngste Diffamierungskampagne äußerten sich die IG Metall Frauen wie folgt: „Konservative Kreise versuchen in den letzten Monaten in zunehmendem Maße, die Reform des § 218 StGB zu verunglimpfen und wieder rückgängig zu machen. Dabei wird von ihnen in unverantwortlicher Weise der Schwangerschaftsabbruch mit dem Massenmord an Juden gleichgesetzt." Der offene Brief an die Präsidenten des Deutschen Ärztes, von der Bremer Pro-Familia herausgegeben, wurde mit einem Zusatz der IG Metall Frauen in den „Mitteilungen für Frauen" verteilt. Ursula Ihler, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands in der IG Metall, machte in der Öffentlichkeit noch einmal deutlich, daß die IG Metall Frauen trotz Protestes auch weiterhin für den „Lebensschutz" eintreten. „Die Gewerkschaft wendet sich genauso entschieden gegen die Versuche konservativer Kreise, die Reform des § 218 wieder rückgängig zu machen, wie sie sich seinerzeit dafür eingesetzt hat, daß durch die Reform des Paragraphen ungeborenes Leben besser geschützt werden könne" („TAZ", 17.9.79).

Druck und Papier

In dem Zentralorgan der IG Druck „Druck und Papier" erschien Ende letzten Jahres ein zwei Seiten langer Artikel: „Mit heuchlerischer Moral gegen den reformierten § 218" hieß es dort (24/79). Die Redakteurin des Artikels wandte sich gegen die Angriffe von Holzgärtner (CSU) und Co, der den folgenden Vergleich anstellte: „die Nationalsozialisten haben die Juden getötet und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben." Sie stellt vor allem

die Betroffenheit der Frauen dar, die keine „Notindikation" erhalten, so z.B. Frauen die schon 3 oder 4 Kinder haben, oder eine arbeitslose Frau, die dazu noch mit einem Alkoholiker verheiratet ist. Die heuchlerische Moral der Katholiken wird mit einem Hinweis entlarvt: „Besonders infam muß allerdings der Hinweis auf die Euthanasie aus dem Munde kirchlicher Repräsentanten wirken, die die Ziele des imperialistischen Weltkriegs unterstützen oder Stellungnahmen zugunsten der Erlaubtheit eines Einsatzes von atomaren Waffen abgegeben haben." Der § 218 wird von der Redakteurin als Klassenparagraf angegriffen. „Die Interessen der Herrschenden waren also für die Entstehung des Abtreibungsparagraphen ausschlaggebend... Wer über genügend Geld verfügt, begab sich früher wie heute ins Ausland, um eine unerwünschte Schwangerschaft zu beenden." Ohne die Fristenregelung überhaupt als Forderung zu erwähnen, wird festgestellt, daß die „Reform" des § 218 „für Gewerkschafterinnen mehr als unbefriedigend ist" (Herta Lischke-Arbert, „Druck und Papier" 24/79). Der Artikel bietet den Gewerkschafterinnen gute Diskussionsmöglichkeiten.

ÖTV-Frauenausschuß

Der ÖTV Frauenausschuß in NRW hat 1977 das wohl größte Bündnis gewerkschaftlicher Frauenausschüsse gegen den § 218 zustande gebracht. Frauen der IG Metall, Handel-Banken und Versicherungen, IG Bergbau und des Öffentlichen Dienstes beteiligten sich an einer Flugblattaktion, in der sie für das Recht auf Abtreibung und die Schaffung von Beratungsstellen eintraten. Eine Unterschriftensammlung in den Betrieben Dortmund's wurde von 1500 arbeitenden Menschen unterstützt.

GEW

Die Hamburger GEW-Frauen haben ebenfalls in einem Artikel in der „Hamburger Lehrerzeitung" ihren Protest gegen die laufende Hetzkampagne gegen den § 218 zum Ausdruck gebracht. „Die Kampagne gegen § 218 ist Teil der Propaganda, mit der die Gesinnungs- und Parteinossen von Franz-Josef Strauß den Wahlkampf einläuten" (1/80). Auf dem GEW-Frauenplenum am 9.1.80 wurde das Tribunal gegen den § 218 vorgestellt und die Unterschriftenlisten verteilt. Ein Antrag für die nächste Lehrerversammlungen ist in Vorbereitung. Darin wird die „Abschaffung des § 218" gefordert. Ein Zusatzantrag soll das geplante § 218 Tribunal begrüßen und zur Teilnahme auffordern. Eine Fragebogen-Aktion über die Schwierigkeiten der Abtreibungspraxis hat bereits begonnen.

IG Chemie

IG Chemie

Die IG Chemie Frauenbezirkskonferenz Nord hat Ende 1979 einen Antrag verabschiedet, „daß Schwangerschaftsunterbrechungen bis zum Ablauf des 3. Monats nur unter folgenden Voraussetzungen mit Prostaglandinen vorgenommen werden: 1. Nach umfassender Aufklärung der Patientin und ihrer schriftlichen Einverständniserklärung. 2. Die zu behandelnde Frau muß in jedem Fall schriftliches Einverständnis geben, ohne daß Druck auf sie ausgeübt wird. 3. Es muß die Möglichkeit für jede

ÖTV-Organisationsreferat entmachtet Gewerkschaftsausschuß und Beirat

Das Organisationsreferat des ÖTV-Hauptvorstandes hat den ehemaligen Vertrauensleuten der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek mitgeteilt, daß die Gewerkschaft ÖTV dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Mitgliedsorganisationen die persönlichen Daten von ausgeschlossenen Mitgliedern sowie den Ausschlußgrund und die ausschließende Gewerkschaft übermittle. Diese Daten würden dort gespeichert.

Da die Mitgliedschaft der ehemaligen Vertrauensleute aus den ihnen bekannten Gründen durch Ausschluß geendet habe, würden die entsprechenden Daten weitergegeben.

Gegen die Ausschlußentscheidung des ÖTV-Hauptvorstandes hatten die Vertrauensleute beim Gewerkschaftsausschuß (interne Berufungsinstanz der ÖTV) fristgemäß Beschwerde eingelegt und werden auch beim Beirat

Patientin gegeben sein, sich für eine der konventionellen Methoden (z.B. Abtreibungsmethode) zu entscheiden. Die Antragsinitiative ging von den Frauen des West-Berliner Chemie-Betrieb's Schering aus.

DGB Veranstaltungen gegen § 218 in Nürnberg und Hannover

Mit ca. 100 Männern und Frauen fand am 15.1.80 eine Veranstaltung des DGB in Nürnberg gegen den § 218 statt. Mathilde Adler hielt zunächst ein Referat über die Entwicklung des § 218. Sie ging u.a. auf die derzeitige Situation in Nürnberg ein. Nur drei Beratungsstellen, davon nicht einmal alle als solche anerkannt, stehen den Frauen zur Verfügung. Nur in zwei Kliniken werden überhaupt Abtreibungen durchgeführt. Allerdings auch die mit Einschränkungen. Die „Frauenklinik" setzt die Frauen unter Druck, sich gleichzeitig sterilisieren zu lassen. Die „Bezirkswaldklinik" macht Abtreibungen nur beim gleichzeitigen Einsetzen der Spirale. Der SPD-Stadtrat Schmidt-Bauer berichtete über die Forderungen seiner Fraktion im Stadtrat: Die Krankenhäuser sollen extra Termine und Ärzte zur Verfügung stellen für die Beratung und Abtreibungen. In der anschließenden Diskussion berichteten Frauen über ihre Erfahrungen. Eine Frau hatte ihr Kind im 5. Monat verloren, sie fragte den Arzt woran es gestorben sei, die Antwort: „Wenn wir hier jedesmal untersuchen würden, hätten wir viel zu tun." Allgemein herrschte die Meinung vor, daß sich die Lage der Frauen noch verschlechtern würde, wenn nicht bald wesentliche Veränderungen stattfinden.

Der DGB Landesverband Niedersachsen veranstaltete eine Podiumsdiskussion mit verschiedenen Frauengruppen und Parteien Anfang Februar diesen Jahres in Hannover. Unter dem Motto „§ 218 in Gefahr" diskutierten etwa 150 Anwesende (genauer Verlauf im AK 171). Wichtig erscheint uns die verabschiedete Entschließung hier noch einmal genau zu zitieren: „Die Teilnehmer sind sich einig, daß vorstehende Forderungen (gemeint ist die o.a. Forderung des DGB nach der Fristenregelung Anm. Red.) nur ein erster Schritt sein können. Sie sind erst dann erfüllt, wenn der § 218 ersatzlos gestrichen wurde und die Frauen damit das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob sie ein Kind zur Welt bringen wollen" (Herv. durch die Verf.). Daß DGB Frauen die ersatzlose Streichung des § 218 unterstützen, ist ziemlich selten. Bislang sind Anträge nach ersatzloser Streichung des § 218, soweit sie überhaupt innerhalb der Gewerkschaften gestellt wurden, auf keiner Frauenkonferenz der Einzelgewerkschaften, geschweige denn auf Gewerkschaftstagen oder den Bundeskonferenzen des DGB überhaupt auch nur in Antragsform erschienen oder behandelt worden. Das heißt nicht, daß es nicht viele Gewerkschafterinnen gibt die für diese Forderung eintreten, wie z.B. der ÖTV-Frauenausschuß in West-Berlin schon vor 2 Jahren deutlich machte, „daß das Ziel die ersatzlose Streichung des § 218 und 219 sowie kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln auf Krankenschein, niemals aufgegeben werden darf".

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DGB-Kosmetik für den Verfassungsschutz

Der DGB-Vorstand macht sich Gedanken über die Verfassungsschutz-Aktivitäten in den Betrieben. Nach zahlreichen Enthüllungen über die skandalösen Schnüffeleien ist der DGB-Vorstand jetzt auf der Suche nach einer Regelung, die dieses lästige Thema wieder aus den Schlagzeilen bringen soll. Im Herbst dieses Jahres sollen „konkrete Vorschläge" formuliert werden, wie DGB-Vorstandsmitglied Gerhard Schmidt kürzlich mitteilte, und es werde jetzt Material zu diesem Thema gesammelt. Auf einem Colloquium im Ahrtal bei Bonn, an dem auch Schmidt und der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Schirmacher, teilnahmen, ließen sich die Gewerkschaftsobere von Hamburgs SPD-Rechtsaußen und Innensenator Staak das sogenannte „Hamburger Modell" erläutern (siehe hierzu ausführlich: AK 154, 28.5.79).



Arbeiterkampf-Lektüre empfohlen: Werner Staak



„Warum darüber jammern": Verfassungsschutz-Gewerkschafter Schmidt

Nach den Verlautbarungen gegenüber der Presse stand dabei im Mittelpunkt die Frage, ob und in welcher Form die Betriebsräte der zu überwachenden Firmen an den Sicherheitsüberprüfungen beteiligt werden sollen. Nach der Hamburger Regelung „für Geheimschutz in lebens- und verteidigungswichtigen Betrieben" ist vorgesehen, „daß der personelle Geheimschutz nur auf den sicherheitsempfindlichen Bereich beschränkt wird und sich nicht auf das ganze Unternehmen erstreckt", und daß „die Einstufung der sicherheitsempfindlichen Bereiche gemeinsam von der jeweiligen Betriebsleitung und dem Betriebsrat festgelegt werden" (Mitteilung der Staatlichen Pressestelle Hamburg, 10.5.79).

Diese Regelung gilt bislang lediglich für diejenigen Hamburger Betriebe, die auf der sogenannten „Hamburger Liste" geführt werden, wie etwa das E-Werk oder die Gaswerke. Der DGB-Vorstand liebt ganz offensichtlich mit dem Gedanken, dieses Modell auch für diejenigen Betriebe zu fordern, die wegen Rüstungsproduktion vom Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln „betreut" werden und die auch in Hamburg nicht von der dortigen Regelung betroffen sind. In diesen Betrieben werden die Sperrzonen bislang nach Maßgabe des NATO-Dokuments C-M (55) 15 von einem Beamten des Bundeswirtschaftsministeriums ohne Einwirkungsmöglichkeit des Betriebsrats festgelegt.

Hamburgs oberster Verfassungsschutz-Dienstherr Staak gab einige bemerkenswerte Präzisierungen der Hamburger Regelung bekannt. So etwa, daß eine Überprüfung nach diesem Modell nicht zu einer Speicherung im Computer führe. Die Verweigerung der Zustimmung zu einer Überprüfung durch einen Beschäftigten „soll nur bedeuten, daß der Verweigernde nicht im sicherheitsempfindlichen Bereich arbeiten darf. Er bleibt auf seinem bisherigen Platz. Der Verfassungsschutz teilt dem Unternehmen keine einzelnen Erkennt-

nisse mit. Es erfährt nur „Bedenken oder keine Bedenken". Wenn sich Betriebsrat und Betriebsleitung nicht darauf einigen, was sicherheitsempfindliche Bereiche sind, gibt es keine Prüfung durch den Verfassungsschutz" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" - „FAZ", 14.2.).

Verfassungsschutz braucht Image-Pflege

Nach Staaks eigenem Bekunden verfolgt er mit dieser Regelung, die er der Bundesregierung zur „wohlwollenden Prüfung" anempfiehlt, vor allem zwei Ziele: So sei die bisherige Form der Überprüfung zu bürokratisch und damit ineffektiv. Er verwies darauf, daß das Verfahren beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz in der Regel sechs bis neun Monate, in Einzelfällen sogar über ein Jahr dauere.

Vor allem erhofft sich Staak aber, daß die nicht zuletzt aus den Gewerkschaften lautgewordene Kritik und Empörung über die allgegenwärtige Schnüffelei verstummt, wenn Gewerkschafter und vor allem Betriebsräte selbst mit in die „Sicherheitsfront" eingebunden werden. Der Verfassungsschutz „werde vor allem bei Gewerkschaftlern aufgewertet. Damit käme man zu mehr Sicherheit in den Betrieben. Denn die Arbeitnehmer selbst fühlen sich dann noch mehr als bisher für die Sicherheit ihres Unternehmens und die Abwehr von Spionage und Sabotage verantwortlich" („FAZ", 14.2.).

Vertrauensvolle Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Verfassungsschutz - der Wunschtraum eines jeden Schnüfflers. Staak hatte für dieses Anliegen in Gerhard Schmidt genau den richtigen Gesprächspartner gefunden. Schmidt, im DGB-Vorstand zuständig für Beamtenarbeit, ist seit Jahren als der zentrale Kontaktperson für Geheimdienst-Dinge bekannt. Noch im Sommer 1978, als immer neue Meldungen über die - auch gegen Gewerkschaftsmitglieder gerichteten - Ausspähungen des Verfassungsschutzes bekannt wurden, brach er im DGB-Organ „Welt der Arbeit" (27.7.) eine Lanze für den Geheimdienst. Er beklagte sich angesichts der ständigen Enthüllungen über die „Kampagne um und gegen diese Institution unserer Sicherheit" und fragte: „Warum darüber jammern? Es genügt nicht, wortreich Klage oder Verdammung zu äußern über eine Welt, die nun mal so ist, wie sie ist".

So kann denn auch die „FAZ" von dem Colloquium berichten, daß „im DGB die Notwendigkeit anerkannt (wird), hier vor allem von der VöB dem Colloquium berichten, das „im DGB die Notwendigkeit anerkannt (wird), hier vor allem von der DKP ausgehenden Gefahren zu begegnen". Ein Anliegen, dem sich der DGB-Vorstand in letzter Zeit auf die vielfältigste Weise gewidmet hat. Die Verfassungsschutz-Gewerkschafter sehen sich nur dem Problem gegenüber, daß es „in den Gewerkschaften ein Widerstreben dagegen (gebe), daß der Verfassungsschutz in den Betrieben in irgendeiner Weise tätig werde".

Der Wurm im „Hamburger Modell"

Genau an dieser Stelle kam die Diskussion zum „kritischen Punkt des Hamburger Vorschlags, nämlich zur Beteiligung von Kommunisten an den Betriebsräten". Immerhin ist dies inzwischen keine Seltenheit mehr, was auch Staak nicht verleugnen konnte. Was in diesem Fall - oder gar bei einer kommunistischen Betriebsratsmehrheit - zu tun sei, darüber ist aus der Berichterstatterung über die Tagung aus gutem Grund nichts zu entnehmen. Spätestens hier würde sich nämlich die ganze „Liberalisierung" als reine Kosmetik erweisen. Staak beharrte denn auch nachdrücklich „auf der Notwendigkeit, daß der Staat sich Erkenntnisse über die Zugehörigkeit von Betriebsräten zu den kommunistischen Parteien verschaffe". Allerdings sollte dies nicht mehr durch die bisherige „schematische Abfrage" geschehen, weil dabei die Gefahr einer weiteren Solidarisierung gegen den Verfassungsschutz bestehe: „wegen des Vertrauensverlustes gerade unter den gegen die Kommunisten in den Betrieben kämpfenden demokratischen Betriebsräten. Stattdessen empfahl er, einschlägige Zeitschriften wie den „Arbeiterkampf" zu studieren, diese unterrichtet viel besser über das Innenleben der Kommunisten" („FAZ", 14.2.).

Zuvief, Herr Senator, zuviel! der Ehr!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Der IG-Chemie-Konflikt schwelt weiter

Der vom Vorstand der IG Chemie angezettelte Machtkampf gegen die innergewerkschaftliche Opposition (siehe AK 170 und 171) tobt weiter. Mit dem Versuch, das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes, Paul Plumeyer, zu entmachten, soll die gesamte Opposition noch vor dem Gewerkschaftstag im September getroffen werden. Und es gibt auch schon erste Ergebnissadressen. Der IG Chemie-Landesbezirk Nordmark-Berlin hat die Maßnahmen gegen Plumeyer unterstützt und fordert dessen Sturz.

Anders der Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saar. Er sieht „keinen Grund, Plumeyer das Vertrauen aufzukündigen“. Zwar wird auch von dieser Seite die Redepassage zum ADGB kritisiert (siehe unten), aber darin wird kein Grund gesehen, nicht auch weiterhin solidarisch zusammenzuarbeiten. Die „FR“ weiß sogar zu berichten, daß vier Vorstandsmitglieder einen entsprechenden Beschluß des Bezirksvorstandes nicht mit verabschiedet haben, da ihnen die Kritik an Plumeyer noch zu hart ausgefallen sei („FR“, 19.2.).

Scharfe Kritik hat der Bezirksvorstand dafür an der Rechtfertigung der Benzinpreiserhöhungen durch den Gewerkschaftsvorsitzenden Hauenschild geübt. Damit würden die Mineralölkonzerne in Schutz genommen. Stattdessen wird gefordert, „die Arbeitnehmer und ihre Familien vor ungerechtfertigter Ausbeutung durch weitere Mineralölpreiserhöhungen auf breiter Front zu schützen“.

Paul Plumeyer zur »kommunistischen Unterwanderung« des DGB

Inbesondere die folgende Passage aus der Rede von Paul Plumeyer ist der antikommunistischen Hauenschild - Mafia ein Dorn im Auge:

„In der Einheitsgewerkschaft haben deshalb nicht nur Sozialdemokraten und nicht nur Liberale und Christen, sondern auch Kommunisten ihren Platz, wenn sie in den Betrieben und in der Organisation im Rahmen unserer Satzung für gewerkschaftliche Ziele und gewerkschaftliche Vorstellungen arbeiten.“

Besonders in der letzten Zeit ist wieder viel von Unterwanderung die Rede. Kommunisten unterwandern die Gewerkschaften. Bestimmte Medien und voran ein bestimmter Kanal am Mittwoch Abend versuchen, den Gewerkschaftsmitgliedern und Öffentlichkeit aufzuschwätzen, daß innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften außenstehende Kräfte das Sagen bekämen.

Innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes können Beamte und Angestellte und Arbeiter Mitglied sein. Solange sie sich Rahmen unserer selbst gegebenen Ordnung verhalten, können sie auch für alle Funktionen kandidieren. Wann begreifen eigentlich bestimmte Publizisten, daß man in einer Einheitsgewerkschaft nicht

deshalb gewählt wird, weil man Sozialdemokrat, CDU-Mann oder Kommunist ist, sondern daß man gewählt wird, wenn man die Mehrheit davon überzeugt, daß dieser Gewerkschaftler in dieser Funktion auf dem richtigen Platz ist.

Arbeitnehmer aber können eine Einheitsgewerkschaft nicht unterwandern, sondern sie ist ihr Zweck. In diesem Zusammenhang wäre es genauso blödsinnig, wenn man sagen würden, die katholische Kirche wird von den Christen unterwandert oder ein Schwimmverein würde von Schwimmern unterwandert.

An dieser Stelle wird dann von Eiferern eingewandt, es gehe ja den Kommunisten nicht um die Mitgliedschaft, sondern um Funktionen und Einfluß. Zugegeben, Gewerkschaftler, die der kommunistischen Idee anhängen, versuchen Einfluß zu gewinnen. Ist denn das in einer demokratischen Organisation verboten? Versuchen nicht auch Sozialdemokraten, Christdemokraten oder Parteilose Einfluß zu gewinnen? Entscheidend bleibt, daß Funktionen durch Wahlen vergeben werden und daß die Wahlgänge transparent sind und den Prinzipien des Grundgesetzes Artikel 2 entsprechen.

Dieser, auch in den Gewerkschaften, um einen Tonbandmitschnitt der Rede. Diese paßte, da das Aufnahmegerät nicht einwandfrei funktioniert habe. Also

schaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die da herum schwadronieren von der Unterwanderung, sollten sich lieber dafür einsetzen, daß überall, auch für das einzelne Mitglied transparente, demokratische Strukturen eingerichtet werden. Meine Sorge jedenfalls ist nicht, daß Kommunisten das Sagen bekämen, meine Sorge ist eher, daß Ausmauschler überhandnehmen.

Laßt mich in diesem Zusammenhang auch einiges sagen zu den jüngsten Ereignissen bei unserer Jugendzeitung 'RAN'. In der Dezemberausgabe stand bekanntlich eine Karikatur, in der Maria und Josef in Bethlehem überlegen, ob nicht eine Abtreibung angemessen sei. Erst ein Zwischenruf von oben läßt sie dann antworten, daß dieses natürlich nur ein Scherz gewesen sei.

Spaß beiseite: Eine solche Karikatur ist in der Tat geschmacklos und kann besonders in der Vorweihnachtszeit die Gefühle von Menschen verletzen. Aber es gehört schon ein seltsames Verständnis von Toleranz dazu, eine geschmacklose Karikatur zum Anlaß zu nehmen, Arbeitnehmer - in diesem Fall Redakteure der Zeitschrift - zu feuern. Die Begründung für diesen Rausschmitt lautet: Ein Lebensnerv der Einheitsgewerkschaft sei getroffen worden. Allen Ernstes: Es wäre schlecht bestellt um diese Einheitsgewerkschaft, wenn man sie mit einer geschmacklosen Karikatur aus den Angeln heben könnte. Ich halte unsere christlichen Kollegen für überzeugtere Einheitsgewerkschaftler, als daß sie sich von solchen Ausrutschern in der Einschätzung der Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaften beeindrucken lassen

Heinz Oskar Vetter, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den ich im übrigen sehr schätze, schlägt hier eine Gespensterschlacht, die Zuversicht in die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung vernichten läßt. Jesus würde sagen, so er davon erfahren hätte: 'Derjenige, der ohne Fehler ist, werfe den ersten Stein.'"

Heinz Oskar Vetter, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den ich im übrigen sehr schätze, schlägt hier eine Gespensterschlacht, die Zuversicht in die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung vernichten läßt. Jesus würde sagen, so er davon erfahren hätte: 'Derjenige, der ohne Fehler ist, werfe den ersten Stein.'"

Beschluß der ehrenamtlichen Mitglieder des Hauptvorstandes vom 4. Februar 1980

Der Hauptvorstand hat sich in einer außerordentlichen Sitzung am 4.2. 1980 mit den Äußerungen des geschäftsführenden Hauptvorstands-Mitgliedes Paul Plumeyer vor der Delegiertenhauptversammlung der Verwaltungsstelle Hann. Münden am 19.1.1980 befaßt. Die Mitglieder des ehrenamtlichen Hauptvorstandes verwahren sich gegen die beleidigende Unterstellung, sie seien gläubige Kollegen, die eine Selbstentmachtung beschließen. Sie sehen die Gebote der Solidarität und der Fairness verletzt durch Anspielungen etwa derart, daß nicht die Sorge bestehe, daß Kommunisten in der IG Chemie-Papier-Keramik das Sagen bekämen, sondern daß Ausmauschler überhandnehmen. Als besonders empörend empfand der ehrenamtliche Hauptvorstand die von Paul Plumeyer hergestellte gedankliche Verbindung zwischen dem Verhalten des ehrenamtlichen Hauptvorstandes und der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933.

Der Kollege Paul Plumeyer hat in dieser außerordentlichen Sitzung erklärt, daß er von seinem Redekonzept kein Wort zurückzunehmen habe. Damit ist die Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr gewährleistet. Aus diesem Grunde spricht der ehrenamtliche Hauptvorstand dem Kollegen Paul Plumeyer das Mißtrauen aus.

Der Hauptvorstand hatte in seiner Sitzung am 17.1. 1980 einstimmig beschlossen, die bisherigen Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes mit Ausnahme des ausscheidenden Kollegen Erwin Grützner dem Gewerkschaftstag zur Wahl vorzuschlagen. Diese Empfehlung nimmt er aufgrund der Äußerungen des Kollegen Paul Plumeyer zurück. Er wird in einer der nächstfolgenden Sitzungen über seine Empfehlung an den Gewerkschaftstag neu befinden.

14 Ja
1 Nein
1 Enthaltung

Hauenschild gegen »die Weltanschauung von Paul Plumeyer«

Kein Wunder, daß Plumeyers Äußerungen zu den Kommunisten das äußerste Mißfallen des IG Chemie-Vorsitzenden und Antikommunisten Karl Hauenschild erregt haben. Dies seien „höchst naive und unpolitische Thesen“. „Ich kann mir nicht denken, daß Paul Plumeyer in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt worden wäre, wenn er ein bekannter Funktionär oder auch nur ein Mitglied der DKP gewesen wäre“ („Welt der Arbeit“, 14.2.80).

Plumeyer sprach) um einen Tonbandmitschnitt der Rede. Diese paßte, da das Aufnahmegerät nicht einwandfrei funktioniert habe. Also

Hauenschild gegen »die Weltanschauung von Paul Plumeyer«

Kein Wunder, daß Plumeyers Äußerungen zu den Kommunisten das äußerste Mißfallen des IG Chemie-Vorsitzenden und Antikommunisten Karl Hauenschild erregt haben. Dies seien „höchst naive und unpolitische Thesen“. „Ich kann mir nicht denken, daß Paul Plumeyer in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt worden wäre, wenn er ein bekannter Funktionär oder auch nur ein Mitglied der DKP gewesen wäre“ („Welt der Arbeit“, 14.2.80).

Nun, der Vorstandsbeschuß, Plumeyer das Mißtrauen auszusprechen, zeigt, daß allein schon solche fortschrittlichen Äußerungen in der IG Chemie auf Funktionärschnee ausreichen, einen Funktionär zu stürzen. Plumeyers größtes Verbrechen war es, von seinen beanstandeten Passagen kein Wort zurückzunehmen. Hauenschild empört: „Was gesagt worden ist, ist die Weltanschauung von Paul Plumeyer“ („Welt der Arbeit“, 8.2.80) und genau die, eine der wenigen kritischen Stimmen im oberen Funktionskörper soll hier exemplarisch bestraft werden. „Daß der Hauptvorstand der IG Chemie Plumeyer daraufhin das Mißtrauen aussprach, ist wohl ein einmaliger Vorgang in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Aber der Vorstand ist nicht gesonnen, sich ständig 'vors Schieneneisen treten zu lassen' (Hauenschild). Er hat die Gegenoffensive eröffnet.“ (WdA, 14.2.80).

Besonders hart versucht der IG Chemie-Vorstand auf irgendwie geartete Parallelen zum Verhalten des ADGB-Vorstandes bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten zu reagieren. In der „Welt der Arbeit“ liest sich dies so, daß Plumeyer „gedankliche Verbindung zwischen Beschlüssen und Verhaltensweisen des IG Chemie-Hauptvorstandes und der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 hergestellt habe“ (WdA, 14.2.). Laut WdA haben daraufhin „empörte Zuhörer über diesen Redeteil berichtet“.

Tatsächlich hat sich folgendes abgespielt. Plumeyer hatte außerhalb seines schriftlichen Redemanuskriptes Gedanken zum ADGB geäußert. Der IG-Chemie-Vorstand hat daraufhin die Verwaltungsstelle Hannoversch Münden (vor deren Delegier-

ten Plumeyer sprach) um einen Tonbandmitschnitt der Rede. Diese paßte, da das Aufnahmegerät nicht einwandfrei funktioniert habe. Also wurden „empörte Zuhörer“ gesucht und auch zwei gefunden. Benno Adams und Lothar Rothenstein machten eine Aktennotiz. Benno Adams, der „empörte Zuhörer“, ist IG-Chemie-Bezirksleiter von Hannover und hat bereits im Patschkowski-Konflikt eine unrühmliche Schnüffler-Rolle gegenüber der Opposition in der IG-Chemie gespielt. Die Aktennotiz lautet wörtlich: „In diesem Zusammenhang vertrat der Kollege Plumeyer die Auffassung, daß die ehrenamtlichen Kollegen des Hauptvorstandes gläubig mitmarschiert seien und ihm sei zu diesem Zeitpunkt klar geworden, warum die Nazis 1933 die Macht hätten ergreifen können.“ Dazu hat Plumeyer jetzt in einem Rundschreiben Stellung genommen. Er habe nach seinen Ausführungen über die Diskussion der Satzungsänderung im Hauptvorstand in seinem Referat „als rhetorische Schleife in einem Nebensatz, außerhalb meines Konzepts, gesagt, daß mir nun klar geworden sei, wie die mir unverständlichen Beschlüsse im Vorstand des ADGB zwischen Januar und Mai (1933) des Jahres zustande gekommen sind, als die Nazis an die Macht gekommen sind. Ich habe damit auf die großen Mehrheiten bei den entsprechenden Beschlüssen im Vorstand des ADGB anspielen wollen, die sicher in guter Überzeugung Beschlüsse gefaßt haben, die sich später als objektiv falsch herausgestellt haben ... Zu keinem Zeitpunkt habe ich auch nur im entferntesten eine irgendwie geartete Verbindung zwischen dem Verhalten des ehrenamtlichen Hauptvorstandes und der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 herstellen wollen. In der außerordentlichen Sitzung des Hauptvorstandes habe ich mehrmals versucht, diesen Sachverhalt zu erläutern. Leider ohne Erfolg. Ich weise deshalb mit Hinweis auf mein Redekonzept die Vorwürfe als unberechtigt zurück. Ich überlasse es dem objektiven Leser, aus dem Redekonzept Sinn und Ziel des Referats zu erkennen.“

Ein Hinweis: Die „Frankfurter Rundschau“ hat am 14.2.80 Plumeyers Rede im vollen Wortlaut veröffentlicht. Kommission Betrieb & Gewerkschaft

len Ernstes: Es wäre schlecht bestellt um diese Einheitsgewerkschaft, wenn man sie mit einer geschmacklosen Karikatur aus den Angeln heben könnte. Ich halte unsere christlichen Kollegen für überzeugtere Einheitsgewerkschaftler, als daß sie sich von solchen Ausrutschern in der Einschätzung der Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaften beeindrucken lassen

Der Hauptvorstand hatte in seiner Sitzung am 17.1. 1980 einstimmig beschlossen, die bisherigen Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes mit Ausnahme des ausscheidenden Kollegen Erwin Grützner dem Gewerkschaftstag zur Wahl vorzuschlagen. Diese Empfehlung nimmt er aufgrund der Äußerungen des Kollegen Paul Plumeyer zurück. Er wird in einer der nächstfolgenden Sitzungen über seine Empfehlung an den Gewerkschaftstag neu befinden.

14 Ja
1 Nein
1 Enthaltung

GEW-NRW: Mitgliederbefragung voller Fußangeln

Wie berichtet führte die nordrhein-westfälische GEW vom 1.-20.2. eine Befragung ihrer Mitglieder über eine zweistündige Arbeitsniederlegung zur Unterbrechung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung für Lehrer durch. Während der Landesvorstand der GEW-NRW (scheinheilig) die Mitglieder dazu aufruft, für eine Arbeitsniederlegung am 5.3. zu votieren, hat der GEW-Vorsitzende Frister in offensichtlich koordinierter Aktion gegen Lehrerstreiks zum derzeitigen Zeitpunkt Stellung genommen. Anfang Februar (also mit Beginn der Mitgliederbefragung) erschien die „Erziehung und Wissenschaft“ (Zeitung der GEW-Bund) mit einem Leitartikel Fristers, in dem die Mitgliederbefragung in NRW verschwiegen, dafür aber voll gegen Arbeitsniederlegungen geholt wird: „Voreilige Festlegungen und auch ungeduldige Spekulationen über Umfang und Zeitpunkt weiterer Arbeitsniederlegungen sind zur Zeit fehl am Platz (...). Jede kraftvolle Auseinandersetzung braucht ihre Atempausen“.

Ein derartiges offenes Wort kann sich der Landesvorstand der GEW-NRW natürlich gegenwärtig nicht leisten, hatte doch die Landesvertreterversammlung die Mitgliederbefragung beschlossen. Aber hinter den Kulissen versucht die Landesvorsitzende und Fristers Vertraute, Brusi, alles, um Fristers Linie durchzusetzen.

So wurde erstmals im Fragebogen zur Mitgliederbefragung eine Rubrik aufgenommen, in der die Kollegen angeben müssen, ob sie zum Zeitpunkt des beabsichtigten Arbeitskampfes (5.3., 11.30 - 14 Uhr) Unterricht haben. Brusi hat sich nun vorbehalten, nur jene Kollegen als streikwillig zu zählen, die während dieser Zeit auch unterrichten müssen. Damit könnte sie erreichen, daß das Quorum von 5000 Stimmen für die Arbeitsniederlegung verfehlt wird.

Hinzu kommt, daß der Zeitpunkt der Arbeitsniederlegung so gewählt ist, daß relativ viele Kollegen hier keinen Unterricht haben (an den kampfstarken Gesamtschulen findet mittwochs immer Konferenznachmittage statt). Doch damit nicht genug: Gleichzeitig mit dem Fragebogen wird eine Rechtsbeilage verschickt, die nicht die bisher bei Arbeitsniederlegungen erfolgten Disziplinierungen aufzählt, sondern ein Horrorgemälde möglicher Repressalien seitens des Staates enthält („Kürzung des Ruhegehalts“ u.ä.). Trickreich ist auch, daß die Mitglieder zwischen der Teilnahme an der Arbeitsniederlegung und an einer Demonstration in Düsseldorf wählen können, was schwankenden Kollegen den Schritt erleichtert, gegen die Arbeitsniederlegung zu stimmen - schließlich kann man seine Kampfbereitschaft ja auch auf der Demo bekunden. Daraus wird allerdings nichts, weil die Demonstration inzwischen zugunsten einer Saalveranstaltung (4000 Plätze wieder abgesagt wurde).

Wie es in NRW weitergeht, wird der Landesvorstand am 25.2. beschließen. Die Richtung wird allerdings schon aus dem erwähnten Leitartikel Fristers klar: Orientierung auf Verhandlungen mit den Länderregierungen, Gerichtsverfahren („Letztlich kann nur der Weg durch die Instanzen zeigen, wer im Recht ist“, Frister) und Maßnahmen wie die Aktion „Gläserne Schule“.

Daß hier für die Kollegen keine Verbesserungen ihrer Arbeitssituation zu erwarten sind, soll an einem Beispiel gezeigt werden. Frister schreibt: „Wenn beispielsweise die Pflichtstundenzahl der Hauptschullehrer an Orientierungsstufen auf 27 gesenkt wird, dann muß nach dem Gleichheitsgrundsatz geprüft werden, ob Hauptschullehrer, die lediglich an



Frister und Brusi - Seite an Seite gegen die Kollegen

Hauptschulen tätig sind, tatsächlich eine höhere Pflichtstundenzahl haben dürfen“. Zum einen verschweigt Frister hier, daß die Festlegung der Stundenzahl an den Orientierungsstufen auf 27 eine Provokation des Ministerpräsidenten Albrecht ist, die z.B. den dort tätigen Gymnasiallehrern 4 Wochenstunden mehr beschert; eine Provokation, gegen die Frister noch nicht einmal verbal Stellung bezieht. Zum anderen orientiert er hier auf einen juristischen Weg, der von vorne herein zum Scheitern verurteilt ist. Schließlich ist in dem Lüneburger Gerichtsurteil, aufgrund dessen die Stundenzahl von Albrecht geändert wurde, unmißverständlich festgehalten: „Kein sachlich vernünftiger Grund ist darin zu sehen, daß ... die Orientierungsstufen aus Gerechtigkeitsgründen mit der Hauptschule verglichen werden müsse...“ (zit.nach AK 164, S.16)

Ein Hamburger Lehrergenosse

Metalltarifrunde erwartungsgemäß mies abgeschlossen

Das Gezappel kurz vor Ende der Metalltarifrunde hat erwartungsgemäß nur ganz geringfügige Veränderungen gebracht. Unumstritten war: die Löhne, Gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge werden um 6,8% erhöht.

Umstritten war die sogenannte „soziale Komponente“. Die IG Metall hatte eine stärkere Erhöhung der unteren Lohngruppen gefordert. Es zeigte sich, daß die Haltung der Unternehmer, dies abzulehnen, kampfflos nicht zu durchbrechen war. So blieb es beim Streit um die Höhe einer einmaligen Sonderzahlung. Und die wurde folgendermaßen abgeschlossen:

- Lohngruppe 2: 165,- DM
- Lohngruppe 3: 126,- DM
- Lohngruppe 4: 56,- DM
- Lohngruppe 5: 30,- DM

Alle anderen Lohngruppen erhalten keine Sonderzahlung.

Was bedeutet diese ach so „soziale Komponente“ real? Zum einen wird die Sonderzahlung nur einmal ausbezahlt, ohne daß sie auf den Lohn oder Sozialleistungen angerechnet wird. Das Ziel, stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen, ist damit verfehlt.

Die Höhe ist geradezu lächerlich. Nimmt man die Zahlungen für Lohngruppe 2 und 3 aus (in ihnen sind die wenigsten Kollegen), bleibt mo-

natürlich eine einmalige Zahlung von 2,50 DM bis 4,65 DM, oder wie Kollegen von Daimler-Benz schreiben: ein Bier mehr im Monat!

Noch schlechter weg kommen die Angestellten. Dort werden ausschließlich in der untersten Gehaltsgruppe 165,- DM ausgezahlt, sonst nichts.

Tabu durchbrochen?

Das im „Tabu-Katalog“ der Unternehmer enthaltene Gebot, die Abwehr der sogenannten „Lohnnivellierung“, sei durchbrochen, behauptet die IG Metall im Nordverbund (Metall-Nachrichten, 19.2.80). Zwar ist das nicht konkret faßbar, jedoch es wird versichert: „Auf diesem Erfolg werden wir in den kommenden Tarifrunden aufbauen.“

Besonders krass hat die IG Metall Niedersachsens formuliert, daß allein die Unternehmer den Lohnkurs bestimmt haben: die Anhebung der unteren Lohngruppen war „aufgrund der kategorischen Ablehnung, insbesondere durch die Vertreter von Gesamtmetall, nicht zu realisieren“. Doch auch hier wird Trost gespendet: „Wir haben unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Lohngruppenrelation, wie sie z.Z. besteht, verändert werden muß“ („Metall-Tarifrundnachrichten“, 18.2.).

Das Eingeständnis ist offen: kampfflos war nicht mehr zu erreichen, kämpfen wollten wir nicht. In keinem Jahr zuvor sind Tarifverhandlungen mit einer dermaßen Reibungslosigkeit und Schnelligkeit über die Bühne gegangen. Ohne Veränderungen wurde das Verhandlungsergebnis aus Nordrhein-Westfalen in

allen anderen Tarifbezirken übernommen. Im Jahr günstiger Konjunktur für die Unternehmer ist dieser kampfflose Abschluß eher hoch zu nennen. Der Verlauf allerdings läßt Böses für den Konjunkturabschwung ahnen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

VW-Auszubildende gegen Tarifabschluß

Über 500 Auszubildende von VW-Wolfsburg legten am 14.2. spontan die Arbeit nieder, nachdem ihnen der vorläufige Tarifabschluß von Volkswagen-AG und IGM-Verhandlungskommission bekannt wurde. Sie bildeten einen geschlossenen Marsch zum Betriebsratsbüro und unterschrieben eine Resolution, in der sie das ausgehandelte Ergebnis als unzulänglich erklärten.

Unterstrichen wurde außerdem noch einmal die Forderung nach prozentualer Anbindung an den Erhöhungsbetrag des untersten Lohnniveaus eines Facharbeiters. Es wurde dabei noch einmal auf eine Aktennotiz aus der letzten Tarifrunde verwiesen, die sinngemäß besagt, daß über die Anbindung in der 80er Tarifrunde zu verhandeln ist. Dieses ist wohl ernsthaft von den IGM-Vertre-

tern der Verhandlungskommission nie versucht worden.

Auch der VW-Betriebsrat war offensichtlich nicht sehr erbaut als die Auszubildenden in den Bürogängen aufkrenzten.

Zwar wird die Aktion das Ergebnis nicht mehr beeinflussen, aber für viele war sie die erste gewerkschaftliche Kampferfahrung. Außerdem setzten sie sich mutig über Einschüchterungsversuche hinweg, denn schon als die Auszubildenden losgehen wollten, wurde ihnen mit Rausschmiß, Personalauswurf u.ä. gedroht. Und dennoch haben die Auszubildenden bei VW gezeigt, daß es ihnen mit den Forderungen ernst ist, wovon sich einige sicherlich noch eine gehörige Scheibe abschneiden könnten.

Ein Wolfsburger Genosse.

Warnstreiks gegen provokatorische Aussperrungsanzeige

„Streik ist Angriff. Aussperrung ist Abwehr. Gleiche Chancen für beide Seiten.“ Unter diesen Schlagzeilen betreiben „die deutschen Arbeitgeber“, gegenwärtig eine propagandistische Gegenoffensive zu den DGB-Aktionen gegen die Aussperrung in Form von viertelseitigen Anzeigen in einer Reihe von Tageszeitungen der Bundesrepublik. In reißerischer Form heißt es dort: die Gewerkschaften „streben nach Alleinherrschaft in der Tarifpolitik... Doch die Betriebe dürfen der Willkür der Gewerkschaften nicht ausgeliefert werden.“ Und die Kapitalisten behaupten demagogisch: Streikrecht ohne das Recht auf Aussperrung „kann es in einem Rechtsstaat nicht geben“!

Das war den Druckern und Setzern im „Süddeutschen Verlag“ und im „Pressehaus Bayerstraße“ in München zuviel. Für eine Stunde legten sie die Arbeit nieder. Durch diese Aktion konnten die „Abendzeitung“, „tz“ und der „Münchner Merkur“ erst mit Verspätung ausgeliefert werden. Die Kollegen konnten allerdings das Erscheinen der Anzeige in den Boulevard-Blättern „AZ“, „tz“

und „Bild“ nicht verhindern.

Als noch in der gleichen Woche die Arbeitgeber-Anzeige in der ebenfalls im „Süddeutschen Verlag“ gedruckten „Süddeutschen Zeitung“ erscheinen sollte, verlangten die Kollegen, daß die Anzeige nur neben einer von gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitgliedern verfaßten Gegenanzeige gleicher Größe veröffentlicht werden dürfte. Die zu der Zeit tagende Gesellschafter-Versammlung stimmte diesem Verlangen schließlich zu.

Daß es gerade Kollegen der IG Druck und Papier waren, die der bisher lediglich wortreich geführten DGB-Kampagne gegen die Aussperrung nunmehr Taten folgen ließen, dürfte nicht zuletzt mit den hautnahen Erfahrungen zusammenhängen, die gerade die Kollegen der Druckbranche 1978 in ihrem Arbeitskampf machen mußten.

Nicht abgedruckt wurde die Arbeitgeber-Anzeige von der „Hamburger Morgenpost“. Bei diesem Blatt war der Auftrag bereits von der Anzeigenleitung abgelehnt worden, und zwar „aus grundsätzlichen Erwä-

gungen“, wie die Morgenpost über dpa verbreiten ließ.

DGB auf dem Rückzug

Während die Druck Kollegen zeigen, daß es ihnen bitter ernst ist mit dem Verbot der Aussperrung, blasen die DGB-Oberen bereits wieder zum Rückzug. Schon zu Beginn der Kampagne hatte H.O. Vetter angekündigt, daß die Kampagne noch vor Ende Februar „ausgesetzt“ werde, da der DGB sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, daß er mit seinen Aktionen die Urteilsfindung des Bundesarbeitsgerichts beeinflussen wolle. Für Anfang April wird mit einer Grundsatz-Entscheidung über die Zulässigkeit der Aussperrung gerechnet. Nach dem Drucker-Streik und dem Arbeitskampf in der baden-württembergischen Metall-Industrie 1978, wo die Kapitalisten jeweils massiv die Aussperrung eingesetzt hatten, waren von der IG Druck und der IG Metall Massenklagen auf Lohnnachzahlungen organisiert worden, wobei die betroffenen Kollegen allerdings nur in einer Minderzahl der Fälle – und nament-

lich in der ersten Instanz – Recht bekommen hatten. Einer dieser Fälle steht nun zur Entscheidung beim Bundesarbeitsgericht in Kassel.

Dieses Gericht hat bereits 1955 und 1971 Grundsatzurteile gefällt, die eindeutig im Sinne der Kapitalisten ausfielen. Es wird kaum bezweifelt, daß dies auch jetzt so sein wird.

Wie das Gericht zu den gewerkschaftlichen Forderungen eingestellt ist, wurde auch schon im Vorfeld daran deutlich, daß der Präsident des BAG, Müller, an den DGB-Vorsitzenden Vetter einen Brief richtete, der von der gesamten bürgerlichen Presse begierig aufgegriffen wurde. Darin hatte Müller anhand von Äußerungen zweier Gewerkschaftssprecher auf der Hannoveraner DGB-Kundgebung davor gewarnt, von Gewerkschaftsseite aus Druck auf das Gericht auszuüben. Nur einen Tag später sekundierte, sehr zum Gefallen der Kapitalisten, der Deutsche Richterbund.

Man könnte fast meinen, das sei der Dank für die von Vetter angekündigte Aussetzung der Kampagne...
Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Tarifrundnachrichten

Tarifrunde im öffentlichen Dienst 1980

ÖTV Nürnberg: Mit großer Mehrheit hat sich die ÖTV-Kreisdelegiertenversammlung Nürnberg über eine Lohn- und Gehaltsforderung von DM 280 Festbetrag für alle Beschäftigten ausgesprochen.

Außerdem forderten die Delegierten einstimmig 30-Tage Urlaub sowie eine 12-monatige Laufzeit des Tarifvertrages.

Auf Antrag des örtlichen Kreisjugendausschusses wurden für das 1. Ausbildungsjahr eine Erhöhung um 120 Mark, für das 2. Jahr 110 Mark, für das 3. Jahr 100 Mark und das 4. Jahr 90 Mark mehr gefordert.

ÖTV Dortmund: Für die kommenden Tarifrunde hat die Kreisdelegiertenversammlung eine Forderung von neun Prozent, mindestens 200 DM verabschiedet. Auch hier sprachen sich die Delegierten dafür aus, daß der Abschluß einen Mindestbetrag beinhalten muß.

ÖTV-Bremen: Die Kreisverwaltung Bremen hat zur diesjährigen Tarifrunde eine Festgeldforderung von 250 DM beschlossen. Die Delegierten waren zudem der Auffassung, daß die Durchsetzung eines Mindestbetrages Vorrang haben muß.

Die Westberliner ABM-Vertrauensleute (Beschäftigte im Arbeitsbeschaffungs-Programm) fordern, daß der Festgeldbetrag von 180 DM voll durchgesetzt werden muß.

Wie üblich hatte auch in diesem Jahr der Geschäftsführende-Hauptvorstand der ÖTV wieder eine Forderungsempfehlung an die Mitglieder gegeben (9 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens 180 Mark). In den vergangenen Jahren war es so, daß die „Empfehlung“ immer mit der offiziellen Forderung identisch war.

Die Tarifrunde in der Druckindustrie

Auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier, Bezirk Frankfurt, wurde mit großer Mehrheit eine Festgeldforderung von 260 Mark für alle einschließlich der Auszubildenden, und der Wegfall der Lohngruppen eins und zwei und des ersten Gehilfenjahres gefordert.

Forderungen liegen auch aus anderen Bezirken bereits vor, so werden u.a. in Hamburg 14 Prozent und in Bielefeld 13 Prozent oder mindestens 250 Mark gefordert.

250 Mark gefordert.

Tarifverhandlungen im Bereich HBV

Für die 300 000 Bankangestellten hat die Gewerkschaft HBV eine Erhöhung der Tarifgehälter um 8,5 Prozent ab 1. März gefordert, sowie den Abbau von Einkommensnachteilen bei Frauen und jüngeren Angestellten. Außerdem sollen ein tarifliches Urlaubsgeld, sechs Wochen Urlaub für alle sowie Sonderfreischichten für Schichtbeschäftigte vereinbart werden. Nach Angaben des zweiten HBV-Vorsitzenden Volkmar ergibt sich daraus eine Gesamtforderung von rund zehn Prozent.

NGG will die Reallöhne sichern

Wie der NGG-Landesvorsitzende Gensberger in München erklärte, steht die Sicherung der Reallöhne im Vordergrund der Tarifpolitik. Durch Verkürzung der Arbeitszeit für Ältere und Schichtarbeiter will die Gewerkschaft Arbeitsplätze erhalten. Zum weiteren Schwerpunkt machte er die Abschaffung der Lohnbenachteiligung von Arbeiterinnen.

Für die Beschäftigten der Nahrungsmittelindustrie will die NGG Bayern 9 Prozent und der Zuckerindustrie 9,5 % mehr Lohn verlangen.

NRW-Polstermöbelindustrie

Lohn und Gehaltserhöhungen um durchschnittlich 6,97 Prozent erhalten die 18 000 Beschäftigten der Polstermöbel- und Matratzenindustrie Nordrhein-Westfalens.

IG Bau, Steine, Erden

Die Lohn- und Gehaltsforderungen der IG Bau werden in der diesjährigen Tarifrunde „nicht unter denen anderer Gewerkschaften liegen“. Dies erklärte der Vorsitzende Sperner in Rheine/Westfalen.

Streik ist Angriff. Aussperrung ist Abwehr.

Streik

Zu überzogenen Tarifforderungen der Gewerkschaften müssen die Arbeitgeber Nein sagen. Aus Verantwortung für die Arbeitsplätze. Wollen die Gewerkschaften ihre Forderungen dennoch durchsetzen, rufen sie zum Arbeitskampf auf. Ihre Waffe ist der Streik. Die Produktion steht still. Verluste sind die Folge. Damit wollen die Gewerkschaften die Arbeitgeber in die Knie zwingen.

Die Gewerkschaften aber wollen, daß sich die Arbeitgeber nicht mehr verteidigen können. Sie streben nach Alleinherrschaft in der Tarifpolitik. Deshalb fordern sie ein Verbot der Aussperrung. Doch die Betriebe dürfen der Willkür der Gewerkschaften nicht ausgeliefert werden.

Ohne die Möglichkeit der Aussperrung wären Streiks an der Tagesordnung. Das kann in unserem Lande niemand wollen. Wer für Streik ist, muß auch für Aussperrung sein. Oder gegen beides. Das eine ohne das andere kann es in einem Rechtsstaat nicht geben.

Die deutschen Arbeitgeber

Mehr Informationen durch Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln.

Gleiche Chancen für beide Seiten.

Streik und Aussperrung sind nicht „gleiche Waffen“!

Die Unternehmen sind im Besitz der Produktionsmittel, der Geräte und Maschinen und was alles dazu gehört. Das einzige „Kapital“, das wir als Arbeitnehmer im Konfliktfall dagegen einzusetzen haben, ist unsere Arbeitskraft. Wenn wir diese verweigern, bedeutet dies Streik, der aufgrund laufender Tarifvereinbarungen und bestehender Schlichtungs- und Schlichtungsordnungen nur in bestimmten Zeiten von der Gewerkschaft ausgerufen werden kann. Vorher bedarf es einer demokratischen Willensbildung in der Arbeitnehmerorganisation. Eine Urabstimmung ist verpflichtend vorgeschrieben, bei der 75 Prozent der organisierten Mitglieder im jeweiligen Tarifbereich „Ja“ zum Arbeitskampf als „letzt möglich“ sagen müssen, der sicherlich nicht aus „Spaß an der Freude“ vom Zaun gebrochen wird. Die Arbeitnehmer verteidigen damit ihren Besitzstand, ihren Arbeitsplatz. Noch eins: Von Streikunterstützungen kann in aller Regel nur das Notwendigste bestritten werden.

Aussperrung bedeutet erhebliche Existenzgefährdung der Arbeitnehmer und ihrer Familien und ist die Entscheidung einiger weniger. Bei den Arbeitskämpfen in der Druckindustrie im Jahr 1978 war die Zahl der ausgesperrten Arbeitnehmer mit 32 000 um ein Vielfaches größer als diejenige der 2300 Streikenden, die um vernünftige Tarifverträge gekämpft haben. Aussperrung ist unserer Auffassung nach undemokratisch und bezeichnenderweise in den meisten westeuropäischen Ländern verboten. Aussperrung bedeutet das finanzielle Ausbluten der Gewerkschaften. Ohne kraftvolle Organisationen wäre es jedoch unmöglich, wirkungsvolle Tarifverträge für die Arbeitnehmer abzuschließen.

Diese Gründe veranlassen uns, das Verbot der Aussperrung zu fordern!

Die gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitglieder im Süddeutschen Verlag, München

Heinz Beier, Achim Blewied, Sven Brach, Erich Dojan, Hugo Engländer, Alfred Fleischmann, Michael Frank-Rauwolf, Karl Heibel, Franz Heidecker, Imgard Huggenberger, Rudolf Meier, Helmut Merk, Otto Moser, Fritz Paulus, Walter Payer, Klaus Schöneauer, Gertraud Wendel, Peter Wimmer

Stahlarbeiterkonferenz der IG Metall: Kein Konzept gegen die Rationalisierung

Die Hauptforderung des Stahlarbeiterstreiks 78/79 war die Arbeitszeitverkürzung mit einem Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Von der IGM-Führung war die Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Erhaltung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie propagiert worden. Diese Argumentation ist von den Kolleginnen und Kollegen aufgenommen worden. Der von der IGM-Führung abgeschlossene Tarifvertrag enthielt dann lediglich vier Freischichten nur für Schichtarbeiter und 2 Tage mehr Urlaub. Die 40-Stunden-Woche wurde bis 1984 festgeschrieben. In der Urabstimmung lehnten 41 % der Metallarbeiter dieses Ergebnis ab, während die IGM-Führung das Ergebnis als "tarifpolitischen Meilenstein" feierte. Immer noch behauptet der IGM-Vorstand, daß damit ein Schritt getan sei, den Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie zu stoppen. Jetzt, ein Jahr nach dem Tarifabschluß, analysierte die IG-Metall auf einer Stahlarbeiterkonferenz die Lage in der Stahlindustrie und stellte Forderungen dazu auf.

IG-Metall-Vorstandsmitglied Rudolf Judith meinte in seinem Referat, daß der Beschäftigungsabbau zum Stillstand gekommen sei: "Ursache dafür ist sicherlich neben der verbesserten konjunkturellen Situation auch das Ergebnis unseres Tarifkampfes. Unser Ziel war - ich erinnere an die letzte Stahlkonferenz - den Personalabbau zu stoppen. Was keiner zu hoffen gewagt hat, ist Wirklichkeit geworden. Im gleichen Referat stellt er fest: "In allen Unternehmen der deutschen Stahlindustrie werden trotz Verbesserung der Stahlkonjunktur wie auch der Ergebnissituation weitere Rationalisierungs-, Einsparungsmaßnahmen und Kostenreduzierungsprogramme sowie weitere Umstrukturierungsmaßnahmen geplant und durchgeführt."

Es stimmt, wenn Judith feststellt, daß der Arbeitsplatzabbau sich im letzten Jahr verlangsamt hat. Das auf die Tarifverträge zurückzuführen, ist ein ziemlich abenteuerlicher Schluß, denn 1979 war für die Hütten der BRD das drittbeste Ertragsjahr. Nur 1973 und 1974 wurde mehr Stahl produziert, das allerdings mit einer um etwa 50.000 Menschen größeren Beschäftigtenzahl!

Als Beispiele seien hier genannt die Umsätze von drei Stahlkonzernen im Vergleich zu den Beschäftigtenzahlen:

Thyssen: Umsatz + 8%, Beschäftigte: - 2,5%
Gute-Hoffnung-Hütte: Umsatz + 9,8%, Beschäftigte + 0,3%
Peine-Salzgitter: Umsatz + 8,7%, Beschäftigte - 3,1%

IGM-Vorstandsmitglied Judith war sich wohl dieser Fakten bewußt und ging nicht weiter auf die "beschäftigungspolitische Wirkung" des Tarifabschlusses ein.

Er schilderte dann recht konkret, was in der Stahlindustrie noch auf die Arbeiter zukommt (siehe Kasten). Aber welche Vorstellungen hat der IGM-Vorstand, den Kampf dagegen aufzunehmen?

IGM - Führung: Ja zu Rationalisierungen, aber mit sozialem Begleitprogramm

Die IGM-Führung richtet schon seit einiger Zeit Appelle an die Unternehmer "betriebswirtschaftlich vernünftige Sanierungspläne" zu entwickeln: "Die Geschäftsführungen und Anteilseigner der Saarländischen Hütten haben aus ihrer Verantwortung für Unternehmen und Beschäftigte der IG Metall und der Öffentlichkeit ein Konzept vorzulegen." Die IG Metall richte daher "einen eindringlichen Appell an die Anteilseigner, sich auf eine gemeinsame Konzeption für eine Kooperation der Hütten an der Saar zu einigen." Forschungsminister Hauff merkte dazu positiv an: "Es muß nachdenklich stimmen, daß es die IG Metall war, die laut und vernehmlich für mehr Innovation (Erneuerung) in unserer Wirtschaft plädierte. Ein ähnlich klares Wort fehlt noch von den großen Unternehmensverbänden." (zit. aus einem Referat zur saarländischen Stahlkrise der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft, nach "FR", 14.12.79).

Auf der Stahlkonferenz setzte sich Rudolf Judith insbesondere für die Rationalisierung der Hoesch Werke in Dortmund ein (Umstellung auf Oxygen-Stahlwerk). "Um die Stahlbasis in Dortmund auf Dauer zu erhalten, ist dies ein notwendiger Schritt. Was das aber für die Beschäftigten bedeutet, kann

jeder ermesen. Die Umstellung auf ein Sauerstoff-Blasverfahren kostet Arbeitsplätze, da es nicht so arbeitsintensiv wie das SM-Verfahren ist. Nach Einschätzungen - die auch bereits in der Presse veröffentlicht wurden - wird die Umstellung bis zu ihrem Abschluß annähernd 4.000 Arbeitsplätze kosten. Trotzdem bejaht die IG Metall diese Maßnahme, da es keine Alternative gibt." Weiter sprach Judith sich dafür aus, diese Maßnahmen mit Steuergeldern zu finanzieren: "Die IG Metall ist zwar für die Vergabe von Krediten nicht zuständig, wir werden aber den Kolleginnen und Kollegen in ihrem Bemühen, die Stahlbasis Dortmund zu erhalten, jede Unterstützung zusichern. Wir befürworten investitionsfördernde Maßnahmen, die die Zukunft dieses Industriezweiges sichern helfen." Inzwischen ist Anfang Februar vom Estel (Hoesch/Hoojovens) Aufsichtsrat dieses Konzept genehmigt worden.

Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen fördern das Stahlwerk mit je 120 Millionen DM!

Auch im europäischen Rahmen wird die Entlassungspolitik weitgehend akzeptiert. Dazu Judith: "Die Vertreter der IG Metall im Beratenden Ausschuss haben erklärt, die Umstellungspolitik für die europäische Stahlindustrie nur zu akzeptieren, wenn sie untrennbar verbunden ist mit einem sozialen Begleitprogramm."

Was bleibt für die Beschäftigten der Stahlindustrie?

Judith stellte fest, daß es "nicht immer ganz" gelungen ist, Entlassungen zu verhindern. "Es ist aber ohne Zweifel Hervorragendes geleistet worden beim Abschluß von Sozialplänen und Interessenausgleichen."

Nicht zu verhindernde Personalreduzierungen wurden über sozial akzeptable Bedingungen geregelt.

Darauf richten sich auch die Forderungen der IGM-Führung aus: Wie kann der Personalabbau am akzeptabelsten über die Bühne gebracht werden. Die auch im Sozialprogramm der EG-Kommission enthaltenen Forderungen lauten:

1. Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre (bisher hat die Bundesregierung diese Forderung aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt; auf der Stahlkonferenz wurde noch einmal an die Bundesregierung appelliert, diesen Schritt zu wagen);
2. die Arbeitszeit ist weiter zu verringern;
3. langfristig ist der Aufbau einer 5. Schicht anzustreben;
4. die Überstunden sind zu begrenzen bzw. abzuschaffen.

Konkrete Forderungen, die als Tarifforderungen Bestandteil von Arbeitskämpfen sein könnten, werden nicht gestellt. Alle Maßnahmen sind eher als Aufforderung an Gesetzgeber und EG-Kommission (richtiger EG-Ministerrat) zu sehen.

Der Vizepräsident der EG-Kommission, Henk Vredeling, stellte folgerichtig in seinem Gastreferat auf der Stahlkonferenz fest: "Bei allen diesen Maßnahmen geht es darum, Zeit zu gewinnen. Man hofft, daß sich die Möglichkeiten, anderweitig wiederbeschäftigt zu werden, nach einer gewissen Zeit bessern ..."

Im sozialen Begleitprogramm der EG-Kommission sind dann Beihilfen vorgesehen

- zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben,
- zur Verkürzung der Arbeitszeit, um den Abbau von Arbeitsplätzen im Rahmen einer teilweisen oder vollständigen Betriebsstillegung zeitlich zu strecken,
- für Neugestaltung von Schichtzeiten,
- für Kürzung von Überstunden.

Bislang lehnt der EG-Ministerrat dieses Programm ab.

Die IGM-Stahlarbeiterkonferenz hat deutlich gemacht, in welcher Sackgasse sich die Politik der IGM-Führung derzeit befindet. Den Streik der Stahlarbeiter hatte sie dann abgebrochen, als der Kampf Wirkung zu zeigen begann. Heraus kam ein Ergebnis, das auch nicht ansatzweise in der Lage war, die Rationalisierungswelle zu stoppen. Doch die Gewerkschaftsführer sind nach wie vor nicht bereit, auf kämpferische Verteidigung der Arbeitsplätze zu setzen. Sie orientieren auf wirkungslose Appelle an Parlamente. Das Erwachen wird spätestens nach dem Ende der derzeitigen Stahlkonjunktur böse sein.

Metallkommission

Polizei gegen streikende Drucker und Setzer in Westberlin



In ungewöhnlicher Aufmachung erschienen am 12. Februar Notausgaben des „Abend“ (siehe Faksimile) und des „Tagesspiegel“, die beide bei Mercator gedruckt wurden.

Die beiden Westberliner Tageszeitungen der „Tagesspiegel“ und der „Abend“ erschienen am Dienstag, dem 12.2.80, nur mit einer Notausgabe, allerdings ohne Anzeigen und mit ungewöhnlichen Schreibmaschinen-texten. Die Ursache lag in dem strengen Verhalten des Verlegers F.K. Maier, dem die „Frankfurter Rundschau“ - „FR“ - bescheinigt, daß „auch der Tagesspiegel ... in seinem Ansehen Schaden leidet durch die frühkapitalistisch gefärbte Diktion jener Statements, mit der Maier öffentlich auf seiner Belegschaft und dem Betriebsrat herumdrösch“ („FR“, 16.2.80).

Auslösender Punkt für die Notausgaben war, daß der größte Teil der Drucker und Setzer in den Streik trat, als sie vom Betriebsrat erfahren mußten, daß der Verleger sich weigerte, einigen Betriebsratsmitgliedern ihren vollen Lohn auszuzahlen. So hatte der Verleger dem Betriebsratsvorsitzenden DM 1.080,- und seinem Stellvertreter DM 850,- nicht ausbezahlt, „weil die Belegschaftsvertretung seiner Forderung nicht nachgegeben war, die für Betriebsratsarbeit beanspruchte und bezahlte Freizeit exakt zu belegen“ („Welt“, 13.2.80). In einer schriftlichen Mitteilung des Verlegers hieß es dazu: „Seit langem muß das Unternehmen, das ziemlich gleichbleibend nur rund 240 Arbeitnehmer beschäftigt, die maßlose zeitliche Ausdehnung von Betriebsratsarbeit beanstanden. Während im Jahre 1973 noch 1.991 Stunden dafür anfielen, stieg 1978 die Anforderung auf 4.792 Stunden mit einem Kostenaufwand von DM 63.500,-“ („Welt“, 13.2.80).

Auch weiterhin Solidarität notwendig

Es hat eine große Solidaritätswelle mit den streikenden Mercator-Druckern gegeben. DM 1.600,- spendeten die Kollegen vom Weser-Kurier (Bremen) aus ihrem Streikfonds, Solidaritätsadressen übersandten Kollegen von Druckereien: Mad-sack (Hannover), die Vertrauensleute von Springer, eine Reihe Drupa-Ortsvereine, Broschek (Hamburg), Druckhaus Norden, Druckhaus Tempelhof, etliche kleine Westberliner Druckereien. Darüber hinaus die Kollegen von Bosch (Westberlin), KWU (Westberlin), der Personalrat vom Sender Freies Berlin, ÖTV-Gewerkschafter, der AStA der PH Berlin, verschiedene studentische Seminare, Schulklassen, Leser des „Tagesspiegels“ und „Abend“.

Die Auseinandersetzung ist aber noch nicht beigelegt, die Kollegen brauchen weiterhin auch finanzielle Unterstützung: Spendenkonto: „Solidarität Betriebsrat“ Sparkasse der Stadt Berlin West Kto.-Nr.: 02501 145707

Soweit die offizielle Stellungnahme des Verlegers, der laut „FR“ vom 14.2.80 den Betriebsräten vorgeworfen haben soll, sie würden sich nur um ihre Arbeit in der Abteilung drücken, also einfach nur faul sein.

Polizei gegen Streikende

Aus Solidarität mit den Betriebsratsmitgliedern trat der größte Teil der Belegschaft in den Streik und erklärte sich erst dann wieder bereit zu arbeiten, wenn den Betriebsratsmitgliedern der volle Lohn ausgezahlt würde. Ein Solidaritätsbeispiel, das derzeit in der BRD eine Ausnahme ist. Hatte Verleger F.K. Maier schon im Druckerstreik 1976 die Polizei für seine Interessen ausgießen, so ließ er auch jetzt nur wenige Stunden nach Streikbeginn die Polizei kommen und „die streikenden Arbeiter durch Polizei hinauswerfen. Am Dienstagmorgen holte er erneut Polizei, um die Morgenschicht, die sich dem Protest angeschlossen hatte, ebenfalls durch Polizei von den Arbeitsplätzen entfernen zu lassen“ („Neue“, 13.2.80). Unter Polizeischutz verließen die Kollegen den Betrieb, um dann ihre erste Streikversammlung abzuhalten.

Die teilweise Nichtbezahlung der Arbeitszeit der beiden (nicht freigestellten) Betriebsratsmitglieder war aber nicht der alleinige Grund der Streikenden gewesen, sondern hatte nur endgültig das Faß überlaufen lassen. „Das Betriebsklima hatte sich in den letzten Monaten ständig verschlechtert ... Eine Urlaubsregelung fehlt, der Betriebsrat erhält keine Informationen über die Planung der weiteren technischen Entwicklung, neue Maschinen werden ohne Anhörung der Kollegen installiert ... eine vorgeschlagene Betriebsvereinbarung über die Einführung neuer Techniken wurde ... nicht mal beantwortet“ („Neue“, 13.2.80). Da ist es dann auch kein Wunder, wenn der Betriebsratsvorsitzende gegenüber der „FR“ vom 14.2.80 erklärt: „Seit einhalb Jahren ... habe der Geschäftsführer nur noch schriftlichen Kontakt mit dem Betriebsrat aufrechterhalten und diesen allein seit August 1979 mit über 90 Schreiben zu verschiedenen betrieblichen Problemen überzogen, die in 120 Antwortschreiben hätten behandelt werden müssen“.

Also kein Wunder, daß der Betriebsrat so viele Stunden für seine Arbeit brauchte.

Erfolg mit Einschränkungen

So lautet richtig die Einschätzung in der „TAZ“ vom 18.2.80, nachdem sich der Westberliner Senator für Arbeit und Soziales, O. Sund, einschaltete und einen Kompromiß zwischen den Streikenden und dem Verleger F.K. Maier erreichen konnte. So wurde der Streik auf einer Versammlung der Belegschaft bei wenigen Gegenstimmen aufgehoben, nachdem der Verleger versicherte, er werde in Zukunft bei den Betriebsratsmitgliedern keinen Teil des Lohns zurückhalten, aber das schon einbehaltene Geld nicht auszahlen und die Streitigkeit gerichtlich klären lassen.

Ein Druckergenosse

Bevorstehende Rationalisierungen und Massenentlassungen in der Stahlindustrie

Hoesch Werke, Dortmund: Verfahrensumstellung und Verminderung der Kapazität, 4.200 Entlassungen,
Saarländische Stahlindustrie: Konzentration der Roheisenerzeugung
Mannesmann: Stilllegungen und Produktionskonzentration mehr als 2.000 Entlassungen
Krupp: Verfahrensumstellung und Konzentration
Thyssen: Stilllegungen und Rationalisierungen (auch gerade in den Büros) über 3.000 Entlassungen
Peine-Salzgitter AG: Modernisierung der Verarbeitung und neues Produktionskonzept mehrere hundert Entlassungen
Klöckner: Verfahrensumstellung
Maxhütte: Neues Strukturprogramm

Schlappe für Daimler-Benz

Im September 1979 wurde der italienische Kollege Antonio M., der seit über 15 Jahren bei Daimler-Benz (Hamburg-Harburg) arbeitet, fristlos gekündigt, weil er einen Stopper als Ausbeuter und Betrüger bezeichnet haben soll. Wahrer Grund war allerdings, daß er in der Vergangenheit mehrfach gezeigt hatte, daß er sich nicht alles bieten läßt. Außerdem hatte er 1978 auf der Liste der oppositionellen „alternativen“ zum Betriebsrat kandidiert. Deswegen stimmte die Mehrheit des Betriebsrats (alle in der IGM) der fristlosen

Kündigung auch zu!

Nachdem ein 10.000 DM-Vergleichsangebot sowohl von Daimler wie auch von Toni abgelehnt worden war, kam es jetzt zum Urteil: Weil Toni zur Zeit seiner Kündigung amtierendes Betriebsratsmitglied war und die Gründe für eine fristlose Kündigung nicht ausreichten, wurde Daimler-Benz verurteilt, ihn wieder einzustellen. Damit ist der letzte (von mehreren) Versuchen, Kollegen der „alternativen“ rauszuschmeißen, wie alle vorigen gescheitert! Weiter so!

Kurzmeldung

US-Gewerkschaften als Aktionäre bei gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen

Über die Pensionsfonds für ihre Mitglieder sind amerikanische Gewerkschaften Aktionäre vieler Unternehmen. In einer Untersuchung fand die New Yorker Corporate Data Exchange heraus, daß die Gewerkschaften nunmehr beispielsweise 13,6 % der Aktien des Computergiganten „Texas Instruments“ halten, 12,9 %

der Hamburger-Kette Mac Donalds und 13,7 % des Hotelkonzerns Holiday Inns.

Dazu ist anzumerken, daß insbesondere in Mac Donalds Imbissstuben, von denen über 5.000 in aller Welt eingerichtet sind, gewerkschaftliche Aktivitäten oder auch nur Mitgliedschaft mit einem sofortigen Rauschmiß bestraft werden. (Aus „Echlot“ 30.1.80, Betriebszeitung des Arbeitskreises für Arbeiterbildung für den Bremer Vulkan).

Sicherheit der Arbeitsplätze bei der Deutschen Reichsbahn ? — »Diesen Standpunkt können wir nicht mehr vertreten«

Seit dem 15.1., als die Reichsbahndirektion Berlin 77 Kolleg(innen) der Deutschen Reichsbahn (DR) in Westberlin kündigte, ist bei der Belegschaft, für die die Entlassung wie ein Schlag aus heiterem Himmel kam, jedes Vertrauen in ihren „sozialistischen“ Betrieb total zum Teufel. Noch in ihrer Ausgabe 1/80 hatte die DR-Zeitung „Fahrt frei“, Beilage Westberlin, geschrieben: „Wir haben bei der Deutschen Reichsbahn in Westberlin einen sicheren Arbeitsplatz, uns Eisenbahnern ist nicht bange vor Entlassung oder Arbeitslosigkeit.“ Vor dem 15.1. war dies auch die Meinung der überwiegenden Mehrheit der bei der DR Beschäftigten Kolleg(innen). Heute wird nicht einmal mehr den Beteuerungen der Reichsbahndirektion (Rbd) geglaubt, daß keine weiteren Entlassungen mehr anstünden.

Wenn es im AK 170 hieß, daß die Kündigungen bei zahlreichen Kolleg(innen) ein Weltbild ins Wanken gebracht haben dürften und sicherlich auch Illusionen in die DDR-Gewerkschaft FDGB (in der die meisten DR-Beschäftigten organisiert sind) zerstört worden sind, so ist dies eher noch untertrieben. Ganze Brigaden erklärten ihren Austritt aus dem FDGB, z.B. die Rohrleger in der Hochbaumeisterei; in der Dienststelle Baum und Strauch gibt es gar keine FDGB-Mitglieder mehr.

Die Forderungen der Reichsbahner

Auf verschiedenen Belegschaftsversammlungen sowie in einem Offenen Brief von DR-Kolleg(innen) an die Rbd in Berlin/DDR wurde gefordert, eine Gesamtbetriebsversammlung aller Beschäftigten der DR in Westberlin einzuberufen, zu der ein bevollmächtigter Vertreter des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR kommen sollte, um klar zu sagen, wie die Zukunft der DR aussieht. Weitere Forderungen waren: ein eigenständiger Gewerkschaftsbezirk für West-

berlin, Anpassung der Satzung des FDGB in Westberlin an Westberliner Verhältnisse (die im FDGB organisierten Westberliner Reichsbahner gehören zum Gewerkschaftsbezirk Eisenbahn des Rbd-Bereichs Berlin), Mißtrauensantrag gegen die Bezirks-gewerkschaftsleitung (BZGL), die den Kündigungen zugestimmt hatte.

Weil eine Gesamtbetriebsversammlung aus technischen Gründen als undurchführbar erkannt wurde, fand am 5.2.80 eine Versammlung aller Vorsitzenden der Westberliner Betriebsgewerkschaftsleitungen statt. Zu dieser war auch ein Vertreter der Rbd Berlin erschienen, der folgendes bekannt gab: Die einzelnen Abteilungen der Rbd in Westberlin (Maschinenwesen, Betrieb und Verkehr usw.) werden aufgelöst; dafür wird ein zentrales Amt, das Reichsbahnamt 4, eingerichtet. Von diesem Amt werden verschiedene Kommissionen bestellt, die den Betrieb daraufhin durchforsten sollen, wo Rationalisierungen möglich sind. Sie sollen dann dem Reichsbahnamt entsprechende Vorschläge unterbreiten. Weitere Entlassungen sollen nicht erfolgen — das wurde jedenfalls zugesichert; die Belegschaft bleibt aber skeptisch.

Interessant ist übrigens, daß auf dieser Versammlung der FDGB vom Rbd-Vertreter als Tarifpartnerr der DR bezeichnet wurde. Bislang war davon noch nie die Rede gewesen. Lohn- und Gehaltserhöhungen waren bislang immer von einer Kommission aus Vertretern des FDGB und des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR ausgeknobelt und der Belegschaft von oben verkündet worden. Für Gewerkschaftsgruppen besteht keine Möglichkeit, irgendwelche Forderungen einzubringen. Es finden keine (öffentlichen) Tarifverhandlungen statt. Die gewerkschaftlich organisierten Kolleg(innen) haben keine Mittel, Druck auszuüben (keine Urabstimmung, kein Streikrecht). Die Änderung dieses Zustands ist auch eine Forderung, die in dem Antrag auf Anpassung der Satzung des FDGB in Westberlin an Westberliner Verhältnisse enthalten ist.

„Bisherige Maßnahmen zur rationalen Gestaltung der Arbeit führten nicht zum Erfolg“

Inzwischen hat die Rbd einige Schönheitskorrekturen vorgenommen. Da die Kündigungen vom grünen Tisch in Berlin/DDR ausgesprochen worden waren, war es zu grotesken, aber auch skandalösen Begleiterscheinungen gekommen. So erhielt ein bereits vor einiger Zeit gestorbener Kollege eine Kündigung sowie ein Kollege, der bereits vor Monaten von sich aus bei der DR gekündigt hatte; betroffen waren allerdings auch hochschwangere Kolleginnen. Einige der krassen Härtefälle sind nun zurückgenommen worden, dafür wurden Kolleg(innen), bei denen es nur wenige Wochen oder Monate bis zur Rente dauert, vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Von den übrigen Betroffenen hat eine leider nicht genau bekannte Anzahl die Konfliktkommission angerufen (nach dem Arbeitsgesetzbuch der DDR ist die von der Belegschaft gewählte Konfliktkommission die unterste Instanz der Arbeitsrechtsprechung; ihr Spruch ist geltendes Recht). In keinem einzigen Fall hat eine Konfliktkommission gegen die Kolleg(innen) entschieden. Der Rbd bleibt nur noch der Weg zum Arbeitsgericht offen.

In einem Interview mit „Fahrt frei“, Westberlin-Beilage, Nr. 3/80, gab der Präsident der Rbd Berlin, Walter Grohs, jedoch unmißverständlich zu verstehen, daß die DR — als Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten des 11. Plenums des ZK der SED — prinzipiell am eingeschlagenen Rationalisierungskurs festhalten will. Im einzelnen führte Grohs aus: „Die bisherigen Maßnahmen zur Senkung des Aufwandes und zur rationalen Gestaltung der Arbeit führten nicht zum Erfolg. Wir müssen betonen, daß insbesondere der Aufwand

für Leitung, Verwaltung und andere, nicht der unmittelbaren Durchführung des Eisenbahntransportes dienende Bereiche zu hoch ist. Das traf vor allem auf die Reichsbahnausbesserungswerke Tempelhof und Grunewald zu. Deshalb konnten wir es leider nicht vermeiden, im Zusammenhang mit der Kürzung der Arbeitskräfte und Stellenpläne beider Werke, auch die Arbeitsverhältnisse für eine Reihe von Mitarbeitern aus den genannten Bereichen zu beenden. Bisher hatte die Rbd mit Rücksicht auf die Lage der Mitarbeiter versucht, ohne solche einschneidenden Schritte auszukommen. Diesen Standpunkt können wir leider nicht mehr vertreten.“ Grohs kündigte „umfangreiche Maßnahmen zur rationalen Gestaltung unserer Arbeit sowie zur Senkung des Aufwandes“ an. „Großen Wert“ legte er „in diesem Zusammenhang ... auf eine besonders enge Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen der SEW und den BGL (Betriebsgewerkschaftsleitungen - AK) in den Dienststellen.“

Am 24.1.80 fand im Reichsbahnausbesserungswerk „Franz Stenzer“ in Berlin/DDR die 7. Delegiertenkonferenz der Bezirksgewerkschaftsleitung (BZGL) Eisenbahn der Rbd/Bezirk Berlin statt. Es nahmen 168 Delegierte teil, 23 kamen aus Westberlin. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden Rudolf Wilde stellt sich die Gewerkschaft folgende Aufgaben: Bessere Ausnutzung der Arbeitszeit, sparsame Wirtschaftung mit Material und Energie, volle Ausnutzung der Produktionsmittel, Leistung von Qualitätsarbeit, Senkung der Fehlstunden und Ausfallzeiten, Verbesserung der Ordnung und Disziplin. Zum Abschluß wurde die neue BZGL gewählt; aus Westberlin wurden u.a. Lothar Sperlinski und Wolfgang Perleberg, die die Entlassungen bei der DR mitverantworteten, wiedergewählt. Wolfgang Perleberg wurde stellvertretender Vorsitzender. Zum Abschluß dankte Rudolf Wilde den Mitgliedern der BZGL für ihre geleistete Arbeit und den Delegierten für das der BZGL erwiesene Vertrauen ...

Falsche Freunde der Reichsbahner

Für die bürgerlichen Medien und Parteien sind die Vorfälle bei der DR ein gefundenes Fressen. Sie „wußten“ sogleich, wieviel weitere Entlassungen noch anstehen. Die GdED (westdeutsche Eisenbahngewerkschaft) spannt von einem Brief aus der DDR, in dem angeblich die konkrete Zahl von 500 Entlassungen genannt worden sein soll und zählte auch gleich die Dienststellen auf, in denen die Entlassungen stattfinden sollen. Springer-Zeitungen „enthüllten“, wie die Rationalisierung aussieht: 30-Minuten-Takt auf verschiedenen S-Bahn-Strecken — den es allerdings schon lange gibt. Lt. „BZ“ vom 6.2. sollen sich auch schon viele Reichsbahner bei der BVG (Westberliner Verkehrsbetriebe) beworben haben; Tatsache ist, daß bislang noch kein Dutzend Kolleg(innen) von sich aus wegen der Entlassungen gekündigt hat ...

Von den im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien wird große Empörung herausgeholt; nach wie vor wird jedoch jede Forderung nach Subvention der DR/Westberlin kategorisch abgelehnt, obwohl die S-Bahn ein rein Westberliner Verkehrsbetrieb ist. Bislang ist die S-Bahn noch nicht einmal in die Verkehrsplanung einbezogen; z.T. ist es immer noch so, daß Bushaltestellen weit weg von S-Bahn-Höfen liegen und Buslinien parallel zur S-Bahn-Strecke verlaufen — ein Relikt aus den Zeiten des Mauerbaus. Zweifelloos trägt der Westberliner Senat ein Gutteil Mitverantwortung an der prekären wirtschaftlichen Lage der DR (jährlich 130-140 Mio. DM Defizit).

Zweifelloos werden sich der Westberliner Senat und die bürgerlichen Parteien auf der einen, die Rbd auf der anderen Seite noch längere Zeit gegenseitig die Schuld für die Misere in die Schuhe schieben — auf der Strecke bleiben die Interessen der Reichsbahner. Sie haben von beiden Seiten nichts zu erwarten.

Genossen von der DR

Ein Betrieb wird halbiert



„Sicher in die 80er Jahre“ — wie weit solche Sprüche tragen, erfuh die Belegschaft der Firma Dr. Kern GmbH in Göttingen, die Ultraviolett- und Infrarot-Bestrahlungsgeräte herstellen, gleich zu Beginn des neuen Jahres.

Schon seit Herbst letzten Jahres mußte die Mehrheit der damals noch knapp 200 Kolleginnen und Kollegen jede zweite Woche kurzarbeiten. Aber die Versicherung der Geschäftsleitung, durch Kurzarbeit wirtschaftliche Schwierigkeiten vorübergehend zu überbrücken, trug.

Mitte Januar ließ die Geschäftsleitung die Katze aus dem Sack: Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung, zu der extra Geschäftsführer aus dem Konzern angereist kamen, hieß es nunmehr, eine „Betriebs einschränkung“ und eine „Umstrukturierung der Belegschaft“ sei unvermeidlich geworden. Auf gut deutsch hieß das nichts anderes, als daß die Hälfte der Belegschaft aus den Plänen der Geschäftsleitung gestrichen wird und rausfliegt.

Die Marktentwicklung mache diese Maßnahme erforderlich, so lautete die Begründung, die Belegschaft müßte der Markt- und Umsatzentwick-

lung angepaßt werden. „Gesund-schrumpfen“ solle die Firma, was ja wohl nichts anderes heißt, als daß die Herren der Geschäftsleitung wieder „gesunde“ Gewinne machen wollen und dazu nur noch 100 Leute brauchen.

Unternehmerrisiko?

Auf der Betriebsversammlung am 17. Januar 1980 gingen die Herren der Geschäftsleitung mit keinem Wort auf ihre eigenen Fehler ein, die zu der Misere für die Kolleginnen und Kollegen geführt hatten. Die Firma Dr. Kern wurde 1971 vom HERAEUS-Konzern aufgekauft. Dr. Kern war der größte Konkurrent der Firma Original-Hanau, die auch zum HERAEUS-Konzern gehört. Die Konkurrenz wurde ausgeschaltet.

Das Unternehmen hatte damals eine führende Stellung auf dem Markt und Dr. Kern Heimsonnen, Solarien und Wärmestrahler waren ein Qualitätsbegriff. Doch das blieb nicht lange so: Spezial-UV-Lampen wurden nach Hanau ausgelagert, der Umsatz und der Profit stürzten, es wurde kaum etwas für die Entwicklung neuer Produkte getan. Die Chefs ruhten sich auf ihren Lorbeeren aus.

Schließlich nannten sie sich selbst „Deutschlands Sonnenspezialist“. Doch die Quittung kam prompt:

Bei Tests fielen die Dr.-Kern-Geräte durch, was schon 1976 erstmals Kurzarbeit für die Belegschaft bedeutete.

Danach kam Konkurrenz auf: Neue Geräte, die ohne Sonnenbrand bräunen und viel einfacher und billiger sind, kamen auf den Markt. Die Herren, die noch immer selig auf ihren Lorbeeren schliefen, verpaßten die technische Entwicklung völlig. Verfehlte Management-Entscheidungen führten dazu, daß aus dem „Sonnenspezialist“ ein „Nachhauspezialist“ wurde. Für ihre Fehlplanungen muß nun die Hälfte der Belegschaft büßen. Unternehmerrisiko wird so etwas genannt, was bisher immer die Arbeiter tragen mußten — durch Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Abfindung durch „Sozial“plan

„Abbau von Überkapazitäten auf dem Personalsektor“, was von der Geschäftsleitung so umschrieben wird, bedeutet für nunmehr 60 Kolleginnen und Kollegen die Entlassung zum 31. März. Eine Reihe von weiteren Kolleginnen und Kollegen haben mittlerweile von sich aus gekündigt. Für viele von ihnen wird es schwer sein, in der gegenwärtigen Situation einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen.

Da hilft ihnen auch wenig eine Abfindung, die sie erhalten werden.

Die Geschäftsleitung hatte anfangs angekündigt, eine „stark sozial akzentuierte Lösung“ für die Entlassenen anzubieten, aber in die Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan ging sie mit einem Angebot, daß für die Entlassenen pro Beschäftigungsjahr einen Abfindungsbetrag von 300 DM vorsah.

Nach mehrstägigen Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat und IG Metall, über denen immer die Drohung schwebte, man könne die Produktion ja auch ganz einstellen, wurde schließlich Ende letzter Woche ein Ergebnis erzielt, nach dem jeder von einer Kündigung Betroffene einen Abfindungsbetrag von 800 DM pro Beschäftigungsjahr erhält. Auch die Kolleginnen und Kollegen, die seit Anfang des Jahres von sich aus

gekündigt haben, erhalten jeweils ein Drittel der Abfindungssumme ausbezahlt.

Gesicherte Zukunft?

Aber ist nach den Massenentlassungen bei Dr. Kern nun für die Belegschaft die weitere Zukunft gesichert?

Die Geschäftsleitung wird nicht müde zu beteuern, daß sie die feste Absicht habe, das Unternehmen zu erhalten, und an eine Schließung der Fa. Dr. Kern nicht gedacht sei. So konnte man es zumindest im „Göttinger Tageblatt“ lesen. Aber in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die ja für Arbeiter-Leser weniger gedacht ist, stand Anfang Februar zu lesen, daß für den HERAEUS-Konzern die 200 Arbeitsplätze in Göttingen „zur Disposition stehen“, auf deutsch: das Unternehmen dicht ge-

macht werden könnte. Auf der recht turbulenten Betriebsversammlung vom 13.2. ließ sich die Geschäftsleitung auch nur entlocken, sie glaube und hoffe, die Arbeitsplätze erhalten zu können. Wie Planungsüberlegungen des Konzerns — auch in Hanau sollen Entlassungen anstehen — aussehen, läßt sich derzeit nicht genau feststellen. Eines aber ist sicher: An der Unsicherheit der Arbeitsplätze wird sich grundsätzlich nichts ändern.

Aber auch auf die Belegschaft von nunmehr 105 Beschäftigten der Firma Dr. Kern werden ab April sicher beträchtliche Veränderungen zukommen. Denn es werden erhebliche Umstrukturierungen vorgenommen werden, wenn die Produktion mit einem halbierten Betrieb weitergeführt werden soll.

Meldungen aus Betrieb und Gewerkschaft

VDO-Betriebsrat gewann nach zwei Jahren Arbeitsgerichtsprozeß

Am 31. Januar 1978 war Ulrich Kühn wegen „Arbeitsmangels“ gekündigt worden. Jetzt erst entschied das Landesarbeitsgericht Frankfurt, daß die Kündigung unberechtigt war und Ulrich Kühn wieder beschäftigt werden muß.

Noch nach seiner Entlassung hatte er im Frühjahr 1978 bei der Betriebsratswahl auf einer „Internationalen Liste“ kandidiert. Diese oppositionelle Liste, die u. a. mehr innergewerkschaftliche Demokratie forderte, bekam 41 Prozent der Stimmen und 19 Sitze im Betriebsrat. Dafür bekam dann Ulrich Kühn von der IGM-Verwaltungsstelle Frankfurt noch ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens, das mit Funktionsverbot und Teilnahmeverbot an IGM-Veranstaltungen endete.

In der ersten Instanz hatte das Arbeitsgericht die Kündigung zurückgewiesen, weil der Betriebsrat nicht ordnungsgemäß angehört worden war. Die VDO ging in die Berufung,

konnte in der zweiten Instanz aber nicht nachweisen, daß tatsächlich ein „Auftragmangel“ geherrscht habe. Im Gegenteil konnte Ulrichs Rechtsanwalt nachweisen, daß Neueinstellungen vorgenommen worden waren. Daraufhin stellte der Personalchef einen Antrag auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses, da das Vertrauensverhältnis gestört sei. Als Beweis dafür zog die VDO-Geschäftsleitung ein Interview mit Kühn im ID (Informationsdienst zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten) heran. Durch die im Interview vertretene Darstellung, aus dem Betriebsratsbüro eine Anlaufstelle zu machen, wo man auch Kaffee trinken kann, wurde von der Geschäftsleitung geschlossen, Kühn wolle den Produktionsablauf gefährden, Unruhe stiften, das Betriebsratsbüro in eine Kaffee-Stube verwandeln.

Aber Spekulationen über sein zukünftiges Verhalten sind noch kein Kündigungsgrund, und so erhielt VDO-Betriebsrat Ulrich Kühn seinen Arbeitsplatz und sein Betriebsrats-Mandat zurück.

Metallkommission

Gleiche Pflichten — ungleiche Rechte

Für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in Hessen!

Frankfurt ist die ausländerreichste Stadt der BRD (danach kommen München und Stuttgart): Die Ausländer machen 20,2 % der Gesamteinwohnerzahl aus (in Zahlen: 127.400, davon sind 30.000 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren, und 30.000 sind Frauen über 20 Jahren; nach „FAZ“ vom 14.12.79 und 19.12.79).

Das heißt: Jeder 5. Einwohner Frankfurts ist Ausländer bzw. Ausländerin. In Hessen leben insgesamt 1,1 Millionen Einwohner. Im September 1976 — 432.000 Ausländer/innen.

Ausländer in der BRD haben zwar die gleichen Pflichten wie die deutsche Bevölkerung, aber nicht die gleichen Rechte.

Steuern und Sozialabgaben dürfen sie zahlen — wenn es aber um Mit- oder gar Selbstbestimmung geht über Dinge, die sie selber betreffen: Schulbildung, Sozialwesen, medizinische Versorgung, Bauwesen oder auch allgemeine Fragen wie die Zugangssperre, haben sie buchstäblich „nichts zu melden“.

Denn dazu fehlt ihnen u.a. ein demokratisches Grundrecht: das Wahlrecht. In Hessen hat sich im vergangenen Jahr eine „Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer“ gebildet, der derzeit über 20 Organisationen angehören.

Eine ähnliche Initiative existiert in Westberlin seit 1978.

Bevor in diesem Artikel auf diese konkrete Forderung eingegangen wird, einige aktuelle Beispiele zur Diskriminierung von Ausländern in Frankfurt:

Schule

In Frankfurt gibt es über 6000 türkische Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Vor kurzem empörte sich der CDU-Landtagsabgeordnete Wolf-Dieter Firnhaber über die hohe Fehlquote von türkischen Kindern: zwanzig bis vierzig Prozent sollen regelmäßig die Schule „schwänzen“ (FAZ, 5.12.79). Nur, was steckt dahinter? Es gibt zu wenig türkische Lehrer, sodaß oftmals türkische Kinder ohne jegliche Deutschkenntnisse einfach in deutsche Klassen gesetzt werden. Für sie gestaltet sich dann der Unterricht mehr oder weniger als „Stummfilm“.

Über 8000 griechische Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren wohnen

sollen regelmäßig die Schule „schwänzen“ (FAZ, 5.12.79). Nur, was steckt dahinter? Es gibt zu wenig türkische Lehrer, sodaß oftmals türkische Kinder ohne jegliche Deutschkenntnisse einfach in deutsche Klassen gesetzt werden. Für sie gestaltet sich dann der Unterricht mehr oder weniger als „Stummfilm“.

Über 8000 griechische Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren wohnen ebenfalls in Frankfurt. Seit Monaten kämpfen griechische Elternvereine für das Verbot reaktionärer griechischer Lehrbücher durch den hessischen Kultusminister Krollmann. Diese Auseinandersetzung wurde von einer Arbeitsgruppe im „Initiativ-ausschuß Ausländerischer Arbeitnehmer in Hessen“ schon im Mai 1979 dokumentiert. Die AG wirft den in der BRD unterrichtenden griechischen Lehrern vor, „kritiklose Diener der Obrigkeit“ zu sein. Die von ihnen benutzten Schulbücher (die sie von der Griechischen Botschaft in Bonn bekommen) seien „realitätsfremd, anachronistisch, antipädagogisch und nutzlos“. Ihr Inhalt sei „chauvinistisch und nationalistischer Prägung“ (Dokumentation der Arbeitsgruppe). So ist im Lesebuch der 5. Klasse (Ausgabe 1978) etwa nachzulesen:

„... Ich werde mein Schiff mit großen Kanonen ausrüsten und in Richtung Türkei fahren. Dort werde ich alle Türken töten. Wenn alle Türken in der Türkei getötet worden sind, werden nur noch die türkischen Soldaten auf der Insel Zypern übrig bleiben. Dann werden wir Griechen in der Lage sein, die Türken auf Zypern in kurzer Zeit ins Meer zu werfen“ (Rheinische Post, 22.11.78).

Diese Szene wird als „Traum eines Kindes“ dargestellt. Der einzige Kommentar am Ende dieses Textes ist:

„... Was ein Kind so alles träumt...“ Aus dem gleichen Lehrbuch ein anderes Zitat:

„Ein Grieche zu sein, ist was Besonderes. Nicht jeder kann Grieche sein. Die Griechen werden als Nation immer überleben und großen Ruhm erwerben. Die Natur will es, daß wir immer die Großen bleiben, jeder auf der Welt sieht, daß wir echte Männer sind“ (ebda.).

Im Bürgerkunde-Lehrbuch für die 3. Klasse heißt es:

„Die Familie wird zur Schule, in der die Kinder so erzogen werden, daß sie später die Herrscher des Staates ehren und respektieren“ (aus: Dokumentation, s.o.).

Bereits im November 78 wurde Kultusminister Krollmann vom „Verein griechischer Eltern und Erziehungsbeauftragter in Frankfurt e.V.“ aufgefordert, Stellung zu nehmen, mit welchen Büchern in Hessen an

welchen Schulen und in welchen Kursen unterrichtet wird — zumal der Einsatz dieser Schulmittel laut Erlass vom hessischen Kultusministerium direkt genehmigt worden ist.

Kurz darauf erhob der Verein Klage beim Verwaltungsgericht.

Nach langwierigen Verhandlungen mit der griechischen Botschaft verbot Krollmann das Lesebuch „Agnostiko“ im April 1979 (in „Agnostiko“ wird der griechische Militäreinsatz gegen Zypern verherrlicht, dort ist auch der „Große Traum“ enthalten; s.o.). Immerhin hatten die griechischen Eltern dafür über 2 Jahre gekämpft... Nationalismus und Verherrlichung des Faschismus ist allerdings nicht das trübe „Privileg“ der griechischen Schulbücher. Die spanischen Lehrbücher enthalten heute noch Jubeltexte zum Franco-Regime.

Insgesamt ist die Schul- und Berufsbildungssituation der ausländischen Kinder und Jugendlichen eins der größten Probleme.

Vertreter/innen von 12 verschiedenen Ausländervereinen, die sich zu dieser Frage im Juni 1979 zu einer „Gemeinsamen Aktion“ zusammengeschlossen haben, haben gegenüber den westdeutschen Behörden schwere Vorwürfe auf einer Veranstaltung in Frankfurt (5.6.79) erhoben:

Die bisherige Schulpolitik habe „den doppelten Analphabetismus gefördert und damit sozialen Zündstoff sowohl für die Bundesrepublik als auch für die jeweiligen Heimatländer geschaffen“ (FNP, 5.6.79).



Schlecht ausgebildet — die Hälfte erreicht nicht den Hauptschulabschluß — sei die Mehrheit der ausländischen Kinder und Jugendlichen ohne Zukunft, wenn nicht durch sofortige Maßnahmen Abhilfe geschaffen werde.

Auf verschiedenen Demonstrationen in Frankfurt forderte das „Komitee gemeinsame Aktion ausländischer Gruppen und Vereine in Frankfurt“:

- Integration aller ausländischen Kinder in das deutsche Schulsystem (unter Beibehaltung der nationalen Identität);
- Recht auf Arbeit;
- Gleiches Kindergeld für Ausländer (seit dem 1.1.80 ist eine Kindergeldkürzung für nicht der EG angehörende Ausländer, deren Kinder im Heimatland leben, gültig).

Wohnsituation

Nach wie vor, in Frankfurt wie auch anderswo, leben Ausländer in feuchten Kellern, Baracken, Lagerräumen und sind jeder Spekulation ausgeliefert.

Mit der Wohnsituation hängt die Aufenthaltserlaubnis eng zusammen. Wenn z.B. ein Ausländer bzw. eine Ausländerin (der/die keiner EG-Nation angehört) nach 5-jähriger Berufstätigkeit einen Antrag auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis stellt, so wird seine/ihre Wohnsituation überprüft. „Wenn die vorgeschriebene Quadratmeterzahl pro Person nicht vorhanden ist, wird der Antrag oft abgelehnt“ (FR, 5.6.79). Zwar ist in den bilateralen Regierungsvereinbarungen über die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer/innen, wie sie die BRD seit 1955 mit mehreren Ländern getroffen hat, die Unterbringung „garantiert“ worden, allerdings gab es für 700.000 ausländische Arbeiter Anfang der sechziger Jahre nur 55.000 Schlafplätze (Veranstaltung des „Komitee Gemeinsame Aktion“, 3.6.79).

Knast

Seit vier Jahren arbeitet der spanische Priester Antimo Gaitte als Seelsorger im (Frankfurt-) Preun- gesheimer Knast.

Er hat jetzt vor, eine Anklage niederzuschreiben gegen „die diskriminierenden Haftbedingungen, insbesondere für Ausländer“.

Gaitte: „Die Lebensbedingungen eines Gefangenen in einem deutschen Gefängnis sind unmenschlich. Gerade die ausländischen Gefangenen werden von den eigenen als auch von den deutschen Behörden total vergessen“ (FR, 5.10.79).

54 % der männlichen Gefangenen in Preunsesheim (Gesamtzahl: etwa 850) sind Ausländer.

Bis zu zwei Jahren, so Gaitte, warten sie dort auf ihren Prozeß, sitzen täglich 12 Stunden, ohne überhaupt verurteilt zu sein, „in ihrem WC mit Bett und gehen auf und ab, wie die Löwen im Zoo“ (ebda.). Die Zelle hat nicht mehr als höchstens 5 Quadratmeter — während schon für die Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis 12 Quadratmeter nachgewiesen werden müssen...

Ausländer müssen unter der Isolierung im Knast doppelt leiden: weder in Untersuchungs- noch in Straftat ist es ihnen gestattet, daß sie mit Angehörigen oder Sozialarbeitern in ihrer Landessprache sprechen: es darf nur auf deutsch geredet werden! Wer die deutsche Sprache nicht beherrscht, muß bei Unterhaltungen mit Freund/Freundin, Mann/Frau stets den Dolmetscher dabei haben — der obendrein von ihnen selber bezahlt werden muß!

Behandlung bekommst, die Du alte Drecksau verdienst. Heil Hitler“ (ebda.).

Die IAF, die heute etwa 1000 Mitglieder zählt und 40 Gruppen in der gesamten BRD aufgebaut hat, kämpft für folgende Ziele:

- gesetzlich garantiertes Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis für ausländische Ehemänner deutscher Frauen;
- Wiedereinreiseerlaubnis für ausgewiesene Ehepartner deutscher Frauen;
- Änderung des Ausländergesetzes von 1965 im Sinne eines tatsächlich liberalen Alternativentwurfes;
- Reform des „Deutschen Internationalen Privatrechts“ auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau;
- freie politische Betätigung für alle Ausländer in der BRD.

Die „IAF“ hat einige Erfolge verbuchen können: Das „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ wurde geändert, Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter können seit 1975 auch die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen.

Bislang wird die IAF notdürftig von Mitgliedsbeiträgen, Spenden u.ä. finanziert. Seit Monaten verhandelt sie ergebnislos mit dem hessischen Sozialminister Armin Claus über eine staatliche Förderung.

Für das kommunale Wahlrecht!

Die SPD erhob die Forderung nach Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer erstmals auf einer kommunalpolitischen Konferenz in Nürnberg im Oktober 1974.

Auf dem Mannheimer Parteitag 1975 war dies auch Beschlussvorlage der Partei. Auf verschiedenen Bezirks- und Landesparteitagen bekräftigte die hessische SPD abermals diese Forderung, aber die Jahre vergehen, und Papier ist geduldig...

In einer Umfrage in Frankfurt vom März 79 bejahten 68 % aller Ausländer diese Forderung (von den Türken sogar 81,1 %; Italiener: 56,8 %; Umfrage der „Arbeitsgruppe soziale Infrastruktur an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität“, Frankfurt/Main).

Innerhalb der SPD-Landtagsfraktion wird sich darüber gestritten, ob eine Teilnahme von Ausländern an den Kommunalwahlen mit oder ohne

vom März 79 bejahten 68 % aller Ausländer diese Forderung (von den Türken sogar 81,1 %; Italiener: 56,8 %; Umfrage der „Arbeitsgruppe soziale Infrastruktur an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität“, Frankfurt/Main).

Innerhalb der SPD-Landtagsfraktion wird sich darüber gestritten, ob eine Teilnahme von Ausländern an den Kommunalwahlen mit oder ohne Grundgesetzänderung möglich ist, da im GG nicht präzisiert sei, ob das „wählende Volk“ deutsch sein muß oder nicht. Die SPD argumentiert wie folgt:

- Nach dem Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst haben die Ausländer sowohl das passive als auch das aktive Wahlrecht;
- ebenso macht das BVG keine Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen;
- der Zugang zum DGB ist Deutschen wie Ausländern offen;
- im Hochschulbereich sind die ausländischen Studenten rechtlich gleichgestellt;
- in der hessischen Gemeindeordnung (HGO) wird die Mitarbeit von Ausländern vorgesehen. Im übrigen wären in Hessen 1979 ca. 350.000 Ausländer wahlberechtigt gewesen...

Dagegen hat sich besonders CDU-Fraktionsvorsitzender Milde engagiert:

1. „Probleme entstehen für unsere ausländischen Gäste überwiegend am Arbeitsplatz, bei Schul- und Wohnungsverhältnissen. Gemeinden und Kreise haben hierfür keine Gesetzgebungskompetenz. Ein Kommunalwahlrecht für Ausländer brächte diesen insoweit also keine unmittelbare Einfluß- oder Entscheidungsmöglichkeit“.
2. „Die bei uns lebenden Ausländer kommen zum großen Teil aus Ländern mit völlig anderem Staatsaufbau, anderen politischen Systeme“.

Mitglieder der Initiative zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer in Hessen:

Deutsche Jungdemokraten Hessen, Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e. V. (Bundesvorstand), Junge Europäische Föderalisten (LV Hessen), Jungsozialisten Hessen Süd (JUSOS), Initiativkreis ausländische Mitbürger in Hessen, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Frankfurt, Internationales Forum ausländischer Arbeitnehmervereinigungen des Kirchlichen Außenamtes der EKD (IFA), Verein Griechischer Eltern und Erziehungsbeauftragter in Frankfurt und Umgebung e.V., Associazione Cristiana Lavoratori Italiani, Türkisches Kulturzentrum Darmstadt, Italienischer Elternverein Frankfurt, Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (Bundesverband), Sozialkritischer Arbeitskreis, Darmstadt, Spanischer Elternverein Frankfurt-Ost, Spanischer Kulturkreis Frankfurt, Portugiesisches Kulturzentrum Frankfurt, Die Grünen Darmstadt, Koordinierungsausschuß für den Europa-Kongreß der Spanischen Arbeitnehmer, HDB-Verein pro Volkseinheit der Türkei, Karsten D. Voigt (MdB-SPD), Vertreter der ÖTV und des Diakonischen Werkes, Internationales Familienzentrum Frankfurt, Die Grünen, Gießen.

men ... Deshalb besteht die Gefahr der Übertragung von politischen Auseinandersetzungen aus den Heimatstaaten in die kommunale Diskussion und unsere Kommunalparlamente...

3. „Die Übertragung dieser Auseinandersetzungen ... würde zu einer Radikalisierung des politischen Lebens in den Kommunen führen“ (!).

4. Das Kommunalwahlrecht stehe nur den (deutschen) „Staatsbürgern“ zu. „Wer die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzt, gehört nicht dazu“ (zum Staatsvolk).

Und schließlich gäbe es ja eine ganz andere Lösung: „Wer als Ausländer allein oder mit seiner Familie lange genug in der BRD gelebt hat, um Land und Leute, unsere Sitten und Gebräuche, unsere demokratische Verfassung in Theorie und Wirklichkeit kennenlernen zu können, hat die Möglichkeit, deutscher Staatsbürger zu werden“ (Hessischer Landtag, August/September 1979).

Unabhängig von der Frage, ob nun Gesetze geändert werden müßten oder nicht, wird die Verwirklichung dieses demokratischen Rechts letztendlich vor allem von dem gegebenen Nachdruck abhängig sein. Die Linke sollte sich nicht länger zieren, den Bemühungen der ausländischen Kolleg(inn)en (die bei der SPD gewiß nicht gut aufgehoben sind) den Rücken zu stärken. Selbstverständlich würde das kommunale Wahlrecht nicht die Probleme von Ausländern in der BRD lösen; als demokratisches Recht steht es ihnen aber ebenso zu wie der westdeutschen Bevölkerung! Dazu ist die Unterstützung solcher Initiativen, wie sie in Hessen und Westberlin existieren, nötig.

Bestellt die Broschüre der hessischen Initiative, die auch in sechs verschiedenen Sprachen übersetzt wurde, bei:

IAF, Kirchplatz 6a, 6 Frankfurt/M 90

Eine Frankfurter Genossin, KB Ffm

Warum kein kommunales Wahlrecht für Ausländer?

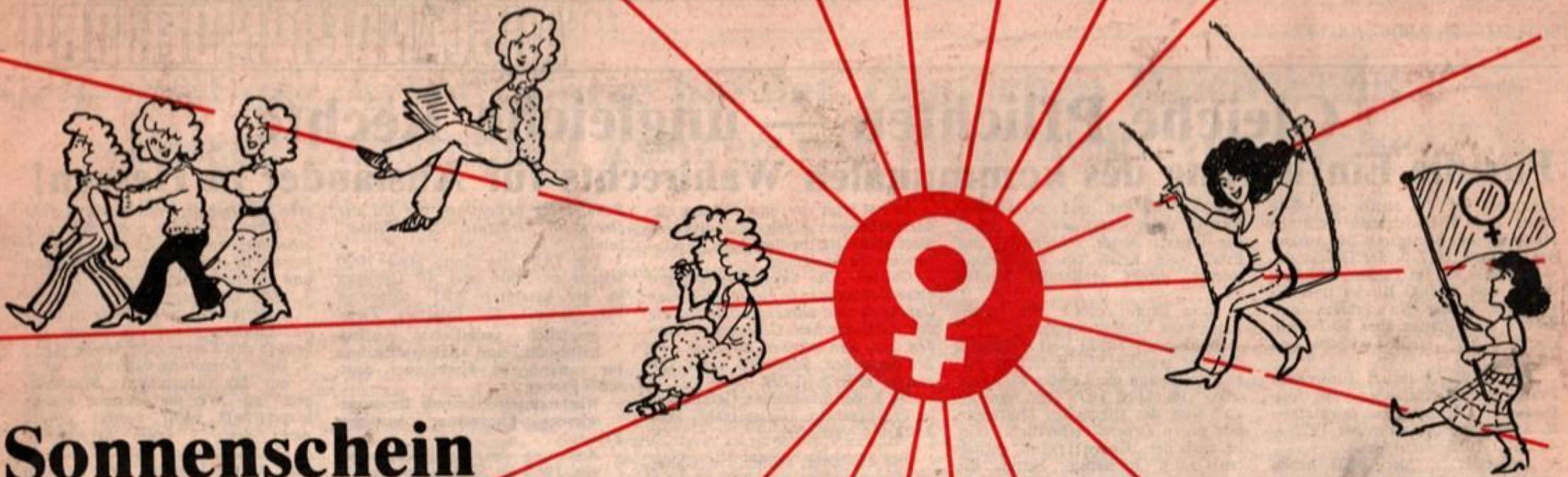
Das war das Thema einer Diskussion in Frankfurt am 15.2.80, veranstaltet vom „Club Voltaire“ gemeinsam mit der „Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts in Hessen“.

Warum kein kommunales Wahlrecht für Ausländer?

Das war das Thema einer Diskussion in Frankfurt am 15.2.80, veranstaltet vom „Club Voltaire“ gemeinsam mit der „Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts in Hessen“. Eingeladen war auch Prof. Zuleeg, Jura-Professor an der Frankfurter Universität und Mitglied der Initiative sowie Klaus Stürmfels (SPD), der sich leider in letzter Minute entschuldigte.

Rosi Almanasreh-Wolf stellte die Arbeit der Initiative dar, Prof. Zuleeg antwortete auf viele Fragen, die sich auf den juristischen Aspekt der Forderung konzentrierten.

Insgesamt waren ca. 100 Menschen, vorwiegend Ausländer, erschienen. Der Vorsitzende des „Griechischen Elternvereins Frankfurt“, Kefalides, machte darauf aufmerksam, daß eigentlich das Hauptproblem nicht die juristische Durchsetzbarkeit sei, sondern vielmehr die Ausländerfeindlichkeit der deutschen Bevölkerung. Kurz darauf jammerte ein deutscher Teilnehmer, die Ausländer würden sich ja nicht einmal selbst für ihre Belange einsetzen... Da erntete er den (berechtigten) Zorn fast aller (ausländischen) Teilnehmer/innen. Gerade in einer Stadt wie Frankfurt kann man/frau schwerlich in den letzten Monaten eine Mode zum Internationalismus entdecken...



Sonnenschein in der »Sackgasse« der KB-Frauenpolitik

Vor fast einem 3/4 Jahr haben wir Genossinnen in den Komitee-Bereichen (verschiedene Hamburger Bezirke und Betriebsbereiche) die Schulungsarbeit unter den Genossinnen wie der angekurbelt und regelmäßige Treffen initiiert. Wir diskutierten aktuelle Themen, setzten uns mit der „Emma“ und „Courage“ auseinander und propagierten das Buch „Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung“ (von Karin Bauer) als Schulungsmaterial. In einem Artikel in AK 155 „Wie rauskommen aus der Sackgasse in der KB-Frauenpolitik“ haben wir unsere Erfahrungen und Schwierigkeiten öffentlich gemacht. In einem weiteren AK schrieben wir eine Buchbesprechung zu K. Bauer, um für unsere Schulungsarbeit zu werben, neue Frauen zu gewinnen und Schulungsgruppen von Frauen für Frauen aufzubauen. Ca. 60 unorganisierte Frauen machen hier bisher mit, hinzu kommen noch viele Genossinnen aus der Organisation, denen wir empfohlen, selbst diese Initiative zu ergreifen. 8 Schulungsgruppen, davon eine hauptsächlich mit Frauen aus dem Bereich Betrieb und Gewerkschaft, sind das Ergebnis unserer Arbeit, einen kleinen Ausschnitt wollen wir Euch mit dem nachstehenden Bericht geben. Die regelmäßig angefertigten Berichte und Protokolle dieser Gruppen zeigen ein diskussionsfreudiges Klima. Arbeitspapiere wurden erstellt, wie z.B. ein Pro- und Kontra-Blatt zur Frage Lohn für Hausarbeit. Kontroverse Diskussionen gab es zur Frage der Verteidigung von Vergewaltigten. Vor allem die Bundestagswahlen 1980 und § 218 wurden breit diskutiert. Einige Genossinnen sind jetzt aktiv in die Untersuchungsarbeit eingestiegen und schreiben Artikel für den AK. Andere Genossinnen sind in der gewerkschaftlichen Arbeit wieder oder neu aktiv geworden. Darüber hinaus ist es uns gelungen, auch neue Genossinnen für unser Frauentreffen zu gewinnen und zwar auch gerade einige, die vor kurzem noch nicht die Notwendigkeit für unsere Schulungsarbeit gesehen haben. Die Reaktivierung unserer „praktischen“ Arbeit ist immer noch eine Schwierigkeit; b e g o n n e n haben wir erstmal mit der Unterstützung der Unterschriftensammlung für das Tribunal gegen den § 218. Weiter wollen wir uns an den Aktivitäten zum 8. März beteiligen. Die Diskussion über ein stärkeres Eingreifen unserer Schulungsgruppen in den Praxisfeldern unserer Frauennarbeit wird eines unserer nächsten Themen sein.

Erster Erfahrungsbericht der Karin-Bauer-Frauenschulungsgruppe (Gruppe Betrieb und Gewerkschaft)

Seit Anfang November letzten Jahres findet sich unsere Frauengruppe alle 14 Tage zusammen, um das Buch „Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung“ von Karin Bauer zu schulen. Wir sind zwölf Frauen aus verschiedenen Betrieben bzw. Arbeitsbereichen.

Unser erster Treff wurde zum gegenseitigen Kennenlernen so gestaltet, daß sich jede Frau persönlich vorstellte. Dabei wurde außer Name, Beruf, Situation auf der Arbeit und mit Kollegen usw. auch die besondere Problematik in Betrieb und Gewerkschaft bereits konkret dargestellt. Ebenso wurden Themen benannt, die in der Gruppe gewünscht wurden; außerdem die Frage, ob jemand schon Erfahrungen mit anderen Frauengruppen hatte und welche. Besonders interessant fanden wir auch gegenseitig, in welcher Wohnsituation die einzelnen leben, ob mit Freund oder ohne, ob mit anderen Frauen, mit Kind oder allein. Jede Frau gab auch gleich an, ob wir das Buch auf den Treffen gemeinsam lesen wollen oder jeder für sich vorbereiten möchte und ob und in welchem Rahmen aktuel-

le Themen diskutiert werden sollen.

Diese Diskussion beim Vorstellen hatte uns alle bereits total begeistert und positiv voreingenommen für weitere Treffen. Im Anschluß gingen wir gleich gemeinsam noch in die Kneipe, was wir bislang so beibehielten. Wir alle waren von dem netten und offenen Klima untereinander angetan! Wir haben auch für jede Frau eine vollständige Namensliste mit Adressen und Telefon fertiggestellt, damit wir uns gegenseitig mal zwischendurch anrufen können, zu Veranstaltungen, zu anderen Absprachen oder auch mal nur zu einem Fest einladen.

Ergebnis der Vorstellung war, daß fast alle Frauen betrieblich und auch gewerkschaftlich aktiv sind. Mehrere Betriebsrätinnen und Vertrauensfrauen und auch Jugendvertreterinnen sind dabei. Fast jede Frau ist in ihrer jeweiligen Abteilung als Frau in der Minderheit, im Betriebsrat und in gewerkschaftlichen Gremien sowie so. Dies war für alle ein Problem, viele brachten konkrete Beispiele, wie sie als Frauen doppelte Anstrengungen unternehmen müssen, um anerkannt zu werden.

Eine Kaufmannsgehilfin, die früher im „Arbeitskreis Transport“ der ÖTV war, fühlte sich dort abgesprochen, weil da fast nur „erfahrene“ Betriebsräte und dann auch fast nur männliche Kollegen waren. In ihrer jetzigen Abteilung ist sie die einzige Frau in einer Reederei und wird ständig von ihren männlichen Kollegen ange-macht, weil sie deren Erwartungen von „natürlicher Fräulichkeit“ nicht erfüllt! Eine Laborantin an der Hamburger Universität, wo die Vorgesetzten alle Männer sind, berichtet, daß die weiblichen Laborantinnen für die fast immer männlichen Doktoranden die ganzen Untersuchungen für deren Doktorarbeit machen, aber in der Doktorarbeit wird ihr Name natürlich nicht mal erwähnt.

Für viele Frauen war besonders das Thema des betrieblichen Umwelt-nicht mal erwähnt.

Für viele Frauen war besonders das Thema des betrieblichen Umweltschutzes interessant. Fragen wie das Umgehen mit giftigen Stoffen, Unfall-schutz und Arbeitssicherheit wollten sie gern besprechen. Verschiedene Einzelbeispiele aus der Praxis wurden gleich heiß diskutiert.

Eine Studentin studiert Arbeitspsychologie und hatte gerade eine Studie bei einer Versicherungsfirma gemacht, wo die psychischen Folgen bei Frauen, die am Bildschirm arbeiten, untersucht wurden.

Zwei Frauen waren von Anfang an dabei, die Honigfabrik in Hamburg-Wilhelmsburg mit aufzubauen (ein alternatives Kommunikationszentrum), sie sind da aktiv in einer Frauengruppe, machen beim Töpfern und bei Autoreparatur-Kursen mit. Sie sind gerade an unserer Schulungsgruppe interessiert, um sich ein grundrissliches geschichtliches Wissen über die Frauenunterdrückung und die Entwicklung der Frauenbewegung zu verschaffen.

Eine andere Frau hatte längere Zeit in einer Selbsterfahrungsgruppe mitgearbeitet, die aber zerbröckelte. Ein Grund für die Auflösung schien für sie darin zu bestehen, daß die Gruppe sich zu wenig um politische Themen gekümmert hatte. Sie erwartete von uns das „Gegenteil“.

Themen, die auf besonders großes Interesse trafen, waren: § 218, Frauen-gegen Strauß, Einführung von Bildschirmen, Lohngefälle zwischen Mann und Frau, Frauen in der Gewerkschaft, Rationalisierung und arbeitslose Frauen. Die große Mehrheit der Frauen wollte das Buch von Karin Bauer auf dem Termin gemeinsam lesen und diskutieren. Die Fülle von anderen Themen wollten wir, wo sinnvoll, im Zusammenhang des Buches ansprechen (wie Lohnfragen, Arbeitsschutzbestimmungen etc.). Jeder Termin sollte nach Möglichkeit in zwei Teilen geplant werden: Zum einen Schulung des Buches, zum anderen ein jeweils vorbereitetes aktuelles Thema.

Schulung des Kapitels: „Die besondere Unterdrückung der Frau: Die Hausklaverei“

Bei der Lesung und Diskussion um das Karin-Bauer-Buch kam es zu vielen Verständnisfragen und auch Beispielen, um die Theorie zu erklären. Wir wollen uns hier auf die Darstellung von Kritik und Auseinandersetzung beschränken.

1.) Die Entwicklung der Theorie bei Marx, Engels und Bebel: Ziemlich empörte Kritik gab es von den Frauen an der Stelle, wo Engels (auf S. 18 im K. Bauer-Buch) beschreibt, daß die Frau die Familie ernährt, der Mann zu Hause sitzt... und dann: „Man kann sich denken, welche gerechte Entlohnung diese tatsächliche Kastration bei den Arbeiterinnen hervorruft... kann man sich einen verrückteren und unsinnigeren Zustand denken?“... und weiter: „... ist die Herrschaft der Frau über den Mann, wie sie durch das Fabrikssystem notwendig hervor-gebracht wird, unmenschlich, so muß auch die ursprüngliche Herrschaft des Mannes über die Frau unmenschlich sein.“

Wir konnten diesen Satz überhaupt nicht teilen. Wir konnten zwar verstehen, daß Engels als Mann sehr viel mehr betroffen und engagierter auf Unterdrückung von Männern als die von Frauen reagiert. Wir sehen das aber anders und brachten Beispiele von arbeitslosen Männern, wo die Frau arbeiten geht. Wir kamen zu dem Schluß, daß hier keine automatische Umkehrung der Frauen- und Männerrolle läuft, sondern daß meistens die Frau zusätzlich zu ihrer Berufsarbeit trotzdem zu Hause noch Haushalt und Kinder versorgt. Der Mann geht vielleicht etwas mehr einkaufen oder wäscht ab - in Grenzen. Fakt ist allerdings, daß bei den Frauen diese Rolle so manifest einzuholen oder waschen so - in Grenzen. Fakt ist allerdings, daß bei den Frauen diese Rolle so manifest ist, daß sie diese Dinge nicht gleichermaßen als Unterdrückung empfindet, sondern leider eher als ihr selbstverständliches Los.

2. Die Ursachen der besonderen Unterdrückung der Frau:

Hier kamen wir auf das aktuelle Problem der Forderung nach Lohn für Hausarbeit zu sprechen. Nur eine Frau gab zu bedenken, daß bei dieser Forderung die Rolle der Hausfrau festgeschrieben werden könnte, ebenso die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Allerdings hatten wir auch diskutiert, daß die Tatsache, daß eine Frau berufstätig wird, sie nicht automatisch von ihrer Hausfrauenrolle befreit und sie auch nicht automatisch emanzipierter macht, wenn sie durch die Berufstätigkeit wenigstens die materiellen Voraussetzungen für Emanzipation erwirbt, was wir sehr wichtig fanden.

Jede Frau brachte dann Beispiele aus eigener Erfahrung, wie die Unterdrückung von ihr gerade am Arbeitsplatz weitergeht, wie auch die Löhne oft so niedrig (gerade für Frauen) sind, daß sie davon kaum für sich selbst sorgen können, geschweige denn für ein oder mehrere Kinder, daß für Frauen mit Kindern die Vermittlung im Arbeitsamt oft abgelehnt wird, wenn sie keine „Aufsicht“ für die Kinder nachweisen kann, daß Frauen, die als nicht vermittlungswürdig beim Arbeitsamt gelten, noch nicht einmal ein Recht auf Arbeitslosengeld haben, sondern nur Arbeitslosenhilfe bekommen. Und davon kann keine Frau existieren, daß Frauen heutzutage eher aus dem Betrieb geschmissen werden, die ersten Arbeitslosen sind; und da soll ich zur Nachbarin gehen, die „Nur“-Hausfrau ist, und ihr die tolle Möglichkeit ihrer Selbstbefreiung über den Weg der Berufstätigkeit predigen??? Das konnten wir nicht so platt sehen.

So war das Ergebnis, daß wir eigentlich alle für Entlohnung der

Hausarbeit waren. Der eigentliche Widerspruch fing bei uns dann erst mit der Frage an, ob auch wir, also Frauen, die berufstätig sind, diese Forderung aufstellen sollen. Hier kam von mehreren die Meinung, sie seien ja nicht im dem Sinne Hausfrauen, ihr Freund müsse ebenso ran oder die gesamte Wohngemeinschaft. Sie nehmen die Hausarbeit auch nicht so wichtig, da bleibt eben mal was liegen, und Gardinen wäscht man nur ganz selten, wenn man überhaupt welche hat.

Zur Frage Wohngemeinschaft oder auch Partnerschaft diskutierten wir, daß eben jeder Haushalt das Recht auf Lohn hat, egal, wie das dann später aufgeteilt wird. Und dann wurde dagegengehalten, daß wir allesamt doch die Hausarbeit ganz schön niedrig ansehen, uns einerseits ganz schön überheblich von den Hausfrauen distanzieren, andererseits unsere eigene Hausarbeit runterspielen, weil jede Frau für sich die Rolle der „Hausfrau“ ablehnt, wir aber doch nicht drumherum kommen. Wir fanden, daß folgender Satz genau auf unsere eigene Haltung zutrifft (Karin Bauer, Seite 26):

„Wie alle rückständigen Produktionsprozesse unterliegt ihr Einzelhaushalt und die darin geleistete Arbeit der gesellschaftlichen Ächtung!“ Ja, im Grunde sahen wir noch gar nicht richtig die gesellschaftliche Bedeutung der Hausarbeit. Hierüber wurde sehr heiß weiterdiskutiert, wir kamen zu dem Schluß, daß Lohn der Hausarbeit auch für Berufstätige gefordert werden müßte, wobei wir allerdings meinten, daß die einzelnen Modalitäten jetzt nicht unser Problem sind. Sowieso waren wir sehr skeptisch, ob so was jemals durchkäme, betonten aber, daß diese Forderung im Grunde gerade als Propagandaforderung für Hausfrauen ganz wichtig ist - für alle, auch die berufstätigen Hausfrauen, allein, um gegen die gesellschaftliche Ächtung dieser Arbeit anzugehen.

Andererseits fanden wir es wichtig, hierzu Begleitforderungen aufzustellen, die in die Richtung „Vergesellschaftung der Kindererziehung“ gehen. Das waren dann Forderungen wie: Bessere und mehr Kindergärten (hierbei gab es eine offengebliebene Debatte für oder gegen Betriebskindergärten), Babykrippen, gemeinsame Waschzentren in großen Häusern, gemeinsame Küchen: Hier malten wir das absurde Bild eines Hochhauses, in dem in jeder Zweim Zimmerwohnung abends jede Wohneinheit ihr eigenes Abendessen kocht, jedes Kind alleine spielt, im jeweils kleinen, viel zu kleinen Zimmer, statt daß es mit anderen Kindern gemeinsam in einem großen Spielzimmer was machen kann usw. usw.

Zur Vertiefung der Debatte um Lohn der Hausarbeit zogen wir auf unserem nächsten Treffen noch verschiedene Texte hinzu, wie z.B. aus „Der kleine Unterschied“ von Alice Schwarzer und verschiedene Texte von „Lotta Feminista“.

3.) Die Folgen der Theorie von der sogenannten „Geschlechtsklaverei“:

Anläßlich der in diesem Kapitel angeführten Zitate von Thönessen, Bornemann und Zetkin ergab sich eine ausführliche konkrete Diskussion um die Frage der Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen. Zu Thönessen, der es völlig unverständlich erschien, daß Frauen sich als „Mauerbrecherin“ betätigten, indem sie ihre Arbeitsschutzforderungen auch im Interesse der Männer vertraten, hatten wir folgendes einzuwenden: Es gibt durchaus Gifte, z.B. radioaktive Strahlen, die für Frauen bzw. für deren spätere Kinder in höherem Grade gefährlicher sind, als für Männer. Wir meinen aber daß natürlich auch die Männer davor geschützt werden müssen. Als brutalen Ausdruck kapitalistischer Menschenfeindlichkeit brachte eine

Frau das Beispiel, daß Männer, die über vierzig sind (also nicht mehr im typisch zeugungsfähigen Alter), ruhig mit krebserzeugendem Blei arbeiten dürfen, aber keine jüngeren Männer und keine Frauen.

Andererseits betonten wir im Gegensatz zu Bornemann, daß gerade schwangere Frauen besonders geschützt werden müssen. Wir billigten durchaus zu, daß Frauen in gesunder, natürlicher Umgebung in irgendeiner Urgesellschaft oder einem Stamm keine oder weniger Schwierigkeiten beim Gebären und in ihrer Schwangerschaft haben oder hatten. Aber wir müssen mit der Last der jahrhundertalten Unterdrückung und den Folgen für die Frau jetzt leben und uns jetzt dagegen wehren. Die bei erwerbstätigen Frauen höhere Zahl an Fehlgeburten (als nur ein Beispiel) zwingt uns genau, die von Bornemann verpönten „Sonderrechte für Frauen“ zu fordern. Seine These ist höchst unmaterialistisch. Man könne ja nach Bornemann auch sagen: „Umweltschutzforderungen sind reaktionär, denn die Erde hätte gar nicht erst verschmutzt werden dürfen...“

Weiterhin gingen wir auf die Frage ein, ob besondere Schutzforderungen für Frauen nicht auch Nachteile haben können. Dazu wurden folgende Beispiele gebracht: Der weibliche Lehrling, der die Prüfung für die Tischlerei nicht machen konnte, weil für Frauen das Arbeiten an der Kreissäge verboten war, oder noch ist; die Frau, die wegen ihrer „Unpäßlichkeit“ nicht Pilotin werden durfte. Dies Beispiel wurde von allen als besonders diskriminierend für Frauen empfunden: Frauen, die nicht Gabelstapler fahren dürfen oder, wie bis vor kurzem, keine Omnibusse fahren durften, weil die schlechte Federung der Gebärmutter schadet. Als Hintergrund empfanden wir uns einerseits über eine reine Betrachtungsweise der Frau als „Gebärmachine“, die funktionieren soll, andererseits sahen wir über eine reine Betrachtungsweise der Frau als „Gebärmachine“, die funktionieren soll, andererseits sahen wir dahinter keine Sparmaßnahmen auf Kosten der Gesundheit von Frauen, aber durchaus auch von Männern. Richtig ist doch die Forderung, diese Arbeitsplätze so auszustatten, daß sie eben keine gesundheitlichen Schäden verursachen.

Es wurden dann Beispiele aus der Gruppe gebracht, vor allem aus besonders typischen „Frauenberufen“ wie Krankenschwester. Obwohl es durchaus z.B. Apparaturen gibt, die es leicht machen, einen Kranken aus dem Bett zu heben oder ähnliches, müssen Krankenschwestern die schwergewichtigsten Patienten heben. Soweit unsere Diskussion anhand des Buches von Karin Bauer. Darüber hinaus haben wir bislang folgenden aktuellen Themen behandelt:

- Verteidigung von Vergewaltigten?
- Bundestagswahlen unter besonderer Berücksichtigung der Frauenforderungen bei den Bunt-Alternativen und Grünen.
- 8. März

Die Themen wurden jeweils von verschiedenen Frauen vorbereitet. Wir selber fanden unsere Diskussion so interessant und merkwürdig, daß wir beschlossen haben, reihum davon immer Protokolle anzufertigen. Da wir auch verschiedene Arbeitspapiere kopiert haben bislang, soll so jeder Frau die Möglichkeit gegeben werden, sich eine richtige Mappe mit Schulungsmaterial zu Karin Bauer plus Aktuelles anzulegen.

Für den 8. März schlugen bei unserem letzten Treffen gleich mehrere Frauen spontan vor, daß wir gemeinsam ein Transparent für die in Hamburg geplante Demonstration anfertigen und natürlich auch gemeinsam tragen. Und für das Frauenfest am 8. März haben wir auch schon Pläne geschmiedet, was wir da gemeinsam auf die Beine stellen - das wird aber noch nicht verraten!

Genossinnen aus den Hamburger „Komitee“-Bereichen

»Internationale Kampagne für Verhütung, Abtreibung und Sterilisation« — Ein Bericht

Die ICASC (International Contraception, Abortion & Sterilization Campaign — Internationale Kampagne für Verhütung, Abtreibung und Sterilisation) wurde 1978 gegründet, ausgehend von zahlreichen Frauengruppen und Einzelpersonen, die das Recht für Frauen, über ihren eigenen Körper selbst zu bestimmen, erkämpfen wollen.

Die ICASC hat sich folgende Ziele gesetzt:

- ein Netz internationaler Solidarität aufzubauen
- Beziehungen zwischen den bestehenden Gruppen und Individuen zu entwickeln
- den Aufbau von Kampagnen zu fördern, da wo es noch keine gibt.

Die ICASC sammelt dafür Informationen und tauscht sie aus, um Aktionen in der ganzen Welt entstehen zu lassen.

Alle drei Monate findet ein Treffen der internationalen Koordination statt. Das letzte war in Brüssel am 19./20. Januar 1980.

30 bis 35 Frauen aus Holland, Dänemark, England, Irland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Kolumbien, Portugal, Baskenland und BRD waren anwesend. Über dieses Treffen wollen wir berichten:

Am Samstag wurde über die aktuelle Situation in verschiedenen Ländern berichtet. Nachmittags fanden Arbeitsgruppen statt mit den Themen:

- Pharma-Produkte
- Kontrolle über Fortpflanzungsfunktion und Berufstätigkeit sowie Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewe-

gung

— Gruppen, die gegen das Recht auf Abtreibung auftreten.

Französische Frauen zeigten abends einen Film über eine Abtreibung. Es wurde zusammen gegessen und danach führten 10 Frauen und Männer aus dem „Comité pour la Dépendalisation de l'avortement“ (Komitee für die Straffreiheit der Abtreibung) aus Brüssel ein Theaterstück über die Abtreibungssituation in Belgien vor.

Am Sonntag wurden Solidaritätsaufrufe verabschiedet und über das erste Rundschreiben und das letzte Treffen der ICASC diskutiert. Als letztes haben Delegierte aus den Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse und Beschlüsse für die zukünftige Arbeit referiert. Aus folgenden Ländern kamen Solidaritätsaufrufe:

England: Dort haben seit 1967 mehr als eine Million Frauen legal abtreiben können, so daß es kaum noch illegale Abtreibungen gab. Jetzt aber haben die Konservativen eine Gesetzesvorlage eingereicht, die die Abtreibungsgesetzgebung von 1967 zerstören soll. Sie wird am 8.2. im Unterhaus verabschiedet und beinhaltet unter anderem die Einführung einer strengen Indikationsregelung (medizinische Indikation; von den Ärzten beliebig auslegbare soziale Indikation).

Peru: Von der Regierung wurden seit 1976 kostenlos Beratung und Verhütungsmittel zur Verfügung gestellt („fortschrittliche Bevölkerungspolitik“). Diese Beratungsstellen wurden vor kurzem geschlossen.

Niederlande: Im Frühjahr 1980 soll

ein Gesetz verabschiedet werden, das sechs Tage „Bedenkzeit“ zwischen dem Antrag auf eine Abtreibung und ihrer Durchführung beinhaltet. Dies richtet sich vor allem gegen die ausländischen Frauen, die es sich kaum leisten können, sechs Tage in Holland zu verbringen. Weiter soll jede Abtreibung nach der zwölften Woche eher im Krankenhaus als in der Klinik stattfinden, was die Existenz der Kliniken gefährdet.

Israel: Dort haben die rechtsextremen religiösen Parteien die Koalitionsteilnahme mit der Partei von Begin davon abhängig gemacht, daß die soziale Indikation (§ 5 des Abtreibungsgesetzes) gestrichen wird.

Die Frauen aus Irland, die unter einer Verschärfung des Gesetzes über Verhütungsmittel leiden, haben auch zur internationalen Solidarität aufgerufen, ebenso wie die Spanierinnen, weil Frauen, die eine Abtreibung wollten oder eine durchgeführt haben, dort ins Gefängnis gekommen sind.

In Kolumbien wurde im Dezember '79 eine Gesetzesvorlage für die Straffreiheit der Abtreibung eingebracht; im Baskenland bereiten Frauen eine solche Vorlage vor.

Auch wenn in Dänemark die Abtreibungsgesetzgebung relativ gut ist (bis zur zwölften Woche können Frauen ohne bürokratische Schikane abtreiben), besteht auf internationaler Ebene eine allgemeine Tendenz zur Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung (siehe in Frankreich das „loi Pelletier“ oder die USA, wo die Gegner des Rechts auf Abtreibung immer mächtiger werden).

Ein in Zukunft regelmäßig zu veröffentlichendes Rundschreiben der ICASC soll dazu dienen, die Frauengruppen und die Öffentlichkeit über die Lage in verschiedenen Ländern sowie über die Treffen und die Arbeitsgruppen, die stattgefunden haben, zu informieren. Es beinhaltet auch Solidaritätsaufrufe und gibt Kontaktadressen der Mitglieder an. Es soll alle drei Monate erscheinen, das erste ist von Januar '80.

Die ICASC will ihr nächstes Treffen in Bilbao oder Bordeaux abhalten, um den spanischen Frauen, die große Schwierigkeiten haben in eine ferne Stadt zu kommen, die Teilnahme zu ermöglichen. Im späten Sommer soll ein Treffen in Dublin stattfinden, um die irischen Frauen in ihrem Kampf zu unterstützen. In der BRD will die ICASC ein Treffen im Winter 1980 abhalten. Es ist wichtig, daß alle 218-Gruppen in der BRD sich in einer Form koordinieren, die eine Zusammenarbeit mit der ICASC ermöglicht.

Das Rundschreiben gibt es in französisch, englisch und spanisch. Es ist wichtig, auf nationaler Ebene zu klären, wie viele Exemplare für die BRD bestellt werden sollen und in welcher Sprache. Ebenfalls muß das Problem der Übersetzung ins deutsche und der letzte nationale Treffen der BRD-218-Gruppen (26.1. in Dortmund) hat diese Aufgabe nicht erfüllt, obwohl auf ihre Wichtigkeit hingewiesen wurde. Die zur Verfügung stehenden vier Stunden reichten gerade zur Vorbereitung des Frauentribunals. Nächstes Mal sollten wir uns die Zeit nehmen, auch die Zusammenarbeit mit der ICASC ernsthaft anzugehen.

Aachen, den 30.1.1980
Maggy S. (218-Gruppe Aachen)



Internationales Frauentreffen Ostern 1980 in Gorleben

Auf dem Kölner Frauenkongreß „Gegen Atom und Militär“ im Herbst des letzten Jahres entstand der Plan, Ostern 1980 eine Frauendemonstration in Gorleben zu machen. In Vorbereitung dazu wurden seitdem von vielen Frauen in den Dörfern und im verbrannten Wald um Gorleben Narzissenwiebeln gepflanzt, die zur Demonstration erblühen sollten.

Am 9.2. fand in Trebel das erste nationale Frauen-Vorbereitungstreffen statt. Die Gorleben-Frauen, unterstützt von „Courage“, hatten eingeladen. Es erschienen über 100 Frauen.

„Courage“ hatten eingeladen. Es erschienen über 100 Frauen. Sie kamen aus Westberlin, Hamburg, Niedersachsen, NRW, Bayern und eine sogar aus Schweden. Unbehagen verursachte bei angereisten Frauen die Tatsache, daß das Plakat für die Osteraktion unter der Parole „Frauen kämpfen für das Leben“ schon feststeht — eine Parole, die, wie eine Düsseldorferin feststellte, auch von Befürwortern des § 218 gebraucht wird.

Eine der Gorleben-Frauen meinte, der Widerstand der Wyhler Frauen sei unter dieser Parole entstanden; Frauen hätten durch ihre Fähigkeit zu gebären auch eine besondere Verantwortlichkeit für das Leben. Das Plakat könne jedenfalls nicht mehr verändert werden.

Einen weiteren Disput brachte die Frage, ob es eine machtvolle Frauendemonstration geben soll, zu der auch international mobilisiert wird, oder lieber einen kleineren Osterspaziergang, weil, wie sich eine Frau doch tatsächlich ausdrückte, „Großaktionen die Widerstandsform

von Politmackern“ seien. Ein Teil der Gorleben-Frauen fand eine Großdemonstration für die Frauen im Landkreis nicht angemessen. Ziel des Ostertreffens solle vor allem ein Kennenlernen und Klönen mit Frauen aus dem Landkreis Lüneburg-Dannenberg sein. Der größte Teil der Anwesenden trat jedoch für eine große, kämpferische Frauendemonstration ein.

Zum Ablauf des Ostertreffens wurde festgelegt:

Im Verlaufe des Ostersonntages werden sich verschiedene, für alle Frauen offene Arbeitsgruppen treffen.

werden sich verschiedene, für alle Frauen offene Arbeitsgruppen treffen, zu Themen wie: Stromboykott, Gebärtreik, Widerstandsaktionen von Frauen, Frauen und Militarismus, Frauen aus Wissenschaft und Technik, Frauen und Medien, Maskenbasteien u.v.a.m. Sybille Plogstedt von „Courage“ regte ein Treffen von Frauen der Grünen und Buntten/Alternativen Listen mit Frauen aus der BI- und Frauenbewegung an. (Wer noch Vorschläge für AGs hat, möge sich mit den Gorleben-Frauen in Verbindung setzen.) Abends wird es ein traditionelles Osterfeuer geben und anschließend einen Zug zum Bohrplatz.

Sonntag: Vormittags finden Gottesdienste mit Pastorinnen statt.

Nachmittags wird die Demonstration mit Kundgebung stattfinden. (ab 15 Uhr).

Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 15. März um 12.00 Uhr in den Trebeler Bauernstuben statt.

Eine Genossin aus Lüneburg



Sulproston: Ein Skandal wird aufgedeckt

Zwei Westberliner Anwältinnen (Ingrid Lohstötter und Alexandra Goy) haben gegen drei Ärzte der Universitätsklinik und gegen den Pharmakonzern Schering Anklage erhoben.

Ihr Vorwurf gegen die Ärzte lautet: „Verdacht auf strafbare Handlungen“; gegen Schering: „Verletzung des Arzneimittelgesetzes“.

Von einer amerikanischen Firma wurde ein künstliches Prostaglandin entwickelt — Sulproston. Es soll angeblich weniger Nebenwirkungen haben als das normale Prostaglandin. Die medizinische Erprobung dieses Mittels an Frauen hat seit Mitte 1978 offiziell (lt. Anmeldung beim Bundesgesundheitsamt) Schering übernommen. Für diese sogenannte „klinische Prüfungsphase“, in der das Mittel nicht im Handel erhältlich ist, sieht das entsprechende Arzneimittelgesetz vor, daß die Patientinnen sowohl über den Versuchsskarakter als

auch über Nebenwirkungen aufgeklärt werden müssen und eine entsprechende Einverständniserklärung der Betroffenen zur Vorbedingung für diesen Arzneimittelversuch gemacht wird.

Dagegen wird offensichtlich sowohl in Westberlin als auch in anderen BRD-Kliniken immer wieder gründlich verstoßen.

Konkret klagen die Anwältinnen dagegen, daß die Frauen keine Einwilligungserklärungen unterschrieben haben, sondern ein allgemeines Vordruckformular, und daß die Risiken, die mit der Erprobung des Präparats verbunden sind, in keinem Verhältnis stehen zur voraussichtlichen Bedeutung des Arzneimittels für die Heilkunde.

Der Schering-Konzern, der angeklagt war, weil er sich die Einverständniserklärungen der Frauen nicht hat vorlegen lassen, hat darauf rea-

giert: Er hat festgestellt, daß die Frauen ihr Einverständnis gar nicht erklären mußten. „Bei einer Prüfung an Kranken — und als solche wird die hier diskutierte klinische Prüfung des Prostaglandin-Präparats verstanden — ist, gemäß dem Arzneimittelgesetz § 41 Ziffer 6, keine schriftliche Einwilligung erforderlich. Vielmehr ist hier die mündliche Einverständniserklärung gegenüber dem behandelnden Arzt in Gegenwart eines Zeugen ausreichend“ (vergl. „TAZ“, 6.11.79). Mit „krank“ sind also die schwangeren Frauen gemeint!

Die Anwältinnen bitten alle Frauen, bei denen in den letzten Jahren Abtreibungen mit Prostaglandinen vorgenommen worden sind, sich zu melden und über ihre Erfahrungen zu berichten.

Kontakt: Anwältinnenbüro Goy/Lohstötter, Kottbusser Damm 72 1 West-Berlin 61, Tel. 6934217



Die »Ausnahmen« bestätigen die Regel

Lieber Uwe Maefert!
„Plädoyer gegen diese und für eine andere Verteidigung“ hast Du Deine Stellungnahme zur Frage „Verteidigung von Vergewaltigern“ in AK 168 genannt. Schon der Titel gibt einen Hinweis darauf, in welchem Rahmen sich Deine Argumentation bewegt: „...für eine andere Verteidigung“ - auch von Vergewaltigern. Ich möchte vorneweg sagen, daß ich die Argumente, die Du unter Punkt II Deiner Stellungnahme zusammengetragen hast, um die Befürworter einer solchen Verteidigung zu widerlegen, als Teil einer soliden Grundlage begrüße, von der aus in die Anwaltschaft und in die linke Öffentlichkeit hineingearbeitet werden kann und muß. Den anderen Teil dieser Grundlage müssen leider die kämpferischen Frauen immer noch ziemlich alleine beitragen. Ich meine damit die Position, die Sichtweise der Opfer, der vergewaltigten Frauen, zum Ausgangspunkt sämtlicher „linker“ Betrachtung dieses Problems zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt finde ich bedauerlich, wie halbherzig Du Deine nützlichen Argumente vorbringst. Halbherzig, weil sie als Erwiderung auf justizpolitische Bedenken der Verteidigungsbefürworter als solche eben nicht grundsätzlich Stellung beziehen und Du Deinen Argumenten damit selbst nicht trauen kannst. Halbherzig, weil Du eine Regel, die ausnahmsweise mal keine Ausnahme duldet (keine Verteidigung von Vergewaltigern) lediglich als theoretischen Ausgangspunkt für konkrete Fälle akzeptierst, um sie in der Praxis mit sogenannten „Ausnahmen“ zu durchlöchern. Über die Tatsache hinaus, daß die von Dir geschilderten „Ausnahmen“ sich mittlerweile als Bumerang erwiesen haben, kann „Ausnahmen“ sich mittlerweile als Bumerang erwiesen haben, kann es überhaupt nur eine einzige Ausnahme geben; eine Frau lügt, wenn sie den Vergewaltigungsvorwurf erhebt, und diese Lüge ist vor dem Prozeß klipp und klar beweisbar. Allerdings: So eine „Ausnahme“ ist m.W. eine Rarität.

Aus diesem Grunde - und den Gründen, die die Frauen in die laufende Debatte eingebracht haben - halte ich die gesamte „Ausnahmediskussion“ für falsch und desorientiert, für einen Ausdruck politischer Unzulänglichkeit, gepaart mit Unverständnis über den Kampf, den die Frauen führen müssen.

im Gegensatz zu Deiner Orientierung nicht vielmehr notwendig, alle Kraft darauf zu verlegen, die prinzipielle Ablehnung einer solchen Verteidigung voranzutreiben und der von halbherzigen oder gar chauvinistischen Positionen aus eingebrachten „Ausnahmediskussion“ mit dem Ziel des Beweises entgegen zu treten, daß es keine Ausnahmen gibt?

Diese Aufgabe ist mit der Orientierung Deiner Stellungnahme aber nicht lösbar und es ist nur gut, daß sie in der Frauenbewegung so scharfen Widerspruch auslöst. Lösbar ist diese Aufgabe m.E. nur, indem wir - und damit meine ich auch insbesondere die Anwältinnen, die mit dem Anspruch auftreten, „keine Verteidigung von Vergewaltigern“ Realität werden zu lassen - der Frauenbewegung schonungslos den katastrophalen Bewußtseinsstand in der (linken) Anwaltschaft diesbezüglich offenlegen, den Frauen und der linken Öffentlichkeit alles nur verfügbare Material über Prozeßerfahrungen zur Verfügung stellen und in Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung in die Anwaltschaft hineinarbeiten.

II
An die vielen Genossen und Freunde, denen der „Offene Brief“ der Frauen „zu scharf“ ist, die sich „gegen den Stil verhalten“, darin „keine neuen Argumente sehen“, ihn für „bündnispolitisch verfehlt“ halten oder gar „Entsolidarisierung“ rufen: Erstens würde es - wie immer - viel mehr nützen, wenn ihr Eure Bedenken recht zahlreich veröffentlichen würdet, anstatt sie zwischen den Zähnen zu zerknirschen. Dies würde der Linken insgesamt zu einer fruchtbaren Debatte verhelfen, in der manche Ungereimtheiten links Selbstverständnisses an den Tag gelegt werden könnten - und Euch würde es ein künstliches Gebiß ersparen. Zweitens: müssen in so einem Offenen Brief eigentlich „neue Argumente“ enthalten sein, wenn offensichtlich die guten „alten“ ungehört verhallt sind? Drittens: wenn mir der Stil einer Stellungnahme aufstößt, stelle ich mir zuerst die Frage nach der Betroffenheit der Verfasser. Habt Ihr das auch getan? Oder beschäftigt Euch das eigene Sodbrennen zu sehr? Viertens: Sicherlich wirft der Offene Brief bündnispolitische Fragen auf. Aber an welcher Stelle dis-

fenen Brief sei „bündnispolitisch verfehlt“, will den Frauen empfehlen, fünf gerade sein zu lassen, bevor sie überhaupt anfangen zu zählen.

Fünftens: „Entsolidarisierung“? Dieser blöde Begriff - einst von Leuten geprägt, die nicht begriffen, daß die linke Solidarität herangewachsenen neuen Aufgaben hinterherhinkt - das mußte ja wieder kommen, und nicht zufällig in diesem Zusammenhang! Begreift Ihr denn nicht, daß es für die Frauen diese Solidarität, die Ihr so beschwört, noch gar nicht gibt? Jedenfalls noch nicht von Seiten der „Männerwelt“.

Und in einer solchen bewegt sich nun mal auch diese Auseinandersetzung um die Verteidigung von Vergewaltigern. Warum sind denn wohl die Frauen heute gezwungen, die Linke darauf aufmerksam zu machen, daß Solidarität unteilbar ist? Ich höre Euch sagen: allgemein haben die Frauen ja das Recht, scharf zu reagieren, aber konkret in diesem Fall Maefert/Scharmer, da trifft es doch die falschen, da wird doch Porzellan zerschlagen. Liebe Freunde, ist es nicht erstmal piepegal, wer den Anlaß gibt zu dieser Auseinandersetzung?

Gibt es einen Grund zu sagen, warum trifft es gerade die so hart, wo es doch viel schlimmere gibt? Haben denn nicht Hartmut und Uwe selbst diese Anlässe gegeben, die für die Frauen allerdings ein Grund sind, die Frage nach der Solidarität zu stellen? Ihr empört Euch, daß die Frauen sagen: „Wir wollen wissen, wem wir uns in Gerichtssachen noch anvertrauen können und wem nicht“ - und wittert sogleich einen Boykottaufruf darin. Wie solidarisch mit den Frauen ist denn jemand, der in diese Aussage gleich einen Boykottaufruf hineininterpretiert, anstatt mal zur Kenntnis zu nehmen, daß Frauen heute ganz anders sind, sich in allen möglichen Fragen Anwälte zu nehmen, denen sie eben nicht ihr volles Vertrauen entgegenbringen können? Wie solidarisch ist jemand, der ihnen in der Konsequenz vorschreiben will, gefälligst Vertrauens zu haben, da die betreffenden Anwälte sich doch „ansonsten“ als fähige linke Kampfgenossen bewiesen haben?

III.

Liebe Frauen! Euer Brief hat dem IKAH eine heiße nun schon mehrere Wochen dauernde Diskussion beschert, die die Substanz unserer Arbeit betrifft. Sie zeigt, daß die besondere Unterdrückung der Frauen leider auch bei uns noch als „Außen-vor-Problem“ existiert. Die Stellungnahmen aus dem IKAH zeigen den Stand dieser Diskussion; die Frage praktischer Konsequenzen ist noch nicht beantwortet. Zu Eurem Offenen Brief möchte ich folgendes anmerken: Die Aussage „Keine Verteidigung von Vergewaltigern“ ist Teil des Selbstverständnisses der Frauenbewegung, dort seit Jahren diskutiert und breit verankert. Bezüglich der gesamten Linken und insbesondere der linken Anwaltschaft ist sie jedoch Kampfaufgabe. Ich hatte bei der Lektüre des Offenen Briefes den Eindruck, als ob Ihr das gleichsetzt und Euch damit die Ausgangslage für die Durchsetzung dieser Forderung nicht klar ist. Die Ausgangslage z.B., daß - trotz der Ereignisse, die Ihr im Offenen Brief zu Recht anprangert - die Positionen von Uwe und Hartmut wohl mit die fortschrittlichsten sind, die wir heute in der linken Anwaltschaft antreffen, womit wohl deutlich wird, welches Feld es hier noch zu beackern gilt. Wenn Ihr Euch nun zumindest der Solidarität innerhalb der Frauenbewegung bewußt sein könnt, steht die Frage an, wie das miese Bewußtsein unter den linken Anwälten bekämpft werden kann (siehe die Zustandsbeschreibung vom Jour-Fix). Gibt es bei den unterzeichnenden Frauen(gruppen) Ansätze zu organisierter Prozeßbeobachtung und diesbezüglichen Erfahrungsaustausch, auch in Hinsicht auf mehr Öffentlichkeit? Werden Anwältinnen und Anwälte da miteinbezogen, die bereit sind, ihre Erfahrungen weiterzuleiten? Welche Maßnahmen sind geeignet, um im Anwaltsbereich (und darüber hinaus) die Vergewaltigung aus der Sicht der Opfer darzustellen und mit Unkenntnis, falschen Vorstellungen oder gar Ignoranz und Chauvinismus aufzuräumen? Ich meine, daß in diese Richtung gearbeitet werden muß, damit das Selbstverständnis der Frauenbewegung, daß es keine Verteidigung von Vergewaltigern geben darf, zum Selbstverständnis der Linken insgesamt wird.

Ma.
Initiativkomitee Arbeiterhilfe
Hamburg



Polizisten als Vergewaltiger

Daß Frauen, die nach einer Vergewaltigung bei der Polizei Anzeige erstatten, oft auch noch ein schweinesisches Verhör über sich ergehen lassen müssen, wurde schon mehrmals angesprochen. Weniger bekannt dürfte sein, daß auch relativ viele Vergewaltigungen auf das Konto von Polizisten gehen. Nach unseren - sicherlich unvollständigen - Informationen und nach den Aussagen von Frauen wurden in den letzten vier Jahren seit 1976 58 Frauen von Polizisten vergewaltigt, nicht gerechnet Vergewaltigungsversuche und tätliche Belästigungen. In mehreren Fällen kam es zu „Unzucht mit Abhängigen“ im Polizeigewahrsam. In weiteren 61 Fällen kam es zumindest zu Nötigungen von Prostituierten oder Zuhälterei. Von den 58 Vergewaltigungen sind sechs Vergewaltigungen an Minderjährigen. In vier Fällen handelt es sich um Mehrfachtäter, wobei einem Polizisten 24 und einem anderen 20 Vergewaltigungen nachgesagt werden. Dazu kommen fünf Fälle von „Unzucht mit Abhängigen“, wobei aus der Presse z.T. nicht klar wurde, ob es dabei zu Vergewaltigungen kam. Dazu kommen noch neun versuchte Vergewaltigungen. Die Dunkelziffer dürfte allerdings ein Vielfaches betragen. Nach unseren Informationen erhielten nur zwei (!) Polizisten Strafen, zudem sehr niedrige. Im folgenden wollen wir einige dieser „Ordnungshüter“ vorstellen:

Pforzheim: In sechs Jahren - bis 1978 - vergewaltigte der Autobahnpolizist Norbert Heverhagen 24 Mädchen und Frauen, in mehreren Fällen mit Waffengewalt.

Darunter eine Krankenschwester im Waschraum einer Karlsruher Klinik, eine 12jährige in der Wohnung ihrer Eltern (er gab sich als Heizungs-monteur aus), eine 15jährige im leeren Klassenzimmer. Zweijunge Frauen im Wald; sie mußten nackt 1000 Meter rennen, ehe er sie vergewaltigte. Der Hauptwachmeister kam in U-Haft. Nach wenigen Wochen war er bereits Kalfaktor und durfte sich frei im Gefängnis bewegen.

Nach einer Flucht wurde er erneut geschnappt. Von einem Urteil wurde uns nichts bekannt („Bild“, 28.10.78).

Köln: Im Juni 1977 berichtete ein 14jähriges Mädchen der Polizei, daß ein Polizeibeamter sie in seine Wohnung mitgenommen und vergewaltigt habe. Seine Frau habe sie festgehalten, als sie sich wehrte. Gegen den 31jährigen Polizeiobermeister vom SEK soll ein Verfahren eingeleitet worden sein („Bild“, 16.6.77). Ein Urteil ist uns nicht bekannt.

München: Der 42jährige Polizeiobermeister Georg S. (in einem anderen Artikel hieß es: der 44jährige POM Siegfried S.) wurde am 24.11.79 in seiner Wohnung in Schwabing verhaf-

tet. Der Familienvater soll 1977 in eine Schwabinger Wohnung eingestiegen sein und eine 34jährige Frau vergewaltigt haben. Außerdem soll er am 9.10.79 bei einer 44jährigen Hausgehilfin im Münchner Osten durchs Fenster gestiegen sein. Dabei habe er die Schlafende zunächst gewürgt und dann ans Bett gefesselt. Dabei sei der Täter so brutal vorgegangen, daß die Frau wegen verschiedener Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden mußte.

Eine Woche später stellte die Kriminalpolizei fest, daß die Möglichkeit besteht, daß noch weitere 18 Vergewaltigungen auf das Konto des Polizeiobermeisters gehen. Der Täter war immer durch offene Fenster eingestiegen. Die Beschreibungen, die die Opfer von dem Vergewaltiger abgaben, paßten sämtlich auf den Polizeiobermeister („SZ“, 5.12.79).

Polizei und Prostituierte

In 61 uns bekannten Fällen kam es zumindest zu Nötigungen von Prostituierten durch Polizisten. In einem dieser Fälle handelte es sich um eine bewaffnete Vergewaltigung.

In den meisten Fällen werden Anzeigen von Prostituierten als „Racheakte“ an Polizisten abgetan.

In fast allen Fällen wurden den Prostituierten Anzeigen oder sonstige Repressalien angedroht, falls sie sich nicht auf die Forderungen dieser „Saubermänner“ einließen.

Bei zehn Polizisten handelte es sich außerdem direkt um Zuhälter. Auch hierfür dürfte die Dunkelziffer enorm hoch sein.

Hamburg: Der 37jährige Polizeihauptmeister Claus Friedrich M. soll zwischen September 1978 und Januar 1979 dreimal Prostituierte am Hansaplatz „genötigt“ haben. Dazu eine Zeugin: „Da kommt immer einer von Euch und will, daß wir es umsonst machen. Nur weil er Polizist ist. Er sagt, sonst würde er uns anzeigen, weil wir im Sperrgebiet anschnappen“ („Bild“, 15.1.80).

Bremen: Der 35jährige Polizeiobermeister Gerhard W. vom MEK kassierte monatlich 500 Mark von einer Prostituierten, die mit ihm befreundet war. Als der Beamte zu seiner Familie zurückkehrte; ging die Frau zur Polizei. Der Beamte wurde im Dezember 1978 freigesprochen mit der bemerkenswerten Begründung: „Die Prostituierte verdiente im Monat 12 000 Mark. Dabei fiel das Taschengeld für den Ordnungshüter nicht ins Gewicht. Sie wurde durch die Zuwendung an den Beamten in ihrer Lebensführung nicht erheblich beeinträchtigt.“

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Die politische Stoßrichtung Deiner Stellungnahme zielt ja gerade initiativ auf diese „Ausnahmediskussion“, während die unter Punkt II enthaltenen prinzipiellen Argumente gegen die Verteidigung von Vergewaltigern jemandem, der nicht in die Geheimnisse der linken Anwaltszene eingeweiht ist, so erscheinen müssen, als seien sie innerhalb dieser Kreise bereits „gegessen“. Nur bei den Ausnahmen tauchten noch Unklarheiten auf. Die Situation ist doch aber so, daß die prinzipielle Ablehnung nur von einer kleinen Minderheit vertreten wird; sie auch praktisch durchzusetzen und aus dieser Minderheit eine Mehrheit zu machen, ist noch eine schwierige Aufgabe. Diese Situation ist Dir doch bekannt! Ist es daher -

Leserbrief zum Interview mit dem Sozialistischen Frauenbund (AK 171)

Ich möchte hier auf einige der in dem Interview mit dem SFBW geäußerten Standpunkte zum Frauenkampf eingehen, die ich für undifferenziert bzw. einfach falsch halte und m.E. Grundsatzfragen für eine marxistische Einschätzung der Frauenbewegung und der heutigen Frauenpolitik sein.

1) Der SFBW greift das Frauenzentrum an mit der Unterstellung, es würde, ganz egal, wie vernünftig die Forderungen sind, für die andere Gruppe eintreten, seine Sache allein durchziehen, anstatt sich unabhängig von politischen Organisationen zu punktuellen Bündnissen zu entschließen. Die Gründe für dieses Verhalten werden vom SFBW nicht reflektiert.

Für mich liegt dieses Verhalten in den gegensätzlichen theoretischen Ansätzen und ihren Auswirkungen auf die Praxis von autonomen und nicht-autonomen Frauengruppen begründet.

Auf die Frage, welche Bedeutung der SFBW der Unterdrückung durch den Mann beimißt, lautet die Antwort, daß der Vorsprung der Männer an Wissen und Handlungsfähigkeit aufgeholt werden muß. Unterschied zwischen Männern und Frauen ist also nur der, daß die Männer schon viel weiter sind als wir, und wir sie unbedingt einholen müssen und versuchen müssen, ihnen gleich zu sein. Sind wir dann endlich Männern ähnlich genug, fallen gesellschaftliche Widersprüche zwischen den Geschlechtern, oder zum jetzigen Zeitpunkt zumindest die Unterdrückungsmechanismen innerhalb der Linken, automatisch weg.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Machtverhältnisse werden reduziert auf die simple Feststellung Mann = Wissen = Macht, Frau = reduziertes, defizitäres Wesen, wie uns seit Jahrhunderten von männlichen Wissenschaftlern weismacht wird. Wenn die Männer, oder zumindest die Linken, das Ziel schon erreicht haben, frage ich mich, warum wir dann heute politisch und gesellschaftlich noch nicht weiter sind. Warum haben wir keine überzeugende linke Strategie, die wir Frauen dann einfach übernehmen könnten, um unsere Unterdrückung abzuschaffen? Warum gibt es dann eine Krise der Linken? Aus der Tatsache, daß Wissen gleich Macht und beides in der Hand von Männern ist, läßt sich m.E. nicht schließen, das Wissenserwerb der einfache Weg zur Macht ist. Diese Vorstellung ist idealistisch, weil sie ignoriert, daß unser Wissen von den Machtverhältnissen geprägt wird. Sie ignoriert, daß die historische entstandene Spezialisierung der Männer auf abstraktes, rationales Wissen und der Frau auf Emotionalität und Intuition durch die Übernahme der Macht durch die Männer im Patriarchat, dieses Wissen zum herrschenden geworden ist und die weitere Entwicklung der Wissenschaft sich aus diesen Verhältnissen ableiten läßt. Dies zu übersehen, zugunsten einer reinen Defizithypothek des weiblichen Geschlechts, bedeutet, den gesellschaftlichen Widerspruch zwischen dem Geschlecht zum leugnen, der nicht bedingt ist durch die Biologie, sondern Ergebnis der Entwicklung von Klassen- und Geschlechterkämpfen.

Für die politische Bündnispraxis innerhalb der Frauenbewegung hat diese Einschätzung schwerwiegende Konsequenzen. Eine Gruppe, die sich ausschließlich auf Frauen zusammensetzt, nur um in Ruhe den Männern nachzueifern, kann allenfalls als separat, nicht aber als autonom bezeichnet werden, da sie sich an den herrschenden Normen orientiert. Diese Normen bedingen nicht nur inhaltliche Widersprüche zur autonomen Frauenbewegung, sondern führen auch leicht zu elitärem, borniertem Verhalten mit Führungsansprüchen und taktischen Tricks ihnen gegenüber, wofür die Praxis

der DFI und der mit ihr zusammenhängenden Gruppen beispielhaft ist, zuletzt bei der Planung der Demo zum 8. März in Hamburg, wo sie rücksichtslos ihre eigenen Interessen durchsetzte und kein besonderes Interesse zeigte, wirklich mit anderen Gruppen gemeinsam Vorstellungen zu entwickeln. Nach solchen Erfahrungen ist es nur verständlich, daß autonome Frauengruppen sich schwer zu solchen Aktionsbündnissen entschließen können, in denen ihre eigenen Ansätze und Forderungen unter den Tisch fallen.

2) Der SFBW kritisiert am Ansatz des Frauenhauses, daß es nur auf momentane Probleme reagiert, Symptome kuriert und nichts gegen die Verhältnisse tut, die solche Probleme verursachen. Ich frage mich nur, ob es wirksamer ist, diese Verhältnisse durch Diskussionskreise zu bekämpfen, denn eine andere Perspektive bietet der SFBW nicht an.

Dahinter steht für mich ein falsches Verständnis von Politik. Wenn ich in einem Frauenhaus oder in einer Frauenberatungsstelle mit Frauen arbeite, die so unter ihrer Unterdrückung leiden, daß sie sich allein nicht mehr helfen können, trage ich nicht nur dazu bei, daß diese versteckte Unterdrückung öffentlich gemacht wird, sondern ich zeige auch auf, daß dieses kein individuelles, selbstverschuldetes Leiden ist, daß es anderen genauso geht und daß nur mit diesen anderen Frauen, die in den Projekten arbeiten und unter den gleichen Problemen leiden, etwas verändert werden kann. Durch diese Verallgemeinerung des persönlichen Leidens und der Erfahrung der Solidarität mit anderen schaffe ich die Voraussetzung für die Herausbildung eines Bewußtseins von Unterdrückung und der Notwendigkeit des Kampfes dagegen bei Frauen, die sonst keine Möglichkeiten haben, sich zu informieren, sich ihrer Situation bewußt zu werden und sich zu organisieren, die nicht durch studentische „Ökonomie“ und sich zu organisieren, die nicht schon durch studentische Organisationen politisiert worden sind. Indem ich der einzelnen Frau helfe, sich über ihre Situation klarer zu werden, schaffe ich nicht nur die Voraussetzungen dafür, daß sie es sich nicht mehr gefallen läßt, zum Ventil für die Aggressionen und Frustrationen ihrer Ehemänner und Arbeitgeber zu werden, sondern zugleich die Voraussetzungen dafür, daß Frauen sich gegen Gewalt zusammenschließen, weil sie wissen, daß sie es allein nicht schaffen können.

Diese Arbeit als Symptomkuriererei abzutun oder zu behaupten, die autonome Frauenbewegung hätte keine anderen Ansprüche, als dies zu tun, zeugt für mich von unbeschreiblicher Ignoranz und Arroganz. Damit wird für mich auch das Argument entkräftet, es wäre nicht einsehbar, warum eine Frauenorganisation Sozialarbeit leisten sollte, denn ich verstehe diese Arbeit als politische, über die ich Frauen erhebe, die aus anderen Bereichen möglicher Politisierung herausfallen. Zu den politischen Aufgaben, die sie in einer Frauenorganisation suchen, äußern die SFBW-Frauen sich nicht weiter.

3) Der SFBW geht davon aus, daß die Teilnahme am Produktionsprozess automatisch zum Bewußtsein gesellschaftlicher Widersprüche und zum Kampf dagegen führt. Gleichzeitig wird als Grund dafür, daß er keine Arbeiterinnen anspricht, der generell geringere Organisationsgrad von Arbeiterinnen überhaupt angegeben. Ich frage mich dabei, warum Frauen, die am Produktionsprozess teilnehmen sollen, um sich politisch zu organisieren, das dann nicht auch tun. Abgesehen von der Frage, ob sich die Arbeiterinnen wirklich so einfach auf das politische Bewußtsein von Arbeiterin-

nen auswirken, wird hier mit keinem Wort auf die finanzielle Situation von Arbeiterfamilien eingegangen, die eine Frau zwingen können, auch die schlechteste Arbeit anzunehmen, ob sie nun lieber zu Hause bleiben möchte oder nicht, selbst wenn es sie nicht ökonomisch vom Mann unabhängig macht, weil die Familie das Geld braucht. Auch die Doppel- und Dreifachbelastungen von Arbeiterfrauen werden außer Betracht gelassen und damit die Zusammenhänge dieser Bedingungen mit ihrer mangelnden Organisationsfähigkeit.

Der SFBW geht davon aus, daß der Mensch ein wesentliches Bedürfnis nach Produktivität hat, nach Arbeit gemessen am gesellschaftlichen Stand, und durch diese Arbeit eine Entwicklung erfährt. Erfüllt die monotone, zerstückelte Arbeit am Fließband, die Arbeit gemessen am gesellschaftlichen Stand, dieses Bedürfnis? Und was ist das für eine Entwicklung, die eher zu Abstumpfung und psychischer Krankheit führt, als zum politischen Bewußtsein? Wenn im Kapitalismus aus diesen Gründen gearbeitet wird und nicht aus der Abhängigkeit von Lohn, warum kämpfen wir dann überhaupt noch für bessere Arbeitsbedingungen?

Dieser hier vertretene Arbeitsbegriff schließt natürlich auch Hausarbeit aus, die weder für produktiv gehalten wird (m.E. müßte die ganze Unterscheidung zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit neu überdacht werden), noch für den gesellschaftlichen Stand angemessen. Die gesellschaftliche Bedeutung, die diese Arbeitsform für das kapitalistische System hat, wird hier überhaupt nicht reflektiert.

Lohn für Hausarbeit wird mit der Begründung abgelehnt, er würde die Frauen im Haus halten und ihre Situation stabilisieren. (Hat der Übergang vom Leibeigenschaft zur Lohnarbeit dann nicht auch eher die Ausbeutungsverhältnisse stabilisiert als zu ihrer Überwindung beigetragen?)

Abgesehen davon, daß dem Lohnarbeitsverhältnis ein Arbeitsvertrag zugrundeliegt, der die zu leistende Arbeit definiert, sodaß die persönlichen Beziehungen von Frauen endlich wirklich zu persönlichen Beziehungen ohne Arbeitszwänge, Aggressionen und Schuldgefühle werden könnten, diese Arbeit nicht mehr als vom weiblichen Wesen bestimmt gesehen und daher auch verweigert werden kann, ihre finanzielle Unabhängigkeit gesichert und ihre Arbeit als solche anerkannt werden kann, sehe ich die positiven Möglichkeiten dieser Forderung vor allem im Kampf um ihre Durchsetzung. Es kann nicht darum gehen, daß Frauen durch Teilnahme am Produktionsprozess in das kapitalistische System eintreten; sie sind schon mittendrin, indem ihre unbezahlte Arbeit zur Produktion von Arbeitskraft ausgebeutet wird und die Bedingungen dieser Produktion ihr von diesem System vorgegeben werden. An diesem Platz innerhalb der kapitalistischen Produktion muß sie in ihrem Kampf ansetzen, wodurch sie die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse dieser Gesellschaft praktisch erfährt, wie auch ihre eigene Macht auf Grund ihrer ökonomischen Bedeutung und des Zusammenschlusses mit anderen Frauen. M.E. ist dieser Kampf ein Kampf gegen die individuelle, isolierte Hausarbeit, da das System auf die unbezahlte Hausarbeit angewiesen ist und der Zwang, sie zu entlohnen zum Zwang würde, sie zu rationalisieren.

4) Der Privatbereich ist für den SFBW ein Bereich, in dem sich nur individuell etwas verändern läßt. Bravo! Hiermit haben wir wieder ein neues Argument, um den Privatbereich aus der Politik auszuklammern und dort die gleichen alten Unterdrückungsverhältnisse und Kaputtheiten zu akzeptieren. Bei dieser Argumentation wird anscheinend von der Theorie ausgegangen, daß der Produktionsbereich diese Bereiche nicht beeinflusst und politische Aktivitäten folglich nicht mit ihnen zu tun haben.

Aber wie können wir uns unserer Entfremdung und Verelendung bewußt werden, wenn wir diese Bereiche nicht miteinbeziehen und damit Bedingungen unserer eigenen Politisierung, Handlungsfähigkeit und Bedürfnisse nach gesellschaftlicher Veränderung außer Acht lassen? Für den Privatbereich wie für alle anderen gilt, daß wir uns nur zusammen mit anderen über die in ihm wirkenden Machtverhältnisse bewußt werden und sie bekämpfen können.

Sabine, autonome Frauenbewegung, Hamburg

Pimmel präsentierte, ein Stand zum § 218-Tribunal, ein Frauenbüchertisch und ein Flohmarkt sorgten dafür, daß keine Frau sich langweilte.

Die Frauen-Rockgruppe „Unterrock“ heizte den Frauen ordentlich ein, sodaß eine unheimlich gute Stimmung frauschte und Frau Lust hat, so ein Fest bald zu wiederholen.

Frauenzelle/KB Kiel



Frauenfest in Kiel

Am 1.2. fand ein von ca. 300 Frauen besuchtes Frauenfest in der „Räucherrei“ statt.

Ein Anti-Strauß Büchertisch, eine Wurfküde, in der es darum ging, Straußen's Kopf zum Rollen zu bringen, eine Peep-Show, in der ein Strauß-Hampelmann ungeniert seinen

Kurzmeldungen

Frauen verklagen ZK-Mitglied der KPF

Am 19.10.79 verlangten elf Frauen vom Chefredakteur der „Humanität“ und ZK-Mitglied der französischen KP, Roland Leroy, empfangen zu werden. Grund: die Berichterstattung im Zentralorgan der KPF über die große Frauendemonstration in Paris am 6. Oktober zur Abtreibungsfreiheit.

1 1/2 Stunden lang mußten die elf Frauen vor der Tür warten. Langsam wurden die anwesenden Mitglieder der KPF nervös. Jedenfalls wurden die Frauen mit einem „Schwall sexistischer Verbalinjuren“ („Le Monde“, 13.11.79) „gebeten“, abzuhaufen. Nicht genug damit, die Leiterin des „Planning Familial“ aus Rouen (Planning Familial: vergleichbar mit Pro Familia in der BRD) wurde sogar von einem führenden KPF-Mitglied angegriffen und zwar so schwer, daß sie 40 Tage arbeitsunfähig geschrieben werden mußte!

Daraufhin gingen die Frauen vor Gericht. Die Sache ist am 18.1.80 vor dem Gericht in Rouen behandelt worden.

Beachtenswert ist die Tatsache, daß zwei Frauen, die Mitglieder der KPF sind, ihren Vorsitzenden Roland Leroy öffentlich im Gerichtssaal angriffen: „Der Klassenkampf kann nicht erfolgreich geführt werden, wenn nicht gegen die Unterdrückung der Frauen durch die Männer gekämpft wird“ („Le Monde“, 20.2.). Gegen den Schläger sind zwei Monate Knast (mit Bewährung) beantragt worden. Am 17. März wird das Urteil verkündet.

Frankreich-Kommission



arbeiterbuch politische buchhandlung

Außer einer Riesenauswahl von FRAUENBUCHERN haben wir auch viele FRAUENZEITUNGEN und in- und ausländische FRAUENSCHALLPLATTEN Die AB-Frauen

Frau Frauenbuchverlag 19,80 DM, 400 Seiten, 1978

Ein Handbuch über Sexualität, Verhütung und Abtreibung, Schwangerschaft, Geburt, Körper, Klimakterium und Alter.



Karin Bolte Ulla, 16, schwanger Beltz-Verlag, 12,80 DM, 156 S., 1979

Das Buch zeigt die Schwierigkeiten und Widersprüche, in die die 16-jährige Ulla durch ihre Schwangerschaft gerät. Amtsbetreuung, Druck durch die eigene Mutter, Auslieferung sein an die „öffentliche Fürsorge“. Daneben aber auch neue Wege für Mädchen, die in eine derartige Situation geraten, durch die Hilfe und Solidarität von anderen Frauen.

Pro Familia Bremen Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren rororo 4272, 4,80 DM, 140 S., 1978

Frauen berichten über ihre Erfahrungen mit Abtreibungen nach der „Reform“ des § 218. Bremer Pro Familia Mitarbeiter(innen) entwickeln daraus die Grundzüge für ein frauenfreundliches Beratungszentrum. Außerdem werden die Adressen aller Pro Familia Beratungsstellen aufgeführt. (Leiden, Stand 77)

Schulfach Schießen?

Bei ihren Plänen, die Frauenmilitarisierung durchzusetzen, ist die Bundeswehr bereits seit längerer Zeit bemüht, Kontakte zu Mädchenschulen aufzunehmen. Daß sich dabei nicht mehr nur auf die Besuche von Jugendoffizieren an Schulen beschränkt wird, zeigen zwei Beispiele:

– In Kassel nahmen Abiturientinnen in Bundeswehruniformen an der Gefechtsausbildung des 2. Nachschubbataillons teil. Dabei wurden sie mit dem Einsatz chemischer Kampfstoffe vertraut gemacht.

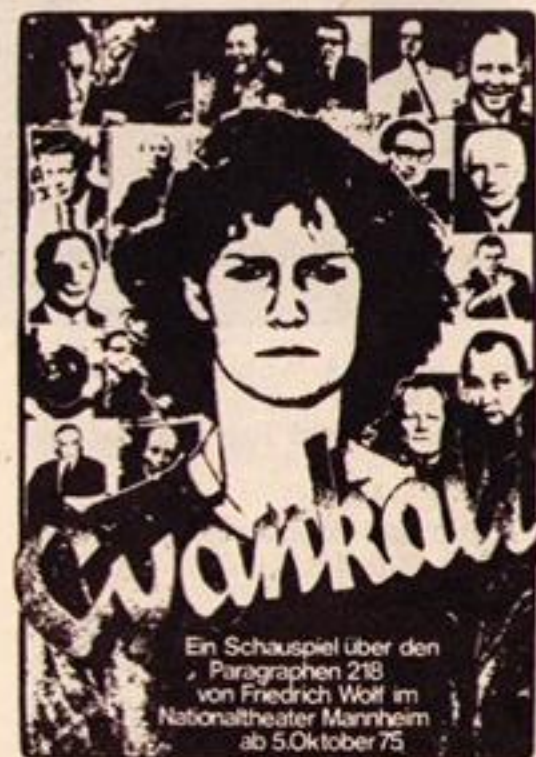
– Am Esslinger Theodor-Heuß-Gymnasium steht einmal wöchentlich Schießunterricht auf dem Stundenplan. Im Rahmen eines „Modellversuchs Moderner Fünfkampf“, der vom Stuttgarter Kultusministerium gefördert und von der Stadt Esslingen mitfinanziert wird, werden 16 Mädchen und 12 Jungen im Umgang mit schweren Luftpistolen vom Kaliber 4,5 Millimeter trainiert.

Neben Mathe, Deutsch und Englisch demnächst auch Schießen als Abiturfach? (Nach päd. extra Sozialarbeit 1/80)

AG-Frauen/KB Göttingen

Frauenmusikfestival

In Nijmegen (Niederlande) wird am 16., 17. und 18. Mai ein internationales Frauen-Musikfestival durchgeführt. Anmeldungen liegen schon vor aus Italien, Dänemark, BRD, USA und natürlich den Niederlanden selbst. Wer auch dort auftreten will oder sonst etwas wissen will, sollte sich recht bald melden bei: Vrouwenmuziekfestivalgroep p.a. De Feeks Ridderstraat 11 NL – Nijmegen



Ein Schauspiel über den Paragraphen 218 von Friedrich Wolf im Nationaltheater Mannheim ab 5. Oktober 75



Circa 400 Eltern und Kinder kamen zur Anti-AKW-Demonstration der Göttinger Eltern-Kind-Initiativen

Kinder sind die ersten Opfer

Anfang Juli und Mitte September 1979 hatten einige Eltern aus den beiden Göttinger Eltern-Kind-Initiativen Klostergut Weende und Warberg an Demonstrationen in Gorleben teilgenommen, bei denen die Bohrfahrzeuge durch Sitz- und Autoblockaden an der Anfahrt der Bohrstelle behindert wurden. Zwei Mütter und ein Vater gehörten zu denjenigen, die von der Polizei herausgegriffen, angezeigt und gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Aus Solidarität mit dem vom Prozeß bedrohten Eltern und angesichts des Beginns der Tiefbohrungen in Gorleben haben die beiden Eltern-Kind-Initiativen mit der IRE am 9.2.80 eine Anti-AKW-Demonstration mit Kindern durchgeführt, an der ca. 400 Eltern und Kinder teilnahmen. Es war eine bunte und lustige Demonstration, begonnen mit einem Anti-AKW-Kasperletheater und fortgesetzt mit einem mit Musik und Tanz begleiteten Zug durch die Innenstadt. Viele Kinder trugen selbstgemalte Plakate mit der Widerstandssonne, andere zogen bunt bemalte Handwagen mit Informationsplakaten.

käufer war unterschiedlich. Ein nicht geringer Teil äußerte sich nach Studieren der Plakataufschriften und Spruchbänder in Zustimmung mit der Aktion, aber andererseits äußerten viele, auf die Kinder und Schüler bezogen, „Jetzt fangen die auch schon an“, und auf die Eltern bezogen, „Jetzt nehmen sie schon ihre Kinder mit“.

Die Demonstration fand in einer Zeit statt, in der in den Göttinger Kinder-Initiativen eine verstärkte Auseinandersetzung über die Frage „Mit Kindern demonstrieren?“ im Gange ist. Sie hat gezeigt, daß eine ganze Reihe von Eltern das Aufwachsen ihrer Kinder nicht mehr als ein Aufwachsen in einem „Schonraum“ (wertfreie Erziehung etc.) verstehen, den es eh nicht gibt, sondern mit der Beteiligung und Aktivierung ihrer Kinder an der Demonstration (wie z.B. auch bei der Beteiligung an der Hannoveraner Demonstration am 31.3. mit einem Kinderbus) eine fortschrittliche Erziehung entwickeln, in der Auf- und Erklärung der gesellschaftlichen Realität, in der Kinder leben, ein Bestandteil ist.

Kinderkommission Göttingen

Anzeige



Soeben ist die 3. Ausgabe der „KINDER, KINDER“, Zeitung der Göttinger Kinder- und Jugendinitiativen, erschienen.

Aus dem Inhalt:
- „Göttinger Kindertage“ - Bilanz zum „Jahr des Kindes“ in Göttingen;
- „Mit Kindern demonstrieren?“; „Niederlage für hörbehinderte Kinder“ - über die Schwierigkeiten und Behinderungen des Vereins der Eltern und Freunde hörbehinderter Kinder Südniedersachsens;

- „Aus dem Inneren eines Kinderladens“ - kontroverse Auffassungen über die Arbeit mit Kindern in alternativen Projekten;
- „Kindliche Sexualität“;
- „Wie deutsche Buben und Mädchen zu erziehen seien“ - zu den kinder- und jugendpolitischen Zielen der CDU/CSU.
u.a.m.
40 S.
zu beziehen über:
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen
DM 2,00

»Verbrechen an Kindern?«

Zum Prozeß gegen den »Heim«konzern St. Vincenz-Stift

„Fürsorgeerziehung ist öffentliche Erziehung, da können die Eltern nicht mehr reinreden, da macht der Staat, was er für richtig hält. Heimerziehung ist insofern ein exemplarischer Fall von Erziehung - an der Situation von Fürsorgezöglingen ist ablesbar, welche Erziehungsvorstellungen in einem Staat herrschend sind“ (Ulrike Meinhof im Vorwort zu „Bambule“, Wagenbach, Politik 24). Belegen können dies die Erfahrungen von 75.000 bis 80.000 Kindern und Jugendlichen, die in der BRD in Heimen „sozialisiert“ werden. Der aktuelle Fall des heute einundzwanzigjährigen Alexander Homes zeigt plastisch auf, welche Praktiken immer noch in der „Heim-Erziehung“ herrschen.

Einer von vielen ...

15 von seinen 21 Jahren verbrachte Alexander Homes hinter Heimgeläutern. Zehn Jahre davon im katholischen St. Vincenz-Stift in Rüdesheim/Hessen - ein Heim für 420 lern- und geistig behinderte Kinder. Es handelt sich um eine Zweigniederlassung eines klerikalen Großkonzerns in Sachen „Erziehung“. St. Vincenz-Stifte gibt es mehrere, u. a. eines in Dortmund, das ebenfalls wegen Mißhandlung der dort einsitzenden Mädchen ins Gerede kam.

A.H. hatte nach reichlich gelittenen zehn Jahren seinem Groll Luft gemacht, was sich in einer Anzeige gegen ihn seitens der Heimleitung des St. Vincenz-Stiftes niederschlug: „Verleumdung“ und „üble Nachrede“, so der Heimleiter Kaspar, habe sich A.H. zuschulden kommen lassen, weil er „seit Juni 1978 fortgesetzt den Direktor des Vincenz-Stiftes, Kaspar, sowie dessen Mitarbeiter in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt habe, indem er sie als ‚Verbrecher‘ und ‚Berufskiller‘ bezeichnet habe“ („TAZ“, 5.2.80).

Am 31.1. begann im Amtsgericht Wiesbaden der erste Akt gegen A.H. Der Prozeß glich zu Beginn eher einem Staatssicherheitsprozeß: Die 40 Besucher des 1. Prozeßtages wurden durch einen schmalen Nebeneingang geleitet und einzeln abgetastet. Wie wenig Glauben man einem ehemaligen Heimknausi von vornherein in einem solchen Verfahren schenkt, wurde daran deutlich, daß die Ermittlungsbehörde kein Interesse hatte, die vom Westberliner Rechtsanwalt Ströbele benannten Zeugen für A.H. vor Anklageerhebung anzuhören („Frankfurter Rundschau“ - „FR“, 9.2.80).

Grundrechte und „Heimerziehung“ - das geht schlecht zusammen

Hinter den Heimgeläutern beginnt eine andere Welt. Jedenfalls gelten im St. Vincenz-Stift nicht die „Richtlinien der Grundrechte und Heimerziehung“, vom hessischen Sozialminister für alle dortigen Heime erlassen. Hier ein paar Auszüge aus diesen verbindlichen Richtlinien: Da soll es „Minderjährige als Träger von Grundrechten, als Wesen eigener Menschenwürde und eigenem Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit“ geben. Da soll es Ziele der Erziehung geben, die junge Menschen zur „Selbständigkeit und Selbstverantwortung befähigen“. Und - man höre und staune - es sind dabei „alle entehrenden Maßnahmen, insbesondere körperliche Züchtigung und diskriminierende Äußerungen“ verboten! „Körperlicher Zwang“ darf nur „angewendet werden, wenn das unvermeidbar ist“ - was auch immer das heißen mag. Auch „Recht auf Eigentum“ gibt es dort: „Es ist darauf zu achten, daß regelmäßig Taschengeld gezahlt wird, welches zur freien Verfügung stehen muß, und Strafabzüge unzulässig sind“ („TAZ“, s.o.).

„Verbrecher“ und „Berufskiller“ - aber nicht doch!

Was A.H. und die Zeugen berichteten, hatte die vereinte Klassenjustiz, die eigentlich zur Aburteilung des aufmüpfigen A.H. angetreten war, nicht erwartet: Da gab es Prügel und Essenzwang oder -entzug (ersatzweise Wasser und Brot). Da wurden Kinder zu Kirchgängen und Beichte gezwungen; andernfalls setzte es Prügel. Da wurden Bettwärmer unter die kalte Dusche gestellt oder an einem Seil angeleint durch das Dorf geführt. Da bestand Kleiderzwang (Wollsaßen

auf der Haut, was tierisch kratzt und juckt).

Da wurde im katholischen St. Vincenz-Stift z. B. „ein Kind von einer Schwester derart an beiden Ohren vom Boden hochgerissen ... daß seine Füße in der Luft hingen“. So die Aussagen einer Studentin, die mehrfach als Besucherin im Vincenz-Heim in Rüdesheim-Aulhausen war. Ein ehemaliger Gärtner: „Es kam vor, daß Kinder in den Gruppenraum geholt wurden. Man mußte sich dann über einen Stuhl legen und wurde mit dem Kleiderbügel von der Schwester verknüpft“.

Zu den häufigsten Strafen gehörten nach Aussagen von Zeugen auch „kalte Duschen für unfolgsame Kinder“. Ein Zeuge habe diese Prozedur „einmal über sich ergehen lassen müssen, weil er ein Gebetbuch in eine Mülltonne geworfen habe“ (nach „FR“, 9.2.80).

Ein anderer Zeuge - ein dort tätiger Sozialarbeiter - berichtete, daß „körperliche Züchtigungen der behinderten Zöglinge ... gewissermaßen zum Alltag gehörten“. Ebenso gehörten Essensentzug und Taschengeldentzug und abendliches Strafstehen auf dem Flur wegen „Schwätzens“ im Bett zu den gewöhnlichen Maßnahmen gegen die „Zöglinge“.

Auch die Verabreichung von Medikamenten (besonders Truxal) für „unruhige“ Kinder gehörte zur Regel. Truxal wird normalerweise bei Epilepsie, Schizophrenie, Manien und Alkoholsychosen verabreicht. Bei Langzeitbehandlung ist eine sorgfältige Überwachung der Herzleistung und des Blutbildes „angeraten“.

Kinder in einem Klima von Angst und Furcht

Natürlich sollen die Ausführungen von A.H. „maßlos übertrieben“ bzw. erfunden gewesen sein. Heimleiter Kaspar: „Ich halte das für ausgeschlossen; wäre so etwas vorgefallen, hätte das die sofortige fristlose Kündigung zur Folge“. (Zur Erinnerung: Auch im Vincenz-Heim e.V. in Dortmund wurden skandalöse Zustände vertuscht: „Freiheitsberaubung, Unterlassung ärztlicher Hilfeleistung, Verleumdung, Freiheitsberaubung, Unterlassung ärztlicher Hilfeleistung, Medikamentenmißbrauch und Vernachlässigung der im Heim lebenden Jugendlichen waren Strafdelikte, die alljährlich begangen wurden - bis die 120 dort einsitzenden Mädchen sich wehrten“ - J. Roth: Armut in der BRD, erweiterte Ausgabe 1979).

Ein Vertreter des Landesjugendamtes konnte bei einem Besuch des St. Vincenz-Stiftes in Rüdesheim aufgrund der Vorwürfe von A.H. „nichts Auffälliges“ finden. Eine Schwester Konsolata - die offensichtlich in der ganzen Angelegenheit eine zentrale Rolle spielt - packte dann ein bißchen aus: „Sie schlug mal mit dem Kleiderbügel auf die Hände, damit er mal was merkt, wie das ist“. Auch sei ihr mal ein Schlüsselbund in Richtung eines Kindes „gefallen“; „bewußt geworfen habe sie es freilich nicht - ich würde es fast ausschließen“. Essensentzug habe es auch nicht gegeben, „höchstens mal einen Nachtisch“. Zur Strafe „putzen“, sei eine normale Maßnahme. Taschengeld sei höchstens mal für eine Woche gesperrt worden. Abends hätten die Kinder längstens eine halbe Stunde auf dem Flur stehen müssen, wenn sie im Schlafraum keine Ruhe gaben. - Truxal sei regelmäßig verabreicht worden. Natürlich nur vom Arzt verschrieben, und nur an Kinder, „die sich und andere in Gefahr brachten“. (Ein Zeuge von A.H. gab an, 13 Jahre lang eine Tagesration Truxal erhalten zu haben).

Ankläger wird zum Angeklagten?

Der Amtsrichter zog es angesichts dieser Lage vor, das Verfahren gegen A.H. einzustellen und „ein Strafverfahren gegen Erzieher des katholischen St. Vincenz-Stiftes wegen Verdachtes der Kindesmißhandlung“ einzuleiten. Wie weit es allerdings zu einem Anklageverfahren kommen wird, ist fraglich. Nach Auskunft gut unterrichteter Kreise handelt es sich beim bisherigen Stand lediglich um ein Ermittlungsverfahren ... und dabei, so die Einschätzung, wird es auch aller Wahrscheinlichkeit bleiben. Schließlich handelt es sich bei diesem ehrwürdigen Unternehmen nicht um ein x-beliebiges Heim: In Kennerkreisen munkelt man, daß der katholische St. Vincenz-Stift für mehrere Millionen DM zu einem der

modernsten Heime der BRD ausgebaut wurde („Renomierladen“). Da kommt selbst Frau Bundespräsidentin Carstens extra Ende Februar aus Bonn, um nach dem Rechten zu schauen.

St. Vincenz-Stift - kein Einzelfall!

Der Fall St. Vincenz-Stift ist beileibe kein Einzelfall. Alexander Homes „Verleumdungen“ sind bundesdeutscher Heimalltag. Die Kette von Skandalfällen ist lang. Meist dringen nur die spektakulärsten Fälle an die Öffentlichkeit. Und auch dann nur, weil sich engagierte Sozialarbeiter, Journalisten, Heiminitiativen, Selbsthilfegruppen etc. einsetzen. In der Regel werden solche Skandale von Heimleitungen, regionaler Presse und Behörden vertuscht, totgeschwiegen - bzw., mit saftigen Prozessen wird versucht, Protest und Widerstand zum Schweigen zu bringen. Ans Ta-



Alexander Homes (20, oben am Tage seiner Erstkommission) lebte zehn Jahre im St. Vincenz-Stift: „Wir waren Lebewesen ohne Gefühle, Glück, Freude - das haben wir nie kennengelernt“.

gesicht kamen Fälle gelegentlich auch nur deshalb, weil Kinder oder Jugendliche einfach keinen Bock mehr hatten, unter diesen unmenschlichen Bedingungen weiterzuleben und Selbstmord begingen.

Hier eine mehr als knappe Aufzählung einiger Fälle aus letzter Zeit:
- Im Don-Bosco-Heim in Düsseldorf wurde ein Ausreißer „zur Strafe“ in ein Kellerverlies gesperrt. Aus Angst steckte er seine Matratze an. Erstickte fast daran ... So wurden die Zustände in diesem Heim überhaupt bekannt.

- Im Isenbergheim in Bremen mußte erst ein engagierter Sozialarbeiter eingreifen, damit bekannt wurde, daß zwei minderjährige Mütter dort aufgrund mangelnder Hilfeleistung ihre Babys tot zur Welt brachten, eine andere Mutter kurz nach der Geburt aufgrund mangelnder Hilfeleistung starb.

- Ebenfalls ein engagierter Sozialarbeiter brachte den Skandal um das Birkenhof-Heim in Hannover an die Öffentlichkeit. Hier wurden den Mädchen u. a. Medikamente ins Essen gemischt, damit sie nicht so „aufmüppig“ waren.

- Oder das St. Josephs-Haus in Kleinzimmern, in dem Kinder brutal mißhandelt wurden.
- Oder das St. Vincenz-Heim in Dortmund, wo die Mädchen ebenfalls mißhandelt wurden ...

Nach offiziellen Angaben sind es ca. 80.000 Kinder, die unter „Heimerziehung“ aufwachsen!

Kinderkommission Hamburg



Köln 29. Januar: Mit einer Demonstration und anschließenden Kundgebung forderten über 500 französische und deutsche NS-Verfolgte und Antifaschisten anlässlich des Lischka-Prozesses Gerechtigkeit für die Opfer der Nazi-Verbrechen.

Urteil im Lischka-Prozeß gesprochen

Am 11.2. wurde im Kölner Prozeß gegen die drei ehemaligen SS- und GeStaPo-Leute Lischka, Hagen und Heinrichsohn das Urteil verkündet: Lischka wurde zu 10, Hagen zu 8 und Heinrichsohn zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah die Beteiligung der drei an der Deportation von über 40.000 Juden aus Frankreich in die deutschen Gaskammern, hauptsächlich in Auschwitz, als erwiesen an. Der Staatsanwalt hatte für Lischka und Hagen je 12, für Heinrichsohn 5 Jahre Haft gefordert. Der Nebenkläger Friedrich Karl Kaul aus Berlin (DDR) hatte 15 Jahre für alle gefordert. Heinrichsohn trat am Tag der Urteilsverkündung von seinem Amt als Bürgermeister der bayrischen Gemeinde Bürgstadt zurück und aus der CSU aus. Darauf erklärte die CSU, eine Stellungnahme zu diesem Fall erübrige sich nunmehr. Vorher war seitens der CSU erklärt worden, vor Ende des Prozesses werde man sich nicht äußern. Eine bequeme Art, nicht Farbe bekennen zu müssen!

Insgesamt bewertete der Richter Hagens Fall als schwerwiegendsten, da Hagen als „intellektueller Drahtzieher“ gesehen wurde. Er war auch der einzige, dem Rassenhaß als „niedriger Beweggrund“ angelastet wurde. Für alle Angeklagten hielt das Gericht fest, sie hätten von den Folgen ihres Tuns genau gewußt. Ihre Behauptung, sie seien der Meinung gewesen, die Deportierten kämen zu Arbeitseinsätzen, wurde als Schutzbehauptung gewertet.

In der internationalen Öffentlichkeit wurde Verlauf und Ausgang des Prozesses durchweg positiv eingeschätzt: Ein Regierungssprecher in Jerusalem meinte, das Urteil habe „den langen, unwürdigen Kreis von Vernachlässigung und Verzögerung in der Behandlung von Nazi-Prozessen in Deutschland durchbrochen“. Man/frau könnte also der Meinung sein, hier sei endlich einmal in einem Prozess gegen Nazimörder so etwas wie ein gerechtes Urteil gefällt worden. Aber leider gibt es doch einige Einschränkungen:

- Trotz der hohen Strafen wurden die Verurteilten zunächst nicht in Haft genommen.
- Es sollte nicht vergessen werden, daß es erst jahrelanger Anstrengungen vor allem des Ehepaars Klars-

feld bedurfte, um das Verfahren überhaupt in Gang zu bringen. Angesichts der ausgezeichneten Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit könnte ja auch der Gedanke aufkommen, hier sei eine der üblichen milden Strafen für Nazimörder gar nicht drin gewesen; stattdessen habe sich eine hervorragende Gelegenheit ergeben, vor den Augen der wachsenden Öffentlichkeit ein westdeutsches Gericht bei der Bewältigung der Vergangenheit zu zeigen.

Trotz dieser Bedenken meinen wir aber, daß das Urteil im Lischka-Prozeß die Richtung weist, in der die Behandlung von Naziverbrechen verlaufen sollte. Dem Landtag in Kiel liegt inzwischen eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Börsen vor. Er will wissen, wann endlich die Endlöser von Belgien - Ehlers, Cauris und Asche - angeklagt werden. Zuständig ist das Schwurgericht in Kiel. In diesem Prozeß geht es um die Deportation von rund 26.000 Juden aus Belgien und Nordfrankreich in der Zeit von 1942 bis Juni 1944. Die Opfer wurden damals in das Vernichtungslager Auschwitz transportiert. Ehlers, Canaris, Asche hatten in Belgien ähnliche Positionen inne wie Lischka, Hagen, Heinrichsohn seinerzeit in Frankreich (FR, 14.2.).

Lischka & Co. in Haft

Am 16.2. wurden überraschend die Verurteilten im Lischka-Prozeß in Haft genommen. So auch Heinrichsohn in seiner Heimatstadt Bürgstadt, wo er bis vor kurzem Bürgermeister (CSU) war. Obwohl die Beamten alles sehr dezent arrangierten, bekamen einige besonders wachsame Bürger dieser Bürgstadt mit, was da am frühen Samstag morgen ablief. „Prompt ging das Gericht in Bürgstadt um, daß Heinrichsohn in Schutzhaft genommen worden ist, weil 200 Juden nach Bürgstadt kommen wollen“. Erst als am Nachmittag bekannt wurde, daß auch die beiden anderen Angeklagten im Lischka-Prozeß verhaftet wurden, beruhigten sich die Gemüter wieder einigermaßen“ („FR“, 18.2.). Eine kurze Meldung, die einen nachdenklich machen kann:

1. Offensichtlich rechneten diese Leute überhaupt nicht damit, daß ihr Ex-Bürgermeister - immerhin als Verbrecher verurteilt! - auch wirklich bestraft werden könnte. Heinrichsohns Beihilfe zum Massenmord gilt immer noch, trotz des Urteils, als „Kavaliersdelikt“.
2. Welches ungebrochenes Verhältnis des BRD-Staates zu den alten Nazis setzen diese Leute voraus! Wenn sich der Staat solcher Figuren tatsächlich einmal annimmt, dann höchstens, um sie vor „Bösem“ zu beschützen.
3. Ja - und das „Böse“: Es ist klar definiert. Nach 35 Jahren lassen die Feindbilder an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Juden kommen!...

Antifa-Kommission NRW

Norbert Ney Falsche Bewegung

Offen gesagt: ich fürchte um mein Leben!

Ich habe Angst, die Straße, einen Laden, eine Kneipe zu betreten. Angst, wieder einmal von irgendwem verwechselt zu werden, verhaftet, festgehalten oder heimlich beobachtet zu werden. Ich sehe nämlich dem vermeintlichen, gesuchten Terroristen Peter Meyer sehr ähnlich, der der Bande „S. Advent“ zugerechnet wird.

Wohlgemerkt: ich sehe ihm ähnlich - ich bin nicht er!

Aber machen Sie das mal einem jungen, völlig hysterisierten Streifenbeamten klar, der sich alles erlauben kann - nur nicht: so o einen evtl. laufen gelassen zu haben!

Gestern war meine 19. Festnahme. Seit kurzem meide ich China-restaurants, den Rein-Main-Raum sowieso - lasse mir wieder die Haare länger wachsen, um die Ähnlichkeit etwas zu verwischen. Umsonst... ICH BIN NICHT PETER MEYER!

Aber machen Sie das mal den Grenzschutzbeamten klar, die nicht an der österreichisch-deutschen Grenze regelrecht überfallen, bei der Festnahme fast erwürgt und anschließend 5 Stunden lang nach allen Regeln der Kunst verhört haben, als hätte ich 3 Millionen Juden vergast als KZ-Wächter. Aber - zugegeben - das ist ein schlechter Vergleich. Mit diesen Herren geht man ja sehr freundlich um dagegen...

Jedenfalls: Ich bin völlig fertig, am Ende - geschafft. Wenn die den nicht endlich kriegen - ich weiß nicht, ob ich nicht in der Klappsmühle ende. Ich benutze schon keine kleinen, schwarzen Aktenköfferchen mehr, habe alle quergestreiften Krawatten vernichtet, meine gelben Socken weggeworfen, meide Tweed-jacken jedweder Färbung wie die Pest. Spitze braune Halbschuhe liegen mir sowieso nicht. Vergeblich... ICH BIN NICHT PETER MEYER!

Aber machen Sie mal einem der Beamten klar, daß ich nicht der Gesuchte bin, nur meine Ruhe haben, überleben will, diesen Staat nichts „mordsmäßig“ verabscheue. Bombenstimmungen nur im Stadion liebe - bei schönem Wetter soll es dort ja sehr angenehm sein... aber ich traue mich dort nicht mehr hin, wer weiß... bei einer der nächsten Razzien und Verhaftungen könnte man wegen mir das Stadion hermetisch abriegeln, weil einer glaubte, den Peter Meyer erkannt zu haben - wer weiß, ob ich nicht übermüdet bin, eine Schrecksekunde lang meine Handbewegungen nicht voll unter Kontrolle habe - und dann in Notwehr erschossen werden... Ich will ja nur in Ruhe gelassen werden, leben, überleben können... Ich BIN NICHT Peter Meyer, vom „S. Advent“ - ich verabscheue Weihnachten!!

Was habe ich davon, wenn ich nach meinem versehentlichen Tode in jenem Rufmordkampfbuch in großer Aufmachung rehabilitiert werde, das man jeden Tag und überall für 4 Groschen kaufen kann? Was habe ich davon, wenn mich unsere hiesige Tageszeitung, die mich zu Lebzeiten schon nur nervt, nach meinem tragischen Ende zu einem Verlust für die bundesdeutsche Literatur hochstilisiert - obwohl sie mich bisher nur ignoriert? Nein - schon dieser Mafra der 4-Groschen-Opas wegen will ich überleben! Ich werde mir ein deutlich lesbares Schild umhängen, auf dem in schreiend großen Buchstaben steht: ICH BIN NICHT PETER MEYER! Ich werde dem Bundesinnenministerium alle persönlichen Daten zukommen lassen, je 1 Foto aus den vergangenen Jahren, sowie alle Fingerabdrücke. Ich werde keine Grenzen mehr überschreiten, meine Frau zum Einkaufen schicken, nachts keine Besucher mit Koffern mehr empfangen, keine Spaghetti-Gelate veranstalten früh am morgen, nie wieder in meinem Leben ein China-restaurant betreten, meine Haare noch länger wachsen lassen... CAMEL ist glücklicherweise auch nicht meine Marke. Ich habe dennoch Angst. Wenn für mich der S. Advent anbricht, werde ich einfach Pech gehabt haben. Ich fürchte um mein Leben. Lieber Peter Meyer: STELL DICH!

Aus der Nazi-Szene

HEIMATSPIEGEL

Unabhängige überparteiliche Wochenzeitung
Ausgabe Stadt Norderstedt mit Tangstedt

31. Jg./Nr. 7 Donnerstag, 14. Februar 1980 Verlagshaus Möncke Postfach 1228 • 2260 Norderstedt Telefon 040/15 20 41 Einzelpreis 1,- DM C 5653 C

Neonazis randalieren wieder in Lentföörden

1978 war es in der Gaststätte „Tannenholz“ im schleswig-holsteinischen Lentföörden zwischen ca. 120 Neonazis - darunter die Hamburger „Hansa“-Bande - und Polizei zu einer Schlägerei gekommen. Am Wochenende vom 9. auf den 10.2.80 tauchte wieder ein Trupp Neonazis in Lentföörden auf: „schwarzgekleidete, kurzgeschorene, teilweise Totenkopfelemente tragende“ Jugendliche, ca 17 bis 20 Jahre als („Heimatspiegel“, Norderstedt, 14.2.). Nachdem sie sich zunächst wieder im „Tannenholz“ versammelt hatten, stürmten sie später in „Schumann's Gasthof“, wo sie eine Prügelei mit Gästen anfangen und einer der Nazis die Einrichtung zu zertrümmern begann. Daraufhin erschien die im Nebenraum tagende Freiwillige Feuerwehr: es kam zu einer „wilden Schlägerei“ („Heimatspiegel“) und die Nazis setzten sich in Richtung „Tannenholz“ ab. Dort fand die herbeigerufene Polizei acht Nazis vor. („NDR II“, 16.2.). Die Personalien von einem der Jungfaschisten, der noch in „Schumann's Gasthof“ hatte festgehalten werden können, wurden aufgenommen. Die Autos, in denen der Nazi-Trupp schließlich verschwand, hatten Bremer und Münsteraner Nummern („NDR“, s.o.).

Bei Tageslicht stellte sich heraus, daß ganz Lentföörden mit NSDAP/AO-Aufklebern beklebt worden war. Für den Wirt des „Tannenholz“, Manfred Katzer, dürfte nach diesem neuerlichen Nazi-Auftritt der Ofen vorerst aus sein: Ohnehin als Nazi-Sympathisant bekannt, war schon 1978 gegen ihn ermittelt worden - damals erfolglos. Jetzt haben Feuerwehr, Sportverein und Tennisverein Veranstaltungen in Katzers Nazi-Hof, wo offenbar früher schon „Führer-Geburtsfeiern“ abgehalten wurden, aufgekündigt.

Antifa-Kommission Hamburg

Am Sonnabend, den 9. Februar, brachte der NDR/WDR I („Echo des Tages“) einen Bericht über die neuesten Entwicklungen in Teheran. Zum Schluß kam er auf „einen jungen Deutschen, namens Manfred Roeder“ zu sprechen, der in den letzten Tagen die Schlagzeilen der Teheraner Presse beherrscht habe. Dieser Roeder habe sich als Sprecher einer westdeutschen „Befreiungsbewegung“ vorgestellt, die sich auch für die Lehren Khomeinis einsetze. Deswegen werde Roeder in der BRD mit Knast bedroht, sodaß er jetzt im Iran politisches Asyl beantragt habe. Der Reporter berichtete weiter, er habe daraufhin in der BRD Botschaft nachgefragt, ob der Name Roeder dort bekannt sei. Natürlich war er es nicht! ... P.S.: Manfred Roeder („j u n g“) ist er allerdings nicht) ist ein Neonazi, gegen den in der BRD Haftbefehl besteht und der über Interpol gesucht wird.

Ein Genosse aus Kiel

Nazi Dröse freigesprochen

Einen Freispruch erreichte das NPD-Bundesvorstandsmitglied Bernd Dröse in Dortmund. Dröse, der zum Führungskern der berüchtigten „Harting-Bande“ gehört, hatte am 4.11.78 in Unna Antifaschisten mit einer Gaspistole bedroht. In der gleichen Angelegenheit hatte ihn bereits das Unnaer Schöffengericht zu einer lächerlichen Geldstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft, die dieses Urteil angefochten hatte, zog ihre Berufung zurück, da nicht erwiesen sei, daß Dröse auf Antifaschisten bewußt gezielt habe. Als Zeugen der Verteidigung hatte Dröse wieder den Lünener Alt-Nazi Ernst Rettstedt und das „Harting-Banden“-Pärchen Böhle aus Paderborn mitgebracht.

Den juristischen Beistand hatte das Haus Schöttler übernommen, eine seitens nazistischer Kräfte (Ustascha, Roeder, Harting) stark frequentierte Recklinghäuser Anwaltspraxis.

Antifa-Kommission NRW

Wilde Schlacht: Feuerwehr stoppte Terror von Neo-Nazis!

Leitfaden „Tannenholz“ wieder einmal der Ausgangspunkt? LENTFÖÖRDEN (reg.) Die kleine Gemeinde Lentföörden ist ein Wochen- und einmal „die“ Stadt des schleswig-holsteinischen Teheran geworden. Eine „Schumann's Gasthof“, Norderstedt.

Freispruch für „UN“-Voigt

Bochum. Ende Januar sprach ein Bochumer Schöffengericht den Chef der rechtsradikalen „Unabhängigen Nachrichten“ (UN), Martin Voigt, von der Anklage der Volksverhetzung frei. Voigt, der seinerzeit noch als verantwortlicher Redakteur für die „UN“ fungierte, wurden diverse Beiträge aus dem Jahr 1978 zur Last gelegt, in denen die Judenvernichtungsaktionen der Nazis beschönigt oder geleugnet wurden. So hatte „UN“ z.B. „bezweifelt“, daß es überhaupt Gaskammern gegeben habe. Trotzdem mochte das Gericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die für eine sechsmonatige Freiheitsstrafe zur Bewährung und 5.000 DM Geldbuße plädierte, nicht folgen.

Antifa-Kommission NRW

Harting legt Widerspruch ein

Widerspruch gegen den Entscheid der Stadt Kamen, das berüchtigte JN-Landeszentrum „Gut Barenbräcker“ zu schließen, hat dessen Leiter, NPD-Betriebsbeauftragter Karl-Heinz Harting, beim zuständigen Oberkreisdirektor (OKD) eingelegt. Die Stadt sah sich im November des vergangenen Jahres zur Schließung des Zentrums der „Harting-Bande“ genötigt, nachdem die von hier ausgehenden ständigen neonazistischen Provokationen Kamen den unruhigen Ruf einer „Stadt mit Herz für Neonazis“ eingebracht hatten.

In seinem Widerspruch beharrt Harting wider besseres Wissen darauf, bei „Gut Barenbräcker“ handle es sich lediglich um eine „JN-Kreisgeschäftsstelle“.

Es wird allgemein davon ausgegangen, daß der OKD die Ordnungsverfügung der Stadt Kamen bestätigen wird. Die nächste Instanz wäre dann für Harting das Verwaltungsgericht. Hier dürfte es um Hartings Chancen leider wesentlich besser bestellt sein.

Antifa-Kommission NRW

Lebendiges DARMSTADT

Faschisten und ihr Umfeld



Eine Dokumentation

Neonazistische Gruppen • Ihre Aktivitäten und Verbindungen • „Antifaschismus“ der CDU, SPD und Co. • Braune im grünen Gewande • Türkische Faschisten • Da • Großer Fototeil

Einen guten Überblick über die Nazi-Umtriebe der jüngsten Zeit in Darmstadt gibt die Broschüre „Lebendiges Darmstadt: Faschisten und ihr Umfeld“ (44 Seiten, DM 3,-; zu beziehen über: KB/Gruppe Darmstadt, Hauptpostlagernd Postlagerkarte Nr. 018640 B, 6100 Darmstadt). Angefangen von den Auftritten der Roeder, Schönborn und Co. - mit ihrem Darmstädter Aktivisten O. Ganz - wird die Szene der NPD, DVU usw., einschließlich ihres grün-braunen Umfeldes dokumentiert - ebenso wie die bisherige Reaktion von SPD/CDU. Viele Fotos - auch zu Fahndungszwecken - ergänzen den Text.

Im Prozeß gegen die Fantasia-Druckerei in Stuttgart: 3 Jahre Knast für Öffentlichkeitsarbeit zu Stammheim!

Am 14. und 18.2. wurden Bert und Babs von der Fantasia-Druckerei aus ihrem Prozeß heraus verhaftet. Mir macht das Wut, in der Presse das Liberalisierungsgeschwätz von Baum & Co. lesen zu müssen und mitzukriegen, daß Leute für nichts anderes als Öffentlichkeitsarbeit zum Knast für 3 Jahre nach Stammheim sollen. Nachdem der Staatsanwalt sein Plädoyer gehalten hatte, wurde - ohne das Urteil abzuwarten - Bert festgenommen, weil bei ihm als dem offiziellen Inhaber der Druckerei Fluchtgefahr bestehe, wenn er die Höhe des Strafmaßes erfährt. Am darauffolgenden Verhandlungstag wurde Babs abgeführt - nachdem die Staatsanwaltschaft auch für sie 3 Jahre beantragt hatte, da sie ja mit Bert verheiratet ist und somit für alles mitverantwortlich.

Besonders schrecklich ist: Babs und Bert sind die Pflegeeltern vom Grisha Speitel, dessen Mutter Angelika lebenslang gekriegt hat und dessen Vater sich hat kaufen lassen und nach Ableisten seiner Kronzeugendienstes jetzt im Ausland untergetaucht ist.

Ausgerechnet die beiden kriegen jetzt die höchste Strafe, und auch wenn das Jugendamt anscheinend damit einverstanden ist, daß Grisha bei den Fantasia-Leuten bleibt, kann man sich kaum vorstellen, was es wohl für ein Kind von 10 Jahren heißt, miterleben zu müssen, wie nacheinander die Bezugspersonen in den Knast wandern.

Durch Druck, Bereitstellung und Verteilung von Schriften hätten die Leute von Fantasia „den Zusammenhalt der Roten Armee Fraktion

(RAF) und ihrer Nachfolgeorganisationen gestärkt“ (Anklageschrift lt. Stgt. Ztg. vom 9.2.). Wer sich nicht distanziert, ist Unterstützer, das paßt gut in die mit Hilfe von Mahler und Klein betriebene Denunziationskampagne, nach der der Kampf gegen Isolationsfolter und Vernichtung im Knast nur ein gemeiner Trick sei, um Leute für die Guerilla zu rekrutieren.

24 Broschüren, Flugblätter und Plakate sind der „Beweis“ dafür, wobei schon das Wort „Selbstmordverhinderung“ in Anführungszeichen (in einer Presseerklärung von Doris Braune zu den Sicherheitsmaßnahmen gegen Armin Nowiera) als „Werbung“ für eine „terroristische Vereinigung“ gilt (lt. TAZ, 11.2.) oder wenn die Rede ist von der „Ermordung von Gefangenen in Vollzugsanstalten“. Anträge der Verteidigung wie z.B. der Antrag auf Herbeiziehung der Akten vom Todesermittlungsverfahren zu Stammheim wurden alle abgelehnt: der „Selbstmord“ sei erwiesen, und das stehe auch schon so im Brockhaus!

Für Doris Braune und Dorit Brücher, die 18 Monate in U-Haft gesteckt und inzwischen rausgelassen wurden, beantragte die Staatsanwaltschaft 2 Jahre und für Birgid Rauth 1 Jahr und 9 Monate. Birgid sitzt immer noch in Stammheim und mußte ihren Hungerstreik erfolglos abbrechen (sie hatte u.a. Umschluß mit Irmgard Möller gefordert; Irmgard hat seit der Entlassung von Sabine Schmitz keinerlei Kontakte mehr!).

Für sofortige Haftentlassung und Einstellung aller Stammheim-Verfahren!

Wer Babs und Bert schreiben oder besuchen möchte, das geht über den 6. Straßensatz des OLG Stuttgart Urbanstr. 18, 7 Stuttgart 1 und zwar an Herbert Schläge und an Barbara Meyer-Schläge. Das Spendenkonto ist: Landesgirokasse Stuttgart, Konto-Nr. 759 88 21 (Herbert Schläge). Anstelle eines Schlußwortes im Prozeß wollen die Leute von Fantasia in Stuttgart eine Veranstaltung machen.

Eine Genossin aus Baden-Württemberg

Folge des 2. Stammheimprozesses in Hamburg: Lutz Berndt zu 800 DM Geldstrafe verurteilt

Lutz Berndt war einer der ca. 100 Prozeßbesucher, die am 18.10.1979 durch eine brutale Polizeiaktion aus dem Hamburger Strafjustizgebäude herausgeprügelt worden waren. An diesem Tag begann der Prozeß gegen drei Frauen, die in Flugblättern die Todesfälle in Stammheim als Morde bezeichnet hatten. Lutz Berndt wurde nun von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, sich gegen die Polizeiübergabe zur Wehr gesetzt und dabei mehrere Polizisten verletzt zu haben.

Dreh- und Angelpunkt des Verfahrens war die Frage, ob die Polizeiaktion im Gericht rechtmäßig war. Denn davon hängt es ab, ob dem Angeklagten ein Notwehrrecht zu-stand oder nicht.

Während die Polizeizeugen erwartungsgemäß versuchten, das Vorgehen der Polizei zu verharmlosen - selbst der Richter sprach davon, die Polizei habe den Einsatz „abgeschwächt dargestellt“ - um den „Störern“ gezielt gewalttätiges Vorgehen unterzuschoben, konnten StA und Gericht nicht umhin, bei ihrer Beweisführung „einzelne Übergriffe“ und „überzogene“, „harte“ Vorgehensweise der Polizei einzugestehen. Um den Einsatz insgesamt aber doch noch für rechtmäßig zu erklären, wurde kurzerhand - ent-

gegen den eindeutigen Aussagen der Zeugen - die Situation am 18.10. so „rekonstruiert“, daß sie einen auch gewaltsamen Einsatz gerechtfertigt hätte.

Der StA stellt lapidar fest: „Es waren eindeutige Störungen, sie waren so erheblich, daß eine Räumung auch gewaltsam verhältnismäßig war“. Daß diese angeblichen „Störungen“ zu dem Zeitpunkt, als die Polizei im Flur des Gerichtsgebäudes anrückte, längst behoben waren, erwähnten weder StA noch Richter. Tatsache ist nämlich, daß die in den Gerichtssaal eingedrungenen Prozeßbesucher, nachdem Richter Graue sie für „vorläufig festgenommen“ erklärt hatte, den Verhandlungssaal freiwillig verließen. Die Verhandlung war unterbrochen, das Gericht hatte sich zur Beratung zurückgezogen. Alle Prozeßbesucher einschließlich der Angeklagten befanden sich vor dem Saal 192, um die Entscheidung des Gerichts abzuwarten. Eine „Störerrage“ gab es also nicht mehr. Die Polizei, herbeigerufen, als die Prozeßbesucher noch im Verhandlungssaal waren, hatte also erkennbar keinerlei Anlaß mehr, eine Räumung des Gerichtssaales durchzuführen.

Nun sehen StA und Richter als weitere Störung an, daß die Prozeßbesucher auch vor dem Verhandlungssaal fortzuführen zu johlen und zu

singen. Genau diese Situation ist durch das Auftreten der Polizei aber überhaupt erst herbeigeführt worden, so daß das Verhalten der Polizei also erst die Lage geschaffen hat, die dann die Rechtfertigung dafür gegeben hat, polizeilich einzugreifen!

Einfach machten es sich StA und Gericht auch mit der Frage, ob der Einsatzleiter die Prozeßbesucher überhaupt aufgefordert hatte, das Gebäude zu räumen. Kein Zeuge hatte nämlich eine derartige Aufforderung gehört. Diese Aufforderung - so StA und Richter - wird dann wohl im Gejohle der Leute untergegangen sein, jedenfalls aber müsse aus der Situation jedem klar gewesen sein, welchen Sinn das Anrücken der Polizei gehabt habe...

Das ist glatter Zynismus, denn tatsächlich war angesichts der geschilderten Lage den Besuchern eben nicht klar, daß die Polizei trotz veränderter Situation blindlings draufprügeln würde - was eine Zeugin auch ausdrücklich betonte.

Angesichts dieses rechtswidrigen Vorgehens der Polizei stellt das Urteil eine Unverschämtheit dar, wenn es nachträglich diesen Einsatz als rechtmäßig legitimiert und den verständlichen Widerstand von Lutz Berndt bestraft.

IKAH

Hannover: Anklage nach § 90a

Im Dezember hatten Frauen und Männer gegen die Haftbedingungen in der BRD eine Aktion in der Stadt durchgeführt. Ein Baum wurde in Beton gepflanzt und mit Stacheldraht umzäunt. Dazu wurde ein Flugblatt verteilt, in dem gefragt bzw. festgestellt wird, daß Menschen genauso wie Bäume in Beton und Stacheldraht eingehen müssen. Es wurde auf den Widerstand von über 70 Gefangenen gegen diese „Schikanen und Vernichtungsmaßnahmen“ (Flugblatt) hingewiesen, daß in Hannover Ronald Augustin und im Spezialsicherheitstrakt in Celle Karl-Heinz Dellwo, Harry Stürmer und Heinz Herlitz im Hungerstreik sind; daß diese besonderen Haftbedingungen inzwischen auf alle Gefangenen angewendet werden, die anfangen, zu denken und sich zu wehren. „Gegen 2 Frauen und 1 Mann, die das Flugblatt verteilt haben, ist Anklage erhoben nach § 90a“ (Info Frauenzentrum Hannover, Januar 80).

Aufgrund einer Diskussion im Zentrum sind einige Gedanken dazu angeführt: „Die große Stille zu bekämpfen in den stillen Trakten, müssen wir sehr laut werden. Frage: Warum müssen wir?

eine Antwort: Ist Schweigen zu Hochsicherheitstrakten, zur Vernichtung der physischen und psychischen Gesundheit der Gefangenen in den Mauseisernen für Lebende nicht Komplizenschaft?

ES GIBT KEINE UNSCHULD MEHR.

andere Frage: Konnte Frau/Mann das nicht vorsichtiger, anders ausdrücken?

eine Antwort: Wer hat wie, was gesagt?

- Innenminister Baum nannte die Hochsicherheitstrakte (in der FR) unmenschlich.

- der ehemalige Justizsenator Klug hat gesagt: (Tageszeitung) „Ich kann schon grundsätzlich sagen, daß ich den Eindruck habe, als wolle man hier einen besonderen, persönlichkeitsverändernden Einfluß unterstützen. Die Umkämpfung einer Persönlichkeit kann nicht das Ziel eines Resozialisierungsvollzuges sein.“

- Wissenschaftler nannten das Programm der Hochsicherheitstrakte ein Programm zur Herbeiführung sozialer, sensorischer Deprivation, verbunden mit andauernder Streßmanipulation.

- Peter Paul Zahl hat in seiner Rede

anlässlich der Verleihung eines Literaturpreises gesagt: „Ich nannte und nenne dieses Programm Folter“.

Sprache ist vielfältig, sie kann beides. Sie kann Sachen beim Namen nennen, der Realität einen Ausdruck geben und sie kann die Realität verharmlosen, verschleiern, unkenntlich machen.

noch eine Frage: Was nützt ein Flugblatt? Wir können doch nichts ändern. Wir riskieren Prozesse und müssen uns dann mit diesen auseinandersetzen. Es gibt doch noch viele andere Probleme, bei denen wir noch eine Chance haben, etwas zu verändern.

eine Antwort: Was ist Hoffnung, was sind Träume und Utopien, wenn sie nicht alles umfassen? Den Knast hier und heute abzuschaffen, zu verändern ist Illusion, sind Träume. Die Gewalt der Männer gegen die Frauen, die Ehe als Zwangsinstitution und ... und ... jetzt abzuschaffen, ist Utopie - sind Träume. Aber wer hindert uns an diesen Utopien festzuhalten? Vorsicht! Resignation wirkt ansteckend“ (Info Jan. 80).

KB - Frauen AG Hannover

18.000 DM Geldstrafe für Flugblattverteiler

Nach 31 Sitzungstagen endete der Prozeß gegen vier Flugblattverteiler des KBW mit Geldstrafen in der sagenhaften Höhe von einmal DM 1800,-, zweimal DM 2400,- und für einen Arzt in Höhe von DM 18.000,-!

Einziger Vorwurf war die Verteilung der Druckschrift „Die Volksmiliz“, wo in der betreffenden Ausgabe die GSG 9-Truppe als „Metzgerhunde“ und „Schlächter“ bezeichnet worden waren. Die Verteilung der Schrift allein war der Tatbestand, den das

Gericht als „gemeinschaftliches verfassungswidrliches Einwirken auf öffentliche Sicherheitsorgane in Tateinheit mit Verunglimpfung des Staates und Beleidigung“ ansah. Die Strafanträge waren vom Bundesminister des Innern sowie vom GSG-9 Kommandeur gestellt worden. Wenn man/frau weiß, daß der „Presserechtlich-Verantwortliche“ bereits zu neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, so wird er/sie gewahr, in welcher „freiheitlich ...“ Ordnung wir leben - einmal mehr, fürwahr.

Bekanntmachung für alle Plakatierer

Wichtiges für die Front der Plakatierer hatten die Herren und Damen (?) des Oberlandesgerichtes in Hamburg am 6. Feb. 80 zu verkünden. Wie man nunmehr öffentlich bekanntgab, ist das Plakatieren überall in der Stadt „erlaubt“, wenn dabei nur der beklebte Untergrund nicht verletzt noch ein „ästhetisches Bauwerk“ geschädigt wird. Bis jetzt waren hingegen Plakatkleber vor Verfolgung nicht sicher und wurden meist wegen Sachbeschädigung bestraft. Nur eins sollten die Pinsler und Kleber noch immer beachten: Das verklebte Papier sollte nicht größer als 0,5 Quadratmeter sein. Ansonsten kommt

man/frau nämlich immer noch in Gesetzeskonflikt mit der Hamburgischen Bauordnung - so wenigstens das oberste Strafgericht Hamburgs. Anlaß zu dem über 4 Jahre währenden Streit über Recht und Unrecht der unter Linken beliebten Plakatkaktionen hatte ein KPD/ML-Plakat mit der Aufschrift „Lest den Roten Morgen“ gegeben, das auf einen grauen Verteilerkasten der Deutschen Bundespost geklebt worden war. Das darf nun künftig kleben bleiben (Informationen nach „Mopo“ vom 7.2.80).

IKAH

Münchner »Blatt« verurteilt

„Ich werfe nicht mit Dreck - ich zeige Dreck und der wird immer mehr“, sagte der Schriftsteller Heinz Jacoby in seinem Schlußwort, bevor er und die Münchner Stadtzeitung „BLATT“ wegen der Veröffentlichung eines Offenen Briefes an Bundespräsident Carstens vor einigen Tagen zu hohen Geldstrafen verurteilt wurden. Der Staatsanwalt hatte in seinem Plädoyer behauptet, in dem Offenen Brief habe man den Staat mit Dreck beworfen (lt. Taz vom 18.1.).

Das Münchner „BLATT“ war die erste Zeitung, die im Mai vorigen Jahres den Offenen Brief von Jacoby an den gerade neu gewählten Bundespräsidenten abdruckte. Jacoby hatte darin seine Meinung zum Ausdruck gebracht, daß Carstens mit seiner Nazi-Vergangenheit geradezu prädestiniert sei, „diesen mörderischen Staat zu vertreten“. In einer großangelegten Polizeiaktion wurden daraufhin die Redaktionsräume des „BLATT“, die Privatwohnung des presserechtlich Verantwortlichen, die Wohnung des Autors und sogar die seiner alten Mutter durchsucht (lt. Taz vom 18.2.). Die Zeitung wurde beschlagnahmt und ein Verfahren

wegen „Verunglimpfung des Staates“ eingeleitet.

Jetzt wurde das Urteil gesprochen: Jacoby muß 2.400 DM und der presserechtlich Verantwortliche des „BLATT“ 1.600 DM Geldstrafe bezahlen. Das, obwohl das „BLATT“ nach der Beschlagnahme durch Öffentlichkeitsarbeit erreichen konnte, daß sich große Teile der linken und Alternativpresse mit den „BLATT“-Herausgebern solidarisierten, indem sie ihrerseits den Jacoby-Brief abdruckten und über die Polizeiaktion berichteten (vgl. auch AK 154). Im Gegenzug antworteten die Staatsanwaltschaften jedoch vielerorts mit Ermittlungsverfahren gegen die „Nachdrucker“, vor allem gegen kleinere und schwächere Stadtzeitungen. So ist das Urteil gegen das „BLATT“ und Jacoby nun schon der 5. Fall, in dem eine Alternativzeitung vor den Kadi gezogen wird. Weitere Betroffene sind u.a. die Augsburger Stadtzeitung „Podium“ und der „Motzer“ aus Oberschwaben.

Auch gegen den AK wurde eine Anklage erhoben. Ob es auch zur Verhandlung kommt, steht jedoch noch dahin.

IKAH

Der zweite Prozeß gegen die »Bewegung 2. Juni« hat begonnen

Mit großem propagandistischen Aufwand seitens der bürgerlichen Presse begann am 21. Februar ein neues Mammutverfahren gegen angebliche Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“. Gabriele Rollnik, Gudrun Stürmer, Angelika Goder und Klaus Viehmann, die allesamt seit dem 16. Januar im neuerstellten Hochsicherheitstrakt „verwahrt“ werden, sind u.a. wegen der Lorenz- und Palmers-Entführung, des Drenkmann-Attentates und der Till Meyer-Befreiung angeklagt.

Eigens für dieses Verfahren wurde (mal wieder) ein neuer Straßensatz mit dem Vorsitzenden Richter Pahlhoff zusammengestellt, wiederum wurden die Angeklagten verpflichtet, der Verhandlungssaal im „Terroristenbereich“ bekam „neues Panzerglas“ („Stern“, 8.2.80).

„Das größte Terrorismusverfahren, das in Berlin jemals zur Anklage gekommen ist“, meinte Oberstaatsanwalt Hans Jürgen Przytarski („Stern“, 8.2.80). „Gut 50 Polizisten halten sich im weitläufigen Kriminalgerichtsgebäude ständig in Bereitschaft, den Vergleich mit Stammheim“ möchte Justizsenator Moritz Meyer aber „ungern gelten lassen“. Der bereits von seinen Vorgängern betriebene Umbau des Sicherheitsbereiches (drei Säle) für rund vier Millionen Mark wirkt vergleichsweise dezent: keine zugemauerten Fenster mit Schießscharten mehr, dafür Panzerglas, Kontrollschleusen, alles schußfest abgeschottet.

Um gelegentliche Zuhörertumulte wie im Lorenz-Drenkmann-Verfahren von vornherein zu unterbinden, sollte ursprünglich im Saal 500 auch noch eine Trennscheibe installiert werden. Das wurde „fallengelassen“, so ein

Staatsanwalt, wenn auch nur aus „Kostengründen“ („Spiegel“, 11.2.1980).

Dieses Verfahren wird mit Sicherheit keinen Deut „rechtsstaatlicher“ ablaufen, als der Prozeß gegen die sechs Angeklagten, gegen die - ebenso in Sachen „Bewegung 2. Juni“ - ein Stockwerk höher zur gleichen Zeit verhandelt wird. „Welcher Wind in dem Prozeß wehen wird, haben die Richter schon vorher klargemacht: Alt-Bischof Scharff durfte die Angeklagten nicht in der Haft besuchen, weil der Vorsitzende Richter Pahlhoff, 48, „keine Notwendigkeit“ dafür sah ...“ („Stern“, 8.2.80).

Postzensur, Bezugsverbot für linke und selbst liberale Publikationen (laut „Stern“ wurde selbst „Le Monde“ nicht an die Angeklagten ausgehändigt), das alles läuft eher verschärft weiter.

Zu den Anklagepunkten: „Hauptangeklagte ist Gabriele Rollnik, der vorgeworfen wird, an der Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann im Jahre 1974 und an der Entführung des CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz beteiligt gewesen zu sein. Zu den Anklage-

Fortsetzung nächste Seite

Neues

»2. Juni-Unterstützer-Verfahren«

Am 5. Februar begann vor der zweiten großen Strafkammer des Landgerichtes unter dem Vorsitz von Richter Hüller im „Terroristenflügel“ in Westberlin/Moabit ein neuer sogenannter „Unterstützerprozeß“ (nach §129a) gegen fünf Angeklagte.

Angeklagt sind Hendrik Reinders (Bruder von Ralf Reinders), Erhard Oestreich, Rafael Kreß, Paul Revermann und Horst Müller-Klug; sie alle sollen Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ unterstützt haben. „Die fünf Angeklagten, die sich alle auf freiem Fuß befinden, äußerten sich gestern nicht zur Sache. Zwei von ihnen begründeten dies mit der Befürchtung, jede Erklärung vor Gericht könne gegen sie verwendet werden“ („Tagesspiegel“, 6.2.80).

Nach dem Verfahren gegen Waltraud Siepert (zunächst 4 1/2 Jahre, nach Revision 3 1/2 Jahre) und Christine Doemeland (Freispruch erst in der Revision) wegen „Unterstützung“ von u.a. Fritz Teufel; der Verurteilung Eberhard Dreher zu 4 Jahren ohne Bewährung wegen „Unterstützung“ von Andreas Vogel; dem Prozeß gegen Gisela Kuehl (ein Jahr auf Bewährung); Karsten Mocken (Freispruch) und Susanne Wotschke (eineinhalb Jahre auf Bewährung) wegen „Unterstützung“ von Ralf Reinders; Inge Vielt und Juliane Plambeck (beide sind noch

nicht einmal festgenommen), beginnt nun somit der vierte „Unterstützerprozeß“, ohne daß irgendein Hauptverfahren in Sachen „2. Juni“ abgeschlossen wäre.

Diese „Unterstützerprozesse“ sprechen jeder „Rechtsstaatlichkeit“ Hohn, werden hier doch quasi zwei horrenden Urteile in einem gesprochen, das eine gegen die „Unterstützer“, das andere aber gegen die „Haupttäter“, deren „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (bringt alleine zehn Jahre Knast) somit festgeschrieben wird, ohne daß diese auch nur die Spur einer Verteidigungsmöglichkeit haben, da sie ja im Prozeß selbst überhaupt nicht anwesend sind.

In diesen „Unterstützerprozessen“ wird also – entgegen „rechtsstaatlichen Grundsätzen“ – vorverurteilt, und der BGH hat zu dieser Praxis seinen Segen auch schon gegeben.

Vorverurteilungen betreiben also längst nicht mehr nur die Medien, sondern die Justiz selbst mischt spätestens seit 1977, als das Siepert/Doemeland-Verfahren mit horrenden Urteilen endete, dabei kräftig mit; trotz allen „Rechtsstaatlichkeits“- und „Liberalisierungs“-Geredes wird diese Praxis mit dem neuen Verfahren voll weiter durchgezogen.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Gefängnis — Isolierstation —
Hochsicherheitstrakt — Auschwitz?

Die Herrschenden haben ein Gesetz gemacht, nach dem der Gefangene fähig werden soll, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

In Hamburg haben sie dem Psychologen und wissenschaftlichen Direktor Dr. Stark die Leitung dieses Experimentes übertragen.

Doch wie sieht die Praxis aus?

Die Todesstrafe ist zwar durch das Grundgesetz abgeschafft worden; Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Strafen oder Behandlung verbietet die Konvention zum Schutze der Menschenrechte. Sie aber schufen ein System, bestehend aus Belohnung oder zusätzlicher Strafe, in dem jeder gegen jeden um das nackte Dasein kämpfen soll, entsolidarisiert wird.

Sie propagieren Sicherheit nach außen und Freiheit nach innen. Sie genehmigen sogar Fernseher und lassen zeitweise die Türen offen – wohl wissend, daß niemand die hohen, mit Natostacheldraht bewehrten und von Wärmern mit Maschinenwaffen bewachten Mauern so ohne weiteres überwinden kann. Wer innen nicht tanzt, wie die Vollzugsbürokraten ihre falschen Melodien pfeifen, bekommt als „milde“ Disziplinierung einen Ausschuß vom Aufschluß und Umschluß – er darf an keiner „Vollzugslockerung“ teilnehmen – er sitzt wie ein Masthähnchen im Schließfach.

Der nächste Grad der Bestrafung ist die Verlegung auf die in Bau befindliche Isolierstation B I. Dort wird eine neue Betondecke eingezogen, um die Isolierten exakt von den anderen Gefangenen zu trennen und ihnen jegliche emotionale und soziale Unterstützung zu nehmen. Vor den Fenstern wurde ein zusätzlicher Maschendrahtzaun gezogen.

Reicht diese „Maßnahme“ nicht aus, so wird die Verlegung nach der vollkommen abgeschotteten Isolierstation D I angeordnet. Jeder kann

dahin kommen – ein Verdacht genügt! Die Verlegung schwebt wie ein Damoklesschwert über dem Gefangenen. So wird er permanent in Angst gehalten, sich zu ducken, anzupassen, nicht aufzufallen.

Die Bauweise zielt dahin, den Gefangenen physisch und psychisch zu schädigen. Eine zweite Fensterscheibe aus Plastik läßt nur einen kleinen Schlitz für die Belüftung frei. Scheint die Sonne auf das Fenster, so herrschen im Inneren Treibhausemperaturen – scheint keine Sonne – so ist es bitter kalt, denn die Heizung läßt sich nicht regulieren.

Das Doppelfenster vermindert den Unterdruck des Eindringens des totalen und unentrinnbar eingesperrt-Seins. Das führt zur Demoralisierung und zu schweren Depressionen, zu Kopfschmerzen, Seh- und Wahrnehmungsstörungen sowie zur Verminderung der Konzentration.

Eine Kommunikation zwischen den Gefangenen ist nicht möglich; sie wird nach außen beschnitten dadurch, daß die Besuchszeit der dorthin verlegten um die Hälfte gekürzt wird. Ebenfalls ist es nicht möglich, die Erlaubnis zu erhalten, ein dringendes Telefongespräch, z.B. mit dem Anwalt zu führen.

Die Abgeschlossenheit ermöglicht es, daß Gefangene willkürlich geschlagen werden können und es auch werden, wenn ein Gefangener infolge der inhumanen Bedingungen dort ausflippt oder, wie vorprogrammiert, aggressiv wird. Das kommt besonders oft bei Drogenabhängigen vor. Diese werden dann in die „Glocke“ (spezielle Betonzelle, ohne Tageslicht aber mit Videoüberwachung) geschleift oder getreten. Mit dem Monitor werden ihre Reaktionen beobachtet – und wenn das Bündel Mensch sich nicht mehr regt, wird es mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gefahren, um dort seinen Tod feststellen zu lassen (HA, vom

17.1.80).

Als die Steigerung ihrer Perversitäten und als faules Ei des durch die Bunte Liste Hamburg weggefegten, jetzt in Berlin sein Unwesen treibenden FDP-Justizsenators Meyer, entstand der perfektionierte, technisierte Hochsicherheitstrakt Fuhlsbüttel in Anstalt I.

Zur Zeit ist dieser Trakt noch unbelegt – doch der Anstaltsleiter Dr. Stark drohte bereits Hans G. an, daß er mit der Justizbehörde reden wolle, um ihn dorthin verlegen zu lassen. Hans weigert sich, Zwangsarbeit zu leisten.

Es erscheint ziemlich unwahrscheinlich, daß ein neues Auschwitz als Krönung des Ganzen kommen wird. Sie haben es nicht nötig, in Blut zu waten oder ihre Gefangenen zu vergasen – sie geben sich als Softy und wickeln ihren Vollzug nach neuen Verfahren ab. Die Vernichtung der Identität aufmüpfiger Menschen wird auf Raten verteilt – die Foltermethoden sind subtiler geworden, sie sind wissenschaftlich erforscht und psychologisch ausgeklügelt. Dabei wurden alle in den Isolierstationen gemachten Erfahrungen, den Menschen zu brechen, zu entmenslichen im Zuge der elektronischen Revolution auf die Hochsicherheitstrakte transformiert und dort potentiell verstärkt.

Alle Maßnahmen zielen hin auf die sanfte Vernichtung des Delinquenten. Selbst der Bundesminister Baum mußte einräumen, daß ein Hochsicherheitstrakt als unmenschlich erkannt wird – die Isolierstationen in den bundesdeutschen Gefängnissen sind es !!!!!!! Die Schicksale der unzähligen dort zugrunde gerichteten „namenlosen“ Gefangenen beweisen das.

Solange Softy seine Formen von Isolierstationen und Hochsicherheitstrakten aufrecht erhält, wird er sich verhalten lassen müssen, mörderisch zu sein.

ein Gefangener aus Fuhlsbüttel

Stellungnahmen zum Hochsicherheitstrakt:
Der Protest wird lauter

Seit der Belegung des Traktes am 19. Januar 1980 haben die kritischen Stimmen gegen dieses Monstrum zugenommen. Gerade Menschen aus dem liberalen politischen Spektrum nehmen jetzt sehr engagiert Stellung. Dazu gehören unter anderen der ehemalige Hamburger Justizsenator Ulrich Klug, die Humanistische Union, die „Ärztegruppe Westberlin für eine bessere medizinische Versorgung in den Haftanstalten“, der Anstaltsbeirat der Untersuchungsanstalt Moabit und die ehemalige Anstaltsleiterin der Frauenjustizvollzugsanstalt Preungesheim (Frankfurt). Für besonders bemerkenswert halten wir es, daß die GEW Westberlin den Trakt kritisiert.

Der Anstaltsbeirat der Untersuchungsanstalt Moabit

Der Beirat, ein Gremium von unabhängigen Privatpersonen, soll „bei der Gestaltung des Vollzugs und der Betreuung der Gefangenen“ mitwirken. Trotzdem wurden sie von Justizsenator Meyer sowohl bei der Planung des Trakts nicht gehört als auch von dem Leiter von Moabit, Hahnfeld, während der konkreten Belegungssituation am 19.1. einfach hinausgeschmissen. Nur zwei Tage nach der Belegung verfaßte der Beirat

seine Stellungnahme. Er erklärte: „Wir halten den Hochsicherheitstrakt für unmenschlich, sowohl aus psychosozialer als auch medizinischer Sicht. ... Der Mangel an sozialen Reizen und die absolute Isolierung muß langfristig zu irreparablen Schäden bei den Inhaftierten führen.“ Und weiter: „Die Anstaltsbeiräte als Vertreter der Öffentlichkeit werden gemäß ihres gesetzlichen Auftrages nunmehr alles Erdenkliche versuchen, die Lebensbedingungen der Insassen dort zu verbessern, d.h. möglicherweise sich auch für eine Verlegung in den Normalvollzug einzusetzen.“ Nachdem schon mehrere Anstaltsbeiräte wegen ihrer Kritik an der Situation in den westberliner Knästen ihres Amtes enthoben wurden, ist diese mutige Kritik um so bemerkenswerter.

Die Ärztegruppe Westberlin für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten

Die Ärztegruppe hat sich in einem Schreiben an Justizsenator Meyer gegen die „Isolierung in Kleinstgruppen, wie sie im Hochsicherheitstrakt durchgeführt wird“ gewandt. Sie kritisieren den Trakt unter vornehmlich medizinischen Aspekten:

als wahrscheinliche Folgen für die Gefangenen im Trakt stellen sie fest: „nachhaltige Sehstörungen und Beeinträchtigung des Allgemeinbefindens wie Kopfschmerzen, Kopfdruck und Aggressivität“ aufgrund des hellen, gleißenden Lichts im Trakt. Als Folgen der unzureichenden Lüftungsmöglichkeiten in den Zellen nennen sie: „Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Müdigkeit, Abgeschlagenheit, chronischer Schnupfen und chronische Bronchitis“.

Die Ärztegruppe fordert in diesem Zusammenhang von Meyer die ärztlichen Gutachten, die die Anstaltsärzte zum Trakt erstellt haben. Sie weisen darauf hin, daß „von Ärzten erstellte Unbedenklichkeitsbescheinigungen für den Hochsicherheitstrakt gegen die Deklaration über ärztliches Verhalten bei Gefangenen“, verabschiedet auf der Generalversammlung des Weltärztebundes vom 6.10.1975 in Tokio, verstoßen.“

Die Humanistische Union und Prof. Dr. Ulrich Klug

Die Humanistische Union hat sowohl selbst in einer Presseerklärung als auch durch ihren Vorsitzenden, den ehemaligen Hamburger Justizsenator

Fortsetzung nächste Seite

Ermittlungsverfahren gegen
Professor Fritz Beske eingestellt

Es geht und ging um die unhaltbaren Zustände im Landeskrankenhaus Hesterberg in Schleswig. Die „Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie“ (DGSP) hatte im Sommer letzten Jahres die unmenschlichen Verhältnisse im Heim enttellt und die zuständige Landesregierung scharf kritisiert (siehe auch AK 158). U.a. hat der verantwortliche Staatssekretär, Beske, auf die Kritik, daß die Kinder das ganze Jahr keine Sonne sehen würden, eiskalt geantwortet, „man müsse sich fragen, ob ihr (gemeint: die schwerstbehinderten Kinder) Verbringen an die Sonne einen besonderen psychologischen oder therapeutischen Nutzen hat“. Diesen Zynismus hat die DGSP damit gegeißelt, daß „sich

Vergleiche mit der Ideologie vom lebensunwerten Leben aufdrängen“. Schließlich hat die DGSP kurz vor Weihnachten Anzeige gegen Beske erstattet, weil ihrer Ansicht nach der objektive Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 Strafgesetzbuch erfüllt sei.

Wie der Oberstaatsanwalt beim Kieler Landgericht, Heinz Ludwig, jetzt mitteilte, wurde das Verfahren bereits am 17. Januar „aus Rechtsgründen“ eingestellt. Denn nach seiner Auffassung sei durch die Beske-Außerung der „objektive Tatbestand nach § 130, der Volksverhetzung“ nicht erfüllt. Das habe eine Würdigung (!!!) des Interviews und der Gesamtzusammenhänge ergeben. Logisch, gell??!

Fortsetzung von Seite 30

punkten gehört weiter ihr eigener Ausbruch aus der Berliner Frauenhaftanstalt im Juli 76, die Beteiligung an der Entführung des österreichischen Industriellen Walter Palmers im November 1977, bei der 31 Mio. Schillinge erpreßt wurden und die gewaltsame Befreiung von Till Meyer aus der Berliner Untersuchungsanstalt im Mai 1978“ („Tagesspiegel“, 22.1.80).

Insbesondere Gabriele Rolnik wird in diesem Verfahren zur absoluten „Superterroristin“ aufgebaut. Wie das mit Beweisen aussieht, ist eine ganz andere Angelegenheit: „Mehr auf dem Wege der Kombination (so kann man es auch nennen, wenn man keine Beweise hat – Anm. AK) konnten die Staatsanwälte Frau Rolnik dennoch in Tatnähe (!) rücken: Sie habe den Tatplan (Drenkmann-Entführung bzw. -Attentat) „gefaßt und unterstützt“. Auch in der Schenkendorfstraße im Laden über dem ursprünglich auch für Drenkmann vorgesehenen „Volksgefängnis“ sei sie zum fraglichen Zeitpunkt gewesen. Eintragungen, die „mit sehr großer Wahrscheinlichkeit“ von ihr stammen, würden dies beweisen“ („Spiegel“, 11.2.80).

Deutlich wird hier, wie man Beweise „kombiniert“, wenn sie in Wirklichkeit fehlen: „Ob sich beispielsweise die Hauptangeklagte Rolnik zum Zeitpunkt des Drenkmann-Mordes am Tatort oder in dessen Nähe befand, wird nicht angegeben – ist vielleicht auch gar nicht nötig. Wo Tatbelege fehlen, versuchen die Strafverfolger einmal mehr die schwierige Beweislage mit dem Aufzählen von Paragraphen gegen terroristische Vereinigungen in Pauschalgriff zu bekommen“ („Spiegel“, 11.2.80). Offener geht es ja kaum noch zu sagen, daß Beweise eben gar nicht notwendig zur Verurteilung sind, sondern der „Nachweis“ einer „terroristischen Vereinigung“ ausreicht, der Einzelnachweis bei den Anklagepunkten – entgegen dem ursprünglichen bundesdeutschen Strafrecht – also keine Rolle mehr spielt.

Für den „Spiegel“ wie für andere bürgerliche Medien stellen diese Methoden, zu Urteilen zu gelangen, in keiner Weise einen kritikwürdigen Zustand dar.

Ähnlich dürfte die Beweisführung auch zum Anklagepunkt Till Meyer Befreiung aussehen. Die drei Frauen, die jetzt in diesem Verfahren angeklagt sind, wurden zusammen mit Till Meyer in Bulgarien festgenommen. Lediglich ein Zeuge, ein Justizbediensteter, will Angelika Goder als eine der Frauen „mit großer Wahrscheinlichkeit“ erkannt haben, die Till Meyer „rausholten“.

„Frau Goder wird gemeinsam mit Klaus Viehmann zur Last gelegt, an der Befreiungsaktion Meyers und der Entführung Palmers beteiligt gewesen zu sein“ („Tagesspiegel“, 22.1.80). Und der „Spiegel“ weiß zu berichten: „Besonders ergiebig erwies sich nach Fahndermeinung die Ermittlung in Sachen Palmers-Entführung und Meyer-Befreiung. Die Wiener Mittäter hatten, weniger im Prozeß als in den monatelangen Polizeiverhören und richterlichen Ermittlungen minutiös den Part der Deutschen im Palmers-Drehbuch offenbart – angeblich lauter Hauptrollen für das Trio Vielt/Rolnik/Plambeck“ („Spiegel“ 11.2.80).

Gudrun Stürmer soll Geld (vom Palmers-Lösegeld) von Österreich nach Bulgarien überbracht haben. Das genügt heute offensichtlich, sie der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ anzuklagen.

In diesem Prozeß stehen nach aller Erfahrung höchste Strafen ins Haus. Sollten die Beweise nicht hinreichen, so wird eben extensiv nach Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ verurteilt, auf einen Einzelschuldennachweis wird dabei von vornherein verzichtet.

Sollte dabei immer noch kein ausreichend hohes Strafmaß herauspringen, gibt es ja immer noch die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung. Der Prozeß braucht dringend mehr linke Öffentlichkeit!

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Fortsetzung von Seite 31

Klug scharf Kritik am Hochsicherheitstrakt geübt. Die HU erklärt in einer Pressemitteilung: „Die Befürchtung, daß hier Menschen auf un menschliche Weise aus dem gesellschaftlichen Leben in Form totaler Kleingruppenisolation entfernt werden, (haben) sich bei der Besichtigung bestätigt. Die HU ist der Überzeugung, daß es in einem Rechtsstaat einen Hochsicherheitstrakt nicht geben dürfte“ (Tagesspiegel, 30.1.80).

In einem Interview mit der „Tagesspiegel“ spricht sich Prof. Klug gegen den Trakt aus. Er habe den Eindruck, als wolle man hier im HS-Trakt einen besonderen persönlichkeitsverändernden Einfluß unterstützen. Das Umrumpeln einer Persönlichkeit könne nicht das Ziel eines Resozialisierungsvollzugs sein, sondern die Persönlichkeit als solche müsse nach der Verfassung akzeptiert werden. Auf die These der TAZ, daß mit dem HS-Trakt eine „neue Ära des Strafvollzugs“ eingeleitet werden soll, antwortet Prof. Klug: „Wenn das so wäre, würde ich das für schlimm halten, denn das würde ein Zurückschrauben der Reform bedeuten. Aber ich gebe zu, daß man das auch sonst beobachten kann... Man könnte ja, wenn man die rückläufige Entwicklung sieht, sagen, daß die Reform in gewissem Grade an ihr Ende gekommen ist, aber ich persönlich teile diese Meinung nicht, nur müssen wir eben aktiv bleiben.“ Und für die HU sagt er: „Ich vertrete da einmal einen liberalen Standpunkt und den Standpunkt der Humanistischen Union. Die HU wird nicht nachlassen, die Öffentlichkeit auf diese Fehlentwicklung hinzuweisen und darauf zu dringen, daß diese Einrichtung (der Trakt, Anm. AK) rückgängig gemacht wird.“ (Aus: „TAZ“, 23.1.).

Helga Einsele

Helga Einsele hat 28 Jahre als Knastleiterin gearbeitet, zum Schluß bis 1975 im Frauenknast Preungesheim. In „ihrem“ Knast hat von den politischen Gefangenen Astrid Proll gelegen. Weshalb sie selbst gegen den Trakt Stellung nimmt, erklärt sie in einem Interview mit der TAZ vom 18.1.80: „Ich habe nur eine einzige Gefangene, Astrid Proll, kennengelernt, die aus einem solchen Isolationstrakt gekommen ist. Ich habe also ganz unmittelbare Erfahrungen gehabt, was aus einem Menschen werden kann, der aus so einer Einrichtung kommt und das ist auch einer der Gründe, warum ich so heftig gegen eine solche Einrichtung komme und das ist auch einer der Gründe, warum ich so heftig gegen eine solche Einrichtung bin.“ Sie spricht sich sehr vehement für eine Integration der politischen Gefangenen in den Normalvollzug aus, eine alte Forderung von Teilen der politischen Gefangenen. „Ich würde sagen - schafft diesen Trakt wieder ab. Ich glaube, daß es unter den obwaltenden Umständen möglich sein müßte, den Trakt für den Normalvollzug herzurichten.“ Sie erklärt auch ihre Bereitschaft, sich für die Abschaffung der Trakte persönlich einzusetzen. „Überall da, wo solche Trakte eingerichtet werden, muß wirklich Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden und müssen Gespräche mit anders Eingestellten geführt werden. An solchen Gesprächen möchte ich mich gerne beteiligen“ (aus: TAZ, 28.1.80).

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Westberlin:

Die GEW erklärt, daß der Hochsicherheitstrakt eine Gefahr für die psychische und physische Gesundheit der Häftlinge darstelle. „Die Verlegung sei eine gravierende Verschärfung der Haft- und Lebensbedingungen der Angeklagten“. Die von Meyer vorgebrachten Gegenargumente hätten die Gewerkschaft nicht überzeugen können. Sie schloße sich daher den Forderungen der Vertrauensanwälte der betroffenen Angeklagten an, die eine Eingliederung dieser Häftlinge in den normalen Strafvollzug und die Schließung des Hochsicherheitstraktes verlangen“ (aus: Spandauer Volksblatt, 16.2.80).

Solche engagierten und eindeutigen Stellungnahmen, wie wir sie hier dokumentiert haben, von Liberalen, Demokraten und Linken - besonders auch von gewerkschaftlicher Seite - sind wahrlich notwendig, um den Widerstand gegen die Trakte - nicht nur in Westberlin - in Gang zu setzen, zu stärken und zu verbreitern. Wir brauchen Druck, massiven öffentlichen Druck, um den Bau neuer Trakte und die Belegung der bereits gebauten zu verhindern und die bereits belegten Trakte wieder abzuschaffen.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Entwurf einer »Magna Charta«

Im folgenden drucken wir Teile aus der Broschüre „Entwurf einer Magna Charta“ nach. Gegen Bevormundung und für Selbstbestimmung ist die Magna Charta entworfen worden, „für alle Internierten in Gefängnissen, psychiatrischen Anstalten, Fürsorge- und Erziehungsheimen.“ Die Präambel setzt sich insbesondere auch kritisch mit der Politik der Gefangenen aus der Stadtguerilla auseinander. Diskussionsbeiträge hierzu sind willkommen! Zu beziehen ist die Broschüre über das Kollektiv Rote Hilfe München, Nietzschestr. 7b, 8 München 40

PRÄAMBEL

Mehr als 500 000 Menschen leben in der BRD ohne Rechte, für sie gilt auch nicht das Grundgesetz. Sie werden zur Arbeit gezwungen, ohne dafür eine entsprechende Bezahlung zu erhalten. Sie haben keinen Anspruch auf Informationsfreiheit, sie dürfen nicht lesen und schreiben was sie wollen, für sie ist Zensur eine alltägliche Einrichtung. Sie leben in menschenunwürdigen Unterkünften, sie sind nicht ausreichend versichert und haben keinen Anspruch auf Urlaub. Und all das geschieht ohne rechtliche Grundlage. Selbst die minimalsten Rechte, die ihnen eingeräumt worden sind, werden aufgrund der Willkür von Anstaltsleitern und Richtern oftmals beschnitten. Sie kennen nur Verbote und Pflichten, keine Rechte. Gemeint sind die 60 000 Internierten in den 150 Gefängnissen, die 250 000 Kinder und Jugendlichen in den 3 500 Kinderheimen, Erziehungsheimen, Jugendschutzstellen und Heimen für Behinderte, die 200 000 Internierten in den 130 psychiatrischen Anstalten in der BRD.

Gegen diese Bevormundung und für Selbstbestimmung ist die Magna Charta entworfen worden, von ehemaligen und jetzigen Inhaftierten, von Knastgruppen aus Berlin, Hamburg und München. Sie ist erarbeitet worden, weil der Knast, die Heime, die psychiatrischen Anstalten immer unmenschlicher werden. Die Reformpolitik der 60er Jahre ist längst gestorben, neue Gesetze und neue Bauten beschnitten die Rechte immer mehr, machten die Isolation immer perfekter. Vom pennsylvanischen Einzellensystem der Puritaner führt eine zielstrebige Entwicklung über die wissenschaftliche Erforschung der Isolation und die Isolationstrakts von Ossendorf und Stammheim bis zu den technisch perfekten Hochsicherheitstrakts unserer Tage. Der Trend zur Isolation in der Isolation wird immer stärker. Geplant, bzw. im Bau sind neben den Hochsicherheitstrakts Knäste für inhaftierte Drogenkonsumenten und Knäste für „klinisch nicht mehr therapierbare Kriminelle und Geistesranke“ (wörtliches Zitat des Bayerischen Justizministeriums), die den irreführenden Namen Fachkrankenhäuser für forensische Psychiatrie führen sollen (eine ähnliche Verschleierung war die Umbenennung der Gefängnisse in Justizvollzugsanstalten). Für Jugendliche plant Bonn Gesetze zur Unterbringung in geschlossenen Heimen und für Arreststrafen in Erziehungsheimen. Bereits heute werden in der BRD rund 1 000 Jugendliche aufgrund von Rechtsverordnungen der Länder ständig in Heimen von der Gesellschaft ferngehalten (Heimjargon: Isole).

Isolation ist aber längst nicht mehr auf den Knast, die Heime und die psychiatrischen Anstalten beschränkt. Isolation ist zum

Isolation ist aber längst nicht mehr auf den Knast, die Heime und die psychiatrischen Anstalten beschränkt. Isolation ist zum Prinzip des Systems geworden. Das System kann nur funktionieren, wenn es die Menschen auseinanderdividiert und isoliert, sei es in der Schule, in der Universität, in der Fabrik, in den Betonsilos unserer Städte, in den Trabantenstädten, in den Altersheimen usw. Die modernen Knastbauten in Ossendorf und Zelle, in Stammheim und Stadelheim sind inzwischen zum Baustil der technologischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts geworden. Sie dienen als Vorbild für Knastneubauten bzw. -erweiterungen in der BRD und im Ausland (Moabit, Wuppertal, Bielefeld, Straubing, Herrera de la Mancha in Spanien, Asinara in Italien und Regensdorf in der Schweiz, um einige Beispiele zu nennen). Knastarchitektur beherrscht die Landschaft. Man kann kaum noch unterscheiden, ob es sich um einen Knast, eine Fabrik, eine Schule, eine Universität, ein Atomkraftwerk oder ein Altersheim handelt. Gerade da sehen wir aber auch eine Möglichkeit, die Gemeinsamkeit der Isolierten herzustellen, ein Verständnis der Isolierten draußen für die Isolierten drinnen zu erwecken. Der Versuch, die Isolation zu durchbrechen, indem man sich gemeinsam und überall gegen die Isolation wehrt. Das „Reißt die Mauern ein“ gilt nicht nur für die Knäste, Heime und psychiatrischen Anstalten, es gilt für jede Art Isolation.

Isolation ist in den Knästen auch zum besonderen Problem der politisch motivierten Gefangenen geworden, die sich mehrmals durch Hungerstreiks dagegen gewehrt haben, allerdings ohne Erfolg, vor allem aufgrund der falschen Forderungen. Die Kritik an den Forderungen der Gefangenen aus der RAF, die sowohl von drinnen wie auch von draußen geäußert wurde, sollte endlich einmal ernsthaft diskutiert, nicht länger als Defätismus, Staatsschutzdenken, Abwiegelei oder Reformismus diskriminiert, sondern als Möglichkeit gesehen werden, auf einer anderen, breiteren Ebene weiterzukämpfen, die auch von draußen in größerem Rahmen unterstützt werden würde.

Dazu gehört auch, daß man den Avantgardeanspruch in jeder Form, sei es als ‚politischer Gefangener‘ im Gegensatz zum ‚sozialen‘ oder ‚normalen‘ Gefangenen, oder sei es als ‚Kriegsgefangener‘ aufgeben muß und sich als Gefangener unter Gefangenen sieht. Die Forderung nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen in der bestehenden Form ist nichts anderes als ein Ausdruck dieses Avantgardedenkens. Daß man dabei im Endergebnis noch den Vorstellungen der Justiz entgegenkommt und die Hochsicherheitstrakts des Justizsenators Meyer als einen Erfolg des Hungerstreiks der ‚politischen‘ Gefangenen bezeichnet (siehe Erklärung von Till Meyer und Andreas Vogel), mutet wie ein makaberer Witz an und bestätigt nur, daß man selber an einem erfolgreichen Ausgang des Hungerstreiks gezweifelt hat.

Wer seine politische Identität nur in der permanenten Bestäti-

gung durch Gleichdenkende erhalten zu können glaubt, beweist eigentlich nur die Schwäche dieser Identität und zimmert damit gleichzeitig an seinem eigenen Ghetto.

Wer sich im Knast nur ständig mit Gleichgesinnten auseinandersetzt, besser gesagt sich gegenseitig bestätigt, verliert den Bezug zur Realität und versteigt sich in abstrakte Forderungen. Für viele der Gefangenen aus der RAF war der Gedanke, nur vorübergehend im Knast zu sein und demnächst befreit zu werden, die einzige Hoffnung, um überleben, den Knast ertragen zu können. Das führte dazu, daß man den Knast als Perspektive, als eine Basis der Auseinandersetzung völlig außer Acht ließ und sich von den anderen Gefangenen isolierte. Um nach Schleyer und Mogadischu überleben zu können, sollte man den Knast als Perspektive und Basis einkalkulieren und sich auf einen gemeinsamen Kampf zusammen mit den anderen Gefangenen vorbereiten. Das heißt, daß man für eine Integration in den Normalvollzug kämpft und nicht für eine Trennung von den Anderen. Es stimmt einfach nicht, daß man in früheren Hungerstreiks für eine Integration eingetreten ist, man hat nur für eine Gleichstellung mit den anderen Gefangenen gehungert, ohne näher zu definieren, wie diese Gleichstellung aussehen sollte. Damals wurde zu Recht kritisiert, daß die sogenannten politischen Gefangenen aufgrund der politischen und materiellen Unterstützung von draußen, aufgrund ihrer Sozialisationsgeschichte, aufgrund der Möglichkeit, sich einen Anwalt ihrer Wahl zu leisten, so wieso schon eine privilegierte Position innehaben, und die Forderung nach Gleichstellung mit den anderen Gefangenen von diesen als Hohn empfunden wurde.

Wenn heute von Gefangenen aus der RAF erklärt wird, daß sich die Forderung nach Integration, die in dieser Form nie gestellt wurde, als nicht realisierbar erwiesen habe, und man deshalb davon Abstand genommen hätte, dann ist diese formale Erklärung nicht überzeugend, denn es gibt RAF-Gefangene, die sich dafür eingesetzt haben und die sich heute im Normalvollzug befinden. Sie ist auch deshalb nicht überzeugend, weil seitdem in mehreren Hungerstreiks für die Durchsetzung anderer Forderungen (Anwendung der Genfer Konvention und die Anerkennung als Kriegsgefangene) gehungert wurde, die sich bisher tatsächlich als unrealisierbar erwiesen haben, trotzdem wurde immer wieder dafür eingetreten.

Die Integration in den Normalvollzug ist eine realistische Möglichkeit für ein Überleben im Knast, sie würde auch eine Wiederholung der Stammheimer Todesfälle nahezu ausschließen. Sie ist die einzige Möglichkeit für ein Überleben, weil der Mensch nur in der täglichen Auseinandersetzung mit anderen Menschen Stärke gewinnen und seine Identität wahren kann.

Diese Magna Charta ist natürlich nicht allein für die Gefangenen aus der Stadtguerilla erarbeitet worden, sie ist für alle Internierten gedacht, und die politisch motivierten Gefangenen sind nur ein winziger Teil der Internierten. Wenn wir uns länger mit ihnen auseinandergesetzt haben, so deshalb, weil durch sie der kollektive Widerstand in den Knästen und Heimen öffentlich gemacht wurde, weil sie die Thematik der Knäste und Heime problematisierten und dadurch eine breitere Öffentlichkeit herstellten.

Widerstand in den Knästen und Heimen öffentlich gemacht wurde, weil sie die Thematik der Knäste und Heime problematisierten und dadurch eine breitere Öffentlichkeit herstellten.

Daß sie scheiterten, liegt vor allem daran, daß sie stets nur für ihre eigenen Forderungen kämpften und einen Sonderstatus beanspruchten, den wir energisch ablehnen. Alle Gefangenen sind politische Gefangene, und wo das erkannt wurde, wurde auch der Widerstand auf eine breitere Ebene gehoben, kam es zu einer Solidarisierung im größeren Rahmen, sei es in Höchst, in Straubing, Kaisheim, Preungesheim oder zuletzt in Berlin, wo die Gefangenen erkannt haben, daß die Hochsicherheitstrakts nicht allein für die sogenannten politischen Gefangenen errichtet wurden, sondern für jeden, der sich nicht anpaßt, der sich nicht dem Knastsystem unterwirft. Viele Gefangene haben auch schon lange vor der Verhaftung der Gefangenen aus der RAF militantere Methoden des Widerstandes praktiziert, vom Zerstören der Zelleneinrichtungen über Dachbesteigungen und Sit-Ins im Hof bis zu Arbeitsniederlegungen und Hungerstreiks. Derartiger Widerstand wird auch nötig sein, um für die Durchsetzung dieser Magna Charta zu kämpfen. Ihnen, denen alle Rechte genommen wurden, steht das Recht zu, mit aller Härte für mehr Rechte zu kämpfen.

Der letzte Hungerstreik in Berlin, an dem mehr als 200 Gefangene beteiligt waren, wird zum Signal für andere werden. In jedem Knast, in jedem Jugendheim, in jeder psychiatrischen Anstalt zwischen Berlin und Köln, zwischen Flensburg und Konstanz sollte die Magna Charta diskutiert werden. In jedem Knast, in jedem Jugendheim, in jeder psychiatrischen Anstalt zwischen Berlin und Köln, zwischen Flensburg und Konstanz sollte ein Forum des gemeinsamen Widerstands gebildet werden.

Wir rufen alle Internierten auf, sich diesem Kampf anzuschließen. Wir rufen alle Gefangenen aus der Stadtguerilla auf, auf jeden Sonderstatus zu verzichten und mit allen anderen gemeinsam für die Verbesserung der Haftbedingungen, für die Abschaffung jeder Art von Isolation und für die Integration in den Normalvollzug zu kämpfen.

Wir rufen alle Gruppen, Organisationen, Verlage, Buchläden, linke und alternative Zeitungen und Zeitschriften und andere Institutionen, sowie Einzelpersonen auf, für die Verbreitung und Veröffentlichung der Magna Charta zu sorgen und den Forderungen von drinnen durch Unterstützung von draußen Nachdruck zu verleihen.

Wir rufen alle auf, Initiativen und Knastgruppen zu gründen, um sich für die Durchsetzung dieser Magna Charta einzusetzen, den Kampf für bessere Haftbedingungen zu unterstützen und mehr Öffentlichkeit für die Problematik der Knäste, Heime und psychiatrischen Anstalten herzustellen.

Gefangenenselbstinitiative Hamburg
Knastgruppe Wedding
Kollektiv Rote Hilfe München
Rote Hilfe Westberlin

WIR FORDERN

die Abschaffung der Internierung ökonomisch, politisch und rechtlich entwerteter Menschen in den Strafanstalten, psychiatrischen Verwahranstalten und Fürsorgeanstalten; wir fordern die Abschaffung der Verurteilung, Verwahrung und Einsperrung von Menschen, die dazu durch ihre Geschichte, ihre Herkunft vorbestimmt sind.

Für sofort fordern wir

1. im Bereich Arbeit

- Gleicher Lohn wie draußen
- Freie Arbeitswahl
- Kein Zwang zur Arbeit
- Mehr Möglichkeiten für unbewachte Arbeit außerhalb der Anstalt
- Gleicher Versicherungsschutz wie draußen (Arbeitslosen-, Renten-, Krankenversicherung, Unfallversicherung)
- Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften
- Recht auf gewerkschaftliche Organisation
- Anspruch auf bezahlten Urlaub
- Anspruch auf Sozialhilfe

2. im Bereich der ärztlichen Versorgung

- Freie Arztwahl, die jedem bei der AOK Versicherten zusteht
- Abschaffung der Anstaltsärzte und Anstaltskrankenhäuser
- Auflösung der psychiatrischen Stationen in den Anstalten
- Vorlage konkreter, zeitlich festgelegter Pläne zur Auflösung der psychiatrischen Anstalten und Umwandlung derselben in ambulante Stationen

3. im Bereich der Sonderbehandlung

- Abschaffung der Einzelisolation
- Keine Aufspaltung der Eingesperrten nach Delikt, Alter, Geschlecht, Nationalität, nach körperlichem (z. B. Behinderte) oder psychischem (z. B. Suizidgefährdete) Zustand durch Absonderung; keine speziellen Anstalten, Gebäude, Trakts und Abteilungen
- Abschaffung aller Hausstrafen (Arrest, Einkaufssperre, Besuchssperre etc.)
- Beseitigung der Sichtblenden und Fliegengitter vor den Fenstern
- Keine Zwangsbehandlung durch Psychopharmaka und andere Medikamente
- Keine Zwangsernährung, kein Wasserentzug
- Keine Zwangsverlegung, vielmehr Berücksichtigung der Verlegungswünsche der Eingesperrten
- Abschaffung aller Gewaltanwendung (Prügelkommando, Chemische Keule, Beruhigungszelle, Fesselung, Zwangsjacke etc.)
- Abschaffung menschenunwürdiger Behandlung (Körperfilzung, Guckloch, Kostklappe, Beobachtung rund um die Uhr etc.)

4. im Bereich Kontakt nach draußen

- Unzensurierter und uneingeschränkter Briefverkehr (so auch Aufhebung der Briefmarkenbeschränkung in Bayern)
- Uneingeschränktes Informationsrecht (Bücher, Zeitungen, Radiogeräte, Fernseher etc.)
- Freier Telefonverkehr nach draußen
- Jeder hat das Recht auf Urlaub und Ausgang
- Freie Sexualität für alle Eingesperrten untereinander, wie auch mit allen außerhalb der Anstalt, zu fördern durch mehr Urlaub oder Ausgang, durch die Bereitstellung von Möglichkeiten dazu innerhalb der Anstalt und durch Besuchsmöglichkeiten in der jeweiligen Unterkunft
- Verlängerung der Besuchsdauer auf mindestens 10 Stunden monatlich, über deren zeitliche Aufteilung der Eingesperrte selbst entscheiden kann
- Ausdehnung der Besuchszeiten auf 6 Stunden täglich
- Erweiterung der möglichen Besucherzahl bei einem Besuch auf mindestens 5 Personen
- Abschaffung der menschenunwürdigen Leibesvisitation von Besuchern
- Keine Einschränkung des Empfangsbereiches bei Radiogeräten bzw. bei Fernsehern auf der Zelle
- Jeder hat das Recht vierteljährlich ein Paket a 20 kg mit Nahrungs- und Genußmitteln, neuer Kleidung und Gebrauchsgegenständen zu erhalten

5. für Frauen und Kinder

- Kein Knast für Frauen während der Schwangerschaft
- Haftaufschub für Hauptbezugspersonen von Kleinkindern
- Entscheidungsfreiheit für ältere Kinder und Jugendliche, wo und mit wem sie leben wollen

6. für Ausländer

- Jeder Ausländer hat das Recht auf einen selbstgewählten, vom Staat finanzierten Dolmetscher
- Kein Entzug der Aufenthaltsgenehmigung bei Straftaten
- Recht auf eigensprachige Lektüre

7. im Bereich Unterbringung

- Jeder hat das Recht auf eine ausreichende Wohnfläche
- Freies und individuelles Gestalten der Unterkunft
- Freie Entscheidung über Einzel- oder Mehrfachunterbringung
- Offene Zellen bis 23 Uhr zur freien Bewegung in den einzelnen Gängen bzw. Stationen
- Steckdose, Lichtschalter, Thermostat und Fenster zur eigenen Bedienung in jeder Zelle

8. im Bereich Freizeit

- Recht auf Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung; Ausbau des Bildungsangebotes; Bereitstellung von Lern- und Ausbildungsmaterial; Recht auf Ausbildungsförderung
- Mehr Gemeinschaftsräume und Anschlagtafeln zum Informationsaustausch
- Hof und Gemeinschaftsräume dürfen in der Freizeit uneingeschränkt benutzt werden
- Recht zum Tragen eigener Kleidung
- Selbstständige Gestaltung des Kulturprogramms (Film, Fernsehen, Hörfunk, Anstaltszeitung, Bibliothek etc.)
- Auf jeder Station eine Kochmöglichkeit
- Freier Zugang zu den Wasch- und Duschräumen
- Ausbau der Sportmöglichkeiten

9. im Bereich Einkauf

- Breitgefächertes Angebot und Preise, die an den regionalen Durchschnittspreisen draußen orientiert sind
- Erhöhung des Einkaufs auf DM 300,- monatlich
- Sämtliche Gelder dürfen zum Einkauf verwendet werden; Abschaffung des speziell zum Einkauf bestimmten Geldes
- Mindestens einmal wöchentlich Einkauf, bei schnell verderblicher Ware öfter
- Eigene Läden in jeder Anstalt
- Jeder Gefangene kann selbst zum Einkaufen gehen

10. im Bereich Essen

- Besseres Essen, d. h. gleiches Essen für Bedienstete und Eingesperrte, genügend Eiweiß, genügend Vitamine, genügend Nährstoffe
- Abschaffung der Lebensmittelrationierung
- Bessere Getränke (Bohnenkaffee und Schwarzer Tee)

11. im Gesetzesbereich

- Gleiche Ausführungsbestimmungen zu bestehenden Gesetzen für Internierte und einheitliche Auslegung der Gesetze und der Ausführungsbestimmungen in allen Bundesländern
- Abschaffung der Sicherheitsverwahrung, der Einweisung auf unbestimmte Zeit und der Jugendstrafe von unbestimmter Dauer (Gummistrafe)
- Aktives und passives Wahlrecht für alle
- Versammlungs- und Organisationsrecht; Recht auf eine unabhängige, selbstverwaltete Interessenvertretung mit Mitbestimmungsrechten im anstaltsinternen Bereich und mit Mitspracherechten im Bereich der Gesetzgebung und der Rechtsprechung bezüglich der Haft- bzw. der Verwahrsituation (z. B. bei Beschwerden, Drittelgesuchen)
- Abschaffung der Pflicht- bzw. der Zwangsverteidigung und Abschaffung des diskriminierenden Armenrechts
- Freie Anwaltswahl für alle, auch für Strafgefangene; bei Zahlungsunfähigkeit muß der Staat die anfallenden Kosten (Anwalt, Gutachter, Sachverständiger, Dolmetscher, Zeuge, Verfahren) übernehmen.

Darüber hinaus fordern wir

die sofortige Umwandlung aller geschlossenen Fürsorge- und Erziehungsanstalten in offene Einrichtungen bzw. in unabhängige, selbstverwaltete Jugendwohngemeinschaften

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN

(freie Übersetzung von Gianfranco Manfredini's „Liberiamo“)

Befreien wir Notarnicola,
Befreien wir Heißler und Pohle,
Befreien wir P. P. Zahl, Teufel, Inga Möller.
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
Befreien wir den Genossen Matyeka,
der fünf Tage auf dem Knastdach saß.
Befreien wir Dimi Todorov,
der jede Bank der Welt knacken kann.
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
Befreien wir die, die in der Klappe faulen,
die man in der Psychiatrie eingemauert hat.
Befreien wir die Soldaten, die als Fahnenflüchtige verurteilt sind.
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
Befreien wir die Leute im Wohnsilo,
deren Leben sich nur im Fernsehen abspielt,
die sich eingesperrt haben in der Zweisamkeit, in der Familie.
– **SIE SIND ALLE POLITISCHE GEFANGENE!**
Befreien wir die, die gezwungen werden in die Schule zu gehen.
Befreien wir die, die zur Arbeit gehen müssen,
vertreiben wir alle Lohnarbeiter von unserer Erde.
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
Befreien wir die Neugeborenen, die verpackt sind
hinter den Scheiben steriler Kliniksäle.
Befreien wir die, die im Ghetto leben müssen,
in das man sie wegen ihrer Sexualität getrieben hat
– **SIE SIND ALLE POLITISCHE GEFANGENE!**
Befreien wir unseren Körper,
befreien wir unsere Phantasie.
Befreien wir die Kreativität von den Fesseln der Vernunft.
DAS SIND ALLES POLITISCHE GEFANGENE!

Herausgeber:
Kollektiv Rote Hilfe München
Nietzschestr. 7b
8 München 40

RUSSELL-REIHE



1 DOKUMENTATION VON TEXTEN UND VORSCHRIFTEN GEGEN DEN FASCHISMUS UND IHRE ANWENDUNG, VERDREHUNG, UND MISSACHTUNG SEITENS DER BRD-STAAITSORGANE VON 1945-1977

Exemplarisch wird der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierung wie sie u.a. das Potsdamer Abkommen zwingend vorschreibt, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende „Verfolgung“ von Nazi-Verbrechern aufgezeigt.
184 Seiten
ISBN 3 88 305 001 6 DM 10,-

Anti-faschistische RUSSELL-REIHE 3

„NSDAP-Propagandisten unter der Lupe“



3 „NSDAP“-PROPAGANDISTEN UNTER DER LUPE

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und neonazistischen Aktionen um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Diese Kreise betreiben seit Jahren offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“; dabei sind sie keine isolierten „Spinner“, sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.
ISBN 3 88 305 003 1

4 „JEDER KANN DER NÄCHSTE SEIN“

Erste umfassende Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihre Legitimation.

Über 150 Menschen sind seit 1971 in der BRD durch unmittelbare Gewaltanwendung seitens der Polizei - u.a. durch den Todesschuß - ums Leben gekommen. 140 Fälle dokumentieren dies, inklusive der gesetzlichen Grundlagen. Weiterhin müssen erste Fälle beschrieben werden, wo Kritik am Todesschuß diffamiert und unterdrückt wird.
316 Seiten
ISBN 3 88305 004 0 DM 19,-

5 NACH SCHLEYER: „SONDERKOMMANDOS“ – IN DER BRD – ZÜGIGER AUSBAU DER NEUEN GeStaPo

In der BRD kam während der Fahndung nach den Schleyer-Entführern ein Apparat zum vollen Einsatz, der seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 von der SPD/FDP-Koalition als „Reformprogramm Innere Sicherheit“ planmäßig aufgebaut wurde: Krisenstab, Bundeskriminalamt, Bundeskanzleramt, Polizeiliche Sonderkommandos. In der Folge wurden die sogenannten „Anti-Terror-Pakete“ verabschiedet.
Diese Analyse des Polizeiapparates, die sich auf umfangreiche Dokumente stützt, wurde im Mai 78 vorläufig beschlagnahmt, wieder freigegeben und nun Anfang 79 erneut angeklagt nach § 90a und § 185. Kläger sind BKA, LKA Hamburg, LKA Westberlin und F.S. Strauß ss.
240 Seiten
ISBN 3 88 305 005 9 DM 14,-

buntbuch
verlag - lerchenstr. 75
2000 hamburg 50

ehemals j.reents-verlag

aus „ID“ Nr. 316, 11.1.1980

Fortsetzung nächste Seite



Das Buch ist erhältlich in linken Buchhandlungen oder beim Versand der Autoren e.V., Postfach 1743, 7505 Ettlingen.

KLAUS FARIN
HANS - JÜRGEN ZWINGMANN

Klaus Farin
Herausg. der "alternativen"
Jugendzeitung GASMASKE
Landesvorsitzender der
Jungen Presse NRW"

Hans-Jürgen Zwingmann
Einige Veröffentlichungen
zu wirtschafts- und ge-
sellschaftspolitischen Fragen

DM 14.80 / ISBN 3-921850-19-3

Anzeige

Fortsetzung von Seite 34

Sommer '79 geklagt. Interessant war, daß wir dann auch Einsicht in die Akten bekamen und erfahren haben, daß das LKA sich mit dem BKA beraten hat, ob es sinnvoll sei, die Daten zu löschen oder nicht. Und das BKA hat den Rat gegeben, daß das LKA eine Klage von mir riskieren solle. Die haben dann auch noch ein etwas zweifelhaftes statistisches Gutachten verfertigt - über die Wahrscheinlichkeit, daß Täter aus dieser 'Gewaltszene' rückfällig werden.

Fr.: „Täter aus der Gewaltszene werden rückfällig“ - das haben sie als Begründung dafür angeführt, daß deine Daten nicht gelöscht werden können, obwohl dir ja nichts nachgewiesen werden konnte?

K.: Ja, wegen des Restverdachts, daß Leute mit einer gewissen Überzeugung nicht ablassen von ihrer Überzeugung.

Fr.: Beim ersten Verhandlungstermin im August '79 stellte sich heraus, daß auch beim BKA eine Akte über dich existiert. Was stand da drin? K.: da stand im wesentlichen dasselbe drin wie in der Akte des LKA. Die haben wir nach dem ersten Termin auch gekriegt, dem Richter lag sie schon vor. (Erst auf dem Termin haben wir erfahren, daß die Akte hier zirkuliert.) Da habe ich nochmal eine sehr interessante Sache gefunden: Ich hatte vor 12 Jahren einen Autounfall. In der Akte stand, daß bei diesem Unfall auch politische Flugblätter in meinem Auto gefunden wurden. Das scheint ja auch darauf hinzuweisen, daß es üblich ist, sowas bei Autounfällen weiterzugeben.

Fr.: Die Verhandlung wurde vertagt, weil das BKA auch anwesend sein sollte. Der 2. Termin fand am 25.1.80 statt. Wie ist der abgelaufen?

K.: Die äußeren Umstände waren für einen Verwaltungsgerichtsprozeß schon sehr merkwürdig: Vor der Tür stand ein Mannschaftswagen (wie beim 1. Termin auch schon), und zusätzlich wurden dann noch 10-12 Bullen ins Gerichtsgebäude geschickt, die sich sehr nervös und aggressiv verhielten.

Fr.: Das finde ich bezeichnend: In einem Prozeß, den du als Klägerin führst, werden solche „Sicherheitsvorkehrungen“ getroffen wie in einem Prozeß gegen eine „gefährliche“ Angeklagte.

K.: Zu Anfang des Termins hat der Richter den Vertreter des LKA, Recknagel, gefragt, ob das LKA meine Daten nicht Ende 1980 sowieso löschen wolle, er habe so etwas gehört. Recknagel bestritt das energisch und plauderte in diesem Zusammenhang aus, daß es in Bremen Richtlinien gäbe, wonach erst nach 10 Jahren überprüft werden könne, ob eine Löschung der Daten zulässig sei. Diese Richtlinien sollen in allen Bundesländern eingeführt werden.

Fr.: Nochmal zurück: Warum hast du geklagt und was hat die Klage ausgelöst?

K.: Ich führe diese Klage aus Angst und Wut. Ich hab' mich die ganzen Jahre bedroht gefühlt und immer Angst gehabt, daß mir was passiert. Meine Wut ist dann nochmal bestätigt worden durch das, was in der Akte steht - diese lächerlichen Erkenntnisse. Dann bin ich auch neugierig gewesen. Ich wollte wissen, was sie machen. Wenn du etwas in Gang setzt, müssen die sich auch bewegen und du erfährst etwas darüber, wie sie sich bewegen. Und auch so etwas nicht zu vergessen, dem Gegner nicht zu vergessen, was er mit dir macht; nicht froh zu sein, daß nicht mehr so viel läuft, daß du nicht mehr so stark belästigt wirst. Was ich auch wichtig finde: es gibt ja so viele Leute, denen es so gegangen ist wie mir, daß die auch mal einen Prozeß anstrengen.

Mein Grund für diese Klage ist ja auch ein politischer. Der Prozeß selber war aber (abgesehen von den Bullen an der Tür) von der Atmosphäre her ganz unpolitisch. Die Gegner haben nicht versucht, mich politisch anzugreifen oder zu verteuflern. Die haben sich sehr zurückgehalten, es gab keine ideologischen Auseinandersetzungen, keine politischen Debatten wie früher, sondern es spielte sich sehr technisch und juristisch ab. Ich finde schon, daß das ein Licht wirft auf die politische Situation bei uns: Man konnte an dem Prozeß ablesen, wie sich Unterdrückung äußern kann, wie sie sich auflöst und verflüchtigt in Statistik und Abstraktion. Sie kann sich immer wieder zurückverwandeln in ganz sichtbare und laute und schmerzvolle Unterdrückung. Ich denke, daß die Gewöhnung daran, daß man es normal findet, daß jeder im Computer steckt, selber mit dazu beiträgt. Das ist mir dabei bewußt geworden.

(Dieses Gespräch wurde leicht gekürzt)

2 Genossinnen der AG Frauen

Antimilitaristische Aktivitäten 1980

In den letzten Wochen, seit der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, ist die Gefahr eines dritten imperialistischen Weltkrieges in bedrohliche Nähe gerückt. Der US-Imperialismus sieht jetzt seine Stunde gekommen, auch in der Öffentlichkeit zum 'kalten Krieg' zurückzukehren, und mit einer Beschleunigung der bereits gigantischen Aufrüstung seine militärische Überlegenheit weiter auszubauen. Mit Verkündung der 'Carter-Doktrin' wurden auch die imperialistischen Ziele klar benannt: jede Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Region des 'Persischen Golfs' wird als ein Angriff auf die Interessen der USA gewertet, und wird dementsprechend mit militärischen Mitteln beantwortet werden.

Die BRD und die anderen europäischen NATO-Partner geben sich bei den unverhüllten Kriegsdrohungen zwar etwas zurückhaltender, beteuern aber bei jeder Gelegenheit ihre 'volle Solidarität' mit den USA, und sind auch bereit, ihren Teil der 'Unterstützung' zu leisten: großzügige wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die Türkei, Ausgleich von fehlenden militärischen Kräften innerhalb der NATO usw... Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß heute bereits Stimmen laut werden, die den Einsatz der Bundeswehr in 'Krisengebieten', die Ausweitung des NATO-Interventionsbereiches, die Aufstockung des Bundeswehr-Etats und die Einbeziehung der Frauen ins Militär fordern.

Angeichts dieser Situation werden antimilitaristische Aktivitäten gerade hier in der BRD notwendiger denn je. Für die gesamte linke und demokratische Öffentlichkeit stellt sich die Notwendigkeit, die antimilitaristische Arbeit wesentlich zu verstärken und die Zersplitterung der Friedensbewegung zu überwinden, wenn auch von unserer Seite ein ernsthafter Beitrag gegen die anwachsende Kriegsgefahr erbracht werden soll.

Wir wollen deswegen beginnen mit einer Darstellung der verschiedenen Aktionen, die für 1980 von der Antimilitaristischen und Friedensbewegung geplant sind und vorbereitet werden; dies soll in den nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPFES fortgesetzt werden.

Internationaler gewaltfreier Marsch für Entmilitarisierung 1980

Die Tradition der 'Internationalen gewaltfreien Märsche' soll auch in diesem Jahr fortgesetzt werden. Da diese Märsche bislang praktisch ohne Beteiligung und Unterstützung aus den antimilitaristischen Organisationen der BRD durchgeführt wurden, und deswegen auch kaum bekannt sind, kurz einiges zur Vorgeschichte:

Der erste 'Internationale Gewaltfreie Marsch für Entmilitarisierung' wurde vor einigen Jahren auf Initiative westdeutscher, französischer und italienischer Antimilitaristen ins Leben gerufen. Die wichtigsten Ziele und Forderungen dieser Märsche waren:

- pazifistisches Gedenken der Millionen Toten der Weltkriege an den Stätten, an denen sie starben und begraben sind;
- für einseitige Abrüstung
- für eine Umwandlung der Militärstrukturen und -ausgaben in zivile und soziale Strukturen und Ausgaben;
- für eine gewaltlose soziale Verteidigung;
- für eine gewaltlose soziale Verteidigung;
- für die Abschaffung aller Militärblöcke, der NATO und des Warschauer Paktes;
- für die Entmilitarisierung der Gesellschaft;

- für die Beendigung des internationalen Waffenhandels.

Die Märsche führten durch verschiedene Länder, zu den Massenfriedhöfen und Stätten der Massenvernichtung der beiden Weltkriege, zu Militäranlagen, Kasernen, Militärgeländen und Atomkraftwerken.

So führte der Internationale Marsch 1979 von Brüssel über Gorbelen und Berlin bis nach Warschau.

Auf einem Vorbereitungstreffen in Lyon wurden für den antimilitaristischen Sommer 1980 folgende Vorschläge gemacht:

- Ostern soll ein internationaler Kongress über Militarismus und Ökologie in Lyon stattfinden;
- nationale Kampagnen und Aktionen sollen schwerpunktmäßig zum Thema Waffenverkauf (in die „Dritte Welt“) stattfinden;
- Höhepunkt der Aktion soll der 5. Internationale Marsch für Entmilitarisierung am Mittelmeer sein. „Das Mittelmeer ist heute größter Flottenstützpunkt der Welt. Es wird durch die dauernde Präsenz von Kriegsschiffen verdeckt. Auf den Inseln und an den Küsten sind ständig Manöver aller Waffengattungen. Die Häfen Marseille, Toulon und Genua sind große Marinestützpunkte und Manöver aller Waffengattungen. Die Häfen Marseille, Toulon und Genua sind große Marinestützpunkte und gelten als Waffenumschlagplätze in die dritte Welt.“

Folgende Forderungen wurden auf dem internationalen Koordinationstreffen in Lyon verabschiedet:

- für einseitige Abrüstung in all unseren Ländern
- für die Abschaffung aller Militärbündnisse, insbesondere NATO und Warschauer Pakt
- für die Abschaffung der militärischen Verteidigung und militärischer Gesellschaftsstrukturen und für soziale Verteidigung. Diese Forderungen werden im Zusammenhang mit den Bestrebungen gesehen, die wirtschaftliche Unterdrückung in der Welt zu beseitigen.

Der Kongress „Ökologie und Frieden“ in Kassel im Oktober vergangenen Jahres hat die Initiative für diesen 5. internationalen gewaltfreien Marsch unterstützt und die dort anwesenden Organisationen aufgefordert, „weitere Informationen über die im Sommer 1980 geplanten Aktionen zu verbreiten und sich an deren Vorbereitung und Durchführung zu beteiligen.“

Trotzdem hat sich bislang „noch keine Gruppe in der BRD zusammengefunden, die die Aktionen im nächsten Sommer diskutiert und plant - sei es eine Beteiligung an internationalen Aktionen im Ausland oder die Organisation von Aktionen in der BRD.“

An den internationalen Vorbereitungstreffen waren von westdeutscher Seite bisher ausschließlich Vertreter des Landesverbandes Baden-Württemberg der DFG/VK und Mitglieder der Graswurzelwerkstatt in Kassel beteiligt.

Die Graswurzelwerkstatt in Kassel koordiniert die Aktivitäten für die BRD (35 Kassel, Steinbruchweg 14).

(Informationen aus: Infos der Graswurzelwerkstatt, Kassel)

DFG/VK:

„Jugend gegen Kriegsdienst“

Der Bundesausschuß der DFG/VK hat beschlossen, 1980 eine bundesweite Aktion unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen - Jugend gegen Kriegsdienst“ durchzuführen. Die DFG/VK sieht diese Kampagne als Fortsetzung ihrer Aktivitäten für eine „Kriegsdienstgegnerschaft der Jugend, für eine Politik der Abrüstung“, wie sie mit den Aktionen in den vergangenen Jahren „Grundrecht schützen“, „KDV-Gesetz“, „Zukunft sichern - abrüsten“ und mit der „Internationalen Abrüstungsstaffette 1977 Helsinki - Belgrad“ begonnen wurde.

Im „Aktionseruf des Bundesvorstandes der DFG/VK“ hierzu heißt es: „Wir sind Augenzeugen eines verhängnisvollen Rüstungswettlaufs. Rüstungsreduzierungen und Abrüstung sind zur wichtigsten Frage unserer Zeit geworden, wenn nicht am Ende die totale Vernichtung der menschlichen Zivilisation stehen soll. Die politische Entspannung muß durch Maßnahmen im militärischen menschlichen zivilisation stehen soll. Die politische Entspannung muß durch Maßnahmen im militärischen Bereich ergänzt und vertieft werden. Doch drehen verantwortungslose Politiker und Militärs immer weiter und weiter an der Rüstungsschraube. Die Verhandlungen um Rüstungsvermin-

derung werden verschleppt und boykottiert. Impulse, die Bemühungen um Abrüstung voranzubringen, werden verdreht und abgewertet. Gleichzeitig sind die Motivierungsbemühungen der Bundeswehrführung und zahlreicher Politiker zu mehr Wehrbereitschaft unter der Jugend und zur Legitimation der Aufrüstungspolitik unseres Landes nicht zu übersehen... Diese Entwicklung verlangt fortgesetztes Handeln all derjenigen, die um eine menschliche und von Kriegsgefahr freie Zukunft bemüht sind. Kriegsdienstgegnerschaft und aktives Eintreten für Abrüstung wird mehr und mehr zur Bürgerpflicht.“

Dementsprechend ruft der Bundesvorstand der DFG/VK „alle Gruppen, Mitglieder und Freunde auf: Setzen wir dieser Entwicklung ein verstärktes Engagement für eine Motivierung der Jugend zur Kriegsdienstgegnerschaft und zu friedenspolitischem Handeln, für eine Politik der Abrüstung entgegen. Machen wir deutlich, daß wir nicht bereit sind, uns einer überholten und gefährlichen Militärpolitik unterzuordnen.“

Als Ziel der Aktion wird genannt, „in der Öffentlichkeit über die moralischen, ethischen und politischen Ziele der Kriegsdienstgegner, über die friedenspolitischen Vorstellungen unserer Organisation zu informieren.“

Konkret sollen die Monate Mai und Juni die „Schwerpunktmonate“ dieser Aktion sein. Die Aktivitäten in dieser Zeit sollen von den Regionen und Gruppen geplant werden.

Höhepunkt der Kampagne wird schließlich ein Kongress „Jugend gegen Kriegsdienst“ vom 13. bis 15. Juni in Hamm sein. Für die DFG/VK steht dieser Kongress in der Tradition des ersten Kongresses „Jugend gegen Kriegsdienst“, der vor zehn Jahren in Essen stattfand. Mit diesem Essener Kongreß „wurde wichtige Impulse für die Kriegsdienstverweigerung und die Friedensbewegung in den 70er Jahren gegeben. Mit dem zweiten Kongress im Juni 1980 wollen wir versuchen, an diese Impulse anzuknüpfen und gleichzeitig den Entwicklungen der KDV- und Friedensbewegung in den letzten zehn Jahren Rechnung zu tragen, und dies bei der Ausgestaltung des Kongresses zu berücksichtigen.“

Als Ziele des Kongresses werden vom DFG/VK-Bundesvorstand genannt: „Mit dem 2. Kongress Jugend gegen Kriegsdienst“ soll ein Forum geschaffen werden, auf dem einige zentrale Fragen der KDV- und Friedensbewegung für die 80er Jahre diskutiert werden, so z.B. die Frage „Ökologie und Frieden“, „Frauen und Militär“, „Rechtsentwicklung und Verteidigung der Demokratie“, „Militarisierung der Jugend“ etc.

Zugleich wollen wir in Form eines „Informationsmarktes“ die verschiedenen Aspekte und Schwerpunkte der Friedensarbeit, wie sie von den Jugend- und Friedensorganisationen gesehen werden, darstellen, und so die Möglichkeit der Information über die

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!



Buchbesprechung:

»Vaterland — Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat von 1945 bis heute«

„Die Auseinandersetzungen der Schriftsteller mit dem Staat haben in Deutschland eine lange Tradition. Die vorliegende Anthologie dokumentiert diese Tradition seit 1945. Sie zeigt nicht nur, wie Erich Kästner sagte, daß die Schriftsteller manchmal lieber weniger recht behalten hätten, sondern sie zeigt auch, daß Schriftsteller in unserem Land schlechter gehört werden (oder: sich weniger „verständlich“ machen können), als anderswo“ (Vorwort).

In Aufrufen, Gedichten, Offenen Briefen, Aufsätzen und Reden wird über den Zeitraum von mehr als 30 Jahren dokumentiert, wie sich die Entwicklung der BRD in den Arbeiten demokratischer, liberaler und linker Schriftsteller niederschlug: Ihre Kritik an der sog. „Entnazifizierung“, ihr Widerstand gegen Wiederaufrüstung und die Atombewaffnung, ihre – sehr unterschiedlichen – Stellungnahmen zur Gründung der DDR, zur APO und zum Tod von Benno Ohnesorg, bis hin zum Protest gegen Berufsverbote, den Atomstaat und die Verjährung von NS-Verbrechen. Entsprechend breit ist auch das Spektrum der Autoren: Andersch, Fried, Jungk, Gollwitzer, Grass, Th.Mann, Wallraff, P.P.Zahl, Böll (Freies Geleit

für U. Meinhoff?), Brecht, Kästner, Biermann (Drei Kugeln auf Rudi Dutschke), Döblin, Kogon und und und.

Auch Kontroversen und Auseinandersetzungen unter den Schriftstellern werden dokumentiert, z.B. zum Bau der Mauer, dem Aufstand in Ungarn, zur Entstehung der DDR usw. Da es unmöglich sein dürfte, dieses interessante und auch lehrreiche Buch umfassend zu würdigen, hier nur ein kurzer Überblick über das Kapitel „Der Kampf gegen die Bombe“, in dem der Widerstand der Schriftsteller gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr nachgezeichnet wird, ein Thema, das gerade in den letzten Monaten ja einige Bedeutung gewonnen hat.

„Die Göttinger Erklärung“

Am 12.4.57 wurde von 18 Atomwissenschaftlern, darunter mehrere Nobelpreisträger (Born, Hahn), die sogenannte „Göttinger Erklärung“ herausgegeben, in der es u.a. hieß: „Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge ... 1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als „taktisch“ bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als „klein“ bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten „strategischen“ Bomben, v.a. der Wasserstoffbomben ... Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen. ... Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. ... Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet.“

Gleichzeitig betonten die Wissenschaftler allerdings, daß sie sich „zur Freiheit, wie sie heute die west-

Gleichzeitig betonten die Wissenschaftler allerdings, daß sie sich „zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt“ bekennen und es auch für „äußerst wichtig“ halten, „die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern.“ Als Adenauer es sich nicht verkneifen konnte, den Wissenschaftlern Inkompetenz vorzuwerfen, konterte ihm der Autor Kurt Hiller: „Sie ermangeln der inneren Beziehung zu Wissenschaft und zu den geistigen Bewegungen, sollten sich daher in der Kritik ihrer Vertreter besonderer Bescheidenheit befleißigen. ... Ihre völlig unchristliche, völlig undemokratische Abkanzlung einer Gruppe bedeutender ... Gelehrter ... gibt uns Anlaß, daß eine dem wahren Interesse des Vaterlands fortgesetzt abträglich handelnde arrogante Null wie Sie raschestens von der politischen Bildfläche verschwinde.“ Die Erklärung der Atomwissenschaftler bildete einen der wichtigsten Anstöße für die sich schnell entwickelnde Opposition gegen die Atombewaffnung.

Kampf dem Atomtod

Ein anderer Aufruf, unterzeichnet u.a. von Böll, Eggebrecht, Gollwitzer, Kogon ist heute noch genauso aktuell wie 1958:

„Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze ist im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert. Einen Schutz dagegen gibt es nicht. Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstellung deutschen Gebietes für Abschussbasen von Atomwaffen können diese Bedrohung nur erhöhen. ... Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen. Wir fordern die gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der

Partei auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern. Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.“

Dennoch beschloß der Bundestag im März 1958 gegen die Stimmen der SPD, die Bundesregierung zur atomaren Rüstung aufzufordern, obwohl eine Umfrage ergeben hatte, daß über 80% der Bevölkerung dagegen waren. „Eines erfürhe ich vorher brennend gerne: Haben die Regierung und die Parlamentsmajorität gewußt, wie die Bevölkerung über die Atombewaffnung denkt, oder haben sie es nicht gewußt? Wenn sie es nicht gewußt haben, waren sie, gelinde gesagt, keine Politiker. Wenn sie es aber gewußt haben, dann waren sie, noch gelinder gesagt, keine Demokraten.“ (Erich Kästner). Hans Magnus Enzensberger schlug eine großangelegte Anzeigenaktion vor, da „die Bundesregierung diese oppositionelle Bewegung nach Intensität und Umfang zu unterschätzen (scheint); wenigstens legt die Primitivität, mit der sie glaubt, ihre mißliebigen Äußerungen abwürgen zu können, diese Vermutung nahe.“ Auch Schriftstellerinnen traten mit eigenen Erklärungen an die Öffentlichkeit: „...sind wir uns einig in der Ablehnung des atomaren Krieges, der atomaren Rüstung und der politischen Drohung mit Atomaufrüstung und Atomkrieg. ... Wir erklären uns bereit, für diesen Gewissensentscheid überall und jederzeit einzutreten und jeder Verharmlosung des Atomwaffenproblems im Bewußtsein unseres Volkes an unserem Teil zu widerstehen.“ (unterzeichnet u.a. von Luise Rinser, Gertrud von Le Fort, Ilse Aichinger). Günter Anders schrieb in einer Adresse an den Studentenkongreß gegen Atomrüstung: „Die Entscheidung über das Schicksal des Menschen liegt heute zum größten Teil in den Händen von Männern, die nicht begreifen, daß es Fragen nicht-taktischer Natur gibt; und deren geistige und moralische Kapazität nicht auszureichen scheint, um sich die Größe der Bedrohung, damit die Größe ihrer Verantwortung, vorzustellen. Schon das Vokabular, das sie, über die mögliche Apokalypse sprechend, verwenden, läßt befürchten, daß sie einfach nicht wissen, wovon sie reden und was sie tun.“

ten, daß sie einfach nicht wissen, wovon sie reden und was sie tun.“

Vertraute Töne

Den Abschluß des Kapitels, das außerdem noch Beiträge von Hermlin, Rühmkorf, I. Bachmann, H.H. Jahn, G. Weisenborn, S. Andres und R. Jungk enthält, bildet ein Aufruf des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“, zu dem die Herausgeber anmerken, daß er „heute aktueller denn je“ sei. Ein kurzer Ausschnitt mag die Berechtigung dessen bestätigen: „Die Bundesregierung in Bonn indessen betrieb und betreibt weiterhin ihre „Politik der Stärke“. Westdeutsche Militärs und Militärpolitiker warnen – die Generalsdenkschrift fortsetzend – vor einer „Vernachlässigung der atomaren Rüstung in Westeuropa“. Der Bundeskanzler pocht darauf, daß „Westdeutschland wieder eine Macht ist“, und er will nicht darauf verzichten, es auch zu einer atomaren Macht zu machen. ... Eine weitere Vermehrung der Atomkräfte würde, davon sind wir überzeugt, einen weiteren Schritt zum Kriege hin bedeuten. Insbesondere in einem politisch so problemgeladenen Raum wie Mitteleuropa bringt die Stationierung atomarer Waffen – gleich in wessen Verfügungsgewalt – nicht Sicherheit, sondern äußerste Gefährdung. Auch jede forcierte konventionelle Rüstung in Mitteleuropa ist verhängnisvoll. ... Wir wiederholen: „Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.“

Zweifelloso geben die abgedruckten Arbeiten nur einen äußerst unvollständigen Einblick in die Anti-Atomtod-Kampagne. Allein die Tatsache aber, daß eine ganze Reihe dieser Texte heute ohne größere inhaltliche Korrekturen wieder erscheinen könnten und dennoch höchst aktuell wäre, vermittelt einen ersten Eindruck von der langjährigen Kontinuität aggressiver Hochrüstung des BRD-Imperialismus. Bei unserem – noch um einiges zu verstärkenden –

Vaterland, Muttersprache

Deutsche Schriftsteller
und ihr Staat
von 1945 bis heute

Ein Nachlesebuch: Offene Briefe, Reden, Aufsätze, Gedichte, Manifeste, Polemiken. Zusammengestellt von Klaus Wagenbach, Winfried Stephan und Michael Krüger. – Mit Randbemerkungen und einer Zeittafel. Vorwort von Peter Rühmkorf



Quartheft 100

Verlag Klaus Wagenbach

Fortsetzung von Seite 35

Aussagen der einzelnen Organisationen und des Dialogs untereinander eröffnen.

Und zum dritten sollen die vielfältigen kulturellen Aktivitäten im Bereich des Friedens- und Abrüstungskampfes dargestellt werden, eine Möglichkeit für alle Songgruppen, Liedermacher, Theatergruppen, ... ihre Arbeiten vorzutragen, darzustellen, auszutauschen.“

Bei dem Kongreß sollen in den verschiedenen Räumen „für die Landesverbände und Gruppen, sowie für befreundete Jugendorganisationen und die Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung (die Möglichkeit) zur Darstellung ihrer friedenspolitischen Positionen, Aktivitäten etc gegeben (werden)“. Auf Landes- und örtlicher Ebene haben die Vorbereitungen für diese Kampagne bereits begonnen. So hat der Landesverband Baden-Württemberg der DFG/VK diese Kampagne bereits begonnen. So hat der Landesverband Baden-Württemberg der DFG/VK eine erste Materialmappe zusammengestellt, in der die verschiedensten Vorschläge für antimilitaristische Aktivitäten vorgestellt werden. Hierin wird ausdrücklich betont, daß „zur Teilnahme an dieser Aktion ... natürlich nicht nur die Gruppen der DFG/VK, sondern alle KDV-Arbeitskreise, ZDL-Gruppen, gewaltfreie Aktionsgruppen, sowie befreundete Organisationen eingeladen (sind)“. Aber genau hier, nämlich bei der Zusammenarbeit mit allen Kräften aus der antimilitaristischen- und Friedensbewegung, scheint leider doch ein Haken bei dieser Kampagne zu liegen. Denn so begrüßenswert die Initiative der DFG/VK zu dieser Kampagne auch ist, und so unterstützenswert sie auch sein mag, so ist es andererseits doch bedauerlich, daß bei den Vorbereitungen unseres Wissens keine andere Organisation mit beteiligt wurde.

Es wäre gut, wenn sich die DFG/VK auch an diesem Punkt in die Tradition des Essener Kongresses von 1970 stellen würde: damals waren nämlich bereits bei einem vorbereitenden Gespräch (auf Initiative der DFG/IDK) wesentliche Teile der Friedensbewegung anwesend, so die Jungdemokraten, der Deutsche Friedensverband, das Internationale Friedensbüro/Genf, Aktion Sühnezeichen, Jugendinformationsdienst, Republikanischer Club, Evangelische und Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung ... Dem endgültigen Aufruf schlossen sich dann darüberhinaus u.a. noch regionale Gruppen der Jungsozialisten, die Redaktion links – Sozialistisches Büro, der Internationale Versöhnungsbund, PPK, Naturfreundejugend und verschiedene ASten an.

Auch heute würde ein solch gemeinsamer vorbereiteter Kongress eine wichtige Stärkung der antimilitaristischen Arbeit in der BRD bedeuten.

(Zitate aus: Aktionsmappe, Teil 1; DFG/VK-Bundesvorstand; Rellinghauserstr. 214; 4300 Essen 1)

unter dem Aspekt einer breiten Bündnispolitik bis hin zu bürgerlichen „Persönlichkeiten“, einen ersten Ansatz.

Z./KB Göttingen

Anmerkung: dieses Buch ist erschienen im Wagenbach-Verlag Quartheft 100 und kostet 12,80 DM

CDU-Politiker für CDU-Politiker für »Wehrtüchtigung«

Frankfurt. Wenigstens auf städtischen Märkten und Ausstellungen sollte kein Kriegsspielzeug mehr angeboten werden können. Diesen Antrag hatte die SPD in den Wirtschaftsausschuß des Frankfurter Stadtparlaments eingebracht. Der CDU-Abgeordnete Schönberger sah darin einen Anlaß, seine Auffassungen zum Thema „Verteidigungsbereitschaft“ kundzutun. Eine solche Forderung gerade jetzt aufzustellen, „da in Afghanistan sowjetische „Defensiv“-Panzer rollen und sowjetische „Defensiv“-Napalmbomben auf Menschen abgeworfen“ würden, sei völlig unzeitgemäß. Er bejahe die Verteidigungsaufgabe des Grundgesetzes und sehe Kriegsspielzeug als ein Mittel zur Erziehung zur Verteidigungsbereitschaft an.

Schönberger war der einzige Abgeordnete, der kommunalpolitische Angelegenheiten im Sinne seiner außenpolitischen Vorstellungen formieren wollte.

Allerdings blieb sein Vorstoß nicht ganz erfolglos. Verschiedene CDU- und FDP-Abgeordnete hatten lediglich Definitionsschwierigkeiten. „Kriegsspielzeug“, wie wolle man den „Begriff“ sinnvoll abgrenzen? Bei einem generellen Verbot, so meinten die Frei- und Christdemokraten, käme es sicherlich zu Konflikten. Immerhin einigte sich die Mehrheit schließlich, den SPD-Antrag an den Magistrat weiterzuleiten. Schade, daß das „WSG“-Verbot nicht Gegenstand des Ausschusses sein kann. Sicherlich wäre es interessant gewesen, wie Schönberger den Beitrag der „WSG“ zur „Wehrtüchtigung“ einschätzte.

KB/Gruppe Frankfurt

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich gegen ein Verbot von „Kriegsspielzeug“ ausgesprochen. Das Grundgesetz erteilt der Bundeswehr im Verteidigungsfall den Verteidigungsauftrag, die Bundesrepublik Deutschland zu schützen. Es würde diesem Verfassungsauftrag widersprechen, Verteidigungswaffen für Tabu zu erklären und Kinder und Heranwachsende über die realen Verhältnisse auf dieser Welt zu täuschen. Wer mit falschen Parolen der Jugend Kriegsangst einzuflößen versucht, untergräbt bewußt die Wehr- und Verteidigungsbereitschaft der zum Wehrdienst einberufenen Jahrgänge.

Warum befassen Sie sich eigentlich nicht mit dem Kriegsspielzeug der sowjetischen Kriegsverbrecher in Afghanistan? Warum verschweigen Sie das Blut an den Händen sowjetischer Offiziere bei der Ermordung von 1500 Afghanen?

Ich will es Ihnen ins Gesicht sagen: weil Sie und Ihre ideologischen Komplizen die fünfte Kolonne Moskaus sind! Ihre demagogische Friedensparole lautet: Lieber rot als tot!

Ich als Offizier der Bundeswehr bin bereit, im Verteidigungsfall mit Waffen diesen Staat zu verteidigen und in diesem Geiste die deutsche Jugend zu erziehen. Ich will lieber frei sein als Sowjetklave!

Hans Schönberger, Stadtverordneter der CDU in Frankfurt

(„FR“, 7.2.198).

Muster ohne Anspruch auf Demokratie

Die Studienreform ist im Anmarsch

Seit Ende der sechziger Jahre wird an den Hochschulen ständig 'reformiert'. Und wie bei allen sozialliberalen 'Reformen' bleiben für die große Zahl der Betroffenen - in diesem Fall die Studenten - am Ende meist nur Nachteile übrig. Die alte Ordinarienuniversität mit ihrer absoluten Professorenhegemonie wurde durch die Gruppenuniversität abgelöst, in der den Studenten zumindest Mitspracherecht versprochen wurde; dies ist heute weitestgehend durch die Verfügung wieder aufgehoben worden, daß die Professoren in allen entscheidenden Gremien die absolute Mehrheit haben. Die zeitweilige Öffnung der Eliteanstalten zur Massenuniversität wurde schnell durch den Numerus Clausus und durch die Streichung von finanzieller Unterstützung wieder rückgängig gemacht. Gegenwärtig ist die 'Reform' in ein neues Stadium getreten. Es geht um die inhaltliche Bestimmung und Ausrichtung des Studiums und der Prüfungen. Allerorten kann man lesen, daß die Herrschenden gar nicht zufrieden sind mit dem, wie gegenwärtig das Studium absolviert wird. Es ist ihnen zu wenig auf die Interessen der Berufspraxis, d.h. ihrer Interessen, angelegt. Diese Lücke sollen die jetzt laufenden 'Reformpläne' füllen. Sie werden für die Studentenschaft einschneidende Veränderungen mit sich bringen. Wir werden uns mit diesem Vorhaben in mehreren Artikeln beschäftigen.

Ende September 1979 wurden von der Ständigen Kommission für die Studienreform die „Grundsätze für Studium und Prüfungen“ verabschiedet. Diese Ständige Kommission wurde im Februar 1978 gegründet und arbeitet seit Juni des gleichen Jahres. Die Einrichtung dieser Kommission geht auf Bestimmungen im Hochschulrahmengesetz zurück, das im Frühjahr 1976 verabschiedet wurde.

Die nun vorliegenden Grundsätze sind ein Entwurf, der zur Beratung in die Hochschulen gegeben wird. Inhaltlich stellt dieser Entwurf „einen Kompromiß zwischen unterschiedlichen gesellschafts- und hochschulpolitischen Positionen dar“ (*). Nachdem der DGB im September 1978, zwei Hochschulvertreter im Frühjahr 1979 und die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) ihre Positionen in diese Kommission eingebracht hatten, muß eine muntere Diskussion eingesetzt haben. Die rheinland-pfälzische Kultusministerin Laurin beschimpfte die Hochschulvertreter „neomarxistischer Ansätze“ und drohte mit ihrem Auszug. Sogar von Kampf-Abstimmungen ist die Rede. Der vorliegende Entwurf stimmt (na, wer wohl? ... der bayerische Staatsvertreter) angenommen. Und das sieht man diesem Entwurf an. Mit vielen „kann“ und „sollen“ wird weitgehend Enthaltensamkeit in Sachen verbindlicher Empfehlungen geübt. In vielen Fällen bleibt der Entwurf der Grundsätze selbst hinter den Vorstellungen sozialliberaler Kultusbürokraten zurück. Kommentar aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: „Der Bundesminister hätte es (...) begrüßt, wenn die Aussagen z.B. zum Hochschulzugang, zur Öffnung der Hochschulen oder zur ...“

Anspruch und Ansprechpartner der Grundsätze

Am Anfang stand das Hochschulrahmengesetz (HRG) und sprach: „Die Hochschulen haben die ständige Aufgabe, im Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen Stellen Inhalte und Formen des Studiums im Hinblick auf die Entwicklung in Wissenschaft und Kunst, die Bedürfnisse der beruflichen Praxis und die notwendigen Veränderungen in der Berufswelt zu überprüfen und weiterzuentwickeln“ (HRG, § 8). Damit allein schon ist das hehre Wort von „Freiheit der Wissenschaft“ ad absurdum geführt. Die Entwicklung der Wissenschaft wird eben von denen bestimmt, die sie verwerten: der Staat und die

Industrie, eben die spätere Berufswelt der Hochschulabsolventen.

Gemäß dieser Bestimmungen wurden bisher verschiedene Kommissionen eingerichtet, teils auf Länderebene zusammengesetzt, teils speziell zu einzelnen Studienfächern (bisher Chemie, Wirtschaftswissenschaften) arbeitend. In diesem Rahmen hat auch die hier angesprochene Ständige Kommission ihre Aufgabe. Sie soll die Arbeit der übrigen Kommissionen unterstützen und eine inhaltliche Abstimmung der Arbeit in die Studienreform durch die Erarbeitung von allgemeinen Grundsätzen für Studium und Prüfungen leisten. Die Ständige Kommission definiert ihre „Grundsätze“ als Leitlinien, nach denen sich die weitere Arbeit der übrigen untergeordneten Studienreformkommissionen richten werden. Bis Mitte 1980 sollen nun alle mit der Studienreform befaßten Gremien in den Hochschulen, Verbänden (Gewerkschaften, Unternehmerverbänden) und Landesregierungen ihre Stellungnahmen zu diesen „Grundsätzen“ abgeben.

Ziele der Studienreform

Als Ausgangslage für die Studienreform werden drei Rahmenbedingungen genannt:

„Kennzeichen der modernen Wissenschaftsentwicklung ist die rapide Erweiterung des Wissens, das von einer immer stärker sich spezialisierenden Forschung erarbeitet wird. (...)“

„Der wachsende Einfluß wissenschaftlicher Erkenntnisse auf immer mehr Lebensbereiche (...)“

„Eine weitere politisch gewollte Entwicklung ist der Ausbau der Hochschulen, der einer gestiegenen Nachfrage nach Hochschulausbildung Rechnung trägt“ (4).

Bei der Aufarbeitung der allgemeingesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Bei der Aufarbeitung der allgemeingesellschaftlichen Bedingungen für eine Studienreform enthält sich die Ständige Kommission weitgehend irgendwelcher Aussagen, die über die unmittelbaren Anforderungen und Problematiken der Wissensvermittlung innerhalb der Hochschulen hinausgehen. Die fortschreitende Spezialisierung und Aufspaltung der Studieninhalte wird deshalb zum Problem, da auch „im Rahmen einer noch so weit bemessenen Studiendauer“ neues Wissen nicht zeitgemäß aufgearbeitet werden kann. Und „überdies würden mit einer unreflektierten Übernahme der wissenschaftlichen Spezialisierung in die Hochschulausbildung hinein dem Studenten zwar aktuelle und kurzfristig produktive Spezialqualifikation vermittelt werden können; auf längere Sicht aber würde ihm das volle Risiko der Wissensverfallung und der Veränderung im Arbeitsleben aufgebürdet werden, auf die er dann nicht vorbereitet wäre“ (5). Dies scheint auf den ersten Blick sehr sozial ge-

dacht. Jedoch stehen bei solchen Betrachtungen meist die Fragen nach der Verwendbarkeit der Arbeitskraft für die Industrie und den Staat im Vordergrund, und damit auch Probleme der Veralterung von Ausbildung und somit die mögliche Unproduktivität der so Ausgebildeten. Da so die Frage einer sinnvollen Spezialisierung ausgeklammert wird, wird an den Hochschulen weiterhin die Situation herrschen, daß zehntausende Studenten jahrelang studieren, ohne jemals zu wissen, wozu dies praktisch nutzbar ist. Gerade dieser Zustand führt heute aber an den Massenuniversitäten zu Abbruchquoten von bis zu 30 %

Auch gegenüber der Forderung nach einer Öffnung der Hochschulen enthält sich die Ständige Kommission einer bindenden Aussage: „Die Hochschulen sind Bildungseinrichtungen in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Von ihnen wird erwartet, daß sie das Recht auf Bildung verwirklichen helfen“ (7). Mit der Parole von der Öffnung der Hochschulen und dem Einlösen des Anspruchs auf Bildung auch gerade für diejenigen, die bisher nicht am bürgerlichen Bildungsprivileg teil hatten, wird hier nun faktisch Schluß gemacht. Denn es bedürfte schon eines aktiven Engagements der Hochschulen, um hier etwas zu ändern, und nicht unverbindlicher Empfehlungen.

Ziele der Studienreform sollen die Qualifizierung und die Befähigung der Studenten zur wissenschaftlichen Arbeit sein. „Fachliche und soziale Handlungskompetenz ergibt sich (aber) nicht schon allein aus den Fachkenntnissen und den Methoden einer Wissenschaftsdisziplin. Erforderlich ist insbesondere durch die Förderung von verantwortlichen, wissenschaftsorientierten Einstellungen und Verhaltensweisen. Auch sonstige persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten, die für das spätere Berufsleben und für die Rolle als Staatsbürger von Bedeutung sind (...) sollen bei der Gestaltung des Studiums beachtet werden“ (Hervorhebung vom Verfasser). Und zur „persönlichen Entwicklung eines Studenten ... trägt auch die persönlichkeitsprägende Wirkung der Hochschule bei, z.B. mit ihrem Arbeitsstil und ihren geistigen und sozialen Anregungen“ (11/12). „Das Ziel, den Studenten zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu befähigen, bestimmt die Auswahl von Studien-

sozialen Rechtsstaat zu befähigen, bestimmt die Auswahl von Studieninhalten und die Auswahl von Lehrveranstaltungsformen mit, die die Entwicklung zu einer verantwortungsbewußten Persönlichkeit fördern können“ (13). Es ist bekannt, welcher Schindluder gerade im Namen dieser drei apokalyptischen Reiter, „Freiheitlich - Demokratisch - Sozial“, betrieben worden ist. Für viele einschlägig bekannte Hochschullehrer dürften solche Leitlinien das gefundene Fressen sein, nun endlich auch im Rahmen der Studienreform-Diskussion grünes Licht für das beliebte „Stehn-Sie-auf-der-FDGO-Spiel“ zu bekommen. Auffallend ist daß der „Persönlichkeitsbildung“ in diesen Richtlinien so großer Wert beigemessen wird. Hintergrund hierfür dürften die oft geäußerten Klagen der Kapitalisten sein, daß die jungen Hochschulabsolventen zu links, zu sozial eingestellt sind und nicht das „richtige“ Verhältnis zu ihrem Beruf haben.

Ziel des Studiums ist natürlich,



Vorbereitung für die spätere berufliche Tätigkeit zu leisten. Die anzustrebende Orientierung des Studiums an beruflichen Tätigkeitsfeldern „bringt zum Ausdruck, daß nicht die Vorbereitung auf einen eng begrenzten Beruf das Ziel ist, sondern die Befähigung, in einem breiten Spektrum von beruflichen Tätigkeiten qualifiziert zu arbeiten. (...) Der Auftrag, auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorzubereiten, darf allerdings nicht in der Weise mißverstanden werden, daß hiermit die unmittelbare Einsetzbarkeit von Hochschulabsolventen an bestimmten Arbeitsplätzen gewährleistet werde oder daß für sie eine Arbeitsplatzgarantie in den exemplarisch ausgewählten Praxisbereichen gegeben werde“ (15).

Zunächst leitet die Ständige Kommission daraus folgenden Studienaufbau ab:

„Es müssen sowohl eine breite Grundlegung als auch eine exemplarische Vertiefung der fachwissenschaftlichen Kenntnisse und Methoden ermöglicht werden. (...)“

„Eine zeitliche Gliederung des Studiums, die Festlegung überschaubarer Teilziele für Studienabschnitte und

den. Hier werden nämlich von der Ständigen Kommission sowohl die „äußere Differenzierung“ (System unterschiedlicher Studiengänge in gleichen Studienfächern mit unterschiedlich hohen Qualifikationszielen) als auch die das „Aufbaustudium“ favorisiert. Letzteres soll „vor allem der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen, aber auch befähigten Bewerbern mit anderen beruflichen Zielsetzungen die Möglichkeit zu verstärkt forschungsbezogener Arbeit eröffnen“ (38). Hier hat sich also das Modell der Zweiteilung des gesamten Studiensystems durchgesetzt: Auf der einen Seite die Masse der Studentinnen und Studenten mit breiter Grund- und Hauptstudienausbildung, und auf der anderen Seite einige wenige „Überflieger“, die durch die entsprechende Leistung das Recht auf ein Aufbaustudium erworben haben. Und für die „äußere Differenzierung“ gilt, „daß die Durchlässigkeit (Wechsel von einem Studiengang in einem Fach in einen anderen im gleichen Fach) nicht in einem beliebigen Wechsel zwischen den Studiengängen bestehen kann“ (37). Hier wird also ein wichtiger Schritt in Richtung Eliteuniversitäten gemacht!

Eine ähnliche Richtung haben die Leitlinienverfasser auch in den Fragen von Prüfungsformen eingeschlagen. „Der Prüfungstoff wird im Rahmen der Prüfungsordnung grundsätzlich vom Prüfer bestimmt, dem Kandidaten sind jedoch Möglichkeiten einzuräumen, insbesondere für mündliche Prüfungen und soweit möglich auch für die Abschlußprüfungen Themengebiete vorzuschlagen.“ Auch dies weicht von der heutigen Praxis ab, bei der die Studenten gemäß dem selbstgewählten Studiengang die Prüfungsthemen in Übereinstimmung mit den Professoren bestimmen können. (wird fortgesetzt)

SSB Hamburg
*) zitiert aus dem „Entwurf: Grundsätze für Studium und Prüfungen“; verabschiedet am 28.9.79; Zahlen in Klammern beziehen sich auf Seitenzahlen in diesem Entwurf.

Geldstrafe für »Bummelstudenten«

In Bayern wissen's eh schon, wo's langgeht ... so heißt es in einem Lied von C. Wecker. Und mit der Behandlung sogenannter „Altsemester“ werden die bayerischen Politiker ihrem Ruf vollauf gerecht. Sogenannte Bummelstudenten sollen künftig für „ungebührliches Überziehen ihrer Ausbildungszeit“ zur Kasse gebeten werden. So will es ein Gesetzentwurf der CSU-Fraktion des bayerischen Landtages - und dieser Entwurf ist schon vom kulturpolitischen Ausschuß des Landtages und vom Finanzausschuß verabschiedet worden. „Ziel sei es, Studenten, die anderen den Platz wegnähmen, von den überfüllten Universitäten wegzubringen, erklärte der CSU-Abgeordnete Paul Wilhelm.“

Diejenigen, die den Abschluß ihres Studiums „unangemessen hinauszögern“, müssen einen Jahresbeitrag zwischen 400 und 600 DM bezahlen. Offen scheint noch die Frage zu sein, wann ein „Langzeitstudiker“ unter diese Regelung fällt. Die Grenze scheint jedoch das 15. Semester zu sein, denn in den Begründungen für diesen Gesetzentwurf wurde u.a. angeführt, daß 1978/79 von rund 100.000 Studenten über 16 % im 15. Semester und darüber studierten. Und dabei wurde auch auf eine erprobte Behandlung von „Bummelstudenten“ in Hessen verwiesen: Dort werden seit einiger Zeit über 2 Millionen DM an Strafgebern eingenommen; pro Student 200 DM! Dieser Gesetzentwurf hat sehr gu-

te Chancen, Eingang in die Gesetzbücher zu finden. Zwei Hürden sind genommen und neben der CSU-Fraktion findet dieser Entwurf auch Befürworter unter SPD/FDP-Abgeordneten. Zwar wies ein SPD-Mitglied auf die einseitige Benachteiligung einkommensschwacher Studenten hin. Andere Sozialdemokraten meinen jedoch, auf diese Weise diejenigen aus den Hochschulen drängen zu können, die nur immatrikuliert sind, um „im Studentenwohnheim billiger wohnen (zu) können, keine Versicherungsbeiträge (zu) zahlen und nichts für die Altersversorgung aufwenden (zu) müssen“. (Informationen und Zitate aus „SZ“, 18.1.80).

ssb hamburg

Koalition zur Zerschlagung des Abendgymnasiums

Frankfurt. Auf Initiative der CDU ist in Sachen Abendgymnasium ein "Untersuchungsausschuß" im Landtag eingerichtet worden. Funktion: mit möglichst viel Lärm und Hetze die Zerschlagung des Abendgymnasiums in Ffm. zu rechtfertigen. Überraschenderweise hat sich auch Wirtschaftsminister und Atomfanatiker Karry in die Debatte eingeschaltet, die ja eigentlich ins Ressort seines Kollegen Krollmann fällt. In diesem Untersuchungsausschuß stellt die CDU vier "Untersucher", die SPD ebenso viele, die FDP ist mit einer Stimme vertreten. Von der CDU sind es die Herren Stanizek (ehemaliger Richter), Borsche (bekannt als Chaotenfresser), Lauterbach und Müller. Den Vorsitz führt ein Herr Winterstein aus der SPD. Von der SPD ist auch der Landtagsabgeordnete Helmut Holzappel dabei sowie ein Herr Wagner von der FDP. Überhaupt scheint die Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP - zumindest an dieser Frage? - hervorragend zu klappen, während sich die SPD erstmal vornehm zurückhält.

Zum besseren Verständnis kurz die Vorgeschichte: Um bessere Lernbedingungen zu haben, hatten die Schüler des AG durchgesetzt, daß auch nachmittags unterrichtet wird.

Seit 1974 hat das AG ein hauptamtliches Lehrerkollegium. Der Unterricht fand an einer Schule

statt (heutiges AG 1), wodurch der Erfahrungsaustausch zwischen den Schülern gewährleistet war. Der Unterricht orientierte sich auch an den Interessen, Erfahrungen und dem Leistungsvermögen der ehemaligen Berufstätigen. Das Ergebnis ein Notendurchschnitt von 1,7 beim Abitur (1977). Die Zerschlagungskampagne gegen das AG setzte dann auch bereits 1978 ein:

- willkürliche Senkung des Notendurchschnitts;
- für den 1.2.78 wurde der erste Aufnahmestopp verhängt;
- Zwangsversetzung von Lehrern und vom Schulleiter;
- die Kurse am AG wurden auf vier verschiedene Schulen verteilt. Die Schüler leisteten Widerstand und streikten. In der Presse wurde wild gehetzt. Schuldezernent Mihm (CDU) und Mitglied in rechtsextremistischen "VDA" und "Witiko-Bund") nannte die Schüler "leistungsscheues Gesindel". Durch Bulleninsätze wurden die Schüler ausgesperrt.

Später mußte die Schule per Gerichtsbeschluss wieder eröffnet werden. Zwei der sechs entlassenen Lehrer mußten wieder eingestellt werden. Gegen einige von ihnen laufen heute noch Disziplinarverfahren. Das AG blieb jedoch bestehen wie auch das Lehrerkollegium. Der Unterricht wurde fortgesetzt, allerdings mit nur noch 310 Schülern. Der "Rest" war auf drei andere Schulen verteilt worden. Ziel: die Gegenwehr von Schülern und Lehrern zu brechen und dort auch gleich eine repressive Unterrichtsführung durchzusetzen. Dort gibt es z.B. keinen Nachmittagsunterricht mehr.

Nachdem es in der letzten Zeit um das AG etwas ruhiger geworden war, versuchen jetzt CDU, FDP und SPD gemeinsam, die Reste des AG zu zerschlagen. So meinte "Zeuge" Oberstudienrat Freudel vor dem Untersuchungsausschuß: "Was ich am Frankfurter Abendgymnasium vorfand, war chaotisch und unbeschreiblich." Das Lehrzimmer sei ein "Sausstall" gewesen, "da lagen Apfelweinflaschen herum und Dreck. Jeder Amtsarzt hätte sowas geschlossen". Und weiter: "Normaler Unterricht" wäre nur bei "dauernder Anwesenheit der Polizei" möglich gewesen (FAZ, 7.2.80).

Derartige "Enthüllungen" nahm die FDP (in Hessen besonders reaktionär) zum Anlaß, den hessischen Ministerpräsidenten Börner schriftlich aufzufordern, "er möge etwas unternehmen, um dem schlimmen Treiben am Frankfurter Abendgymnasium ein Ende zu bereiten" (FAZ, 9.2.80). Gleich darauf schaltete sich auch WAA-Minister Karry ein:

„Alle Lehrer, die nach dem Gesetz versetzt werden können, werden auch versetzt“. Und weiter: "Normaler Unterricht" wäre nur bei "dauernder Anwesenheit der Polizei" möglich gewesen (FAZ, 7.2.80).

Derartige "Enthüllungen" nahm die FDP (in Hessen besonders reaktionär) zum Anlaß, den hessischen Ministerpräsidenten Börner schriftlich aufzufordern, "er möge etwas unternehmen, um dem schlimmen Treiben am Frankfurter Abendgymnasium ein Ende zu bereiten" (FAZ, 9.2.80). Gleich darauf schaltete sich auch WAA-Minister Karry ein:

Die Entwicklung am Abendgymnasium habe ihm "sehr großen Kummer gemacht", und die gewonnenen Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses hätten leider seine Besorgnis nicht verringern können.

In einer Unterredung mit dem GEW-Landesvorsitzenden Harnischfeger habe er diesem vorgetragen, er finde es "entsetzlich", daß sich die GEW angesichts der Vorgänge am AG so zurückhalte. Denn was dort geschehe, schädige den Ruf der Schule und der Lehrergewerkschaft. Laut der CDU-nahen "FAZ" soll Harnischfeger sich kompromißbereit erklärt haben.

So hätte die GEW angeblich schon "erreicht", daß das Lehrerkollegium mit seiner eigenen Versetzung einverstanden sei, damit der Weg frei werde für die "Etablierung eines neuen Kollegiums". Ebenso sollen, laut Karry und der "FAZ" die GEW und die Lehrerkonferenz die vorläufige Suspendierung des Personalratsvorsitzenden Wimmer akzeptiert haben, was Karry als "Silberstreifen am Horizont" bezeichnete (alles "FAZ", 7.2.80). Der GEW-Vorsitzende Harnischfeger dementierte diese Version. Er habe sich um eine Vermittlung bemüht, die in jedem Fall die Interessen der betroffenen Kollegen berücksichtigt. Während sich der DGB heute nur noch für den Erhalt des Nachmittagsunterrichts engagiert, und unter dieser Bedingung einem Austausch des AG-Kollegiums offenbar zustimmen würde, steht die frankfurter GEW nach wie vor solidarisch an der Seite der AGler/innen. So unterstützt sie eine Unterschriftensammlung des Personalrates des AG 1 mit den Forderungen:

- Rücknahme des Erlasses vom 4. Januar (dieser Erlaß von Kultusminister Krollmann legt einen neuen Aufnahmestopp und damit die endgültige Austrocknung des AG1 fest);
- Strikte Einhaltung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes durch die Schulaufsicht.

Diese Unterschriftensammlung ist u.a. von der GLH Frankfurt unterzeich-

net worden. Ein besonderer Skandal sind die Methoden, mit welchen die Suspendierung des Personalratsvorsitzenden Wimmer betrieben wird. Von "Zeugen" vor dem Untersuchungsausschuß wird Wimmer als "Unruhefister" und "Rädelsführer" am AG angeklagt (FAZ, 9.1.80). Studienrat Bloemker denunzierte Wimmer als angebliches "Bindeglied zwischen den KBW-Kadern und der Spontigruppe" an der Schule... So sind sich auch Kumi Krollmann (SPD), WAA-Minister Karry (FDP), die CDU sowieso und angeblich auch der Vorstand der GEW Hessen einig in der Forderung, Wimmer vom Dienst zu suspendieren (FAZ, 7.2.). Es wird daran gedacht, ihn in der Schulverwaltung weiter zu beschäftigen. Ein so gefährlicher Pädagoge kann eben nicht mehr auf Schüler (nicht mal auf erwachsene) losgelassen werden. Indes kann von einer durchgesetzten Suspendierung Wimmers - wie es die Presse suggeriert - keine Rede sein, da er dieser selbst zustimmen müßte, sollte sie in der augenblicklichen Situation juristisch wirksam werden. Dies hat Wimmer bisher nicht getan.

Die SPD hält sich im öffentlichen Gelärme gegen das AG etwas zurück, um gleichzeitig ihre Liquidierungsmethoden als effektiver anzupreisen. Sie hat es nicht einmal fertig gebracht, Karrys Vorstoß als Einmischung in ein SPD-Ressort zurückzuweisen, sondern kritisiert lediglich, er habe damit "dem harten linken Kern am AG Informationen geliefert und ermögliche ihm somit eine Gegenwehr" (FAZ, 9.2.80).

Krollmann braucht sich von der FDP tatsächlich keine Lehren erteilen zu lassen, wie man Gegenwehr verhindert. Sein erneut verhängter Aufnahmestopp würde, wenn er nicht rückgängig gemacht werden kann, das "Aus" für das AG bedeuten: Noch in diesem Jahr stünde das Kollegium buchstäblich ohne Schüler da! Dieser Erlaß vom 4. Januar ist ohne Kenntnis und Mitwirkung der Personalvertretung zustande gekommen

und verstößt damit eindeutig gegen die Rechtsordnung des hessischen Personalvertretungsgesetzes.

Das Kollegium des AG1 lehnt diesen Erlaß entschieden ab - ebenso wie die Versetzung von Lehrern und die Suspendierung von Wimmer. Ein Verhandlungsangebot über die Zukunft der Schule von Seiten des Kollegiums an Krollmann wurde von diesem abgelehnt. Hierbei zeigt sich mal wieder wie "ernst" es die SPD mit der "Verteidigung" ihrer Reformüberbleibsel gegenüber den Angriffen von rechts meint. Hinter den Kulissen wird die Zerschlagung fleißig vorangetrieben - die öffentliche Dreckarbeit machen die anderen, damit man sich bei Wahlen wieder als das sogenannte "kleinere Übel" präsentieren kann....

Fürs AG fordern Schüler, Lehrer und GEW Frankfurt (vor einigen Wochen auch noch der DGB):

- Vor- und Hauptkurse am AG1!
- Wiederherstellung der üblichen Zugangsregelung
- Wahlfreiheit zwischen Nachmittags- und Abendunterricht zu jedem Aufnahmetermin
- Schluß mit erlaßwidrigen Kursgrößen in Vorkursen
- Aufhebung aller Zwangsversetzungen und Zwangsabordnungen, bei Erfüllung der berechtigten Forderungen werden alle Lehrer dringend gebraucht
- Stopp der Entrechtung der Personalräte als Interessenvertretung der Kollegen
- Rücknahme aller Strafmaßnahmen und Verfahren gegen Schüler und Lehrer
- Beteiligung der Personalvertretung bei allen geplanten personellen und organisatorischen Maßnahmen
- Strikte Beachtung des HPVG (hessisches Personalvertretungsgesetz) durch die Schulaufsicht
- Sofortige Rücknahme des Aufnahmestopps zum 1. Februar!

Schüler/innen im KB/Gruppe Frankfurt

Letzte Meldung

Nun entpuppen sich die ganzen „FAZ“-Meldungen über die Haltung von GEW-Vorsitzendem Harnischfeger als tatsächliche Enten. Harnischfeger hatte sich als Vermittler persönlich an den Kultusminister gewandt. Zwar war er der Meinung, daß der Streit um das AG nicht ohne persönliche Veränderungen beizulegen sei, allerdings hatten auch sechs Lehrer sich bereit erklärt, sich freiwillig versetzen zu lassen. Daran war allerdings auch die Bedingung geknüpft worden, daß die laufenden Disziplinarverfahren eingestellt werden und eine soziale Absicherung zugesichert wird.

Kumi Krollmann blieb aber hart: „Alle Lehrer, die nach dem Gesetz versetzt werden können, werden auch versetzt“. Damit, so Harnischfeger, ist seine Vermittlung nun „geplatzt“ (FR, 20.2.80).

Die Gesamtkonferenz des AG1 hat in einem Beschluß nochmal ihre Ablehnung der angekündigten Maßnahmen Krollmanns bekräftigt und fordert, daß die neuen Studierenden an der Stammschule (und nicht in Dependancen) unterrichtet werden. Es wird jetzt befürchtet, daß der Kultusminister demnächst eine große Säuberungsaktion ohne wenn und aber einleitet.

„Alle Lehrer, die nach dem Gesetz versetzt werden können, werden auch versetzt“. Damit, so Harnischfeger, ist seine Vermittlung nun „geplatzt“ (FR, 20.2.80).

Die Gesamtkonferenz des AG1 hat in einem Beschluß nochmal ihre Ablehnung der angekündigten Maßnahmen Krollmanns bekräftigt und fordert, daß die neuen Studierenden an der Stammschule (und nicht in Dependancen) unterrichtet werden. Es wird jetzt befürchtet, daß der Kultusminister demnächst eine große Säuberungsaktion ohne wenn und aber einleitet.

Westberlin: Roll-back an den Schulen?

Am 14.2.80 fand in Westberlin eine Podiumsdiskussion statt, zu der die rechte Creme des Schulwesens geladen hatte. Diskutiert wurden die „30 Thesen zur Erziehungs- und Bildungsaufgabe der Schule“ von Landesschulrat Bath (SPD), die seit einigen Wochen u.a. in Philologenverbandskreisen Furore machen. Kein Wunder, hat Herr Bath doch endlich herausgefunden, was der heutigen Jugend fehlt: „Es bleibt immer noch der beste Weg, dem Menschen zu seinem Glück zu verhelfen, wenn man ihn Dienstbereitschaft und Pflichterfüllung lehrt“ (These 27). Und: „Wer auf die Frage nach dem Lebensinn antworten will, darf obersten Werten wie Religion, Heimat und Vaterland nicht aus dem Weg gehen“ (These 30).

Eigentlich reichen diese kurzen Zitate ja schon, um zu erkennen, aus welcher Ecke der Wind weht. Und doch, die Ausführungen vor den ca. 500-600 Anwesenden machten darüberhinaus erschreckend deutlich, daß hier massiv von den verschiedensten Kräften zur reaktionären Offensive geblasen wird.

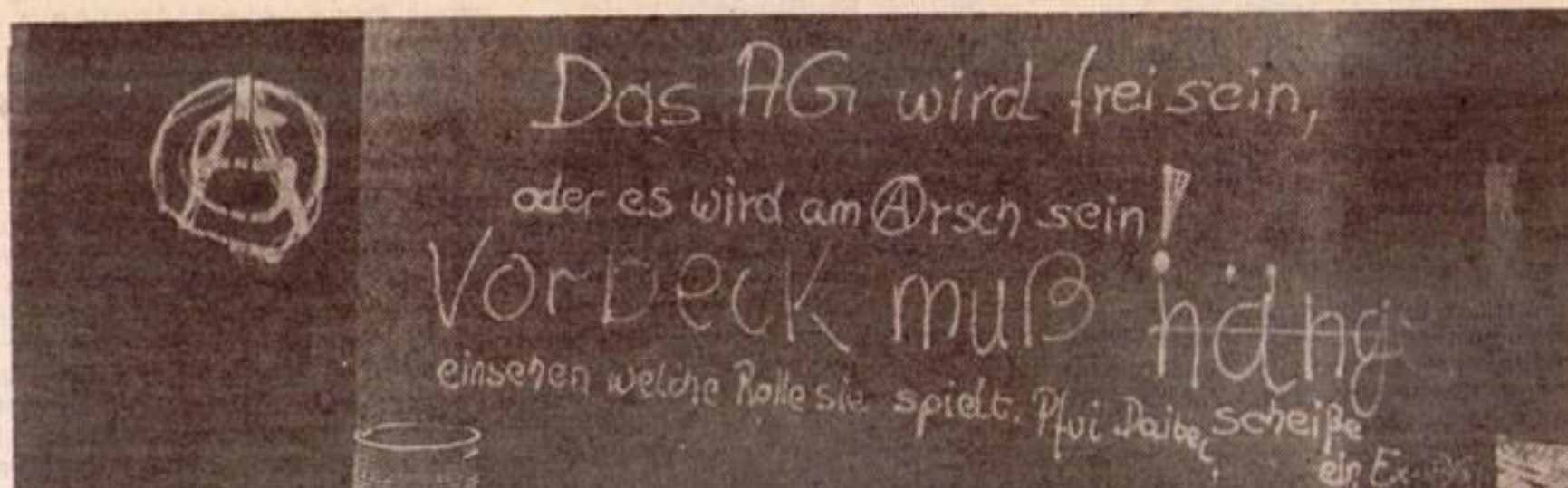
Unter dem Motto „Der Gegensatz von Zwang ist nicht Freiheit sondern Bindungsbereitschaft“ (Martin Buber) wurde eine Laudatio auf die „Tugenden Fleiß, Ordnung, Pflichterfüllung“ gehalten. Wie weit sei es schon mit der heutigen Jugend gekommen, daß sie für „Pflicht“ nur noch den wehleidigen Begriff „Streß“ habe. (so Frau Hanna Laurien, CDU). Dabei wiesen die Jugendlichen „im Leistungsbereich erhebliche Defizite auf“, seien realitätsuntüchtig und „unserem“ politischen System entfremdet. Eine Elternvertreterin beschrieb sie zudem als „verdreht“ und „drogensüchtig“, „sie kommen zu spät und schwänzen nach Strich und Faden.“ Schuld an dieser Situation haben - du rätst es nicht - die

„progressiven Lehrer“ (das ist ein Schimpfwort, wohlgekannt!), die die „zügellose Freiheit predigen“, die Frankfurter Schule (hierunter werden einige Professoren gezählt, die zu den Philosophen der APO zählten), die GEW, die ein „potentiell totalitäres Engagement“ vertrete (Prof. Dr. Gesine Schwan, SPD) und last not least die Kommunisten. Diese haben nämlich ein neues Konzept zur Machtergreifung: Über „Bewußtseinsinfiltrationen“ wollten sie die Menschen dazu bringen, bei Wahlen für sie zu stimmen, um dann die Macht natürlich nie wieder aus der Hand zu geben. Doch da seien Bath und Co. davor! Er schied ganz klar die „guten“ von den „bösen“ Erziehern, indem er das Entscheidungskriterium: „unsere Lebensordnung“ einführte. Diese mußte für „wertvoll und darstellenswert“ halten, lieber Leser. Dann wirst du sicherlich auch finden, daß so böse Begriffe wie Selbstbestimmung, Partnerschaft und Emanzipation auf den Index gehören. Schließlich ist „jede Erziehung bis zur Mündigkeit nie partnerschaftlich“ - sagt Herr Bath.

Abschließend sei noch eine Antwort auf die GEW zitiert, die in einer schriftlichen Stellungnahme die Notwendigkeit der „kämpferischen Teilnahme am Fortschritt“ betont hatte: „Wohin der Fortschritt fortschreitet, das bleibt im Schatten der Mauer ungewiß.“

P.S. Die GEW trat bei der Diskussion nicht auf. Sollte sich dahinter die Einschätzung verbergen, das seien doch nur rechte Spielerchen, die niemanden interessieren, so ist das nach meiner Einschätzung ein gefährlicher Irrtum. Der Rechtsruck hat gerade erst so richtig begonnen. Wehren wir uns!

S., AK-Abonentin aus Westberlin



Solche Wandmalereien waren schon immer ein Ärgernis der Schulbürokraten

Skandalöses Urteil im Frauen-AStA-Prozeß

Schuldig gesprochen wurden in dem Frankfurter Strafprozeß drei Frauen des ehemaligen Frankfurter Frauen-AStA, durch die Wahrnehmung des politischen Mandats studentische Gelder veruntreut zu haben, obwohl die Beweislage mehr als dürrig war, obwohl das Gericht große Schwierigkeiten hatte, der Öffentlichkeit den vermeintlichen Unterschied zwischen hochschul- und allgemeinpolitischen Themen klarzumachen.

Als Beweismittel für den Vorwurf der „Veruntreuung“ seitens des AStAs sollten 14 Flugblätter dienen, die dieser während seiner 1 1/2 jährigen Amtszeit 1976 - 78 in Druck gegeben hatte. Bei diesen Flugblättern, von denen in der Urteilsbegründung 10 als eindeutig „allgemeinpolitisch und in keinem Zusammenhang mit Hochschulbelangen stehend“ bezeichnet wurden, ging es um AStA-Infos zu Brokdorf, zur Zusammenarbeit zwischen SAVAK und der BRD zu „Südafrika ein Jahr nach Soweto“, zu Berufsverböten u.a..

Mit der Beweislage hatte es in diesem seit November andauernden Verfahren, wie in AK 170 schon berichtet, allerdings schlecht ausgesehen: trotz großer Ankündigung, „daß sie ein Grundsatzurteil anstrebt“ („FAZ“, 8.12.79), trotz Ladung etlicher Zeugen, trotz gerichtlich verordneter Durchsuchung der AStA-Räume konnte die Staatsanwaltschaft den drei angeklagten AStA-Vorsitzenden nicht nachweisen, daß die 14 Flugblätter von ihnen persönlich in Druckauftrag gegeben worden waren. Mit dem Nachweis, daß die drei Frauen auch personell für die Herausgabe solcher Flugblät-

ter seitens des AStA verantwortlich zeichneten, d.h. z.B. durch die Unterzeichnung der Druckaufträge, wollte die Staatsanwaltschaft ihren Anklagepunkt der Veruntreuung studentischer Gelder begründen.

Daß es dem Staatsanwalt, wie er in seinem Plädoyer sagte, „nicht ... darum gehe, die Angeklagten zu kriminalisieren oder Sanktionen zu verhängen, sondern in einem eindeutigen Rechtsspruch auf Konsequenzen hinzuweisen, die durch die exzessive Auslegung des Begriffs „politisches Mandat“ entstünden“ („FAZ“, 25.1.80), zeigt ganz klar die eigentlichen Absichten, die hinter diesem Prozeß stehen: die Tatsache eines Strafverfahrens an sich zeigt schon, daß es hier um eine „Einschüchterung, die man auf dem Klageweg über das Verwaltungsverfahren oder durch einen Bußgeldbescheid nicht erreichen“ („FR“, 29.1.80) geht. Eine Einschüchterung, die ihre Wirkung weit über Frankfurt hinaus hat, denn dieses Urteil kann jetzt von jeder Unherangezogen werden, um ihrem jeweiligen AStA ebenfalls den Mund zu verbieten.

So störte es dann auch weder Gericht noch Staatsanwaltschaft, als die Durchsuchung der AStA-Räume nichts an Beweismaterial erbrachte, daß sowohl die drei angeklagten Frauen als auch weitere geladene Zeugen beteuerten, im Nachhinein könne gar nicht festgestellt werden, wer damals im einzelnen die jeweiligen Druckaufträge unterzeichnet hat. In Ermangelung der Beweise heißt es dann in der Begründung des Schuldspruchs: „Alle drei hätten den Willen gehabt, im Sinne eines allge-

meinpolitischen Mandats zu handeln. Hätten andere als sie die Aufträge erteilt, so seien sie für die schlechte Organisation haftbar zu machen“ („FR“, 1.2.). Ganz nach dem Motto: Irgendeinen Straftatbestand wird's schon geben bei so einer Gesinnung!

Über die Bedeutung dieses Urteils kann auch nicht das relativ milde Strafmaß hinwegtäuschen: eine Verwarnung mit einer Geldstrafe über 100 DM pro Frau, die ein Jahr auf Bewährung ausgesetzt wird, „Man ... müsse auch bedenken, wie ein Schuldspruch sich in anderen ähnlich gelagerten Fällen auswirken könne...“ („FAZ“, 25.1.), warnten die Verteidiger noch vor der Urteilsprechung. Leider vorerst ohne Erfolg, was selbst die „FR“ stützen läßt, die in einem Kommentar zu bedenken gibt: „Wehe dem studentischen Vertreter, der in Zukunft bei der Vergabe von Druckaufträgen für AStA-Flugblätter nicht mit dem Argusauge eines deutschen Richters prüft. Sehr leicht könnte auch an ihm der Vorwurf hängenbleiben, anvertraute Gelder veruntreut zu haben“ (1.2.).

Trotz des geringen Strafmaßes sind die AStA-Frauen natürlich auf Spenden angewiesen, denn die Kosten des Verfahrens liegen erstmal auf ihnen. Außerdem gehen sie in Berufung, wozu sie weitere Unterstützung brauchen.

Spendenkonto unter dem Stichwort „Prozesskosten Frauen-AStA“ bei der Commerzbank in Frankfurt

Konto-Nr. 6517000

KB-Frauengruppe Frankfurt

Schulpolitik »Modell Frankfurt«

Kürzlich fiel in der frankfurter Falk-Realschule den Schülern einer 6. Klasse im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf. Verantwortlich war ausnahmsweise nicht das Schulumt, sondern die Baufirma, die beim Einziehen jener 12 Zentner schweren Feuerschutzdecke geschludert hatte.

Doch nicht nur in der Falkschule fällt Schülern die Decke auf den Kopf. Die Situation an den meisten frankfurter Schulen ist katastrophal bis unbeschreiblich. Besonders die räumlichen Bedingungen gleichen einem totalen Chaos. Einige Kostproben:

- In der Karmeliter-Schule mußte das Gesundheitsamt „die vorläufige Schließung in Erwägung ziehen“. Die hygienischen Bedingungen sowie der Bauzustand sind für das Gesundheitsamt „untragbar“ („FR“). Die Karmeliter-Schule ist eine Grund- und Hauptschule mit ca. 80% Ausländeranteil!

- Auch an der Gesamtschule Griesheim herrscht abgesehen vom Lehrermangel auch totaler Raummangel. Es existieren dort etwa doppelt so viele Klassen wie Klassenräume vorhanden sind. Die Atmosphäre an der Schule soll (nach Bericht eines betroffenen Schülers) wie in einer Bahnhofshalle sein.

- Auch an der Gymnasialen Oberstufenschule Bockenheimer-Süd herrscht extremer Raummangel. 1975, als die CDU in Frankfurt noch die Oppositionsbank drückte, stellte sie hierzu fest: „Es fehlen Fachräume sowie Räume, die den Fahrlehrern in den Zwischenstunden zum Aufenthalt, Essen und Arbeiten zur Verfügung stehen. Andere Räume befinden sich in einem unhaltbaren Zustand. (...) Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Schulträger, wie schon bei anderen Gelegenheiten, auch hier völlig versagt hat. Es ist ihm nicht gelungen, die Schule innerhalb von 2 Jahren (solange existierte die Schule damals; Anm. d. Verf.) auch nur einigermaßen so auszustatten, daß sie

ihren Aufgaben gerecht werden kann. Hier liegt im wahrsten Sinne des Wortes ein Schulbeispiel vor für die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit sozialdemokratischer Schulpolitik.“ (aus der Begründung zum Antrag der CDU-Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung vom 22.10.1975). Seit fast drei Jahren herrscht nun die CDU in Frankfurt. Die Zustände an der GOS-Bockenheimer-Süd haben sich inzwischen verschlimmert.

- Integrierte Gesamtschulen, wie die Ernst-Reuter-Schule, kann man nicht nur durch Nichtanerkennung der Abschlüsse kaputt machen (Strauß-Konzept). Bei Walli Krausmann und seiner Kahlschlag-Bande tut's auch eine (wenn auch schon länger geplante) Schnellstraße. Teile der Ernst-Reuter-Schule sollen geopfert werden!

Viele Schüler wandern, von einem Haus zum andern...

- Die Kaufmännische Berufsschule II (KB II) ist heimatlos. Der geplante Umzug in eines der berüchtigten Bürohochhäuser der Innenstadt ist gescheitert. Der hessische Innenminister Gries (FDP) verweigerte aus sicherheitsrechtlichen Bedenken seine Zustimmung. Doch für den verantwortlichen Schuldezernenten Bernhard Mihm (CDU, Frankfurter Schülerschreck Nr.1) scheint der Käse immer noch nicht gegessen zu sein. „Er wertet die Entscheidung als einen Hinweis an die städtische Bauaufsicht, welche Änderungen notwendig seien.“ („Frankfurter Neue Presse“, 21.1.)

- Nach Aussagen des SPD-MdL Holzapfel hat Mihm schon die Anmietung eines noch nicht gebauten Hochhauses für 10 Jahre angekündigt, um dort das verhaßte Abendgymnasium einzukerkern („FNP“, 21.1.80).

- Im ziemlich verrotteten, ehemaligen Gebäude der Liebigschule im Stadtteil Bockenheimer-Nord herrscht folgende Situation: Ausgelagerte Klassen der benachbarten Sophien-

schule, Kurse für ausländische Schüler, ausgelagerte Teile des (räumlich zerteilten) Abendgymnasiums und die umgezogene Kaufmännische Berufsschule III (KB III) haben in diesem Gebäude nebeneinander Unter-richt. Bald könnte es eng werden. Da Mihm die Kasernierung der KB II ins Hochhaus untersagt wurde, wird er sie wahrscheinlich auch ins alte Liebigschulgebäude verfrachten müssen...

Das „100-Millionen-Schulbauprogramm“

Diese Aufzählung stellt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, sie ist nur ein kurzer Streifzug durch den Schlingel des frankfurter Schulchaos. Es würde sehr viel Mühe kosten, in Frankfurt eine Schule zu finden, an der „normale“ Zustände herrschen (mal abgesehen von den Renommiergymnasien, doch auch hier hapert's etwas).

Schon Anfang 1978 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der CDU ein 100-Millionen-Schulbauprogramm beschlossen, welches „nach vorangegangener Planung zwischenzeitlich voll angelaufen (ist)“ (Aus einem Rundbrief der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom Dezember '79 an alle Schulleitungen).

Woran mag es bloß liegen, daß weder die Oberstufenschüler von Bockenheimer-Süd noch die Hauptschüler der Karmeliter-Schule, geschweige denn die Griesheimer Gesamtschüler bisher etwas von diesem 100-Millionen-Programm gemerkt haben?

Weiter verspricht die CDU in dem Rundbrief: „Vordringlich an den Berufsschulen soll damit die Schulraumnot beseitigt und jahrelang Versäumtes nachgeholt werden.“ Daß solche Versprechungen wohl keinen Berufsschüler vom Hocker reißen, ist ja kein Wunder, wenn man sich vor Augen führt, daß die CDU-Planung letzten Endes darauf hinausläuft,

Berufsschulen in Hochhäusern zu begraben, um damit gleichzeitig irgendwelche (schon halb verbrecherischen) Bauspekulanten zu subventionieren.

Die skandalöse Schulsituation in Frankfurt ist Produkt einer Schulpolitik, deren Konzept von der CDU-Fraktion ebenso liebevoll wie zynisch „Modell Frankfurt“ genannt wird! „Modell Frankfurt“ bedeutet insbesondere: Willkürliche Austrocknung nicht genehmer Schulen und Schulformen (z. B. Gesamtschulen, Abendgymnasien) und Überverteilung einiger weniger Renommiergymnasien gegenüber allen anderen Schulen.

Besonders deutlich wird dies, wenn man sich beispielsweise die Schulentwicklung im Stadtteil Bockenheimer ansieht (vergleiche auch AK 169): Dort gibt es die (additive) Gesamtschule Bockenheimer-Süd (GBS) und die Gymnasiale Oberstufenschule Bockenheimer-Süd (GOS).

Obwohl Bockenheimer ein Stadtteil mit ständig wachsendem Ausländeranteil ist, hat die Stadt dieser Tatsache nie Rechnung getragen und an der GBS die Voraussetzungen für eine bessere Förderung ausländischer Schüler geschaffen. Im Gegenteil: Statt einer Förderung der GBS zugunsten der Ausländerkinder planen Schuldezernent Mihm & Co. die Zerschlagung! Das ganze Schauspiel geht jedoch nicht ohne eine gehörige Portion übelstem Zynismus über die Bühne. Mihm und seine CDU-Fraktion wollen das alte Liebig-Schulgebäude (siehe oben) für 19 Millionen DM (das ist ein Fünftel des 100-Millionen-Programms!) renovieren, um dort ein Gymnasium mit „Ausländer-schwerpunkt“ hinzupflanzen. (Das bedeutet: 2. Pflichtfremdsprache ist die jeweilige Heimansprache. Für die Einführung einer solchen Regelung setzt sich die GBS schon seit Jahren ein). Für die GBS könnte dies die Austrocknung des Gymnasialzweiges bedeuten; übrig bliebe eine Haupt- und Realschule.

Wie groß andererseits der Anteil ausländischer Schüler sein wird, die die Möglichkeit haben, dieses angeb-

lich ausländerfreundliche Gymnasium zu besuchen, wird wohl an den Fingern einer Hand abzuzählen sein.

Wie ernst es der CDU mit der Förderung ausländischer Schüler ist, wird spätestens dann deutlich, wenn man dieser Bockenheimer Schulplanung die Problematik der Karmeliter-Schule (Bahnhofsviertel) gegenüberstellt: Dies ist eine Grund- und Hauptschule mit ca. 80% Ausländeranteil. Es herrschen chaotische Zustände. Von der Stadt ist bisher kein Pfennig zur Förderung der dortigen Ausländer investiert worden ...

Langsam bewegt sich was ...

„Wir können heute feststellen, daß sich die Frankfurter Schulszene fast überall beruhigt hat“.

Dieses Zitat stammt ebenfalls aus dem CDU-Rundbrief vom Dezember '79. Es beruht jedoch auf reinem Wunschdenken.

Im Januar führte die Karmeliter-Schule auf Beschluß des dortigen Elternbeirats einen 2-tägigen Unterrichtsboykott durch.

Wenige Wochen später folgte die Gesamtschule Griesheim diesem Beispiel. Während ihres 2-tägigen Unterrichtsboykotts kündigten die Griesheimer an: Wenn bis zum 29. Februar keine konkreten Vorschläge und verbindlichen Zusagen zur Verbesserung der Schulsituation von Seiten der Stadt erfolgen, muß ein unbefristeter Unterrichtsboykott erwogen werden! Elternsprecher Ludwig sagt, worum es geht: „Die CDU will die Gesamtschulen kaputt machen“ („FR“, 15.2.80).

Auch an anderen Schulen fängt es langsam an zu gären. Aus Bockenheimer-Süd ist die erste Presse-Erklärung zu vermelden, abgesegnet von der Gesamtkonferenz, dem Schulleiterbeirat und der Schülervertretung.

Auf das es kräftig weiter gärt! Eins, zwei, drei, vier - viele Streiks wollen wir!

Schüler/innen im KB/ Gruppe Frankfurt

Polizei an der Uni Frankfurt

Nun hat sich der neue Frankfurter Uni-Präsident Kelm in die Tradition seiner Vorgänger Krupp und Kantzenmüller gestellt. Mit einer Hundertschaft Polizei stellte er klar, wer Herr im Hause ist.

Ausgangspunkt war studentischer Protest gegen die Verschärfung der Prüfungsbedingungen an den Fachbereichen Wirtschaftswissenschaften und Soziologie.

Dort sollen in Zukunft vor der Ausgabe von Klausuren die Personalien der Studenten festgestellt werden, während früher die Studenten nach Lektüre der Aufgabe die Entscheidung trafen, ob sie sich beteiligen oder nicht. Werden in Zukunft die Formblätter abgegeben, wird das als Klausurversuch gewertet.

Gegen diese neuen Praktiken wandten sich viele Studenten und verhinderten die Durchführung unter diesen Bedingungen.

Am 18.2. setzte die Uni-Spitze neue Termine an. Die Studenten

mußten sich beim Betreten des Hörsaalgebäudes gegenüber der Polizei ausweisen. Kelm stellte später fest, daß die Polizei „den beabsichtigten Zweck voll erfüllt“ habe und kündigte für die Zukunft „ähnliche Maßnahmen“ an. Und noch etwas kündigte er an: Strafrechtliche Maßnahmen gegen „Störer“ würden kaum greifen, da Prozesse gegen „Rädelführer“ bis zu vier Jahren dauern. Die Uni-Bürokraten haben da leidvolle Erfahrungen. Deshalb erwägt Kelm Schadensersatzklagen gegen die „Störer“ zu erheben, die zu identifizieren sind. Ähnlich wie im Fall des Grohndorfes sollen sie die Einsatzkosten der Polizei bezahlen (15. - 20.000 DM), die „die Lohnsumme der hauptamtlich tätigen Mitarbeiter“. Den „schreibwilligen Studenten“ empfahl Kelm, „materielle Verluste“ durch Jobausfall ebenfalls geltend zu machen.

KB-Unigruppe Frankfurt

Juso-Basis Liste löst rechten AStA ab

Nach zweijähriger Amtszeit wurde an der Kieler Uni der vom RCDS dominierte rechte Bündnis-AStA abgelöst. Den AStA stellt jetzt ein Bündnis von Jusos und basisorientierten Linken. Dieser Erfolg wurde wohl nur deshalb möglich, weil es mit diesem Bündnis gelungen ist, die Zersplitterung der linken Stimmen auf verschiedene mehr oder weniger linke Listen zu verhindern, denn bei dem speziellen Kieler Mehrheitswahlrecht stellt die Liste mit den meisten Stimmen in der Regel den AStA. Koalitionsbildungen sind nicht möglich. Rundfunk und Lokalpresse berichteten über diese Wahl ausschließlich durch die Brille des RCDS: Im NDR/Schleswig-Holstein wurde kritiklos die Darstellung des RCDS übernommen, auf der Juso/

Basis-Liste habe ein Mitglied des „verfassungsfeindlichen“ SB (der Name des Genossen wurde in der Meldung genannt) kandidiert und hinter einem Juso die zweitmeisten Stimmen bekommen (Vorgeschmack auf Radio Stoltenbrecht). Die „Kieler Nachrichten“, das lokale Monopolblatt, überließ die Berichterstattung schon vor der Wahl dem RCDS. Der RCDS durfte verbreiten, daß „Verfassungsfeinde“ aus KB und SB gemeinsam mit den Jusos auf einer Liste kandidieren würden, wohl nicht zuletzt in der Hoffnung auf Druck von der „Mutterpartei“ der Jusos. Nach der Wahl brachten die „Kieler Nachrichten“ ein Interview mit dem RCDS. Die Wahlsieger kamen nicht zu Wort. Ein Genosse aus Kiel

Studenten auf »FDGO« verpflichtet?

In Kiel hat die rechte Professoren-schaft um Uni-Vizepräsident Kaltefleiter (Stoltenberg-Berater, Ex-Mitarbeiter von Kissinger, CDU-Bundestagskandidat) versucht, im Eilverfahren eine neue Verfassung der Universität durch das Konsistorium zu peitschen. In dieser Verfassung werden u.a. die Studenten auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ verpflichtet, die Professoren sollen wieder Talare tragen dürfen und mit Magnifizenz angedredet werden. Da eine neue Verfassung nur mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden kann, sind Kaltefleiter und Co. auf Hilfsstimmen von Studentenvertretern bzw. nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern angewiesen. Im neuen Konsistorium sind nun die rechten Studentenvertreter durch die Jusos ersetzt worden, sodaß Kaltefleiter ganz gerne seine Verfassung noch im alten Konsistorium durchgesetzt hätte. Da das Wintersemester nur noch zwei Wochen dauerte und damit auch die Amtszeit des Konsistoriums zu Ende ging, wurde die Zeit knapp. Satzungsgemäß vorgesehene Einladungsfristen wurden ignoriert. Die Redezeit im Senat wurde auf 30 Sekunden begrenzt, nur damit der Senat noch in diesem Semester die Konsistoriumssitzung einberufen konnte. Als auf der ersten Sitzung die Debatte von einigen Mitgliedern des Konsistoriums so lange verschleppt wurde, daß keine Abstimmung mehr stattfinden konnte, erzwangen die Rechten noch eine weitere Tagung am Freitag, den 16. Februar, den letzten möglichen Tag überhaupt. Die Abstimmung wurde durchgeführt. Die Rechten feixten schon während der Auszählung vor Freude über ihren gelungenen Coup. Allerdings zu früh. Eine Stimme fehlte zur Zweidrittelmehrheit.

Ein Genosse aus Kiel

Hochschulmeldungen

Strafanzeige wegen Besetzung

Im Dezember 79 wurde das Verwaltungsgebäude der Kasseler Gesamthochschule für zwei Tage von Studenten besetzt. Damit wurde der Protest gegen den eklatanten Raum- und Lehrpersonalmangel ausgedrückt. Der Präsident der Hochschule, Ernst Weizäcker, forderte daraufhin im Januar vom AStA „Entschädigung“ für angeblich entstandenen Sachschaden. Als dieser dies verweigerte, stellte er Strafanzeige gegen Unbekannt wegen „Sachbeschädigung und Körperverletzung“ (einem Angestellten ist ein Finger in einer Tür gequetscht worden). Gleichzeitig fügte er der Anzeige jedoch die Liste der AStA-Mitglieder und die Flugblätter des AStA bei, mit denen zur Besetzung aufgerufen wurde. Die Polizei ermittelt nun nicht gegen „Unbekannt“, sondern gegen die AStA-Mitglieder und hat die Ermittlungen noch um den Straftatbestand „Auforderung zur Begehung von Straftaten“ erweitert. Der Konvent der Hochschule, das höchste Selbstverwaltungsorgan, hat mit 29 gegen 9 Stimmen gegen dieses

Vorgehen ihres Präsidenten protestiert und diesen aufgefordert, die Anzeige zurückzunehmen.

„Verpflichtung zur Amtshilfe“

In einer Erklärung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) hat deren derzeitiger Präsident, Prof. Georg Turner, klar gemacht, daß die Hochschulen grundsätzlich keine Daten im Zuge der Amtshilfe an die „Sicherheitsbehörden“ weitergeben. Als „Einschränkung“ will er verkaufen, dies dürfe „nur in schriftlicher Form auf eine schriftliche Anfrage“ hin geschehen. Über die vielfältigen Fälle, in denen Verwaltungsangestellte der Univerwaltung mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet haben, verlor Turner kein Wort. Besonders erobert hat ihn allerdings die Aktion der „roten blätter“ (Zeitung des MSB), die verschiedene Hochschulen als „Mitarbeiter des VS“ angerufen und regelmäßig Auskünfte erhalten haben. Turner bezeichnete dies als eine „rechtswidrige Weise“, Mitarbeiter der Hochschulen „zu verleiten“.



Hrsg. Klaus Farin
Hans - Jürgen Zwingmann

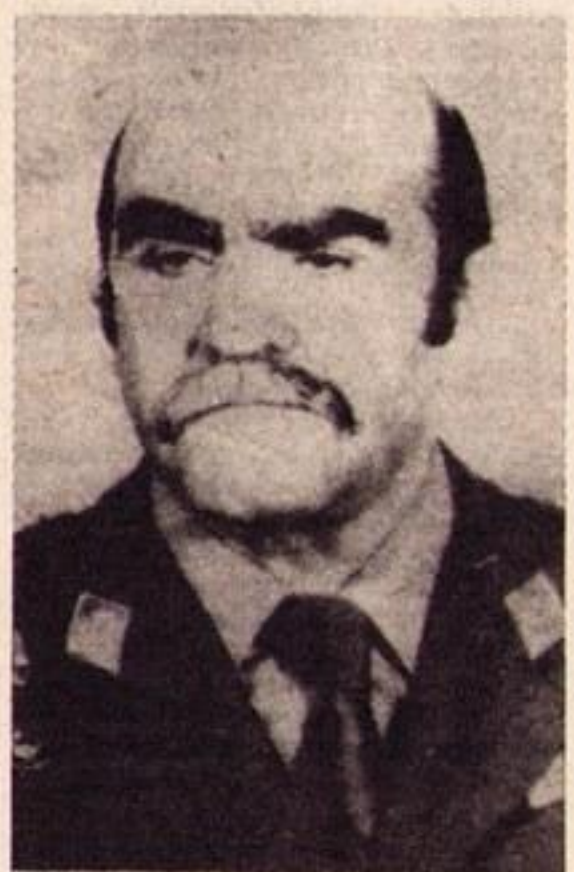
Vorwort von Bernt Engelmann

DM 15,80
350 Seiten / ISBN 3-921850-20-7

Buchtip für Jugend- und Schülerzeitungsredakteure: Klaus Farin und Hans-Jürgen Zwingmann, selbst langjährige Mitarbeiter der „Jungen Presse“ haben mit ihrer vorliegenden Arbeit „Die Jugendpresse“ ein Handbuch zusammengestellt, das Jugend- und Schülerzeitungsredakteuren/innen neben wichtigen politischen Informationen auch zahlreiche praktische Tipps vermittelt. Das Buch enthält Beiträge über die kommerzielle Presselandschaft/Presskonzentration in der BRD/die alternative jugendeigene Presse/Selbstverständnisdiskussion/Erfahrungsbericht über vier Jahre Arbeit in der Jugendpresse/Repression gegen Jugendpresse/praktische Hinweise zu Werbung, Finanzen und Lay-out, letzteres mit zahlreichen Illustrationen. Außerdem befinden sich im Anhang wichtige Adressen zur Informationsbeschaffung (diverse Artikel- und Informationsdienste, Anschriften der Deutschen Jugendpresse und ihrer Landesverbände). Das Buch ist im DOKU-Verlag erschienen und erhältlich über: Versand der Autoren e.V., Postfach 1743, 7505 Ettlingen Mitglieder der „Deutschen Jugendpresse“ können das Buch zum verbilligten Preis von 9,80 DM bestellen bei: Deutsche Jugendpresse e.V. (djp), Postfach 200621, 8000 München 2

Euskadi — von einem General beherrscht?

Am 1. Februar ernannte der spanische Ministerrat in einer Dringlichkeitssitzung den Generalinspekteur der Nationalen Polizei (General Carlos de Santamaria) zum Sonderbeauftragten der spanischen Regierung in Euskadi (Baskenland), ausgestattet mit allen erdenklichen Vollmachten in Sachen „öffentlicher Sicherheit“.



Der General, der im Baskenland aufräumen soll

Gleichzeitig wurde die „Grupo Especial de Operaciones“ (GEO — vergleichbar den hiesigen „Mobilen Einsatzkommandos“) ins Baskenland verlegt sowie die „Unidad Especial Antiterrorista Rural“ (UAR), eine Spezialeinheit der Guardia Civil zur Bekämpfung des Terrorismus in ländlichen Gebieten. Die GEO ist eine Eliteeinheit der Nationalen Polizei, die zu Scharfschützen ausgebildet sind, besonders trainiert im Einsatz von Granaten und Dynamit sowie im Tauchen und Fallschirmspringen. Diese Spezialeinheit wurde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit (Selbstverständlichkeit?) von westdeutschen Antiterroristen ausgebildet ...

Anlaß für diese einschneidenden Maßnahmen der spanischen Regierung war der Überfall eines ETA-Kommandos auf einen Militärtransport in Euskadi, bei dem sechs Polizisten der Guardia Civil getötet wurden und von der ETA drei Mörser und ca. 30 Granaten erbeutet wurden.

lichen Gebieten. Die GEO ist eine Eliteeinheit der Nationalen Polizei, die zu Scharfschützen ausgebildet sind, besonders trainiert im Einsatz von Granaten und Dynamit sowie im Tauchen und Fallschirmspringen. Diese Spezialeinheit wurde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit (Selbstverständlichkeit?) von westdeutschen Antiterroristen ausgebildet ...

Anlaß für diese einschneidenden Maßnahmen der spanischen Regierung war der Überfall eines ETA-Kommandos auf einen Militärtransport in Euskadi, bei dem sechs Polizisten der Guardia Civil getötet wurden und von der ETA drei Mörser und ca. 30 Granaten erbeutet wurden.

Das Massaker von Atocha vor Gericht Faschisten: Es war Notwehr ...

Madrid. Am 24. Januar 1977 drangen Faschisten in das Rechtsanwaltsbüro in der Calle de Atocha in Madrid ein, wo gerade eine Gruppe fortschrittlicher Anwälte tagte. Sie schossen ihre Magazine auf die anwesenden Rechtsanwälte leer. Vier Anwälte und ein Rechtsanwaltsgehilfe wurden ermordet und vier weitere Anwälte schwer verletzt. Das Massaker von Atocha war der Höhepunkt von Terroranschlägen der Ultra-Rechten in der Zeit des Übergangs vom Franco-Faschismus zur sog. Demokratie in Spanien. Die „Apostolische Antikommunistische Allianz Spaniens“ (AAA/Vorbild Argentinien) erklärte sich für das Blutbad verantwortlich.

Heute, nach drei Jahren, in denen viele Spuren verwischt werden konnten, stehen die 5 Täter in Madrid vor Gericht. (Einer konnte fliehen und ein anderer ist inzwischen verstorben).

Der Prozeß ist auf lediglich 3 Tage angesetzt worden, wird aber wahrscheinlich eine Woche dauern. In dieser kurzen Zeit sind natürlich keine gründlichen Beweisaufnahmen möglich. Es wird der Staatsanwaltschaft vor allem darum gehen, die Verbindungen der Angeklagten zu organisierten faschistischen Szene („Fuerza Nueva“, Falange und der Franco-Garde), auf die von den Anwälten der Überlebenden und der Familienangehörigen besonderes Gewicht gelegt wird, zu verwischen und zu vernebeln. Auch die Verbindungen zum Staatsapparat sowie die Verwendung von Waffen aus dem Militär bei dem Überfall der Faschisten werden bei diesem Prozeß mit Sicherheit nicht aufgeklärt werden.

Reale Zusammenhänge bieten viele Möglichkeiten für ausweichende Deutungen: Zum Zeitpunkt des Blutbades gab es in Madrid einen Streik der Transportarbeiter. Einige Anwälte, die sich in der Calle de Atocha trafen, waren an den Verhandlungen zwischen Arbeitern und Transportunternehmern beteiligt. Der Vorsitzende der ehemaligen franki-

Damit hat die spanische Regierung, bzw. die oberste Spitze der Nationalen Polizei wieder alle Gewalt in Euskadi an sich gerissen, die soeben durch die Verabschiedung des Autonomiestatuts in die Hände des „provisorischen“ baskischen Generalrats bzw. des demnächst neu zu wählenden baskischen Parlaments gegeben worden war. Ab sofort soll die Leitung und Planung sowie die Koordination, Befehlsgewalt und logistische Unterstützung aller staatlichen Sicherheitskräfte im Baskenland unter der Verantwortung des obersten spanischen Polizeichefs stehen, alle erdenklichen finanziellen Mittel wurden für seine Aufgaben bereitgestellt. Ausdrücklich wurde nicht der Ausnahmezustand verhängt, weil das „in Situationen wie im Baskenland wenig nützt, um die eigentlichen (!) Probleme zu lösen“ („El Pais“, 2.2.80). Sämtliche konkreten Maßnahmen unterliegen der absoluten Geheimhaltung.

Die mit Sondervollmachten unterstützte Zentralisierung der „inneren Sicherheit“ Euskadis auf die Person eines der ranghöchsten spanischen Generale wird die politischen Widersprüche in Euskadi erneut verschärfen. Wenn die versprochenen Autonomierechte gerade auf dem wichtigen Gebiet der öffentlichen Ordnung derart mit Füßen getreten werden, werden es selbst die auf Isolierung und Zerschlagung von ETA orientierten reformistischen Parteien in Euskadi schwer haben, ihren Versöhnungskurs durchzusetzen. Die spanische Regierung hat ihren mit viel Traurigkeit eingeleiteten Dezentralisierungsprozeß sehr abrupt abgebrochen wie auch ihre Vollbremsung in Andalusien zeigt. Dort soll — ähnlich wie im Baskenland und in Katalonien — am 29.2. ein Referendum über die andalusische Autonomie stattfinden, das die UCD-Regierung inzwischen boykottiert.

Es ist ganz offensichtlich, daß die spanische Rechtsregierung derzeit mit voller Kraft dabei ist, das Ruder wieder nach rechts rumzudrehen und die wenigen Schritte bzw. Versprechen in Richtung Demokratisierung, Autonomie, usw. widerrufen. Dabei spielt sicher einerseits die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise eine Rolle, die mit immer schärferer Gangart auf dem Rücken der spanischen Arbeiter ausgetragen wird und in der keine demokratischen „Spielereien“ mehr erlaubt werden, die das

baskenland und in Katalonien — am 29.2. ein Referendum über die andalusische Autonomie stattfinden, das die UCD-Regierung inzwischen boykottiert.

Es ist ganz offensichtlich, daß die spanische Rechtsregierung derzeit mit voller Kraft dabei ist, das Ruder wieder nach rechts rumzudrehen und die wenigen Schritte bzw. Versprechen in Richtung Demokratisierung, Autonomie, usw. widerrufen. Dabei spielt sicher einerseits die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise eine Rolle, die mit immer schärferer Gangart auf dem Rücken der spanischen Arbeiter ausgetragen wird und in der keine demokratischen „Spielereien“ mehr erlaubt werden, die das

Selbstbewußtsein des Volkes stärken könnten. Aber sicher ist auch die internationale Lage und die Notwendigkeit für die westeuropäischen Imperialisten, in Spanien eine starke Regierung zu haben, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Mordkampagne der Faschisten

Parallel zu der Rechtswende der Regierung ist eine sprunghafte Verschärfung des faschistischen Terrors festzustellen. Dies veranlaßt einen der sicher nicht engagiertesten Antifaschisten auf dem linken Spektrum, den Chef der eurovisionistischen PCE, Santiago Carrillo, zu der Feststellung, daß der Terrorismus der Rechten derzeit in Spanien Formen wie in Argentinien, Uruguay, Chile oder Guatemala annimmt.

Im neuen Jahr sind auf dem rechtsradikalen Spektrum zwei neue Terrorgruppen aufgetreten, die „Grupos Armados Espanoles“ (GAE) sowie das „Batallón Vasco Español“ („Baskisch-Spanisches Bataillon“). Die GAE verübte u.a. mehrere Bombenanschläge auf Bars, in denen sich baskische Linke treffen. Bei einem Anschlag auf eine Bar bei Bilbao wurden am 20.1. vier Menschen getötet und 19 verletzt. Daraufhin gab es einen Generalstreik im Baskenland!

Das „Baskisch-Spanische Bataillon“ steht zur Zeit im Blickpunkt der spanischen Öffentlichkeit, nachdem von diesen Faschisten ein 19-jähriges Mädchen, eine aktive Linke, in Madrid ermordet worden ist, als Anfang eines „Racheaktes“ für die sechs toten Angehörigen der Guardia Civil (s.o.).

Yolanda Gonzalez, so der Name der ermordeten Genossin, war aktiv in dem Koordinierungsorgan der Studenten von Madrid, die derzeit gegen das neue Universitätsgesetz kämpfen. Sie war gebürtig aus Deusto bei Bilbao und eine engagierte baskische Patriotin. In einer Erklärung an die Presse bekannte sich das faschistische „Bataillon“ zur „Verhaftung, zum Verhör und zur Exekution“ von Yolanda, die angeblich Mitglied eines verdeckt arbeitenden „Informationskommandos“ von ETA gewesen sei. Weiteren Menschen wird in dieser Erklärung der Tod angedroht, die Mitglieder von insgesamt drei dieser Informationskommandos von ETA in Madrid seien. Woher kommen diese „Informationen“?

Interessante Fragen warf ein Redakteur der Zeitung „El Alcazar“ zur personellen Identität der Mörder auf:

das neue Universitätsgesetz kämpfen. Sie war gebürtig aus Deusto bei Bilbao und eine engagierte baskische Patriotin. In einer Erklärung an die Presse bekannte sich das faschistische „Bataillon“ zur „Verhaftung, zum Verhör und zur Exekution“ von Yolanda, die angeblich Mitglied eines verdeckt arbeitenden „Informationskommandos“ von ETA gewesen sei. Weiteren Menschen wird in dieser Erklärung der Tod angedroht, die Mitglieder von insgesamt drei dieser Informationskommandos von ETA in Madrid seien. Woher kommen diese „Informationen“?

Interessante Fragen warf ein Redakteur der Zeitung „El Alcazar“ zur personellen Identität der Mörder auf:

„Ist es richtig, daß es im Zusammenhang mit dem Mord an Yolanda Gonzalez Martin außer den zwei öffentlich beschuldigten Mitgliedern von „Fuerza Nueva“ („Neue Kraft“ — starke faschistische Gruppierung mit parlamentarischer Vertretung — AK) zwei weitere Täter gibt? Ist es richtig, daß diese beiden Täter (...) Angehörige von Regierungsbehörden sind oder Beziehungen mit diesen haben? Ist es richtig, daß eins der Mitglieder von „Fuerza Nueva“, das wegen der Ermordung von Yolanda Gonzalez Martin verhaftet wurde, seinerzeit Mitglied des Dokumentationsdienstes des Regierungspräsidiums war?“ („El Pais“, 14.2.80).

Derjenige, der diese Fragen stellte (Luis Jaudenes), war von 1974 bis



Yolanda Gonzalez, 19 Jahre, von Faschisten ermordet

1976 (unter Ministerpräsident Arias Navarro) selbst Generaldirektor eines Amtes für sog. „institutionelle Beziehungen“ (ein geheimdienstliches Amt) beim Regierungspräsidium. Er muß also wissen, was er fragt ... Der Dokumentationsdienst des Regierungspräsidiums wurde von Carrero Blanco (Staatschef unter Franco) gegründet und beinhaltete Geheimdienstinformationen von besonderer Bedeutung. Dieses „geheime Staatsarchiv“ wurde im Zuge der Demokratisierung angeblich aufgelöst. Im November 1977 wurde der Geheimdienst (= politische Polizei) dem Verteidigungsministerium unterstellt.

Die spanische Regierung mußte inzwischen zugeben, daß bei dem Mord Angehörige von Polizeibehörden beteiligt waren! Der Mord an der Genossin Yolanda wurde zudem nachweislich mit Armeewaffen ausgeführt ... Das ist das demokratische Spanien ... Kurz nach dem Mord an Yolanda wurde ein Sympathisant der linken Wahlkoalition „Euzkadiko Ezkerra“ in Eibar (Euskadi) mit fünf Bauch- und vier Kopfschüssen tot aufgefunden. Wieder zeichnete das faschistische „Bataillon“ verantwortlich.

Von der anderen faschistischen Gruppierung GAE ist die Devise ausgegeben worden, daß sie auf jeden toten Angehörigen der Guardia Civil durch ETA vier Mitglieder oder Sympathisanten von ETA umbringen werde („El Pais“, 17.1.80).

Acht Morde gehen in dem gerade begonnenen Jahr bereits auf das Konto der Faschisten. Allerdings belaufen sich die der ETA zugerechneten Attentate auf Polizisten im neuen Jahr bereits auf 16 Tote. Die weitere Eskalation ist vorprogrammiert.

Spanien-Kommission

Dänemark: Auch weiterhin keine Atomkraftwerke

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung hat beschlossen, die Entscheidung über die Einführung von Atomkraft — und damit die für dieses Jahr geplante Volksabstimmung — auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Stattdessen soll ein neuer Energieplan ohne Atomkraft entworfen werden. Dies ist zweifellos ein wichtiger Erfolg für die dänischen AKW-Gegner und ihre Organisation, die OOA. Die OOA (Organisation zur Aufklärung über Atomkraft) hat

setzt sich die OOA das Ziel, über die Verhinderung des Atomkraftgebrauchs hinausgehend, sich an der Diskussion aller wichtigen energiepolitischen Fragen zu beteiligen.

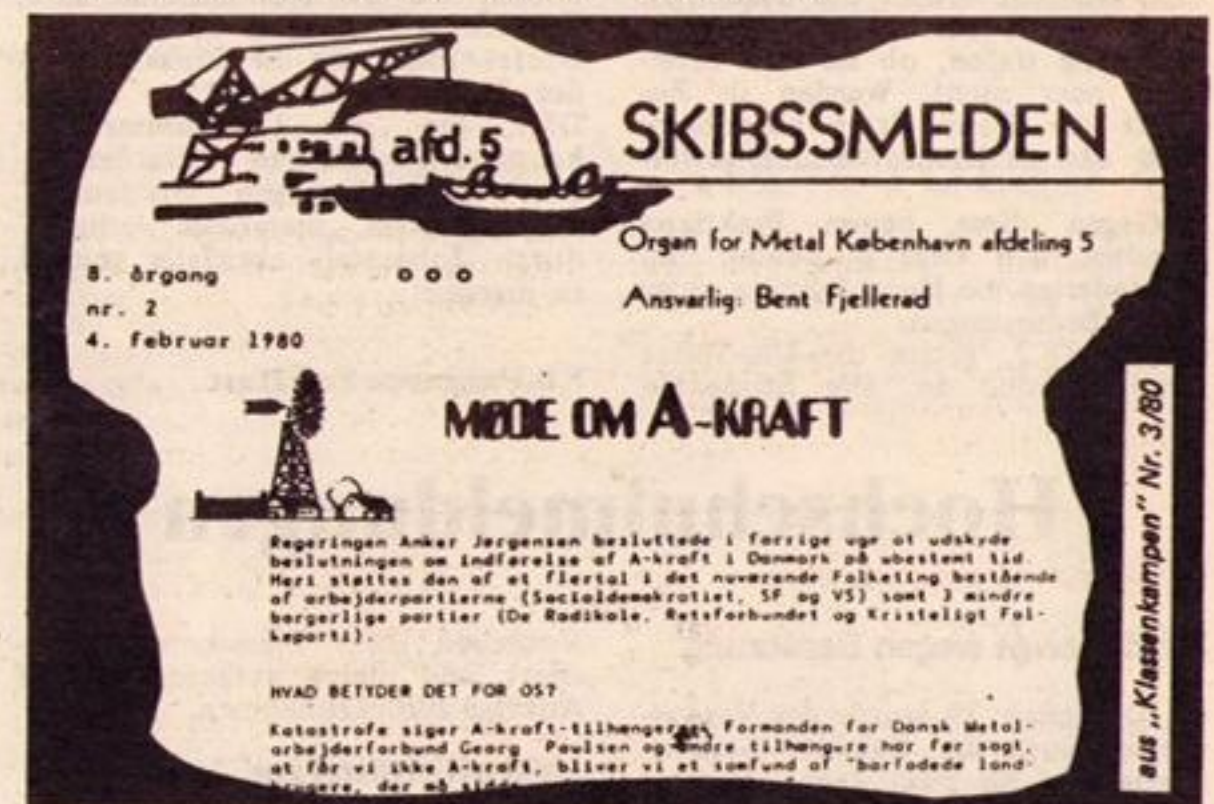
Anknüpfend an diesem Verantwortungsbewußtsein werden es sich die bürgerlichen Propagandisten mit Sicherheit nicht entgehen lassen, ihre weiteren energiepolitischen Eingriffe der OOA und damit der Linken anzulasten. Und da mit dem anbe-

Dänemark: Auch weiterhin keine Atomkraftwerke

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung hat beschlossen, die Entscheidung über die Einführung von Atomkraft — und damit die für dieses Jahr geplante Volksabstimmung — auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Stattdessen soll ein neuer Energieplan ohne Atomkraft entworfen werden. Dies ist zweifellos ein wichtiger Erfolg für die dänischen AKW-Gegner und ihre Organisation, die OOA. Die OOA (Organisation zur Aufklärung über Atomkraft) hat jedoch nicht vor, deshalb ihre Aktivitäten einzustellen. „Erst dann können wir von einem Sieg sprechen, wenn

setzt sich die OOA das Ziel, über die Verhinderung des Atomkraftgebrauchs hinausgehend, sich an der Diskussion aller wichtigen energiepolitischen Fragen zu beteiligen.

Anknüpfend an diesem Verantwortungsbewußtsein werden es sich die bürgerlichen Propagandisten mit Sicherheit nicht entgehen lassen, ihre weiteren energiepolitischen Eingriffe der OOA und damit der Linken anzulasten. Und da mit dem angeblichen Energiemangel der Imperialismus weltweit nicht nur riesige Profite einstreicht, sondern mit demselben behaupteten Energiemangel auch die massive Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen betrieben wird, könnte sich das zu einem schlimmen ideologischen Rückschlag für die linke Bewegung entwickeln.



Aus dem Brief der B+W-Werftarbeiter an ihre Kollegen in Schweden.

dioaktiven Müll zu suchen — der Plan vom Tisch ist, Uran in Grönland abzubauen — und wenn das schwedische Atomkraftwerk Barsebäck endlich stillgelegt wird.“ („information“, 29.1.) Deshalb wird auch jetzt weiter die Broschüre „Dänemark ohne Atomkraft“ an alle Haushalte des Landes, und d.h. in Millionenaufgabe, verteilt; vor allem, weil der Hauptteil der Broschüre sich mit alternativen Energievorschlägen befaßt, „und wir eine gewisse Mitverantwortung dafür tragen, ob und was an Stelle der Atomkraft genutzt werden soll. Denn es kann ja nicht ausgeschlossen werden, daß die Atomkraftbefürworter jetzt Stimmung dafür machen, daß Dänemark ohne Atomkraft kurz vor dem Abgrund steht.“ („information“, 29.1.) Auch in ihrem Programm

Sicher nicht zufällig hat die dänische Regierung ebenfalls im Januar ein neues einschneidendes Sparpaket angekündigt. Es wäre daher voreilig, die Atomkraft-Entscheidung der dänischen Regierung als den politischen Durchbruch für die linke und alternative Bewegungen feiern zu wollen.

Und was ist mit Barsebäck?

Daß in der jetzigen energiepolitischen Debatte auch eine Chance für die Linken liegt, möchten wir anhand des Streits um Barsebäck anreißern. Das schwedische Atomkraftwerk Barsebäck liegt so nahe an der Milli-

Fortsetzung nächste Seite



Wartende Menschen vor dem Gerichtssaal, in dem nur 150 Einlaß fanden

Todesschuß in Amsterdam

Der Todesschuß - vorsorglich, in Putativ-Notwehr oder auch aus Jux und Tollerei - ist seit rund einem Jahrzehnt fester Bestandteil polizeilicher Maßnahmen hierzulande (in der BRD). Und kein Volksvertreter und fast kein Journalist, der in dieser fast täglichen Praxis einen ungeheuerlichen Skandal sähe.

Der Todesschuß ist nun - das westdeutsche Vorbild vor Augen und eine christreaktionär-rechtsliberale Regierung im Rücken - auch in den Niederlanden nicht mehr unbekannt. Im Gegensatz zur BRD jedoch sahen sich Politiker „von links bis rechts“ und achtbare Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens veranlaßt, massiven Protest einzulegen und genaue Aufklärung zu fordern.

Ein Bankraub

Am 10.12. überfielen zwei Männer, mit einem Revolver und einer Luftpistole bewaffnet, eine Bank in Amsterdam. Ein Bankangestellter löste „stillen Alarm“ aus.

Kurz nachdem der erste Polizist bei der Bank angekommen war, trat einer der Bankräuber nach außen. Der Polizist sah ihn „eine Bewegung machen, als ob er eine Waffe ziehen will. Dann schoß er selbst“ und (setzte) „den Mann mit einem Schuß außer Gefecht“. Der Bankräuber lief auf die Straße und brach dort zusammen. Wenig später eingetroffene weitere Polizisten zogen den Mann hoch, legten ihm Handschellen an und schleiften ihn zum Wagen (s. Foto), kurz darauf ist der Mann tot. Eine Verletzung, ließ die Polizei verlauten, sei bei dem Manne nicht festgestellt worden, obwohl Presse-Fotos, die während der Aktion gemacht wurden, zeigen, daß dem Mann das Blut aus dem Mund lief.

Der zweite Bankräuber verließ unter der Deckung einer Angestellten die Bank. Nach Darstellung der Polizei hielt er dabei eine Waffe auf den Kopf seiner Geisel gerichtet. Die Angestellte ließ sich auf Zuruf der Polizei fallen und der Bankräuber wurde von mehreren Seiten gleichzeitig unter Beschuß genommen. Er starb eine Stunde später.

Soweit hätten es auch „Bilder aus Deutschland“ sein können.

Protest

Dies Bild hatte sich jedoch am nächsten Tag gewandelt. Aufgerüttelt nicht zuletzt durch die u.a. in der sozialdemokratisch orientierten „Volkskrant“ veröffentlichten Fotos war die demokratische Öffentlichkeit nicht gewillt, diese offenkundige Polizei-Brutalität stillschweigend zu übergehen.

Mitglieder des Parlaments von der (regierenden) Christdemokratie (CDA), den Liberalen (D '66) und den Radikaldemokraten (PPR) forderten vom Innen- und vom Justizminister genaue Aufklärung über den Vorfall. Ebenso wie Gemeinderäte

der Stadt Amsterdam kritisierten sie insbesondere die Behandlung des Schwerverletzten und daß die Polizei geschossen hatte, bevor die Bankräuber von ihren Waffen Gebrauch gemacht hatten.

Der Amsterdamer Bürgermeister Polak (PvdA) bezeichnete in einer öffentlichen Erklärung die Behandlung des sterbenden Bankräubers als „bedauerlichen Fehler“. Die Reichskriminalpolizei erhielt den Auftrag zu einer Untersuchung des Geschehens.

Die renommierte Coornheert Liga (eine Vereinigung zur Reform des Strafrechts) wandte sich in einem offenen Brief an Bürgermeister Polak: „Sowohl bei der Festnahme der RAF-Mitglieder Wackernagel und

Schneider, dem Niederschießen der Südmolukker in Breukelen, der gewaltsamen Festnahme von Israelis in Amsterdam-Nord wie bei dieser Aktion ist eine Mentalität sichtbar geworden, bei der das Schuldigsprechen, Verurteilen und Vollstrecken der Staatsanwaltschaft und der richterlichen Macht wie selbstverständlich aus den Händen genommen wird. Eine Mentalität, die angesichts des Schweigens der Justiz sanktioniert zu werden droht.“

Weiter kritisiert die Coornheert Liga die Verwendung der Spezialeinheiten der Polizei, die immer mehr dem Polizeialltag entfremdet und einen großen Teil ihrer Zeit wartend auf den Polizeistationen verbringen würden: „Wenn es dann endlich zum Einsatz kommt, ist es vielleicht nicht undenkbar, aber doch falsch, daß die

aufgelaufene Spannung sich in riskanter Weise entlädt. Wo wir hier das Team zu spät zur Stelle war und die Aktion nur noch aus dem Wegschleppen des verletzten Bankräubers bestehen konnte, ist es nicht verwunderlich, daß sogar dabei Fehler gemacht wurden.“

Eine mißlungene Ehrenrettung

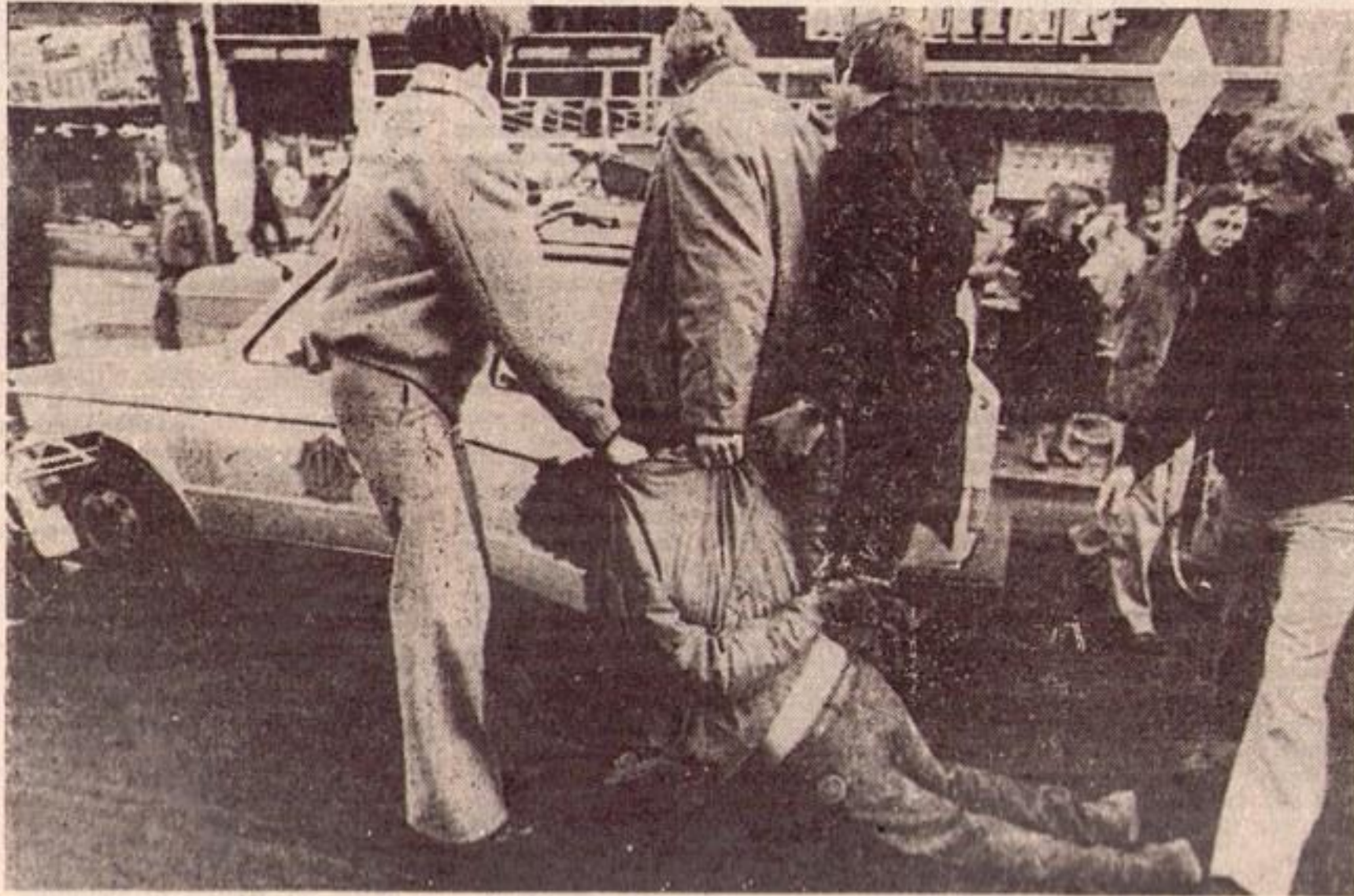
Hauptkommissar Sanders von der Amsterdamer Polizei fühlte sich in seiner Neujahrsansprache getrieben, seinen „gescholtenen“ Männern wieder Mut einzuflößen: „... ziehen Sie sich von der Kritik nicht mehr an als strikt nötig. Wir müssen aus dem Geschehenen Lehren ziehen und wir werden das auch tun, aber wir lassen uns nicht beleidigen. Sie müssen wissen, daß Sie die Unterstützung des übergroßen Teils der niederländischen Bevölkerung haben. Aus Anlaß des Geschehenen habe ich von Hunderten von Menschen große Unterstützung und Sympathie empfangen.“

Der Leitartikler der „Volkskrant“ warf ihm daraufhin vor, er hielte diese Sympathiebekundungen „für ein Argument, das Auftreten bei der Bank gutzuhelßen“ und er suggeriere, „daß die Polizei in dieser Weise weitermachen solle, ein Vorbild zu sein“.

Ein Sprecher der Nederlandse Politiebond (Polizeigewerkschaft) bezeichnet Sanders Rede als „unbegreiflich und an der Wirklichkeit vorbei“, ein sozialdemokratisches Gemeinderatsmitglied der Stadt Amsterdam qualifizierte Sanders Ausführungen als „dumm, undurchdacht“ und sogar ein Rechtsliberaler aus der VVD war über Sanders Rede gar nicht glücklich: Er meinte, daß der Hauptkommissar „sich unglücklich ausdrückt über die Schießerei ... Ich hoffe, daß er es nicht so gemeint hat, wie es in dem (Rede-)Text steht.“

Oberbulle Sanders war es - leider - Ernst damit, was er sagte und wie er es sagte; ebenso ernst ist es aber vielen, die gegen diese Todesschüsse Protest einlegten, damit die „Todesstrafe auf der Straße“ nicht zum niederländischen Alltag werden zu lassen (nach div. Ausg. der „Volkskrant“ aus Dez. 79 und Jan. 80).

Niederlande-Kommission



Der sterbende Bankräuber wird, die Hände auf dem Rücken gefesselt, in das Polizeiauto geschleift (Foto: „de Volkskrant“, 11.12.79)

Das »Homoschwadron Holland« hat zugeschlagen

Das neuerliche Einreiseverbot für ausländische Lesben und Schwule in die USA (s. AK 171) hat in den Niederlanden mannigfaltigen Protest hervorgerufen.

Die mit Abstand hübscheste Aktion lief am 10. Januar auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol. Zwei Schwule und zwei Lesben, in originalen niederländischen Polizei-Uniformen, die lediglich mit einem Schildchen „Homosquad Holland“ (Homoschwadron) geschmückt waren, fragten die amerikanischen Passagiere eines aus New York eingetroffenen Flugzeuges erst nach ihren Namen, taten dabei, als ob sie diese Angaben mit einer Namensliste vergleichen würden, und fragten dann weiter: „Sind Sie hetero- oder homosexuell?“ Alle Passagiere waren - natürlich - heterosexuell. „Auf-fallend war“, berichtete ein Mitglied der „Homosquad“, „daß alle ohne zu zögern antworteten. Niemand fragte, wozu diese Frage diene. Anscheinend sind die Amerikaner daran gewöhnt,

daß solche Fragen gestellt werden können. Wenn man das mit Niederländern versuchen würde, bekäme man schnell zu hören, daß einen das nichts angeht.“

Nachdem die amerikanischen Fluggäste die Frage nach ihrer sexuellen Neigung beantwortet hatten, wurde ihnen der Sinn der Aktion erklärt: „Wir wollen amerikanische Staatsbürger und -bürgerinnen einmal am eigenen Leibe erfahren lassen, wie lächerlich und erniedrigend es ist, an der Grenze nach der sexuellen Neigung gefragt zu werden - mit der Konsequenz, daß der Zugang zu dem Land verweigert werden kann.“

Einige Tage später waren niederländische Schwule vom Komitee „Rosa Kreuz“ gar nach Rom vorgedrungen, wo der Papst gerade beschäftigt war, die niederländische Klerikalreaktion zu stärken und die Bischöfe, die - u.a. in der Schwulenfrage - vom Pfad der reinen Lehre abgewichen waren, wieder in den Schoß (huch!) der Kirche zurückzuführen. Die nie-

derländischen Bischöfe fanden den Weg von ihrer Unterkunft zum päpstlichen Palast mit Plakaten gepflastert, auf denen höflich angefragt wurde: „Sollte ein unverheirateter 33-jähriger Mann, dessen jüngster Schüler während des letzten Abendmahls an seiner Brust lag, homosexuell gewesen sein?“ Die italienische Bullerei war eifrig bemüht, eine etwaige Beantwortung dieser für die Kirchengeschichte doch recht aufschlußreichen Frage durch die Bischöfe zu verhindern und versuchte sogar Pressefotografen und Fernsehleute vom Ort des Geschehens zu vertreiben.

Die Nase voll hatte im Januar auch der (schwule) in den Niederlanden eingebürgerte Amerikaner Bear Capron. Er hatte von dem neuerlichen Einreiseverbot erfahren, ging zur Botschaft, sagte dem Konsul, daß er über ein Einreisevisum für die USA verfüge und daß dies doch ein Irrtum sein müsse, schließlich sei er seit 1963 „aktiv praktizierender Homosexueller“. Was den Konsul erheblich



Merkwürdig! So freundliche Polizisten und so bedröppelt dreinschauende Passagiere auf dem Flughafen Schiphol ...? Die Auflösung steht im Artikel!

in die Bredouille brachte und ihn heftig abwiegeln ließ. Bear Capron jedoch bestand auf prinzipieller Klärung, bestätigte schließlich unter Eid, daß er schwul sei und mußte seinen Paß in der Botschaft lassen. Ein paar Tage später hatte Bear seinen Paß zurück, das Einreisevisum war mit dem Aufdruck „cancelled“ ungültig gemacht worden.

Bear Capron zog daraufhin am 17.1. eine Ein-Mann-Demonstration vor der amerikanischen Botschaft auf, wobei er auf Transparenten u.a. seine fernen Eltern wissen ließ: „Dear Mom & Dad, I can't come home anymore.“

Am 24.1. protestierte eine Gruppe lesbischer Frauen vor der amerikanischen Botschaft. Es war bekannt geworden, daß das „neuerliche“ Einreiseverbot mindestens von einigen amerikanischen Staaten durchweg angewendet worden war. So wurden in den letzten Jahren Gruppen kanadischer Frauen, die Frauenfestivals in Michigan (USA) besuchen wollten, an der Grenze zurückgewiesen, wenn in ihrem Gepäck Literatur gefunden wurde, in der es in irgendeiner Weise um lesbische Neigungen ging.

Seit einiger Zeit waren auch zwei Mitglieder des Parlaments, der Sozialdemokrat Van den Berg und der Rechtsliberaler Nijpels, gegen das Einreiseverbot aktiv. In einem Protestschreiben fordern sie den amerikani-

schen Senat auf, die Diskriminierung der Schwulen und das Einreiseverbot aufzuheben. Dieser Brief ist mittlerweile von 132 (von 150) Mitgliedern des niederländischen Parlaments unterschrieben worden!

Bei der Übergabe des Protestschreibens der Parlamentarier an die amerikanische Botschafterin in den Niederlanden, Frau G. Joseph, beruhigte sie Van den Berg und Nijpels, Schwule würden nicht an der Einreise in die USA gehindert, schließlich würde in den Visumanträgen nach der sexuellen Neigung nicht gefragt. In einem Brief an die COC (Vereinigung zur Integration der Homosexualität), in dem sie die gleiche Versicherung abgab, wurde sie deutlicher. Kein Einreiseverbot, solange einer nicht laut und öffentlich sagt, daß er schwul sei. Also: Schnauze halten, anpassen. - Das aber wollen die Lesben und Schwulen gerade nicht. Die Bewegung plant weitere Aktionen und Bear Capron beabsichtigt, einen Musterprozeß gegen die USA anzustrengen.

Viel Wärme den kämpferischen Lesben und Schwulen in unserem Nachbarland - Feuer unter den Arsch der amerikanischen Regierung! (nach: „Bevrijding“, 26.1.80, und div. Ausg. der „Volkskrant“, 12.-26.1.80)

Niederlande-Kommission

Fortsetzung von Seite 40

onenstadt Kopenhagen, daß sogar die dänische Umweltschutzbehörde zugeben mußte, bei einem größten anzunehmenden Unfall kämen 20.000 Kopenhagener um und weite dänische Gebiete würden für lange Zeit unbewohnbar sein. Die OOA-Landeskonferenz hat Anfang Februar beschlossen, die schwedischen AKW-Gegner für die Volksabstimmung am 23. März in Schweden über die Zukunft der AKW's zu unterstützen:

- eine landesweite Flugblattaktion im März mit den Forderungen „Stilllegung von Barsebäck“ und „Keine Atomabfalltransporte durch die skandinavischen Wasserstraßen“
- die OOA-Gruppen schalten sich in Schweden mit Leserbriefen in die Debatte ein
- in den Betrieben sollen Resolutionen initiiert werden.

Streit in der Gewerkschaft oder „Strom für Drehbänke aus Kuhdünger“

„Mit internationalen Arbeitergrüßen“ haben die Metallarbeiter der B&W-Werft und der Telefonfabrik GNT-

Automatik ihre schwedischen Kollegen aufgefordert, für den Stop von Barsebäck einzutreten. „Das Ergebnis der Abstimmung ist auch für Dänemark bedeutsam und wir wollen euch deshalb über unsere Haltung informieren. Radioaktivität kennt keine Landesgrenzen (und) in unmittelbarer Nähe der Werften von Öresund und Malmö (Schweden, Ann.) und B&W liegt das AKW Barsebäck wie eine tickende Bombe...“ („Information“, 6.2.80). Auch aus anderen Bereichen der Gewerkschaft Metall liegen ähnliche Resolutionen vor.

Gleichzeitig haben jedoch führende Metall Gewerkschaftsfunktionäre eine neue Kampagne für Atomkraft und gegen die Regierungsentcheidung eingeleitet. Die Zeitung „Köbenhavn“ enthüllte, daß der Vorsitzende der Gewerkschaft Metall in Odense (dort liegt die größte Schiffsverft Dänemarks) in einer jüngst gegründeten „Initiative für Verantwortung in der Energiepolitik“ gemeinsam mit führenden Kapitalisten der Elektroindustrie mitmischte („klassenkampfen“, Nr. 3/80). Auch andere Metallfunktionäre rühren sich: „Möglicherweise können die Sozialarbeiter von Windmühlen leben“, hetzte Fritz Bauch, Vorsitzender von

Metall Kopenhagen, „aber wir können unseren Mitgliedern nicht Arbeit und Lohn verschaffen ohne Energie.“ Und ein Metallfunktionär aus Roskilde: „In der Metallarbeitergewerkschaft können wir es uns nicht leisten damit zu experimentieren, ob Kuhdünger Strom für eine Drehbank liefern kann.“ („klassenkampfen Nr.3/80“).

Bis heute hat die dänische Regierung auch nach ihrer jüngsten Entscheidung natürlich noch nicht offiziell die Stilllegung von Barsebäck verlangt. Auch die Spitzen der beiden Gewerkschaftsdachverbände in Dänemark und Schweden setzen sich „zur Sicherung der Arbeitsplätze“ für die Atomkraft ein. Ende Februar findet auf Initiative von zwei gewerkschaftlichen AKW-Gegnern und in Zusammenarbeit mit der OOA eine Konferenz nur für gewerkschaftliche Vertrauensleute statt. Die Konfrontation in den Gewerkschaften wird sich also noch ganz erheblich zuspitzen, was eine wichtige Herausforderung für die dänische Linke darstellt.

Dänemark-Kommission

El Salvador: Militärputsch oder Aufstand

In El Salvador spitzt sich die Lage von Tag zu Tag zu. Während es der Linken gelingt, die Regierung der „Jungen Offiziere“ mit Demonstrationen und Besetzungsaaktionen unter Druck zu setzen, bereitet sich die Rechte auf einen Putsch und die Abrechnung mit dem Volk vor. Wir wollen in diesem Artikel auf die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in den letzten Wochen eingehen. Die Zusammenstellung der hier bekannt gewordenen Aktionen der Linken im Februar (siehe Kasten) ist ein eindrucksvoller Beleg für die Aktionsfähigkeit der vereinigten Linken El Salvadors.

Der Versuch, den Revolutionären in El Salvador das Wasser abzugraben, ist offensichtlich gescheitert. Weder gelang es ihnen, gegen die Rechten Reformen durchzusetzen, noch die Linke auf ihren Kurs festzulegen. Die Rechten machten von vorne herein klar, daß grundlegende Veränderungen, wie die Entmachtung der 14 Familien, die El Salvador beherrschen, eine Landreform oder die Auflösung der paramilitarischen Terrorbanden nicht mit friedlichen Mitteln zu verwirklichen sind.

Den beiden Obersten Jaime Gutierrez und Adolfo Majano gelang es zunächst, einen großen Teil der bürgerlichen Opposition gegen das faschistische Romero-Regime für ihr Projekt einer „Reformregierung“ zu gewinnen. Als sich allerdings herausstellte, daß die „Jungen Militärs“ weder Willens noch in der Lage waren, ihre Reformversprechungen auch in die Tat umzusetzen, zogen sich Anfang des Jahres alle beteiligten Parteien, bis auf die Christdemokraten, aus der Regierung zurück. Die Regierung hatte zwar versprochen, eine Landreform durchzuführen, die Repression einzustellen und die rechtsradikale Terrororganisation „Orden“ zu verbieten; im Gegensatz dazu aber wurden besetzte Ländereien und Fabriken mit unglaublicher Brutalität von der Polizei geräumt. Es wurden in den ersten Monaten der neuen Regierung mehrere hundert Menschen von Polizei, Militär und faschistischen Terrorbanden ermordet; die rund 50 000 Mitglieder von „Orden“ und ähnlichen Banden wurden weder entwaffnet, noch ihre Führer verhaftet, lediglich der Name hat sich geändert – „Orden“ heißt jetzt „Organisation zur Befreiung vom Kommunismus“ (OLC).

Innerhalb der Christdemokratischen Partei ist der Beschluß des Parteiführers Duarte, weiter in der Regierung zu bleiben, offensichtlich umstritten; ein nicht geringer Teil der Mitglieder glaubt, daß sich ihre Partei hierdurch unglaubwürdig macht und droht mit Spaltung („TAZ“, 11.2.80).

Die Macht der 14 Familien und der rechten Militärs ist also durch die „Reformregierung“ in keiner Weise angekratzt worden. Trotzdem wird von der Rechten eine Kampagne gegen den „Ausverkauf an den Kommunismus“ durchgeführt: Im salvadorianischen Fernsehen können die rechten Militärs stundenlang ihre faschistische Gesinnung rauslassen; rechtsradikale Offiziere rufen dazu auf, die Opposition „auszuwischen“ („FAZ“, 15.2.80), oder werfen der Regierung vor, „eine Bande (zu sein), die das Land dem Kommunismus ausliefert“ und eine kommunistische Invasion aus Nicaragua und Costa Rica zu unterstützen („TAZ“, 13.2.). Unter den gleichen Parolen organisierten die Rechten zwei große Demonstrationen in der Hauptstadt im Dezember letzten Jahres (rund 50 000 Teilnehmer). Die Oligarchie ist bereit, ihre Freiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Bei einer Demonstration der Linken im Januar – mit rund 100 000 bis 150 000 Teilnehmern die größte Demonstration: San Salvadors überhaupt – erschossen rechte Militärs und Polizeieinheiten 80 Menschen. Allein in den ersten zehn Tagen des Februars wurden mindestens 194 Linke ermordet („Neue Zürcher Zeitung“, 14.2.80). Wieweit die Pläne der extremen Rechten in der Armee zur Niederschlagung der Unruhen im Land reichen, verdeutlichen die Aussagen zweier Oppositionspolitiker: „Die faschistischen Militärs, an ihrer Spitze Oberst Iraeta und Oberst Alvarenga, vertreten die Meinung, daß es zur Befriedung des Landes notwendig sei, 200 000 Salvadorianer auszulöschen“ („Lateinamerikaner“, Nr. 76). Nach diesen Plänen soll jeder zehnte Salvadorianer sterben. Daß das keine leeren Drohungen sind, zeigt ein kurzer Blick in die Ge-

schichte: 1932 schlugen die Militärs einen Bauernaufstand nieder und ermordeten 30 000 Bauern, rund 3% der damaligen Bevölkerung. Für rund 40 Jahre hatten sie damit den Widerstand gegen die Oligarchie gebrochen.

Die USA unterstützen vorerst in El Salvador die Regierung der „Jungen Militärs“. Die Idee war, einem Umsturz mit Hilfe einer „Reformregierung“ zuvorzukommen und damit eine nicaraguanische Entwicklung zu verhindern. Dies ist im US-Stateldepartement unter Leitung des Unterstaatssekretärs Bowdler (zuständig für Mittelamerika) ausgebrütet worden. Zwar behaupten die Scharfmacher der Oligarchie, daß die USA, „nachdem sie Somoza in Nicaragua fallengelassen haben, den angeblichen kommunistischen Gesamtplan zur Eroberung Zentralamerikas unterstützen“ („SZ“, 12.2.80), aber natürlich unterstützen die USA die jetzige Regierung nur insoweit, als es ihr im Kampf gegen die linken Volkskräfte sinnvoll erscheint. Bisher wurde eine mehr bescheidene Wirtschaftshilfe von knapp 50 Mio. US-Dollar versprochen, bescheiden jedenfalls im Vergleich zu einer Kapitalflucht von rund 2 Mrd. US-Dollar. Außerdem wurde eine Militärhilfe von 5-7 Mio. US-Dollar zugesagt („FR“, 19.2.80). Die Militärhilfe der USA war 1977 im Zuge von Carters „Menschenrechtspolitik“ eingestellt worden. Die „Washington Post“ meldete unter Berufung auf offizielle Angaben, daß die Entsendung von drei mobilen Ausbildungstrupps zur Debatte stehe. Dies befürwortete jedenfalls Sicherheitsberater Brezinski, der außerdem eine Beteiligung der Bundesrepublik, Spaniens und Venezuelas an diesem „Hilfsplan“ gefordert habe („TAZ“, 15.2.80). In Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, wurde bekannt,

gestellt worden. Die „Washington Post“ meldete unter Berufung auf offizielle Angaben, daß die Entsendung von drei mobilen Ausbildungstrupps zur Debatte stehe. Dies befürwortete jedenfalls Sicherheitsberater Brezinski, der außerdem eine Beteiligung der Bundesrepublik, Spaniens und Venezuelas an diesem „Hilfsplan“ gefordert habe („TAZ“, 15.2.80). In Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, wurde bekannt,

daß die USA darauf drängen, in Guatemala und Honduras einen Militärkordon um El Salvador zu legen, „um das Eindringen von Waffen für die Salvadorianische Guerilla zu verhindern“ („TAZ“, 11.2.80).

Sowohl die Regierung Guatemalas, als auch die von Honduras sind extrem rechte Militärdiktaturen, die natürlich keineswegs eine „Reformregierung“ unterstützen wollen, sondern der salvadorianischen Oligarchie bei der Vorbereitung eines Militärputsches behilflich sein werden. Carter wird versuchen, im Wahljahr eine unpopuläre Militärintervention zu vermeiden. Gleichzeitig versucht er aber – sozusagen als zweite Karte –, in Mittelamerika die Kräfte für einen solchen Putsch zu organisieren.

Die zentralamerikanische Verteidigungsgemeinschaft Condeca, der Guatemala, El Salvador, Honduras und Costa Rica angehören, ermöglicht nach der Satzung die Intervention in El Salvador, wenn der Bestand des Staates durch einen kommunistischen Umsturz bedroht ist. Es kommen allerdings nur guatemalteke Truppen in Betracht; Costa Rica besitzt gar keine Armee und Honduras hat aus der Zeit des legendären „Fußballkrieges“ noch ungeklärte Gebietsansprüche an El Salvador. D.h. ein Einsatz honduranischer Truppen wäre nicht unbedingt im Sinne der Bourgeoisie El Salvadors. Und auch die USA dürften kaum Interesse daran haben, die Widersprüche zwischen den herrschenden Klassen Mittelamerikas zu schüren. Guatemalas Militärs haben genug Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Bevölkerung. So ist eine Intervention in El Salvador im Wesentlichen auf die rund 10 000 (lt. „FAZ“, 16.2.80) ehemaligen Nationalgardisten Somozas angewiesen, die sich zur Zeit in Guatemala auf ihren Einsatz vorbereiten, unter-

stützt durch Exilkubaner, Ledernaken und reguläre Kräfte aus Guatemala. Bürgerliche Kreise rechnen mit der „Entscheidungsschlacht um die Macht“ für Ende März/Anfang April, sobald die Ernte eingebracht ist. Ein Zeitpunkt, an dem über 200 000 Wanderarbeiter ohne Erwerb sind und ein reichliches revolutionäres Potential bilden („Tagesspiegel“, 27.1.80).

Inzwischen nimmt die Polarisierung der Gesellschaft El Salvadors immer mehr zu, so daß die soziale Basis der Regierung immer schmaler wird. Es wurde schon erwähnt, daß nur die Christdemokraten die Regierung unterstützen. Die Kirche, unter Führung des Erzbischofs Romero, stand seit langem in scharfer Opposition zur Militärdiktatur und hatte zunächst den Militärputsch begrüßt; aber auch er hatte eine Unterstützung der Regierung von tatsächlichen Reformen abhängig gemacht. Der Erzbischof vertritt inzwischen die Ansicht, daß nicht die Junta und die christlich-demokratische Partei das Heft in der Hand halten, sondern „skrupellose Militärs“, die den Interessen der kleinen Oberschicht des Landes dienen. Romero verfiert die These, daß das Volk ein Recht auf revolutionäre Gewaltanwendung habe, wenn eine Diktatur in schwerer Form gegen die Menschenrechte und gegen die Werte der Nation verstoße „und alle Kanäle des Dialogs,

der Verständigung und der Vernunft schließt“ („Neue“, 20.2.80).

Interessant nebenbei ist vielleicht, daß Romero diese Äußerungen machte, obwohl er gerade von einer Europareise, auf der er auch den Papst aufsuchte, zurückkam. Romero wies auch in einem Schreiben an Carter die geplante US-Hilfe zurück, weil sie „nur zu größerer Unterdrückung der Opposition führe“ („SZ“, 12.2.80).

Die Führer der sozialdemokratischen Opposition, Manuel Ungo u.a., sind inzwischen ins Exil nach Costa Rica gezogen; sie hoffen, hier eine ähnliche Rolle wie die „Gruppe der Zwölf“ für Nicaragua spielen zu können.

Die KP, die sich zunächst an der Regierung beteiligt hatte – sie stellte den Arbeitsminister – hat sich mit den verschiedenen Volks- und Guerillagruppen Anfang des Jahres zur „Revolutionären Allianz“ zusammengeschlossen! Die zersplitterten Gruppen der radikalen Linken haben es in erstaunlich kurzer Zeit geschafft, sich zusammenzuschließen und eine koordinierte Front gegenüber den Militärs aufzubauen. Hierbei verfügen sie über einen großen Rückhalt – eine Demonstration der radikalen Linken mit 150 000 Teilnehmern entspricht etwa einer nationalen Demonstration in der BRD mit knapp 2 Millionen Menschen.

Lateinamerikakommission

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit eine Zusammenstellung der hier bekannt gewordenen Aktionen der radikalen und revolutionären Linken. Um den Rahmen des AK nicht zu sprengen, haben wir uns auf die ersten beiden Februarwochen beschränkt:

- Am 27.1. haben rund 50 Guerilleros die Ortschaft Coate-

des Schulgeldes um 40%, höhere Zulassungsraten für die öffentlichen Universitäten und die Entlassung mehrerer Ministeriumsangehöriger.

- Ein spektakulärer Anschlag gelang den Volksbefreiungskräften Farabundo Marti am 7.2. Sie steckten 344 Tonnen Baumwolle im Wert von 4 Mio. Dollar in Brand, die für den Export

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit eine Zusammenstellung der hier bekannt gewordenen Aktionen der radikalen und revolutionären Linken. Um den Rahmen des AK nicht zu sprengen, haben wir uns auf die ersten beiden Februarwochen beschränkt:

- Am 27.1. haben rund 50 Guerilleros die Ortschaft Coatepeque im Westen El Salvadors besetzt; der Bürgermeister, der Richter sowie weitere Beamte wurden festgesetzt. Es wurde eine Kundgebung organisiert, bei der auch der Gebrauch von Waffen erklärt wurde. Nach Militärangaben wurden 17 Genossen erschossen („Neue“, 29.1.80).



Carlos Argueta, Chef des Kommandos von LP 28, das die spanische Botschaft besetzte.

- Am 5.2. besetzte ein Kommando von LP 28, unter Führung des Genossen Carlos Argueta, die spanische Botschaft in San Salvador. Einerseits aus Solidarität mit den Besetzern der spanischen Botschaft in Guatemala, andererseits, um bestimmte Forderungen durchzusetzen: Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Spanien, Freilassung mehrerer Angehöriger von LP 28. Nachdem die Regierung eine Reihe Gefangener freiließ, wurde die Botschaft wieder geräumt („SZ“, 8.2.80).

- Mehrere hundert Geiseln, darunter den Erziehungsminister, nahmen Studenten bei einer Besetzung des Erziehungsministeriums. Sie forderten die Senkung

des Schulgeldes um 40%, höhere Zulassungsraten für die öffentlichen Universitäten und die Entlassung mehrerer Ministeriumsangehöriger.

- Ein spektakulärer Anschlag gelang den Volksbefreiungskräften Farabundo Marti am 7.2. Sie steckten 344 Tonnen Baumwolle im Wert von 4 Mio. Dollar in Brand, die für den Export nach Japan bestimmt waren. Das Kommando hatte einen mit der Baumwolle beladenen Zug gestoppt, die 17 Waggons mit Benzin übergossen und die Fracht in Brand gesteckt.

- 19 Menschen wurden getötet, als Militärs den Sitz der Christdemokratischen Partei von Besetzern räumte („Welt“, 14.2.).

- Ein Industrieller, den die Volksbefreiungskräfte bereits vor 5 Monaten entführt hatten, kam jetzt frei, nachdem seine Verwandten rund 2 Mio. Dollar Lösegeld bezahlt und in mehreren mittelamerikanischen Zeitungen ein Manifest der Entführer abdrucken lassen hatten („SZ“, 11.2.80).

- Die Volksbefreiungskräfte hielten am 14.2. mehrere Stunden die Ortschaft San Marcos besetzt; in der Stadt San Miguel wurden mehrere Brände gelegt („NZ“, 16.2.80).

- Ebenfalls am 14. Februar räumten Besetzer der LP 28 die Botschaft Panamas, die sie am Tag zuvor besetzt hatten (ebenda).

- Um der Forderung nach einer besseren Versorgung der Armenviertel Nachdruck zu verleihen, besetzten Mitglieder des revolutionären Volksblocks am 14.2. die Büros der Wasserbehörde. Auch die Büros der Elektrizitätsgesellschaft in Ahuachapán, 80 km westlich der Hauptstadt, wurden besetzt. In der Region Zacatecoluca kamen 4 Genossen von Farabundo Marti bei einem Angriff auf einen Militärstützpunkt ums Leben. 20 000 Lehrer riefen aus Protest gegen die staatliche Gewalt zum Streik auf („SZ“, 16./17.2.80).

- Mitglieder des Revolutionären Volksblocks nahmen in der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank 450 Geiseln, um bessere Kreditbedingungen für die armen Bauern zu erpressen. 20 Geiseln wurden im Institut für Außenhandel festgesetzt („SZ“, 18.2.80).

- Mindestens 20 der 28 diplomatischen Missionen in El Salvador waren in der einen oder anderen Form in letzter Zeit angegriffen worden. Die Bundesrepublik hat am 8. Februar ihre Botschaft geschlossen. Ebenfalls wurden geschlossen die Botschaften der Schweiz, Südafrikas, Großbritanniens und Israels („FR“, 20.2.80). Die USA haben ihre Botschaft zur Festung ausgebaut, 150 Marineinfanteristen sollen das Botschaftsgebäude verteidigen („FAZ“, 15.2.80).



Plakat des BPR - Revolutionärer Volksblock

Uruguay: Sogar der Tango ist subversiv

Das Land, das einst wegen seiner Stabilität als „Schweiz“ Lateinamerikas galt, hat heute den höchsten Index an politischen Gefangenen in der Welt, mehr als 60.000 Menschen sind gefoltert worden, jeder fünfzigste Uruguayer ist schon einmal verhaftet gewesen und auf 450 Bürger kommt ein politischer Gefangener („El Pais“, 27.6.79 und nach Informationen von ai). Würde man diese Zahlen auf BRD-Verhältnisse umrechnen, so entspräche es einer Quote von ca. 130.000 politischen Gefangenen. Hinzu kommt, daß von den 2,7 Mio. Einwohnern des Landes über eine halbe Mio. im Exil lebt. Uruguay dürfte das einzige Land in Lateinamerika sein, in dem die Bevölkerungszahlen rückläufig sind. Die Diktatoren, die am 23. Juni 1973 das Parlament auflösten, stützten ihre Macht ausschließlich auf die Streitkräfte und den Nationalen Sicherheitsrat (CUSENA).

Im Rahmen der Reaktionen auf die anschwellenden Kämpfe auf dem ganzen Kontinent soll nun auch dieses Regime einen neuen Anstrich bekommen. Für 1980 ist ein Referendum über eine neu ausgearbeitete Verfassung geplant, auf deren Grundlage 1981 Wahlen stattfinden sollen. Mit Hilfe dieses Wahlspektakels wollen die Gorillas, ähnlich wie ihre Kollegen in Chile und Argentinien, versu-

chen, ihre Macht bis zum dritten Jahrtausend zu institutionalisieren.

In diesem Rahmen wird auch eine Amnestie für die politischen Gefangenen fällig, was aber zunächst zu größter Besorgnis Anlaß gibt. Amnesty international und andere befürchten, daß vor einer Amnestie noch eine große Anzahl von Gefangenen ermordet wird, um den tatsächlichen Terror des Regimes zu vertuschen. Konkrete Hinweise gibt es in Bezug auf das Gefängnis mit dem zynischen Namen „Libertad“, wo die Angehörigen der Gefangenen vor einem „Attika-Effekt“ warnen. (Im New Yorker Gefängnis Attika kamen bei einer „Gefängnisrevolte“ 1971 dreihundert Menschen ums Leben). D.h. man befürchtet, daß die Häftlinge „auf der Flucht“ erschossen werden.

Für den Imperialismus geht es um die erfolgreiche Nutzung der bisherigen vom internationalen Weltwirtschaftsfonds verordneten „Schocktherapie“, die zu einer ca. 50%igen Reallohnsenkung für die Arbeiterklasse Uruguays geführt hat und die totale Abhängigkeit des Landes vom Ausland verschärft. Die Auslandsverschuldung ist von 730 Mio. US-Dollar im Jahre 1971 auf 1,3 Mrd. US-Dollar 1979 angestiegen („Neue Zürcher Zeitung“, 24.10.79).

Lateinamerikakommission

Guatemala: Coca-Cola-Niederlassung gleicht KZ

Die internationale Gewerkschaft der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter (IUL) hat ihre 160 Mitgliedsorganisationen aus 58 Ländern zu Aktionen gegen das amerikanische Unternehmen Coca-Cola aufgerufen. Die Gewerkschaft war nicht länger bereit, die Zustände in der guatemalteckischen Lizenzniederlassung „Embotelladora Guatemalteca“ hinzunehmen und die Ausreden des Haupthauses von Coca-Cola, es sei nicht für das Verhalten seiner Konzessionäre auf sozialem Gebiet verantwortlich, zu akzeptieren. „Wie die Gewerkschaft berichtet, gleicht die Fabrik mehr und mehr einem Konzentrationslager. Fabrikwächter und Militärpolizei mit automatischen Waffen und oft von Hunden begleitet patrouillieren über das Gelände. Mehrere Mitglieder der Geschäftsleitung sind ebenfalls bewaffnet“ („Neue“, 14.2.80). Innerhalb weniger Monate sind zwei führende Gewerkschafter des Werkes ermordet worden, nachdem zunächst vergeblich versucht worden war, sie mit 50.000 Mark zu beste-

chen („Neue“, 7.2.80).

Der Aktionsplan der IUL sieht je nach Lage Aufklärungsaktionen gegen das Werk, Aufrufe zum Verbraucherboykott, bis hin zur Stilllegung der Produktion und des Vertriebes in einigen Ländern vor, wo Coca-Cola-Arbeiter stark gewerkschaftlich organisiert sind (Australien, Neuseeland, Skandinavien).

Inzwischen scheint das Coca-Cola-Stammhaus auf seinen Lizenzträger in Guatemala, den erzkonservativen Texaner John Trotter, Druck auszuüben, seine Lizenz zu verkaufen. Gegenüber IUL erklärte Coca-Cola, daß die Verhandlungen zum Verkauf der Lizenz von ihnen unterstützt würden. „Der Druck auf Coca-Cola ist Teil der gegenwärtigen IUL-Kampagne gegen die Militärdiktatur in Guatemala. Die Hotel- und Gaststättengruppe der IUL hat im Dezember bereits zu einem Touristenboykott gegen Guatemala aufgerufen“ („Neue“, 14.2.80).

Lateinamerikakommission

Polizei-Streik in Cuzco Copcon in Peru?

Ein völlig ungewohntes Bild bot sich in Cuzco am 5.2.80: Keinerlei Polizisten waren auf den Straßen zu sehen. Stattdessen formierte sich gegen Mittag ein außergewöhnlicher Demonstrationszug. Die unteren Dienstgrade der Polizeikräfte und der Guardia Civil marschierten in die Innenstadt, blockierten die Straßen und empfingen die spontane Solidarität der Passanten.

Am Morgen des 5. Februar waren die unteren Dienstgrade der verschiedenen Polizeieinheiten in den Streik getreten, um ihre Forderungen nach Lohnerhöhung, gegen Korruption und gegen die „Tyrannei der Chefs“ durchzusetzen. Verantwortlich für die Aktion zeichnete das „Kommando 5. Februar“, das aus einem geheimen Treffen der Guardisten hervorgegangen war und die Aktion in Absprache mit den Volksorganisationen (den Verteidigungskomitees, Frente de Defensa – siehe AK 171) plante.

Dieser Streik sorgte bei den Generälen der Region für einige Aufregung, insbesondere, weil auch in Lima und Iquito in einzelnen Polizeikasernen ähnliche Aktionen in Planung waren. Den betroffenen Guardisten wurden präventiv die Waffen abgenommen. In Cuzco war es dafür zu spät, weswegen umgehend militärische Verstärkung bestellt wurde. Ab Nachmittag patrouillierten Panzer und Soldaten des 9. Infanteriebattalions durch die Stadt.

Beim Versuch, einige demonstrierende Guardisten zu verhaften, wurde ein Mädchen schwer verletzt, die Gefangennahme mißglückte aber. Fast sämtliche Radiosender wurden militärisch besetzt, um Nachrichten über den Streik zu verhindern. Ausnahmezustand und Ausgangssperre wurden verhängt. Nach diesen Einschüchterungsmaßnahmen wurden Verhandlungen zwischen Generälen

und Streikenden aufgenommen, wobei Franziskaner-Pater die Vermittler waren (!). Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, weil die Generäle zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren. Der Streik wurde auch am nächsten Tag noch vollständig befolgt, trotz weiterer militärischer Verstärkung.

Die Forderungen der Guardisten wurden in einem Kommuniqué veröffentlicht. Die wesentlichen sind: Das „subalterne Personal“ der Polizeikräfte (GC, GR, PIP, SMI) strebt eine „ehrenhafte Polizei“ an, die im „Dienst des peruanischen Volkes steht, aber keinesfalls im Dienst der demütigenden Unmoral der herrschenden Gruppen, die der blutdürstige Morales Bermudez (Präsident Perus !, Anm. AK) im Rahmen des anmaßenden und grausamen Faschismus schützt.“

Konkret wurde gefordert:

- Die Absetzung des Direktors der Guardia Civil, Humberto Passano Nieto, wegen „Unregelmäßigkeiten im Amt“, d.h. wegen Korruption.
- Freiheit und ein ordentliches Gerichtsverfahren für den Guardisten Caro Valera, der in Haft ist, weil er die Korruption innerhalb der GC angeprangert hat.
- Lohnerhöhungen, weil der augenblickliche Lohn nicht zur Deckung der Lebenskosten ausreicht, durch die „Schuld, Verantwortungslosigkeit und Unfähigkeit der Regierung Bermudez...“
- Um- und Neuorganisation der Polizeikräfte, damit sie modernen Anforderungen und der Sicherheit des Volkes genügen können (!!).

„Es lebe das vereinigte Kommando des subalternen Personals der Polizeikräfte!“

„Es lebe der Streik vom 5. Februar 1980“ (nach „Amauta“, 7.2.80).

Lateinamerikakommission

Zimbabwe: Terror gegen die ZANU Imperialisten fürchten unabhängige Regierung

Der imperialistische Statthalter Soames untersagte der ZANU in zwei Distrikten im Südosten Zimbabwes die weitere Abhaltung von Wahlveranstaltungen. Als Begründung für diese bisher massivste Behinderung der ZANU bediente er sich der seit Wochen ausgewalzten Propagandalüge, die ZANU setze die Wähler unter Druck und hindere andere Parteien an der Abhaltung von Wahlveranstaltungen.

Bei seinem Verbot beruft er sich auf eine Verordnung, die er selbst erst vor einiger Zeit eigenmächtig eingeführt hatte. Danach ist es dem Gouverneur erlaubt, „Parteien von der Wahl in einem oder mehreren Verwaltungsbezirken auszuschließen, sofern sie die Nötigung von Wählern billigen oder ermutigen. Soames kann ferner Wahlkundgebungen beschränken und Einzelpersonen die Teilnahme am Wahlkampf untersagen.“ Eine Woche später ergänzte er diese Willkürverordnung dahingehend, „den Bürgern jener Gebiete das Wahlrecht zu entziehen, in denen Waffenstillstandsverletzungen und Nötigungsversuche gegenüber der Bevölkerung nach seinem Urteil eine freie Wahlentscheidung unmöglich machen“ (FAZ, 14.2.).



Robert Mugabe

In dem vom Verbot direkt betroffenen Gebiet leben 35.000 Menschen, in der Umgebung ungefähr 400.000, davon 160.000 in sogenannten „geschützten Gebieten“, die von den rhodesischen Sicherheitskräften und Hilfstruppen Muzorewas kontrolliert und terrorisiert werden.

Mehrere schwarze und weiße Missionare sind daher auch der Meinung, daß die Hilfstruppen und die rhodesischen Sicherheitskräfte die eigentlichen Schuldigen dieser Nötigungsversuche sind. Sie glauben fest daran, daß es einen kollektiven Wunsch der Bevölkerung in diesem Gebiet

gibt, die ZANU zu unterstützen. Einer von ihnen sagt: „Die ZANU braucht die Bevölkerung nicht einzuschüchtern, weil jeder hier die ZANU auch ohne Einschüchterung unterstützt. Mr. Tom Zawaira, früherer schwarzer Parlamentsabgeordneter, äußerte sich ähnlich. Seiner Meinung nach haben die UANC (Partei Muzorewas) und andere Parteien keinen Einfluß in diesem Gebiet – nicht wegen angeblicher Behinderungen der ZANU – sondern weil die Bevölkerung hier fest hinter der ZANU steht und über die Anwesenheit anderer Parteien verärgert ist. Das liegt daran, daß diese Provinz seit der Gründung der ZANU im Jahre 1963 eine Hochburg der ZANU gewesen sei. Viele Führer stammen aus dieser Provinz oder arbeiteten hier, die meisten der ZANU-Kämpfer ebenfalls. Er fügte hinzu: „Diese Männer sind Helden hier, nicht Bedroher. Sie sind die einzigen, die den Kampf gegen die Weißen führten, nicht die UANC.“ (Times, 14.2.).

Je größer der Einfluß der ZANU wird, desto massiver spielt der Gouverneur seine Macht gegen die ZANU aus.

So verbot er dem Schatzmeister der ZANU, Enos Nkala, jede weitere Beteiligung am Wahlkampf, da dieser angeblich zu Gewalttaten aufgerufen habe. Nkala, der Spitzenkandidat in einer der acht Wahlbezirke Zimbabwes ist, wies den gegen ihn gerichteten Vorwurf als „bewußte Lüge“ zurück und kündigte auf einer Presse-Konferenz an, daß er sich über die Anordnungen des Gouverneurs hinwegsetzen werde.

Unter dem Vorwurf, schwarze Guerilleros nicht den Behörden gemeldet zu haben, hat die rhodesische Polizei drei Wahlkandidaten der ZANU festgenommen. Mit ihnen wurden auch drei Angehörige der Befreiungsarmee ZANLA und zwei weitere ZANU-Mitglieder verhaftet. Insgesamt sollen nach Aussagen Mugabes 2.500 Anhänger der ZANU verhaftet worden sein („Die Neue“, 14.2.). Ebenfalls wurde der ehemalige rhodesische Ministerpräsident Gofield Todd verhaftet, da er angeblich Terroristen Hilfe geleistet und ihre Anwesenheit nicht gemeldet habe. Der 72jährige befand sich schon früher mehrere Jahre in Haft, da er das weiße Rassistenregime Ian Smith öffentlich angegriffen hatte. Heute fungiert er als Unterstützer Nkomos und Verfechter einer erneuten Einheit zwischen ZANU und ZAPU (so jüngst auf einer Wahlveranstaltung der ZAPU). Wie widerwärtig die Beschuldigungen Soames gegenüber der ZANU sind, zeigen auch folgende Ereignisse.

Am Donnerstag, dem 15.2., explodierten in Salisbury mehrere Bomben. Die erste Explosion zerfetzte ein Auto, dessen Insassen sofort getötet wurden. Kurz vor Mitternacht detonierte eine Sprengladung vor einer Kirche, deren Eingang, Fenster

und Dach erheblich beschädigt wurden. Zur selben Zeit explodierte neben einer anderen Kirche ebenfalls eine Bombe. Als dann am nächsten Morgen noch eine Zeitbombe in einer katholischen Kirche gefunden wurde, neben der auch noch Flugblätter mit der Aufschrift „Vorwärts mit Mugabe“ lagen, war dies für die korrupte Presse ein erneuter Beweis für die Gewalttätigkeit der ZANU.

Mittlerweile zweifeln aber selbst die meisten bürgerlichen Beobachter in Salisbury nicht mehr daran, daß diese Terrorakte von Spezialeinheiten rhodesischer Sicherheitskräfte durchgeführt wurden („Guardian“, 19.2.). Das Ziel ist es, die ZANU in der Bevölkerung zu diskreditieren. Mugabe machte die „Selous Scouts“ für die Bombenexplosionen verantwortlich. Die „Selous Scouts“ haben ungefähr 1.800 Mitglieder, darunter 1.500 Schwarze Afrikaner. Sie sind bei weitem die berüchtigtste Einheit innerhalb der bewaffneten rhodesischen Streitkräfte. Sie benutzen die Initialen „SS“, als Referenz zu der politischen Polizei der Nazis. Sie sind verantwortlich für eine Serie von Grausamkeiten, die sie im Namen von Guerilla-Kämpfern ausführten, um die Befreiungsbewegungen in einen schlechten Ruf zu bringen.

Im Nordosten Zimbabwes ermordeten Soldaten der rhodesischen Armee sieben Befreiungskämpfer und einen Sympathisanten. An der Grenze zu Botswana wurden vier Schwarze erschossen, da sie sich nicht an die nächtliche Ausgangssperre gehalten hatten („SZ“, 11.2.).

Wie man erkennen kann, sind die dem Gouverneur Soames unterstellten Sicherheitskräfte nicht „zimperlisch“, wenn es um die physische Vernichtung der Befreiungskämpfer geht. Dennoch wird der Gouverneur nicht müde, der ZANU stets die größte Schuld bei Gewalttätigkeiten zuzuschreiben. Hierbei übersieht er auch zynisch die Attentatswelle, die Mugabe ständig mit dem Tode bedroht. So wurde auf ihn innerhalb von vier Tagen zum zweiten Mal ein Attentat verübt, dem er nur knapp entgehen konnte.

Mugabe klagte nach dem Attentat die Briten an, zusammen mit den Südafrikanern und den weißen Rassisten in Zimbabwe zu versuchen, die ZANU zu zerstören, um damit einen Wahlsieg und eine unabhängige schwarze/linke Regierung zu verhindern. Die Strategie der Imperialisten besteht darin, die ZANU durch Verhaftung der leitenden Führer, Verhaftung der mittleren Führer und Behinderung jeglicher Art durch den Gouverneur. Inzwischen hat ein erstes Gespräch seit Beginn des Wahlkampfes zwischen Mugabe und Nkomo stattgefunden. Bei diesem Gespräch hat die ZANU der ZAPU eine Koalition angeboten. Offensichtlich hat es aber noch keine Festlegungen gegeben. Die ZAPU lehnte jeden Kommentar ab.

Afrika-Kommission



Bewaffnete Kämpfer der ZANU

Neue Kämpfe in Kurdistan

Mit großer Heftigkeit sind seit dem 29.1. erneut bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den immer noch in vielen Ortschaften und Städten Kurdistans stationierten Revolutionsgarden und den kurdischen Widerstandskämpfern ausgebrochen, vor allem in Kamiaran und Paveh. In getrennten Botschaften wandten sich der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), Ghassemlou, und der oberste sunnitische Geistliche Kurdistans, Ayatollah Ezzedin Hussein (der gleichzeitig Vorsitzender der kurdischen Verhandlungsdelegation mit der Zentralregierung ist und eng mit den linken und revolutionären Organisationen Kurdistans zusammenarbeitet) an Ayatollah Khomeiny und forderten ihn auf zu intervenieren, um den Kämpfen ein Ende zu machen, die inzwischen mehr als 60 Tote gefordert hätten. In den Kämpfen seien auf Seiten der Zentralgewalt Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge und sogar Phantomjäger eingesetzt worden, die schutzlose Dörfer bombardiert hätten. Ghassemlou forderte, die Revolutionsgarden sollten sich in die Kasernen zurückziehen („Le Monde“, 5.2.80).

Provoziert worden waren die Kämpfe in Kamiaran durch Revolutionsgarden, die dort Stellung beziehen wollten, zu einem Zeitpunkt, als nach wochenlangen Auseinandersetzungen, von Regierungsseite nicht eingehaltenen Abkommen und erneuten Auseinandersetzungen die Revolutionsgarden endlich die im Süden Kurdistans gelegene Stadt Sanandaj verlassen sollten („Le Monde“, 31.1.80). Dieser „Kompromiß“ beinhaltete aber gleichzeitig, daß auch die kurdischen Widerstandskämpfer (Peschmergas) sich nicht mehr bewaffnet in der Stadt aufhalten durften („taz“, 22.1.80). Sogar der außerordentlich verhandlungsbereite Generalsekretär der DPK, Ghassemlou, mußte angesichts der Auseinandersetzungen um Sanandaj erklären, daß nicht eher mit der Regierungsdelegation weiterverhandelt wird, bevor nicht die Revolutionsgarden aus Sanandaj und Mahabad abgezogen worden seien.

Tatsächlich sind die Verhandlungen zwischen der kurdischen Delegation und der Regierungsdelegation unter Leitung des früheren Arbeitsministers Foruhar schon Ende des vergangenen Jahres endgültig ins Stocken geraten. Der Führer der Kurdenregierung Hussein, betonte, daß kein Kompromiß unterhalb einer „regionalen Autonomie“ akzeptiert werde. Die Konzessionen, die die Regierung bisher gemacht habe, seien „Tricks, um uns hinzuhalten und zu beruhigen“ („Süddeutsche Zeitung“, 24.-26.12.79, „Neue Zürcher Zeitung“, 2.2.80). Daß die Zentralre-

gierung nicht zu irgendwelchen echten Kompromissen geschweige denn zur Gewährung der nationalen Autonomie bereit ist, sondern auf Zeitgewinn arbeitet, zeigen die ständigen Provokationen der Revolutionsgarden sowie die Geschichte der bisherigen Verhandlungen. Nach einem fast drei Monate dauernden Guerillakrieg in Kurdistan, der mit der totalen Kriegserklärung und vollständigen Mobilisierung gegen das kurdische Volk - verkündet vom Revolutionsführer Khomeiny - am 18.8.79 begann, mußte die Zentralregierung den Weg der Verhandlungen einschlagen. Militärisch konnten die Kurden mit der kaum einsatzbereiten Armee und den Revolutionsgarden nicht besiegt werden, grausame Morde und Massaker an gefangenen Widerstandskämpfern und der Bevölkerung schützten das kurdische Volk nicht ein. Ghassemlou und Ezzedin Hussein, gegen die



Ayatollah Ezzedin Hussein

schon die Todesstrafe verhängt worden war, mußten von der Zentralregierung wieder als Gesprächspartner akzeptiert werden.

Die Demokratische Partei nannte Anfang November als Vorbedingung für Verhandlungen: Abzug der Revolutionsgarden aus Kurdistan, Freilassung aller kurdischen Gefangenen und Anerkennung der DPK als Partei (die DPK war im August verboten worden) („NZZ“, 7.11.79). Ohne daß diese Bedingungen erfüllt worden wären, akzeptierte die Demokratische Partei noch am 16.11. die Feuereinstellung, während die Volksfedayin Kurdistans, die Liga für die Emanzipation der Werktätigen Kurdistans (Komala) und Ezzedin Hussein erklärten, sie wollten den be-

waffneten Kampf fortsetzen, bis ihre Forderungen (nationale Autonomie) erfüllt seien, einschließlich der Auflösung der Expertenversammlung (die den Verfassungsentwurf zu der Zeit gerade fertiggestellt hatte) („LM“, 18./19.11.79). Trotz dieser unterschiedlichen Auffassungen und trotz der Tatsache, daß die verschiedenen kurdischen Organisationen angesichts des massiven Angriffs durch die Zentralregierung im August eine gemeinsame Front gebildet hatten, schloß die DPK am 25.11. allein einen Waffenstillstand mit der Regierungsdelegation. Begründet wurde dies mit der antiimperialistischen Haltung Khomeinys (Botschaftsbotschaft) und mit der Notwendigkeit, angesichts der Bedrohungen durch den Imperialismus, politische Lösungen für das Kurdenproblem zu suchen (was im übrigen schon immer die Meinung der Tudeh-Partei gewesen ist). Das Fortbestehen des Waffenstillstandes sollte nun von dem Abzug der Revolutionsgarden innerhalb von 15 Tagen abhängig gemacht werden.

Unmittelbar vor dem Abschluß des Waffenstillstandes war von allen kurdischen Organisationen eine gemeinsame Verhandlungsdelegation unter Führung von Ezzedin Hussein gebildet worden, die aus zwei Mitarbeitern Husseinis, fünf Vertretern der Demokratischen Partei und sechs Vertretern der Volksfedayin und der Liga besteht, die sich wohl unter dem Druck der allgemeinen antiimperialistischen Euphorie nach der Botschaftsbotschaft ebenfalls entschlossen hatten, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Die so zusammengesetzte Verhandlungsdelegation wurde von der Regierungsdelegation nicht anerkannt, Hussein bestand allerdings darauf, daß die Verhandlungen mit seinen „politischen Freunden“ geführt würden. Schließlich wurden nach zweiwöchiger Unterbrechung die Verhandlungen wieder aufgenommen, nachdem die Delegation als Block unter Husseinis Führung auftrat, in der nur die Vertreter der DPK Rederecht haben („LM“, 14.12.79). In der Plattform der kurdischen Organisationen, die Grundlage für die Verhandlungen für die Zentralregierung ist, werden folgende Forderungen erhoben:

- Die Autonomie der Kurden soll anerkannt und im Grundgesetz verankert werden.
- Alle kurdischen Gebiete (heute auf mehrere iranische Provinzen aufgeteilt) sollen zu einem autonomen Kurdistan vereinigt werden.
- Wahl eines Landesparlamentes, das wiederum eine „Autonome Regierung Kurdistans“ wählt, die für die gesamten wirtschaftlichen sozialen, kulturellen und militärischen die gesamten wirtschaftlichen sozialen, kulturellen und militärischen

Angelegenheiten Kurdistans zuständig ist.

- Die kurdische Sprache soll offizielle Sprache sein, in ihr wird in der Schule unterrichtet, erst nach dem vierten Schuljahr kommt die persische Sprache hinzu.
- Es soll ein wirtschaftliches Sonderprogramm ausgearbeitet werden, das die auf nationaler Unterdrückung basierende Rückständigkeit beseitigt.
- Beteiligung von kurdischen Vertretern an der zentralen Staatsmacht Irans.
- Außenpolitik, nationale Verteidigung, Geld- und Währungspolitik, Außenhandel und längerfristige Wirtschaftspläne werden von der Zentralregierung geregelt.
- Die demokratischen Rechte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, das Recht auf Parteigründung und Religionsfreiheit gelten in ganz Iran (nach „Iran-Report“, Jan.80, CISNU-DNF).

Die Antwort der iranischen Regierung auf die Forderungen des kurdischen Volkes waren dürrig. Im Dezember 79 wurde - nach langem Hin und Her - ein vierseitiges Regierungspapier „Rechte und Pflichten der selbstverwalteten Provinzen der Islamischen Republik Iran“ vorgelegt, in dem weder von einem kurdischen Volk noch anderen Völkern die Rede ist, es wird lediglich von „Sprach- und Kulturgemeinschaften“ gesprochen, denen im Rahmen der jetzt bestehenden Provinzen - die in keinem Fall mit den Gebieten der nationalen Minderheiten übereinstimmen - eine gewisse Selbstverwaltung überlassen wird, die es bisher im übrigen schon gab. Wesentlich neu ist nur, daß die hauptsächlich Sprachen neben dem Persischen als gleichberechtigte Sprache in der Grundschule unterrichtet werden können.

Ghassemlou äußerte zu diesem Vorschlag: „Die Vorschläge sind bei weitem nicht befriedigend, aber sie haben wenigstens den Vorzug zu existieren.“ Bislang habe man nur über Verfahrensfragen verhandelt. Obwohl das Papier die wichtigsten Fragen nicht berührt - das kurdische Gebiet wird auf eine Provinz beschränkt (Kurden leben noch in drei angrenzenden Provinzen), statt Autonomie gibt es eine gewisse Selbstverwaltung, von einem kurdischen Volk ist nicht die Rede - hält Ghassemlou es nur für „unakzeptabel in der jetzigen Form“. „Ungeachtet des Endes des Waffenstillstandes haben wir keine Initiative zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ergriffen. Es waren die Regierenden, die uns im letzten August den Krieg aufgezwungen haben, und wir waren es, die ihnen den aktuellen Waffenstillstand aufgezwungen haben.“

gen haben. Wir sind davon überzeugt, daß der Krieg kein Problem löst. Wir haben unseren Gesprächspartnern in Teheran wieder und wieder gesagt, daß es zwischen brüderlichen Völkern weder Sieger noch Besiegten geben darf.“ Die Fortdauer des bewaffneten Konflikts würde zu einem Sturz der Republik führen und ein konservatives Regime an die Macht bringen, das den Wünschen der Kurden noch viel weniger Rechnung tragen würde. „Wir haben den Repräsentanten der Zentralregierung gesagt, daß die Gewährung der Autonomie an die Kurden und die anderen Völker Irans der islamischen Republik einen entschieden fortschrittlichen Inhalt geben und den Kampf, den sie gegen den Imperialismus andeuten, verstärken wird.“

Im Gegensatz zu Ghassemlou, der seine Verhandlungsbereitschaft auf scheinbar ungebrochenen Optimismus bezüglich des Khomeiny-Regimes stützt, haben die Liga für die Emanzipation der Werktätigen, die Volksfedayin und Ezzedin Hussein erklärt, daß sie keinen Kompromiß unterhalb der „regionalen Autonomie“ akzeptieren würden. Das Regime Khomeinys sei grundlegend „reaktionär“ und nur scheinbar „anti-imperialistisch“. Sie erwarteten nichts Gutes von einem solchen Regime. Ein Abkommen mit einer solchen Regierung werde die Forderungen der Kurden nicht voll befriedigen (alle Angaben und Zitate nach „LM“, 18.12.79).

Zu einem Ergebnis haben allerdings die Verhandlungen mit der Zentralregierung bis heute nicht geführt. Sie haben hingegen den Machthabern in Teheran eine Atempause verschafft, in der das Referendum zur Verfassung und die Wahl des Staatspräsidenten relativ reibungslos über die Bühne ging. Aber auch bei der Wahl des Staatspräsidenten erhielten sie wieder eine Ohrfeige: Der von der Linken und nationalen Minderheiten unterstützte Kandidat der Volksmodjahedin, Rajavi, wurde von Khomeiny kurzerhand von der Kandidatenliste gestrichen. Geblieben ist bisher das Versprechen, daß der § 12 der Verfassung, der die schiitische Richtung des Islam zur offiziellen Religion für den ganzen Iran erklärt, verändert werden soll und andere islamische Bekenntnisse (Kurden, Turkmenen, Belutschen und Araber sind Sunniten) dort offiziell sein sollen, wo ihre Anhänger die Mehrheit sind („Monitor-Dienst“, 22.1.80). Dieses „Zugeständnis“ ist allerdings ein Versprechen, während die Provokationen der Revolutionsgarden und der Armee tägliche Realität in Kurdistan sind.

Nahost-Kommission

Nahost-Kommission

Afghanistan:

Neue Politik — Anspruch und Wirklichkeit

Die Lage in Afghanistan ist auch nach Ablauf des Carter'schen Ultimatums am 20. Februar weitgehend unverändert: Die sowjetischen Truppen sind nach wie vor im Land, auch die Regierung Karmal ist entgegen allen Erwartungen und Hoffnungen der bürgerlichen Medien noch nicht gestürzt.

Die imperialistischen Staaten haben allerdings ihre Wünsche bezüglich Afghanistan konkretisiert. „Was wir vor allem gern hätten“ meint US-Präsident Carter, „sind ein sowjetischer Rückzug“, „eine neutrale Regierung“ und „für eine Übergangsperiode vielleicht ... eine Friedenstruppe“ („FR“, 15. 2.). UNO-Friedenstruppe, Islamische Friedenstruppe und ein neutrales Afghanistan sind im Moment die hauptsächlichsten konkreten internationalen Überlegungen - wir werden darauf noch eingehen.

Was die Lage in Afghanistan selber angeht, so gibt es hierüber bekannterweise völlig unterschiedliche und gegensätzliche Berichte. Seitens der reaktionären Widerstandes wird - wie schon seit Monaten - die Eroberung von Städten und Provinzen gemeldet. In Teilen der Presse werden „Augenzeugenberichte“ über Massaker („Tausend Männer in ... Kerala niedergemetzelt“ - „Welt“, 6. 2.), Napalmbombenabwürfe der sowjetischen Truppen, militärische Niederlagen usw. verwendet. „Berichten zufolge würden allein in einem Gefängnis seit Monaten jede Nacht 20 bis 50 Häftlinge standrechtlich erschossen“ („FAZ“, 15. 2.).

Andere Teile der Presse („Zeit“, CIA-Berichte) - bzw. andere

Quellen - stellen die Lage als recht stabilisiert dar.

8 Wochen Karmal-Regierung

Vor 8 Wochen wurde mit der Etablierung der Karmal-Regierung nach der offiziellen Version die „wahre Volksmacht“ in Afghanistan errichtet („Neues Deutschland“, 29.12.79). „Der verräterische Amin und seine kriminelle Bande“ wurden gestürzt („Kabul Home Service“, 25. 1.80 lt. „SWB“, 28.1.80).

Bei soviel grundsätzlicher Verurteilung der vorherigen Politik stellt sich die Frage, was sich denn nun in der afghanischen Politik tatsächlich geändert hat. Die Erklärungen und Ankündigungen der Karmal-Regierung orientieren insgesamt auf stärkere „Respektierung der besonderen Bedingungen Afghanistans“ („Kabul Home Service“, 25.1. lt. „SWB“, 28.1.). Die Rede ist vom „Prinzip des Privateigentums“, vom „Respekt vor der heiligen Religion“, „Glauben, Tradition und Gebräuche werden völlig respektiert“ („Kabul Home Service“, 25.1.80 lt. „SWB“, 28.1.80). Die Bildung einer breiten Front, die „alle nationalen und demokratischen Kräfte umschließt ... und es verschiedenen Kreisen, Gruppen, Organisationen und Individuen ermöglicht, von einer gemeinsamen Plattform aus zu arbeiten“ wurde angekündigt („Kabul Home Service“, 8.1.80 lt. „SWB“, 11.1.80). Letztlich wurden vor allem demokratische Maßnahmen versprochen, alle antidemokratischen Gesetze sollten aufgehoben werden („Neues Deutschland“, 2.1.80) und

polizeiliche Willkürmaßnahmen der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig wurden erstmals kritische Aussagen zur Wirtschaftspolitik und Landreform gemacht. Am 31.1. erklärte Karmal, daß der „Mangel an wesentlichen Konsumgütern und Grundbedarfsartikeln in den Märkten, Städten und Dörfern“ abgestellt werden muß. Der afghanische Landwirtschaftsminister Monand erklärte lt. „Tat“, daß über die bisherige Landreform „zuviel Vertrauen verlorengegangen“ sei („Tat“, 25.1.).

Der Reihe nach ist folgendes zu den einzelnen angekündigten Punkten zu sagen:

- Abschaffung der polizeilichen Willkürmaßnahmen und „Demokratisierung“. Ca. 4 - 5000 politische Häftlinge wurden inzwischen freigelassen („Zeit“, 1.2.80). Nach Aussage der Karmal-Regierung wurden alle politischen Häftlinge freigelassen. Der „Zeit“-Korrespondent in Kabul berichtet, daß diese „Absage an Polizeiterror“ tatsächlich „bislang eingehalten“ wurde. Diese Maßnahmen seien „selbst in regimfeindlichen Kreisen nicht ohne Wirkung geblieben“ („Zeit“, 1.2.80). Gleichzeitig gibt es aber starke Hinweise dafür, daß es eine generelle Amnestie nicht gegeben hat. Zum einen gibt die revisionistische Presse selbst die Höhe der von Amin inhaftierten Personen mit ca. 10.000 an (wesentlich mehr, als freigelassen wurden), zum anderen sind da die Vorfälle um das Kabuler Zentralgefängnis. Als die angeblich letzten 2 000 Gefangenen freigelassen wurden, kam es zum Sturm aufs Gefängnis, also waren doch wohl nicht alle politischen Gefangenen freigelassen worden.

Eine „Demokratisierung“ findet bis heute nicht statt. Nach wie vor ist die Armee der Hauptträger der politischen Entwicklung, die alten noch von Taraki erlassenen Ausnahme-gesetze sind bisher nicht zurückgenommen worden (sie sichern dem Staats- und Parteiführer gewaltige, diktatorische Machtbefugnisse).

- Verbreiterung der politischen Basis: In die Regierung sind zwar Fachkräfte von außerhalb der Chalk-Partei aufgenommen worden. „Erstmal sitzen Nicht-Parteimitglieder im Kabinett, die sich durch Fachwissen und Erfahrung qualifizieren“ („Zeit“, 8.2.80). Das gleiche scheint im Verwaltungsapparat der Fall zu sein, auch hier werden nicht-parteiliche Fachkräfte stärker integriert. Damit hat es sich nach den uns vorliegenden Berichten aber auch schon. Von der angekündigten „breiten Front“ aller „nationalen und demokratischen Kräfte“ („Kabul Home Service“, 8.1.) kann derzeit noch keine Rede sein. Es muß bezweifelt werden, daß dies überhaupt möglich ist - wesentliche Schritte dahin, Aufbau von Volksmachtorganen und -strukturen werden auch von der Karmal-Regierung nicht durchgeführt.

- Respektierung der „besonderen Bedingungen Afghanistans“. Hierunter wird vor allem das „Prinzip des Privateigentums“ und der „Respekt vor der heiligen Religion“ verstanden („Zeit“, 8.1.80). So heißt es in einer Rede Karmals: „Es muß herausgestellt werden ..., daß der verräterische Amin und seine kriminelle, blutrünstige Bande schwere Verbrechen gegen ehrenhafte Menschen, gegen die Religion und den heiligen

Glauben unseres Volkes beging ... Der verräterische Amin und seine kriminelle Bande ... bedrohte, verfolgte und verhaftete prominente und ehrenhafte religiöse Führer, heilige Männer, Ulema, Maulawi, gelehrte Leute, Führer, Priester, Koranlehrer, Mullahs und führende religiöse Personen ebenso wie Führer und Persönlichkeiten von verschiedenen ethnischen Minderheiten“ („Kabul Home Service“, 25.1.80 lt. „SWB“, 28.1.80). Aussage von Karmal in derselben Rede sind inzwischen „alle religiösen Führer moslemischer Menschen die verhaftet wurden, freigelassen“ worden. Ihre religiösen „Glauben, Traditionen und Gebräuche werden völlig respektiert“.

Gleichzeitig wird die Bestrafung und Verfolgung derjenigen angekündigt, die die „Gebräuche und Traditionen unserer Menschen verachten und unsere moslemischen Menschen der Bedrohung, Erniedrigung und Unterdrückung aussetzen“ („Kabul Home Service“, 25.1.80 lt. „SWB“, 28.1.80).

Der Islam soll „zu zentralen Grundsätzen der neu auszuarbeitenden Verfassung“ erhoben werden („Zeit“, 8.2.80).

Das „Come-Back“ des Islams in Afghanistan ist verbunden mit weitgehenden politisch-ökonomischen Veränderungen. Diese Anlehnung an den Islam ist eine Reaktion auf die Tatsache, daß sich die reaktionäre Opposition den Islam zu Nutze macht. Ob dem neuen Regime hier ein Einbruch gelungen ist, muß bezweifelt werden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 44

– „Prinzip des Privateigentums“: Nach Angabe der „Zeit“ sind „einzelne Bereiche des Außenhandels ... schon entmonopolisiert und entstaatlicht worden, die Rückgabe konfiszierter Grundbesitzes hat begonnen“ („Zeit“, 8.2.80). Auch die „UZ“ berichtet davon, daß „Eigentum ... zurückgegeben wird“ („UZ“, 12.2.80). Und Karmal sichert allen „geflohenen Landbesitzern“ die Rückgabe ihrer Ländereien zu („Kabul Home Service“, 2.2.80 lt. „SWB“, 6.2.80). „Die Regierung wird den Landbesitzern, die in ihr Heimatland zurückkommen, beistehen“. Die geflohenen Landbesitzer werden als Opfer „der irreführenden reaktionären und imperialistischen Propaganda oder ... der Tyrannei, Unterdrückung und Verfolgung durch Amin ...“ dargestellt. Eine durchaus neue Darstellung. In eine ähnliche Richtung gehen die Aussagen des Landwirtschaftsministers Monand. Es sei über die Landverteilung „zuviel Vertrauen verlorengegangen“ (lt. „Tat“, 25.1.1980). „Die neue demokratische Regierung von Afghanistan hat resolut der Gesetzlosigkeit und Willkür (im Rahmen der Landreform – Anm. AK) ein Ende bereitet“ („Tat“, 25.1.1980). Zu den Willkürmaßnahmen zählt Monand auch die Enteignung „von 740.000 ha Land ohne Entschädigung“ („PAP“, 2.2.80 lt. „SWB“, 12.2.80). Die Landreform wurde bis auf weiteres gestoppt, bzw. teilweise wieder rückgängig gemacht. Die Weiterführung wird von der Erarbeitung eines „aktuellen Plans“ („Moskau Home Service“, 23.1. lt. „SWB“, 28.1.80) abhängig gemacht. Karmal kündigte an, daß „in Kürze offizielle Dokumente hierzu erscheinen sollen“ („Kabul Home Service“, 2.2. lt. „SWB“, 6.2.80). Die Institutionalisierung der Landreform soll vor allem der landwirtschaftlichen Produktion dienen. „Monand (Landwirtschaftsminister – Anm. AK) sagte, die afghanische Regierung wird die Bildung von Kooperativen nicht beschleunigen. Stattdessen wird sie die Agrarreform auf die Steigerung der Agrarproduktion konzentrieren“ („PAP“, Polen – 2.2.80 lt. „SWB“, 12.2.80). Karmal wiederum kündigte an, daß die neuen Landreform-Gesetze „das Besitztum an zusätzlichen Land (zu dem verteilten offenen – Anm. AK) und „das Recht Land an Angehörige und Partner zu übertragen“ sichern werden. Auch der „Handel und Verkauf von Land wird garantiert werden“ („Kabul Home Service“, 2.2.80 lt. „SWB“, 6.2.).

Neben dieser Ankündigung einer Kapitalisierung der feudalen Landverhältnisse soll augenscheinlich eine Landverteilung überhaupt nur noch im Rahmen von Kooperativen stattfinden. „Wie auch immer, die Neuverteilung des Landes ist keine leichte Arbeit ... Die Regierung hat Pläne, die die Lieferung von Traktoren und anderen Geräten an die Bauern beinhalten ... Deshalb – solange es keine Kooperativen gibt – wer würde sie, die die Lieferung von Traktoren und anderen Geräten an die Bauern beinhalten ... Deshalb – solange es keine Kooperativen gibt – wer würde all diese Dinge erhalten? Dies kann nicht an Bauern auf einer individuellen Basis geschehen ...“ („Kabul Home Service“, 17.1. lt. „SWB“, 1.2.80). Diese Kooperativen wiederum sind mehr im Rahmen von Staatsfarmen gedacht: „Die afgha-

nische Regierung plant die tagtäglichen Lieferungen von Landmaschinen und Saatgut zu erhöhen und staatliche landwirtschaftliche Zentren einzurichten“ („PAP“, 2.2.80).

Die ursprünglich gedachte (geplante?) Landreform, die jedem Bauern eigenes Land bringen sollte, ist mit diesen Ankündigungen mit Sicherheit gestorben. Es geht kaum übersehbar um eine Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse bei gleichzeitigem Aufbau von Staatskooperativen. Die Stärkung des privaten Großgrundbesitzes in diesem Sinne wird auch deutlich durch eine andere wirtschaftliche Maßnahme: So wurden die Preise für Baumwolle um 20%, für Rüben um 30% erhöht – Preiserhöhungen, die hauptsächlich entsprechenden Farmen lohnende Gewinne bringen können („Kabul Home Service“, 2.2.80 lt. „SWB“, 6.2.80).

Tatsache ist ebenfalls, daß 'die Linke' in Afghanistan – gemeint sind hauptsächlich die Aktiven der Chalk-Partei – ziemlich an die Kandarre genommen wird. Als wesentlichster Schritt ist hier das Verbot jeglicher Propaganda ohne Regierungsgenehmigung zu nennen. „Alle Zeichen, Plakate und Schriften, die aufgehängt, installiert, angeklebt oder angeschrieben wurden an öffentlichen Plätzen, Straßenkreuzungen und außerhalb, wie innerhalb des Regierungsbüros und der privaten Büros im ganzen Land, sind zu entfernen“ (Erklärung des Politbüros der Chalk-Partei lt. „Kabul Home Service“ nach „SWB“, 28.1.80). Diese Plakate (usw.) seien „in chinesischem Stil“ (Dzibaos, Wandzeitungen) und „entsprechen nicht der gegenwärtigen Phase unserer nationalen und demokratischen Revolution“ (ebenda). In Zukunft dürfen solche Dinge nur noch auf Weisung des Theorie- und Propagandakomitees der Partei durchgeführt werden (ebenda).

Dies unterstreicht die Bemühungen der Regierung, die politischen Fronten gegenüber der Feudal- und bürgerlichen Klasse zu glätten und die diesen Kreisen mißliebige Reformpolitik rückgängig zu machen. Zugeständnisse an die rechten Kräfte wurden auch in der Frage der Frauenbefreiung gemacht. Die gemachten Schritte seien falsch gewesen, weil „in einigen Regionen die Bevölkerung unzufrieden darüber war“ (so der afghanische Bildungsminister lt. „Radio Moskau“ 25.1.80). Ursache war hier die allgemeine Erlaubnis für Frauen, Bildungskurse zu besuchen (ebenda).

Insgesamt richten sich die Ankündigungen und die wenigen bereits erfolgten Maßnahmen der Karmal-Regierung sehr stark gegen eine 'über-eilte' Politik. Der Versuch der Karmal-Regierung ist es offenbar, eine national-demokratische Entwicklung Afghanistans durchzuführen – mit viel weniger „Reformballast“ als bisher (Landreform, islamischer Klerus, Frauenbefreiung usw.). Hierfür soll eine „breite Front“ gewonnen werden. Ein Witzbold jedenfalls, wer diese Regierung als besonders links, gar besonders kommunistisch bezeichnet (s. „FAZ“, „Rote Fahne“ usw.). Es wird zweifellos lohnen, einen Vergleich zur Politik des 1978 gestürzten afghanischen 'Chefs' Doud zu ziehen.

Doud verfolgte über Jahre den Kurs einer kombinierten staatlich-privaten Kapitalisierung Afghanistans mit gleichzeitig sehr, sehr begrenzten Reformen (die am Elend der Bevölkerung kaum etwas änderten).

Die Entwicklung im reaktionären Widerstand

Auch hier hat sich seit der sowjetischen Intervention einiges getan. Die beiden wesentlichen Blöcke des politischen Widerstandes, die rechten islamisch-republikanischen Gruppen sowie die monarchistischen Gruppen haben sich zu Dachverbänden zusammengeschlossen:

Zum „republikanischen“ Block haben sich vor allem folgende Gruppen zusammengeschlossen:

- „Hezbi Islami“ (Islamische Partei)
- „Jamiat Islami“ (Islamische Gemeinschaft)
- „Bewegung für die islamische Revolution“
- „Harkat-I-Inqilabi“
- „Hezbi Islami“ und „Jamiat Islami“ sind die größten Gruppen, beide haben starke Verbindungen nach Pakistan. „Jamiat Islami“ ist offiziell die Bruderpartei der gleichnamigen starken und einflussreichen pakistanischen Partei. Auch „Hezbi Islami“ hat einen pakistanischen Flügel.

Insgesamt haben sich den beiden Gruppen fünf weitere angeschlossen, so daß der „republikanische“ Block mindestens sieben Gruppen umfaßt („taz“, 8.1.80, 16.1.80, „FAZ“, 2.2., „AFP“, 27.1. lt. „SWB“, 29.1.80). Die Gruppierung strebt die Bildung einer islamischen Republik an. Vorbild ist – soweit bekannt – das reaktionäre Pakistan, das den Islam als Basis für die Unterdrückung der Bevölkerung nutzt. „Die Sowjetunion und der Kommunismus werden als Feind betrachtet. Der Islam reicht aus, um einen Staat zu führen und gegen den Kommunismus zu kämpfen“, so Aussagen der „Jamiat Islami“ („taz“, 20.9.79). Die wenigen uns bekannten weiteren Aussagen dieser Gruppierung gehen in eine ähnliche propagandistische Richtung: Betonung des Islams als ideologische Grundlage, Betonung einer Republik und Antikommunismus (nicht nur an der Sowjetunion festgemacht). Gleichwohl grenzt sich der Block von den Monarchisten ab: „Wir kämpfen nicht für die Rückkehr des Königs Zahir, sondern für die Errichtung einer wahrhaften islamischen Republik“ (so ein Sprecher von „Hezbi Islami“ lt. „taz“, 16.1.80). Offen bleibt derzeit die Frage, inwieweit innerhalb dieses Widerstandes ähnliche politische Elemente, Ziele hineinspielen, wie sie derzeit im Iran zum Tragen kommen.

Der o.a. Zusammenschluß von sieben Gruppen unter Führung von „Hezbi Islami“ und „Jamiat Islami“ erreichte ziemlich schnell die Zustimmung der rechten arabischen, islamischen Staaten. In Saudi-Arabien ist regierungsoffiziell sogar ein Komitee zur Sammlung von „Spenden für die afghanischen Widerstandskämpfer“ (s. „FAZ“, 25.1.80). Inzwischen sind vier Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Auch Ägypten stellte den „Widerstandskämpfern“ „lediglich“ eine Kaserne für Ausbildungszwecke zur

Verfügung („taz“, 16.1.80).

Die Gruppierung wird mindestens von einigen arabischen Staaten wohl einen mit der PLO vergleichbaren Status „als alleinige Vertreterin des afghanischen Volkes“ erhalten („taz“, 29.1.80). Schließlich wurde in Islamabad eine „Freie Islamische Republik“ ausgerufen („SZ“, 28.1.). Und hier tritt auch der uns schon bekannte US-Bürger Zia Nassry auf. Er rief diese Republik aus („SZ“, 28.1.). Auch die Verhandlungen mit Saudi-Arabien und Ägypten wurden ebenfalls von Nassry geführt: „Nach einem Bericht der 'Neuen Zürcher Zeitung' vom 11.1. ist ein afghanischer Rebellenführer, Zia Khan Nassry (die Schreibweise unterscheidet sich in den verschiedenen Zeitungen – Anm. AK) in der vergangenen Woche in Kairo empfangen worden. Er überbrachte ein Memorandum, in dem die Herstellung einer Aktionseinheit zwischen der 'Freien' und der 'Islamischen Welt' angeregt wird“ („taz“, 16.1.80).

Vor Ausrufung der „Freien Islamischen Republik“, vor dem Kairo-Besuch und weiteren Aktivitäten ist genannter Nassry in den USA mit dem „US-Senator Jackson und UNO-Beamten zusammengetroffen“ („taz“, 16.1.80). Wenn man bedenkt, daß dies ein US-Staatsbürger ist, liegt die Vermutung wohl nahe, daß hier mehr als nur gedreht wird.

So wie es derzeit aussieht, hat der republikanisch-islamische Widerstandsblock das Rennen um die Gunst des Imperialismus für sich entschieden. Die Ergebnisse der Islamischen Konferenz und die Versprechungen Ägyptens und Saudi-Arabien zeigen, daß nun mit allen Mitteln daran gearbeitet wird, diesen Block als „alleinige Vertreterin des afghanischen Volkes“ hochzuheben.

Die Monarchisten

Die Monarchisten wollen – wie der Name schon sagt – den alten König Zahir Schah wieder zur Macht verhelfen. Selbiger sitzt in Rom und lebt von einer satten saudiarabischen Pension, nachdem ihm seine Bezüge von der afghanischen Regierung gestrichen wurden.

Auch diese Gruppen (allerdings nur zwei oder drei) haben sich zusammengeschlossen zur „Vereinigten afghanischen islamischen Front“. Hauptsächlich Gruppen sind die „Nationale Befreiungsfront“ und die „Nationale Islamische Front“ („afp“, 19.1. lt. „SWB“, 23.1.80). Die Ziele der neuen „Front“ sind nach eigener Aussage in aller Kürze: „die Organisation des bewaffneten Kampfes gegen die sowjetische Aggression, die Eliminierung von Babrak Karmal's atheistischem Regime und die Wiederherstellung von Recht und Ordnung“ (ebenda).

Die Gruppen sollen sich nach Meldung der „UZ“ hauptsächlich aus Großgrundbesitzern und den alten Zahir Schah Anhängern zusammensetzen. Sie haben überdies enge Verbindungen zur rechtsradikalen Terrorgruppe „Moslem-Brüder“ („UZ“, Zahir Schah Anhängern zusammensetzen. Sie haben überdies enge Verbindungen zur rechtsradikalen Terrorgruppe „Moslem-Brüder“ („UZ“, 30.1.80).

Die Monarchisten dürften nach den Meldungen der bürgerlichen Presse die zweitstärkste politische Gruppierung sein (wobei allerdings die Presse auch bestimmte Gruppen favorisiert, Springer die Monarchi-

sten, „FAZ“ beispielsweise die Republikaner). Aufgrund des starken Hasses, den sich der König Zahir Schah während seiner „Regenzeit“ zuzog, dürften die Monarchisten allerdings wenig Aussichten für eine erfolgreiche Volksmobilisierung bieten.

Die Islamische Konferenz

Die „Islamische Konferenz“, die zum Thema sowjetische Intervention angesetzt war, hat zwar die massive Unterstützung des rechten afghanischen Widerstandes durch Ägypten und Saudi-Arabien gebracht, hat in Form zweier Resolutionen eine Verurteilung der sowjetischen Intervention herbeigeführt, gleichwohl traten erhebliche Widersprüche zwischen den beteiligten Staaten auf.

Während Pakistan, Saudi-Arabien und Malaysia den Schwerpunkt auf eine klare Verurteilung der Sowjetunion (und des neuen afghanischen Regimes) legten, griffen die Vertreter des Iran und Libyens hauptsächlich die USA an und versuchten auf die Frage Palästina/Israel zu orientieren (nach „SWB“). Libyen „verurteilte den Versuch, die Organisation (Islamische Konferenz – Anm. AK) im Interesse der US-Imperialisten zu nutzen. Die Teilnehmer der Konferenz müßten zuerst solche Fragen behandeln, die wesentlich für die arabischen Länder sind, wie Israels fortgesetzte Besetzung arabischen Landes, Sadats Kapitulationspolitik, der Aufmarsch des US-Militärs im Mittleren Osten und besonders die Etablierung von US-Militärstützpunkten in moslemischen Ländern“ (Rede des libyschen Delegierten, „TASS“ 27.1. lt. „SWB“, 29.1.80).

Die Vertreter des Iran stellten in einer Resolution die Verurteilung der US-Politik an die erste Stelle:

„1. Die Hände des US-Imperialismus aus den moslemischen Ländern zu vertreiben,
2. den sowjetischen Rückzug aus ... Afghanistan zu fordern“ („Teheran Home Service“, 28.1. lt. „SWB“, 30.1.80). Es folgen ausschließlich Forderungen gegen die amerikanische und israelische Politik.

Auf der anderen Seite hauptsächlich die Linie Saudi-Arabiens. Saudi Arabien forderte in einer Resolution die ausschließliche Verurteilung der Sowjetunion und konkrete Schritte gegen Afghanistan, wie:

„4. Nichtanerkennung des illegalen Regimes in Afghanistan...
5. die afghanische Mitgliedschaft in der Islamischen Konferenz aufzuheben
6. Abbruch der diplomatischen Beziehungen
7. Alle finanzielle, wirtschaftliche und kulturelle Hilfe einzustellen
8. das afghanische Volk mit Material und moralischer Hilfe auszurüsten“ („TAP“, 28.1. lt. „SWB“, 30.1.80).

Nun konnte sich diese Linie zwar nicht insgesamt durchsetzen, allerdings zeigen die Entscheidungen Ägyptens und Saudi-Arabiens bereits, in welche Richtung der rechte Teil nicht insgesamt durchsetzen, allerdings zeigen die Entscheidungen Ägyptens und Saudi-Arabiens bereits, in welche Richtung der rechte Teil der arabischen Staaten zu gehen gedenkt: Volle Unterstützung des rechten Widerstandes, Verurteilung und Sanktionen gegen die afghanische Regierung.

Asien-Australien-Kommission

Indira auf alten (Ab)Wegen?

Die ersten Maßnahmen der mit überwältigender Mehrheit gewählten Regierung Indira Gandhi lassen ungute Erinnerungen an die Zeit der Notstandsdictatur unter derselben Regierungschefin aufkommen. So verabschiedete das indische Parlament, in dem Indiras Congress (I)-Partei über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, ein Gesetz, nach dem Menschen ohne Gerichtsverfahren inhaftiert werden können. Es soll zwar gegen „Hamster und Schwarzmarkthändler“ gerichtet sein, jedoch wird in schlechter Erinnerung befürchtet, daß damit gegen oppositionelle Kräfte vorgegangen werden könnte.

Anfang letzter Woche nun kam es, wenn man der bürgerlichen Presse glauben kann, zum „Kalten Staatsstreich“ („SZ“, 19.2.80) Indira Gandhi. Was war geschehen?

Von der Zentralregierung wurden die Parlamente in neun indischen Bundesstaaten aufgelöst und die Regionalregierungen der Zentralgewalt in Neu Delhi unterstellt. Betroffen von dieser Maßnahme sind diejenigen Bundesstaaten, in denen die ehemalige Regierungspartei Janata bzw. regionale Parteien die Mehrheit bildeten.

Die Bundesstaaten, in denen linke Regierungen (KPI/KPI(M)) bestehen,

wurden (bisher) von dieser Maßnahme ausgespart.

Begründet wurde die Auflösung der Regionalregierungen mit „mangelnder Zusammenarbeit bei der Ratifizierung des Gesetzes, durch das die Reservierung von Parlaments- und Landtagssitzen für bestimmte Kasten und Stämme um zehn Jahre verlängert werden soll; die Wahrscheinlichkeit, daß die neuen Landesregierungen „fortschrittliche Maßnahmen“ in Zukunft blockieren werden; Verlust des Vertrauens durch die Wählerschaft“ („FAZ“, 20.2.80). Besonders der letzte Grund, die Diskrepanz zwischen dem Riesenerfolg der Congress(I)-Partei und den regionalen Regierungsmehrheiten, stimmt zumindest in zwei Fällen nicht. So hatte Indiras Partei in Uttar Pradesh und Bihar aufgrund der Zersplitterung der Janata-Partei und des Mehrheitswahlrechts zwar 51 (von 85) bzw. 30 (von 54) der Mandate erhalten, was aber jeweils nur 36% der Wählerstimmen entspricht.

So sehr das Auflösen der Regional-Parlamente demokratischen Grundsätzen widerspricht, so mutet es doch makaber an, wenn ausgerechnet der Vorgänger Indira Gandhi, Charan Singh, sich empört: „Der Faschismus schleicht wiederum

herum. Sein Appetit, alle Werte des öffentlichen Lebens zu verschlingen, bleibt unbefriedigt“ („FAZ“, 20.2.80); denn die damalige Janata-Regierung hatte nach ihrem Sieg 1977 exakt dieselbe Maßnahme durchgeführt. Verantwortlicher: der damalige Innenminister Charan Singh....

Daß man sich in der bürgerlichen Presse über die in der Tat undemokratischen Aktionen Indiras empört, während sonst derartige Skrupel nicht gerade zum Repertoire des hiesigen Journalismus gehören, hängt sicher mit der indischen Haltung zur Afghanistan-Frage zusammen, immerhin hatte Indien in der UNO der Verurteilung der sowjetischen Invasion nicht zugestimmt, die Ausrüstung Pakistans durch die Imperialisten scharf kritisiert und einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau nicht befürwortet. Ja, Indira Gandhi besaß sogar die Unverfrorenheit, mitten in der schönsten Kampagne gegen die Sowjetunion deren Außenminister Gromyko zu empfangen und mit ihm ein Gespräch „in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und der Herzlichkeit“ zu führen.

Asien-Australien-Kommission

Roll-Back in der Solidaritätsbewegung mit den indochinesischen Völkern

Seit einiger Zeit erleben wir in der Linken eine massive Strömung, die sich die Abrechnung mit dem »Mythos des Internationalismus« zum Ziel gesetzt hat. Dies ist ein Teil der Angriffe gegen den proletarischen Internationalismus als einen wesentlichen Teil des Marxismus-Leninismus.

Die revisionistische Entwicklung der VR China, Illusionen über eine schnelle sozialistische Entwicklung im befreiten Indochina und nicht zuletzt der Krieg Kampuchea/Vietnam haben wesentliche Teile der Vietnam-Solidaritätsbewegung in die Resignation getrieben und zu einem Teil direkt auf pro-imperialistische Positionen übergehen lassen. Wir haben bereits am Beispiel der Kampagne »Ein Schiff für Vietnam« versucht aufzuzeigen, wie unter der Flagge der »humanitären Hilfe« die imperialistische Strategie des Roll-Back gegen Indochina unwissentlich (?) unterstützt wird.

In der BRD haben wir es mit der »undogmatischen« Variante, vertreten vor allem von der »taz«, Cohn-Bendit und ähnlichen Leuten (vergl. »Kursbuch« 57) und

der offen pro-chinesisch/pro-imperialistischen Variante (KBW, »KPD«) zu tun.

Da die letztere derzeit nicht gerade über großen Einfluß verfügt, wollen wir uns mit den Vertretern der »undogmatischen« Variante etwas näher auseinandersetzen, Unterschiede zwischen beiden sind allerdings in der Praxis oft schwierig auszumachen.

Am Beispiel Kampuchea/Vietnam und an der Frage der sowjetischen Intervention in Afghanistan wird die Rolle deutlich, die diese Strömungen spielen. Als Vertreter einer Solidaritätsbewegung, die nicht die Augen vor den Realitäten verschließt, veröffentlichten wir in diesem AK einige Auszüge aus dem Buch Georg W. Alsheimers, »Eine Reise nach Vietnam«, das jedem, der noch bereit ist, Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zu üben, wärmstens empfohlen sei.

Aber zurück zu den »Undogmatischen« und zum Thema »Vietnam und die Linke«.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 45

Ein höchst dubioses »Testament«

Am 4.2. fand in Westberlin eine Diskussionsveranstaltung unter dem interessanten Thema »Vietnam und die Linke« statt. Den Part des warnenden Rufers gegenüber denjenigen, »die weiterhin blind »Solidarität mit Vietnam« forderten«, übernahm dabei ein Vertreter der »tageszeitung« (»taz«). Er präsentierte dem staunenden Publikum als Beleg für seine These ein »Testament der gefangenen Patrioten Vietnams«. Was da allerdings als sensationelles Dokument angepriesen wird, ist ein uralter Hut.

Bereits am 29. Mai 1978 stellte ein gewisser Doan Van Toai in Paris dieses »Testament« zusammen mit einer »Erklärung über die Menschenrechte« und einem »Dokument über das Gefängnisystem unter der vietnamesischen Regierung« vor.

Darin wird unter anderem behauptet, in Vietnam gebe es 800.000 politische Gefangene, und zwar hätte die Regierung »neben den 400.000 Soldaten, Offizieren und Funktionären des alten Regimes, die in Umerziehungslager gebracht wurden fast 400.000 weitere Personen eingesperrt, die anderen Kategorien angehören. Es sind Bauern, Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle, durchwegs Patrioten«. Die Behauptungen wurden von der französischen bürgerlichen Presse damals dankbar aufgegriffen oder wie die »taz« es ausdrückt, »hatten (sie) einen starken Einfluß auf die französische und amerikanische Vietnam-Bewegung, ja führte(n) praktisch zu ihrer Spaltung in zwei große Lager«.



Das ehemalige Altersheim Thi Nghe beherbergt keine »politischen Gefangenen«, sondern behinderte Kinder...

Allerdings vergißt die »taz« in ihrer undogmatischen Berichterstattung zu erwähnen, daß die sensationellen Dokumente bereits 10 Tage nach ihrer Veröffentlichung von der »Union generale des Vietnamiens en France« auf einer Pressekonferenz in wesentlichen Punkten widerlegt wurden.

Während sich die pauschale Behauptung von »800.000 politischen Gefangenen« natürlich nicht ebenso pauschal widerlegen lassen, liegt der Teufel auch hier im Detail, das diese Äußerungen auch erst so glaubwürdig machte, daß sie breiten Einzugs in die bürgerlichen Medien fanden.

Hier nur zwei Beispiele (aus der Broschüre »Vietnam — Questions d'actualité«): »Herr Doan Van Toai behauptet, daß die »Erklärung über die Menschenrechte« am 18. April 1977 auf dem Vorplatz der Kathedrale Notre-Dame von Saigon von 8 Personen verlesen wurde, darunter

— Herr Ton That Duong Ky, »Vizepräsident der FNL«

— Professor Pham Bieu Tam, »Vizepräsident der Vereinigung patriotischer Intellektueller Ho-Chi-Minh-Stadt«.

Herr Toai behauptet, daß diese 8 Personen unmittelbar darauf verhaftet wurden, er sie im Gefängnis getroffen habe und daß sie ihn zu ihrem Sprecher gemacht hätten.

Wir sind in der Lage zu behaupten, daß: 1. Herr Ton That Duong Ky, der niemals Mitglied der FNL war, sondern Generalsekretär der Allianz der nationalen demokratischen Kräfte und des Friedens (eine städtische Organisation, die zusammen mit der FNL im Juni 1969 die Provisorische Revolutionäre Regierung bildete), als Mitglied des Zentralkomitees der Vaterländi-

schen Front Vietnams gewählt wurde und als Mitglied des Sekretariats dieser Organisation im Januar 1977 diese wichtige Funktion immer noch ausübt. Im März 1978 (also ein Jahr nach seiner »Einsperrung«) hat Herr Duong Ky zweimal als Führer der Front in Ho-Chi-Minh-Stadt unseren Freund Huynh Trung Dong, Mitglied des Komitees der Präsidenten der Generalunion der Vietnamesen in Frankreich, empfangen. 2. Professor Pham Bieu Tam, ein berühmter Chirurg, unterrichtet immer noch an der Medizinischen Fakultät in Ho-Chi-Minh-Stadt«.

An anderer Stelle des »Dokuments« wird behauptet, in einem ehemaligen Altersheim (Thi Nghe) würden derzeit 2.000 Häftlinge gefangengehalten. »Es stellt sich heraus, daß dieses ehemalige Altersheim Teil eines Hilfsprojekts der »Brüderschaft Vietnam« ist. Reverend Tran Tam Tinh hat am 17. Mai 1978 dieses Zentrum besucht, das zum »Haus der jungen Triebe« Nr. 6 geworden ist. Diese Umbenennung rührt von der Tatsache her, daß seit der Befreiung einer der beiden Flügel des Gebäudes immer noch die Alten beherbergt, während der andere 296 Jungen und Mädchen im Alter von 3 bis 15 Jahren beherbergt, von denen mehr als ein Dutzend eine Zeit lang von der Organisation »Terre des Hommes« in der BRD gepflegt worden war« — also von Gefängnis auch hier keine Spur! (Der Reverend war übrigens auf der Pressekonferenz selbst anwesend und konnte noch weitere »Gefängnisse«, die in den »Dokumenten« genannt wurden, als Hirngespinnste entlarven).

Wie gesagt, all das wurde schon 1978 ausführlich dokumentiert. Warum jetzt in der »taz« diese alten Geschichten?

Wir erleben derzeit die Versuche vieler Linker der »Vietnam-Generation«, das damalige Engagement für den vietnamesischen Befreiungskampf nachträglich als Fehler zu erklären, was durch die angebliche »stalinistische« Entwicklung in Vietnam, den »zwischenstandenen gigantischen Militär- und Staats-Moloch, der der Heilung der Wunden mehr im Wege steht als sie zu beschleunigen« (»taz«, 8.2.80) begründet wird. Daß man dabei auf so dubiose und längst widerlegte Geschichten wie das »Testament« zurückgreifen muß, spricht allerdings nicht gerade für diese Thesen!

»Marche pour la Survie« — Eine Schmierkomödie

Seit längerer Zeit gibt es zwischen den Imperialisten und den internationalen Hilfsorganisationen (UNICEF, Rotes Kreuz), die nach wie vor das Pol-Pot-Regime als legitimen Vertreter Kampuchas anerkennen, auf der einen Seite sowie denjenigen, die Hilfsgüter an die kampucheanische Regierung in Phnom Penh liefern, heftige Auseinandersetzungen. Der jeweilige Standpunkt hängt natürlich mit der Nähe bzw. der Distanz zum imperialistisch/chinesischen Lager zusammen. Interessant ist dabei, daß die großen kirchlichen Organisationen dem Konsortium angehören, das seine Hilfsgüter nach Phnom Penh liefert. Deren Vertreter haben wiederholt bestätigt, daß die Spenden tatsächlich die notleidende Bevölkerung erreichen. Der ehemalige französische Missionar Jean-Louis Clavaud, der die Verteilung überwacht, bezeichnete die Zusammenarbeit mit den kampucheanischen Behörden als gut und »die noch bei der Verteilung der Güter bestehenden Schwierigkeiten führte der evangelische Geistliche darauf zurück, daß nach vierjähriger Herrschaft des Pol-Pot-Regimes die gesamte Infrastruktur und Verwaltung völlig neu aufgebaut werden müsse« (»SZ«, 7.2.80).

Dagegen ist bekannt, daß die von dem pro-imperialistischen Hilfsorganisationen gesammelten Hilfsgüter in die Flüchtlingslager in Thailand gehen und von den die Lager kontrollierenden Pol-Pot-Banden oder »Khmer-Serei«-Reaktionären zur Versorgung ihrer Truppen benutzt oder weiterverkauft werden. Eine neue Variante, »Hilfslieferungen« und Versorgung der Pol-Pot-Banden zu verbinden, brachten vor einigen Monaten die US-Imperialisten aufs Tapet: Sie wollten von Thailand aus mit einem Lastwagenkonvoi nach Kampuchea einfahren und dort ihre Ladung verteilen. Dieses plumpe Angebot verschwand nach den Protesten Kampuchas schnell wieder in der Versenkung.

In diesem Zusammenhang (und nicht in einem luftleeren »humanitären« Raum) muß das jüngst von mehreren Prominenten veranstaltete Spektakel gesehen werden. In einem »Marche pour la Survie« (Überlebensmarsch) wollten ca. 120 prominente Persönlichkeiten, darunter Joan Baez, Liv

Ullmann, Winston Churchill jr. und der sowjetische Dissident Alexander Ginsburg mit 20 Lastwagen von Thailand aus an die kampucheanische Grenze fahren, diese überqueren und in Kampuchea ihre gesammelten Arznei- und Nahrungsmittel verteilen. Besonders in der französischen Presse (»Le Monde«) wurde breit und wohlwollend über diese Aktion berichtet, an der auch die Organisationen »Medecins sans Frontieres« (»Ärzte ohne Grenzen«) und die AICF (»Internationale Aktion gegen den Hunger«) beteiligten.

Die Aktion war, was den praktischen Nutzen anbetrifft, von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Die kampucheanische Regierung machte mehrfach klar, daß der »Marsch« von ihr als Provokation betrachtet wird.

Neben der Public Relations für die beteiligten Prominenten — das Beispiel Rosalynn Carters, deren Foto mit einem ausgemergelten kampucheanischen Flüchtlingskind auf dem Arm durch die Weltpresse ging, mag manchen verlockt haben, sein Image aufzubessern — sollte diese Schmierkomödie die These untermauern, daß die kampucheanische Regierung humanitäre Hilfe im Grunde ablehnt. Peinlich ist nur, daß beispielsweise die AICF »bisher keinerlei Anfrage« (über Hilfe in Kampuchea, Anm. Asien-K.) »auf Zulassung an die kampucheanischen Behörden gestellt hat, während sie gleichzeitig ankündigt, Partnerschaften zwischen Städten in Frankreich und in Kampuchea zu bilden« (»Le Monde«, 31.1.80).

Interessant auch, daß die Aktion »mit Einverständnis der thailändischen Behörden und dem Segen der Roten Khmer und der Nationalen Befreiungsfront des Khmervolkes« (eine der reaktionären Gruppierungen in Thailand) durchgeführt wurde (»Le Monde«, 5.2.80).

Demgegenüber bezeichneten selbst die UNICEF-Vertreter das Spektakel als »Ärgernis« und »weitle Prominentenschau«, was auch durch dessen Ablauf unterstrichen wird, wo es Reibereien darum gegeben hatte, »wie der zwei Kilometer lange Marsch zu dem Grenzübergang genau ablaufen und wer ihn anführen sollte« (»SZ«, 7.2.80).

Um den reichlich angereisten Journalisten wenigstens etwas zu bieten, nachdem der Einmarsch nach Kampuchea nicht geklappt hatte, spendeten die Prominenten dann in einem Flüchtlingslager je einen halben Liter Blut. »Joan Baez sang, umringt von Flüchtlingen, mehrere Lieder. Ginsburg fühlte sich vom Anblick einer alten Nähmaschine in der Lagerwerkstatt an seine Haft in der Sowjetunion erinnert« (ebenda). Offensichtlich hatten die Teilnehmer Ort, Zeit und Bedingungen ihres Zuges nicht ganz passend ausgesucht; auf dem Kölner Rosenmontagszug, unter den Augen von Millionen Fernsehzuschauern, hätte ihr Umzug sicherlich einen würdigeren Rahmen gehabt (vor allem wäre den Lagerbewohnern ihre Statistenrolle erspart geblieben).

Asien-Australien-Kommission

Buchbesprechung: »Eine Reise nach Vietnam« Eine außergewöhnliche Liebeserklärung

„Dieses Buch ist eine Liebeserklärung: An das Vietnam der Befreiung, an das befreite Vietnam. Ich mache sie, indem ich alles, was ich auf meiner Reise dorthin sah, alles, was ich dabei empfand, hier sage, nichts verleugne, nichts zu beschönigen suche. Die rosaroten Schleier der Verliebtheit mußten dazu fallen, wie stets, wenn Verliebtheit in ein engeres Zusammenleben münden soll. Das war schmerzhaft, führte mich in eine Krise. Übriggeblieben ist eine unerschütterliche Zuneigung, die nun auch Schwächen und Gefahren sehen kann, ohne daran zu zerbrechen.“

Erich Wulff beschreibt in seinem Buch »Eine Reise nach Vietnam« die Rückkehr in ein Land, in dem er von 1961 - 67 als Arzt gearbeitet hat — mitten im Aggressionskrieg der US-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk. Er hat bei seiner Arbeit die Leiden dieses Volkes unmittelbar erfahren — aber auch seinen Kampf gegen die größte Militärmaschine der Welt. Und er hat das in seinen Möglichkeiten stehend getan, um es in diesem Kampf zu unterstützen.

1968 veröffentlichte er unter dem Pseudonym Georg W. Alsheimer (unter dem auch sein neues Buch erscheint) die »vietnamesischen Lehrjahre«, die Erfahrungen seiner Arbeit in Vietnam.

Heute ist er Vorsitzender der »Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der BRD und der SR Vietnam«.

1979 hatte er erstmals nach der Befreiung Gelegenheit, das Land und die Städte, in denen er so viele Jahre gelebt, gearbeitet und gekämpft hatte, wiederzusehen.

Diese Rückkehr ist verbunden mit unerwarteten Hindernissen, die ihm vorübergehend wie ein »Horrortrip« vorkommen.

In seinem Buch, in dem alle diese Empfindungen, Ängste, aber auch

konkreten Kritiken niedergeschrieben sind, spricht aus jeder Zeile der aufrichtige Freund des vietnamesischen Volkes, der ohne Rücksicht auf eine vorgegaukelte »Ansichtskartenswelt«, wie man sie insbesondere aus den DKP-Berichten über Vietnam kennt, Schwächen aufzeigt, unbequeme Fragen stellt — aber all das in einer solidarischen Weise. Daß ein solches Buch gerade die Gegner Vietnams reizen würde, um es in ihrem Sinne auszunutzen, hat er vorausgesehen. Und so werden denn im berichtigten »Kursbuch 57«, das den Abgesang gewisser Linker aus der »Vietnam-Generation« an die internationale Solidarität dokumentiert, Passagen abgedruckt, »an dessen Auswahl und Zusammenstellung« der Autor durch »ein Zusammentreffen widriger Umstände« nicht hat teilhaben können.

Im Vorwort seines Buches hatte Erich Wulff einen solchen Mißbrauch seines Buches durchaus vorhergesehen: »Ich weiß, man wird es ausschlagen, vor allem meine und Vietnams Gegner werden es tun (sie wären beschuert, wenn sie es nicht versucht). Dagegen kann ich mich nur dadurch wehren, daß ich ihnen schon hier erkläre: jedes herausgeschnittene Zitat, ja jede einzelne Szene, auf die sie sich berufen, ist eine Lüge, stammt nicht von mir. Wahr werden sie alle erst als Stationen dieser Reise.«

Als ehemals aktiver Unterstützer der Sache des vietnamesischen Volkes in Vietnam ist Erich Wulff besonders daran interessiert, mit ehemaligen Mitkämpfern und Freunden zu sprechen. Mit den offiziellen Versionen über bestimmte Fragen ist er nicht von vornherein einverstanden, und er scheut sich auch nicht, vor prominenten Vertretern diesen offensichtlich peinliche Fragen zu stellen, denn er ist der Meinung, daß »auf lange Sicht — kein

Engagement sich auf eine Schein- oder Wunschwelt gründen kann«.

In einer Diskussion in Ho-Chi-Minh-Stadt (Ex-Saigon) stellt er die Fragen nach den Umerziehungslagern. Vorher erklärt er, warum: »sie würden uns, der Solidaritätsbewegung, von unseren Massenmedien, aber auch von ehrlichen Freunden Vietnams nahezu täglich gestellt. Wozu jetzt noch Umerziehungslager, nach dem Ablauf der für sie vorgesehenen Dreijahresfrist? Wieviel Insassen gibt es noch in den Lagern, und wer sind sie? Wie steht es mit den Flüchtlingen? Weshalb verlassen sie jetzt das Land?«, Fragen zum Buddhismusprozeß, dem Tod eines ihrer Führer im Gefängnis.

„Einen Augenblick lang ist es ganz still im Saal. Ich bin offenbar wieder in ein Fettnäpfchen getreten.“

Abgesehen davon, daß er zunächst etwas unwirsch behandelt wird, befriedigen ihn die Antworten auf seine Fragen nicht, wobei man ihn in die Nähe der Verfechter der Carterschen Menschenrechtskampagne zu rücken versucht. »...aber dadurch, daß die Imperialisten die Sache propagandistisch auszuschlachten versuchen, ist sie doch nicht aus der Welt. Darf man, wenn man solidarisch ist, keine Fragen mehr stellen?«

Schlummer: keine Fragen mehr haben? Darf man nur noch offizielle Versionen schlucken und diese unverdächtig weitergeben, ganz gleich wie lückenhaft sie sind und ob außer den von vornherein schon überzeugten irgend jemand sie abnimmt?

Zentraler Punkt seiner Krise in Vietnam ist der Versuch, mit ehemaligen Freunden zu sprechen. Wenn er in Ho-Chi-Minh-Stadt sein Hotel verläßt, hat er stets einen Schatten, der ihn sogar bis in die Stube der Genossen verfolgt, deren Besuch ihm schließlich gelingt.

Für den Besuch in Hue, wo er sechs Jahre lang gelebt hat, wird ihm

erst nach zäher Auseinandersetzung ein zweiter Tag bewilligt. Auch dort hat er das Gefühl, daß man ihn von einem Treffen mit seinen Freunden abhalten will. »Die Befreiung, das war für mich immer auch die Hoffnung, meine Freunde in Freiheit wiederzusehen, von ihnen zu hören, wie es ihnen seit unserer Trennung ergangen ist, mit ihnen durch die Stadt zu flanieren, sie zu Haus besuchen. Ich werde nicht nach Vietnam zurückkehren, bis das auch für einen Ausländer wie für mich gestattet ist. Natürlich werde ich zu Hause meine Solidaritätsarbeit weitermachen, aber bis dahin mit Bitterkeit im Herzen«, schreibt er auf dem Höhepunkt seiner Krise an seinen Freund Tuong, den er später doch trifft (und den Brief nicht abschickt). Wenn er auch später erkennt, daß für seinen Horrortrip auch die in ihm durch die Überwachungspraktiken zum Klingen gebrachten Auswirkungen der antievietnamesischen Kampagne hier verantwortlich sind, so spielt dabei auch das Mißtrauen der vietnamesischen Partner ihm gegenüber eine wichtige Rolle. »Wäre es nicht geboten gewesen, mir zu sagen: »Lieber Freund, wir haben wieder Krieg, Du mußt verstehen, daß wir Deine Kontakte wie die jedes andern Ausländers vollständig überwachen müssen. Wir haben nicht die Zeit gehabt, zu überprüfen, ob Du auch ganz bestimmt kein CIA-Agent bist. Du kannst Deine Freunde sehen, aber nur in unserer Gegenwart.« Er hätte zwar auch eine solche Erklärung nicht geschluckt, sondern etwa gefragt: »Gebt doch zu, daß Ihr nicht einmal Euren Freunden zutraut, Eure Schwierigkeiten, die unabwendbaren und die abwendbaren, zu verstehen und deshalb auch vor ihnen verbergen wollt, das ist der wahre Grund für die Beschränkungen, die Ihr mir auferlegt. Aber ich hätte immerhin noch die Wahl gehabt, entweder

offen mitzuspielen oder aber meinen Besuch auf einen geeigneteren Zeitpunkt zu verschieben. Stattdessen macht Ihr die Gründe für die Überwachung: die wirklichen wie diejenigen, die Ihr Euch selber einredet, zum Tabu und verlangt von mir das Bekenntnis, das alles geschehe nur zu meiner eigenen Sicherheit. Nein, so spiele ich nicht mit!«

Doch als er diesen Mechanismus durchschaut hat, der hinter dem Vorspiegeln einer heilen Wiederaufbauwelt steht, schwindet zwar nicht seine Kritik an einer solchen Haltung Freunden Vietnams gegenüber, aber seine irrationale Angst, die ihn sich schon als Verhafteten sehen ließ, kann er abschütteln und seine kritisch-solidarische Haltung zu dem Prozeß, der in Vietnam abläuft wird gestärkt.

Das Buch beschreibt zwar seine sehr persönliche Rückkehr nach Vietnam, aber man kann auch Informationen über den konkreten Ablauf der Umgestaltungen entnehmen. Etwa beim Besuch einer Schule, in der ehemalige Prostituierte umerzogen werden.

In Hue wurde nach der Befreiung 1975 die Psychiatrie geschlossen und »die meisten Kranken hätten sie einfach heimgeschickt und zu Hause weiterbehandelt«.

Wer früher für das vietnamesische Volk auf die Straße gegangen ist, wer heute Fragen über die tatsächliche Situation im Land hat — also im Grunde genommen jeder Sozialist und Demokrat, sollte dieses Buch unbedingt lesen.

Ho., Asien-Kommission

Georg W. Alsheimer
»Eine Reise nach Vietnam«
Suhrkamp Taschenbuch 628
7,- DM

Podiumsdiskussion über Afghanistan

Göttingen. Trotz nur knapp zweitägiger Mobilisierung und mehrerer attraktiver Veranstaltungen am gleichen Abend, kamen fast 100 Leute zu einer Podiumsdiskussion über Afghanistan. Veranstalter waren das „Göttinger Friedensbündnis“, ein lockerer Zusammenschluß antimilitaristischer arbeitender Gruppen (SÖZDL, DFG-VK, GA, AG Frauen & Bund, KB, AG Kriegsspielzeug), die sich seit den „Friedenswochen“ im letzten Jahr treffen und über gemeinsame Aktivitäten diskutieren, sowie einige Romanistik-Student(innen), die zuvor schon in einer Unterschriftensammlung für „reale Abrüstung in Ost und West“ und Verzicht auf „militärische und ökonomische Sanktionen“ der BRD eingetreten waren. Unterstützt wurde die Veranstaltung außerdem vom AStA.

Auf dem Podium saßen Vertreter von SPD, DKP und den GRÜNEN; CDU und FDP hatten auf die Einladung nicht reagiert.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einem Referat zur Geschichte, innere Situation und Rolle des Islam in Afghanistan. In einem zweiten Referat ging ein Vertreter der SÖZDL auf die Vorgeschichte des Konflikts ein und vertrat die These, daß die gegenwärtige Konfrontation von den USA eingeleitet worden sei (SALT II, Kuba-Krise, Nato-Nachrüstung, Eingreiftruppe) und daß die Intervention der Sowjetunion im Wesentlichen eine Reaktion auf die aggressive Politik der USA sei.

Der Vertreter der SPD, ein „linker“ Professor, sah es in der gegenwärtigen Situation für besonders wichtig an, durch „Festhalten an der Entspannung“ eine „minimale Chance“ zu wahren, einen „Kurs ohne Geschrei zwischen den Großmächten“ fahren zu können.

seren Erfolg – durch Verlesen diverser Abkommen und Verträge, die sowjetische Intervention zu rechtfertigen. Sie entsprechen den „völkerrechtlichen Normen“. Es gehe derzeit keine Weltkrise, sondern nur eine Krise des Imperialismus. „Die Entspannungspolitik“, die auch den Völkern des Westens viele Vorteile gebracht habe, sei nicht gescheitert oder gar beendet; zumindest sei ihm keine Erklärung der UdSSR bekannt, daß sie nicht mehr daran festhalten wolle. Grundsätze wie die friedliche Koexistenz, die territoriale Integrität und die Regelung von Konflikten mit friedlichen Mitteln seien nach wie vor gültig.

Der Vertreter der GRÜNEN führte in seinem leider etwas langatmigen und arg wahlkämpferischen Beitrag aus, daß der Einmarsch der SU durch nichts zu rechtfertigen sei und die imperialistische Politik von USA und UdSSR inzwischen sehr ähnlich sei. Es sei zwar richtig, daß die Abrüstungsverhandlungen lediglich kontrollierte Aufrüstung gebracht hätten; es bleibe aber die ungelöste Frage: was statt dessen? Er kritisierte ausführlich die SPD-Politik und meinte, die „minimale Chance“ sei spätestens auf dem SPD-Parteitag vertan worden.

Die weitere Diskussion schwankte immer zwischen innerer Situation Afghanistans und Kritik der SU-Politik hin und her, was der Fruchtbarkeit etwas abträglich war. Das Problem der US-Politik fiel ganz heraus. Bemerkenswert war nur noch ein Beitrag des KBW, der sich für einen Olympia-Boykott aussprach, aber „nicht für den von Carter, sondern für den, den die Völker fordern“.

Insgesamt war es jedoch ein erfolgversprechender Beginn einer notwendigen Diskussion.

Z., KB Göttingen

Solidarität mit Sacharow? »Andre Länder — andre Sitten«?

Im „ARBEITERKAMPF“ 170 (S. 53) hat ein Genosse oder eine Genossin der RGW-Kommission bereits einiges zur Person Sacharows gesagt (daß es sich bei ihm nämlich um einen streitbaren Reaktionär handelt), seine Verbannung als „fragwürdige Maßnahme“ kritisiert, und ansonsten schließlich gewarnt: „Linke, die jetzt zur Solidarität mit Sacharow aufrufen, sollten sich überlegen, WEM sie damit dienen...“ — Hierzu ein kurzer Erfahrungsbericht aus Frankreich:

Französische Linke: Für den Boykott der olympischen Spiele in Moskau

Einleitend und zum besseren Verständnis ist zu sagen, daß die nicht-revisionistische und nicht-trotzkistische Linke in Frankreich seit langer Zeit gegen die Olympischen Spiele in Moskau mobilisiert, das heißt, hauptsächlich seitens unorganisierter Linker — und weniger seitens der „ML“er — wurden seinerzeit die COBA (Komitees für den Boykott der olympischen Spiele in Argentinien) umgehend in COBOM's (Komitees für den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau) umfunktioniert. Die mit dem KB befreundete französische Organisation OCT unterstützte diesen „Umwandlungsprozeß“ von Anfang an. Für sie stellt heute die Kampagne gegen die Spiele in Moskau sogar einen ihrer Hauptschwerpunkte dar, ausgehend einerseits von der Theorie der „Gleichberechtigung der Imperialismen“ (d.h. daß beide, SU wie US-Imperialismus, gleichermaßen zu bekämpfen seien und nicht der eine zugunsten des anderen zu verschonen sei, wobei in der Praxis das Gewicht auf den Kampf gegen den eigenen — französischen — Imperialismus zu le-

gen sei) und andererseits, weil hier gute Möglichkeiten gesehen werden, die Widersprüche der PCF-Basis zu ihrer Parteiführung voranzutreiben.

Solidaritätsdemonstration mit Sacharow

Zum 30.1.80 riefen verschiedene „Dissidenten“, auch linke wie z.B. Pliouch, und das „Komitee Menschenrechte 80“, eine eher rechts angesiedelte Gruppe, deren spezielles Anliegen die Situation in der UdSSR ist, zu einer Protestkundgebung zugunsten Sacharows (oder Solidaritätskundgebung, wie mensch will) vor der sowjetischen Botschaft in Paris auf. Unterstützt wurde dieser Aufruf von den COBOM (und somit auch von der OCT) und der „Liga für Menschenrechte“, eine demokratische Organisation, die sich auch hier in Frankreich gegen die Verletzung der Menschenrechte einsetzt. Daneben mobilisierte aber auch die faschistische PFN zu der Kundgebung.

Es kamen ca. 300 Menschen, hundert davon waren Faschisten. Angesichts deren massiver Anwesenheit gingen die Linken bald dazu über, nicht nur Parolen für die Freiheit Sacharows und die „Freiheit in der UdSSR“ zu rufen, sondern auch antifaschistische und gegen den US- und französischen Imperialismus gerichtete. Was die Faschisten ihrerseits „veranlaßt“ (in Wirklichkeit waren sie ja wohl deshalb gekommen), „Kommunisten — Mörder“ und anderes Geschrei gleichen Kalibers anzustimmen.

Die COBOM zogen sich daraufhin sofort von der Bildfläche zurück, während die anderen (OCT, Autonome, Menschenrechtsliga, „Komitee 80“) einen Demonstrationzug zu for-

mieren begannen. In diesem Augenblick holten die Faschisten ihr PFN-Transparent hervor, um sich damit offensichtlich der Demonstration anzuschließen. Als Linke ihnen das Transparent abnehmen wollten, kam es zu sehr handgreiflichen Auseinandersetzungen, wobei die Faschisten Schlagstöcke und Eisenstangen hervorholten, um damit auf die Linken, die für derartige Konfrontationen überhaupt nicht gerüstet waren, einzuschlagen. Das „Komitee 80“ rief zur Auflösung auf. Zurück blieben noch ca. 30 Linke, die, noch bevor sie abziehen konnten, von der Hundertschaft Faschisten angegriffen und dann durch die Pariser Straßen gejagt und verfolgt wurden. Ein Genosse der OCT wurde dabei von fünf Faschisten bis zur Bewußtlosigkeit zusammengeschlagen, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Nicht das erstmal ...

Dies war übrigens nicht das erstmal, daß sich französische Linke „in Sachen UdSSR“ in ein und derselben Demonstration mit Faschisten wiederfanden. Im Sommer 1978 hatte es bereits einmal eine Mammutdemonstration „für die Freiheiten in der UdSSR“ gegeben, an der mit Ausnahme der PCF alle, aber auch alle politischen Gruppierungen der französischen Gesellschaft teilgenommen hatten; zunächst die rechten Regierungsparteien mit einer prominenten Delegation; dann aber auch die Eminenzen der sozialdemokratischen PS, die gesamte revolutionäre Linke von den „ML“ern und der trotzkistischen LCR über die OCT zu den Anarchisten und den Autonomen; zugleich aber hatten sich auch Zionisten und Faschisten diese Gelegenheit nicht entgehen lassen. (Ich hoffe, ich habe niemanden „von Rang und Namen“ vergessen?) — Zu „größeren“ faschistischen Übergriffen kam es anlässlich dieser Demonstration nicht — die Angriffe einiger Zionisten auf Palästinensertrüger Linke spielten sich mehr am Rande ab.

Eine Genossin aus Frankreich
EINE SCHÖNE AUS FRANKREICH

Jugoslawien: Spielball imperialistischer Interessen?

Seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan, die mit dem sehr ersten Gesundheitszustand Titos zusammenfiel, machen sich imperialistische Politiker und Publizisten lautstark Gedanken über die jugoslawische Unabhängigkeit.

Wenige Tage nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan berichtete die „Neue“ über ein geheim gehaltenes Seminar der österreichischen Landesverteidigungsakademie. Die „Arbeitsgrundlage“ des Seminars ging davon aus, daß in Jugoslawien sich in der Folge innerer Unruhen „Untergrundorganisationen ... mit ausländischer Unterstützung“ bilden könnten, daß die Teilrepublik „in zunehmendem Ausmaß ... die Regierungsgewalt an sich zu ziehen“ versuchen würden; der bulgarische Rundfunk habe einen „Hilferuf“ der bulgarischen Minderheit in Jugoslawien veröffentlicht. Auf dieser Grundlage wurden Überlegungen zur Militarisierung Österreichs angestellt (»Neue« vom 9.1.80). Am gleichen Tag meldete das »Handelsblatt«, »Jugoslawien gelten schon besorgte Überlegungen« in Bonn. »Genscher denkt hier vor allem an eine sowjetische Intervention in Jugoslawien«.

Worum es dem Imperialismus bei dieser Kampagne geht, machte die »Frankfurter Allgemeine« bereits am 15.1. deutlich: »Die Politik der Blockfreiheit erscheint alles andere als eine Sicherheitsgarantie (für Jugoslawien — AK). Dies sieht man in Belgrad wohl ein ... So fehlen Jugoslawien heute Sicherheitsgarantien seitens der westlichen Staatenwelt und jene Intensität der Bindungen, die ein Einstehen des Westens für Jugoslawien auch ohne formelle Absprache selbstverständlich machen würden.«

Carter hat inzwischen öffentlich erklärt, »im Falle eines jugoslawischen Hilferufs (ohoh!) würden Amerika und seine Verbündeten die notwendigen Schritte zur Erhaltung der Unabhängigkeit des kommunistischen Staates vornehmen.« (»FAZ«, 15.2.); »die Frage eventueller militärischer Hilfe sei von den USA mit den europäischen Verbündeten mehrmals erörtert worden« (»SZ«, 15.2.). Damit habe Carter, so die »Süddeutsche«, »nunmehr auch in Europa gegenüber der Sowjetunion die Grenze des amerikanischen Interessensbereichs unübersehbar und nachdrücklich abgesteckt. Margaret Thatcher bestätigte prompt, auch Großbritannien werde »alles in unserer Macht stehende tun«, um eine »Gefahr für die Unabhängigkeit Jugoslawiens« abzuwenden (»SZ«, 17.1.).

Einen solchen Kurs hatte F.J. Strauß schon Anfang Januar in der »Welt« gefordert: »Wir stellen uns doch schon seit Jahren in der Öffentlichkeit und im vertraulichen Kreis die Frage, was geschieht, wenn Tito die Zügel der Regierung Jugoslawiens aus der Hand legen muß. Ich glaube, daß nur eine energische spürbare Reaktion der

Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Bündnispartner als Folge der Ereignisse in Afghanistan hier die Sowjetunion zu einer gewissen Zurückhaltung veranlassen könnte« (5./6. Januar).

»Zwei große politische Vorstellungen« bedürften, schrieb die »FAZ«, nach Afghanistan »der Überprüfung: die Blockfreiheit und die Entspannung« (»FAZ«, 8.1.). Die Länder der Dritten Welt könnten ihre Unabhängigkeit angesichts der Bedrohung aus dem Osten »nur durch Anlehnung an den Imperialismus erhalten. Jugoslawien wurde vorgeworfen, daß es »ohne Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen« nicht aufhöre, die »These von der gemeinsamen Schuld der Supermächte« zu vertreten, und daß Außenminister Mimic einen Zusammenhang zwischen der NATO-Aufrüstung und der sowjetischen Intervention in Afghanistan herstellte (»FAZ«, 12.2.).

Der Imperialismus versucht, die Situation für eine stärkere Einbindung Jugoslawiens in das »westliche Sicherheitssystem« zu nutzen. Die seit 1976 laufenden Verhandlungen zwischen Jugoslawien und der EG wurden im Januar forciert und stehen kurz vor dem Abschluß. Von Anfang an wurde insbesondere von der BRD versucht, mit diesem Abkommen politischen Druck auf Jugoslawien auszuüben. Die Verhandlungen scheiterten zunächst an den von der EG abgelehnten Forderungen Jugoslawiens, durch Zollzugeständnisse eine weitere Eskalation des riesigen jugoslawischen Außenhandelsdefizits zu verhindern.

Am massivsten wurde der Druck auf Jugoslawien anlässlich der Freilassung von vier westdeutschen Terroristen in Jugoslawien 1978. Ganz offen stellte die bürgerliche Presse die Frage, ob man mit so unzuverlässigen Partnern Abkommen schließen sollte. »Die Probleme des geplanten Abkommens rühren vor allem daraus, daß Belgrad wegen seiner blockfreien Politik für ein Präferenzabkommen nach dem Muster anderer Mittelmeerländer nicht in Frage kommt« (»Welt«, 8.1.79).

Derartige »Bedenken« scheinen anderen Erwägungen zum Opfer gefallen zu sein, denn laut »Handelsblatt« können die Verhandlungen »jetzt als abgeschlossen gelten« (5.2.80). Damit wird die Einbindung Jugoslawiens in die EG eine neue Stufe erreichen. Die EG ist heute bereits mit über 70 % an dem jugoslawischen Außenhandelsdefizit von fast 5 Milliarden US-Dollar beteiligt, wovon wiederum die BRD den größten Anteil hält. Demgegenüber gibt es im Handel Jugoslawiens mit dem RGW kein nennenswertes Defizit.

Die Verflechtung Jugoslawiens mit dem Imperialismus ist nicht auf die Wirtschaft beschränkt. Im Mai 1979 verhandelten Jugoslawien und die USA über eine »Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften beider Länder« (TANJUG, 7.5.79). Für die USA wurden die Verhandlungen in Bel-

grad von dem Oberbefehlshaber der NATO und der US-Truppen in Europa, Rogers, geführt (»SZ«, 9.5.79). Ähnliche Gespräche fanden im gleichen Zeitraum mit Frankreich statt.

Vor diesem Hintergrund muß tatsächlich davon ausgegangen werden, daß Jugoslawiens Politik der Sowjetunion ein »Dorn im Auge« ist; zudem spielt Jugoslawien eine nicht unerhebliche Rolle bei der »Aufweichung« des RGW und den Isolationsversuchen gegenüber der SU innerhalb der Blockfreien-Bewegung.

Das imperialistische Geschrei allerdings über die »unmittelbare Bedrohung« Jugoslawiens durch die Sowjetunion soll davon ablenken, daß die jugoslawische Unabhängigkeit nicht nur bedroht, sondern massiv demonstriert ist durch die engen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zum Imperialismus.

Jugoslawien zur Interventions- und Kriegsgefahr

Der Sekretär des Präsidiums des ZK des BJK erklärte Ende Januar, es drohe, ausgelöst durch »turbulente Ereignisse im Rahmen der interaktionalen Beziehungen ... eine Phase, die gefährlicher als die Zeit des sogenannten Kalten Krieges werden könnte. ... Die Hauptursache für die Verschlechterung der internationalen Lage ist gerade die zunehmende Konkurrenz zwischen den Großmächten und Blöcken, ihr Wettrüsten und die Politik der Einfluß- und Interessensphären zusammen mit der zunehmend betonten Rolle des Militärs und der Zunahme von Gewaltanwendung, bewaffneten Interventionen und anderen Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Länder« (nach Monitor-Dienst, 30.1.).

Jugoslawien hält es in dieser Situation für angeraten, durch Alarmbereitschaft der Truppen, teilweise Mobilisierung der Reservisten und ähnliches seine »Abwehrbereitschaft« gegen den angeblich drohenden sowjetischen Einmarsch zu demonstrieren. Das ging soweit, daß der Generalstabschef Jugoslawiens behauptete, daß »gegenwärtig die Truppen einiger Nachbarländer (Ungarn und Bulgarien — AK) Jugoslawiens nahe der Grenzen« üben würden (»SZ«, 28.1.). Die »Welt« zitierte dazu eine Wiener Zeitung, nach der sich sowjetische Soldaten »im bulgarischen Teil Mazedoniens« aufhalten sollten (4.2.). Bislang gab es in Bulgarien keine sowjetischen Truppen und es fehlt der Beweis, daß sich das wirklich geändert haben sollte. Allerdings gibt es zwischen Bulgarien und Jugoslawien schon des längeren Differenzen um die Zugehörigkeit Mazedoniens, das zum Teil zu Jugoslawien, zu Griechenland und zu Bulgarien gehört.

Bulgarien hat dazu erklärt, daß es »keinerlei Gebietsansprüche gegen

Jugoslawien« stelle (»SZ«, 13.2.).

Als »konstruktiven Beitrag« hat Jugoslawien die albanische Stellungnahme begrüßt, in der es hieß: »Wenn sich die Frage der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit Jugoslawiens gegen — egal welchen — imperialistischen Aggressor stellt, (werden) die Albaner und Jugoslawen wieder, wie in der Vergangenheit, gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind kämpfen« (»FAZ«, 2.2. und »Roter Morgen«, 1.2.). Die Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien haben sich anscheinend verbessert. Im letzten Jahr wurde ein Vertrag über eine Eisenbahnlinie zwischen Titograd (Jug.) und Skodra (Albanien) unterzeichnet, der Albanien die erste Eisenbahn-Verbindung ins Ausland bringt. Ende 1979 besuchte der jugoslawische Bundessekretär für Außenhandel Albanien.

Im Unterschied zur Praxis der RGW-Staaten und Chinas hat Albanien in der Bereits zitierten Erklärung betont, daß es seine Kritiken am »antimarxistischen Selbstverwaltungssystem« Jugoslawiens nicht einstellen wird; an den »unüberbrückbaren ideologischen Differenzen mit der jugoslawischen Führung« hält Albanien nach wie vor fest.

Stabil und vereint »wie nie zuvor«?

Glaubt man den offiziellen jugoslawischen Statements bezüglich der Spekulationen über die »Zeit nach Tito«, dann gibt es höchstens eine Gefahr von Außen. Das Land sei so vereint und stabil wie nie zuvor. Tatsächlich jedoch gibt es jede Menge Zündstoff. Mit dem »Selbstverwaltungssozialismus« wurde eine Inflation von 24 % erreicht, die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell mit rund 350.000 registrierten Arbeitslosen über 10 % (nicht gerechnet die 1,3 Mio »Arbeitsmigranten«); die Verflechtung der jugoslawischen Wirtschaft mit dem Imperialismus belastet diese schwer. Auch die jugoslawische Landwirtschaft, die zum überwiegenden Teil von Privatbauern betrieben wird, steht vor massiven Problemen. Immer mehr vor allem jüngere Menschen verlassen das Land, weil die kleinen Höfe

keine Existenzgrundlage bieten; die Analphabetenquote auf dem Land liegt bei 20 % und »die Unterernährung der Landbewohner ist eine gut bekannte Tatsache«. Bodenspekulation und Verschuldung der (kleinen) Höfe sind weitere ungelöste Probleme (Stipetic: »Die jugoslawische Landwirtschaft«, herausgegeben vom BJK-Verlag »Sozialistische Theorie und Praxis«).

Auch das Nationalitätenproblem ist in Jugoslawien alles andere als gelöst. Aus den letzten Jahren bekannt wurden »Unruhen« in Kroatien (der »Kroatische Frühling« Anfang der 70er) und aus der überwiegend von Albanern bewohnten Provinz Kosovo, in der es relevante Tendenzen zur Autonomie bzw. zum Anschluß an Albanien gibt. Lt. »Spiegel« verhaftete das Tito-Regime allein im letzten Halbjahr mehrere hundert Albaner (6/80). Hinweis auf die aktuelle Brisanz der Nationalitätenfrage sind außerdem die ständigen Warnungen der jugoslawischen Regierung vor »bürgerlichen Nationalisten« und »Kominform-Elementen« (damit sind sowjetfreundliche Kräfte gemeint) und das sehr rigide Umspringen mit oppositionellen Kräften (von hohen Haftstrafen bis zum »Durchsäubern« des Parteiapparats).

Die immer wieder behaupteten Differenzen innerhalb der jugoslawischen Führung können wir schlecht beurteilen, denn die bürgerliche Presse ist mit Informationen und erst recht mit Quellenangaben mehr als knauserig, und offiziell gibt es Derartiges schon gar nicht. Allerdings wird in Statements der BJK-Spitze des öfteren vor »nationalistischen« und »etatistischen« Tendenzen innerhalb des BJK gewarnt und zu »erhöhter ideologischer Wachsamkeit« aufgerufen.

Wir schrieben im AK 50 im Oktober 1974 über Jugoslawien, »daß dieses strategisch zentrale Mittelmeerland ein Pulverfaß innerer Widersprüche ist«, was sowohl dem US- und EG-Imperialismus als auch der Sowjetunion Anlaß zur Einmischung geben und somit zum »Brandherd eines neuen imperialistischen Krieges« werden könnte. Das gilt heute noch mehr.

RGW-Kommission

Papst beleidigt — Anklage!

Jugoslawische Behörden haben im Januar Anklage gegen die Redakteure der Studentenzeitung »Telex« erhoben. Ihnen wird vorgeworfen, ein ausländisches Staatsoberhaupt beleidigt zu haben. Bei diesem Staatsoberhaupt handelt es sich um Herrn Woilyta aus Polen, bekannt unter dem Pseudonym Johannes Paul II. Die Redakteure von »Telex« sollen diesen Herrn im Zusammenhang mit einem Interview mit der italienischen

Journalistin Oriana Fallaci beleidigt haben.

Kurz zuvor, zur Jahreswende, hatte Vladimir Bakaric, Mitglied des Staats- und Parteipräsidiums erklärt, Atheismus oder atheistische Propaganda gebe es in Jugoslawien schon lange nicht mehr. Bakaric beschwerte sich über »Sektierer«, die dies noch nicht begriffen hätten.

RGW-Kommission

Das SB und die Linke

Interview mit zwei Genossen des Sozialistischen Büros



Über die internen Debatten im Sozialistischen Büro, die Grünen, über Bahro und die geplanten sozialistischen Konferenzen/Kongresse in diesem Jahr sprachen wir am 19.2. mit Jens Huhn und Horst-Dieter Zahn, beides Sekretäre des SBs (Offenbach). Horst-Dieter ist außerdem Mitglied des Arbeitsausschusses des SBs.

AK: Ihr hattet am vergangenen Wochenende eine Arbeitsgruppentagung in Hannover, über die in der Presse unterschiedlich berichtet worden ist. Wenn ich die »TAZ« lese, sieht es so aus, als ob die Grünen im SB einen Sieg errungen hätten. In der »FR« hört es sich so an, daß zum Glück alles offen gelassen wurde, wenn schon keine Wahlempfehlung für SPD/FDP im SB möglich sei. Wie schätzt ihr die Tagung und ihre Ergebnisse ein?

Horst-Dieter: Wenn man von den Resolutionen ausgeht, dann hat eine Resolution die meisten Stimmen bekommen, die keine rein grüne Position darstellt, aber eine Beteiligung an alternativen Listen auf den verschiedenen Ebenen — Bund, Länder, Kommunen — für sinnvoll hält, wie diese das verkrustete Parteienkartell aufbrechen helfen. Diese Resolution betont darüber hinaus die im SB betriebene Basisarbeit als politische Aufgabe. Sie enthält weiter, daß Basisinitiativen nicht aufgegeben werden sollen, und daß es eigenständige sozialistische Arbeit geben soll, die lediglich — das sei jetzt die neue Qualität — in den parlamentarischen Raum hinein verlängert werden soll. Wenn man sich die Resolution allerdings genauer durchliest, stellt man fest, daß an einigen sehr wichtigen Punkten diplomatische Formulierungen gefunden wurden. Beispielsweise werden genauere Kriterien, eventuell sogar regionalspezifische, nicht genannt, die präzisieren könnten, unter welchen Bedingungen man sich auf alternative Listen oder die grüne Partei einlassen soll und kann. Von daher kann man nicht sagen, daß diejenigen Genossen, die diese Resolution unterstützt haben, so etwas wie eine in sich geschlossene und einheitliche Position im Sozialistischen Büro darstellen würden.

Jens: Meiner Einschätzung nach ist die Wahlfrage in der SB-Diskussion eher sekundär gewesen. Es ging eigentlich weniger darum, wo man schließlich sein Kreuzchen macht, sondern darum, wie man das einschätzt, was sich gegenwärtig im Zusammenhang mit der grünen Partei abspielt. Es ist viel diskutiert worden über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD, über Veränderungen in den Institutionen, wie sie von der grünen Partei erreicht werden könnten, und auch z.T. sehr grundsätzlich über das Verhältnis von Basisbewegungen zur grünen Partei. Die Frage, was gewählt werden soll, ist verkürzt. Ich erinnere an den Hamburger Delegiertenbeschluss des SBs über die Beteiligung an alternativen Listen, in dem bewußt keine Wahlaussage getroffen wurde. Es geht tatsächlich um die Einschätzung: Was bedeutet die grüne Partei, was bedeutet die Ökologiebewegung für die Politik der Linken? Übrigens ist ja auch bei der Ökologiebewegung für die Politik der Linken? Übrigens ist ja auch bei einzelnen Mitgliedern der Grünen die Wahlfrage durchaus nicht erledigt. Ich denke da z.B. an Heinz Brandt, der in der »kritik« geschrieben hat, man solle die Wahlfrage nach dem Motto »Genuß ohne Reue« behandeln. D.h. er kritisierte die Wahlbeteiligung der Grünen Liste etwa in Schleswig-Holstein mitsamt den entsprechenden Folgen, die das z.B. für den NDR gehabt hat, und empfiehlt eine Kandidatur für den Fall, daß ein Erfolg von den Mehrheitsverhältnissen her wahrscheinlich ist.

Eine Wahl Diskussion war es eigentlich nie im SB gewesen, sondern es wurde viel grundsätzlicher diskutiert, und das erklärt vielleicht auch die Anstrengungen, die einige Genossen in dieser Diskussion unternommen haben. Auch die jetzt abgestimmten Resolutionen enthalten ja keine direkten Wahlaussagen, und insofern ist auch die Überschrift in der »TAZ« mit der Andeutung in Richtung SPD irreführend.

AK: Jede linke Gruppe — auch der KB — steht im Moment vor der Schwierigkeit, angesichts der Schmidt-Strauß-Polarisierung einerseits und der Gründung der grünen Partei andererseits so etwas wie eine autonome sozialistische Politik zu behaupten. Vielleicht kommen wir dem Problem näher, wenn ihr einmal schildert, welche unterschiedlichen Vorstellungen es im SB darüber gibt.

Horst-Dieter: Zunächst noch ein Wort zu den beiden Hannoveraner Resolutionen. In dem Antrag des Genossen Armanis (Minderheit) wird im Grunde genommen vorrangig auf die Verhinderung einer Strauß-Regierung orientiert. Außerdem wird das Spektrum der politischen Aufgaben, die sich aktuell für Sozialisten in der BRD stellen, sehr abstrakt beschrieben, was sicherlich mit ein Grund dafür ist, daß dieser Antrag so wenig Stimmen bekam: Also Wahrung der Bürgerrechte, offensives Auftreten gegen die Kriegsgefahr und Rüstungspolitik, Unterstützung der Arbeiterbewe-

gung in sehr allgemeiner Weise. Auch in der Mehrheits-Resolution wird über die Probleme des Sozialistischen Büros wenig gesagt. Auf der Arbeitsgruppentagung — z.T. im Plenum, aber vor allem auch in den AGs — wurde darüber viel ausführlicher und viel selbstkritischer diskutiert, als das in den Resolutionen zum Ausdruck kommt. Es ging vor allem um zweierlei: Das eine sind die politischen Prinzipien und gewonnenen Erfahrungen des SBs, die von den Mitgliedern zum Teil mit Recht auch sehr selbstkritisch gesehen werden, da sie den gesellschaftlichen Veränderungen nicht mehr gerecht werden. Es wurde problematisiert, ob die Konzentration des SBs auf die Arbeitsfelder nicht dazu geführt hat, daß allgemeine, übergreifende gesellschaftliche Entwicklungen sowohl auf der theoretischen wie auch auf der politisch-praktischen Ebene zunehmend ausgeblendet wurden — ob man sich also zu stark konzentriert hat auf den eingegrenzten gesellschaftlichen Bereich, auf den man aufgrund der beruflichen Tätigkeit oder des jeweiligen konkreten Ansatzes festgelegt war. Es hat im SB eine Entwicklung gegeben, daß sich dieser Arbeitsfeldansatz, der eigentlich immer größere gesellschaftliche Zusammenhänge im Auge haben sollte, berufsborniert oder berufsständisch verengt hat.

Das ist die eine selbstkritische Betrachtung gewesen, die in Hannover diskutiert worden ist. Die andere war, daß im SB zu wenig die Bedeutung der gesellschaftlichen Institutionen und eines politischen Eingreifens auf dieser Ebene reflektiert worden ist. Ein Ausdruck dieses Mangels ist, daß in der Wahlfrage auf einmal eine ganze Reihe von Streitigkeiten und Dissensen aufgetaucht sind, die es vorher scheinbar nicht gegeben hatte. Denn hier ist erstmals die Frage der institutionellen Vermittlung sozialistischer Politik ganz deutlich zutage getreten, eben bezogen auf die Institution Parlament.

Es war ziemlich deutlich, daß angesichts der konkreten Probleme des SBs — desolate Situation einiger Gruppen, z.T. Zerfall von Gruppenzusammenhängen — die Orientierung auf die grüne Partei keine Antwort auf diese Situation gibt. Die Frage von Handlungsperspektiven in der Ökologiebewegung, die Frage, Verbindungen von Betriebs- und Gewerkschaftsansätzen mit der Ökologiebewegung zu finden — dies alles kann in keiner Weise durch parteipolitische Orientierung gelöst werden, egal in welche Richtung sie erfolgt. Deshalb wurden wir die Diskussion auf dieser Arbeitsgruppentagung — so paradox das klingen mag — eigentlich eher so bewerten, wie das in dem »FR«-Kommentar am 18.2. auf Seite 3 geschehen ist: Das SB hat sich doch zunächst mal als unverwundlich herausgestellt; das Problembewußtsein und die Bereitschaft, darüber weiter zu diskutieren, ist gestiegen. Man ist sich einig darüber, daß die praktischen Fragen sozialistischer Politik nicht in der Wahldebatte aufgehen dürfen, und daß es in der nächsten Zeit auch eine theoretische Bestandsaufnahme derjenigen Fragen geben muß, die bisher mehr als Schlagwörter behandelt worden sind: — Ökologie und Sozialismus — Ökologie und ökonomische Entwicklung — Ökologie und Sozialismus — Ökologie und ökonomische Entwicklung — Arbeiterbewegung und Ökologie.

Auf der anderen Seite soll auch versucht werden, diese Fragen in der praktischen Politik stärker anzugehen. Dafür hat die Arbeitsgruppentagung einen relativen Fortschritt dargestellt.

Jens: Der Ausgangspunkt unserer Diskussionen war eigentlich derjenige gewesen, daß das SB seiner Organisationsstruktur nach und seinem politischen Ansatz nach immer etwas neben dem gelegen hat, was man so als neue soziale Bewegungen bezeichnet, abgesehen davon, daß natürlich einzelne Mitglieder immer darin aktiv waren. Das SB hat sich immer schwer getan, sich praktisch und theoretisch einigermaßen zusammenhängend darauf zu beziehen. Der zweite Ausgangspunkt war die Straußkandidatur; der dritte war, daß es mit dem Auftreten der alternativen und grünen Listen möglich erscheint, das etablierte Parteiensystem aufzubrechen und auf diesem Weg irgendwie auch sozialistische Politik in die Institutionen zu tragen. Für das SB hängen diese drei Fragestellungen eng miteinander zusammen. Einerseits hat der Organisationsansatz des SBs, der ja an den unmittelbaren Lebensbereichen, Interessen und Erfahrungen der Mitglieder anknüpft, dazu geführt, daß wir uns nicht ausreichend in fundamentale Fragen wie Ökologiebewegung oder Frauenbewegung eingeschaltet haben. Andererseits ging dieser Organisationsansatz davon aus, die sozialliberalen Modernisierungen aufzunehmen und durch die Arbeit in Schule, Krankenhaus, sozialen Bereichen usw. möglicherweise über ihren beschränkten kapitalistischen Charakter hinauszuführen. Diese Bedingung existiert nicht mehr. Vielmehr hat die Straußkandidatur auch eine neue Qualität des Abbaus von Reformen durch die SPD/FDP selber zur Folge. Gleichzeitig gibt es aber ein gewisses Abbröckeln von den bürgerlichen Parteien. Dies alles zusammengekommen hat den Diskussionprozeß im SB ausgelöst,

der im letzten Herbst mit der »links«-Tagung in Buchschlag begonnen worden ist.

Horst-Dieter: Im Grunde genommen hat die ganze Diskussion um die Grünen ein altes Thema im SB wieder neu belebt: Das ist die Frage der Partei. Das allgemeine politische Selbstverständnis des SBs, wie es Jens beschrieben hat, barg zum einen immer wieder die Gefahr in sich, abstrakt zu erscheinen, zum anderen gab es stets Genossinnen und Genossen, die das so nicht geteilt haben. So gab es immer Bestrebungen im SB, die an verschiedenen Fragen aufgebrochen sind, das SB zwar nicht als alleinigen Kern einer sozialistischen Partei zu begreifen, in ihm aber doch einen wichtigen Teil einer solchen Partei im Rahmen der undogmatischen Linken zu sehen. Im Gründungsprozeß der grünen Partei ist diese Hoffnung wieder aufgetaucht und hat einen konkreten Gegenstand gefunden — nicht in der Gestalt, daß die grüne Partei nun für den Kern dieser angestrebten sozialistischen, linken Partei gehalten wird, aber dennoch für eine radikaldemokratische Partei, in der sozialistische Inhalte präsent sind, also gewissermaßen als ein wichtiger Schritt in dieser Richtung.

Jens: Ich würde es so einschätzen: Da die sozialistische Partei für diese Genossen nicht in Sicht ist — angesichts der Zersplitterung der Linken wäre eine solche Partei ja auch derzeit ein rein voluntaristischer Akt — wollen sie wenigstens einen »Zwischenschritt« machen, der ihnen möglich erscheint, weil sie die grüne Partei als offen genug einschätzen. Dieser Zwischenschritt soll in dem Sinne vollzogen werden, daß man sich wenigstens festere Strukturen gibt, daß man nicht völlig abgehoben ist von gesellschaftlichen Konflikten, daß man Einfluß nehmen kann usw.

AK: Relativ starke Teile der Linken scheuen den schwierigen Prozeß der Aufarbeitung der eigenen Erfahrungen. Stattdessen werden in der jetzigen Situation schnelle und einfache Antworten gesucht, was dann oft zur Selbstauflösung in die Grünen führt, um endlich aus dem »linken Ghetto« auszubrechen. Wie schätzt ihr die Rolle Bahros in diesem Zusammenhang ein?

Horst-Dieter: Ich würde da zwei Dinge unterscheiden. Überall da, wo die Grünen lokal auftreten und Erfolge zu verzeichnen haben — z.B. in Bremen — ist es richtig, daß sich die Linken, auch die SB-Gruppen, dazu verhalten und nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern versuchen, die politischen Prozesse zu analysieren, die solchen Wahlerfolgen zugrunde liegen, und sich nicht in Enthaltung üben. Der andere Aspekt ist, daß die grüne Partei als Bundespartei in ihrem Effekt zunächst mal nur in Spekulation existiert und gerade auch in den Hoffnungen, die die Linken in sie setzen. Dazu meine ich, daß gerade Genossinnen und Genossen aus Gruppen, die in einem desolaten Zustand waren, die sich in einer tiefen Krise bei der Bestimmung ihrer politischen Praxis und vielleicht auch Theorie befunden haben, dazu neigen, ihre Hoffnungen und Perspektiven an die Grünen zu delegieren. Um zwei Beispiele zu nennen: Vereinigungen, wie sie etwa in demonstrativer Form, um zwei Beispiele zu nennen: Vereinigungen, wie sie etwa in demonstrativer Form, aus wahltaktischen Überlegungen herbeigeführt, auf Kongressen zur Schau getragen werden wie z.B. zwischen Baldur Springmann und Bahro, werden überinterpretiert, als lägen ihnen soziale Prozesse zugrunde. Das freundschaftliche Verhältnis, das zuweilen auf diesen Konferenzen zwischen Wertkonservativen und Linken existiert, wird isoliert gesehen von dem Gründungsdruck, unter dem sich die Grünen befinden, von den taktischen Zwängen, unter denen sich dieses Entgegenkommen aktuell vollzieht. Es wird dann, ohne die realen sozialen Prozesse aufzuarbeiten, davon gesprochen, daß »die neuen Mittelschichten« und die Linken in eine fruchtbare Dialog miteinander treten.

Oder um das zweite Beispiel zu nennen: Wenn in den langwierigen und schwierigen Prozeduren, unter denen sich das Programm einer solchen Wahlvereinigung herausbildet, linke Inhalte untergebracht werden können, dann besteht doch trotzdem die große Gefahr, daß sich, wie es der alte Arbeitsausschuß einmal genannt hat, »programmatische Konglomerats-Konzerne« bilden. D.h. Inhalte werden nebeneinander gestellt, die in der gesellschaftlichen Realität nicht nebeneinander stehen. Dadurch werden die realen Probleme oftmals eher verdeckt. Ob man jetzt die 35-Stunden-Woche oder den § 218 noch in das grüne Programm hineinbekommt, damit ist noch keine Vereinigung von Arbeiterbewegung und Ökologiebewegung geleistet, und damit sind in der wirklichen Praxis noch nicht Standpunkte der Frauenbewegung zusammengebracht mit dem, was sich von seiten der Grünen entwickelt.

Unsere große Befürchtung ist diejenige, daß in den Gründungsprozeß der Grünen derartige Hoffnungen gesetzt werden, daß verhindert oder zumindest erschwert wird, daß die politisch-praktische und die theoretische Arbeit an diesen Problemen innerhalb der Linken weitergeht. Mir er-

scheint es besonders gefährlich, diese Probleme an die grüne Partei zu delegieren, da die Grünen ja außerdem noch unter Zeitdruck und unter dem Druck anstehender Wahlkämpfe stehen, die dann den Zwang mit sich bringen, sich programmatisch möglichst problemlos und stimmenträchtig darzustellen. Das beinhaltet eine recht starke Kritik an denjenigen Genossinnen und Genossen, die sich tendenziell aus linken Zusammenhängen herausziehen und in die Grünen hineingehen. Abgesehen davon bin ich persönlich der Meinung, daß die grüne Partei die Hoffnungen, die in sie gesetzt werden, nicht erfüllen kann.

AK: Sind diese Beispiele, die du von den grünen Gründungsveranstaltungen genannt hast, nicht geradezu typisch für die Zwänge und Mechanismen, unter denen auch die Jusos ihren innerparteilichen Kampf führen? Dort wurde genauso die Verankerung bestimmter Sätze oder Halbsätze in Wahlprogrammen als Sieg der Linken ausgegeben, ohne daß es eine reale Veränderung des Kräfteverhältnisses in der SPD gegeben hatte.

Jens: So würde ich das Problem nicht sehen. Es ist ja sicher richtig und bedeutet eine Zuwendung zur Realität, wenn erkannt wird, daß sich auch außerhalb der Linken wichtige Prozesse vollziehen, denen man nicht gleichgültig gegenüberstehen kann. Auch bei der APO war es schließlich richtig und positiv, daß man aus der Erkenntnis über den Klassengegensatz in dieser Gesellschaft nicht den falschen Schluß gezogen hat, nur noch den Klassenkampf zu propagieren und sich etwa nicht mehr um die Kämpfe an den Hochschulen zu kümmern. Auch heute wäre es unsinnig, etwa zu sagen, wir müßten uns nur auf Betriebsarbeit usw. konzentrieren, und alles andere bräuchte uns nicht zu interessieren.

Richtig ist also, zur Kenntnis zu nehmen, daß sich bei den Grünen zentrale gesellschaftliche Widersprüche niedergeschlagen haben, um die sich die Linken kaum gekümmert haben. Falsch ist aber die Vorstellung, man könne darauf vornehmlich so Einfluß nehmen, daß man sich einen Begriff davon schafft und dies in ein Programm gießt. Falsch ist es zu glauben, man könne auf diese Weise die Bewegung verbreitern, oder man könne das in der Bewegung noch vorhandene, eingeschränkte bürgerliche Bewußtsein programmatisch vorantreiben. Da gibt es allerdings schon eine Parallele zu den Jusos, die in dem, was sie faktisch politisch tun, eigentlich sehr schwach sind, und die in gewisser Weise schon Politik mit Programmatik verwechseln. Diese Gefahr sehe ich bei den Grünen auch. Die hundertfach wiederholte Versicherung, man werde alles mit der Basis rückkoppeln, um diese Gefahr auszuschließen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies bei den Grünen — zumal bei der Bundespartei — eben doch nicht stattfindet.

Ich denke, daß die Grünen eine Partei mit all den Beschränkungen, die das in unserer Gesellschaft mit sich bringt, sind, eine Partei, die sich aus dem deutschen Vereinsrecht herleitet. So hat diese Partei auch in Karlsruhe diskutiert. Bezeichnenderweise einspricht herleitet. So hat diese Partei auch in Karlsruhe diskutiert. Bezeichnenderweise hat sie diese berühmte Diskussion, wer hindürfte und wer nicht, an den Anfang gesetzt; sie hat erst über die Satzung diskutiert und wird über Inhalte irgendwann einmal reden und nicht umgekehrt. Wir müssen eben ganz realistisch überlegen, was so eine Partei im Rahmen der bürgerlichen Institutionen bewirken kann, wobei es nicht nur um Parlamente geht (man kommt über Parlamente z.B. auch in Rundfunkkräte wie die Bremer Grünen). Es ist aber eine Illusion, zu glauben, über diese Partei könne man die sozialen Bewegungen verbreitern und inhaltlich beeinflussen. Das geht nur über die Praxis. Ganz fatal ist es, wenn man zusätzlich noch die Vorstellung hegt, daß sich der Teil der Linken, der sich in dieser Partei befindet, über so eine Programmatik vereinheitlichen könne. Auch dies geht nur über die Praxis.

Wenn heute positiv davon gesprochen wird, daß es wieder ein stärkeres Bedürfnis in der Linken gibt, daß Organisations-schranken abgebaut werden, und daß man wieder miteinander diskutiert, dann hat das nicht nur etwas mit den Problemen der Linken zu tun. Sondern es ist, positiv gewendet, auch Ergebnis bestimmter, wenn auch zaghafter praktischer Erfahrungen. Es hat innerhalb der Linken in der letzten Zeit Zusammenarbeit, die sehr schwierig war, gegeben. Es hat zwischen uns z.B. das Russell-Tribunal gegeben, das zwar einerseits große Verstimmungen ausgelöst hat, andererseits uns doch als gemeinsames Projekt zusammengebracht hat, zumindest in gemeinsame Diskussionsprozesse. Örtlich könnte man noch mehrere Beispiele nennen, für Frankfurt etwa Rock gegen Rechts. D.h. an konkreten Projekten hat sich eine Auflösung eines starren Organisations-schemas entwickelt, was sehr zu begrüßen ist. Von daher meine ich aber, daß dieser positive Prozeß geradezu verhindert wird, wenn jetzt versucht wird, ihm voreilig so etwas wie eine gemeinsame Programmatik über-

zustülpen. Wenn das jetzt schon bei den Grünen anfängt, dann sehe ich ganz schwarz für andere Prozesse, die in anderen Bereichen laufen.

Horst-Dieter: Um hier an den zweiten Teil der Frage — Stichwort »Bahro« — anzuschließen: Parallel zu dieser Bildung programmatischer Konglomeratskonzerne, also der Hineinnahme linker Thesen in das grüne Programm, was die Grünen übrigens durchaus Wählerstimmen am anderen Rand kosten könnte, fungiert Bahro als eine Art Legitimationsideologe. Ohne daß dies der theoretischen Bedeutung seiner Aussagen überhaupt gerecht würde, wird das, was Bahro sagt, z.B. der »historische Kompromiß«, als theoretische Weihe dieses ganzen Prozesses verstanden, ohne die Analyse, von der er ausgeht, ohne die Begriffe, mit denen er gesellschaftliche Prozesse in der BRD oder im westlichen Kapitalismus beschreibt, ausführlich und kritisch zu diskutieren. Es findet also so etwas wie ein Legitimationsprozeß statt. Die Linken in den Grünen, die sich wegen ihrer sozialistischen Vergangenheit und z.T. auch noch Gegenwart in Legitimationsproblemen befinden, sind einfach begeistert, wenn Bahro kommt und auf einer sehr programmatischen Ebene und mit z.T. sehr wehevollen historischen Vergleichen sagt: »Rot und grün gehen gut zusammen; wir befinden uns in einer historischen Umbruchphase, in der die verschiedenen Sonderstandpunkte, Ängste und Ideologien der Linken genau wie ihre organisatorischen Festlegungen nichts mehr zählen, sondern aufgegeben werden müssen«.

Jens: Es besteht natürlich das Problem, Bahros Auftreten in Karlsruhe mit seiner Theorie des historischen Kompromisses zu verwechseln, die sicher differenzierter ist als das, was er in Karlsruhe geboten hat. Seine Fragestellung ist ja die nach dem Charakter, dem Entwicklungsstand und dem Typus von Krise der kapitalistischen Gesellschaft, der hier herrscht. Dieser Typus von Krise läßt sich gegenüber dem, was früher war, so beschreiben, daß die Krise an den stofflichen Inhalt des Kapitalismus geht, also Ökologiefrage, und bis in die Poren des einzelnen Individuums dringt. Dadurch ergeben sich natürlich ganz neue Widersprüche und Konflikte, die Krise wird totalisiert, erfaßt und zersetzt alle möglichen Lebensbereiche, weswegen inzwischen nicht nur Arbeiter, sondern auch ganz andere Schichten davon betroffen sind. Diese neue Qualität versucht Bahro irgendwie zu bestimmen. Was er nicht macht, ist, diese Problematik allgemein zur Diskussion zu stellen, sondern er zieht sehr schnell radikale Schlußfolgerungen. Er geht also davon aus, daß die Arbeiterklasse nicht mehr allein das historische Subjekt ist, und schaut sich daher in der politischen Landschaft der BRD um nach infrage kommenden Kräften für seinen historischen Kompromiß. Dabei stößt er dann flugs auf die Grünen, mit der Ökologiebewegung selbst oder anderen politischen Initiativen hat er sich ja kaum auseinandergesetzt. Er will also in der Realität möglichst schnell entdecken, was er theoretisch im Kopf hat. Das ist sein Problem, allerdings sind die Folgen, die er theoretisch im Kopf hat. Das ist sein Problem, allerdings sind die Folgen, die er damit auslöst, nicht sehr erfreulich.

Ich glaube, zum einen ist es positiv, daß Bahro versucht, über die Veränderungen in dieser Gesellschaft nachzudenken. Das macht auch seine Faszination aus, daß er die Schwierigkeiten, in denen sich die Linke befindet, auf einen Begriff bringt und versucht, neue Perspektiven zu finden. Das Problem sind eben seine vorschnellen politischen praktischen Schlußfolgerungen, ohne daß es überhaupt zu einem richtigen Diskussionsprozeß gekommen ist. Da wird dann sehr schnell über bestehende Erfahrungen hinweggegangen, da werden Organisationsstrukturen weggebügelt oder als Sonderinteressen leichtfertig denunziert.

AK: Bahro hat seinen Offenen Brief an die Buntten und Alternativen Listen, an KB und KPD adressiert, nicht aber an SB. Mit den Buntten und Alternativen setzt er sich im Grunde genommen gar nicht auseinander, seine Argumentation zielt tatsächlich erstmal auf die K-Gruppen. Wie reagiert das SB darauf — freut man sich, daß die »Zentralisten« eins ausgewischt bekommen haben?

Horst-Dieter: Es gibt bestimmt sehr viele SBler, die sich gefreut haben, als sie den Offenen Brief gelesen haben, leider. Wenn man viele der Argumente, die Bahro bringt, aus dem Zusammenhang herausnimmt, entsprechen sie dem, was im SB schon ziemlich lange an Kritik am KB, an der KPD usw. formuliert worden ist. Wenn man sich allerdings den Offenen Brief genauer durchliest und ihn im Zusammenhang mit der Situation, in der er geschrieben wurde, betrachtet, hat der Brief liquidatorische Züge. Er hat liquidatorische Züge gegenüber der Geschichte der Neuen Linken. Davon fühle auch ich mich als SB-Mitglied betroffen und bin an dieser Stelle sehr solidarisch mit den K-Gruppen. Der Brief geht gar nicht konkret auf den Diskussionsprozeß ein, den es innerhalb der verschiedenen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 48

Gruppen gibt, z.B. auf die Debatte in der KPD, bei der es nicht einfach um Auflösung oder Aufrechterhaltung der alten Organisation geht, sondern wo man sich durchaus der Anstrengung unterzieht, eigenständige sozialistisch-kommunistische Politik neu zu bestimmen. Er geht auch nicht ein auf die Diskussionen, die es im Kommunistischen Bund gibt — von daher ist er unhistorisch. Er legt im Grunde diesen Organisationen, die sich mit dem Ende der APO gebildet haben, nahe, ihre organisatorischen Ansätze aufzugeben.

Bahro formuliert ja sehr deutlich, daß jede einzelne Genossin und jeder einzelne Genosse mit ihren/seinen Erfahrungen, theoretischen Kenntnissen und praktischen Fertigkeiten sehr wichtig sei, und daß das vor der Geschichte zählen würde, aber nicht die wahnhaften organisatorischen Gebilde, die wir erzeugt hätten. Darin liegt ein liquidatorischer Zug, und ich fände es sehr fatal, wenn dies von SBlern nach wie vor begrüßt wird. Denn selbst sektiererische Gruppen — und wir haben ja eine Tradition in der Kritik am Sektierertum — haben einen rationalen Kern und stellen, wie verzerrt auch immer, ein gewisses Erbe der radikalen Opposition dar, die sich Mitte der sechziger Jahre gebildet hat.

Gerade angesichts der zunehmenden Desorientierung innerhalb der Linken, der zunehmenden Neigung, politische Identität aufzugeben, geschichtslos zu werden, Geschichte und Gesellschaft auszublenden, gerade angesichts dieser Neigung halte ich es für schlimm, wenn dann ein solcher Offener Brief — wohlwollend unterstützt von Teilen der bürgerlichen Presse — erscheint, der diese Auflösungstendenzen noch beschleunigt.

Jens: Ich glaube nicht, daß er den Auflösungsprozeß tatsächlich beschleunigt hat, selbst wenn das seine Absicht war, oder ich hoffe es jedenfalls nicht. Dieser Offener Brief enthält auch meiner Meinung nach eine ganz spezifische Arroganz. Er bezieht sich auf einen Prozeß, den er selbst nicht ausgelöst hat. Dieser Prozeß, der ja schon seit langem läuft, beinhaltet die Überwindung eines realitätsfernen Dogmatismus bei gleichzeitiger Bewahrung der richtigen Momente, die auch in dieser Politik vorhanden waren. Insofern fischt Bahro regelrecht im Trüben. Denn dieser selbstkritische Prozeß muß ohne liquidatorischen Zug, ohne Büßergewand verlaufen und wird, wenn er gut verläuft, ganz sicher auch Richtiges aufbewahren. Hier stürzt sich Bahro von oben herab drauf und fordert: Nun macht mal schneller, sonst werdet ihr endgültig im Sektierertum landen! Dies fordert er gerade zu einem Zeitpunkt, wo es eigentlich meiner Meinung nach sektiererischen Tendenzen gar nicht mehr so fürchtbar gibt, jedenfalls nicht in der Weise, wie das traditionell bekannt ist.

Gerade jetzt mit dem Sektierervorwurf zu kommen, ist geradezu lächerlich. Es ist ein Versuch, einen Prozeß, mit dem er gar nichts zu tun hat, quasi als Katalysator zu beschleunigen; darin liegt eine ungeheure Arroganz.

Ich fände es äußerst bedauerlich, wenn man dieser Auflösungsforderung nachkommen beschleunigen; darin liegt eine ungeheure Arroganz.

Ich fände es äußerst bedauerlich, wenn man dieser Auflösungsforderung nachkommen würde. Für meine Begriffe gilt sowohl für die K-Gruppen als auch für das SB, daß Veränderungen nur durch eine sehr intensive, sehr genaue Diskussion der eigenen Vergangenheit erreicht werden können. Denn nur so laufen Lernprozesse, nicht indem man von einem Wagen auf den anderen hüpf und eine Organisation nach der anderen aus dem Boden stampft bzw. bei Bedarf wieder auflöst.

Es ist auch richtig, und ich würde das ebenfalls bestätigen, daß das SB ebenfalls betroffen ist, weil das SB — auch wenn bei uns in erster Linie intellektuelle organisiert sind — immer in einem vermittelten Sinn versucht hat, am Klassenwiderspruch zu arbeiten. Auch wenn es nicht so, wie wir uns das anfangs vorgestellt haben, geklappt hat, stand doch beim SB immer die Vorstellung dahinter, die Arbeit in der Schule, im Sozialbereich auf die Betriebe zu beziehen, wo sich kapitalistische Herrschaft konstituiert. Wenn die Voraussetzung der Aufforderung von Bahro also diejenige sein sollte, daß diese Art von Orientierung ganz aus der Diskussion heraus muß, verkürzt gesagt: daß die Gattungsfrage an die Stelle der Klassenfrage gesetzt werden muß, dann bedeutet das auch eine Aufforderung an das SB, sich aufzulösen.

Horst-Dieter: Bahro ist in einer Hinsicht auch ein falscher Prophet, von denen es in der Bergpredigt heißt, daß sie Wölfe im Schaffell seien und daß man sie an ihren Früchten erkennen werde. In der Hinsicht nämlich, als er die grüne Partei als Verkörperung für die Wahrnehmung der historischen Cahnce erklärt, die wir haben. Er betreibt in dem Offenen Brief nicht nur eine Strategie der Geschichtslosigkeit, sondern er empfiehlt als Alternative zu den komplizierten Problemen, in denen wir uns befinden, die Beteiligung an den Grünen. Das bedeutet, die Geschichtslosigkeit auch für die Zukunft zum Maßstab zu machen, denn daß die Probleme der Linken nicht bei den Grünen aufgehoben sind bzw. gelöst werden können, haben wir ja vorhin schon dargestellt.

Jens: Abgesehen davon finde ich die Argumentation schwach, zu sagen: Genossen, als Einzelne seid ihr mir lieb und

wert, als Organisation aber seid ihr Knallköpfe. Das ist ein Widerspruch, den ich schwer zusammenkriege, denn wenn die Einzelnen so wertvoll sind, wie können sie dann schwachsinig Organisationen auf die Beine bringen bzw. einmal weitergedacht, wer verhindert, daß die Grünen dann nicht ebenso eine schwachsinig Organisation werden.

AK: In einem muß man Bahro aber eine gewisse Konsequenz lassen: Er denkt das Konzept des historischen Kompromisses wirklich zuende. Er geht von einem Klassenkompromiß aus, der zumindest für einen entscheidenden historischen Zeitraum, wie er es sieht, klassenkämpferische Konzepte und Klasseninteressen in den Hintergrund treten läßt zugunsten der Rettung der Gattung oder, wie er es nennt, der Rettung aller positiven kulturellen und zivilisatorischen Werte. In diesem Konzept verdrängt er konsequent alles, was dieser historischen Zusammenführung irgendwie im Weg stehen könnte.

Jens: Ich glaube, es ist theoretisch noch etwas komplizierter. Wenn man davon ausgeht, daß das Ökologieproblem zum Hauptwiderspruch dieser Gesellschaft geworden ist, dann kann man sogar sagen, die Zerstörung der Umwelt, die Vernichtung der natürlichen Basis geschieht, wie er ja auch sagt, über das Profitprinzip. Dann besteht immer noch die Möglichkeit, von Kapitalismus zu reden. Das würde quasi bedeuten, daß das Profitprinzip gegen den Rest der Gesellschaft steht, daß sich bei immer mehr Schichten dieser Gesellschaft eine objektive Interessenlage gegen das Profitprinzip herausbildet. Das würde bedeuten: wahllose Bündnisse, wahlloses Anpacken von Widersprüchen, denn die gesamte Gesellschaft steht ja dann dagegen mit wenigen Ausnahmen, die ein Interesse an Akkumulation haben. Daher auch das historische Pathos von Bahro, denn wenn eine Gesellschaft an dem Punkt ist, daß sie objektiv zu ihrer eigenen Organisationsform, an der nur noch wenige hängen, in Widerspruch geraten ist, ist es doch völlig belanglos, ob ein kleiner Friseurmeister bestimmte kleinkapitalistische Interessen hat, sondern das große Gesamtinteresse müßte irgendwann mal durchschlagen. Das ist Bahros Ausgangspunkt, und darin liegt zugleich die Schwierigkeit.

Darin liegt eine unerhörte Unterschätzung des Umstands, daß diese Gesamtgesellschaft in sich selber noch mal ganz erheblich von Interessengegensätzen geteilt ist, und daß wir gerade hier in Deutschland doch erhebliche Erfahrungen damit haben, wie man Interessengegensätze organisiert. Wenn so locker gesagt wird: Bei den Grünen, da können wir endlich mal auch mit dem Kleinbändler z.B. in Kontakt kommen, dann wird mir eben schwach, weil ich weiß, was der Kleinbändler als soziale Basis bedeuten kann für eine Bewegung, die alles andere ist als transzendental gegenüber der bestehenden Gesellschaft — also Stichwort Faschismus. Das müßte eigentlich stärker diskutiert werden.

Dieses Konzept enthält sicher Momente von Richtigem, und ich würde auch sagen, daß es eine ernsthafte Diskussion wert ist. Den Begriff »historischer Kompromiß« hat Bahro offenbar gewählt, weil er wohl meinte, daß es eine ernsthafte Diskussion wert ist. Den Begriff »historischer Kompromiß« hat Bahro offenbar gewählt, weil er wohl meinte, daß es eine ernsthafte Diskussion wert ist. Den Begriff »historischer Kompromiß« hat Bahro offenbar gewählt, weil er wohl meinte, daß es eine ernsthafte Diskussion wert ist. Da fängt es eben an, ganz schlimm zu werden, weil dies nicht nur eine Abstraktion gegenüber den politischen Erfahrungen ist, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, denn diese politischen Erfahrungen waren nicht zuletzt auch durch die Erfahrung mit dem Faschismus bestimmt. Dies ist auch eine Unterschätzung von dem, was es an Widersprüchen in dieser Gesellschaft gibt, was es an Interessengegensätzen und was es für Gefahren zumal in der deutschen Gesellschaft gibt, dieses Potential in einer ganz anderen Richtung zu mobilisieren, als Bahro sich das vorstellt.

Horst-Dieter: Das ist genau noch einmal der Widerspruch, den ich vorhin schon diskutiert hatten, zwischen Bahro als jemand, der hinweist auf neue historische Entwicklungen, der damit auch theoretische Probleme kennzeichnet, die bisher vernachlässigt worden sind, und Bahro auf der anderen Seite als Legitimationsideologe, als der er mindestens objektiv z.B. für die Grünen fungiert. Das sehr plakative Wort vom historischen Kompromiß verdeckt eben das Problem der Entfaltung der tatsächlich noch bestehenden Sonderinteressen und Interessengegensätze. Welche Chancen hätte das Proletariat, wenn es diesen Spruch vom historischen Kompromiß akzeptieren würde, seine durchaus ja berechtigten »Sonderinteressen« noch zur Entfaltung zu bringen? Auf der anderen Seite steckt in diesen historischen Vergleichen, die Bahro ab und zu bemüht, ebenfalls so ein verschleiendes Moment. Wenn er beispielsweise von der Gesellschaft der Inkas »fünf Minuten vor dem Eindringen der Conquistadoren« spricht, dann steckt darin ein sehr objektivistischer Zug, der den historischen Akteuren gar nichts anderes mehr

übrig läßt, als diesen großen gesellschaftlichen Kompromiß zu schließen. Das falsche an diesen historischen Vergleichen ist, daß sie wegführen von der notwendigen Aufarbeitung unserer Erfahrungen, von der analytischen Bewältigung all dieser Probleme, und stattdessen schnelle Schlußfolgerungen.

Kurzschluß-Handlungen nahezulegen scheinen. Um es also auf einen kurzen Nenner zu bringen: Wir sehen die große Gefahr, daß Bahro derzeit einen nahtlosen Übergang gewissermaßen vom »Sinnstifter zum Politikaster« vollzieht.

AK: Kommen wir zu der von Bahro vorgeschlagenen »Sozialistischen Konferenz«. Andererseits plant das SB selbst einen »Großen Ratschlag« im Sommer. Wie wird sich das SB dazu verhalten?

Horst-Dieter: Auf der Hannoveraner Arbeitsgruppentagung ist über das Verhältnis des SBs zu dieser sozialistischen Konferenz diskutiert worden und auch erneut über den vom Delegiertenrat beschlossenen »Großen Ratschlag«, den Kongreß des SBs, zu dem der Arbeitsausschuß mittlerweile aufgerufen hat. Zur Erklärung des Ergebnisses dieser Diskussion muß noch Folgendes gesagt werden:

Es lagen zu Beginn zwei unterschiedliche, z.T. auch kontroverse Resolutionen dazu vor, die von einer unterschiedlichen Bewertung der sozialistischen Konferenz und des »Großen Ratschlages« ausgingen. Die eine Resolution, die von Nole Sassmanshausen (Frankfurt) und mir formuliert wurde, geht davon aus, daß erstens Diskussions- und Orientierungsbedürfnisse innerhalb der Linken zu genommen haben, und damit auch die Chancen für politisch-theoretische und praktische Verständigung durchaus gewachsen sind. Sie geht zweitens davon aus, daß die Aufhebung der verschiedenen Sonderstandpunkte, z.T. vielleicht auch sektiererische Positionen, sich nicht über den Weg von Konferenzen oder Kongressen vollzieht, sondern nur über die politische Praxis. Sie geht zum dritten davon aus, daß in der politischen Arbeit vor Ort die Zwänge, Anlässe und Chancen für gemeinsame Praxis verschiedener linker Gruppierungen am ehesten vorhanden sind. Dieser Resolutionentwurf hat neben einer Skepsis gegenüber Bahros sozialistischer Konferenz außerdem darauf beharrt, daß der »Große Ratschlag« kein interner Verständigungsprozeß des Sozialistischen Büros sein soll, auf dem nur Aktive und vielleicht Sympathisanten des SBs miteinander diskutieren, sondern daß dort versucht werden soll, andere Linke und über die organisierte Linke hinaus Basisgruppen aus der Ökologie- und Frauenbewegung und aus dem Betriebs- und Gewerkschaftsbereich in den Diskussionsprozeß hineinzubekommen. So war es auch vom Delegiertenrat des SBs diskutiert und beschlossen worden. Einen »Avantgarde«-Anspruch des SBs, mit dem wir übrigens nie etwas im Sinne hatten, soll es dabei nicht geben. Der wichtige Akzent war dabei »Großer Ratschlag« nicht SB-intern — sondern auch für die übrige Linke und weit über die Organisierten hinaus.

Es gibt andere Genossinnen und Genossen im SB, die im Gegensatz zu unserer Skepsis große Chancen in der sozialistischen Konferenz sehen. Sie haben darauf hingewiesen, daß dabei die Vorstellungen der Genossen Bahro und Steinkamp nicht allein ausschlaggebend seien, sondern daß es mittlerweile in Westberlin einen Diskussionsprozeß gegeben habe, der das ursprüngliche Konzept dieser Konferenz, quasi die theoretische Schiene gegenüber der praktischen Schiene bei den Grünen zu werden, abgemildert habe. Die Wahlfrage soll demnach bei der sozialistischen Konferenz nicht mehr so stark gewichtet werden. Diese Genossinnen und Genossen wollten die Konzeption des Großen Ratschlages abhängig machen vom Verlauf der weiteren Vorbereitungen zu der sozialistischen Konferenz und die Entscheidung darüber auf den 15./16. März vertagen.

Inzwischen liegt uns auch ein Protokoll der Westberliner Vorbereitungsgruppe für diese sozialistische Konferenz vom 13.2. vor. Darin heißt es: »Es lag der Vorbereitungsgruppe ein öffentlicher Aufruf zu dem Ratschlag des SB vor. Allgemein bedauert wurde, daß das SB bislang keine Bemühungen unternommen hat, eine gemeinsame Absprache möglich zu machen. Ohne dem SB (oder irgendeiner anderen Organisation) das Recht abzusprechen zu wollen, eigene Kongresse etc. zu veranstalten, wurde doch aufgrund der ähnlich gelagerten Thematik und des in etwa gleichen angesprochenen politischen Spektrums die Gefahr gesehen, daß sich der Ratschlag des SB und der sozialistische Kongreß — hier wird übrigens bereits von einem Kongreß, nicht mehr von einer Konferenz gesprochen — »konkurrierend gegenüberstehen könnten — dies auch deshalb, weil die beiden Kongresse nach der bisherigen Planung nur eine Woche auseinanderliegen«.

Dies ist das erste Mal, daß in schriftlicher Form überhaupt bekannt gegeben wird, daß anscheinend am Wochenende vor dem »Großen Ratschlag« das wäre dann eine Woche nach Rock gegen Rechts, ein sozialistischer Kongreß — vorher war immer nur von einer Konferenz die Rede — geplant ist. Es wird hier sehr diplomatisch davon gesprochen, daß es ein Konkurrenzproblem gibt; ich würde es für besser halten, wenn diejenigen, die diese Terminplanung vornehmen, dann auch die Organisatoren von Rock gegen Rechts und das SB auffordern, ihre Termine zu verschieben, ...

AK: Am besten die NPD auffordern, den 17. Juni zu verschieben!

Horst-Dieter: ... anstatt über das Konkurrenzproblem »an sich« zu lamentieren. In diesem Protokoll der Westberliner Vorbereitungsgruppe vom 13.2. heißt es weiter: »Ein Genosse des SB stellte dar, daß die Westberliner SB-Gruppe am kommenden Wochenende auf einer Arbeitsgruppentagung des SB den Antrag stellen wird, daß a) das SB sich intensiv an den Vorbereitungen zum sozialistischen Kongreß beteiligt und b) die Thematik des Ratschlages so geändert wird, daß eine Konkurrenz nicht entstehen kann; ebenso die Terminierung«.

Dies sind doch, gelinde gesagt, recht unfaire Methoden. Offenbar war es die Absicht, daß sich das SB weitestgehend abhängig macht von der weiteren Entwicklung des Projekts sozialistische Konferenz.

Wären wir also dem Antrag gefolgt, die Entscheidung über den »Großen Ratschlag« zu verschieben, dann wären wir im März vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

In Hannover ist schließlich grob gesagt folgendes beschlossen worden:

1. Das SB arbeitet mit an der sozialistischen Konferenz (von einem Kongreß war da noch nicht die Rede).
2. Das SB organisiert den »Großen Ratschlag« vom 27. bis 29. Juni, wie er ursprünglich geplant war, d.h. nicht allein als SB-internes Treffen, sondern mit der erweiterten Thematik und dem Ansprechen weiterer Zielgruppen, wie wir es vorhin dargestellt haben.

Dieser Beschluß stellt insofern einen Kompromiß dar, als er innerhalb des SB nach wie vor unterschiedliche Gewichtungen zuläßt. D.h. wenn es Genossinnen und Genossen gibt, die diesen »Großen Ratschlag« für nicht so zentral halten, dann sind sie nicht qua Beschluß gebunden, sich daran intensiv zu beteiligen; sondern sie haben die Möglichkeit, sich bei der sozialistischen Konferenz zu engagieren. Umgekehrt werden diejenigen Genossen, die nach wie vor skeptisch gegenüber der von Bahro vorgeschlagenen sozialistischen Konferenz sind, dort mitarbeiten, ihre Kritik einbringen, darüber hinaus aber ihre Priorität auf den »Großen Ratschlag« legen. Wesentlich ist aber doch, daß erstens der Termin und zweitens die Orientierung des »Großen Ratschlages« über eine SB-interne Veranstaltung hinaus bestehen bleiben.

Jens: Der »Große Ratschlag« wird auf jeden Fall stattfinden — zu dem Zeitpunkt, für den er beschlossen wurde und mit der ursprünglichen Grundkonzeption.

AK: Das hat doch in der »TAZ«-Berichterstattung irgendwie anders geklungen.

Horst-Dieter: Die »TAZ«-Berichterstattung ist, wie in manchen früheren Fällen auch schon, demagogisch. Sie zitiert den Hannoveraner Beschluß nicht, sondern führt nur an, daß das SB inzwischen ein positives Verhältnis zur sozialistischen Konferenz habe.

Jens: Dieser Artikel ist eindeutig vom Interesse des Schreibers an der sozialistischen Konferenz und seinem Desinteresse am »Großen Ratschlag« diktiert. Dies hat ihn

dazu verführt, nur Teile der Resolution wiederzugeben, auf der anderen Seite aber etwas anzufügen — der Horst-Dieter liest das gleich vor — war überhaupt nicht Gegenstand der Resolution ist, sondern dem Protokoll der Westberliner Vorbereitungsgruppe (s.o.) entnommen ist, und wo die Absichten der sozialistischen Konferenz noch einmal dargestellt werden. Die »TAZ« erweckt damit den Eindruck, als sei dies alles in Hannover so beschlossen worden. Beschlossen ist jedoch nur, was Horst-Dieter vorhin beschrieben hat.

Horst-Dieter: Ich zitiere aus der »TAZ« vom 19.2. auf Seite 4, unterzeichnet von einem K.W.

AK: Aha.

Horst-Dieter: Das Zitat geht los: »Der Berliner Vorschlag für die »Sozialistische Konferenz«, der nun in seiner Themenstellung beim SB insgesamt Zustimmung gefunden hat, konstatiert als Ausgangspunkt zwei Entwicklungen:

- die politisch-organisatorische und ideologische Erosion vieler linker Positionen...
- die (partiell-)politische Konstitution eines Teils der Ökologie-, Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegungen...

Die »TAZ« fährt dann fort und hinterläßt bei dem Leser den Eindruck, als sei auch das Folgende Beschluß oder Konsens beim SB gewesen: »In dieser Lage könnte eine »Sozialistische Konferenz« eine doppelte Funktion haben: Es müßte versucht werden, den Zerfallsprozeß der Linken theoretisch und praktisch aufzufangen, was realitätsnaher nur heißen kann: ihm Bewegungsformen zu geben, mit der Perspektive theoretisch-politischer Neuorientierung.«

Das ist schlichte Demagogie. Bei der Diskussion über die beiden vorliegenden Resolutionenentwürfe zur sozialistischen Konferenz war es ganz deutlich, daß die überwiegende Mehrheit der anwesenden Vertreter des SB solchen Erwartungen — also ein Zeichen zu setzen angesichts des Zerfallsprozesses der Linken und diesen theoretisch und praktisch aufzufangen — nicht nur große Skepsis entgegengebracht hat, sondern es einfach für politisch falsch gehalten hat, in der gegenwärtigen Situation solche Anstrengungen in Richtung Vereinheitlichung zu unternehmen. Das hat der Diskussionsverlauf in Hannover eindeutig gezeigt. Hier war bei dem Verfasser der Wunsch der Vater des Gedankens — nicht unbedingt ein gutes Beispiel für einen sauberen Journalismus.

Wenn übrigens auf der Hannoveraner Tagung bekannt geworden wäre, daß inzwischen von einigen der Initiatoren der sozialistischen Konferenz von einem »Kongreß« gesprochen wird, und daß dieser eine Woche vor dem »Großen Ratschlag« stattfinden soll, dann wäre es vermutlich gar nicht mehr möglich gewesen, zu einem Kompromiß zu kommen. Dann wäre wohl von vornherein die erste Resolution verabschiedet worden, weil es dann vermutlich eine sehr große und auch berechtigte Aggression gegeben hätte.

AK: Schönen Dank! Offenbach, 19.2.

Mehrheitlich verabschiedete Resolution

Mehrheitlich verabschiedete Resolution

1. Der Aufrüstungsbeschluß der NATO, die sowjetische Invasion in Afghanistan, die drohenden Konflikte um das Erdöl, die verschärften Gegensätze zwischen Nord und Süd, die nicht gelöste ökonomische Krise des kapitalistischen Weltmarkts, die sich ankündigende ökologische Katastrophe, die autoritären Tendenzen in den westlichen Demokratien, insbesondere auch in der BRD - diese Stichworte umreißen die Situation, in der sich die westdeutsche Linke bewegt. Sie bezeichnen den politischen Spielraum für ihre Entscheidungen und Handlungen in einem Umstrukturierungsprozeß, dessen Ausgang auch durch das SB und seine Mitglieder beeinflusst werden kann und soll.

2. Trotz ihrer Ähnlichkeit unterscheiden sich die sozialliberale und die rechtskonservative Variante bürgerlicher Herrschaft und ihrer Antwort auf diese Situation innen- und außenpolitisch noch spürbar. Es besteht Einigkeit darin, daß gegen die »Gefahr Strauß« eine breite Mobilisierung aller demokratischen und sozialistischen Kräfte erforderlich ist. Hierbei kommt es aber darauf an, nicht länger auf das - wenn auch kleinere - Übel SPD zu hoffen, sondern schon jetzt die Ansätze für eine langfristige Alternative zur Sozialdemokratie zu entwickeln. Es gilt für uns Sozialisten, diese Alternative mitzuformen, indem wir dort unsere Ziele und basisdemokratischen Organisationsvorstellungen einbringen.

3. Das SB teilt nicht die zuweilen - auch im Gründungsprozeß der Grünen - aufgetretene Illusion, daß parlamentarische Erfolge dieser Partei grundlegende Umwälzungen in Westdeutschland bewirken könnten. Dennoch halten wir par-

lamentarische Interventionen in Bund, Land und Kommunen für sinnvoll, da sie das verkrustete Parteienkartell aufbrechen helfen und Alternativen zu den herrschenden Politikvorstellungen ermöglichen. Zugleich verstärken sie den politischen Druck gegen den weiteren Ausbau des Atomstaats und den Abbau der demokratischen Rechte. 4. Ein Engagement bei den »Grünen« kann nicht heißen, daß sozialistische Diskussions- und Organisationszusammenhänge aufgegeben werden. Vielmehr ist eine sinnvolle Arbeit in den »Grünen« nur gewährleistet, wenn diese Zusammenhänge ausgebaut werden. Das Sozialistische Büro könnte hier wichtige Funktionen übernehmen. Dabei ist es selbstverständlich, daß im SB weiterhin unterschiedliche Positionen in dieser Frage vertreten werden können und sich nicht gegenseitig die Legitimation bestreiten. Die Verlängerung sozialistischer Politik in den parlamentarischen Raum hinein kann nicht heißen, daß Mitarbeit in Basisinitiativen aufgegeben oder als nebensächlich abgetan würden. Ohne eine aktive Arbeit in diesen Initiativen ist jede parlamentarische Arbeit sinnlos. 5. Die Diskussion auf der Hannoveraner Arbeitsgruppentagung hat gezeigt, daß die durch den Hamburger Delegiertenratsbeschluß publik gewordenen Positionen nicht als ausdiskutiert angesehen werden können. Der jetzige Diskussionsstand sollte intensiv in den örtlichen Gruppen und Arbeitsfeldern diskutiert werden. Es sollten die Zwischenergebnisse ausgetauscht werden. Ein gründlich vorbereiteter Kongreß - z.B. der »große Ratschlag« im Sommer wird versuchen, aus diesem Diskussionsprozeß und inzwischen gewonnenen Erfahrungen ein Fazit für das SB zu ziehen.

»...oder mit dem gemeinsamen Untergang«

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften sei die Geschichte von Klassenkämpfen, schreiben Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ (1847/48). Diese Klassenkämpfe endeten „jedemal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft ... oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“.

Innerhalb eines relativ gradlinigen Geschichtsverständnisses (ständige „Aufwärts“entwicklung der Menschheit) ging der Hinweis auf die Möglichkeit des „gemeinsamen Untergangs“ oft verloren. Es waren in erster Linie Rudi Dutschke und Rudolf Bahro, die diesen Satz von Marx und Engels „wiederentdeckten“, um daraus eine Vorrangigkeit des „Gattungsinteresses“ gegenüber den Klasseninteressen herzustellen.

Tatsächlich hat die Möglichkeit des „gemeinsamen Untergangs“ heute eine Dimension angenommen, die für Marx und Engels vor 130 Jahren kaum zu ahnen war: Nicht nur das Schicksal eines einzelnen Staates oder einer Gruppe von Staaten, sondern das „Überleben der Gattung Mensch“ und die Fortexistenz des Lebens überhaupt auf diesem Planeten steht auf dem Spiel.

Die Entwicklung der – in erster Linie immer noch kapitalistisch bewirtschafteten – Produktivkräfte hat mit ihrem Raubbau an den Rohstoffen dieses Planeten eine Stufe erreicht, wo die Begrenztheit dieser Rohstoffe berechenbar wird. Die Vergiftung des Planeten und seiner Atmosphäre treibt eine absehbare Katastrophe zu und hat insbesondere mit der „Friedlichen Nutzung der Atomenergie“ nicht mehr vom Menschen kontrollierbare Ausmaße angenommen. Unter kapitalistischen Verhältnissen tendieren diese Folgen der Entwicklung der Produktivkräfte zu immer weiterer Verschärfung, statt zur einsichtsvollen Beschränkung. Unter kapitalistischen Verhältnissen zudem führt die absehbare Verknappung der wichtigsten Rohstoffe mit einiger Notwendigkeit zu Raubkriegen um die Kontrolle dieser Rohstoffe.

Parallel mit der Entwicklung der Produktivkräfte geht der „Fortschritt“ der Waffentechnik. Die Waffentechnik hat bereits den Punkt überschritten, wo sie die weitgehende Vernichtung der menschlichen Zivilisation ermöglicht. Ihr weiterer „Fortschritt“ geht dahin, möglichst restlos jeden Winkel menschlicher Zivilisation zerstörbar zu machen und schließlich außer der „menschlichen Gattung“ auch das übrige in Hunderten von Millionen Jahren Evolution entstandene Leben auf diesem Planeten zu vernichten.

Es wäre ein falscher Ansatz, Hunderten von Millionen Jahren Evolution entstandene Leben auf diesem Planeten zu vernichten.

Es wäre ein falscher Ansatz, diese Entwicklung aus einer allgemeinen menschlichen oder rassischen/kulturellen (Bahro), „Mentalität“ des Menschen bzw. „des europäischen Menschen“ erklären zu wollen, statt aus einfachen Gesetzmäßigkeiten. Der Privatbesitz an den Produktionsmitteln (und damit tendenziell auch an den Rohstoffen der Erde) führt g e s e t z m ä ß i g zum Kampf um Rohstoffe, Produktionsmittel, Märkte usw. Unter diesen Verhältnissen führte zwangsläufig ein Weg von der Entwicklung der Waffe als Produktionsmittel (Jagd) zu ihrer Weiterentwicklung als Instrument im Kampf um die Produktionsmittel, Rohstoffe, Märkte usw. Hieraus ergibt sich die zentrale Stellung der Waffentechnik und deren parallele (z.T. sogar voraussetzende) Entwicklung mit den Produktivkräften.

Eine Zivilisation, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln aufbaut, gerät mit einiger Zwangsläufigkeit in die Gefahr, sich und ihren Planeten selbst auszulöschen, wenn sie diesen Planeten soweit unterworfen hat, daß die Grenzen des Raubbaus absehbar werden, und wenn auf der anderen Seite die Waffentechnik ein Niveau erreicht hat, das die Vernichtung der zivilisationstragenden „Gattung“ ermöglicht. Da mit der Entwicklung der Waffentechnik auch deren Kontrolle und Handhabung durch eine immer kleinere Zahl von Menschen zusammengeht, ist in dieser Phase die Wahrscheinlichkeit einer Selbstvernichtung der Zivilisation sehr hoch. Diese „kritische Phase“ kann, das ist zumindest die These des wissenschaftlichen Sozialismus, nur durch die Aufhebung ihrer Voraussetzungen (Privateigentum an den Produktionsmitteln, Spaltung der

menschlichen Gesellschaft in Klassen) abgeschlossen werden – „oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“.

Die Antworten des Ökologismus

Es gilt unter Sozialisten der BRD derzeit als Zeichen einer zeitgemäßen, vorurteilsfreien, undogmatischen Einstellung, der Ökologie-Bewegung und ihren Thesen Respekt zu zollen. Von Bahro bis zur „KPD“ sind sich viele Sozialisten darin einig, daß die Ökologie-Bewegung das Verdienst habe, Fragen aufgegriffen zu haben, auf die die Marxisten bisher eine Antwort schuldig geblieben seien oder gar falsche Antworten gegeben hätten. Solche Äußerungen westdeutscher Sozialisten dürften ihre Ursache in erster Linie in der traditionellen Demuthaltung der „Ghetto“-Linken der BRD gegenüber jeder breiteren Bewegung haben. Einer Überprüfung an den Tatsachen halten diese Äußerungen aber nicht stand.

1. Die Ökologie-Bewegung stellt zwar zu Recht die Frage des „Überlebens der Gattung“. Sie hat aber unrecht, diese Frage vorrangig an der Ausplünderung der Erde, statt an der Gefahr eines atomaren Untergangs festzumachen. Zweifelloso bildet beides einen Zusammenhang, das militärische Element ist aber das weitaus akutere. 2. Die von der Ökologie-Bewegung aufgenommene Problematik (Ausplünderung der Erde, „Umweltvergiftung“ usw.) findet sich sowohl in der theoretischen Analyse wie im Konkreten bereits bei Marx und Engels. Sozialisten waren auf diesen Gebieten aktiv, bevor an eine Ökologie-Bewegung zu denken war. 3. Auf die von der Ökologie-Bewegung aufgeworfene Problematik haben die Marxisten eine klare Antwort: Es müssen durch revolutionäre Umgestaltung der ganzen Gesellschaft die Verhältnisse beseitigt werden, die Ursache all dieser Erscheinungen sind.

Welche Antworten aber gibt stattdessen die Ökologie-Bewegung? In ihrer schlichtesten Form verkommt sie zum Reformhaus- und Energie-Spar-Ökologismus, das heißt zum Versuch, eine eigene „alternative“ Lebensform den herrschenden Verhältnissen entgegenzusetzen – allenfalls noch mit der Hoffnung verbunden, daß das eigene Beispiel initierend auf andere wirken möge, so daß schließlich die herrschenden Verhältnisse unter einer Woge von „alternativem Leben“ begraben werden möchten.

In ihrer politisch entwickelteren Form kommt die Ökologie-Bewegung dazu, den Auswirkungen der herr-

In ihrer politisch entwickelteren Form kommt die Ökologie-Bewegung dazu, den Auswirkungen der herrschenden Verhältnissen mit „gewaltfreiem“ Widerstand und Reformforderungen entgegenzutreten, ohne irgendeine Vorstellung über eine gesellschaftsverändernde Strategie zu haben.

Wo die Ökologie-Bewegung und die Grüne Partei (als parlamentarischer Ausdruck dieser Bewegung) sinnvolle soziale und demokratische Forderungen erhebt, schließt sie sich weitgehend den Programmen der radikal-demokratischen Bewegungen, der sozialistischen Gruppierungen, der Bunten und Alternativen Listen an, ohne diesen wesentlich Neues hinzuzufügen. Wo die Ökologie-Bewegung hingegen eigenständig e Antworten zu formulieren versucht, muß sie letztlich doch die Antworten schuldig bleiben oder Antwort direkt reaktionär.

Die Ökologie-Bewegung hat den Kampf gegen das „Wirtschaftswachstum“ und gegen die „Überschätzung unseres materiellen Lebensstandards“ in den Mittelpunkt ihrer eigenständigen Aussagen gestellt. Da dieser Kampf von den Ideologen der Ökologie-Bewegung durchweg ohne Differenzierung der gesellschaftlichen Klassen begriffen wird, richtet er sich in der Tendenz auch gegen die werktätigen Klassen und deren „materiellen Lebensstandard“. Der rechte Flügel der Ökologie-Bewegung geht den – durchaus konsequenten – nächsten Schritt, indem er behauptet, Klassenkampf, uneingeschränkter Streikrecht usw. seien „abgegriffene Gewerkschaftsforderungen“, die „überwunden“ werden müßten. Es gelte, ein „partnerschaftliches Zusammenarbeiten aller Schichten“ anzustreben, um „den unsinnigen Verteilungskämpfen ein Ende zu setzen“ (Zitate aus einer Stellungnahme des Vorstands der GLU Hamburg, 2.1.80 – die darin ausgesprochenen

Gedanken sind als typisch für den rechten Flügel der Grünen, der u.a. auch von Baldur Springmann vertreten wird, anzusehen). Der rechte Flügel der Ökologie-Bewegung formuliert insofern schon eindeutig faschistoide Thesen („Volksgemeinschaft“).

Die Ökologie-Bewegung führt ihren Kampf gegen das Wirtschaftswachstum auf der Grundlage des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems und Gesellschaftssystems. Sie stellt zwar dessen „Idee“ („Profitdenken“), nicht aber das System selbst, seine Ökonomie, seine Besitzverhältnisse usw. in Frage. Sie übersieht dabei zweierlei:

1. Unter den herrschenden Verhältnissen kommt die Forderung gegen das „Wirtschaftswachstum“ und gegen die „Überschätzung des materiellen Lebensstandards“ direkt der Tendenz des kapitalistischen Systems zugute, sich auf militärische Konfrontationen vorzubereiten. Also beispielsweise Ausdehnung des militärischen Sektors auf Kosten des „Wirtschaftswachstums“ im Konsum-Bereich und auf Kosten des „materiellen Lebensstandards“, oder beispielsweise stärkere Nutzung einheimischer Rohstoffe und Energiequellen sowie insgesamt sparsamerer Verbrauch, um für den Fall militärischer Konflikte mehr „Unabhängigkeit“ zu erreichen.

2. Die Menschheit als G a n z e s betrachtet, unsere „Gattung“, leidet durchaus nicht an übermäßigem Wirtschaftswachstum und materiellem Reichtum, sondern an Hunger und Unterernährung, Krankheiten, „Ausgeliefertsein an Naturkatastrophen usw. Falls man sich nicht von vornherein auf einen völlig nationalbornierten Standpunkt zurückzieht, liegt das Problem also keineswegs darin, das Wirtschaftswachstum zu drosseln, sondern seine Produkte anders zu verteilen. Im Rahmen der ökologischen Theorien kann aber selbst aus dieser Erkenntnis nur ein „Brot-für-die-Welt“-Bewußtsein hervorgehen, d.h. der Aufruf an die „reichen Nationen“, mit den Völkern der 3. Welt zu „teilen“. Die Ökologie-Bewegung bezieht sich aber nicht auf die schlichte Tatsache, daß unter den g e g e b e n e n Verhältnissen die „reichen Nationen“ (d.h. die imperialistischen Staaten) durchaus nicht dazu tendieren, „ihre Brot mit ihren ärmeren Brüdern zu teilen“, sondern ganz im Gegenteil zu verschärfter ökonomischer Ausplünderung und militärisch-politischer Kontrolle möglichst weiter Gebiete der 3. Welt drängen.

Der hilflose Appell an die Vernunft

Der hilflose Appell an die Vernunft

Die Ökologie-Bewegung löst die Ideen von ihrer materiellen Basis. So kann sie ohne weiteres gegen die „Profitorientierung“ der „Wirtschaft“ Stellung nehmen und gleichzeitig das Privateigentum an den Produktionsmitteln (die kapitalistische Ökonomie) ganz unberücksichtigt lassen. Sie kann sich folglich dem Gedanken hingeben, es sei möglich, durch die Kraft vernünftiger Argumente die „falschen“ Ideen durch „richtige“ Ideen zu ersetzen, ohne an den ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen etwas zu verändern. So wird beispielsweise der „Verteilungskampf“ zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen nicht etwa auf die einfache Tatsache des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln und der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zurückgeführt. Stattdessen wird er mit den falschen Ideen begründet, die sich irgendwie breitgemacht haben – auf der einen Seite das böse „profitorientierte Zweckdenken“ der Kapitalisten, auf der anderen Seite das kaum weniger böse Interesse der Lohnabhängigen an einer weiteren Steigerung ihres materiellen Lebensstandards. „Partnerschaft“ heißt darum die Devise. Diese „Partnerschaft“ soll erreicht werden, indem sowohl Kapitalisten wie Lohnabhängige die Unvernünftigkeit und die katastrophalen Konsequenzen ihres bisherigen Verhaltens begreifen. Auf dieselbe Weise müßte den Kapitalisten begrifflich gemacht werden, daß es böse und letztlich auch für sie selbst verhängnisvoll ist, die Ausplünderung anderer Völker fortzusetzen, statt im Rahmen eines vernünftigen Wirtschaftswachstums den industriellen Reichtum mit diesen Völkern zu teilen. Auch die Unvernünftigkeit von militärischen Konfronta-



tationen müßte den Kapitalisten eigentlich ganz leicht verständlich zu machen sein.

Insofern ist offensichtlich, daß die Ideologen des Ökologismus – wenn auch ganz unbewußt – an die Vorstellungen des Utopischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts anknüpfen, und es ist schon konsequent, daß gerade Bahro sich explizit auf die Utopischen Sozialisten bezieht, denn seine Absicht scheint es zu sein, eine Synthese zwischen Ökologismus und wissenschaftlichem Sozialismus zu bewirken.

Sie glaubten sich „weit über den Klassengegensatz erhaben“, schrieben Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ zur Kennzeichnung der Utopischen Sozialisten, und: „Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsglieder, auch der beseßerten, verbessern. Sie appellieren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse. Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen.“

Sie verwerfen daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion, sie wollen ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen, durch kleine, natürlich fehlgeschlagene Experimente (entsprechend den „alternativen Lebensformen“ unserer Zeit – Anm. AK), durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen.“

Für die Ideologen des Ökologismus ist es unfassbar, daß die Schlechtigkeiten dieser Welt nicht etwa einem „materialistischen Zeitgeist“ (Springmann/Heidt) entspringen, sondern ihre Ursache in den herrschenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen haben. Daher würde selbst die zu erträumende Bekehrung

schenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen haben. Daher würde selbst die zu erträumende Bekehrung eines oder eines Dutzend Kapitalisten oder selbst der Kapitalisten eines ganzen Landes zum „ökologischen Denken“ und zum „partnerschaftlichen Lebensstil“ wenig ausrichten. Denn über die Gesetze des Weltmarkts, der kapitalistischen Konkurrenz usw. müßten sich alsbald die alten Verhältnisse wieder herstellen. Der Gedanke, durch die Kraft der Vernunft den Kapitalisten dazu zu bringen, sich anders als kapitalistisch zu verhalten, führt direkt auf die Wurzeln dieser Vorstellung hin: Die Religion! „Gehe hin, verkaufe alles, was du hast, und gib's den Armen. So wirst du einen Schatz im Himmel haben“ (Markus, 10.21). Im Gegensatz zu den Ideologen des Ökologismus war sich Jesus allerdings der Aussichtslosigkeit solcher Appelle bewußt: „Eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als daß ein Reicher ins Reich Gottes komme“ (Markus, 10.25).

Der Staat als Freund und Helfer

Der wissenschaftliche Sozialismus geht davon aus, daß der Staat in erster Linie Staat der herrschenden Klassen ist – mit dem Zwecke, die herrschenden sozialen und ökonomischen Verhältnisse zu verwalten und zu sichern, einschließlich der Anwendung von Gewalt gegen die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen. Der bürgerliche Staat könne daher „als allgemeine Regel nur durch eine gewaltsame Revolution“ abgelöst werden. (Lenin, Staat und Revolution, 1917).

Die Vorstellung, daß es möglich sein könnte, die herrschenden Verhältnisse „gewaltfrei“, d.h. durch eine „geistige Umkehr“ aller Klassen der Gesellschaft, grundlegend zu verändern, bedarf selbstverständ-

lich eines völlig anderen Bildes vom Staat. Freilich hat der Ökologismus selbst noch nicht einmal eine reformistische Staats-Theorie hervorgebracht. Stattdessen befäßt er sich gar nicht erst konkret mit dem Staat. Insofern hat der Spott der bürgerlichen Parteien über diese Reformisten ohne Reform-Strategie schon seine Berechtigung. Denn das Fehlen einer speziellen „ökologischen“ Staats-Theorie ist schlicht dem Umstand geschuldet, daß die Ökologie-Bewegung noch nicht einmal so weit gekommen ist, überhaupt über die Durchsetzung ihrer Ideen gegen die herrschenden Verhältnisse nachzudenken.

Hilfsweise bemühen sich einige vom Marxismus herkommende linke Ideologen um die Produktion und Verbreitung einer neuen Staats-Theorie. Bahro beispielsweise, inzwischen schon mehr Ökolog als Marxist, hat gerade auf der Basis einer fundierten Kenntnis des Marxismus und der neuen „eurokommunistischen“ Theorien seine These entwickelt, „daß an der Staatsfrage die Unterscheidung zwischen Reformismus und Revolution nicht mehr zu machen“ sei. Die „monopolistische Lobby“ (der Bahro heute beherrschenden Einfluß auf den Staat zugeht) müsse durch Massenbewegungen von eben diesem Staat (Bahro: „Staatsmaschine“) „isoliert“ werden, so daß sie also – das ist wohl zu schlußfolgern – schließlich die Kontrolle über diesen verliert. Dann sei es möglich, den Staat in eine „neue Richtung“ arbeiten zu lassen, die den „Mehrheitsinteressen“ entspricht. (vgl. dazu AK 167, S.3). Da Bahro sich explizit auf die italienische KP bezogen hat, muß es auch erlaubt sein, in diesem Zusammenhang auf deren Praxis hinzuweisen: Die PCI propagiert die Stärkung staatlicher Polizei-Gewalt, unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung“. Die reformistische Staats-Theorie zerlegt den Staatsapparat in seine Atome, die einzelnen Menschen, die generell lernfähig sind und die zudem ihren sozialen Verhältnissen nach eher der Bevölkerungsmehrheit als den Großkapitalisten nahestehen. Letzten Endes geht es darum, daß diese Individuen (und damit dann auch der Apparat insgesamt oder in seinen wesentlichen Teilen) dem Großkapital den Gehorsam verweigern und stattdessen sich dem „Kommando“ der Bevölkerungsmehrheit unterstellen müßten.

Historisch betrachtet, haben alle gesellschaftlichen Umwälzungen seit Abfassung des Kommunistischen Manifests die enorme Rolle der bewaffneten Gewalt bestätigt. Versuche, bewußt an diesen historischen Erfahrungen vorbeizuxperimentieren (Allende in Chile), endeten durch die Gewalt der alten herrschenden Klassen.

Der Staatsapparat hat sich in den letzten 100 Jahren sehr verändert. Allerdings nicht im Sinne der reformistischen Ideologen. Da der Staat wesentlich die Funktion hat, die herrschenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse zu garantieren, entwickelt die herrschende Klasse parallel zu den Produktivkräften und zu ihrer Waffentechnik auch den Staatsapparat. Die Überwachung der Bevölkerung durch Computer ist der Überwachung durch den „Schutzmänn an der Ecke“ weit überlegen. Die totale „Erfassung“ liegt schon im Bereich

des Möglichen. Die Waffentechnik und Ausbildung der Polizei-Truppen hat ein Niveau erreicht, das in der Tat die Rebellionen des 19. Jahrhunderts (die arbeitende Bevölkerung mit Schrotflinten auf den Barrikaden) kaum noch möglich erscheinen läßt. Ähnlich wie das Militärwesen bedarf zudem auch der staatliche Polizei-Apparat in den wesentlichen Funktionen einer zunehmend kleineren Zahl von Menschen. Er ist im Fall einer revolutionären Krise nur noch begrenzt angewiesen auf die Massenloyalität eines zahlreichen Polizeihäres, sondern verfügt daneben über relativ kleine, sehr schlagkräftige, privilegierte und gepflegte, ideologisch besonders ausgerichtete Kommando-Truppen.

Es ist ein bemerkenswertes Kuriosum, daß das Bewußtsein über die Existenz dieses hochzentralisierten und auf dem modernsten Stand der Technik aufgebauten Polizei-Apparats der Ausbreitung reformistischer Staats-Theorien geradezu förderlich ist. Der Staatsapparat erscheint so all- und übermächtig, daß leicht die Alternative nur noch zwischen einem wilden verzweifelter, selbstmörderischen Ansturm gegen diese Stahlwand („Stadt-Guerilla“), oder aber in Illusionen über die „gewaltfreie“ Wandelbarkeit eines dieses Staates gesehen wird (Horst Mahler).

Die grausame Katastrophe der chilenischen Linken speziell hat vorerst keineswegs den reformistischen Trümereien einen entscheidenden Stoß versetzt, sondern hat im Gegenteil der Entwicklung reformistischer Staats-Theorien (insbesondere durch die PCI) kräftig Aufschwung gegeben: Wenn die gewaltsame Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat nicht mehr denkbar ist, kann aus der chilenischen Katastrophe nichts anderes folgen als eine Verstärkung des Opportunismus gegenüber der herrschenden Klasse und ihrem Staat. Da Konfrontation mit dem Staat aussichtslos erscheint, muß die Linke „aus den Schützengräben heraus“, muß mit dem Staatsrepräsentanten „einen Dialog beginnen“, muß den Staat so „verändern“, daß er selbst eine „revolutionäre Rolle“ bei der Veränderung der herrschenden Verhältnisse übernimmt (Horst Mahler).

Zwar haben gerade im letzten Jahr die reaktionären Regimes in Iran und Nikaragua jeweils zehntausende von Menschen hinschlachten lassen – und die Zahl der Opfer wäre gewiß noch weit größer geworden, wenn diese Regimes nicht schließlich durch bewaffneten Aufstand gestürzt worden wären. Diese Tatsachen sind so eindeutig, daß selbst unter Ökologen, Sozialdemokraten und Liberalen viele die Meinung vertreten, daß es dazu neigen, die objektive Berechtigung oder gar die progressive Rolle revolutionärer Gewalt in den „unterentwickelten“ Ländern „anzuerkennen“. Wobei aber unbedingt daran festgehalten wird, daß dies zwar für „unterentwickelte“ Länder gelten möge, keinesfalls jedoch für die „zivilisierten“ Länder wie etwa die BRD.

Wer so argumentiert, demonstriert ein kurzes historisches Gedächtnis oder ein bemerkenswertes Verdrängungsvermögen. Denn zumindest die Verbrechen des deutschen Nazismus haben ausreichend bewiesen, was im 20. Jahrhundert gerade in einem „zivilisierten“ Land auf der Basis einer hochentwickelten Waffen- und Polizei-Technik an Barbarei möglich ist. Und es ist noch keine zehn Jahre her, daß in durchaus „zivilisierten“ Ländern Europas wie Griechenland, Spanien und Portugal die Folter gegen Oppositionelle an der Tagesordnung war.

Die „Zivilisation“ hat das Problem der Gewalt zwischen Menschen nicht aus der Welt geschafft, sondern stellt es lediglich auf eine neue, höhere Stufe. Jede Bewegung, die progressive Gesellschaftsveränderungen anstrebt, aber die Frage der konkreten Überwindung der auf Gewalt gegründeten bestehenden Verhältnisse gar nicht oder falsch beantwortet, ist zum Scheitern verurteilt. (2. Teil folgt)

Impressum

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abuf, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe 9.000

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

Eine Antwort an Rudolf Bahro

„Es handelt sich darum, die menschliche Zukunft überhaupt und eine Chance menschenwürdiger Organisation des Zusammenlebens in dieser Zukunft zu retten“ (Bahro)

Ja, das habe ich begriffen, immer besser begriffen, seitdem ich vor vier Jahren in eine dieser altmodischen K-Gruppen, den KB, eingetreten bin. Und oft genug hab ich in dieser recht kurzen Zeit erfahren, daß uns, die wir versuchen unter einem bestimmten politischen Vorzeichen für eine menschliche Zukunft zu wirken, der Boden unter den Füßen weggezogen werden sollte. Und wenn wir, die wir nicht in die neue Grüne Partei eingetreten sind, uns heute gegen die dort beschlossenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse wehren, dann geht es um mehr als um „Sonderinteressen und Sonderangelegenheiten“, „Status- und Existenzprobleme“ dieser Gruppen. Dann geht es darum, sich gegen ein weiteres Stück zur Einschränkung unserer Arbeitsbedingungen zu verteidigen, die wir gerade benötigen, um dem von dir benannten Ziel näher zu kommen. (Nebenbei: Ich bin überzeugt, du darfst jedem, der nicht wie Du bei den Grünen eingetreten ist, getrost unterstellen, in der Verantwortung vor diesem Ziel zu handeln, und nicht im Interesse der persönlichen „Böcke“, wie du annimmst.) Tatsächlich stehen die grünen Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Tradition von Berufsverboten und Gewerkschaftsausschlüssen. Denn es geht den führenden Verfechtern ja nicht um eine formale Ausgrenzung konkurrierender Wahlparteien (das wäre noch eine andere Frage), sondern ausdrücklich um eine Ausgrenzung von organisierten Linken, insbesondere Kommunisten. Wobei heute erst wenige die Gebote der Taktik völlig außer Acht lassen und sich so offen ausdrücken, daß es mir eiskalt den Rücken runterläuft. Kommunisten sind in dieser Debatte für manche schon keine Menschen mehr, sie sind ein „fauler Zahn“, eine „Schlange, die schon viel zu dick geworden ist an unserer Brust“ (Dinne), sie sind „Bakterien“, von denen die Grünen bereits infiziert sind (H. Strohm). Sicher, nicht alle, die sich für das Verbot der Doppelmemberschaft ausgesprochen haben, denken so, doch zeigen nicht gerade diese Äußerungen, daß eine historische Einordnung geradezu geboten ist?!

Wieder einmal soll der Linken ein Stück Freiheit genommen werden – und ausgerechnet von der Partei, die sich heute als die Alternative darstellt.

Wer sind denn hier die „Sektierer“?

„Die grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien“ beanspruchen die Grünen zu sein, und sie wollen damit nicht nur Unzufriedene und Umweltschützer aus bürgerlichen Kreisen ansprechen, sondern gerade diejenigen, die sich mit den Bunten und Alternativen Listen identifizieren. Denn das wissen sie alle ganz genau, daß sie ohne dieses Potential kaum eine Chance haben, die 5%-Hürde zu überwinden.

Ist es wirklich so unverfroren, wenn Bunte und Alternative sich nicht damit zufriedengeben, als Stimmvieh und Starthilfe für eine neue Partei benutzt zu werden, wenn sie verlangen, daß ihre Positionen angemessen berücksichtigt werden, daß keiner, der bisher mit ihnen zusammengearbeitet hat, aus der Grünen Partei ausgeschlossen wird?

Das, was sie verlangen, sind beileibe keine „Vorrechte“, ist nicht die Durchsetzung aller bunten oder gar „roten“ Positionen auf „Biegen und Brechen“, sondern erstmalig die Herstellung einer gleichberechtigten Diskussion eines gleichberechtigten Bündnisses. Man mag vieles am Vorgehen der Bunten und Alternativen kritisieren, unbegreiflich ist mir allerdings, daß Du ausgerechnet ihnen in erster Linie den Vorwurf eines schlechten „Stils der Zusammenarbeit“ zukommen läßt, ohne auch nur ein kritisches Wort gegen diejenigen zu richten, die von Anfang an bemüht waren, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen mit allen möglichen Tricks zu verhindern.

Es waren doch gerade maßgebliche Teile der Grünen, die Bunte und Alternative von gemeinsamen Diskussionsterminen verbannen wollten, Landesverbände gegen bestehende Listen gegründet haben, dafür gesorgt haben, daß linke Vertreter in den

Kommissionen höchstens eine Alibi-funktion erhalten.

Ganz und gar in diesem Zeichen steht auch der in Karlsruhe verabschiedete Unvereinbarkeitsbeschuß. Wer, wie Du, davon spricht, der Kongreß habe „durch seine relative Versöhnlichkeit in der Behandlung dieser Frage ein Zeichen gesetzt, das keineswegs auf virulenten Antikommunismus deutet“, der verwechselt einfach die Taktik mit der wahren Absicht und Wirkung. Wenn in Karlsruhe nur wenige die Stirn gehabt haben, ganz offen zu sagen, sie wollten die Kommunisten raushalten, andere dagegen eher formal-rechtliche Argumente vorgeschoben haben, so ist dies kaum ein Zeichen der Versöhnlichkeit, sondern höchstens eines für etwas mehr taktisches „Feingefühl“.

Ein einheitliches, fraktionelles Auftreten der Bunten/Alternativen hätte die einzige Chance gegeben, diese Politik der rechten Grünen zu durchbrechen. (Wer ist eigentlich so naiv und glaubt, Gruhl z.B. hätte keine fraktionelle Arbeit geleistet? Aber ihm ist dieses „Vorrecht“ wohl zuzugestehen?)

Bis zur Wahl wird vielleicht noch das taktische Feingefühl die Situation in der Grünen Partei bestimmen. Aber wer garantiert uns denn, daß dann nicht nach und nach immer mehr Linke dem Unvereinbarkeitsbeschuß zum Opfer fallen?

Raus aus der Isolation, rein in die Grünen...?

Trotz allem, wir werden aufgefördert, endlich in die Grüne Partei einzutreten. Manche verbinden mit dieser Aufforderung die Illusion, rechte Vertreter einfach überstimmen zu können. Derartige Mehrheitsverhältnisse nur mal angenommen, die Folgen wären absehbar: Gruhl und seine Freunde würden ihren Hut nehmen und gehen, das vielbeschworene „Mittelfeld“ hinterher. Aus wär's mit dieser Grünen Partei.

Du selbst schreibst den Linken nur ein Drittel zu: „Wenn die Linke perspektivisch ein Drittel aufbringt, wird sie aussichtsreiche Positionen für eine sehr fruchtbare Arbeit haben.“ Aussicht hat die Linke innerhalb der Grünen auf Jahre der Hoffnung, daß sie vielleicht doch einmal einen relevanten Teil der Partei von ihren Vorstellungen wird überzeugen können. Von dieser Hoffnung leben die Jungsozialisten noch heute. Doch die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Wunsch in Erfüllung gehen wird, ist mehr als gering. Denn bei den Grünen ist es nicht so sehr viel anders, als bei den anderen bürgerlichen Parteien: die Politik wird nicht von der Mitgliederbasis bestimmt, sondern von führenden Persönlichkeiten. Wer die Macht hat, hat das Sagen. Dies zu ändern und einflußreiche Positionen mit Vertretern aus den eigenen Reihen zu besetzen – das wird der Linken schwerlich gelingen; Gruhl & Freunde werden sich zu verteidigen wissen.

Was sollte die Linke also zu einem Eintritt in die Grüne Partei bewegen? Die Möglichkeit zu einer Diskussion und Zusammenarbeit mit dem grünen „Mittelfeld“ zu kommen? Die Eintrittskarte kann dafür doch wohl keine Voraussetzung sein. Auch in der SPD, in der FDP, insbesondere in den Jugendverbänden dieser Parteien, gibt es viele kämpferische Demokraten und Umweltschützer, mit denen es zu diskutieren gilt. Die Argumentation der Jusos, Linke sollten in die SPD eintreten, da nur „von innen“ die Chance einer Beeinflussung bestünde, ist von der Linken bisher mit gutem Grunde abgelehnt worden.

Nun, das Wichtigste an einer Partei ist ja nicht die innerparteiliche Diskussion, sondern die politische Arbeit in der Öffentlichkeit. Es ist den Bunten und Alternativen darum gegangen, durch eine solidarische Zusammenarbeit von Atomkraftgegnern, Demokraten, aktiven Frauen usw., durch eine gemeinsame Beteiligung an Wahlen den Forderungen und Interessen der Bürgerinitiativen mehr Gehör zu verschaffen. Es ist ihnen auf diesem Weg bereits ein Stückweit gelungen, einen Schritt aus der Isolation herauszutun. Sie haben durchaus keinen Grund, ehrfurchtsvoll zur neuen grünen Partei aufzublicken, die sooo viel mehr repräsentiert, wie Du meinst. „Unbegründeten Stolz“ wirfst Du ihnen vor; ich behaupte vielmehr, die Bunten und Alternativen sind bisher mit viel zu wenig Selbstbewußtsein in die Debatte um die Gründung

einer neuen Partei eingestiegen. Die Grünen repräsentieren Strömungen, die die Bunten bisher nicht erreicht haben, aber es sollte doch nicht vergessen werden, daß gerade ein großer Teil der mit den etablierten Parteien Unzufriedenen sich bisher in den Bunten und Alternativen Listen wiedergefunden hat, daß gerade aus ihren Reihen diejenigen kommen, die in den letzten Jahren, den aktiven Kampf gegen Atomkraftwerke, für mehr Demokratie getragen haben.

Es wird uns vorgeworfen, wir würden freiwillig in gesellschaftlicher Isolation verharren. Tatsächlich ist die Linke heute, trotz einiger Fortschritte, recht isoliert. Doch was würde sich daran durch einen Eintritt in die Grüne Partei ändern? Würde die AKW-Bewegung, die ihrem Protest auch durch Bauplatzbesetzungen Ausdruck verliehen hat, aus ihrer Isolation herauskommen? Oder die fortschrittliche Bewegung in den Betrieben? Oder die radikaldemokratische Bewegung, die gegen Zensur und sog. „Antiterrorgesetze“ kämpft? Nein! Marxistische und revolutionäre Inhalte würden schon gar nicht Eingang in eine breitere Öffentlichkeit finden. Das grüne Programm wird weit hinter das von Bunten und Alternativen erarbeitete Selbstverständnis zurückfallen. Es besteht heute weniger die Chance, diese Forderungen über die Grünen zu verbreitern, sondern eher die Gefahr, daß diese politischen Inhalte noch weiter in die Isolierung gedrängt werden, nach dem Motto: Was wollt ihr eigentlich, nicht einmal die Grünen (die ja bekanntlich die Alternative sind) treten dafür ein.

Tatsächlich geht es heute für die Linke darum, einen Weg aus der gesellschaftlichen Isolierung heraus zu finden. Doch den Weg des Eintritts bei den Grünen halten viele Bunte und Alternative aus den genannten (und weiteren) Gründen nicht für den richtigen. Tatsächlich geht es darum, die Zusammenarbeit zwischen allen, die sich gegen das kapitalistische System auflehnen und auch denen, die die herrschende Politik nur in einzelnen Aspekten angreifen, zu verbessern. Doch darf dafür der grüne Mitgliedsausweis nicht Voraussetzung sein. Es wird nicht zuletzt an den linken und bunten Grünen liegen, ob diese Zusammenarbeit zustandekommt! Akzeptieren müßt Ihr allerdings, daß wir

nicht in die neue Partei eintreten, genauso wie wir akzeptieren werden, daß Ihr den Marsch über die grünen Parteitage gewählt habt.

Die letzte Chance oder politischer Selbstmord

Nur einige Anmerkungen zur empfohlenen Auflösung unserer Organisation. Pauschalurteile und Schlagwörter wie „veraltet“ sind diesbezüglich in Mode gekommen. Es geht dabei längst nicht mehr darum, die Organisationen zu verbessern, sondern sie gänzlich aus der Welt zu schaffen. Doch bisher hat meines Wissens in der aktuellen Debatte niemand den Versuch unternommen, nachzuweisen, daß sich die kapitalistischen Verhältnisse inzwischen derart geändert hätten, daß wir auf eine Organisation im Sinne des Marxismus-Leninismus verzichten können. (Es wird an uns, nicht zu letzt am KB liegen, das Gegenteil nachzuweisen.) Auch Du hast es vorgezogen, starke Worte zu finden, ohne Dich mit den hiesigen Gegebenheiten konkret auseinanderzusetzen.

Kein einziges Wort zu den reichlich geführten und veröffentlichten Diskussionen z.B. innerhalb des KB. Ausschließlich auf Deine Erfahrungen in der DDR bezieht Du Dich. Wenn das man so einfach wäre.... Eine konkrete Analyse und Begründung hätte ich schon erwartet, bevor Du zu dem Urteil kommst, die kommunistischen Organisationen seien sämtlich „des Teufels“.

Wenn Du vor Deinem Brief erst einmal versucht hättest, Dich sachkundig zu machen, wäre der Diskussion hier mehr gedient, als durch Mitgefühl, daß Du für unser „Leiden an der Gruppe, in der Gruppe“ zum Ausdruck bringst.

Wenn's nach mir geht: Wir werden den KB nicht auflösen, wir werden im Gegenteil alles daran setzen, ihn weiter aufzubauen – für eine menschliche Zukunft!

Sabine (SSB/Hamburg)

Anmerkung der Redaktion:
Weitere Diskussionsbeiträge zu Rudolf Bahro sind uns willkommen.

Wildwux im Freeling

1. Aufruf zum Frühlingskongreß in Restberlin

Der Herbst war lang und hart. Manche sagen sogar, es wäre jetzt Winter.

Viele haben sich schlafen gelegt, um im Frühjahr wieder aufzuwachen. Die Blätter drohen zu verdorren, da ihnen der Saft der Wünsche ausgeht – einige sind schon gefallen. Aber der Baum lebt, auch wenn wir zu seinen Wurzeln schlafen und die Wörter der Blätter zusammenfegen.

Wer bestimmt, daß auf den Herbst ein Winter folgt? Wir haben etwas gegen festgelegte Abläufe und deshalb werden wir an Ostern nach dem Deutschen Herbst unseren Frühling ausrufen. Einen Frühling, wo die Körneresser an den Wurzeln des Baums Müslis anbauen und die, die Schmerz in der Seele haben, die Steine ausgraben, um ihnen Flügel zu geben, daß sie sich unter die Vögel mischen. Der ganze Zoo verdoppelt sich, während die Grünen in den Ästen sitzen und das Laub zählen. Zwar werden im Morgengrauen die Herren noch ihre Kältemaschinen anwerfen, aber die Sonne wird ihren Institutionen und Mikroprozessen die Energie nehmen. Die Wohngemeinschaften verlassen den Fernseher, um wieder selbst Leben zu machen.

Ein Professor sitzt in der Sonne und zählt Farben:
– die rote Front....
– die schwarze Front....
– die bunte Front....
– die grüne Front....

...sind wir, schreiben die Kinder und versuchen einen Molli mit Bananenmilch zu füttern. Auch die Vögel singen „Rock für den Frühling“ und die Distel tanzt mit dem Löwenzahn, der aus der Dienstmütze wächst, die noch seit Herbst herumliegt. Im Schatten des Baumes sitzt einer und schreibt ein Buch über den Versuch, die Jahreszeiten auf den Kopf zu stellen.

„Kalter Kaffee“, sagt ihr?

Aber wir haben es satt, die Zukunft nur als eine Sammlung von Horrorbildern zu sehen: Wir prophezeien das schreckliche Bild von Computern, AKW's, Dreck und neuerdings auch Krieg – und wenn mal nicht das Schlimmste eintritt, sind wir auch noch frustriert, weil unsere Prognosen daneben gingen.

Dabei wollen wir doch mehr. Unsere Geschichte ist über 10 Jahre alt und wir haben doch nicht angefangen, weil's eh schief geht. Wo ist die Zukunft vom vergangenen Jahr? Gut, es ist vieles schief gegangen, aber wer hat gesagt, daß es ein Zuckerlecken wird? Und so schlecht ist die Situation auch nicht. Wir sind mehr als je zuvor in den 10 Jahren, auch wenn wir meist nicht wissen, wo's langgeht. Aber eines haben wir gelernt. Vor dem kalten Wind, der uns ins Gesicht weht, läßt sich nicht segeln. Wir brauchen eigene Puste zum Gegenblasen. Wir haben soviel über Kälte gejammert, bis auch der letzte gefroren hat.

Wat nun? Wir werden an Ostern wegen dem Prozeß gegen's BUG-Info das Alternativpresstreffen in Berlin abhalten. Aber weil wir glauben, daß die Misere der Zeitungen von unserer allgemeinen Misere abhängt, machen wir neben dem Treffen auch noch einen Kongreß, auf dem wir über alles reden, was los ist und ansteht. Damit nicht nur die Köpfe qualmen, sondern auch der Bauch knurrt, wird für die Musik, Theater und vieles, vieles Sonstiges gesorgt werden.

Organisatorisches:

Irgendwelche Vorschläge, Tips, Kritik, Anfragen, Teilnehmerzahlen usw. gebt bitte an „radikal“. Wir schicken euch bald was Genaueres über Ort, Termin, Gruppen, Themen, Aktionen und was es sonst noch gibt....

Auf Wiedersehn bei Wildwux im Freeling
Kontakt: „radikal“, Eisenbahnstr. 4, 1 Berlin 36, Tel. 030/612 70 93

Bewegung 2. Juni

(2. Teil)

Die Welt wie wir sie sehen! Gegen Einseitigkeit und Dogmatismus!

Die Bedingungen und die kapitalistische Krise

Wenn wir sagen, daß wir uns nach den Bedingungen richten, die der Kampf hier hat, dann wollen wir die Bedingungen auch erklären.

Die Voraussetzungen in der BRD sind eine schwache revolutionäre Bewegung und eine fast übermächtige Konterrevolution. Das hat sich (historisch gesehen) aus der Vernichtung der revolutionären Bewegung durch den Faschismus und die Ermordung der revolutionären Kader durch den Stalinismus, durch jahrzehntelangen Antikommunismus und einen relativen Wohlstand des Arbeiters entwickelt. Infolge des relativen Wohlstandes wurden weite Teile des Proletariats verbürgerlicht. Proletariat, das waren nur noch die Fließband- und Hilfsarbeiter (und da hauptsächlich Frauen und Gastarbeiter) und Lehrlinge, also Menschen, die besonders abhängig vom Arbeitsplatz sind. Widerstand hatte für diese Menschen oft einen fatalen ökonomischen Fall zur Folge. Trotzdem entwickelten sich gerade dort neue Formen des Widerstandes (Krankschreibenlassen, Sabotage an den Bändern, bis hin zum wilden Streik).

Durch die Auswirkungen der kapitalistischen Krise fängt die Verbürgerlichung jedoch an, sich ins Gegenteil zu verkehren. Große Teile der Mittelschichten werden heute verproletariert. Die Rationalisierung setzt gerade in den Berufen, die zur Mittelschicht gehören, wie technische Zeichner, Buchhalter, Sachbearbeiter usw. immer mehr Menschen frei, die auf den Arbeitsmarkt strömen und ihre Arbeit anbieten. Die Verproletarisierung ist damit nichts anderes als die Folge von Rationalisierung. Rationalisierung bedeutet Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Einsatz immer leistungsfähigerer technologischer und organisatorischer Mittel in Produktion und Verwaltung.

Die Verproletarisierung durch die Rationalisierung betrifft nicht nur die „freigesetzten“ Menschen, sondern ebenso die, die im Produktionsbereich verbleiben. Denn jede technische Umwälzung bringt dem einzelnen Arbeiter (Angestellten auch) einbereinigt. Denn jede technische Umwälzung bringt dem einzelnen Arbeiter (Angestellten auch) einbereinigt.

Die Lohnkosten in der BRD sind durch Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit (also Abbau der Belegschaften unter Erhöhung der Leistung des Einzelnen, so niedrig wie nie zuvor.

Der Hinweis, daß die Lohnkosten sinken, ist angesichts steigender Löhne etwas verwirrend, deshalb ein Beispiel: Wenn ein technischer Zeichner früher für eine Zeichnung mehrere Stunden gebraucht hat (sagen wir 10 Stunden a 10 DM), dann entsprach das 100 DM Lohnkosten (ohne Nebenkosten). Heute drückt er ein paar Computertasten in wenigen Minuten, und die Zeichnung ist fertig. Also betragen die Lohnkosten nur noch den Bruchteil eines (früheren) Stundenlohnes, sagen wir der Einfachheit halber, er arbeitet jetzt nur noch sechs Minuten an der Zeichnung, das entspräche 1 DM Lohnkosten. Er bekommt nach der Rationalisierung für die gleiche Zeichnung, für den gleichen Wert, den er geschaffen hat, anstatt früher 100 DM jetzt nur 1 DM Lohn!

Damit aber nicht genug, seine früher qualifizierte Arbeit – technische Zeichnungen – wird durch den Druck einiger Tasten auch noch so einfach, daß dafür keine Qualifizierung mehr nötig ist und irgendwer angelernt werden könnte. Seine Qualifizierung sinkt, was eine Abstufung in der Lohngruppe bedeutet, weniger Stundenlohn. Falls er nicht ganz entlassen wird. Das Beispiel zeigt, daß die Lohnkosten gleich zweimal gesenkt werden: 1. durch Mehrleistung, 2. durch Abstufung, Drücken des Lohnes direkt.

Der gewerkschaftliche Kampf, die Arbeitslosigkeit über Arbeitszeiterkürzungen abzubauen, bleibt solange eine Illusion, solange die Gewerkschaften nicht in den Produktionsablauf eingreifen können. Wenn die Gewerkschaften nicht eingreifen können, würde eine Arbeitszeiterkürzung nur eine Steigerung der Arbeitsintensität mit sich bringen, also eine noch größere Ausbeutung. Das hat

England 1974 am deutlichsten demonstriert. Damals wurde von der Regierung die 3-Tage-Woche verordnet, weil angeblich zu wenig Arbeit vorhanden war, der Produktionsausstoß aber entsprach fast dem einer 5-Tage-Woche!

Die Frage der Mitbestimmung wird für die Gewerkschaften immer dringender. An dieser Frage aber gehen die Interessen der Kapitalisten und die der Arbeiter weiter auseinander. Wenn die Interessen der Kapitalisten und die der Arbeiter weiter auseinandergehen, dann radikalisiert sich die Arbeiterklasse, kämpft verstärkt für ihre Interessen. Sie wird in ihrem Fahrwasser die Arbeitslosen radikalisieren. Der Antagonismus (Widersprüche, die nur im Kampf gelöst werden können) in der gesamten Gesellschaft wird wachsen. Wachsen werden aber auch die Arbeitslosenzahlen. Das Institut für angewandte Forschung in Hannover sagt für 1985 eine Arbeitslosenzahl von 2,4 Millionen voraus. Das wären mehr als 10 % der Beschäftigten insgesamt. Heute schon wird zwischen einer offenen Arbeitslosigkeit von 1 Million und einer versteckten von 1,5 - 1,8 Millionen gesprochen. Versteckt werden die Frauen und Jugendlichen, die sich nicht mehr oder überhaupt nicht arbeitslos melden, da sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Natürlich ist die Rationalisierung nur ein Faktor der Arbeitslosigkeit, aber der wichtigste. Durch Rationalisierung beträgt die Arbeitslosigkeit, je nach Branche, 60 - 80 %.

Erst dann folgt die Produktionsverlagerung in die USA und die Länder der 3. Welt. Die USA als stärkster Exportpartner der BRD-Wirtschaft und als ein Land mit der höchsten Produktivität in der Welt wird für die Monopole immer interessanter (Wegfallen der Transportkosten und niedrige Lohnkosten infolge der hohen Produktivität). Aufgrund des technischen Vorsprungs hat Amerika die höchste Produktivität in der Welt. Die Länder der 3. Welt werden für die Monopole wegen der Niedriglöhne, bei gleichzeitiger Beherrschung der Märkte in diesen Ländern sowie geringen Umweltauflagen, Steuervergünstigungen usw. immer interessanter. Dabei ist die Verlagerung der Produktion in die 3. Welt weniger für die Arbeitslosigkeit hier (zwischen 1 % und 5 % beträgt der Anteil an der hiesigen Arbeitslosigkeit, ist aber im Steigen), als vielmehr durch die hohe Produktivkraft, für die Arbeitslosigkeit in der 3. Welt verantwortlich. Denn die moderne, technisierte kapitalistische Produktion der Industrienationen trifft dort auf eine handwerkliche Produktion und zerstört diese und damit tausende Arbeitsplätze, während sie selbst nur wenige anbietet.

Die Krise, die sich hier vor uns abspielt, ist die typische Alterserscheinung des Kapitalismus. Sie ist nichts Künstliches, sie hat eben den Punkt erreicht, wo die Produktivkräfte gegen die Marktschranken prallen. Dazu Rosa Luxemburg: „Ist der Weltmarkt im großen und ganzen ausgebildet und kann er durch keine plötzlichen Erweiterungen mehr vergrößert werden (das ist heute der Fall, Anm.), schreitet zugleich die Produktivität der Arbeit unaufhaltsam fort, dann beginnt über kurz oder lang der periodische Widerstreit der Produktivkräfte mit den Austauschschranken, der von selbst durch seine Wiederholung immer schroffer und stürmischer wird. Und wenn etwas speziell dazu geeignet ist, uns dieser Periode zu nähern, den Weltmarkt rasch herzustellen und ihn rasch zu erschöpfen,

so sind es das Kreditwesen und die Unternehmerorganisationen (heute Monopole)!“

Natürlich ist der Begriff der Erschöpfung des Weltmarktes relativ, deshalb, weil die Überproduktion der kapitalistischen Staaten ja hauptsächlich wegen der mangelnden Kaufkraft der Völker der 3. Welt (und des Ostblocks) nicht abgesetzt werden kann und nicht, weil diese die Produkte nicht gebrauchen können.

Die Überproduktion der kapitalistischen Staaten hat ihren Ursprung in der Konkurrenz gegeneinander. Die Überproduktion ist ein dem Kapitalismus innewohnender Widerspruch. Denn um die Konkurrenz zu schlagen, müssen die Produktionskosten gesenkt werden. Müssen die Produktionsmittel ständig technisch erneuert werden, was eine ständige Produktion nach sich zieht. Die steigende Produktion verringert die Herstellungskosten. Da das alle Kapitalisten erkannt haben, führt es zur Überproduktion.

Überproduktion und Unterkonsumtion sind das Hauptproblem des kapitalistischen Weltmarktes. Das Problem ist weder mit Krediten, noch durch die internationale Arbeitsteilung zu beseitigen; ganz im Gegenteil, beides verschärft diesen Widerspruch.

Zum Kredit: Mit Krediten steigt zwar kurzfristig die Kaufkraft eines Landes, aber diese Kredite werden ja erstmal für den Aufbau einer Infrastruktur (Straßen, E-Werke, Eisenbahnen, Häfen usw.) benötigt. Wenn die Infrastruktur errichtet ist, sind die Länder schon stark verschuldet und brauchen, um eine Produktion anlaufen zu lassen, wiederum Kredite. D.h., das Land ist von vornherein unterkonsumiert (weil verschuldet). Hat es Rohstoffe, ist es gezwungen, mit diesen die Infrastruktur (ohne die es unmöglich wäre, die Rohstoffe abzubauen) zu bezahlen. Kommen die Länder dann stark verschuldet zur Produktion, müssen sie versuchen ihre Produkte nach den aufgezogenen (durch Kredite, Zinsen und die kapitalistischen Produktivkräfte) Gesetzen des Weltmarktes loszuwerfen.

Weigern sich die Länder, ihre Produkte nach der internationalen Arbeitsverteilung zu verkaufen.

Weigern sich die Länder, ihre Produkte nach der internationalen Arbeitsteilung auszurichten, werden ihnen die Kredite gestrichen, werden sie auf Zollschränken, auf Protektionismus der Industrienationen stoßen und auf ihren Produkten sitzenbleiben oder sie verschleudern müssen. Das heißt weiter Unterkonsumtion. Schließen sie sich der internationalen Arbeitsteilung an, haben sie mehr Chancen, ihre Produkte abzusetzen. Die Produkte sind dann nicht den Bedürfnissen des Landes entsprechend, sondern sind Produkte, die die internationalen Konzerne benötigen. Diese Länder verfallen damit immer mehr den internationalen Konzernen.

Diese benötigen die billige Produktion in der 3. Welt, um sich im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu behaupten. Billigere Produktion in der 3. Welt bedeutet weniger Kaufkraft in den Industrienationen.

Die in der 3. Welt hergestellten Produkte wurden vorher in den Industrieländern hergestellt, d.h. die Produktion hier wird entweder eingestellt (und verlagert), oder aber – um konkurrenzfähig zu bleiben – stark rationalisiert. Beides bedeutet den Verlust von Arbeitsplätzen, also geringere Kaufkraft.

Wer jetzt aber glaubt, durch die Verlagerung steigt die Kaufkraft der Arbeiter in der 3. Welt, der irrt gewaltig. Als Beispiel die Textilindustrie: Wurde vorher in der 3. Welt mit der Hand genäht und haben dadurch tausende Schneider ihr Brot verdient, so kommt jetzt die industrielle Produktion und schafft mit wenigen Kräften das, was vorher Tausende produziert haben. Die internationale Arbeitsteilung schafft damit die regionale Verarmung und löst regionalen Widerstand aus.

Wenn durch die internationale Arbeitsteilung in den Regionen (Staaten) unterkonsumiert wird, so wird jeder Staat (da davon ja auch die Industrienationen betroffen sind) versuchen, die Verwertungsbedingungen der eigenen Industrie zu verbessern und sie gleichzeitig vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Damit wird sich der Kampf um die Produktions- und Absatzvorteile auf



dem Weltmarkt verschärfen, was tendenziell immer zu einer Erschöpfung des Weltmarktes führt.

Das ist noch nicht der Untergang des Kapitalismus, sondern zwischen dem Zusammenprall der Produktivkräfte mit den Austauschschranken tritt eine kurze Erholungspause ein. Denn durch den Konkurrenzkampf werden dann unproduktive Länder (Kapitale) zur Aufgabe gezwungen. Dadurch schrumpfen die Überproduktionskapazitäten solange, bis die Nachfrage das Angebot wieder übersteigt. Das führt dann zu neuen Investitionen (sogenannter Konjunkturaufschwung), heizt die Produktion neu an und führt aufgrund der neuen technischen Entwicklung noch schneller zur Überproduktion, d.h. der Zusammenprall wird noch heftiger, die Krise noch größer.

Die internationale Ausbreitung der Monopole, ihre internationale Arbeitsteilung, läßt viele etwas vergessen: Die Monopole sind zwar international in ihrer Arbeitsteilung, ihr Stammkapital aber ist national und national ist auch ihre Interessenpolitik.

Die Interessenpolitik ist insofern national: Wenn ein deutscher (internationaler) Konzern gegen einen amerikanischen (internationalen) Konzern konkurriert, dann wird der deutsche Konzern seine nationale Regierung einspannen – die ihm dann Zoll-, Steuer-, Investitionsvorteile, also bessere Verwertungsbedingungen verschafft, um den amerikanischen (oder sonstigen) Konkurrenten auszuschalten. Zum Beispiel ist der Bundeskanzler nach Italien gefahren und hat – für die deutschen Elektrokonzerne – die Italiener „überredet“, das deutsche Farbfernsehsystem einzuführen und das französische System auszusteichen.

Transnational (oder supranational = über den Nationen) sind unter den 50 größten Monopolen nur 2, d.h. bei zweien stammt das Stammkapital aus mehr als einem Land. Dieses Transnational spielt sich nur innerhalb Europas ab und zeigt den Trend, das Anwachsen und Entwickeln einer europäischen Monopoleinheit. Aber heute gibt es da noch schwere Widersprüche. Die Entwicklung Europas als Block gegen Japan und die USA ist heute (wenn überhaupt je) noch nicht abgeschlossen.

Eine Verbindung von europäischem, amerikanischem und japanischem Kapital zum transnationalen Kapital ist nicht in Sicht, auch wenn in letzter Zeit solche Behauptungen auftauchen. Man darf das Zusammenarbeiten zwischen z.B. deutschem und amerikanischem Kapital gegen die japanische, französische u.a. Konkurrenz, oder auch die japanisch/amerikanische gegen die deutsche, nicht mit einem Trend zum Transnationalen verwechseln. Hier schaffen sich nur zwei Kapitale in einer Branche Vorteile durch ein Zusammengehen gegenüber einem Dritten.

Gleiche Interessen der imperialistischen Großmächte in der Weltpolitik bedeuten noch lange nicht, daß sich die Widersprüche unter den Kapitalblöcken bzw. -staaten abschwächen. Man darf die sich verschärfende Konkurrenz der Monopole auf dem Weltmarkt nicht leugnen, bloß weil es gelegentlich in Branchen, die auf dem Weltmarkt günstige Verwertungsbedingungen haben, zu Absprachen kommt.

Staat und Kapital

Aber was viel wichtiger ist, ist, daß die Monopole national immer mehr mit dem Staat verschmelzen, daß der Staat immer öfter und häufiger gezwungen ist (und wird), in den Produktionsablauf einzugreifen. Staat und Kapital bedingen, ergänzen sich immer mehr, in einigen Monopolen ist der Staat sogar beteiligt (zu den politischen Folgen der Verschmelzung von Kapital und Staat kommen wir noch).

Da der Staat seiner Industrie die günstigsten Verwertungsbedingungen auf dem Weltmarkt verschaffen will (muß), löst eine Krise auf dem Weltmarkt automatisch protektionistische Maßnahmen des Staates aus.

Protektionismus ist eine Politik, die den nationalen Markt vor ausländischer Konkurrenz schützen soll.

Unter dem Druck der Absatzschwierigkeiten versuchen die Monopole, ihre eigene Produktion erstmal auf ihren nationalen Märkten loszuwerfen. Zur Zeit spiegelt sich der Protektionismus in der BRD durch eine Importbeschränkung für Textilien und Rohstahl wieder (zeitweilig gab es sogar eine Importzölle, eine Importbeschränkung für Textilien und Rohstahl wieder (zeitweilig gab's sogar eine Importzölle).

Protektionismus ist aber auch, wenn bestimmte Waren durch Reinlichkeitsverordnungen, Zusammensetzungsverordnungen usw. von den nationalen Märkten ferngehalten werden. Aufgrund einer Verordnung über die Reinheit von Bier darf in der BRD kein „unreines“, billiges holländisches Bier verkauft werden. Demnach muß in Frankreich jedes Textilstück mit einem Aufdruck, der das Herstellerland bezeichnet, bestückt sein.

Importsperrn oder -beschränkungen dienen gleichzeitig dazu, den inländischen Markt weiter zu monopolisieren (kartellisieren), d.h. der Kampf zwischen Produzenten und Konsumenten wird weiter gesteigert.

Der Kampf zwischen Produzenten und Konsumenten drückt sich im Preis einer Ware aus. Wenn der inländische Markt weiter monopolisiert wird, können die Monopole die Preise besser diktieren, da ihnen ja die Konkurrenz fehlt. Dann ist nicht mehr die Nachfrage bzw. das Angebot für den Preis einer Ware ausschlaggebend, sondern die fehlende (verringerte) Konkurrenz entscheidet den Kampf zwischen Produzenten und Konsumenten zugunsten der Monopole. Der Konsument würde ja viel lieber billigere Textilien kaufen (so muß er teure klauen).

Wenn sich aber der Kampf zwischen Produzenten und Konsumenten und die regionale Verarmung durch die internationale Arbeitsteilung, gerade durch die Monopole verschärft, so fördern sie (die Monopole) gerade den Widerspruch des internationalen Charakters der Weltwirtschaft und des nationalen Charakters des kapitalistischen Staates (und der Charakter ist auch trotz EG und Trilaterale national). Der Widerspruch drückt sich in Importsperrn, Schutzzöllen (gibt es sogar innerhalb der EG) und Währungskrieg aus und treibt somit die Gegensätze zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten (Blöcken) auf die Spitze.

Das „Wallstreet Journal“: Nach drei Jahrzehnten des immensen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 52

Wachstums der Weltwirtschaft und des Lebensstandards setzen die Importe und Exporte fast aller Nationen diese unter Druck und Führen, selbst unter den engsten Verbündeten, zu beträchtlichen Spannungen!

Die „Washington Post“ philosophiert sogar schon über Krieg in Europa und seine „positiven“ wirtschaftlichen Folgen. Die KP Frankreichs betrachtet den BRD-Imperialismus als zukünftigen Kriegsgegner! So sind auch die Verhandlungen über die Einrichtung einer einheitlichen, europäischen, zentralistisch geführten Luftüberwachung (Zivil + Militär, das sogenannte Eurocontrol) gescheitert, weil die einzelnen Länder auf eine eigene – gegen die „Verbündeten“ gerichtete – Luftüberwachung nicht verzichten wollten.

Krieg wäre für die Kapitalisten das beste Mittel, die Krise zu meistern. Nur im Gegensatz zu früher – wo es dann Krieg gab – gibt es heute die Sowjetunion, die entweder lachender Dritter wäre, oder falls sie miteinbezogen wird, die Gefahr einer totalen Vernichtung steigert.

Deshalb suchen die Kapitalisten auch Wege, die Krise zu meistern. Die Zusammenkünfte der Trilateralen ist nichts anderes als der Versuch, die Spannungen untereinander, die sogenannte Weltmarktanarchie, abzubauen. Es ist der Versuch, die kapitalistische Produktion an den Austausch anzupassen.

So wurde erst Japan verpöchtelt, seine Exportüberschüsse abzubauen und mehr zu importieren. Jetzt ist es die BRD, die die Importe steigern muß, um den Handelsüberschuß aus den Exporten abzubauen. Für 1979 wird zum erstenmal seit längerer Zeit für die BRD ein Importüberhang – also mehr importiert als exportiert – erwartet. Die Amis mußten versprechen, den Dollar stabil (einigermaßen) zu halten, um eine inflationäre Entwicklung der Erdöl- und Industriepreise in Schranken zu halten.

Diese gegenseitigen Verpflichtungen drücken nur aus, daß die Staaten versuchen, die kapitalistische Krise „anzupassen“ und sie nicht ins Chaos stürzen lassen wollen. Aber die Realität zeigt schon, daß die „Verpflichtungen“, die sie eingegangen sind, störend sind und laufend mit neuen Tricks durchbrochen werden.

Es ist nicht der erste „Anpassungsversuch“ und auch nichts Neues, sondern eine uralte kapitalistische Diskussion. Rosa Luxemburg: „Überhaupt setzt die Annahme, die kapitalistische Produktion könne sich dem Austausch ‚anpassen‘ eines von beiden voraus, entweder, daß der Weltmarkt unumschränkt und ins Unendliche wächst, oder umgekehrt, daß die Produktivkräfte in ihrem Wachstum gehemmt werden, damit sie nicht über die Marktschranken hinauswachsen. Ersteres ist eine physische Unmöglichkeit, letzterem steht die Tatsache entgegen, daß auf Schritt und Tritt technische Umwälzungen auf allen Gebieten der Produktion vor sich gehen und jeden Tag neue Produktivkräfte wachrufen.“

Der Versuch, die Krise zu meistern, ist ein hoffnungsloser Versuch, denn der Kapitalismus geht unweigerlich seinem Zusammenbruch entgegen. Aber wer jetzt denkt, wir brauchen nur auf den Zusammenbruch zu warten, der irrt. Es liegt an uns, den Ausgang und die Dauer der Krise zu bestimmen. Die Krise kann lange dauern, ohne uns.

Der immer weiter wachsende Widerstand gegen den Imperialismus in der 3. Welt, sowie die wachsende Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft in den Industrienationen, zwingen die kapitalistischen Staaten, die Repression und Unterdrückung immer mehr zu verschärfen, zwingt die Staaten zur Kooperation gegen jede fortschrittliche Kraft.

Es gibt wohl kaum ein Land in Europa, daß sich nicht durch Verschärfung der Gesetze, durch Ausbau der Polizeiapparate, durch neue Gefängnisysteme auszeichnet. Die Zusammenarbeit untereinander klappt immer besser. Einsatzkommandos tauschen Technik und Personal untereinander aus, dürfen in Gastländern operieren.

Für die Rohstoffquellen in der 3. Welt werden vermehrt „Eingreiftruppen“ aufgestellt, die sie dann in internationaler Zusammenarbeit – wie in Zaire – einzusetzen, um den Konzernen die Rohstoffe zu sichern. Da haben alle Industrieländer durchaus gleiche Interessen, doch zeigte gerade Zaire, daß dabei die Konkurrenz nur an der Oberfläche weggewischt wird. In Zaire selbst haben die französischen Fallschirmjäger die belgischen Fallschirmjäger beschossen und sie zum Rückzug gezwungen.

Daß die Imperialisten gegen jede revolutionäre Kraft zusammenstehen, obwohl sie selbst starke Widersprüche haben, ist auch nichts Neues, nichts

spezifisch Deutsches. Man denke nur an den Überfall auf die junge Sowjetunion und das, obwohl die Imperialisten gerade einen Krieg hinter sich hatten, der für keinen das erwünschte Ergebnis gebracht hatte.

Und man denke vor allem an das internationale Anarchistenabkommen, was Auslieferungsverträge enthielt und es der russischen Geheimpolizei gestattete, innerhalb Deutschlands (Europas) Festnahmen vorzunehmen.

(Unmittelbar nach dem Attentat eines Anarchisten auf die Kaiserin Elisabeth von Österreich am 10. September 1898 hatte die italienische Regierung Vertreter der europäischen Staaten für den 28. November 1898 zu einer Konferenz nach Rom eingeladen, um ein detailliertes System zur gemeinsamen Bekämpfung des Anarchismus auszuarbeiten!)

Ihr Wissen um die Krise und deren Folgen zwingt die Staaten, ein Netz von präventiver Konterrevolution zu spinnen. Die präventive Konterrevolution (manche nennen das „mehr Staat machen“) ist eine logische Folge der Verschmelzung von Kapital und Staat.

Die Verschmelzung von Kapital und Staat macht den Staat nicht nur nicht sozialistischer (wie einige Sozialreformer glauben), sie macht ihn kapitalistischer. Zwar bekommt die Produktion durch das Eingreifen des Staates Züge, die dem Staatssozialismus verwandt sind, aber dadurch ändert sich noch lange nichts am Eigentumsrecht der Kapitalisten. Im Gegenteil, der Profit, der durch das gesellschaftliche (Staats-)Kapital entsteht, ist weiterer Zuwachs des privaten Kapitals.

Wenn ein Konzern in Schwierigkeiten geraten ist und der Staat ihm durch günstige Kredite, Investitionsabschreibungen oder Steuergeschenke u.a. wieder auf die Beine hilft, oder gar noch einen Schritt weitergeht und ihm schon von vornherein bessere Konkurrenzbedingungen verschafft, dann drückt das ja nur aus, daß der Staat den Konzern saniert, in die Produktion eingreift, ohne jedoch die Produktion mitzubestimmen und ohne die heilige Kuh des Kapitalismus anzugreifen, das Eigentumsrecht der Kapitalisten.

Der staatliche Eingriff in die Produktion ist nichts anderes als die Kontrolle der Klassenorganisation des Kapitals (des Staates) über den Produktionsprozeß des Kapitals.

Repression und Widerstand

Repression und Widerstand

Solange die ökonomischen Bedingungen für die Kapitalisten günstig waren, konnte sich der Staat in seinem Charakter als Vertreter der gesamten Gesellschaft präsentieren. Er übernahm immer mehr Funktionen, die im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse liegen, z.B. Umweltschutz, Forschung usw.

Doch da der Staat ein Klassenstaat ist, vertritt er die Interessen der allgemeinen Gesellschaft nur in dem Rahmen, wie diese Interessen mit denen der herrschenden Kapitalistenklasse zusammenfallen.

Jede gesetzliche Reform, jeder Umweltschutz findet seine Grenzen, wenn es der Kapitalistenklasse widerspricht. Wie uns die Atomkraftwerke am deutlichsten demonstrieren, setzt der Staat die Forschung nur im Interesse der Monopole ein.

Nicht immer ist die staatliche Funktion so deutlich als Funktion der Kapitalisten zu erkennen. Ein Beispiel ist der Lehrstellenmangel. Immer häufiger organisiert und bezahlt der Staat die Ausbildung (2,4 Milliarden Mark im Jahr 1978) von Lehrlingen, worüber sich die Lehrlinge freuen. Aber in Wirklichkeit sparen die Kapitalisten Ausbildungskosten und zweitens herrscht Arbeitslosigkeit. Also dienen ausgebildete arbeitslose Arbeiter als qualifizierte Arbeiterreserve, um in den Konjunkturphasen den Arbeitsanfall gut bewältigen zu können. Der Staat, der die qualifizierteste Arbeiterreserve hat, wird sich beim Konjunkturaufschwung gegen die anderen Staaten auf dem Weltmarkt durchsetzen und diese Produktionsschlacht für sich entscheiden.

Zweitens ist damit zu rechnen, wenn der Staat immer mehr die jugendlichen Arbeitslosen ausbildet, daß diese dann die älteren Arbeiter in den Betrieben ablösen. Eine junge qualifizierte Belegschaft ist wesentlich billiger als eine ältere Belegschaft (weniger Urlaub, weniger Tariflohn, noch nicht so verbraucht usw.). Ältere Arbeitslose haben mehr Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung als jüngere. Also stärkt eine Verjüngung der Belegschaft und eine Veralterung der Arbeitslosen die inländische Kaufkraft und macht das Kapital konkurrenzfähiger, da es billiger produziert.

Also setzt sich der Staat, indem er Lehrlinge ausbilden läßt, für die Interessen der Kapitalisten ein, denn er hätte sogar gesetzlich die Möglichkeit, die Betriebe über die sogenannte Ausbildungsabgabe zu zwingen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

teressen der Kapitalisten ein, denn er hätte sogar gesetzlich die Möglichkeit, die Betriebe über die sogenannte Ausbildungsabgabe zu zwingen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Mit dem Anwachsen der kapitalistischen Krise verliert der Staat immer mehr den Charakter, als Vertreter der gesamten Gesellschaft aufzutreten. Mit der Krise schält sich immer mehr sein Klassencharakter heraus. Der Klassencharakter zwingt den Staat, seine Tätigkeiten und seine Machtmittel immer mehr für die Interessen der Bourgeoisie einzusetzen; zwingt ihn immer mehr, den Besitz und die Profite der Kapitalisten zu sichern.

Wenn der Staat aber auf der einen Seite immer mehr Funktionen übernimmt (übernehmen muß), die das gesamtgesellschaftliche Leben ausmachen, er aber auf der anderen Seite immer mehr die Interessen des Kapitals vertritt, spitzt sich der Widerspruch innerhalb des Wesens des Staates zu.

Es ist doch klar: Wenn sich die Krise verschärft, muß der Staat den Konzernen mit mehr Geld unter die Arme greifen. Das fehlende Geld wird irgendwie wieder eingespart. Das geht natürlich in Bereichen der sozialen Absicherungen vor sich. Es werden höhere Sozialversicherungen genommen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird folgen. D.h. die Interessen der gesamten Gesellschaft müssen für die Interessen der Kapitalisten in den Hintergrund treten. Weniger Ärzte, weniger Lehrer, schlechtere Krankenhäuser und Schulen, teure Nahverkehrsmittel, schlechte Wohn- und Erholungsräume sind die Folge.

Die Verschärfung dieses Widerspruchs nennt man in der BRD Staatsverdrossenheit des Bürgers. Eine weitere Folge wird der Ausbau der Repressionsapparate sein (Polizei, Verfassungsschutz, Gesetze).

Denn Staat und Kapital haben längst erkannt, daß sich dieser Widerspruch verschärfen. Es ist der Klassenhaß der Bourgeoisie, der es ihr ermöglicht, mit scharfem analytischen Weitblick die Auswirkungen der Krise zu erfassen und präventiv zu handeln. Die Bourgeoisie hat gewußt, daß die Auswirkungen der Krise alle Lebensbereiche erfaßt, und sie rechnet auch mit Widerstand.

Deswegen muß die Repression auch in alle Lebensbereiche eindringen und wirken, muß Angst und Streß verbreiten, um Widerstand im Keim zu ersticken. Deswegen hat sie schon verbreiten, um Widerstand im Keim zu ersticken. Deswegen hat sie schon vor Jahren Berufsverbote eingeführt, deswegen hat sie versucht, eine totale Überwachung durch Computer, Kobs und Verfassungsschutz zu organisieren. Alles, was nicht im Interesse des Kapitals funktioniert, wird, zum Feind, muß verboten, kriminalisiert werden. Kinderläden, die die Erziehung nicht im kapitalistischen Sinne vollziehen, werden geschlossen, Schülerzeitungen verboten, Studentenstreikposten vor Gericht gezerzt, selbstverwaltete Jugendzentren geschlossen. Arbeitslose füllen die Knäste, Frauen sollen wieder Heiraten und Herd hüten, die Betriebe ähneln immer mehr Kasernen, Selbstmorde, Suizid und Drogen steigen ins Unglaubliche.

Immer mehr Menschen, die sich wehren, die nicht tatenlos zusehen, landen im Knast und haben fast die gleichen Haftbedingungen, wie die Gefangenen aus den bewaffneten Widerstandsgruppen. Die Medien sind bis zu 95% in den Händen des Staateschutzes und verbreiten noch mehr Müll als schon gewohnt.

Wenn die Auswirkungen der Krise alle Lebensbereiche erfaßt, dann müssen auch wir in allen Lebensbereichen offensiv zurückschlagen, die Angst vor Beulen und Knast verlieren. Heute schon kann jeder Parolenmalerei nicht überflüssig machen, sondern macht sie notwendig, muß uns gleichzeitig phantasiereicher, unfähbarer machen. Es zeigt uns ja nur, wie wichtig jede sogenannte „kleine“ Aktion ist.

Bevor wir auf die Frage eingehen, ob hier in der BRD Krieg (oder kein Krieg) ist, möchten wir darauf hinweisen, daß sich einige Leute an dem Begriff Krieg stören werden. Es geht hier aber nicht darum, irgendeinen Begriff zu dämonisieren oder glorifizieren. Wir wollen den Inhalt dieses Begriffes herauspopeln. An einigen Stellen wäre das Wort Kampf angebrachter, aber ist nicht jeder Kampf eine Form von Krieg? Selbst wenn es uns heute oft noch nicht so vor kommt? Wir verwenden den Begriff Krieg noch aus einem anderen Grund: Nicht wenige Genossen aus der Guerilla begreifen die Situation in der BRD als Krieg und lassen an diesen Begriff auch keine Kritik (bis jetzt) ran. Deshalb wollen wir uns auch nicht um den Begriff streiten, sondern am Inhalt aufzeigen, daß

man die Form des Krieges, den politischen Inhalt, den Stellenwert rauskriegen muß, damit man selbst in der richtigen Form, mit den richtigen Inhalten kämpfen kann. Der Versuch der totalen Überwachung, der Giftgasangriff in Brokdorf, die Sicherung der AKWs, die Arbeitsbedingungen usw. usw. sind Formen von Krieg, den das System gegen das Volk führt.

Jedoch dürfen wir dabei nicht übersehen, daß erstens das Volk einen anderen Begriff von Krieg hat. Krieg ist für das Volk Luftschutz, Granaten, Krüppel, Hunger usw. Und dieser Begriff entspringt zum Teil einer sinnlichen Erfahrung.

Zweitens ist der heutige Krieg des Systems auch nur eine Form vom Krieg und niemand – der einen Krieg gewinnen will – darf die eine Form des Krieges mit einer anderen gleichsetzen. Jeder Krieg hat seine eigenen Gesetze, die von der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche, der Kampfbereitschaft der Unterdrückten, von der Stärke des Gegners usw. mitbestimmt werden.

Wer einen Krieg gewinnen will, der muß die Gesetze dieses Krieges studieren, so ähnlich sagt Mao, und er hat recht, denn jeder Krieg hat andere Bedingungen. Ein Guerillakrieg hat andere Bedingungen wie ein konventioneller Krieg. Ein Befreiungskrieg hat andere Bedingungen wie ein imperialistischer Krieg usw. Wir müssen die Bedingungen, die dieser Krieg hat, beachten, und wir können nicht in einer Art angreifen, die für Bedingungen eines anderen Krieges geeignet sind, hier aber nichts taugen!

Wenn es dem Klassenfeind hier gelingt, über seine Form des Krieges einen Schleier zu hüllen, dann dürfen wir nicht ausschließlich darum bemüht sein, den Schleier zu enthüllen, sondern müssen von vornherein unter dem Schleier ansetzen. Das gelingt uns aber nicht, indem wir jetzt unseren Kampf militarisieren und gut ausgerüstet dem Feind entgegen treten. Es kommt dabei weniger auf die Ausrüstung, die Technik (nichts gegen gute Ausrüstungen), die Ausbildung und die Militarisation unseres Kampfes an. Im Gegenteil, wenn wir das Schwergewicht auf diese Seite des Kampfes legen, gehen wir dem Feind bereits auf den Leim! Denn dann wird nur noch der Schleier angegriffen und wir zeigen dann nur, daß Krieg ist, mehr nicht. Wir wollen aber nicht nur zeigen, daß Krieg ist, sondern zeigen, daß Krieg ist, sondern wir wollen den Krieg (mitsamt System) beseitigen, und damit beseitigen wir auch den Schleier.

Das Denken und Handeln einiger Genossen in dieser Frage hat sich gegen uns gewendet, denn da sie hauptsächlich aufzeigen wollten, daß Krieg ist – den Krieg sichtbar machen –, begreift jetzt das Volk uns als diejenigen, die dem Staat den Krieg erklärt haben und begreift den Staat in einem Notwehrkampf. Die Wirklichkeit ist aber genau umgekehrt.

Wer sagt, wir müssen hauptsächlich erstmal hier den Kriegercharakter des Systems sichtbar machen, der drückt damit nur seine Hilflosigkeit aus, einen revolutionären Kampf in der BRD zu führen. Der ist nicht in der Lage, die Probleme, die der Kampf hier mit sich bringt, auf einen Nenner zu bringen.

Es ist logisch, daß das Volk so gegen uns reagiert, denn die Genossen haben den Schleier weggerissen, und nun wurde der Krieg sichtbar, sichtbar aber nur als Folge und Ergebnis unserer Angriffe und nicht als bereits vorher existierende Tatsache. Dazu kam, daß die Genossen Krieg (BRD) mit Krieg (3. Welt) gleichsetzten.

Wenn objektiv Krieg ist, heißt das noch lange nicht, daß die subjektive Kriegsauffassung mit der objektiven Gegebenheit im Einklang steht.

Wenn ich ein gekochtes Ei nehme und meine subjektive Auffassung mir sagt, das ist weich, ich es aufschlage und feststelle, es ist objektiv hart, dann muß ich feststellen, daß mir bei meiner subjektiven Feststellung ein Fehler unterlaufen ist. Um Fehler zu vermeiden, muß auch unsere subjektive Kriegsauffassung mit der objektiven in Einklang stehen. Tut sie es nicht, werden wir nur Niederlagen einstecken.

Es kann in der objektiven Form des Krieges in der BRD nicht unsere Aufgabe sein, die Situation dadurch zu verschärfen, indem wir die technische Seite des Kampfes verbessern und unsere Schläge härter werden. Das ist das Gebiet, auf das uns der Feind haben will, weg vom politischen Ziel, hin zum technischen Kampf. Da kann er uns vom Volk (und der Linken) isolieren, um dann seine überlegene Technik und seine rücksichtslose Brutalität unkritisiert einsetzen zu können.

Der Schleier über dem Krieg ist die Taktik des Feindes, um ungehindert operieren (Krieg führen) zu

können. Genauso wie im konventionellen Krieg taktische Varianten ausgeführt werden, um den Gegner zu täuschen, ihn in den Hinterhalt zu locken.

Greifen wir nur seine taktische Variante an, dann kann es zwar sein, daß wir seine Strategie sichtbar machen, bloß es nutzt uns nichts mehr. Wir wären reingefallen, die Strategie des Gegners geht dann auf. Wir müssen nicht auf die Taktik des Gegners zielen, nicht ihn bei seiner Taktik packen (verschleiern ist immer Taktik), sondern gegen seine Strategie vorgehen; uns an die richtigen Fronten des Krieges begeben und nicht an die falschen schicken lassen.

Wenn die Fronten verschleiert sind, dann müssen wir sie suchen und an ihnen kämpfen. Dann müssen wir den objektiven Kriegercharakter des Systems (und den Schleier) analysieren, um den Hebel an den Fronten richtig anzusetzen.

Das ist in einem Land wie die BRD, wo es auch noch bürgerliche Rechte gibt (z.B. Versammlungsrecht, Wahlrecht, Organisationsrecht usw.) nicht einfach, aber möglich. Und man sollte aus dem Begriff Krieg nichts Heroisches machen. Krieg ist ein Übel, das uns aufgezwungen wird und beseitigt werden muß.

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sagt Clausewitz. Und unsere politisch/militärischen (oder auch praktischen) Aktionen haben alle ein politisches Ziel. Unser politisches Ziel bestimmt die politisch/militärische Aktion und niemals umgekehrt. Wenn wir sagen, man kann politisch und militärisch nicht voneinander trennen, dann darf das aber auf gar keinen Fall heißen, daß wir es in einen Topf werfen und verrühren, sondern es ist ein dialektisches Verhältnis. Das eine ist die Fortsetzung des anderen, trotzdem besteht eine Wechselwirkung aufeinander. Das politische Ziel ist der Zweck, die Waffen, das politisch/militärische das Mittel!

Obwohl eine Neigung zur Militarisation und zum Putschismus in unseren Reihen zweifelsfrei stark vorhanden ist, das rein Militärische hat bei uns nichts zu suchen. Dieser Neigung ist auch nicht mit irgendwelchen praktischen Ausbildungen beizukommen, sondern mit einer verstärkten politischen Ausbildung, einer Förderung der politischen Identität. Diese Neigung kommt ja nicht von nichts, sie ist auch Ausdruck und Reaktion der Umzingelung durch den Feind.

Wenn eine Guerilla mit dem Rücken zur Wand steht, wenn die Umzingelung durch den Feind immer mächtiger wird, dann versuchen die Guerilleros meistens, die Umzingelung durch die Erhöhung des militärischen Einsatzes zu sprengen. Das ist auch ein Fehler (sagen Clausewitz und Mao), denn dann betreten wir das Feld des Gegners, und da kennt er sich wesentlich besser aus.

Wir müssen dann nämlich nicht den militärischen Einsatz erhöhen, wir müssen neue politische und neue politisch/militärische Formen suchen, um über diese das Bewußtsein der Menschen zu erobern, um dadurch die Umzingelung zu sprengen, um Fisch im Wasser zu werden. Die Erhöhung des rein militärischen Einsatzes wird uns neben vorauszu sehenden Niederlagen auch noch isolieren, da wir uns von den Bedürfnissen des Volkes (und der Linken) entfernen, da wir uns die Bedingungen des Kampfes diktieren lassen. Einfach zu leugnen, daß wir mit dem Rücken zur Wand stehen, ist zwar ein wunderschöner Selbstbetrug, bringt uns aber nicht aus dem Dilemma, sondern noch tiefer hinein.

Guerilla ist kein Selbstzweck, es ist auch nicht Strategie und Taktik. Guerilla ist nichts anderes als eine Methode des Kampfes. Guerilla alleine ist noch nichts sozialistisches oder revolutionäres. Das beweist die Existenz von konterrevolutionärer Guerilla, wie die Exilkroaten. Der politische Inhalt, den wir der Guerilla geben, der macht Guerilla erst sozialistisch, revolutionär oder sonst was. Je schlechter die politischen Inhalte einer Guerillaaktion sind, desto öfter läßt der Erfolg einer Aktion auf sich warten.

Wenn wir festgestellt haben, daß die Fronten dieses Krieges durch alle Lebensbereiche verlaufen, müssen auch wir in allen Lebensbereichen eine Basis haben. Wenn wir je eine Basis hier bekommen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Unterdrückten Klassen und Menschen in diesem Land anfangen, für ihre Bedürfnisse zu kämpfen.

Das erreichen wir nur, wenn die linken Gruppen, die Stadtteil-, Knast-, Ökologie-, Frauengruppen usw. von der alleinigen Selbsterfahrung, von der alleinigen politischen Schulung wegkommen, hin zum gemeinsamen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 53

militanten Kampf für ihre Interessen, hin zur gemeinsamen Tat (und unter Tat darf nun wirklich nicht nur eine bewaffnete Aktion verstanden werden). Die Tat, die Massenaktion ist die beste Schulung, die beste Selbsterfahrung, die sich Unterdrückte leisten können.

Der Kampf der Linken muß darauf ausgerichtet sein, dem System seine Gewaltmittel Stück für Stück zu entreißen. Seine Gewaltmittel sind nicht nur der Staatsapparat (wie einige Apparatschiks glauben), sondern auch seine Betriebe, seine Schulen, seine Horrorstadtteile, seine Fließbänder, seine Reproduktionsstätten.

In der Praxis macht der Mensch seine ersten Erkenntnisse, und nur in der Praxis kann er seine Theorien überprüfen. Also im Kampf um das Recht auf Arbeit werden die Erkenntnisse und das politische Bewußtsein entstehen, wird sich die politische Identität bilden, die für die Revolution notwendig ist. Ebenso im Kampf um Reformen, im Kampf um Demokratie, um Ökologie, um Betriebe, Stadtteile, Schulen, Unis, Städte usw., usw.

In den Siegen und erst recht in den Niederlagen dieses Kampfes, werden die Menschen für einen langfristigen, langatmigen Kampf herangereift. Denn das wird ein langer Kampf; nichts für Leute, die Feuerwerk machen wollen, die kurzfristige Erfolge um ihrer selbst wegen wollen, dann aber, wenn der Feind hart zurückschlägt, nicht genügend Identität haben, um auch eine harte Zeit zu überstehen.

Niemand soll uns jetzt fragen, wie lange dieser Kampf dauert, das wissen wir nicht. Aber daß er länger wird, als manchem lieb ist, das wissen wir. Wenn wir von unten in die Produktionsverhältnisse eingreifen wollen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen langatmigen und langfristigen Kampf zu führen. Und es bleibt uns nichts anderes übrig, die Agitation und Propaganda auf einen langfristigen Kampf auszurichten, ständig darauf hinzuweisen.

Immer und immer wieder zu sagen: Kämpft um eure Lebensbereiche, erobert sie, gestaltet sie selbst, gestaltet euer Leben selbst. Lernt kämpfen, umzuleben und lebt, um zu kämpfen!

Ohne diesen Kampf, ohne die Verbindung von Guerillaaktionen und diesem Kampf, haben bewaffnete Gruppen keine Chance zu überleben. So können sie zwar die Qualität der technischen Seite des Kampfes haben, nicht aber auch Qualität der politischen Seite und damit letztlich auch nicht die Quantität. Kurz, man wird nicht mehr. Der Kampf der Guerilla und der legalen Linken (oder Teilen des Volkes) müssen sich bedingen, ergänzen, dürfen sich auf keinen Fall ausschließen. Das ist die Dialektik des Volkskrieges. Wir meinen, daß sich die Bedingungen und vor allen Dingen die Ansätze für einen Volkskrieg sich durch und vor allen Dingen die Ansätze für einen Volkskrieg, sich durch die Auswirkungen der Krise immer günstiger gestalten.

Die Jugend, die von den Politikern die verlorene, überflüssige Generation genannt wird, diese Jugend muß die Hefe (des Volkskrieges) für den Kuchen (den Sozialismus) werden. Wenn sie es nicht wird, dann haben wir als Kommunisten versagt, dann sind wir sowohl als Linke wie als Guerilla schuldig und unfähig und nicht die gesellschaftlichen Bedingungen, die dann von uns die Schuld kriegen. Um den Prozeß der Verschmelzung von Guerilla und Volk (Linke) zu erreichen, müssen wir den Kampf populär machen, was nichts anderes als volkstümlich heißt. Er muß nachvollziehbar sein, die Menschen müssen in unserem Kampf wiedererkennen und sich nicht bedroht fühlen. Nur wer mit politischer Blindheit geschlagen ist, kann es fertigbringen und leugnen, daß der Kampf populär sein muß. Ohne Popularität gibt es keine Erweiterung des Kampfes, bleibt er abgehoben!

Natürlich gehen wir dabei vom kämpfenden, sich wehrenden Teil des Volkes aus und nicht wie die Bourgeoisie über uns denkt. Wir werden den Herrschenden nicht die Möglichkeit geben, dem Volk anhand unserer Aktionen aufzuzeigen, daß wir sie bedrohen. Deshalb lehnen wir auch Aktionen gegen Unbeteiligte als Zielgruppe ab, deshalb lehnen wir Bomben, die Unbeteiligte gefährden, ab.

Jeder, der andere Formen des Kampfes als die des bewaffneten Kampfes ablehnt, mag zwar ein guter Fetischist und Kulthuldiger sein, aber vom Klassenkampf versteht er nichts, nichts von den Erkenntnisprozessen, die der Mensch durchmacht. Jeder, der den bewaffneten Kampf ablehnt, mag zwar ein guter bürgerlicher (naiver) Demokrat sein, aber vom Klassenkampf versteht er genauso viel wie der Kulthuldiger!

2. Autonomentreffen in Hamburg

Die autonome „Szene“ in Hamburg macht Anstrengungen, sich zu organisieren. Am 9./10.2. trafen sich Vertreter/innen von ca. 20 Gruppen und mehrere Einzelpersonen, insgesamt etwa 100 Menschen, zum 2. „Autonomentreffen“ in Hamburg. Es waren auch einige Gruppen von außerhalb Hamburgs erschienen; im wesentlichen beschränkte sich der Kreis aber noch auf Hamburg und Umgebung. Der KB-Beobachter erfuhr zurückhaltende Duldung bis freundschaftliche Begrüßung. Auf der Tagesordnung des Treffens stand: Verhältnis der Autonomen zu den Bunt/Grünen und zur Wahl, mögliche Aktivitäten in Brokdorf, Entsolidarisierungskampagne und Hochsicherheitstrakte.

Das erste Treffen dieser Art am 22.12.79 hatte dazu gedient, die Vorstellungen der verschiedenen Gruppen zu ihrer Tätigkeit vorzutragen und mögliche Widerstandsförmen in Brokdorf zu diskutieren. Ergebnis war u.a. „eine Broschüre der Hamburger Autonomengruppen GALA, Hoheluft, FAU, AJD, Gewaltfreie u.a. zu den Wahlen, den „Grünen“, zur Anti-AKW-Bewegung u.a.“, die gleichzeitig als Vorbereitung für das zweite Treffen diente. (siehe dazu AK 171, S. 5). Obwohl, wie die „TAZ“ richtig schrieb, das Selbstverständnis des Treffens „noch nicht ausdiskutiert“ ist, kann das Treffen wohl als erfolgreich für die Initiatoren angesehen werden und als Ansatz für eine weitere solidarische Auseinandersetzung in der Hamburger Linken.

Zu den Bunt/Grünen und der Wahlfrage

In dieser Frage gab es Widersprüche unter den Anwesenden, die nicht ausdiskutiert werden konnten. Die FAU (Anarchisten) vertrat den Standpunkt eines prinzipiellen Wahlboykotts auf der Grundlage ihrer prinzipiellen Ablehnung jeder Beteiligung an Parlamenten. Eine Alternative zwischen Strauß und Schmidt wird nicht gesehen. Die Alternative liege vielmehr darin, „gegen den Wahlrummel“ die Möglichkeit der direkten Aktion zu propagieren. Wie das geschehen soll und was für Aktionen das sein könnten, darüber machte die FAU keine Ausführungen, außer dem Vorschlag, in irgendeiner Form zu aktiven Wahlboykott aufzurufen.

Den Gegenpart zu dieser Position machte die GALA (Gruppe Autonom Linker Altona). Die GALA skizzierte die aktuelle politische Situation: zunehmende Kriegsgefahr, Kriegshetze, Entwicklung eines antikomunistischen Klimas im Lande mit dem Ziel, ein ruhiges Hinterland für solche Politik zu schaffen. Als aktuellen Ausdruck dieser antikomunistischen Kampagne benannte GALA die Baum/Mahler/Klein-Manöver zum einen, die Politik der Grünen und den Aufruf Bahros zur Liquidierung der linken Organisationen zum anderen. Die Grünen seien nach rechts offen, während sie sich nach links abgrenzten. Die Grünen seien eine Gefahr für die Linke, weil sie eine prinzipielle Orientierung auf Gewaltfreiheit und Parlamentarismus, weg von direkter, basisbezogener Aktion, machen. Die Autonomen müßten sich mit dieser Funktion der Grünen auseinandersetzen und müßten sozialistische Inhalte ihrem bürgerlichen Programm entgegensetzen. — Eine Wahlboykottkampagne könne jedoch bei aller Ablehnung des parlamentarischen Stellvertreterrummels nur davon ablenken, der gegenwärtig laufenden ideologischen Aufrölkampagne entgegenzutreten.

Trotz Zustimmung zu den GALA-Ausführungen im allgemeinen gehen die Vorstellungen über konkrete Konsequenzen in der Wahlfrage in dem Kreis doch weit auseinander: Die GALA selbst äußerte sich nicht klar, wie die Auseinandersetzung mit den Grünen im konkreten geführt werden könne und an welchen Fragen. Der Vertreter der „Graswurzel“-Leute forderte den Aufbau einer „positiven Alternative“ gegenüber den Grünen, den Buntten sowie allen anderen bestehenden Parteien. Die BI-Altona sah die „Auseinandersetzung um Grundfragen“ wie § 218 im Vordergrund; über Wahl/Boykott könne dann in zweiter Linie geredet werden.

AKW Brokdorf

Allgemeiner Konsens: nach dem „Kalkar-Schock“ müsse die Bewegung wieder ermutigt, wieder in Gang gebracht werden. ADJ (BI Fischmarkt) u.a. machten den Vorschlag, für März/April zu einer Großdemonstration nach Brokdorf aufzurufen. Erklärtes Ziel: Zerstörung des Bau-

platzes. Die Bedingungen dafür seien gut, „die Leute“ wollten weg von dem nach Kalkar praktizierten „Konzept der kleinen Schritte“ ...

Dieser Vorschlag stieß auf wenig Gegenliebe: „Graswurzel“, GALA u.a.m. kritisierten die „rein militärische“ Zielsetzung und bezweifelten ihre („militärische“) Machbarkeit und ihren politischen Sinn. Sie sprechen sich für eine breite öffentliche Vorbereitung unter Einbeziehung insbesondere auch der „K-Gruppen“, heißt für Hamburg speziell des KB, aus. Auch diese Debatte blieb offen. Alle Teilnehmer verpflichteten sich, die Vorschläge in ihre Arbeitszusammenhänge hineinzutragen, um zu gemeinsamen Besprechungen zu kommen.

Entsolidarisierung Hochsicherheitstrakt

Grundlage der Diskussion über die „Entsolidarisierungskampagne“ der Staatsorgane und den von Baum und Co. unternommenen Integrationsversuch bildete das Referat der GALA vom Vortrag. Es bestand allgemeine Übereinstimmung, daß das großangelegte Staatsschutzmanöver allseitig untersucht werden müsse und keineswegs nur auf die „Sponti“-Szene begrenzt verstanden werden dürfe. Die GALA machte den Vorschlag, zur Förderung der Diskussion unter den Linken über diese Fragen, in Hamburg damit zu beginnen, zwischen „Große Freiheit“, „Autonomie“ und „Arbeiterkampf“ einen Artikel-Aus-

tausch zu organisieren. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Im Vordergrund stand der Vorschlag der „Hochsicherheitstrakt-Gruppe“, anläßlich der drohenden Rückverlegung der Lübecker Frauen am Samstag, 23.2., eine Demonstration in Hamburg durchzuführen. Nach Kritik an dem äußerst engen Bündnisverständnis der „Trakt-Gruppe“ und der Kurzfristigkeit ihres Vorschlags wurde der Vorschlag dann aber von allen Beteiligten angesichts der aktuellen Lage der Frauen gebilligt. (Siehe Bericht in diesem AK). Es wurde vereinbart, über die Demonstration hinaus Öffentlichkeitsarbeit zu der Entwicklung der „Trakts“, insbesondere auch in Hamburg, zu entwickeln.

F., Antifa-Kommission

Nicht auf den Spiegel schimpfen, wenn das Gesicht schief ist!

Verschiedene Strömungen der Linken haben verschiedene Rituale produziert, um mit unbehaglichen Tatsachen fertig zu werden.

Ein DKP'ler oder SEW'ler würde sein Ritual wahrscheinlich folgendermaßen beginnen: Man möge sich doch einmal die Weltlage vor Augen halten. Da versuchen nämlich die Imperialisten (im Bunde mit dem maoistischen China und allerlei sonstigen CIA-Söldlingen) den Entspannungsprozess zu torpedieren und die Politik des Kalten Krieges wiederaufleben zu lassen. Reflex dieser internationalen Lage sei in der BRD eine Verschärfung des Antikommunismus. Müsse es da nicht jedem zu denken geben, daß ausgerechnet in einer solchen Situation der DKP (wahlweise SEW) kritische Fragen gestellt werden, kritische Berichte über sie veröffentlicht werden? Zweifelloso wird der DKP'ler oder SEW'ler sogleich einen oder zwei böse Artikel aus der „FAZ“ oder der „Welt“ nennen können, in denen sich die großbürgerliche Presse wieder einmal jene oben erwähnten unangenehmen Tatsachen zunutze macht, um sie gegen die DKP (wahlweise SEW) auszuschlachten. Somit ist zumindest klar, wem jene unbehaglichen Tatsachen eigentlich nützen (nämlich den Kalten Krieger, F.J. Strauß usw.). Wer Freude an diesem Ritual hat, lese beispielsweise die Leserbriefe von DKP'lern und SEW'lern in der „Neuen“.

Ein ganz anderes Ritual wird vorzugsweise von undogmatischen und unbürokratischen Linken zelebriert. In diesem Fall können internationale Weltlage und großbürgerliche Presse ruhig in der Requisite-Kiste bleiben. Denn die persönliche Betroffenheit



nimmt in diesem Ritual die Hauptrolle ein. Mensch erklärt in diesem Fall ungefähr: Durch die Erwähnung jener unbehaglichen Tatsachen werde er aufs gemeinste diffamiert. Im weiteren wird mensch den Begriff „diffamiert“ wahrscheinlich noch ein paar mal variieren („verleumdete“, „denunziert“, „angepöckelt“ usw.). Möglicherweise wird mensch an dieser Stelle auch ein paar Takte über „stalinistische Umgangsformen“ einfließen lassen. Vielleicht wird mensch auch noch eine Distanzierung von der Diffamierung verlangen, widrigenfalls er zur weiteren Zusammenarbeit keine Möglichkeit mehr sehe.

Zu diesem Ritual gehört selbstverständlich, daß mensch sich auf die unbehaglichen Tatsachen keinesfalls konkret einlassen wird. Es würde zu weit führen, wird mensch ungefähr dazu sagen, diese ungeheuerlichen Diffamierungen jetzt im Einzelnen zu widerlegen. Oder: Auf dieses Niveau wolle er sich nicht begeben. Oder so ähnlich.

Konkret: Im AK 171 haben wir -

anhand von Zitaten und nachweisbaren Fakten - ein (durchaus nicht vollständiges) Bild einiger Linker gezeichnet, die sich die „Isolierung“ des KB zur Aufgabe gesetzt haben. Keiner der dort genannten Linken hat unserer Darstellung konkret widersprochen, sie gar in irgendeinem Punkt der Unwahrheit überführt. Stattdessen wurde das eben geschilderte undogmatisch-unbürokratische Ritual zelebriert. Insbesondere die ZL-Gruppe (die dieses Ritual schon meisterhaft beherrschte, als sie noch Fraktion im KB war) schauspielert tiefste Betroffenheit angesichts so abschaulicher Verleumdungen. Distanzierung von diesen Ungeheuerlichkeiten wurde gar von einzelnen KB'lern gefordert. Wäre es da nicht sinnvoller, die ZL-Gruppe würde sich von ihren eigenen Handlungen und Äußerungen distanzieren, die wir im AK lediglich dargestellt haben? Was kann denn der Spiegel dafür, wenn das Gesicht schief ist?!

AK-Redaktion

Breiter Protest gegen Überfall auf Trotzlisten

Wie im AK 171 ausführlich berichtet, wurden Mitglieder der trotzkistischen Gruppe TLD am 25.1. bei einer Afghanistan-Veranstaltung von afghanischen und türkischen „ML“ern überfallen und z.T. schwer verletzt. Ein

TLD-Genosse erhielt einen Messerstich in den Rücken und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Eine von der TLD hierzu in Gang gebrachte Unterschriftensammlung hat

breite Unterstützung gefunden. Wir drucken Erklärung und bisherigen Unterzeichnerkreis nebenstehend ab. Das LG des KB und die AK-Redaktion schließen sich der Protest-Erklärung an.

Protesterklärung

Ungeachtet politischer Differenzen, die wir mit der TLD haben mögen, verurteilen wir den feigen und kriminellen Angriff auf Anhänger der Trotzkistischen Liga Deutschlands auf der vom ASa der Universität Frankfurt einberufenen Veranstaltung zu Afghanistan am 25. Januar 1980, bei der Fred Z., seit über zehn Jahren Gewerkschaftsmitglied, durch einen Messerstich in den Rücken lebensgefährlich sowie mehrere andere TLD-Anhänger zum Teil erheblich verletzt worden sind. Wir rufen alle jene auf, die diesen empörenden Angriff verurteilen, diesen Protest zu unterstützen.

Diese Protesterklärung ist bereits von Hunderten unterzeichnet worden, darunter folgende Personen und Organisationen:

Jose Afonso - Sänger, Portugal • Johannes Agnoli - Professor, Wbln • E. Altmaier - GEW-BV Ffm • Mitgliederversammlung der Alternativen Liste Wbln • Anti-Strauß-Komitee, Wbln • Rolf Ascheberg - Vertreter der Zentrumsfraktion des KB (ausgeschlossen), Wbln • Reinhold Beihl - ÖTV-VM, Ffm • Elke Biesold - ÖTV-VF, Universität Ffm • Peter Brandt - Assistent, Technische Universität Wbln • Martin Buchholz - Die Neue, Wbln • Buchladen 2000, Ffm • Andreas Buro - Dozent, Universität Ffm • Chortreffen gegen Berufsverbote (600 Teilnehmer), Wbln • Norbert Cobabus - Gewerkschafter, Deutsche Bibliothek, Ffm • Julius Dahlhaus - Betriebsratsvorsitzender, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Wbln • Rüdiger Deißler - Vorsitzender SJD - Die Falken, Ffm • Dagobert Diemann - ÖTV-VM, Universität Ffm • Ingeborg Drewitz - Schriftstellerin • Hanns-Eisler-Chor, Wbln • Falken-Landesvorstand, Wbln • Iring Fetscher - Professor, Universität Ffm • Ossip Flechtheim - Professor, Wbln • Hans Frankert - ÖTV-VM, Ffm • Erich Fried, Schriftsteller • Rainer Georg - GEW-BV Ffm • GEW-Studentengruppe an der TU Wbln • Max von der Grün - Schriftsteller, Mitglied im „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ • Gruppe Internationale Marxisten, Nationale Konferenz • Gruppe Rheinische Zeitung • Joachim Günther - Mitglied des Landesvorstandes der Jungsozialisten, Wbln • Wolfgang Guckelberger - Mitglied des SEW-Parteivorstandes, Wbln • Wolfgang Hänsel - ÖTV-VM, Ffm • R. Haase - Mitglied des GEW-LV Hessen • Wolfgang Haug - Das Argument, Wbln • Brigitte Heinrich - Vorsitzende des Studentenparlaments der Universität Frankfurt • Eike Hennig - Professor, Universität Ffm • Internationalismus-Arbeitsgemeinschaft, Wbln • Iranischer Studentenverein, Mitglied der CISNU (CISNU-Avantgarde), Ffm • Urs Jaeggi - Professor, Wbln • Egbert Jahn - Professor, Universität Ffm

• Niels Kadritzke, Wbln • Ulf Kadritzke - Professor, Wbln • Wolfgang Kaiser - Mitglied des ZK der KPD, Wbln • M. Kalis - Betriebsrat, Ffm • A. Klare - GEW-BV, Ffm • D. Klein - ÖTV-VM, Universität Ffm • Jiri Kosta - Professor, Universität Ffm • U. Kummert - GEW-BV, Ffm • G. Manèche - Vorsitzender des MSB Spartakus Ffm • Angelika Marx - ÖTV-VF, Ffm • Reinhard Mohr - ASa-Mitglied, Universität Ffm • OSI-Initiative (Otto-Suhr-Institut), Wbln • Studentenvollversammlung der Pädagogischen Hochschule, Wbln • Sibylle Plogstedt, Redaktionsmitglied Courage, Wbln • Jan Rehmann - ADS, Wbln • Werner Röhrig - Mitglied des GEW-LV Hessen • Jürgen Roth - Publizist, Ffm • T. Ruiz - ÖTV-VM, Universitätsbibliothek Ffm • Ali M. Sadzadeh - Mitglied der CISNU, Ffm • Bekir Saydam - Generalsekretär der KOMKAR-Föderation der kurdischen Arbeitervereine in der BRD, Ffm • Armin Scheil - ÖTV-Kreisdelegierter, Personalratsmitglied an der Universität Ffm • Otto Schilly - Rechtsanwalt, Wbln • R. Schmidt - GEW-BV, Ffm • Dirk Schneider - Abgeordneter der Alternativen Liste in der BVV Kreuzberg, Wbln • Alexander Schubert - Grüne Liste Hessen • Artur Schweitzer - Landesdelegierter der ÖTV Hessen, Personalratsmitglied an der Universität Ffm • Jürgen Seifert - Professor, Hannover • Sozialistischer Frauenbund, Wbln • Spartacusbund • Jochen Stadt - Langer Marsch, Wbln • A. Steindreier-Viesel - Mitglied des GEW-LV Hessen • H. Stemmler - stellvertretender Vorsitzender des GEW-BV Ffm • Studentenparlament der TU Wbln • Jan v. Trott, Vorsitzender der Jungsozialisten Ffm • „Vietnam und die Linke“-Veranstaltung, Wbln, 4. Februar • Verein vietnamesischer Studenten, Wbln • M.R. Vogel - Professor, Universität Ffm • M. Wentz - Vorsitzender der Jungsozialisten Hessen • Marianne Wittmann - ÖTV-VF, Ffm • Ulf Wolter - Verleger, Wbln • Erich Wolff - Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft SR Vietnam - BRD

BV - Bezirksvorstand; LV - Landesvorstand; VF - Vertrauensfrau; VM - Vertrauensmann.

Folgende Organisationen und Gremien haben Protesterklärungen

ähnlichen Inhalts verabschiedet: Initiativkomitee gegen türkische

Faschisten, Wbln • Iran-Koordinationsausschuß, Wbln • Versamm-

lung der Anti-Strauß-Initiative, Ffm

Wir bitten, die oben abgedruckte Protesterklärung weiter zu

zirkulieren und zu unterschreiben. Bitte einsenden an: Postfach 167

47, 6000 Frankfurt/M 1. Da uns für unseren Rechtsanwalt, für

unsere Bemühungen, dem Fall breiten Raum in der Presse zu

verschaffen, für Fotokopien, Portokosten usw. enorme Kosten

entstanden sind und weiterhin entstehen, bitten wir um Spenden

unter dem Stichwort „Fred Z.“ auf das Pskh. Ffm 937

74-605 (Wolfgang Hohmann).

Einladung zum Kaffee

Liebe Kulturfreunde,

Zum Thema Sand im Getriebe, Rädchen oder Schwungrad: Selbstverständlich Schwungrad!

Der Ausbeuter sind so wenige und der Ausgebeuteten so viele. Wie leicht wäre es, den Spieß umzudrehen, wenn... die Polizei nicht wäre? Falsch. Wenn die Kultur nicht wäre. Die bürgerliche nämlich. Womit sie uns alle (ja, auch uns) am Kanthaken hat: BILD, Rudi Carrell, Anneliese Rothberger, Beichte, El Lute, Lehrpläne, alle im gleichen Boot, Muttertag, Minimode, Maximode, Micky Maus, Ostereier, HSV, gegen die da oben kommen wir doch nicht an, Intimspray, DGB, Weihnachtsfeiern, die Liebe ist ein seltsames Spiel, Willy Brandt, Ufos, Kontaktanzeigen, 471777, Carstens SC, Mainzelmännchen, Schappi, Tag des Baumes und so weiter.

Und mit sowas beantwortet die Bourgeoisie alle menschlichen Sehnsüchte:

Sehnsucht nach Freiheit ...
... Marlboro und Kawasaki
Sehnsucht nach Gleichheit ...
... Jeans und Suff
Sehnsucht nach Liebe ...
... Peepshow und Verlobungsringe
Sehnsucht nach Verständnis ...
... Dr. Markus und Gruppentherapie
Sehnsucht nach Geborgenheit ...
... Teure Heimat und Bettumrandung
Sehnsucht nach Gesundheit ...
... Jogging und Mildred Scheel
Sehnsucht nach Frieden ...
... Heilig Abend und Salt I und II
Freude an körperlicher Betätigung ...
... Westkurve und John Travolta ...
Freude an geistiger Betätigung ...
... Kulenkampf und Kreuzworträtsel
Und dagegen müssen wir nun anstinken. Mannomann! Frauofrau! Kindokind!

In diesem Zusammenhang hat mich Euer Name schon immer geärgert. Kulturkommission. Ebenso gut könntet Ihr Euch gleich Revolutionskommission nennen.

Euer Artikel reißt ja was an, aber da bleibt vieles offen: Wie soll denn nun die Eigenständigkeit aussehen? Kunst auf Bestellung nicht, claro, aber was dann? L'art pour l'art auch nicht, nehme ich an.

... Heilig Abend und Salt I und II
Freude an körperlicher Betätigung ...
... Westkurve und John Travolta ...
Freude an geistiger Betätigung ...
... Kulenkampf und Kreuzworträtsel
Und dagegen müssen wir nun anstinken. Mannomann! Frauofrau! Kindokind!

In diesem Zusammenhang hat mich Euer Name schon immer geärgert. Kulturkommission. Ebenso gut könntet Ihr Euch gleich Revolutionskommission nennen.

Euer Artikel reißt ja was an, aber da bleibt vieles offen: Wie soll denn nun die Eigenständigkeit aussehen? Kunst auf Bestellung nicht, claro, aber was dann? L'art pour l'art auch nicht, nehme ich an.

Ich glaube, Ihr müßt da büschen nachgraben. Brecht und so. ML-Lexikon der Soziologie unter „Kultur“. Das schmeißt Ihr nämlich immer mit Kunst durcheinander.

Ohne gewisse Dinge nachzulesen — warum sollen wir jeden Gedanken denn noch einmal unter Schmerzen selbst gebären — kommen wir nur schneckenhaft weiter. Und ehe wir eine lange, schleimige Spur alle 14 Tage im AK hinterlassen, schlage ich vor, daß Ihr einen netten Abend vorbereitet mit Kaffee und Kuchen und Schnaps und Musik und so, und alle einladet (z.B. mich), die Interesse an so 'ner Diskussion haben und dann reden wir mal. Jeder, der gute Ideen

hat, mag ja nicht immer zur Feder greifen. Und wenn wir denn ordentlich gestritten haben, dann kommt ein flotter Artikel, okay? Mit büschen Vöhrwärtsweisendem und kleiner Rückblick und der und-der hat auch schon gesagt und 'n Bild dabei. Wie's der Leser gern hat. Paar Ranken rum und so. Ja.

Und mit gaaaanz wenig Tüttelchen und Klammern und Semikolons. Ich hab Euern Artikel nämlich Korrekturlesen müssen und hab dabei so l e c h e Nackenhaare gekriegt!

Mit hochkünstlerischen, garantiert eigenständigen Grüßen Eure Euch dennoch unbekannterweise liebende I.

Illegale Geschichten (1)



»Subjektiver Eindruck oder objektive Wirkung?«

Ich möchte in diesem Beitrag kurz zu der Kontroverse um den Film „Apocalypse Now“ zwischen he. und einem Mitglied der Kulturkommission Stellung nehmen.

Was mir als erstes bei der Lektüre des Artikels vom Genossen aus der Kultur-Kommission auffiel, war die Tatsache, daß hier eine materialistisch angelegte Analyse als „ml-ig“ quasi diffamiert wurde! Das, finde ich, ist innerhalb einer linken Organisation schon ziemlich bedenklich. Man kann doch seinen eigenen, subjektiven Eindruck nicht zum allumfassenden Beurteilungsmaßstab für ein bürgerliches Werk wie diesen Film machen. Gerade hier ist es doch notwendig, die Inhalte, Stilmittel, den emotionalen Appellcharakter und die dargestellte „historische“ Situation mit den wahren historischen Ereignissen in Beziehung zu setzen. Nicht nur die objektive Wirkung sollte man untersuchen, sondern auch die explizite Intention, die hinter so einem Film steht — und das ist in der Tat, daß auf nationaler Ebene in Amerika einerseits dem Publikum ein zwar mit grauenhaften Bildern gespicktes, aber dadurch auch verbrämtes, verklittertes Geschichtsbild geliefert wird — man suhlt sich in der emotionalen Betroffenheit, — und vergißt, ohne etwas zu l e r n e n —, und daß andererseits quasi „international“ die imperialistische Machtpolitik der USA reingewaschen wird, indem man eine metaphysische Erklärung für die Ursache d e s K r i e g e s allgemein herbeibemüht ... Eine solche Mystifizierung ist bei weitem

nichts Neues! Spätestens seit Ernst Jünger, der ja auch so herrlich das „Grauen des Krieges“ in Worte und wilde Metaphern fassen konnte, wissen wir, daß Krieg zwar Wahnsinn, aber eben anthropologisch im Menschen verankert ist ... : „der Mensch, das herrliche Raubtier“. Diese positive Wertung des Grauens (aus der Veredelung durch die „Stahlgewitter“ sollte bei Jünger ja der „deutsche Krieger“ hervorgehen) ist in „Apocalypse Now“ zwar nicht unbedingt festzustellen — aber in dem Maße, wie sich das „Grauen“ verselbstständigt, verliert es seine politische Wirkung: Der Zuschauer ist eben nur noch „tief betroffen“, der Vietnamkrieg ist ihm ins Kino gebracht — und er ist froh, daß er aus diesem Kino wieder rauskommt ... Was bleibt, ist ein diffuses „Gott, wie schrecklich!“, vielleicht auch das Gefühl, daß man den Krieg abschaffen müßte. Aber auch das ist seit spätestens 1916 nichts Neues mehr — und auch damals schon gab es solche und solche Pazifisten: Da gab es E.M. Remarque, der mit seinem „Im Westen nichts Neues“ den damaligen Lesern sicher genauso unter die Haut ging wie „Apocalypse Now“ den Kinogängern, aber es gab eben auch die Pazifisten, die dem Kriegszauber politisch begegneten und die die politischen Hintergründe für Kriege aufzeigten. Ich denke zum Beispiel an Ernst Friedrichs' Antikriegsmuseum und seinen Aufruf „Krieg dem Kriege“ von 1924: „Kriege wird's solange geben, solange das Kapital das Volk beherrscht und unterdrückt!“ (in:

Kunstamt Kreuzberg et al., „Weimarer Republik“, S.19). Für uns vielleicht „olle Kamellen“, aber auch für das Zielpublikum, die Ami-Durchschnittsbürger? Wohl kaum, und deshalb umso bedenklicher, daß solche grundlegenden historischen Erkenntnisse in einem „Antikriegsfilm“ weggelassen werden! Statt Information also: Emotion — und alles noch schön kontrastiert mit „schöner“ Musik. Das fällt auf — na klar; aber es lenkt auch ab, und setzt offenbar Denkprozesse in Gang, die mit der imperialistischen Aggression der USA recht wenig zu tun haben! Oh Graus, UNSERE Musik, die Love & Peace, Flower-Power- usw. -Musik wird hier entehrt, dient den Kriegs-„handwerkern“, oder doch vielleicht lieber „Werkzeugen“ zum Abtun vom Töten und zum Antun zum Töten

... Aber andererseits findet man es doch auch toll, die schönen alten Oldies unserer Jugend mal wieder gut laut und so zu hören, ODER!!? Aber der Kontrast schreckt ab: statt Blumen — Blut und Bomben. Hat der Regisseur nicht auch diese Wirkung einkalkuliert? Mag ja historisch richtig sein, daß die GLs auch Hendrix gehört haben — aber der Einsatz gerade dieser Musik in gerade diesem Film ist bestimmt nicht rein zufällig. Da wird eine ziemlich banale Nebensächlichkeit hervorgehoben, um wichtige, echte Informationen unter den Teppich zu kehren. Gut, wir als Linke sind „natürlich“ informiert — aber das ist doch kein Grund, von objektiven Zuständen — nämlich denen der allgemeinen Uninformiertheit — zu abstrahieren und damit in den Tenor der bürgerlichen Presse usw. einzufallen und solch ein Werk nun als „realistisch“ und dergleichen hochzujubeln.

Für mich ist weder die Tatsache, daß dies eventuell das „Beste“ vom Schlechtesten sei, was uns die bürgerliche Kultur zu bieten habe, noch ein rein subjektives „O Schreck, o Graus“ Anlaß genug, nun auch in den Jubelchor miteinzustimmen. Von daher möchte ich he. in seiner Meinung bestärken und hoffe, daß er, nicht zuletzt im Sinne einer marxistischen Politik, die „ML-Elle“ nicht zur Seite packt!

Eine Sympathisantin aus Hamburg

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 32

Dokumentation zum 1. Kongreß des KB

72 Seiten
DM 5.—

Aus dem Inhalt:

Referat des LG zur Krisendebatte, Berichte: AG Frauen, Situation der Kinder im KB und unsere Kinderpolitik, RGW-Kommission, Antifa-Resolution, Statut des Kommunistischen Bundes, ... Grußadressen und Beiträge der Gäste, Berichte und Presseecho u.a.m.

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.600.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

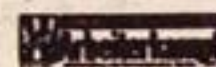
An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den.....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kassel

4.000 bei »Rock gegen Rechts«

Am 8./9. Februar '80 fand in Kassel die erste „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung statt. Insgesamt 4000 Besucher an beiden Tagen machten die Veranstaltung zu einem großen Erfolg. Durch das breite Angebot (alles Kassler Musiker, Theaterspieler und Künstler) und die vielseitigen räumlichen Möglichkeiten (ein Saal mit Bühne für die Rockgruppen, ein Saal für Theater, ein Raum für Filme, einer für Folk sowie gute Möglichkeiten für Büchertische, Infos, Essen und Trinken), wurde eine gute Atmosphäre

geschaffen, die allen etwas brachte. Besuchern und Veranstaltern. Veranstalter war die Musiker- und Künstlerinitiative „Rock gegen Rechts“ mit Unterstützung des Basisgruppen-ASTAs, Stadtschülerrates, Stadtjugendringes und der VVN. Alle Künstler spielten umsonst, 7.000,- DM Gewinn wurden zwei zu ca. 2.500 DM verurteilten Antifaschisten zur Verfügung gestellt.

Ein KB-Genosse und Mitglied von RgR in Kassel

Wie kriminell ist die NPD?

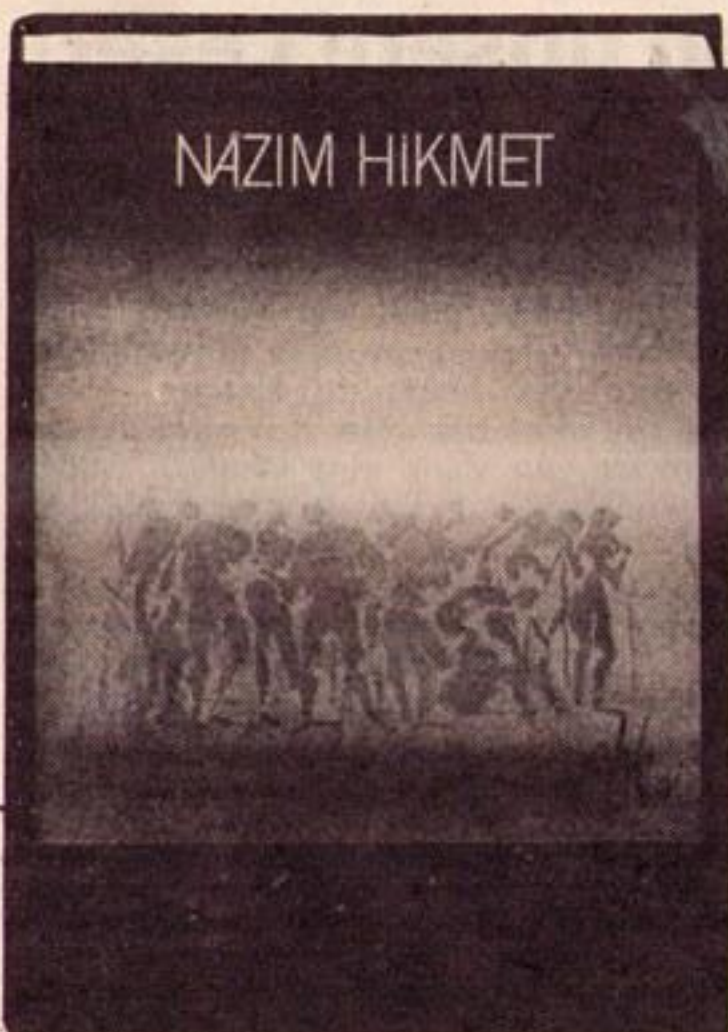


ca. 250 Seiten
ISBN 3-88305-006-7

ca. DM15

Dieses Buch über die NPD liefert Analysen, Dokumente und schildert personelle Zusammenhänge, die den kriminellen Charakter der NPD belegen:

- Die NPD in der Tradition der Nazis;
 - Die NPD in der Tradition der verbotenen Organisationen nach 1945;
 - Die NPD als Sammelbecken und Ursprung faschistischer Terrorbanden.
- Weiter ausführliche Beweisführung über die Legalisierung der NPD über Verwaltung, Justiz und Polizei. Dazu werden verschiedene Fallstudien ausgeführt (Nazi-Demonstrationen, Berufsverbotsverfahren, u.a.m.). Das Buch enthält darüber hinaus ein ausführliches Register über Namen und Organisationen und Literatur. Dieses Buch ist eine wichtige Stütze im Kampf gegen Neonazismus.



Erstes Buch
120 Seiten
Vorwort von P.P. Zahl
ISBN 3-88305-021-0

DM14

Zweites Buch
184 Seiten
Vorwort von Abidin Dino
ISBN 3-88305-022-9

DM15

Drittes Buch
ca. 100 Seiten
ISBN 3-88305-023-7

ca. DM13

Im „ersten Buch“ wird von Passagieren im Anatolienzug erzählt, die fast alle Menschen aus dem Volk sind. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakterzüge von ihnen werden in gewissem Maße die werktätigen Klassen der Türkei und ihre gesellschaftliche Lage ermittelt.

Im „zweiten Buch“ wird von den Passagieren erzählt, die im Schlafwagen des Schnellzuges reisen. Es sind: Journalisten, Politiker, Kapitalisten. Wie im ersten Buch ermöglicht uns der Dichter, die klassische gesellschaftliche Struktur unseres Landes zu erkennen.

Das „dritte Buch“, das in Kürze erscheinen wird, berichtet aus dem Leben eines mitfahrenden Gefangenen, des Kommunisten Hahl, während seiner Zeit im Gefängnis und im Krankenhaus. Desweiteren beschreibt es in inhaltlicher Vielfalt die Persönlichkeiten und Erlebnisse der anderen Gefangenen, der Kranken, der Schwestern, der Ärzte und Bauern.

Ein HOECHST MERCK würdiges Geschäft

Dieser Tage fiel ein wenig Licht auf die Hintergründe des Heroingeschäftes: „Wie die türkische Botschaft in Bonn bestätigte, waren in der Türkei bereits vor drei Jahren einmal 20.000 Liter Essigsäureanhydrid aus der Bundesrepublik entdeckt worden, illegal eingeführt und abgefüllt in Flaschen des Darmstädter Chemie-Unternehmens MERCK. Nach Auskunft eines Botschaftsmitarbeiters ist die Chemikalie zur Heroin-Herstellung unbedingt erforderlich. Ein MERCK-Sprecher erklärte, das Essigsäureanhydrid werde in jedem Labor benötigt, unter anderem zur Herstellung von Schmerzmitteln. Es sei ein „Allerweltsmittel wie Salz“, dessen Mißbrauch man nicht verhindern könne“ (Nach „SZ“ und „Neue“ v. 13.2.).

Allerweltsmittel?

Von „Mißbrauch“ kann keine Rede sein: Zwar steht in jedem Chemie-Labor auch eine geringe Menge Essigsäureanhydrid; jedoch werden Lieferungen in dieser Größenordnung ausschließlich zur Heroinraffinierung benötigt, zumal wenn sie für Opium-Anbäuer bestimmt sind. Zudem geschah der Import der Chemikalie illegal, und MERCK dürfte bekannt sein, warum die türkische Regierung den Import der Chemikalie unter Kontrolle gestellt hat.

Die 1977 in die Türkei gelieferte Menge reicht für die Raffinierung von ca. 18,3 Tonnen Heroin, das entspricht dem Jahresverbrauch von ungefähr 90.000 Süchtigen (berechnet auf einen Tagesverbrauch von 0,5 g reines Heroin pro Fixer). Nach Angaben der US-Rauschgiftbehörde DEA (Drug Enforcement Administration) wurden letztes Jahr in der Türkei ca. 25 t Heroin produziert, demnach betrugen die Chemikalienlieferungen seit 1977 insgesamt die zwei- bis dreifache Menge.

Ein tödliches Geschäft

„Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Axel Wernitz (SPD), der von einer Informationsreise über Drogenhandel und -produktion durch Asien zurückgekehrt war, erklärte in Bonn, türkische Regierungsmitglieder hätten ihm gegenüber die bereits von der (türkischen, Anm.AK) Botschaft (vor zwei Monaten, Anm.AK) verlangte Forderung nach einer Exportbeschränkung bekräftigt. Er wies darauf hin, daß auch Japan zu den Produzenten des Essigsäureanhydrids gehöre.“ „Das Wirtschaftsministerium teilte dazu mit, im Augenblick werde keine Möglichkeit gesehen, mit rechtlichen Mitteln einzugreifen, da die Chemikalie offensichtlich überall erhältlich sei.“ („SZ“ u. „Neue“, 13.2.).

Das ist klug ausgedrückt, denn tatsächlich ist die BRD das einzige Land der Industrienationen, in dem Essigsäureanhydrid nicht unter Exportkontrolle steht. In Japan hingegen wird es zwar produziert, steht aber unter staatlicher Aufsicht. Dementsprechend teilen sich bundesdeutsche Konzerne den Weltmarkt auf: Die Heroinraffinerien im Nahen und Mittleren Osten und überwiegend auch diejenigen Südasiens werden mit Chemikalien von HOECHST/Frankfurt und MERCK/Darmstadt bzw. ihren ausländischen Tochterfirmen beliefert.

Nach Angaben der DEA wurden 1979 in Asien ca. 3.100 t illegales Opium geerntet, also nicht für medizinische Zwecke, sondern für die Weiterverarbeitung zu Rauschgiften. Aus dieser Ernte wurden ca. 300 t Heroin raffiniert; das unreine Heroin Nr. 3 wird in asiatischen Slums verbraucht, das hochwertige Heroin Nr. 4 in den europäischen Ländern — hauptsächlich in der BRD — und in den USA. Zur Herstellung beider Sorten werden u.a. ca. 1,3 kg Essigsäureanhydrid pro Kilogramm Heroin benötigt, insgesamt für die asiatische Produktion also rund 400 t. Das ergibt einen Gesamtumsatz von fast 12 Mio. DM für diese Chemikalie. Dazu kommt noch eine Reihe anderer, „unverdächtig“ Chemikalien, die ebenfalls von bundesdeutschen Unternehmen geliefert werden. In der Gesamtbilanz dieser Konzerne ist das zwar nur ein kleiner Posten, aber man nimmt ihn.

Wer schreit denn da?

Verwunderlich an den Zeitungsmeldungen ist allerdings, daß sie ausgerechnet von Verlautbarungen der türkischen Regierung ausgehen, und daß außerdem „die türkische Regierung



vor allem um Hilfe gegen den Waffenschmuggel gebeten habe, der mit dem Drogenschmuggel einhergehe“ („SZ“ und „Neue“, 13.2.). Da der Heroinhandel nach Auskunft türkischer Genossen und Gewerkschafter sowie nach Ergebnissen verschiedener Prozesse gegen türkische Dealer fest in den Händen der faschistischen Parteien MHP und MSP liegt (siehe AK 165) und diese Organisationen großes Interesse an der Ausrüstung ihrer bewaffneten Verbände haben, kann die türkische Regierung also nur die Waffenlieferungen an diese Organisationen gemeint haben. Diese Parteien unterstützen andererseits die Regierung Demirel, sind aber nicht im Kabinett vertreten. Was für ein Interesse sollte also die türkische Regierung haben, die Geschäfte von MERCK aufzudecken?

Es bietet sich einzig die Erklärung einer „Flucht nach vorne“ an: Im Zuge der derzeitigen noch festeren Anbindung der Türkei an die NATO, insbesondere an die BRD, wäre über kurz oder lang in der Öffentlichkeit die Frage nach den Verantwortlichen für den Import türkischen Heroins in die BRD gestellt worden. Mit der Mitteilung über die drei Jahre zurück-

liegende MERCK-Lieferung und der Anregung einer Exportbeschränkung für Essigsäureanhydrid ist nicht viel gesagt worden, aber der „Schwarze Peter“ liegt erst einmal bei der Bundesregierung. Gleichzeitig hat sich das Kabinett Demirel vorsichtig von den faschistischen Parteien distanziert und steht vor der Öffentlichkeit etwas „demokratischer“ da.

Gegenbilanz

Im letzten Jahr wurden 615 Herointote in der BRD gezählt, in der Türkei fielen Hunderte dem Terror der „Grauen Wölfe“ zum Opfer. Sie erscheinen nicht in den Bilanzen der Chemie-Unternehmen, gehören aber zum Preis für diese Auslandsgeschäfte.

Es wird höchste Zeit, diese Politik nachhaltig zu stören und zu verhindern, daß die Bundesregierung Gras über die Sache wachsen läßt! (Nicht näher belegte Informationen stammen — mit Genehmigung des Autors — aus dem im Sommer bei ECON erscheinenden Buch „Weltmacht Droge“.)

Drogen-Kommission
KB Hamburg

»...wie in einem deutschen Chemielabor«

Der Mann, den ich auf seiner Geschäftsreise begleiten darf, ist der größte Opiumhändler Nordpakistan. Er kauft die Produktion von etwa siebenhundert Bauern auf, und wir fahren nun zu seinem einzigen Abnehmer.

Ghadoud in Nordpakistan ist „halbintegriertes Stammesgebiet“, eine rechtlich seltsame Konstruktion, in der Pakistan als Staatsmacht „mehr außenpolitisch“ vertreten ist, wie man in Islamabad sagt. Die Bevölkerung sind Pathanen, die Felder gut bewirtschaftet, und einige Bauern giesen gerade mit Plastikkanistern — Ende Mai ist die trockenste Trockenzeit. Auf allen Kanistern steht dasselbe, „Acetic anhydride“ und „Hoechst Ltd., Pakistan“. Sie sind umsonst zu haben, „weiter oben“.

Weiter oben im Tal beginnt links von der Straße eine gut zweihundert Meter lange Mauer. Sie umfriedet einen Komplex von etwa zwei Hektar und ist fast drei Meter hoch. Einige Wellblechdächer überragen sie. Wir sind da. Drei mißtrauische Wachen, schwer bewaffnet, langes Palaver meines Begleiters. Ich sei ein interessanter Kunde. Wir werden eingelassen.

„The Manager“ ist etwa dreißig und freut sich, deutsch sprechen zu können — er hat in Köln Chemie studiert und das kölsche L mit nach Pakistan genommen. Stolz zeigt er mir sein Labor.

ein leichtes Dach, der Explosionsgefahr wegen. Alle Räume sind peinlich sauber, und der Leiter sagt strahlend: „Sie sehen, es sieht hier aus wie in einem deutschen Chemielabor.“

Er hat recht, auch was das Chemikalienlager betrifft. In den Regalen stehen Gläser, Flaschen und Kanister mit deutschen Firmenzeichen. „Einige Kleinigkeiten beziehen wir von den Engländern, das meiste aber von den Deutschen. Die haben erstens das reinere Zeug und zweitens den besseren Service. Man bekommt alles ganz reibungslos, und Hoechst hat ja jetzt auch ein Verkaufsbüro in Peshawar.“ Die andere Zulieferfirma ist Merck.

„Wissen die deutschen Firmen, wofür sie liefern?“

„Sie fragen nicht, und ich werde es ja nicht zur Rede bringen. Sagen wir mal so: Sie können es einfach nicht wissen. Allerdings kann sich auch ein Anfänger in Chemie ausrechnen, wofür das Zeug ist.“

Als „eindeutig“ nennt er Essigsäure-Anhydrid „in diesen Mengen“ und zwei Arten Aktivkohle. Für dieses Jahr warten bereits 130 Tonnen Opium auf die Verarbeitung.

Mir selbst könnte der Herr sofort „zwei oder drei Kilo“ Heroin verkaufen, aber nicht mehr. „Ich werde ziemlich genau kontrolliert. Sie dürfen nicht vergessen: Ich bin auch nur ein kleiner Angestellter.“

Über seine Chefs schweigt er. Etwa vierhundert Meter von seinem Betrieb ist eine Garnison der pakistanischen Armee. Eine Woche vor meinem Besuch reiste dort General Fazl Haq an, der Gouverneur der Nordwestprovinzen.

(Informationen nach Rücksprache mit dem Autor des im Sommer bei ECON erscheinenden Buches „Weltmacht Droge“.)

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich — DM 27,50
jährlich — DM 55,—

O
O

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents,
Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020
Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

**AK
Abo
Karte**

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

ausschneiden
und in einen
Umschlag stecken!